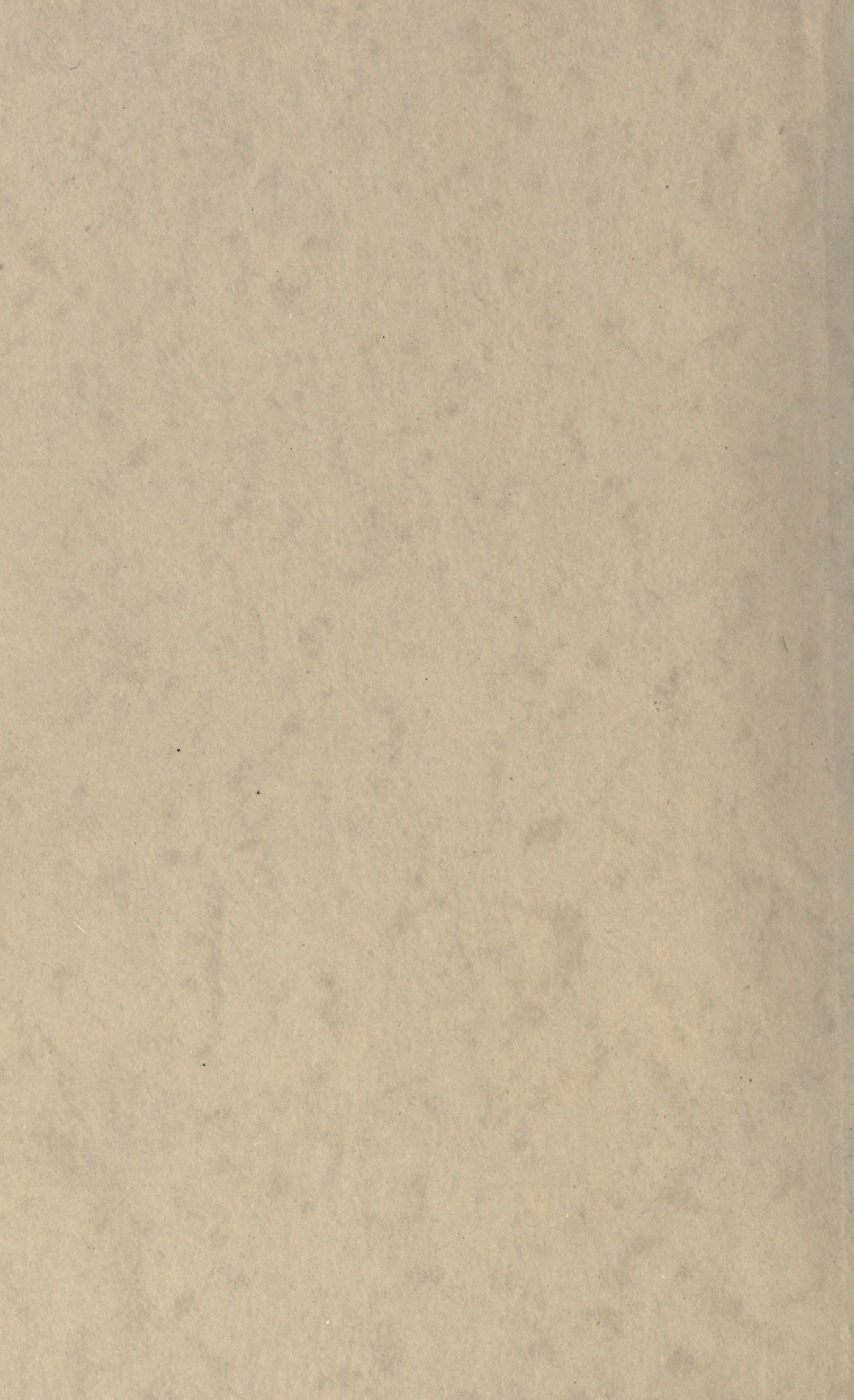
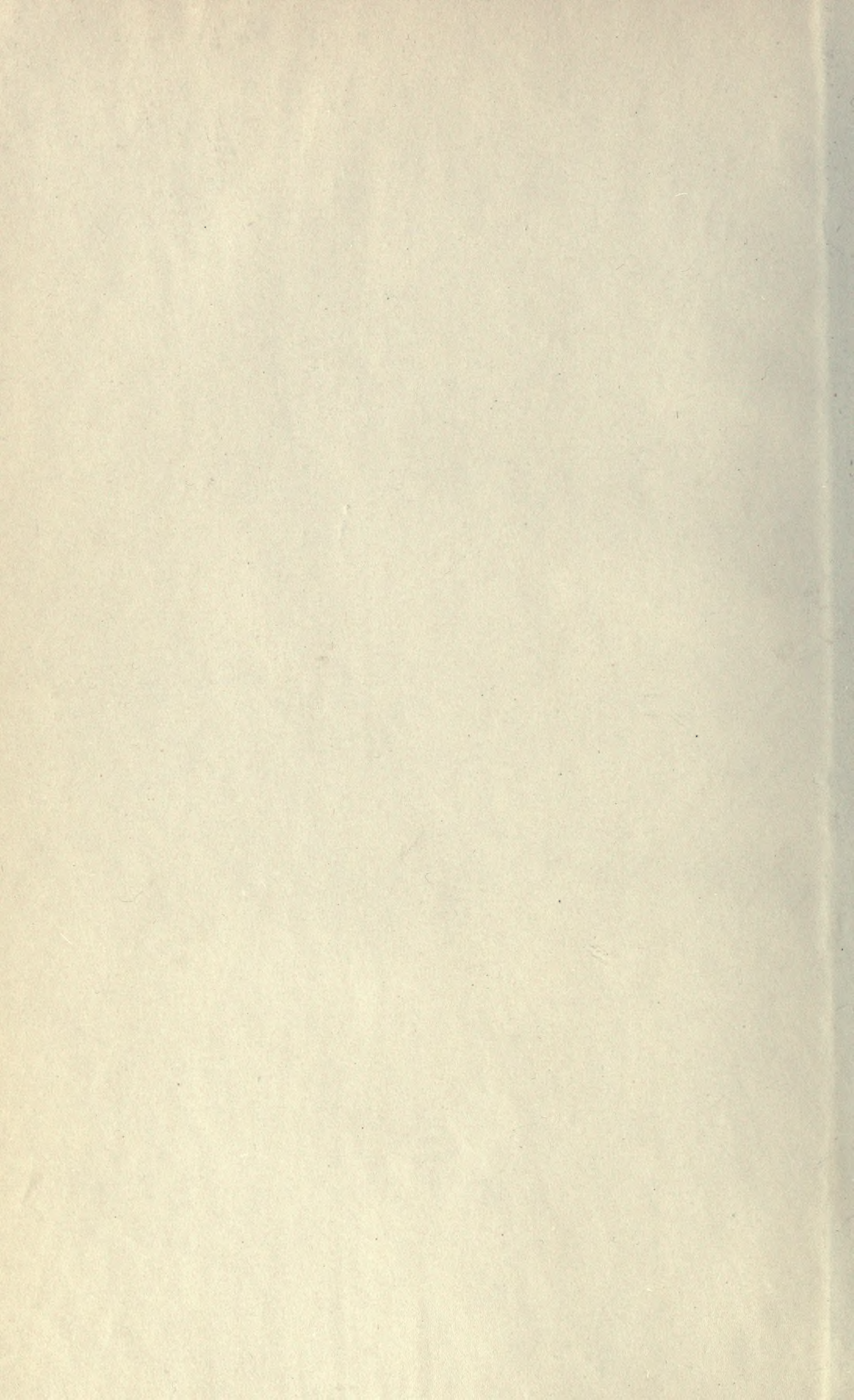
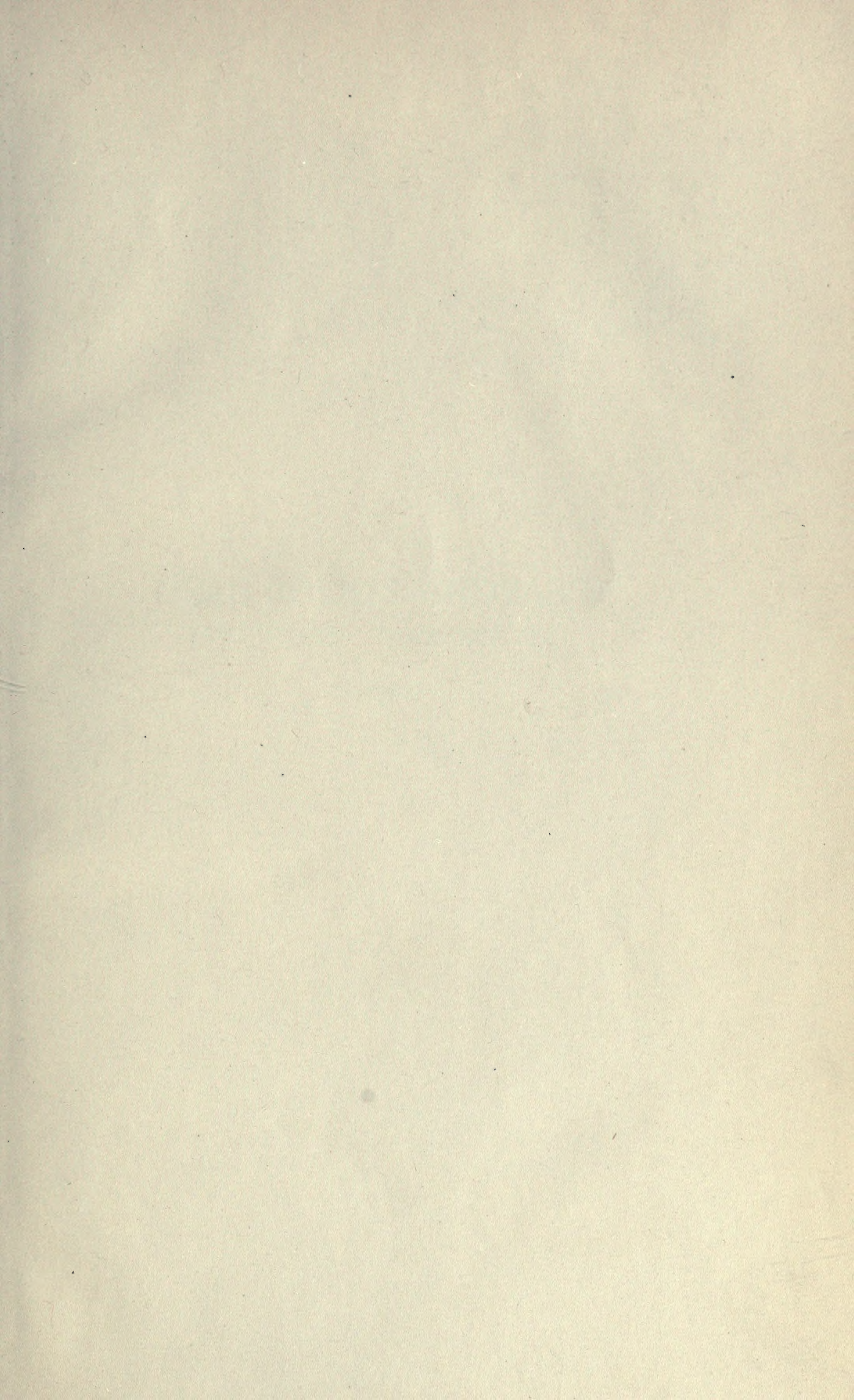
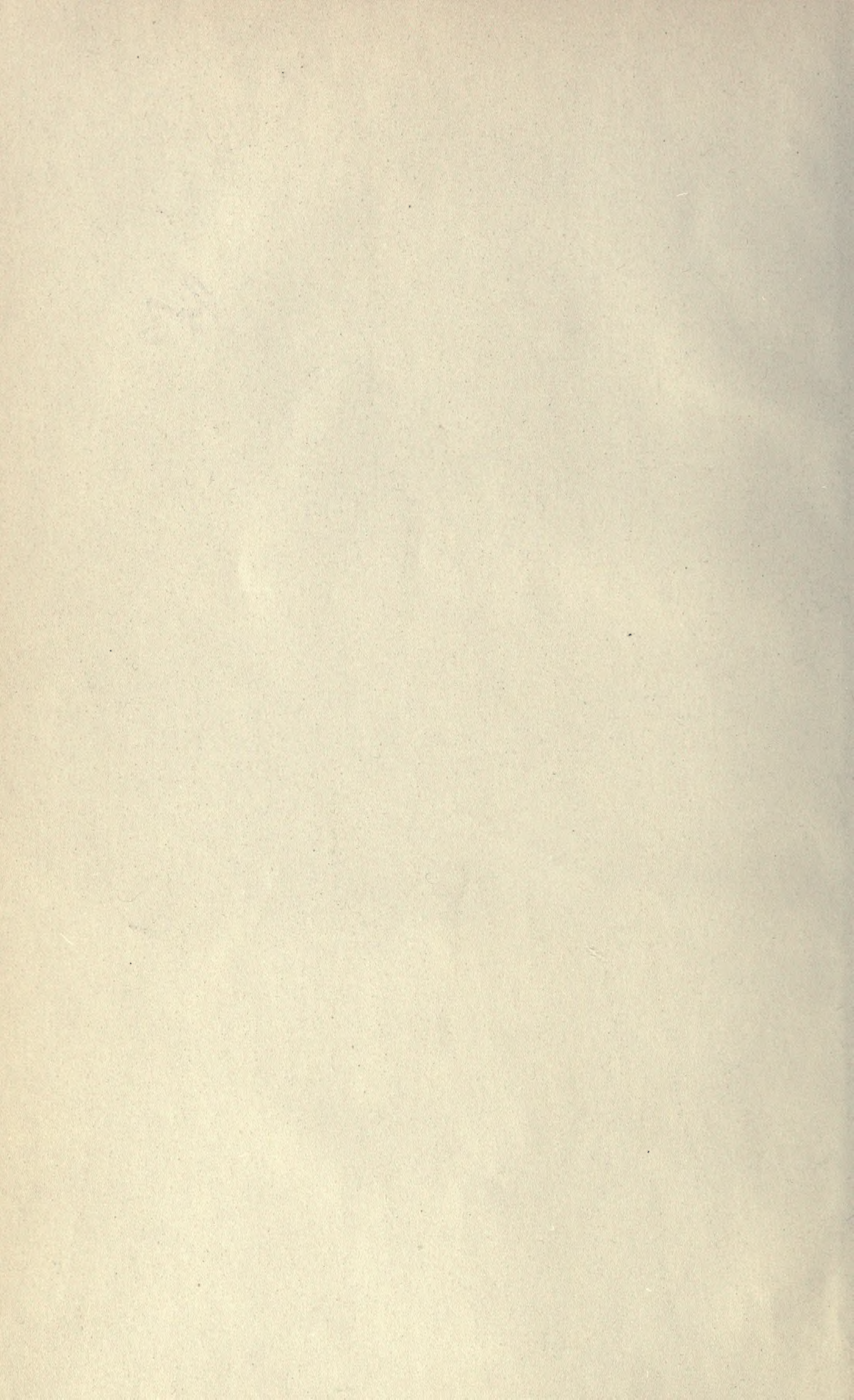

263
1-4-











# GRAF JULIUS ANDRÁSSY

## SEIN LEBEN UND SEINE ZEIT

II. BAND





Andrassy

# GRAF JULIUS ANDRÁSSY
## SEIN LEBEN UND SEINE ZEIT

NACH UNGEDRUCKTEN QUELLEN

VON

EDUARD VON WERTHEIMER

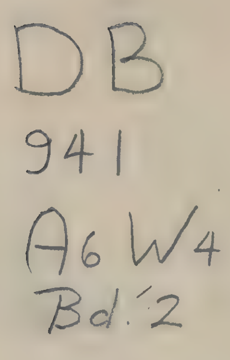
II. BAND

BIS ZUR GEHEIMEN KONVENTION VOM 15. JANUAR 1877





STUTTGART
DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
1913











Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart
Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

# Inhalt

# Vorwort

Länger als es in meiner Absicht lag, verzögerte sich der Abschluß der Biographie des Grafen Andrássy, die ich nunmehr in zwei weiteren Bänden der Oeffentlichkeit übergebe. Sie umfassen die Zeit von der Ernennung zum Minister des Aeußern, November 1871, bis zum Ableben des Grafen im März 1890.

Nicht erst mit der Berufung an die Spitze der auswärtigen Angelegenheiten trat Andrássy aus dem engeren Kreise seines Vaterlandes in den Bereich der großen europäischen Politik ein: er hatte dies bereits 1870 getan durch seine Stellungnahme als ungarischer Ministerpräsident für die Neutralität der Monarchie im Deutsch-Französischen Kriege. Nunmehr blieb sein Name für immer mit den Begebenheiten der Weltgeschichte verbunden. Zum ersten Male seit dem Bestande der Monarchie erwählte das Vertrauen des Monarchen einen Ungar zum Leiter der äußern Geschicke Oesterreich-Ungarns. Mit Stolz und Genugtuung kann unser greiser Herrscher auf die Periode seiner Regierungszeit zurückblicken, in der Andrássy Minister des Aeußern war. Sie bildet den glorreichsten Abschnitt der an bedeutenden Ereignissen so reichen Geschichte Franz Josef I. Im vollen Einverständnis mit dem Monarchen und mit dessen steter Unterstützung führte Graf Andrássy die Geschäfte seines Ministeriums. Andrássy hat Oesterreich-Ungarn aus der Isoliertheit, in der es sich bis zu seiner Ernennung zum Minister des Aeußern befand, glücklich herausgeführt und zu einer Höhe des Ansehens emporgehoben, deren sich die Monarchie nur zu den Zeiten ihrer hervorragendsten Staatsmänner: eines Kaunitz und Metternich, erfreute. Das Lebenswerk Andrássys füllt ein großes Blatt der Geschichte der Monarchie, das von jedem ihrer Angehörigen mit freudiger Befriedigung gelesen werden kann. Unter seiner Leitung fiel uns eine entscheidende Rolle im Orient zu, und wir haben dort seit dieser Zeit wieder ein mitbestimmendes Wort zu sprechen. Mag das Ergebnis des Berliner Kongresses auch jetzt manche Wandlung erfahren, er wird trotzdem stets ein lebendiges Zeugnis der hohen staatsmännischen Kunst bleiben, mit der Andrássy

es verstand, im Rate der ersten Minister Europas unseren Einfluß in den Fragen des Orients zur Geltung zu bringen.

Der Name Andrássys ist aber nicht nur mit der Geschichte des Ostens Europas verknüpft. Sein Bestreben, mit dem Deutschen Reiche in das Verhältnis inniger Freundschaft zu gelangen, brachte ihn in die engste Fühlung mit Fürst Bismarck. Die Geschichte Andrássys als Minister des Aeußern in der Zeit von 1871—1879 ist zugleich eine Geschichte Bismarcks, was durch die vorliegenden beiden Bände der Biographie aufs deutlichste veranschaulicht wird. Ihre gemeinsame Tätigkeit verherrlicht für immer eines ihrer bedeutsamsten Werke: das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis — eine in der Geschichte einzig dastehende Tat, durch die bereits zwei Generationen die Wohltat des europäischen Friedens zuteil wurde.

Auch für die Darstellung der äußern Politik Andrássys stand mir ein äußerst wertvolles, bisher ungedrucktes Quellenmaterial zur Verfügung. Die Akten des k. u. k. Ministeriums des Aeußern durfte ich schon vor Jahren einsehen, zu deren Benutzung mir noch der verstorbene Minister des Aeußern Graf Aehrenthal die Erlaubnis erteilte. Der dahingeschiedene Staatsmann hat sich durch diese Liberalität um die Erkenntnis unserer auswärtigen Politik in den Jahren 1871—1879 ein großes Verdienst erworben. Es ist dies um so höher einzuschätzen, als mit dieser Bewilligung kein irgendwie offizieller Auftrag verbunden war, sondern damit lediglich ein rein wissenschaftliches Unternehmen gefördert werden sollte. Aufs nachdrücklichste mag es hier nochmals betont werden, daß das vorliegende, nun zum Abschluß gelangte Werk sein Entstehen ausschließlich der Betrauung durch die ungarische Akademie der Wissenschaften verdankt und durchaus keinen offiziellen Charakter besitzt. Die Darstellung der Politik Graf Andrássys zeigt deutlich, daß er wohl stets ein Feind des verhängnisvollen, revolutionären Panslawismus war, aber nie ein Gegner des Zarenreiches selbst, mit dem er vielmehr im besten Einvernehmen leben wollte. Rußland würde auch nie auf dem Berliner Kongreß den kürzeren gezogen haben, wenn es damals seine Politik nicht in den Dienst des die Ruhe von ganz Europa bedrohenden Panslawismus gestellt hätte.

Mit lebhaftem Dank muß ich auch hier wieder der großen Unterstützung gedenken, die mir seinerzeit der ehemalige Reichskanzler, Seine Durchlaucht Fürst Bernhard Bülow, bei meinen historischen Studien im Berliner Staatsarchiv zuteil werden ließ.

Gerne gedenke ich auch des freundlichen Entgegenkommens Freiherrn von Griesingers, des damaligen Geheimen Legationsrates, jetzigen deutschen Kaiserlichen Gesandten in Belgrad.

Wie für den ersten Band vermochte ich mit Genehmigung Seiner Exzellenz des Grafen Julius Andrássy junior auch für die hier geschilderte Zeit das Gräflich Andrássysche Archiv zu benutzen. Meine warme Erkenntlichkeit gebührt aber auch Graf Andrássy für die Liebenswürdigkeit, mit der er mir aus dem Schatze seiner persönlichen Erinnerungen und aus der intimen Kenntnis der Absichten seines großen Vaters manche wichtigen Mitteilungen machte, nach denen man vergebens in den Akten forschen würde. Einen wesentlichen Einblick in intimere Vorgänge boten wieder die Briefe Andrássys an seine Frau, die mir mit gewohnter Liberalität von Ihrer Exzellenz Gräfin Ludwig Batthyány, der Tochter weiland Graf Julius Andrássys, zur Verfügung gestellt wurden.

Auch für die beiden vorliegenden Bände waren die Tagebücher und Briefe Baron Béla Orczys von sehr großem Werte. Aufs nachdrücklichste muß ich es allen etwaigen gegenteiligen Behauptungen gegenüber betonen, daß sich Orczys Angaben selbst bei eingehendster Prüfung stets als durchaus verläßlich erwiesen. Seine gleichzeitigen Aufzeichnungen in den Tagebüchern und Briefen an seine Mutter verdienen vollen Glauben, und gern überließ ich mich auch diesmal wie im ersten Bande seiner Führung. Wertvolle Mitteilungen kamen mir auch von den Exzellenzen Feldzeugmeister Graf Beck, Koloman von Széll, Freiherrn Ernst von Plener und vielen anderen Persönlichkeiten zu, die in der Lage waren, den Verlauf der Begebenheiten zuweilen aus der Nähe zu verfolgen. Sein lebhaftes Interesse wandte ferner meinen Studien über die äußere Politik der k. u. k. Botschafter in Berlin, Seine Exzellenz Graf Ladislaus Szögyény-Marich zu, dem ich hierfür den Zoll meiner Erkenntlichkeit abstatte. Sektionschef Baron Ludwig Dóczi schulde ich Dank dafür, daß er, meinem Ersuchen entsprechend, die Freundlichkeit hatte, mich über interne Vorgänge im Ministerium des Aeußern zu unterrichten, in dem er zu den Intimen Graf Andrássys gehörte. Auf diese Weise ermöglichte es mir Baron Dóczi, von dem wir bereits sehr interessante Beiträge zur Geschichte Andrássys besitzen, der Schilderung der Ereignisse oft ein lebhafteres Kolorit zu verleihen. Ein Wort aufrichtigen und warmen Dankes gebührt auch an dieser Stelle wieder meinem verehrten Freunde, Hofrat Dr. Árpád von Károlyi, dem Direktor des k. und k. Staatsarchivs, an dessen umfassende Kenntnisse und Liebens-

würdigkeit ich nie vergeblich appellierte. Mit Hingebung förderte auch mein geehrter Freund Emanuel Kónyi, der gründliche Kenner Deáks, die Biographie Andrássys, zu dem er stets mit großer Bewunderung emporblickte.

Der zweite Band führt die Darstellung der Ereignisse bis zum Abschluß der geheimen Konvention von 1877. Im dritten Bande werden die Begebenheiten vom Beginn des Russisch-Türkischen Krieges bis zum Tode Andrássys geschildert, dessen Charakteristik das Schlußkapitel bildet.

Ich kann hier nur wiederholen, was ich schon im Vorworte des ersten Bandes zum Ausdrucke brachte: daß es mein aufrichtigstes Bestreben gewesen, mit voller Unbefangenheit Menschen und Ereignisse zu schildern. Stets werden mir Berichtigungen erwünscht sein; denn niemand vermag mehr als ich davon durchdrungen zu sein, daß die Schilderung einer so wichtigen Periode, wie die von 1871—1879, nicht ohne Irrtümer sein kann.

## Erstes Kapitel

# Andrássys Debüt als Minister des Aeußern

Großes Aufsehen erregte es, als sich die ganz unerwartete Nachricht vom Sturze Beusts und der Ernennung Andrássys zum Minister des Aeußern verbreitete. Die Ungarn waren stolz darauf, zum erstenmal seit dem Bestande der Monarchie einen aus ihrer Mitte zur Führung der äußeren Politik berufen zu sehen. Dennoch erfaßte sie ein Gefühl der Bangigkeit bei der Erwägung, wer wohl das Erbe Andrássys antreten werde. Max Falk, der geistvolle Redakteur des „Pester Lloyd", bezeichnete den Abgang Andrássys als „schweren Verlust" für Ungarn,[1]) und man verfehlte nicht, den ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten an die angeblichen Worte Eötvös' zu erinnern, daß er — Andrássy — wohl in Wien ein mit allerlei Flitter behängter Weihnachtsbaum, aber dennoch nur ein entwurzelter, trockener Baum sein werde.[2]) Die Deutsch-Oesterreicher wieder eigneten dem Einzug Andrássys in das Palais am Wiener Ballplatz eine „beinahe demütigende Bedeutung" für sich zu und erblickten darin einen „moralisch-politischen Verlust" ihres bisherigen Ansehens. Sie befürchteten, unter dem neuen Minister werde die auswärtige Politik Oesterreich-Ungarns „überwiegend von magyarischen Gesichtspunkten beherrscht sein".[3]) Die Tschechen und Feudalen erhoben ein wahres Wutgeheul darüber, daß ihrem Gegner in der Hohenwart-Krisis, dem „Mongolen",[4]) „dem Totengräber Oesterreichs", wie sie Andrássy nannten,[5]) die so wichtige Stelle eines Ministers des Aeußern zu-

---

[1]) Morgenblatt des „Pester Lloyd", 29. November 1871.

[2]) Man beruft sich immer auf diesen Brief Eötvös', den er Ende 1869 an Andrássy geschrieben haben sollte. Er ist aber niemals veröffentlicht worden, weder ist er in den „Reden Deáks" noch auch in der Briefsammlung Eötvös' abgedruckt. Auch im Andrássyschen Archive hat sich keine Spur davon gefunden. Bekannt ist das Schreiben des Baron Eötvös vom 3. August 1870 (ungarisch, bei Lederer, „Andrássys Reden", Bd. II, S. 355), worin er Andrássy daran gemahnt, daß er nur als ungarischer Minister die Zukunft Ungarns sichert. Siehe den I. Band dieses Werkes, S. 620.

[3]) „Neue Freie Presse."

[4]) Kürnberger, „Siegelringe" in „Gesammelte Werke", Bd. I, S. 200.

[5]) Morgenblatt des „Pester Lloyd" vom 30. Dezember 1871.

gefallen war. Der „Pokrok" schrieb damals: „Wir wollen nicht des sächsischen Glücksritters losgeworden sein, um für ihn einen anderen einzutauschen," [1]) und das Riegersche Organ äußerte: „Die Aera des politischen Abenteurertums ist zu Ende, nun beginnt die Zigeunerära der Puszta." [2]) Der sofortige Sturz Andrássys bildete das heißeste Sehnen des Kreises Schäffles, der seinen eigenen erzwungenen jähen Abgang noch nicht verwinden konnte. Er betrachtete den Grafen in Wien als „Wächter gegen die Erstarkung Zisleithaniens" und als „Schutzmann der ungarischen Präponderanz". „Andrássy" — heißt es in einer vom Kleeblatt Schäffle, Friese und Hofrat Maxen verfaßten Denkschrift — „wird alles aufbieten, um zu verhindern, daß Oesterreich in seiner inneren Politik den rechten Weg betrete — dieser rechte Weg ist kein anderer als Rückkehr zur Politik Hohenwart." [3]) Die Jesuitenblätter trösteten sich mit der Aussicht, daß das Herauskehren des magyarischen Standpunktes bald den Fall Andrássys bewirken müsse. [4]) War es doch überhaupt eine zu jener Zeit weit verbreitete Meinung, die Kandidatur des ungarischen Ministerpräsidenten für den Posten eines auswärtigen Ministers sei eine ihm von der Reaktion gestellte Falle, dazu ersonnen, den ungarischen Einfluß zu brechen und den seines letzten Auftretens wegen so gründlich gehaßten Andrássy in das Privatleben zurückzuschleudern. Das Haus am Ballplatze wäre angeblich als Vortreppe erdacht, von der er, ebenso wie jetzt Beust, hinabgestürzt werden sollte. [5])

Im Palais des Ministeriums des Aeußern fand Andrássy eine Aufnahme, die nicht als sehr freundlicher Willkomm gedeutet werden konnte. Wie fast überall in Wien, wurde ihm auch hier, als dem von Ungarn hereingeschneiten Manne, mit Mißtrauen begegnet. Die maßgebenden Persönlichkeiten des Ministeriums waren zu innig mit der von Beust vertretenen preußenfeindlichen Politik verwachsen, um plötzlich, ganz ohne Uebergang, in das Horn

---

1) Abendblatt des „Pester Lloyd" vom 10. November 1871.

2) Morgenblatt der „Neuen Freien Presse" vom 11. November 1871.

3) Denkschrift, Wien, Mitte Dezember 1871. Abschrift. Gräflich Andrássysches Archiv. Die Denkschrift hat Andrássy vorgelegen, der am Rande derselben eigenhändig vermerkte: „Hofrat Maxen mit Kollaboration von Schäffle und Friesen." Interessant ist noch folgende Ausführung in der Denkschrift: „Die Fehler der Politik Hohenwart waren weit weniger Fehler des Programmes als Fehler der Aktion."

4) „Neue Freie Presse", 10. November 1871.

5) Ibidem, 8. November 1871.

ihres neuen Vorgesetzten zu stossen.[1]) Baron Aldenburg gestand es Baron Orczy ganz offenherzig ein, daß er die neue Richtung der auswärtigen Politik nicht zu billigen vermöge. Sein Glaubensbekenntnis sei ein Großdeutschland mit Oesterreich an der Spitze und Anschluß an Frankreich. Da all dies jetzt nicht durchführbar, habe er keine Lust mehr, noch weiter im auswärtigen Amte zu verbleiben. Er verlange daher einen längeren Urlaub als Vorläufer seines gänzlichen Austrittes aus dem Staatsdienste.[2]) Andrássy scheint dies Aldenburg verübelt zu haben. So oft später die Rede auf diesen Beamten kam, vermied er, dessen Namen auszusprechen, und sagte nur: „Ah, der Herr, der ging, als ich kam.“[3]) Hofrat von Teschenberg, der nie ein Freund Ungarns gewesen,[4]) und Hofrat Falke, die beide in der Presse mit der ganzen Kraft ihrer schriftstellerischen Talente für Beust eingetreten waren, empfanden es wie eine persönliche Demütigung, daß sie nun ihre Feder dem neuen Chef zur Verfügung stellen sollten. Sie weigerten sich, ihm den Boden bei den ihnen zugänglichen Zeitungen zu ebnen.[5]) Aber gerade der Mann, von dem man es am wenigsten erwartete und der unter Beust einen fast schrankenlosen Einfluß besessen, trennte sich von den ihm untergebenen Beamten des Preßbureaus, um sich an den neuen Minister heranzudrängen. Dies war Sektionschef Leopold von Hofmann, der gründliche Kenner der Presse und virtuose Handhaber dieses wichtigen Organes der öffentlichen Meinung. Durch seine intimen Beziehungen zu den großen und kleinen Zeitungen, deren Beust als mächtiger Posaunen zu seiner alltäglichen Verherrlichung bedurfte, hatte er sich dem Reichskanzler unentbehrlich zu machen gewußt. Hofmann, der sich überdies durch seinen Verkehr in allen möglichen und unmöglichen Salons eine staunenswürdige Personalkenntnis erworben — er kannte „ganz Wien“ —, beherrschte auch infolge dieser Fähigkeit den in allen Personalfragen nur wenig bewanderten Beust. Mancher unserer Gesandten klagte darüber, daß er mit seinem Chef nicht sprechen könne, ohne daß nicht sofort auch Hofmann

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 12. November 1871. „Im Ministerium gibt es wenige, die Andrássy lieben würden, im Gegenteil besteht Antipathie gegen ihn“. (ung.)

[2]) Ibidem.

[3]) Mündliche Mitteilung des ehemaligen Sektionschefs im Ministerium des Aeußern von Vavrik.

[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 12. November 1871. „Teschenberg war immer ein Ungarnfresser.“ (ung.)

[5]) Ibidem, 7. November 1871.

in dessen Arbeitszimmer erschiene, um als ungerufener Ohrenzeuge der Unterredung anzuwohnen.[1]) Und nicht immer blieb er seinem Metier getreu: mit offenen Augen und mit geschlossenem Mund durch die Welt zu gehen. Manchmal verleitete ihn die Eitelkeit, mehr zu scheinen, als er in Wirklichkeit war, dazu, ein Geheimnis laut werden zu lassen, wofür man an hoher Stelle das im Wiener Dialekt gesprochene Wort prägte: „Das hat gewiß der Poldl (Leopold) geplauscht.“ [2])

Seine Geschäftigkeit wie die Sucht, überall die Hand im Spiele zu haben, trieb ihn an, nicht nur in den äußeren Angelegenheiten der Monarchie, sondern auch in den inneren Verhältnissen Oesterreichs ein gewichtiges Wörtlein mitreden zu wollen. Er fühlte sich geradezu unglücklich, als Beust durch den Einspruch der Parteien aufhörte, ein maßgebender Faktor im Verfassungsleben Oesterreichs zu sein.[3]) Hofmann empfand diese Beschränkung seines Vorgesetzten als Schädigung seiner eigenen Stellung, da der Reichskanzler in inneren Fragen bisher an seinen Rat gebunden war. Doch nicht mit Sack und Pack verließ dieser höchst eigentümliche Mann, der unter der Hülle bezaubernder Liebenswürdigkeit und Gutmütigkeit viel Schlauheit und eine noch größere Portion von Selbstsucht verbarg, das Lager seines gefallenen Chefs, um in das des Nachfolgers überzugehen. Hofmann hielt es für geraten, stets zwei Eisen im Feuer in Bereitschaft zu haben. Er rechnete mit dem Verbleiben Andrássys im Amte und gleichzeitig doch auch mit dessen möglichem baldigen Sturze und der eventuellen Rückkehr Beusts in das von ihm soeben verlassene Ministerpalais. Ein so integrer Charakter Hofmann auch sonst war,[4]) gebrach es ihm doch an jedem sittlichen Halt, sobald es sich um seine amtliche Karriere handelte. Maßlos eitel[5]) und ehrgeizig, konnte er sich vor Erstaunen gar nicht fassen, daß sein Kollege Orczy allen Ehren und Auszeichnungen auswich, zu deren Annahme er diesen ununterbrochen anstachelte, in der Hoffnung, durch den Vertrauensmann Andrássys mit in die Höhe gerissen zu werden.[6]) Da sein ganzes Streben nur ein Ziel kannte, vor-

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 15. November 1871 (ung.). Auf Grundlage einer Baron Orczy vom Gesandten Graf Felix Wimpffen gemachten Mitteilung.

[2]) Przibram, „Erinnerungen eines alten Oesterreichers“, 1. Band, S. 359.

[3]) Tagebuch des Baron Orczy, 1871 (ung.).

[4]) Przibram a. a. O., S. 358.

[5]) Wegen seiner grenzenlosen Liebe für Orden nannte man ihn den „Crachat-Poldl“. Mündliche Mitteilung eines Diplomaten.

[6]) Tagebuch des Baron Orczy, 14. Juli 1871.

wärts zu kommen, zögerte er jetzt nicht, Beust den Rücken zu kehren und sich dem neuen Gestirn zuzuwenden. Schon berauschte er sich an der zukünftigen Stellung eines Unterstaatssekretärs im Ministerium des Aeußern,[1]) pries seine Leistungen und legte es Andrássy nahe, ihn bis zur vollen Uebernahme der Geschäfte mit deren provisorischer Leitung zu betrauen. Aber der Graf, der ihn durchschaute und wohl merkte, wie Hofmann damit nichts anderes bezwecke, als für sich Reklame zu machen, lehnte trocken dessen Beflissenheit ab und wies ihn nur an, die laufenden Angelegenheiten zu erledigen.[2]) So manchem schien es ein Rätsel, daß Andrássy dem jeder politischen Gesinnung baren Hofmann nicht sofort den Abschied erteilte. „Du wirst doch den nicht behalten," sagte Fürst Richard Metternich zum neuen Minister des Aeußern,[3]) und der norddeutsche Botschafter Schweinitz äußerte: „Der Mann faßt sich schlecht an." [4]) Andrássy war keinen Augenblick im Zweifel über den wahren Wert Hofmanns, von dem Ypsilanti einmal sagte: „Die Künstler halten ihn für einen großen Diplomaten, diese dagegen für einen Komödianten." [5]) Möglich, daß der Minister, der sich noch nicht vollkommen im Sattel fühlte, davor scheute, gegenüber der Gärung im eigenen Hause den einflußreichen Leiter der Presse schon jetzt über Bord zu werfen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß er dem Drängen Orczys nachgab, der bei jeder Gelegenheit für Hofmann eintrat,[6]) um nicht den Anschein zu erwecken, als wollte er sich eines Rivalen entledigen. Mit um so größerer Beruhigung konnte Andrássy den von ihm in seinem Wirkungskreis wesentlich beschränkten Hofmann im Amte belassen, als er in Orczy einen ebenso treuen wie verläßlichen Freund besaß, dem er den diplomatischen Verkehr übertrug[7]) und der ihn bei der geringsten Witterung von gefährlichen Umtrieben im Ministerpalais sofort davon in Kenntnis gesetzt hätte.

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 7. November 1871.

[2]) Ibidem, 9. November 1871.

[3]) Ibidem.

[4]) Ibidem.

[5]) Ibidem, 27. November 1871 (ung.).

[6]) Dies geht aus vielen Stellen des Orczyschen Tagebuchs hervor.

[7]) Baron Orczy wollte sogleich nach der Ernennung Andrássys seinen Posten im Ministerium des Aeußern verlassen, da nun der Graf seiner als einer Mittelperson und Berichterstatters nicht mehr bedürfe. Aber sowohl Andrássy als auch Deák bestanden darauf, daß er auch noch weiter auf seinem Platze verbleibe. Tagebuch des Baron Orczy, 1871.

Mit sehr gemischten Gefühlen blickte das Ausland auf den erfolgten Wechsel im Palais am Ballplatz. Gerne würde es rasch das Rätsel zu lösen versucht haben, das sich hinter der neuen Erscheinung barg. Hing doch von den Entschlüssen Andrássys Krieg oder Friede ab. Wird es sich bewahrheiten, was man ihm nachsagte, daß er darauf sinne, ein ungarisches Reich zu errichten, so mächtig, wie es unter Ludwig dem Großen oder Matthias Corvinus bestanden, um dann an Rußland Revanche für Világos zu nehmen?[1]) Gorčakov verhielt sich vorerst sehr zurückhaltend. „Wir wollen Andrássy an der Arbeit sehen!" rief er aus.[2]) In Berlin dagegen, wo man den neuen Minister des Aeußern schon besser als in Petersburg kannte, nahm man dessen Betrauung mit der Leitung der äußeren Politik Oesterreich-Ungarns mit großer Befriedigung auf. Wollte man nur auf die Stimmen aus dem Hohenwart-Schäffleschen Kreise hören, so bedeutete der Name Andrássys in der auswärtigen Politik nichts als Unglück und galt als Signal zu Zusammenstößen mit den Nachbarstaaten. Der neue Minister, hieß es da, zwinge die Donauländer, sich in die Arme Rußlands zu werfen. Anstatt diese Macht von Preußen zu trennen und für Oesterreich-Ungarn zu gewinnen, bewirke Andrássy durch seinen bekannten Russenhaß das Gegenteil davon. Er lasse sich noch überdies von Bismarck mit dem „Schreckbild Rußland" „bis zur Urteilslosigkeit" ängstigen und treibe die Dinge zu einer Entwicklung, die für die Monarchie die „Existenzfrage in den Vordergrund" stellen müsse.[3]) So sehr aber auch Schäffle und die vertriebenen Hannoveraner sich den Anschein gaben, Vertreter einer friedlichen Richtung zu sein, nährten sie doch im stillen den Gedanken der Revanche an Preußen. Ihr Ideal war es, mit Hilfe einer ganz anders gearteten Leitung der auswärtigen Geschäfte, als sie Andrássy darstellte, „Oesterreich durchzuwintern, bis Frankreich wieder stark genug ist, seine Stelle in Europa einzunehmen". Ganz direkt wurde es von diesen Leuten herausgesagt, daß nicht Rußland, sondern Preußen die „Aggressivmacht" sei, welche der Monarchie mit Gefahr drohe.[4])

Andrássy, dem die wühlende Minierarbeit seiner Gegner nicht

---

[1]) „Pester Lloyd", 30. November 1871.

[2]) Franckenstein an Andrássy, Petersburg, 24. (12.) November 1871. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Schäffles Denkschrift, Wien, Mitte Dezember 1871. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Ibidem.

unbekannt blieb, zuckte nur verächtlich die Achseln, als er von ihren denunziatorischen Anklagen gegen seine Person Kenntnis erhielt.[1]) Mit um so größerer Berechtigung, als ihm tatsächlich jedes kriegerische Gelüste oder gar Rachegefühl wegen einstiger Beteiligung Rußlands am Kampfe Oesterreichs gegen Ungarn vollkommen fern lag.

Nichts wäre auch ungerechter, als Andrássy einen ausschließlich ungarischen Standpunkt in seiner neuen Stellung zuschreiben zu wollen. Vom Moment seiner Ernennung zum Minister des Aeußern an fühlte sich Andrássy als Vertreter der ganzen Monarchie, den es als ungarischen Patrioten in hohem Grade erfreute, daß seit dem Ausgleiche von 1867 die Interessen der Dynastie, Ungarns wie der Monarchie überhaupt nicht mehr im Gegensatz zueinander ständen.[2]) Er wußte sehr wohl, daß Oesterreich-Ungarn des Friedens bedürfe — nicht erst seit jetzt und nicht erst belehrt durch das Rundschreiben Beusts, der, in sich selbst beräucherndem Tone, mit Hinweis auf seine angeblich „versöhnliche und zugleich würdige Politik“ vor seinem Abgang als Minister des Aeußern an die Gesandten und Botschafter bei den fremden Höfen schrieb: „Die Aufgabe meines Nachfolgers wird leichter sein, als die meinige gewesen ist. Er findet den Weg nicht allein vollständig vorgezeichnet, sondern bereits befreit von allem Schutt, und er braucht demselben nur zu folgen, um eines Tages das Ruder mit der nämlichen Befriedigung aus der Hand geben zu können, die ich in diesem Augenblick empfinde.“[3]) Aber welcher Unterschied zwischen Andrássy und Beust! Der ehemalige Reichskanzler plädierte erst nach einer gänzlich fehlgeschlagenen Revanchepolitik für den Frieden, wogegen Andrássy diesem schon seit langem das Wort aus voller Erkenntnis des Ruhebedürfnisses der Monarchie redete. War er doch aus diesem Grunde den verderblichen Plänen Beusts im Jahre 1868 und 1870 entgegengetreten. Andrássy gedachte daher auch gar nicht die Wege zu wandeln, die ihm sein Vorgänger so warm empfahl. Nur um ihn nicht zu kränken, gab er sich öffentlich den Anschein, als werde er

---

[1]) Er hat den Inhalt der Schäffle-Friesen-Maxenschen Denkschrift auch Schweinitz mitgeteilt. Schweinitz an Bismarck, Wien, 21. März 1872.

[2]) „Pester Lloyd“, Abendblatt vom 13. November 1871. Die im „Pester Lloyd“ gegebene Version der Abschiedsrede Andrássys im Deák-Klub dürfte wohl die verläßlichste sein. Siehe Lederer, „Andrássys Reden“, Bd. II, S. 535 (ung.).

[3]) Rundschreiben Beusts vom 10. November 1871; abgedruckt in „Das Staatsarchiv“, Bd. 21, S. 298.

die Richtung Beusts innehalten. „Sollte ich wirklich," sagte er damals, „Beusts Politik befolgen müssen, so wäre niemand reich genug, mich dafür zu bezahlen, daß ich vierundzwanzig Stunden auf diesem Platze verbleibe."[1]) Welch anderen Geist atmet denn auch das Rundschreiben des neuen Ministers des Aeußern als jenes des gefallenen Reichskanzlers! Mit der Kraft der Ueberzeugung, erfüllt vom unbedingten Glauben an die Lebensfähigkeit und Stärke der Monarchie und aus voller Hingebung an eine gute Sache, bediente sich Andrássy der Sprache einer klaren, offenen und festen Friedenspolitik. Da gibt es kein Zaudern und Schwanken. Laut ruft er es in die Welt hinaus, daß Oesterreich-Ungarn keine Eroberungen, keine Erweiterung seiner Grenzen anstrebe. „Die Vorteile," läßt er sich vernehmen, „die ein noch so glücklicher Krieg uns verschaffen könnte, würden nimmermehr diejenigen aufwiegen, welche die fortschreitende Entfaltung einer Prosperität uns eintragen würde, deren Aufschwung selbst durch eine Reihe innerer Krisen nicht einen Augenblick aufgehalten würde." Dementsprechend lautete sein Losungswort: Nicht den Umfang des Gebietes, sondern die Stärke der Monarchie vermehren durch Entwicklung der reichen Hilfskräfte, über die sie von Natur aus verfüge.[2])

Allein Andrássy vermochte früher keinen entschiedenen Zug in seine Politik zu bringen, ehe nicht jenseits und diesseits der Leitha geordnete Zustände eingetreten waren. Er mußte dafür sorgen, daß sowohl in Oesterreich als in Ungarn die richtigen Männer an die Spitze der Regierung gestellt würden. Obgleich er nicht die Absicht hegte, in die Verhältnisse der beiden Staaten der Monarchie eingreifen zu wollen, konnte er sich als Minister des Auswärtigen Amtes doch nicht der Erkenntnis verschließen, daß dessen richtige Leitung von der Gestaltung der inneren Lage bedingt sei. Er durfte nicht den passiven Zuschauer abgeben, der mit verschränkten Armen gleichgültig vom Fenster seines Ministerpalais aus zusieht, wie es in der unmittelbarsten Nachbarschaft lichterloh brenne. Hatte doch der Monarch nach dem Falle Hohenwarts gerade ihn an die Stelle Beusts berufen, weil er von ihm auch in inneren Fragen Ratschlag zur glücklichen Entwirrung der heraufbeschworenen Krise erwartete. Andrássy zögerte keinen Augenblick, Hand ans Werk zu

---

[1]) Przibram, „Erinnerungen eines alten Oesterreichers", 1. Band, S. 326.

[2]) Rundschreiben Andrássys vom 23. November 1871; abgedruckt in „Das Staatsarchiv", Bd. 21, S. 299.

legen. Keine leichte Aufgabe war es, nach einem so volkstümlichen, bei der eigenen Partei so beliebten Führer, wie es Andrássy gewesen, den geeigneten Mann für die Stelle des Ministerpräsidenten in Ungarn ausfindig zu machen. Lónyay, der bisherige gemeinsame Finanzminister, beteuerte, nicht nach der ungarischen Ministerpräsidentschaft zu geizen.[1] Andrássy hätte am liebsten Szlávy zum Nachfolger für sich erwählt.[2] Doch traute sich dieser nicht die nötige Kraft zu, um das Erbe Andrássys anzutreten. Szlávy fürchtete, die Deákpartei werde entweder sofort unter seiner Führung zerfallen oder aber bei den nächstens bevorstehenden Wahlen eine Niederlage erleiden. Auch der Kaiser neigte, gleich Andrássy, zu Szlávy hin. Erst dessen ausdrückliche Weigerung vermochte dem Monarchen die Betrauung Lónyays genehm zu machen.[3] Nun handelte es sich, noch den starken Widerstand in der Deákpartei gegen Lónyay zu überwinden, wo er wegen seines eigenmächtigen, nicht allzu entgegenkommenden Charakters keine besondere Beliebtheit genoß. Es bedurfte der ganzen Geschicklichkeit und Ueberredungskunst Andrássys, um der Partei den Mann annehmbar zu machen, der unstreitig, vermöge seiner hervorragenden Talente, wohl am berufensten zur Steuerung des Staatsschiffes schien. Am 10. November traf Andrássy aus Wien in Budapest ein. Als er im Deák-Klub für Lónyay das Wort erhob und sagte, jetzt handle es sich nicht um Personen, sondern um das Interesse der Partei, trat ein vollständiger Wechsel in deren Stimmung ein. Sie zeigte sich bereit, Lónyay als ihrem künftigen Führer zu folgen.

Sofort verständigte Andrássy den gemeinsamen Finanzminister von dem erreichten Resultat. Am 11. November fand ein Ministerrat statt, in dem dessen Mitglieder erklärten, ihren neuen Chef gemeinsam unterstützen zu wollen. Aber noch war man nicht Deáks sicher, der immer eine gewisse Abneigung gegen Lónyay an den Tag gelegt und sich bisher wenig entgegenkommend verhalten hatte. Als er, den schon schweres körperliches Leiden von der intensiven Beschäftigung mit den öffentlichen Angelegenheiten abhielt, erfuhr, die Partei wolle sich um den gemeinsamen Finanzminister als ihr künftiges Oberhaupt scharen, willigte er schließlich ein. Trotzdem war Deák nicht geneigt, ihm jene unbedingte För-

---

[1]) Tagebuch Orczys, 9. November 1871 (ung.).
[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 9. November 1871.
[3]) Tagebuch Orczys, 10. und 13. November 1871 (ung.).

derung zuteil werden zu lassen, deren sich Andrássy von seiner Seite zu erfreuen gehabt. „Nur von Fall zu Fall“, werde er, wie man damals scherzhaft bemerkte, Lónyay unterstützen.[1]) Damit war die heikle Frage der Nachfolgerschaft Andrássys erledigt, und Lónyay konnte am 14. November 1871 den Eid als Ministerpräsident Ungarns in die Hände des Monarchen ablegen.

Nicht so glatt als die Besetzung des ungarischen Ministerpräsidiums verlief die Beilegung der schweren Krisis, die nach dem Fall Hohenwarts in Oesterreich ausgebrochen war. Alles stand noch unter der Wirkung ihres verheerenden Einflusses. Als fester Punkt in der Unsicherheit der Verhältnisse zeigte sich nur der entschiedene Wille des Kaisers, nicht wieder vom verfassungsmäßigen Wege abzugehen. Wie sollte aber eine in sich starke, dauernde Majorität als sichtbare Trägerin der Verfassung ins Leben gerufen werden? Vor allem war es nötig, Vorsorge für die Schaffung einer kräftigen, verläßlichen Mehrheit zu treffen. Mit dieser Aufgabe wurde noch zur Zeit der Reichskanzlerschaft Beusts Freiherr von Kellersperg, der verfassungstreue und freisinnige ehemalige Statthalter von Steiermark unter dem Bürgerministerium, betraut. Seine Berufung sollte gleichzeitig zur Beruhigung der Verfassungspartei dienen,[2]) die noch immer Anschläge gegen ihren Bestand besorgte. Die Episode Kellersperg dauerte nicht lange. Noch ehe dieser in die Lage kam, ein definitives Ministerium zu bilden, legte er seine Mission in die Hände des Kaisers zurück. Beust meinte, die Verfassungspartei werde das Scheitern Kellerspergs Andrássy in die Schuhe schieben und ihm deshalb mißtrauisch begegnen.[3]) Es ist gewiß, daß Andrássy sich im Gegensatz zu Kellersperg befand, dessen Programm jedoch auch der Kaiser nicht billigte.[4]) Freiherr von Kellersperg verlangte zugunsten seiner Aktion vom Monarchen dessen direkte Einwirkung auf jene Elemente, die, dem Wunsche der Krone entsprechend, Hohenwart unterstützt hatten. Außerdem wollte er nichts von der Belassung eines galizischen Ministers, als offenbaren Zeichens einer besonderen Stellung Galiziens, wissen und setzte sich, um den Widerstand der österreichischen Polen zu brechen, mit den ihnen feindlich gesinnten Ruthenen in Verbindung. Kellersperg war so weit

[1]) Tagebuch Orczys, 13. November 1871 (ung.).

[2]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 11. November 1871.

[3]) Tagebuch des Baron Orczy, 6. November 1871 (ung.). So äußerte sich Beust zu Orczy.

[4]) Baron Orczy an seine Mutter, 19. November 1871.

gegangen, daß er zur Durchführung seines Planes als kräftigen Hilfsgenossen den ruthenischen Bischof Sembratović nach Wien berief.[1]) Als der Kaiser von seinem Plane erfuhr, die Polen mittels der Ruthenen in Schach zu halten, soll er ihm gesagt haben: „Wenn dies Ihre Politik ist, betrachte ich Ihre Mission als gescheitert.“ Diese Absicht Kellerspergs war aber auch für Andrássy Anlaß genug, ihm in die Arme zu fallen. Er war nicht gesonnen, eine Begünstigung der Ruthenen zum Schaden der Polen zuzugeben, die er, ohne Verletzung der Verfassung, zum Eintritt in den Reichsrat zu bewegen hoffte. Andrássy sagte ausdrücklich, er habe keine Versprechungen gemacht; Galizien erhalte nicht so viel, als dessen Resolution forderte und noch weniger, als seinerzeit Rechbauer bot.[2]) Es ist nicht wahr, daß Andrássy die Schwächung des polnischen Elementes zu hindern trachtete, um an demselben eine Art Gegengewicht gegen die Hegemonie der Deutschen in Oesterreich zu besitzen.[3]) Ihm war es vielmehr — wie er selbst General Schweinitz einbekannte — darum zu tun, mit Hilfe der Polen die Tschechen zu isolieren und sich ihrer als Bollwerk gegen den Ansturm der panslawistischen Bestrebungen zu bedienen.[4])

Nach mißlungener Berufung Kellerspergs setzte sich Andrássy mit Fürst Adolf Auersperg, dem Landespräsidenten von Salzburg, in Verbindung,[5]) den bereits April 1869 das Rumpfkabinett der „Fünf“ zu seinem Oberhaupt hatte erwählen wollen.[6]) Der Fürst, ein Bruder des früheren österreichischen Ministerpräsidenten Carlos Auersperg, war aus der Armee mit dem Range eines Majors geschieden. In der staatsmännischen Karriere hatte er bisher noch keine Gelegenheit gehabt, Proben besonderer Fähigkeit zu geben. Doch ging ihm der Ruf verfassungstreuer Gesinnung und energischen Wollens voraus. Noch lebte in frischer Erinnerung aller die schneidige und rückhaltlose Opposition, die er als Landespräsident von Salzburg gegenüber dem Ministerium Hohenwart zu entfalten gewußt. Auch gereichte es ihm zum Vorteile, daß er, frei

---

[1]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 22. November 1871. Nach Mitteilungen Andrássys an Schweinitz.

[2]) Ibidem.

[3]) Diese unhaltbare Annahme findet sich bei Walter Rogge, „Oesterreich seit der Katastrophe Hohenwart-Beust,“ Bd. I, S. 2.

[4]) Schweinitz, Wien, 22. November 1871.

[5]) Tagebuch des Baron Orczy, 17. November 1871 (ung.).

[6]) Siehe den ersten Band dieses Werkes, S. 541.

von jeder bureaukratischen Beschränktheit, die Dinge nach ihrer wahren Beschaffenheit zu beurteilen trachtete. Andrássy scheute keine Mühe, Fürst Adolf Auersperg für die Neubildung der Regierung zu gewinnen, was ihm schließlich auch gelang.[1]) Zwischen dem Kaiser, Andrássy und dem Fürsten wurde ein Programm vereinbart, dessen wesentlichste Punkte lauteten: Festhalten an der Verfassung, Ausbau der bereits vorhandenen verfassungsmäßigen Einrichtungen; Unterbleiben aller weiteren Ausgleichsversuche; der Reichsrat ist das einzig berufene Forum, vor das die Wünsche der einzelnen Kronländer, somit auch die Galiziens, gehören.[2]) „Es läßt sich hoffen," — schrieb damals Baron Orczy unter dem Eindruck dieser Vereinbarungen — „daß Auerspergs Verständigung mit dem Kaiser zu einem guten Resultat führen und er ein Kabinett wird bilden können, das eine längere Dauer hat, als die bisherigen hatten." [3]) Am 26. November vermochte die amtliche „Wiener Zeitung" der Welt die Kunde vom Inslebentreten eines Ministeriums zu geben, das, mit Adolf Auersperg an der Spitze, die geistige Elite Oesterreichs in sich vereinigte. Zählte doch das neue Kabinett Männer wie Lasser, Glaser, Unger und Stremayr zu seinen Mitgliedern.

Nun erst, nachdem mit seiner Hilfe sowohl in Ungarn wie in Oesterreich das Haus bestellt worden, durfte Andrássy an die Durchführung einer wirklich praktischen Politik in den Beziehungen zu den fremden Höfen denken. Schon seine ersten Schritte zeigten, daß er nicht gesonnen sei, in dem Geiste seines Vorgängers zu regieren und am wenigsten mit dessen bisherigen Organen. Für Metternich, der als eifrigster Parteigänger des französischen Kaiserpaares galt, war in Paris länger keines Bleibens. Schloß er aus seinem Salon seine alten, dem Kaiserreich treu ergebenen Freunde nicht aus, so erregte er den Verdacht Thiers', des Präsidenten der Französischen Republik, der in Dingen kaiserlicher Agitation sehr empfindlich war.[4]) Man sah in Paris Metternich mit sehr scheelen Augen an und gab von dort aus die Anregung zu dessen Abberufung. Der Fürst verstand den Wink und kam selbst um die Entlassung ein,[5]) womit nur einer eigentlich unhaltbaren Situation

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 20.—22. November 1871: „Andrássy half dem Ministerium auf die Füße." (ung.)

[2]) Schweinitz, Wien, 21. und 22. November 1871.

[3]) Orczy an seine Mutter, Wien, 19. November 1871.

[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 24. November 1871.

[5]) Schweinitz, 28. November 1871.

ein Ende bereitet wurde. Denn seit dem Sturz Napoleons III. mußte sich Metternichs Lage in der französischen Hauptstadt sehr unbehaglich gestaltet haben. Zu seinem Nachfolger ward der bisherige Londoner Botschafter, Graf Apponyi, bestimmt, dessen Vater schon zu Zeiten Louis Philipps die Interessen Oesterreichs in Frankreich vertreten hatte. Mit dem Abgang Apponyis ward der Londoner Posten frei für Beust, der sich bereits am 8. November, nach einer freundlichen Aussprache mit Andrássy, diesem gegenüber geäußert hatte, er sei bereit, unter ihm als Botschafter in London zu dienen.[1]) Trotz der Ernennung zögerte der ehemalige Reichskanzler, Wien zu verlassen. Er inszenierte Huldigungsfeierlichkeiten für seine Person, ließ sich in den Wiener Blättern lobpreisen, immer von der stillen Hoffnung geleitet, diese Aeußerungen der öffentlichen Meinung würden noch in letzter Stunde eine Willensänderung des Kaisers bewirken.[2]) Gleichzeitig fand er es nicht unter seiner Würde, im geheimen Angriffe gegen seinen Nachfolger richten zu lassen, wozu ihm insbesondere Baron Heine das ihm gehörige „Fremdenblatt“ zur Verfügung stellte.[3]) Am 25. November verließ Beust endlich die Kaiserstadt, und es zeigte sich sehr bald, daß Andrássy einen Fehler begangen, als er aus Delikatesse zustimmte, den gefallenen Reichskanzler als Botschafter nach London zu senden. Denn kaum dort angelangt, hatte er nichts Eiligeres zu tun, als seinen Chef bei den maßgebenden Persönlichkeiten Englands anzuschwärzen. Er schilderte Andrássy als Ehrgeizling, der ihn nur gestürzt, um selbst ans Ruder zu kommen, und der jetzt alle diplomatischen Posten ausschließlich mit Ungarn zu besetzen gedenke.[4]) Dies Intrigieren Beusts konnte leicht eine gehässige Stimmung in London gegen Andrássy erzeugen. Das wäre von um so größerem Nachteil gewesen, als der Minister des Aeußern sich eben anschickte, intimere

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 8. November 1871 (ung.).

[2]) Orczy an seine Mutter, Wien, 19. November 1871. „Beust ist noch hier und läßt sich durch Ovationen anräuchern, was nicht sehr klug von ihm ist. Denn eine jede derselben fällt fast so aus wie eine indirekte Klage à l'adresse du souverain, weil er Beust entlassen hat. Die ganze Sache wird binnen kurzem ins Lächerliche überschlagen, da es ganz den Anschein hat, comme si ces ovations étaient marchandise de commande. Er täte also gut daran, bald auf seinen Posten nach London abzugehen.“ Das 47. Kapitel von Beusts „Erinnerungen und Aufzeichnungen“ enthält eine ganze Liste der ihm dargebrachten Auszeichnungen.

[3]) Tagebuch Orczys, 17. November 1871 (ung.).

[4]) Graf Bernstorff an Bismarck, London, 13. Dezember 1871.

Beziehungen zum englischen Kabinett anzuknüpfen, die seiner Meinung nach zum Schaden der Monarchie in den letzten Jahren ganz vernachlässigt worden waren.[1])

Nichts beweist klarer, mit wie festgefügten politischen Ideen Andrássy die Leitung des Ministeriums des Aeußern übernahm, als die vertrauliche Unterredung, die er Ende Dezember 1871 mit Lytton Bulwer, dem englischen Botschafter in Wien, hatte. In überzeugender Weise widerspricht dieses Gespräch auch der vielfach verbreiteten Ansicht, als wäre der Graf ein sprunghafter, rhapsodischer Kopf gewesen, der sich durch die Verhältnisse schieben ließ, anstatt diese selbst zu lenken. Sein politisches Glaubensbekenntnis stand bereits von dem Augenblick an, als er den Fuß ins Palais am Ballplatz setzte, in großen Zügen fest. Nur in der Ausführung paßte er seine Pläne, wie jeder große Staatsmann, den Umständen an. Wie sehr unterschieden sich auch hierin Andrássy und Beust voneinander! Andrássy fühlte das ganze Gewicht der Verantwortung, die das ihm anvertraute Schicksal der Monarchie ihm auferlegte. Ihm ist es aufrichtig um die Förderung der Wohlfahrt Oesterreich-Ungarns zu tun, die er mit den Mitteln des Friedens erreichen will. Er ist weit entfernt von der frivolen Denkungsart Beusts, der nicht davor zurückschrak, Gut und Blut der Bürger dieser Monarchie leichtfertig zu opfern. Um allen Möglichkeiten gegenüber die Ruhe und friedliche Entwicklung Oesterreich-Ungarns zu sichern, näherte sich Andrássy England, dem, wie er sagt, ältesten und natürlichsten Verbündeten der Monarchie.[2]) Mit einer auch von den englischen Staatsmännern anerkannten „vollkommenen Offenheit“ [3]) gewährte er dem englischen Botschafter Einblick in das geheimste Innere seines politischen Systems.

Andrássy ging von der Ansicht aus, es beruhe auf einem Irrtum, die „Nicht-Interventionspolitik“ der englischen Regierung mit Gleichgültigkeit derselben gegenüber den Vorgängen auf dem

---

[1]) Lytton Bulwers vertrauliche Depesche an Lord Granville, Wien, 27. Dezember 1871. Abschrift. Gräfl. Andrássysches Archiv. Andrássy sagte dem englischen Botschafter, „that in his opinion the main defect in the foreign policy of the Austro-Hungarian Empire during recent years has been a wholly inadequate estimate both of the value and the possibility of the friendship of Great Britain“.

[2]) Lytton Bulwer an Granville, 27. Dezember 1871. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Granville an Lytton, London, 16. Januar 1872. Gräfl. Andrássysches Archiv.

Festland zu verwechseln. In dem bisherigen Gang des Londoner Kabinettes vermochte er nichts zu entdecken, was geeignet gewesen wäre, diese falsche Auffassung zu rechtfertigen. Vielmehr meinte er, es wolle sich nicht durch „politische Uebergeschäftigkeit“ um die geographischen Vorteile der insularen Lage Englands bringen und das Leben von dessen Bewohnern nicht im Dienste kontinentaler Streitigkeiten verschwenden, die es nichts angingen. Doch dünkte es ihm, daß solche Haltung sehr wohl vereinbar wäre mit freier, furchtloser Ausübung des moralischen Einflusses und mit lebhafter Sympathie für die Wahrung des europäischen Friedens. Ganz speziell sollte dies zugunsten einer Schwestermacht betätigt werden, die, wie Oesterreich-Ungarn, von gleichem Bestreben erfüllt sei und auch in der Lage wäre, den wirksamen guten Willen Englands nicht nur zu beanspruchen, sondern auch zu erwidern. Mit keiner anderen Macht, betonte Andrássy, könnte Großbritannien so leicht wie mit unserer Monarchie in freundschaftliche Berührungen treten, ohne dadurch schon Anlaß zu Mißtrauen zu geben. Besondere Intimität Englands mit Frankreich, setzte er auseinander, würde unfehlbar sofort Verdacht bei Deutschland erregen. Dagegen vermöchte das englische Kabinett keine Allianz mit Deutschland einzugehen, ohne dadurch nicht die Empfindlichkeit Frankreichs zu reizen. Andererseits müßte es einem Bunde mit Rußland zuliebe so schwere Opfer an seinen politischen Grundsätzen und nationalen Interessen bringen, für die es keine denkbaren Entschädigungen erhalten könnte. Von all diesen Schwierigkeiten — folgerte Andrássy — ist keine einzige auf das Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und dem britischen Reiche anwendbar, die beide schon durch ähnliche verfassungsmäßige Einrichtungen auf Sympathien füreinander angewiesen seien. Andrássy schmeichelte sich daher mit der Hoffnung, daß die englische Regierung, von gleicher Friedensliebe wie unsere Monarchie erfüllt, auch deren starken Wunsch nach freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten teilen werde. Hierbei bezeichnete er es als direkte Absichtlichkeit, daß er es vermieden, sich bei diesen Eröffnungen des Wortes Allianz zu bedienen. Sei doch dieser Ausdruck nur zu oft von internationalen Verbindungen gebraucht worden, die eines ganz anderen Charakters waren, als er ihn wünschen möchte. Er trachte — sagte er dem Botschafter Lytton — nach mehr als einem bloßen Austausch von gewöhnlichen Höflichkeiten und nach mehr als den üblichen Beteuerungen von unbegrenztem guten Willen. Doch strebe er auch nicht nach militärischen Ver-

einbarungen, nicht nach einer Allianz zu Kriegszwecken, sondern einzig und allein nach einem guten Einvernehmen im Interesse der Erhaltung des Friedens.

Andrássy ließ es sich nicht entgehen, in Gegenwart des Botschafters auch sofort in eine Untersuchung der Wirkung eines solchen Bundes zwischen England und Oesterreich-Ungarn auf die übrigen Mächte des Festlandes einzugehen. Ihm stellte sich die ganze Lage so dar, daß beide Staaten gar kein Hehl aus ihrer Intimität vor Frankreich und Deutschland zu machen brauchten. Bestehe doch zwischen Frankreich und Oesterreich-Ungarn keine Rivalität, daher auch kein Anlaß zu Mißtrauen. Deutschland hingegen müßte sogar der englisch-österreichisch-ungarische Bund Befriedigung gewähren, da schon allein die Tatsache des Bestandes einer solchen Vereinigung Sicherheit und Garantie für die Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes von Europa biete. Nur allmählich jedoch rückte Andrássy mit dem eigentlichen Plan hervor, der sein ganzes Denken umfaßte und ihn als den wirklich weitblickenden Staatsmann kennzeichnet, der die Kraft besitzt, all sein Sinnen in den Dienst einer großen Idee zu stellen. Seinem Geiste schwebte eine aufrichtige Verbindung zwischen Deutschland, England, Italien, Oesterreich-Ungarn vor, deren Grundstock das Einvernehmen zwischen dem britischen Reiche und unserer Monarchie zu bilden hätte. Andrássy war vollkommen durchdrungen davon, daß an einem solchen Bollwerke alle etwaigen Angriffsgelüste Rußlands oder Frankreichs zuschanden werden müßten. Im Bunde mit England aber möchte er sein größtes Ziel erreichen: die Verhinderung einer Allianz zwischen Preußen und Rußland, die, nach ihm, wenn auch noch so unnatürlich, doch in den Bereich der Möglichkeit gehöre. Eine derartige Gefahr, die er unter die denkbar größten zählt, will er um jeden Preis von den Völkern Europas abwenden. Wisse das jetzt nach der Sympathie Englands und Oesterreich-Ungarns strebende Deutschland, äußerte Andrássy gegenüber Lytton, daß es sich im Falle eines drohenden Krieges auf die zwei Friedensmächte stützen könne, so wird es seine Zuflucht nicht zu Rußland nehmen. Erst wenn das Berliner Kabinett zur Erkenntnis gelangt sein sollte, daß Oesterreich-Ungarn und England nicht vereint vorgehen, daß beide Staaten unfähig wären, den Wert der Unabhängigkeit Deutschlands von Rußland zu ermessen, erst dann wird es, vor die Möglichkeit eines neuen Angriffes von seiten Frankreichs gestellt, keine andere Wahl haben als die Allianz mit Rußland,

als, wie sich Andrássy ausdrückt, gleichsam letztes, verzweifeltes Mittel. Noch einmal hielt es der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern als kräftigstes Beweismittel aller seiner Ausführungen für nötig, den englischen Botschafter auf die Vorteile zu verweisen, die für seine Regierung aus der Freundschaft mit uns entspringen müßten. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf die gleichen Interessen im Schwarzen Meer, entlang der Donau, in Konstantinopel und darauf, von welcher Bedeutung es wäre, wenn Oesterreich-Ungarn dem Russen, falls es ihm einfallen sollte, England in Indien zu bedrohen, „ein mächtiges und unmittelbar wirkendes Zugpflaster auf den Rücken zu versetzen vermöchte“. Andrássy sprach jetzt mit dem vollen Bewußtsein des Vertreters einer durch konstitutionelle Institutionen gestärkten Monarchie, der es nicht mehr an der Kraft zu großangelegten Unternehmungen gebreche. Beseelt von schwellendem Machtgefühl, wie es nur der Besitz einer wohlgerüsteten Armee gewährt, sagte er dem britischen Botschafter, daß jetzt alle Parteien in Oesterreich-Ungarn, ohne Rücksicht auf Nationalität, für die Aufstellung eines schlagfertigen Heeres eintreten, nicht zu aggressiven, sondern zu defensiven Zwecken. „Binnen sehr kurzer Zeit“ — schloß der Minister — „werden wir über eine solche wohlorganisierte militärische Kraft verfügen, die für den Fall europäischer Verwicklungen selbst die stärksten militärischen Staaten froh sein werden an ihrer Seite zu haben. Und, glauben Sie mir,“ — fügte er noch hinzu — „diese Tatsache wird nach ihrem vollen Werte von unseren deutschen Nachbarn geschätzt.“ [1])

Die in vertraulichster Weise, mit Umgehung Beusts gemachte Eröffnung erfüllte Lord Granville, den damaligen Leiter des englischen Auswärtigen Amtes, mit größter Befriedigung. „Es ist erfreulich, zu erfahren,“ — schrieb er an Lytton Bulwer nach Wien — „wie richtig Graf Andrássy über die Aufgaben und die Politik Ihrer Majestät Regierung in den auswärtigen Angelegenheiten urteilt.“ Der englische Staatsmann war einer Ansicht mit Andrássy, daß das Hauptinteresse der von ihnen vertretenen Staaten in der Erhaltung des Friedens liege, wofür, wie er meint, „alle mit ihrer Ehre verträglichen Bemühungen ins Werk zu setzen seien“. Auch darin stimmte er zu, kein förmliches Abkommen zu treffen, schon aus dem Grunde, weil der Abschluß eines solchen mit Schwierigkeiten verbunden wäre, gleichviel, ob es einen öffentlichen oder privaten Charakter haben sollte. Trotzdem wollte er

[1]) Lytton Bulwer an Granville, Wien, 27. Dezember 1871. Gräfl. Andrássysches Archiv.

es nicht bei einer bloß „allgemeinen Höflichkeitsantwort" bewenden lassen. „Ihrer Majestät Regierung erklärt daher," — schrieb Granville in seiner Weisung an Lytton Bulwer — „daß Großbritannien und Oesterreich, angeregt durch die gleichen ehrenwerten Beweggründe, in allen Fragen, die den gegenwärtigen oder den zukünftigen Frieden Europas berühren, sich in ihren Ansichten stets übereinstimmend begegnen werden; daß die moralische Wirkung einer solchen selbstbestimmenden Aktion eine bedeutende sein wird, und zwar nicht nur zur Lösung einzelner Fragen, sondern daß auch, weil die Erkenntnis hiervon sich unaufhaltsam Bahn brechen wird, der Einfluß dieser zwei Mächte in allen Fragen über Krieg und Frieden, über Recht und Unrecht vereint zu treffen sein wird." [1])

Für den Beginn der politischen Aktion Andrássys bedeutete es einen Erfolg, das englische Kabinett zu einer derartig günstigen Aeußerung veranlaßt zu haben. Granvilles Verhalten hatte jedoch zur Voraussetzung die Bedingung eines „guten Einvernehmens" zwischen Deutschland und unserer Monarchie. Freudig, sagte er, wolle er dazu beitragen, die bereits sich zwischen ihnen äußernde „freundschaftliche Gesinnung" erstarken zu machen. Granville vermochte die Richtung der bisherigen Beziehungen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands zueinander nur aus der Ischler und Salzburger Entrevue zu ermessen. Er wußte vielleicht gar nicht, daß der damals noch im Amte befindliche Reichskanzler Graf Beust, sehr gegen dessen Willen, vom früheren ungarischen Ministerpräsidenten zu einem Wechsel seines bisherigen Vorgehens gegenüber Deutschland gezwungen worden war. Am wenigsten besaß der Engländer eine Ahnung davon, daß Andrássy dem Vertreter des Norddeutschen Bundes, General Schweinitz, bereits am 22. November in feierlicher Weise gesagt hatte: das enge Zusammengehen mit Deutschland bilde die Basis seines ganzen politischen Systems und dieses müßte sofort eine tiefe Erschütterung erleiden, falls an jener Grundlage gerüttelt würde. Mit überzeugungsvollem Tone fuhr er fort, er habe diese Politik nicht als ein Erbstück Beusts übernommen, sondern bekenne sich zu ihr als unbedingt nötig und nützlich, aus freier Wahl und wolle auch für die Zukunft an ihr festhalten. General Schweinitz bezeugt es denn auch, daß der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern sich nicht erst seit jetzt einer solchen Sprache bediene.

---

[1]) Granville an Lytton Bulwer, 16. Januar 1872. Gräfl. Andrássysches Archiv.

In den vielen intimen Gesprächen, die Andrássy während der letzten zwei Jahre mit dem preußischen General geführt, hatte der Graf wirklich kein Wort gesagt, das zu dem von ihm nunmehr entwickelten Programm im Gegensatz gestanden wäre.[1]) Daraus erklärt sich auch die Sicherheit, mit der Andrássy, der nie im diplomatischen Dienst gestanden, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ergriff, nicht wie einer, der erst zögernd und tastend sein politisches Denken aus den stetig wechselnden Begebenheiten des Tages abzuleiten sucht. Am besten wußte das der Kaiser und König Franz Josef I. zu würdigen, der in der Audienz, in der die Ernennung zum Minister des Aeußern erfolgte, Andrássy gegenüber bemerkte: Ohne ihm Komplimente machen zu wollen, müsse er es aussprechen, was dem Minister sein eigenes Gefühl ohnehin bestätigen werde, daß das gute Einvernehmen mit Deutschland erst jetzt und durch ihn, Andrássy, zur Wahrheit werden kann.[2]) Diese Worte wiederholte der Kaiser auch dem norddeutschen Gesandten.[3])

Für Andrássy war der Boden zu einem innigeren Anschluß an Deutschland geebnet. Bei der Zusammenkunft von Salzburg im Sommer 1871 hatte der Graf auf König Wilhelm, wie dieser selbst dem Kaiser erzählte, den vortrefflichsten Eindruck gemacht.[4]) Auch Bismarck hegte von Andrássy die günstigste Meinung, die durch dessen Rundschreiben vom 23. November nur noch verstärkt wurde. Nun zögerte der Kanzler, der den Worten Andrássys unbedingten Glauben entgegenbrachte,[5]) nicht mit der Erklärung, welch hohen Wert er der Erhaltung des bestehenden Verhältnisses mit Oesterreich-Ungarn beimesse. Besonders sympathisch berührte ihn die von Andrássy im Rundschreiben betonte Friedenspolitik; in deren Sinne zeigte sich Bismarck bereit, seine eigene Politik, wie er äußerte, mit der des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern Hand in Hand gehen zu lassen.[6]) Nur wünschte der norddeutsche Kanzler, daß Andrássy die Gefahren, von denen er

---

[1]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 22. November 1871.

[2]) Schweinitz, Wien, 11. November 1871. Andrássy teilte dies dem norddeutschen Gesandten selbst mit.

[3]) Schweinitz an Kaiser Wilhelm, 17. Dezember 1871.

[4]) Ibidem.

[5]) Graf Károlyi an Andrássy, Berlin, 13. Januar 1872. Gräfl. Andrássysches Archiv. „... durch den unbedingten Glauben, den er (Bismarck) in Ihr politisches Wort setzt."

[6]) Bismarck an Schweinitz, Berlin, 30. November 1871.

Ungarn umflutet wähne, nicht, wie bisher, auf einem allzu engbegrenzten Felde erblicke. Irrig sei es von seiten Andrássys, ließ sich Bismarck vernehmen, daß er noch während seiner ungarischen Ministerpräsidentschaft Abhilfe gegen die Bedrohungen seines Vaterlandes in guter Freundschaft mit den Südslawen und mit Rumänien suchte oder daß er glaubte, sich ihrer mit der Kraft Ungarns erwehren zu können. Wie lebhaft, fuhr Bismarck fort, auch die Selbständigkeitsbestrebungen Serbiens und Rumäniens sein mögen, so werden sie Rußland doch kaum einen ernsten Widerstand entgegensetzen können. Ihrer vereinten Macht gegenüber, schloß der Kanzler, wird Ungarn stets auf das deutsche Bündnis angewiesen bleiben. Er war daher durchdrungen davon, daß Andrássy Ungarn als zwischen Deutschland und Rußland, und nicht als zwischen Südslawen und Rumänien stehend sich vorzustellen habe. Bismarck hielt es für erwiesen, daß alle in Serbien und Rumänien zutage tretenden Erscheinungen nur allein von solchem Gesichtspunkt aus beurteilt werden müßten. Er hatte daher auch General Schweinitz beauftragt, in diesem Sinne auf Andrássy einzuwirken und ihn zu überzeugen, daß gute Beziehungen zu Deutschland für ihn weit wichtiger und zuverlässiger seien als die Stimmungen, wie sie von Zeit zu Zeit in Bukarest oder Belgrad vorherrschen mögen.[1]) Die Erklärungen, die jetzt der neue Minister des Aeußern dem norddeutschen Gesandten abgab, machten auf Bismarck den Eindruck, daß auf dem Wiener Ballplatze die volle Bedeutung der Freundschaft mit dem Berliner Kabinette gewürdigt werde. Für den deutschen Staatsmann war diese Erkenntnis um so erfreulicher, als in seinen politischen Kombinationen die innige Verbindung zwischen dem von ihm geleiteten Staate und Oesterreich-Ungarn eine hervorragende Rolle spielte. Baron Joachim Münch, der damals in Abwesenheit eines Gesandten als Chargé d'affaires die Geschäfte in Berlin leitete, konnte denn auch über seine Wahrnehmungen nach Wien berichten: „Wäre es noch nötig gewesen, so hätte ich in dieser Zeit den richtigen Maßstab bekommen für den inneren Wert, den man hier dem Zusammengehen mit uns beilegt und dafür, daß diese Politik hier gewissermaßen als untangierbar von Zufälligkeiten und Zwischenfällen angesehen wird.“[2]) So sehr man auch mit

---

[1]) Bismarck an Schweinitz, 2. November 1871.

[2]) Münch an Andrássy, Berlin, 2. Dezember 1871, k. u. k. Ministerium des Aeußern.

Münch zufrieden war, wünschte Bismarck doch, daß Graf Alosius Károlyi, der neuernannte Botschafter, ehestens in der deutschen Hauptstadt erscheine. Baron Münch, selbst von lebhaftem Interesse für die Pflege der deutschen Freundschaft erfüllt, hatte ihm gut vorgearbeitet. Unter sehr schwierigen Verhältnissen war er nach Berlin gekommen, als man dort nach 1866 und während des Krieges von 1870 in unseren Diplomaten nur verkappte Feinde sah, deren Umgang gemieden werden müsse. Durch Takt, Umsicht wie durch liebenswürdiges und korrektes Wesen gelang es jedoch Münch, sich binnen kürzester Zeit die Sympathien des Hofes, der Gesellschaft und der offiziellen Welt zu erwerben. Andrássy, der später (1872), während der Tage der Drei-Kaiser-Entrevue, Gelegenheit hatte, Münchs große Begabung schätzen zu lernen, schien ihn zu hohen Stellungen ausersehen zu haben. Eine tückische Krankheit (Typhus) riß aber im Sommer 1877 den erst 44 Jahre alten Diplomaten frühzeitig aus dem Leben.[1])

Dem Verlangen Bismarcks entsprechend, eilte Graf Károlyi nach Berlin, wo er am 22. Dezember 1871 in feierlicher Audienz von Kaiser Wilhelm empfangen wurde. Obgleich der Botschafter nur zu diesem speziellen Zweck nach Berlin gekommen war und infolgedessen noch keine offiziellen Besuche machte, ließ ihn der deutsche Kronprinz doch wissen, daß er ihn unmittelbar nach seiner Vorstellung beim Kaiser zu sprechen wünsche. Der Kronprinz, der aus seiner Hinneigung zu unserer Monarchie kein Geheimnis machte, gedachte auch jetzt durch den raschen Empfang Károlyis seinen Gefühlen für uns sichtbaren Ausdruck zu verleihen.[2]) In gleicher Weise beeilte sich auch Bismarck, mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Berührung zu treten. Seit Wochen leidend und mit niemand verkehrend, hatte er sich der feierlichen Audienz ferngehalten. Trotzdem wollte er, wenigstens für einen Moment, Graf Károlyi persönlich begrüßen. Um 2 Uhr nachmittags — noch am Tage der Audienz — empfing er den Botschafter, dem er sofort die Versicherung erteilte, er hoffe mit Andrássy den „vertrauensvollsten Verkehr“ zu pflegen. Die wenigen Worte, die Károlyi mit dem kranken Kanzler über Politik zu

---

[1]) Nach Mitteilungen eines Diplomaten, der Münch sehr genau kannte. Münch war 1874 zum Gesandten in Athen ernannt worden. Bismarck nannte Münch unter den jüngeren österreichisch-ungarischen Diplomaten als denjenigen, der wirklich für die Freundschaft mit Deutschland eingenommen war.

[2]) Graf Károlyi an Andrássy, Berlin, 22. Dezember 1871. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

wechseln vermochte, genügten, um ihn, wie er berichtet, von dessen aufrichtigem Wunsch zu überzeugen, „das gute Einvernehmen zwischen den beiden Kabinetten in Wirklichkeit und nach allen Richtungen hin zutage treten zu lassen“.[1]) Andrássy hatte sich in seinem alten Freunde Graf Alosius Károlyi den richtigen Interpreten seiner Bestrebungen erwählt, die bereits um diese Zeit auf eine Allianz mit dem Deutschen Reiche lossteuerten — als einer festen Stütze zur Sicherung der zukünftigen Politik der Monarchie.[2])

Noch aus früheren Tagen stand Károlyi am Berliner Hofe in bestem Andenken. Bereits vor dem Kriege von 1866 war er dort der Vertreter Oesterreichs gewesen. Stets hatte er zu dieser Zeit ein so taktvolles Benehmen bewiesen, daß Bismarck, der dies wiederholt öffentlich und privat anerkannte,[3]) jetzt selbst seine Wiederernennung zum Botschafter betrieb.[4]) Graf Károlyi zählte noch zu den Diplomaten der alten Schule: würdevoll im Auftreten, höflich im Umgange, war er sehr zurückhaltend und auffallend schweigsam. Ohne gerade ein Staatsmann ersten Ranges zu sein, der durch glänzende Ideen verblüfft, zeichnete er sich durch eine Eigenschaft aus, die ihn wie geschaffen zum Repräsentanten eines großen Staatswesens in der Fremde erscheinen ließ. Sie bestand darin, daß er nicht mehr sein wollte als er war. Károlyi erblickte seinen vornehmsten Beruf darin, ohne willkürliche Deutungen, ohne jede Sucht nach Intrigen, mit dem Aufgebot aller seiner trefflichen Fähigkeiten genauestens die Weisungen seines Chefs auszuführen, vor dessen staatsmännischer Ueberlegenheit und Klugheit er sich willig beugte. Sowohl Andrássy als auch Bismarck würdigten diese, durch seine vorliegenden Berichte bescheinigte Zuverlässigkeit im geschäftlichen Verkehre, die stets die Gewißheit erzeugte, daß er das getreue Organ des leitenden Ministers sei. Nie auch wäre es Károlyi eingefallen, seine vorzügliche Stellung, deren er sich am Berliner Hofe erfreute, gleich seinem französischen Kollegen Gontaut-Biron, zu Verbindungen mit den Gegnern Bismarcks zu mißbrauchen. Durch sein glänzendes Haus, dem seine Gemahlin, die berühmt schöne Gräfin Fanny Erdödy — mit ihrer gleich schönen Schwester in Wien als die „Götterkinder“ bezeichnet —

---

[1]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 23. Dezember 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 13. Januar 1872.

[3]) Plener, „Erinnerungen“, Bd. I, S. 28.

[4]) Mitteilung eines Diplomaten.

in entzückender Liebenswürdigkeit vorstand, bildete Graf Károlyi in der Tat einen der vornehmsten Mittelpunkte der Berliner Gesellschaft. Obwohl er weder eitel noch stolz war, hatte er doch das Bewußtsein, der Monarchie einen unschätzbaren Dienst zu leisten, wenn er, der reiche Grandseigneur, ihre Vertretung im Auslande übernähme.[1]) Es gereichte ihm zum Vorteile, daß er dies aus Ueberzeugung und mit voller Hingabe an die ihm übertragene Aufgabe tat: das bereits bestehende gute Verhältnis zu entwickeln, sich heranreifen, festere Wurzeln schlagen und gleichsam zur Gewohnheit werden zu lassen, „um," wie er sagt, „nähere Allianzversuche ohne diesseitiges Jagen dem gewünschten Ziele zuzuführen".[2])

Der kritische Zustand, in dem sich Deutschland damals noch immer gegenüber Frankreich befand, kam den Hoffnungen Károlyis in erwünschter Weise entgegen und ließ das Verlangen Bismarcks nach aufrichtiger Freundschaft mit uns in dem günstigsten Lichte erscheinen. Trotz des Friedens von Frankfurt und ungeachtet des wieder aufgenommenen diplomatischen Verkehrs mit Frankreich — wenngleich nur in der Person von Geschäftsträgern — war die Lage noch immer eine sehr bedrohliche. Der äußerst kluge und an staatsmännischer Erfahrung ungemein reiche Thiers trachtete daher, als erster Präsident der Französischen Republik, sein Vaterland so rasch als möglich von den dort weilenden deutschen Besatzungstruppen zu befreien. Das war von höchster Wichtigkeit, um jeden Anlaß zu Reibereien zwischen der heimischen Bevölkerung und den fremden Soldaten aus dem Wege zu räumen. Seinen versöhnlichen, auf die Stärkung Frankreichs gerichteten Bemühungen gelang es, ein Nachlassen der herrschenden Spannung zu bewirken. Schon war die Rede davon, an Stelle der Geschäftsträger Gesandte für Paris und Berlin zu ernennen. Da trat ein Ereignis ein, das den eben geknüpften dünnen Faden der Annäherung sofort wieder zu zerreißen drohte. Zwei französische Bürger — Bertin und Tonnelet — hatten deutsche Soldaten ermordet. Vor französische Gerichte gestellt, wurden sie von der Jury (November 1871) freigesprochen. Obgleich Thiers die gefällten Urteile mißbilligte,[3]) war es doch unleugbar, daß französiche Bürger durch ihr Veto jeden deutschen Soldaten auf französischem Boden für vogelfrei erklärt und dem Messer ausgeliefert

---

[1]) Nach Mitteilungen eines Diplomaten.

[2]) Graf Károlyi an Graf Andrássy, Berlin, 13. Januar 1872.

[3]) Gabriel Hanotaux, «Histoire de la France contemporaine» I, p. 353.

hatten. Bismarck, im höchsten Grade empört, erteilte seine Antwort hierauf in der Verhängung des Belagerungszustandes über die okkupierten französischen Provinzen. Er wollte damit allen Franzosen zum Bewußtsein bringen, daß sie keineswegs in der Lage seien, die Milde Deutschlands ungestraft durch Herausforderungen und Uebermut zu erwidern.[1]) Die Stimmung gestaltete sich äußerst gefahrdrohend, jeden Augenblick waren Zusammenstöße zu befürchten. Andrássy verhehlte nicht seine Besorgnis, daß es zu einem neuen Kriege zwischen Deutschland und Frankreich kommen könnte.[2]) Diese Vorgänge, wie „Gewitterleuchten in schwüler Atmosphäre",[3]) machen es begreiflich, daß Bismarck sich den Rücken nach allen Seiten hin zu decken suchte und mit Oesterreich-Ungarn auf gutem Fuße zu bleiben trachtete. Er war froh, daß sich jetzt in Wien an der Spitze der auswärtigen Geschäfte ein Mann befand, der nicht wie Beust ihm als Rivale gegenüberstand, in jedem Moment bereit, seinen und des Deutschen Reiches Gegnern die Hand zu bieten.

Von welch hohem Werte aber auch für Bismarck vertrauliche Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn waren, so wollte er sie doch keineswegs mit dem Aufgeben der traditionellen Pflege des russischen Freundschaftsverhältnisses bezahlen. Ganz offen sagte er mit Hinweis auf Rußland dem Grafen Károlyi, er vermöge sich nicht zu dem Worte Fürst Felix Schwarzenbergs von der Undankbarkeit in der Politik zu bekennen.[4]) Beschwichtigend fügte er sofort hinzu, daß Preußens Dankbarkeit für im Kriege von 1870 geleistete Dienste doch nicht so weit gehe, um einen eventuellen Angriff Rußlands auf Oesterreich-Ungarn ruhig zu dulden. Er sei jedoch überzeugt, Kaiser Alexander, von dem derartiges überhaupt nicht zu erwarten, werde es gewiß auch nicht darauf ankommen lassen, die Freundschaft Preußens auf eine allzu harte Probe zu stellen. Dem Zaren werde es sicher gelingen, die alte, mächtige, unserer Monarchie feindlich gesinnte moskowitische und panslawistische Strömung im Zaum zu halten. Nur auf diese Weise vermöge es der Zar zu ermöglichen, daß Preußen das Bindeglied für die Her-

---

[1]) Die amtliche „Provinzial-Korrespondenz". Berlin, 6. Dezember 1871.

[2]) Tagebuch des Baron Orczy, 7.—9. Dezember 1871.

[3]) Worte des Baron Münch in dessen Bericht an Graf Andrássy, Berlin, 30. Dezember 1871. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Anspielung auf den vielberufenen angeblichen Ausspruch des Fürsten Felix Schwarzenberg: „Wir werden die Welt durch die Größe unserer Undankbarkeit in Erstaunen setzen."

stellung der ehemaligen Herzlichkeit zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn werde.[1]) Hierauf zielte Bismarcks vornehmstes Bestreben hin: die drei Höfe von Wien, Berlin und Petersburg sollten ein festes Bollwerk gegen kriegerische Absichten Frankreichs bilden. Sein eifrigstes Bemühen war es nun, hierfür sowohl in Petersburg als in Wien die Wege zu ebnen. In dieser Hinsicht kam ihm bereits das vom friedlichsten Geiste erfüllte Rundschreiben Andrássys entgegen. Weit entfernt, wie man ihm zumutete, den Bruch mit Rußland herbeiführen zu wollen, strebte der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern vielmehr das Gegenteil an. Dafür spricht schon in gewissem Sinne die scherzende Bemerkung, die er bald nach seinem Amtsantritte machte: „Die Welt wird erstaunen über meine russenfreundliche Politik." [2]) Man darf wohl sagen, daß Andrássy, den die feudal-klerikal-tschechische Partei nicht ermüdete, als ein wahres Verhängnis für die Monarchie hinzustellen, in seinem ersten Debüt als Minister des Aeußern eine äußerst glückliche Hand bekundete. Außerhalb dieser Partei wurde das denn auch überall in Europa anerkannt. Und mit vollem Rechte. Andrássy hatte durch seine Politik den Frieden, dessen die Monarchie zu ihrer Stärkung so dringend bedurfte, gefestigt. Binnen kürzester Zeit war es ihm gelungen, die Beziehungen zu den größten Staaten zu bessern. Mit Rußland war die Verständigung angebahnt und mit Deutschland sogar Freundschaft geschlossen worden. Andrássy enttäuschte alle, die von ihm erwarteten, er werde sich jählings in eine kriegerische Aktion gegen Rußland stürzen.

---

[1]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 13. Januar 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Mündliche Mitteilung des ehemaligen Ministers Dr. Josef Unger.

## Zweites Kapitel

# Oesterreich-Ungarn und Rußland

Gemeinsam gedachten einst Kaiser Josef II. und Katharina II. von Rußland der schon damals für hinfällig erklärten Türkei den Todesstoß zu versetzen, um sich dann in die Beute zu teilen. Nach manchen, dem alten Oesterreich mehr oder minder günstigen Wandlungen der russischen Politik unter Paul I. und Alexander I., gab Zar Nikolaus I. dem von Ungarn hart bedrängten Kaisertum Oesterreich 1849 einen Beweis seiner Freundschaft, indem er ihm mit seinen Heerscharen zu Hilfe eilte. Nikolaus I. glaubte sich damit ein Recht auf die ewig währende Dankbarkeit des Hauses Habsburg erworben zu haben. Sie sollte ihm dazu dienen, die Türkei zu einem Schutzstaate Rußlands herabzudrücken. Wie Katharina II. sich an dem Gedanken berauschte, in der ehemaligen Kapitale von Byzanz ihr Haupt mit der Krone dieses Reiches zu schmücken, wollte auch Nikolaus in Konstantinopel die Zeichen seiner Herrschaft über das Osmanentum aufrichten. Mit Oesterreichs Unterstützung, dem er diesen Selbstmord zumutete, hoffte er seine grandiosen Pläne durchzuführen. Der Zar zweifelte keinen Augenblick daran, Kaiser Franz Josef I. werde ihm hierbei bereitwilligst Gefolgschaft leisten. Meinte er doch: „Wenn ich von Rußland spreche, spreche ich ebensogut von Oesterreich, unsere Interessen bezüglich der Türkei sind die gleichen.“ Allein Nikolaus war ein schlechter Rechner. Am eigenen Leibe mußte er die „Größe österreichischer Undankbarkeit“ erproben. Wie konnte er auch erwarten, Franz Josef I. werde seine Zustimmung zur Zertrümmerung der Türkei und zu einem russischen Protektorat über die Donaufürstentümer, Serbien und Montenegro erteilen, womit er ja die eigene Monarchie dem Untergang preisgegeben hätte! Anstatt warmer, hingebender Befürwortung sah sich Nikolaus einer feindlichen Haltung Oesterreichs gegenüber, als es 1854 zum Kampfe Rußlands mit den Westmächten um den Bestand der Türkei kam. Ungemein unglücklich fühlte sich der Zar über den verfehlten, ihn demütigenden Ausgang des Krimkrieges. Noch ehe der Pariser Vertrag von 1856, der den Eroberungsgelüsten

der nordischen Macht auf das Osmanenreich ein Ende bereitete, zustande kam, starb der Zar, 2. März 1855. Sein Nachfolger Alexander II. erbte den unsagbar tiefen Groll des Vaters gegen Oesterreich. In der ersten Audienz, die er nach dem Tode Nikolaus' I. dem diplomatischen Korps erteilte, schleuderte er dem österreichischen Vertreter, Grafen Esterházy, die Worte von Undankbarkeit seines Staates entgegen, indem er gleichzeitig mit allem Nachdruck das Recht Rußlands auf Wiedervergeltung betonte. Der Haß des Zaren ward noch gesteigert durch die Mitwirkung des österreichischen Kabinetts am Pariser Frieden, der nicht nur die Freiheit der Schiffahrt im Schwarzen Meere verbürgte, sondern überdies noch Rußland durch erzwungene Abtretung des Stückes von Bessarabien, das an die Donau grenzt, von den Mündungen des großen Stromes abdrängte. Gleich damals erklärte Fürst Gorčakov: eine solche Politik führe zu ewiger Verfeindung beider Nachbarstaaten.[1]) Nur schwer ertrug man es in Petersburg, daß auf diese Weise die Gewalt der Vormundschaft über Oesterreich verloren ging, unter der es seit dem Einmarsch der Russen in Ungarn (1849) gehalten worden war. Auch unter den nach dem Falle des Ministers des Aeußern, Grafen Buol-Schauenstein, folgenden Regierungen trat keine Aenderung in der politischen Richtung des Wiener Hofes ein. Der Statusquo sollte aufrechterhalten und die Stellung der Türkei gegenüber den souveränen christlichen Staatsgebilden auf dem Balkan unverändert bleiben.[2]) Beust wich nur insofern von der bisher befolgten Politik ab, als er — stets unter dem Gesichtspunkt seiner gegen Preußen gerichteten Revanchepolitik — je nach den Umständen bald Rußlands orientalische Pläne zu durchkreuzen, bald wieder ihnen entgegenzukommen trachtete. Wie er bereit gewesen wäre, den Russen das Schwarze Meer preiszugeben, so suchte er nach dem Siege der deutschen Heere bei ihnen den Glauben zu erwecken, grundlos sei ihre Beschuldigung, als hätte Oesterreichs Vorgehen während des Krimkrieges das Gepräge der Feindseligkeit und des Undankes an sich getragen. „Nichts lag" — läßt er ihnen erwidern — „unserem Kabinette ferner, als Rußland demütigen oder die ihm gebührende Weltstellung erschüttern zu wollen."[3]) Würde, betont er, der Wiener Hof derartiges erstrebt haben, so wäre es

[1]) Friedjung, „Der Krimkrieg", S. 177.

[2]) Beer, „Orientalische Politik Oesterreichs", S. 578.

[3]) Beust an Graf Chotek in Petersburg, Wien, 2. Januar 1871. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

mit Leichtigkeit zu erreichen gewesen; er hätte nur der Aufforderung der Westmächte, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen, Folge leisten müssen. Doch eine gewisse Charakterstärke wie andererseits weitgehende Schonung traditioneller Sympathie für den russischen Hof hielten die Regierung vom Bruche bis zum Ende des Krieges ab. „Man dürfte daher“ — schließt er — „geradezu behaupten, nicht Undank, sondern vielmehr eine zu große Scheu vor ‚Undank‘ könnte der Haltung des Wiener Kabinetts in jener Zeit zum Vorwurf gemacht werden, da es sich zu einer Politik bestimmen ließ, die ihm neben der Mißstimmung der Kriegführenden die Nachteile des Kriegszustandes eintrug, ohne ihm die vollen Früchte des Sieges zu sichern.“ [1]) Wie sehr sich aber auch der Reichskanzler bemühen mochte, das Wohlgefallen der russischen Regierung zu erlangen, so erzielte er damit doch keinen Erfolg. Fürst Gorčakov bezeichnete seine Politik als ein Chaos,[2]) und als er des gefallenen Reichskanzlers mit Lobsprüchen auf seine eigene Wirksamkeit erfülltes Abschiedsrundschreiben gelesen, äußerte er in sarkastischer Weise: „Ich bin entzückt, daß Graf Beust so zufrieden mit sich selbst ist.“ [3])

Nannte Gorčakov Beusts Politik ein Chaos, so hütete er sich, über Andrássy, den neuen Minister des Aeußern, ein voreiliges Urteil zu fällen. In früheren Tagen hatte er gemeinsam mit Alexander II. den ungarischen Grafen als geschworenen Feind Rußlands bezeichnet, vor dem man auf der Hut sein müsse.[4]) Jetzt wollte er in ihm vorläufig noch eine unbekannte Größe erblicken.[5]) Freilich glaubte er, sich gegen alle Ueberraschungen von seiten Andrássys schützen zu sollen. Den kräftigsten Hort dagegen erwartete er vom innigen Zusammengehen mit Deutschland. Beide Staaten — sagte er zum norddeutschen Botschafter — müssen eine beobachtende Stellung einnehmen. Fänden Abweichungen vom geraden Kurse statt, dann hätte Bismarck seine warnende Stimme in Wien geltend zu machen. Unter keinen Umständen wäre eine Trübung der zwischen Rußland und Norddeutschland vorhandenen guten Beziehungen zu dulden. Beide Reiche müßten

---

[1]) Beust an Chotek, Wien, 2. Januar 1871. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Prinz Reuß an Bismarck, Petersburg, 20. November 1871.

[3]) Franckenstein an Andrássy, Petersburg, 24./12. Nov. 1871. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Reuß an Bismarck, Petersburg, 13. November 1871.

[5]) Idem, Petersburg, 20. November 1871.

stets darauf achten, daß alle Intrigen an dem Felsen der deutsch-russischen Freundschaft zerschellen.[1]) Die Wendung, die in den Anschauungen Gorčakovs über die Person Andrássys vor sich gegangen, war das Werk Bismarcks. Aus dem Verkehr mit dem damaligen ungarischen Ministerpräsidenten zur Zeit der Salzburger Entrevue (Sommer 1871) hatte der Kanzler die Ueberzeugung gewonnen, daß Andrássy gar kein solch ausgesprochener Gegner Rußlands sei, als den man ihn überall verschrie. Bismarck machte es sich daher zur Aufgabe, bei seiner Begegnung mit Gorčakov in Berlin beschwichtigend auf ihn einzuwirken.[2]) Seitdem war er etwas weniger von Mißtrauen gegen Andrássy erfüllt, aber noch immer weit davon entfernt, ihm mit offenen Armen entgegenzutreten. Wiederholt versicherte er jedoch, alles hänge von der künftigen Stellungnahme des ungarischen Grafen ab, dessen Charakter ihm mehr Vertrauen einflöße als der Beusts, der ihm oft genug schweren Verdruß und viel Aerger bereitet habe.[3]) Zu seinen Freunden sagte er: „Ich hege keine vorgefaßten Meinungen gegen den Grafen Andrássy. Wir wollen ihn an der Arbeit sehen, und wenn er uns die Hand reicht, verlangen wir nichts Besseres, als uns in freundlichster Weise zu verständigen.“ [4]) Erst als Gorčakov das Antrittsschreiben des neuen österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern gelesen, in dem dieser jede Gebietserweiterung als eine Quelle der Schwächung für die Monarchie bezeichnet, schien das Eis gänzlich gebrochen. Nun rief der russische Staatskanzler aus: „Aber das ist ja mein Programm, ganz und gar mein Programm. Seit 18 Jahren predige ich hier die gleiche Politik, rate ich, alle äußeren Verwicklungen zu vermeiden und sich im Innern zu konsolidieren.“ [5]) Außerordentlich befriedigt schien er noch überdies von der Erklärung Baron Langenaus, des neuernannten Gesandten Oesterreich-Ungarns, wie sehr seinem Chef die Erhal-

[1]) Reuß an Bismarck, Petersburg, 20. November 1871.

[2]) Botschaftsrat Franckenstein an Andrássy, Petersburg, 24./12. November 1871. K. u. k. Ministerium des Aeußern. „Le prince Bismarck parla au chancelier (Gorčakov) dans les termes les plus flatteuses sur Votre Excellence, qui lui inspirait beaucoup de confiance.“ Um diese Zeit befand sich der Gesandte Graf Chotek nicht mehr in Petersburg. Reuß an Bismarck, Petersburg, 13. November 1871.

[3]) Reuß an Bismarck, Petersburg, 13. November 1871.

[4]) Franckenstein an Andrássy, Petersburg, 24./12. November 1871.

[5]) Baron Langenau, der neuernannte österreichisch-ungarische Gesandte, an Graf Andrássy, Petersburg, 27./15. November 1871. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

tung guter Beziehungen zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn am Herzen läge.[1]) Gleich dem Staatskanzler empfing auch Alexander II. in herzlicher Weise den Gesandten. Aus dem Munde des russischen Kaisers konnte er es vernehmen, wie sehr dieser den unversehrten Bestand Oesterreich-Ungarns als eine Notwendigkeit im Interesse Europas betrachte.[2]) Baron Langenau war hocherfreut über die freundliche Gesinnung, der er überall begegnete. „Aus allen seit meiner Ankunft in Petersburg gepflogenen Unterredungen" — schrieb er an Andrássy — „trug ich den Eindruck davon, daß die Begründung guter Verhältnisse zwischen den beiden Regierungen möglich ist und eine Verständigung über alle Fragen, die entstehen könnten, selbst über jene des Orients, nicht gar zu schwer wäre, ja, daß man dazu sogar sehr wohl geneigt ist." [3])

Ueberfloß man auch von gegenseitigen Beteuerungen des besten Willens, so war trotzdem mit noch so schönen Worten nicht leicht über die tiefen Gegensätze hinwegzukommen, die unstreitig bestanden und von den Widersachern Oesterreich-Ungarns mit allem Eifer verschärft wurden. Die Führer der Panslawisten, wie Aksakov und Fajedev, plädierten für eine Allianz mit Frankreich und begehrten in ungestümer Weise die Vernichtung Oesterreich-Ungarns in seinem bisherigen Bestande, um ungestört die Eroberung des Orients durchführen zu können.[4]) Ihr Ideal bildete ein großes slawisches Reich, das einen starken Rückhalt an einem slawisch gestalteten Oesterreich haben sollte. Der bekannte russische Schriftsteller Pogodin veröffentlichte im „Golos" ein Schreiben an den tschechischen Geschichtschreiber Palacký, in dem er ihn der vollen Uebereinstimmung ihrer gegenseitigen politischen Ansichten versicherte. Nach Pogodin vermöchte sich nur ein slawisches Oesterreich der Sympathien Rußlands zu erfreuen, mit dem vereint auch den Slawen der Türkei ihre nationalen Rechte wiedergegeben werden könnten. Nur auf diese Weise allein wäre die friedliche und humane Lösung der so sehr gefürchteten orientalischen Frage zu bewirken.[5]) Ein lebhaftes Echo fanden diese Anwürfe in den

---

[1]) Langenau an Andrássy, 27./15. November 1871. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Idem ad eundem, Petersburg, 3. Dezember/21. November 1871. Ibidem.

[3]) Idem ad eundem, Petersburg, 9. Dezember/27. November 1871. Ibidem.

[4]) Graf Chotek an Beust, 25./13. Januar 1871. Ibidem.

[5]) Graf Chotek an Beust, Petersburg, 8. Februar/27. Januar 1871. Ibidem.

österreichisch-slawischen Blättern, die Andrássy als Slawenfeind denunzierten.[1]) Der „Pokrok" brachte einen Artikel mit der Ueberschrift: „Ein Wort an Rußland", in dem er den Fall der Fundamentalartikel als erstes Zeichen des pangermanischen Sieges im Osten bezeichnete, herbeigeführt durch die direkte Einwirkung Kaiser Wilhelms.[2]) Dem aufmerksamen Beobachter konnte es nicht entgehen, daß parallel mit diesen Erscheinungen in der öffentlichen Meinung auch in den maßgebenden politischen Kreisen Rußlands, ungeachtet aller gegenteiligen offiziellen Versicherungen, ein hoher Grad von Kälte und Uebelwollen gegen die österreichisch-ungarische Monarchie herrsche.

Bismarck, dem es darum zu tun war, eine Annäherung zwischen Wien und Petersburg herbeizuführen, wollte sich Klarheit über die Gründe dieses Verhaltens verschaffen, das ihm nicht genügend aus der Verstimmung über unsere Politik während des Krimkrieges aufgehellt schien. Er stellte daher die russischen Staatsmänner, wahrscheinlich in erster Linie den Staatskanzler Gorčakov selbst, direkt zur Rede über die Veranlassung zu ihrer Abneigung gegen Oesterreich-Ungarn. Von ihnen konnte er es denn vernehmen, daß man in allen politischen Kreisen Rußlands von der Furcht beseelt sei, daß Oesterreich-Ungarn Vergrößerungsabsichten an der Südgrenze Ungarns nähre, vor allem Gebietsteile von Bosnien und Serbien an sich reißen wolle. Obgleich der deutsche Kanzler das Bestehen derartiger Tendenzen bestritt, meinte er doch, es wäre ja kein Wunder, wenn sie bestünden. Ein Blick auf die Landkarte lasse ähnliche „Arrondierungsgedanken" nicht nur begreiflich, sondern sogar einigermaßen verlockend erscheinen. Fürst Bismarck beschränkte sich nicht auf die Abwehr der von den Russen erhobenen Beschuldigungen. Er hielt es für notwendig, den Spieß umzudrehen und ihnen ihr eigenes Sündenregister gegenüber Oesterreich-Ungarn vorzuhalten, das dessen berechtigtes Mißtrauen gegen den nordischen Nachbar begründe. Bismarck erinnerte sie an die durch viele Jahre fortgesetzten panslawistischen Hetzereien unter den Ruthenen und in den slawischen Gebieten der Monarchie, wie sie durch die Presse, durch Emissäre und anderweitige persönliche Einwirkungen betrieben worden waren. Es ist gewiß charakteristisch, daß die russischen Staatsmänner hierauf keine Antwort gaben — als offenes Ein-

---

[1]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 2. Dezember 1871.

[2]) Ibidem.

geständnis ihres Schuldbewußtseins.[1]) Das hinderte sie freilich nicht, sich selbst als die stets Bedrohten hinzustellen. Eine ihrer Hauptbeschwerden bildete Polen. Mit demosthenischer Beredsamkeit[2]) verstanden sie die Gefahren zu schildern, die ihnen durch Oesterreich-Ungarns angebliches Verhalten von jener Seite bevorstehen.

War den Russen schon Beusts Liebäugeln mit den Polen im höchsten Grade zuwider, so erhoben sie gegen Andrássy den direkten Vorwurf, daß er, kaum zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten berufen, auch schon wegen Herstellung des alten Königreiches Polen, als einer Schutzmauer gegen das Vordringen Rußlands, den Krieg mit dem Zarenreiche beginnen werde.[3]) Wieder war es Bismarck, der Gorčakov zu beruhigen trachtete. Auf Grundlage von persönlichen Mitteilungen, die ihm Andrássy selbst in Salzburg gemacht, vermochte er dem russischen Staatskanzler die Versicherung zu geben, der ungarische Graf hege gar keine Neigung, sich mit Polen zu befassen. Wie Bismarck dem Fürsten Gorčakov eröffnete, habe dies Andrássy den Polen selbst mit den Worten auseinander gesetzt: Das Schiff Ungarns sei so überfüllt, daß jeder „Zusatz" es zum Sinken bringen würde, möge dieser Zusatz nun ein Zentner Gold — wie es die Herren Polen ohne Zweifel wären — oder ein Zentner Schmutz sein.[4]) Andrássy sprach die Wahrheit, als er sagte, er wünsche gute Beziehungen mit Rußland und würde nie aus Galizien eine polnische Agitation nach dem Nachbarreiche dulden.[5]) Allein in Petersburg war man betreffs Polens viel zu empfindlich, um sofort klein beizugeben. Für die Russen war dies ehemalige Königreich der „schwarze Punkt" im Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn, den man gerne aus der Welt geschafft sehen mochte.[6]) In der russischen Hauptstadt galt es als feststehendes

---

[1]) Graf Károlyi an Andrássy, Berlin, 13. Januar 1872. All das erzählte Bismarck selbst dem Grafen Károlyi.

[2]) Franckenstein, Petersburg, 4. Oktober/22. September 1871. K. u. k. Ministerium des Aeußern. „Westmann (Stellvertreter Gorčakovs) tient du Demosthène quand il s'agit de la question polonaise."

[3]) Graf Vitzthum an Andrássy, Paris, 31. Dezember 1872. Gräfl. Andrássysches Archiv. „A ce moment (Vitzthum war im November 1871 nach Wien gekommen) on criait de tous les côtés que vous alliez faire la guerre à la Russie pour rétablir la Pologne."

[4]) Bismarck an Fürst Reuß in Petersburg, Berlin, 18. November 1871.

[5]) Ibidem.

[6]) Franckenstein an Beust, 5. September/24. August 1871 und id. 20./8. September 1871. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

Axiom, daß man in Oesterreich viel zu freigebig gegenüber Galizien sei und damit den Selbständigkeitsgelüsten der Polen neue Nahrung biete.[1]) Mit wahrer Beklemmung verfolgte die russische Regierung die Verhandlungen des österreichischen Ministeriums und des Wiener Reichsrates mit den galizischen Vertrauensmännern. Sie wurde die Angst nicht los, es könnte Galizien eine allzu große Autonomie gewährt werden, die dies Land dann befähige, den Kristallisationspunkt für Verschwörungen zur Wiederherstellung des alten Polens zu bieten, eben in dem Momente, als Rußland alles tat, um jede Spur ehemaliger polnischer Herrlichkeit zu vernichten. Wiederholt hatte der österreichisch-ungarische Vertreter Gelegenheit, sich vom Vorhandensein dieser Furcht zu überzeugen. Man gab sich wohl den Anschein, jede Einmengung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates zu vermeiden, was schon deshalb geboten war, als Rußland selbst 1863, zur Zeit des polnischen Aufstandes, jede auswärtige Intervention zurückgewiesen hatte.[2]) Dies hinderte freilich weder Alexander noch Gorčakov, in behutsamer, vorsichtiger Weise, mehr in Form von Warnungen als direkten Vorstellungen, ihre Besorgnisse zum Ausdruck zu bringen. Bezeichnend hierfür waren die Worte, die der Zar beim Empfange Baron Langenaus in dessen Antrittsaudienz an diesen richtete. Voll Emphase auf das in seinem Arbeitskabinett an der Wand hängende Porträt Alexanders I. weisend, sagte er zum Gesandten: „Sie sehen das Bild meines Onkels, der gewiß alles, was er nur vermochte, für die Polen tat, und wie undankbar waren sie dennoch!“[3]) Wie zurückhaltend sich auch Alexander II. und dessen Staatskanzler in dieser Frage benahmen, so kamen trotzdem Langenau von den verschiedensten Personen, die mit der Regierung in naher Verbindung standen, Aeußerungen zu, die ein beredter Beweis dafür waren, welch mächtige Erregung in maßgebenden Kreisen über den Stand der galizischen Frage herrschte.[4]) Baron Langenau, der nach Petersburg mit dem festen Vorsatz gekommen war, seine ganze Kraft für die Besserung der Beziehungen zwischen Rußland und der von ihm vertretenen Monarchie einzusetzen, erschrak über die Rückwirkung, welche die galizische Angelegenheit auf das zu gestaltende Verhältnis zwischen dem nordischen

[1]) Baron Langenau an Andrássy, Petersburg, 3. Dezember/21. November 1871. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Idem ad eundem, Petersburg, 6. März/23. Februar 1872. Ibidem.

[3]) Idem ad eundem, Petersburg, 3. Dezember/21. November 1871. Ibidem.

[4]) Idem ad eundem, Petersburg, 6. März/23. Februar 1872. Ibidem.

Nachbar und Oesterreich-Ungarn ausüben konnte. Er glaubte sich berechtigt, den Grafen Andrássy auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die sowohl des Ministers wie seine eigenen Bemühungen bedrohen, falls in dieser Sache keine Wandlung geschaffen werde.[1]) Seiner Ansicht nach vermöchte hier nur eine rückhaltlose Aussprache die nötige Klärung zu bringen. Nach dem Beispiele Gorčakovs, der für seine ersten Eröffnungen beim Amtsantritt Andrássys die Form eines Privatbriefes an den russischen Gesandten in Wien gewählt, schlug Langenau seinem Chef den gleichen Vorgang vor. Wie Gorčakov an den russischen Vertreter, sollte auch Andrássy an ihn über die galizische Frage eine „lettre particulière“ senden, die er dann, zur gelegenen Zeit, in den Händen des Staatskanzlers lassen würde, um von diesem dem Zaren vorgelegt zu werden. „Ich kann,“ schließt der Gesandte, „nicht genügend wiederholen, daß der Geist Kaiser Alexanders, selbst so gerade und loyal, im höchsten Grade der Offenheit zugänglich ist, daß er am leichtesten zu gewinnen ist, indem man ihm auf diese Weise Dinge zu hören gibt, die sonst vielleicht durchaus nicht nach seinem Geschmacke sind.“[2]) Langenau schien die ganze Sache von solcher Wichtigkeit und er fürchtete so sehr eine Verstimmung des Petersburger Kabinettes, daß er in einem Privatbriefe an den Minister nochmals auf seinen Vorschlag zurückkam. Er war überzeugt davon, wie es vergebliche Mühe sein würde, den Russen klarmachen zu wollen, sie hätten unrecht; nur allein eine ungeschminkte Darlegung der Lage könnte für den eifrigen Wunsch Oesterreich-Ungarns Zeugnis ablegen, daß es aufrichtig gesonnen sei, die eben wieder hergestellten besseren Beziehungen zu erhalten und zu pflegen.[3])

Nicht ohne tiefen Eindruck blieb es auf Andrássy, als ihm auch von Graf Károlyi Andeutungen zukamen, die jeden Zweifel darüber ausschlossen, daß man auch in Berlin mit großer Aufmerksamkeit den Wandlungen des in Aussicht stehenden Ausgleiches mit

---

[1]) Langenau an Andrássy, 6. März/23. Februar 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern. „J'ai donc cru de mon devoir de ne pas cacher à Votre Excellence que cette question pourrait bien entraver l'acheminement vers des relations plus intimes avec la Russie qui autrement ne me paraissent pas impossibles et dont l'occasion ne manquera pas de se produire un jour ou l'autre.“

[2]) Langenau an Andrássy, 6. März/23. Februar 1872. Ibidem.

[3]) Lettre particulière de Baron Langenau an Andrássy, 6. März/23. Februar 1872. Ibidem.

Galizien folge. Von Graf Károlyi wußte er jetzt, daß man in der preußischen Hauptstadt ein Ueberschreiten der inneren Autonomie über die unerläßlichen Grenzen höchst ungern sähe. Auf alle Weise sollte eben das Erstarken des polnisch-nationalen Elementes in Galizien verhindert werden, aus Furcht, es könnte sonst Preußen in Posen und Rußland in dessen polnischem Besitze Verlegenheiten bereiten.[1]) Gleich Alexander und Gorčakov vermied es auch Bismarck, irgendeine direkte Anklage oder einen Vorwurf zu erheben. Mit keinem Worte gedachte er im persönlichen Verkehre mit Károlyi der polnischen Frage.[2]) Doch gab es genug der Kanäle, durch die der Kanzler seine Besorgnisse an die Adresse des österreichisch-ungarischen Vertreters gelangen lassen konnte. Wahrscheinlich sind Andrássy auf derartigen Wegen Andeutungen über die wirklichen Anschauungen des Berliner Kabinettes zugekommen. Obgleich er ja schon in Salzburg Bismarck einen Einblick in seine Polen gegenüber zu befolgende Politik gewährt hatte, hielt er es jetzt doch für geboten, aus freien Stücken und ohne hierzu gedrängt zu sein, Bismarck abermals seine Ansichten durch die Vermittlung des deutschen Gesandten in Wien bekannt zu geben. Er versicherte General Schweinitz, die eventuellen Zugeständnisse an Galizien könnten keineswegs den Charakter der Beunruhigung für die Nachbarstaaten Oesterreich-Ungarns annehmen, da ja die Handhabung des Heimatsrechtes und der Fremdenpolizei in den Händen des Statthalters verbleiben sollen. Man dürfe es ihm aufs Wort glauben, sagte er, daß er nie seine Zustimmung zu einem System erteilen würde, wodurch das jetzige Verhältnis zu Deutschland gestört zu werden vermöchte; so sehr er auch die Unabhängigkeit der Monarchie zu wahren wisse, sei er doch bereit, der deutschen Freundschaft noch ganz andere Dinge als den galizischen Ausgleich zu opfern. Wohl aber dürfe er seinerseits voraussetzen, man werde nicht von ihm verlangen wollen, er solle die einzigen nicht-panslawistisch gesinnten Slawen ausrotten helfen oder sie gar den Tschechen in die Arme treiben, wodurch das Verfassungsleben in Oesterreich sofort vernichtet wäre.[3]) Ein leichtes war es Andrássy, in solcher Weise zu der befreundeten deutschen Macht zu sprechen, an dessen Spitze der Staatsmann stand, mit dem ihn die Bande der Sympathie verknüpften, und von dem er wußte, daß er aufrichtig das Wohl Oesterreich-Ungarns wünsche.

---

[1]) Graf Károlyi an Andrássy, 9. März 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.
[2]) Ibidem.
[3]) Schweinitz, 23. Februar 1872.

Andrássy verhehlte sich nicht, daß er auch Rußland nicht ganz ohne Beruhigung lassen dürfe. Bestand doch dort der Verdacht, daß mit stiller Genehmigung des österreichischen Ministeriums in Galizien eine geheime revolutionäre Regierung, mit einer ähnlichen Organisation wie der von 1863, ungestraft geduldet werde.[1]) Andrássy setzte dem, wie auch der Behauptung, daß Oesterreich-Ungarn in Galizien militärische Vorkehrungen treffe, ein energisches Dementi entgegen. Aber davon, daß er schon jetzt, noch vor dem Abschluß des Vergleiches mit Galizien, über die Natur desselben eingehende Aufklärungen geben sollte, mochte er absolut nichts hören. Ein solcher Vorgang schien ihm ganz und gar gegen die Würde der Monarchie zu verstoßen. Wie hoch er auch im Interesse der Wahrung des Friedens die Wichtigkeit ungetrübter Beziehungen zu Rußland schätzte, wollte er doch noch lieber die Schatten der Verstimmung ertragen, als sich zu einem Schritte entschließen, der Oesterreich-Ungarn auch nur von ferne im Lichte der Abhängigkeit oder Furcht vor dem Nachbarreiche zeigen konnte. Erst wenn die Verständigung mit Galizien zur Tatsache geworden, gedachte er Langenau, wie es dieser anriet, in einem Privatbriefe die Gründe des Verhaltens des österreichischen Ministeriums bekannt zu geben. „Es versteht sich jedoch von selbst," informierte der Minister des Aeußern den Gesandten am Petersburger Hofe, „daß der Schritt, zu dem Ew. Exzellenz gegebenenfalls ermächtigt würden, selbst auch nur den Schein der Schwäche und alles ausschließen und vermeiden müßte, was eine fremde Regierung berechtigen könnte, ihn später als ein Beispiel dafür anzuführen, um von uns Rechenschaft über gesetzgeberische oder innere Maßregeln der Verwaltung zu fordern, deren Erlassung wir für nötig erachteten." [2]) Die zu erteilenden Aufschlüsse sollten nur als ein freiwilliger Akt wohlgesinnten Entgegenkommens aufgefaßt werden.[3])

Der Graf kam vorläufig gar nicht in die Lage, den von Langenau vorgeschlagenen Weg zu betreten, da die Verständigung mit Galizien scheiterte. Die Polen selbst waren keine begeisterten Anhänger der Autonomie Galiziens ohne genügende finanzielle Unterstützung Oesterreichs. Aber gerade diese Forderung bereitete die größten Schwierigkeiten. Als endlich ein Entwurf für die

---

[1]) Andrássy an Langenau, Ofen, 4. April 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Ibidem.

[3]) Ibidem.

Leistung von Pauschalien nach dem Erträgnis des Budgets von 1871 vorlag, wurde dessen Beratung für den Herbst 1872 verschoben.[1]) Das von den Russen befürchtete Inslebentreten der galizischen Resolution, so sehr geeignet, das Selbständigkeitsgelüste der übrigen Polen zu nähren, war beseitigt. Die heikle Frage, die in ihren Folgen sich leicht zu einer europäischen zuspitzen konnte, verlor durch die Polen selbst an Schärfe. Wie sehr sie sich auch sonst als Schwärmer für die Wiederherstellung eines einigen Polens ausgaben, waren sie doch Realpolitiker genug, um zu erkennen, daß die seit dem Sturze des französischen Kaiserreichs geschaffene Lage ihre sanguinischen Hoffnungen nicht mehr begünstigte. Napoleon III. hatte sie, gleich seinem großen Onkel, als ein stets bereites Hilfsmittel gegen Rußland, den Freund Preußens, gebraucht und ihnen deshalb mit der Aussicht auf ein Wiederaufleben des zerstückelten Königreiches geschmeichelt. Davon wollte die dritte französische Republik nichts mehr wissen. Seitdem die Franzosen für Verwirklichung ihrer Revanchepolitik, im Gegensatz zu Napoleon, auf Rußland, den zukünftigen Bundesgenossen, rechneten, war ihnen nichts unangenehmer, als die Polen in Paris zu haben. Am liebsten wäre die Republik der ganzen polnischen Emigration los und ledig gewesen.[2]) Die in der französischen Hauptstadt lebenden Polenführer merkten auch sehr bald den eingetretenen Stimmungswechsel und richteten danach ihr Verhalten ein. Ladislaus Fürst Czartoryski, das Oberhaupt der Pariser Emigration, ließ damals durch einen seiner Agenten Andrássy wissen, seine Landsleute trachten, um der gänzlichen Vernichtung zu entgehen, sich mit den Russen auf einen Fuß zu stellen, der ihnen das Dasein sichere. Der Minister des Aeußern, der alles vermieden sehen wollte, was den Eindruck erzeugen könnte, als unterstütze er die revolutionären Bestrebungen der polnischen Emigration, begrüßte aufs freudigste den Entschluß der Polen.[3])

---

[1]) Kolmer, „Verfassung und Parlament," Bd. II, S. 209—232. Am 13. Juni 1872 legte der Ausschuß des Reichsrates in der galizischen Frage ein Elaborat vor, das aber nie Gesetz wurde. Danach sollte bezüglich der Kosten für das Unterrichtswesen und der politischen Verwaltung von Oesterreich an Galizien ein Pauschale nach dem Erträgnis des Budgets von 1871 gezahlt werden. Nach je fünf Jahren hätte eine Revision der Pauschalien stattzufinden gehabt, und wären dieselben, je nachdem sich der durchschnittliche Betrag der betreffenden Ausgaben für die übrigen Königreiche und Länder in diesen fünf Jahren vermehrte oder verminderte, ebenfalls zu vermehren oder zu vermindern gewesen.

[2]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 8. Dezember 1871.

[3]) Schweinitz an Bismarck, 22. November 1871.

Fürst Czartoryski war es jetzt voller Ernst mit dem Vorsatz, sein und somit das Hauptquartier der polnischen Revolutionäre aus Paris zu verlegen. Nur suchte er dazu nach einem, aller Welt einleuchtenden Vorwand. Einerseits wollte er sich vor dem Verdachte schwächlicher Fahnenflucht bewahren und anderseits nicht den Anschein erwecken, als wäre er mit den übrigen Polen von der französischen Regierung zur Auswanderung aus Paris gezwungen worden. Eine sogenannte Liebesheirat sollte allen abfälligen Vermutungen ein Ende machen. Fürst Czartoryski verlobte sich mit Prinzessin Margarethe von Orléans. Von dieser Ehe, die ihm infolge der Verwandtschaft seiner künftigen Gemahlin mit mehreren regierenden Familien[1]) starken Einfluß zu verheißen schien, versprach sich Czartoryski eine wesentliche Förderung der polnischen Sache.[2]) Wie die Dinge jedoch lagen, mußten sie jetzt auf eine derartige Stellung im politischen Leben verzichten. Ein bedeutender Stein des Anstoßes, einer der „schwarzen Punkte", die das Verhältnis unserer Monarchie zu Rußland leicht trüben konnten, war auf diese Art aus dem Wege geräumt worden.

* * *

Noch gab es jedoch genug dunkler Punkte in den Beziehungen zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn. Den dunkelsten Punkt bildete der Orient, den Rußland als seine ausschließliche Domäne zu betrachten liebte. Dort im fernen Osten Europas wollte der Zar der allein gebietende und maßgebende Herr sein. Alle Südslawen sollten ihm huldigen und in ihm den gnadenvollen mächtigen Beschützer erkennen. Jeder Versuch der Monarchie, mit den Russen im Orient zu wetteifern, wurde als unberechtigter Eingriff in die Rechte des Zaren angesehen. Galt es früher als feststehende Maxime russischer Politik, offen die Zertrümmerung der Türkei zu betreiben, so suchte man seit einiger Zeit dies Ziel auf entgegengesetztem Wege zu erreichen. In Freundschaft mit der Pforte sollte jetzt das Machtgelüste befriedigt werden. Deshalb mußte unter Mitwirkung der türkischen Staatsmänner selbst

---

[1]) Die Prinzessin war eine Schwester des Duc d'Alençon, der mit einer Schwester der Kaiserin und Königin Elisabeth vermählt war. Sie galt als intime Freundin der deutschen Kronprinzessin, mit der sie schon in England sehr liiert war. Durch die Verbindung mit den Orléans wollte sich auch Czartoryski für alle Fälle ein pied à terre in Frankreich sichern.

[2]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 8. Dezember 1871. In diesem Briefe enthüllt Orczy den wahren Charakter der Czartoryskischen Heirat.

der für die Erhaltung des Osmanenreiches so wichtige Einfluß Oesterreich-Ungarns in Stambul gebrochen werden.

Bereits unter dem Regime Beusts hatte sich diese Wandlung vollzogen. Niemand war hierfür eifriger tätig gewesen als Rustem Bey, der türkische Botschafter in Petersburg. Für die Abnahme staatsmännischer Erkenntnis unter den Türken zeugte nichts mehr als die Behauptung Rustems, daß seinem Vaterlande nicht von Rußland, sondern von Oesterreich-Ungarn die größte Gefahr drohe, es daher von dringender Notwendigkeit sei, den Zaren, den Sultan und den König von England zu einem Bündnis gegen die Monarchie zu einen.[1]) In gleichem Sinne wie Rustem in Petersburg, wirkte der russische Gesandte, General Ignatjev, in Konstantinopel, dem es um eine Unwahrheit mehr oder weniger nie zu tun war, im Interesse der russisch-türkischen Freundschaft. Man wußte ihm Dank für seine Bemühungen, die intimsten Beziehungen mit der Pforte zu pflegen; es konnte nicht fehlen, daß sein Ansehen bei Hof ungemein stieg.[2]) Für alle, die mit Rustem und Ignatjev in ein Horn bliesen, bedeutete es einen schweren Schlag, als der Groswesir Mehmed Emin Ali Pascha starb, der vor allem die Bestrebungen Rustems und Ignatjevs unter seine Fittige genommen. Wie sehr auch sein Ableben in Petersburg bedauert wurde, tröstete man sich doch rasch mit der Hoffnung, Server Pascha, der türkische Minister des Aeußern, werde die Politik des verstorbenen Großwesirs, dessen Vertrauter er gewesen, weiterhin befolgen. „Vielleicht“ — bemerkt hierzu der österreichisch-ungarische Chargé d’affaires, Franckenstein — „schmeichelt man sich, daß Server Pascha, weniger gewandt und erfahren, es nicht verstehen werde, geschickt eingefädelte Komplotte zu entwirren.“[3])

Die Russen wollten es allerdings nicht zugeben, daß sie in Konstantinopel gegen Oesterreich-Ungarn intrigieren, und behaupteten vielmehr, daß sie nichts eifriger als vortreffliche Nachbarschaft mit der Monarchie zu pflegen wünschen. Sehr bezeichnend war in dieser Beziehung eine im russischen „Regierungsboten“ („Pravitelstvenyj Věstnik“) erschienene Erklärung. Sie brandmarkte es als ein „verbrecherisches Beginnen“, die ehemaligen, allerdings durch die Ereignisse von 1854 gestörten, sonst

---

[1]) Chotek an Beust, Petersburg, 7. März/23. Februar 1871. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Franckenstein an Beust, Petersburg, 11. November/30. Oktober 1871. Ibidem.

[3]) Idem ad eundem, Petersburg, 14./2. September 1871. Ibidem.

aber stets guten Traditionen zwischen dem Zarenreich und Oesterreich-Ungarn austilgen zu wollen, „um die Saat eines blutigen Rassenkampfes aufkeimen zu lassen". Das größte Aufsehen mußte aber allerwärts die in diesem Artikel enthaltene Absage an die Träger der panslawistischen Idee erregen. Wir leben — betonte das russische Blatt — im Zeitalter des Friedens und bedürfen desselben insbesondere als einer unerläßlichen Vorbedingung unserer Entwicklung im Innern.[1]) Man hat damals diesen Aeußerungen den Charakter der Aufrichtigkeit abgesprochen und sie, als vom Minister des Innern ausgehend, in Gegensatz zu den Anschauungen Gorčakovs gebracht, der nicht immer einer Meinung mit seinen Ministerkollegen sei. In Wirklichkeit entstammte der Artikel der Feder Baron Jominis, eines der vornehmsten Beamten im Ministerium des Aeußern; er verdankte seine Entstehung wahrscheinlich einer Anregung Alexanders II. selbst, der von ehrlicher Friedensliebe erfüllt war.[2]) Mag sein, daß Gorčakov, dem dieser Umstand sehr wohl bekannt war, es für eine Gefährdung seiner Stellung hielt, wenn er in der Oeffentlichkeit als Widersacher der politischen Richtung seines Herrn angesehen würde. Sicher ist, daß er sich, allerdings erst zwei Wochen nach dem Erscheinen des Artikels im „Regierungsboten", in seinem Leiborgan, dem „Journal de St. Petersbourg" über die brennende Tagesfrage vernehmen ließ. Doch tat er dies mit vollständiger Entstellung der Tatsachen. Als ob er nie in Prag und Ragusa, Laibach und Agram durch seine Agenten und Konsuln den slawischen Heißspornen mächtige Unterstützung gewährt, nie gegen Oesterreich-Ungarn gehetzt und auch nicht durch seine die Freiheit des Schwarzen Meeres fordernde Depesche vom 31. Oktober 1870 den Weltfrieden bedroht hätte, sang sich Gorčakov im „Journal de St. Petersbourg" für seine „gemäßigte Politik" selbst ein Loblied. Rußland — führte das Organ des Reichskanzlers aus — habe stets seine Stimme zugunsten des allgemeinen Friedens und für die Wahrung des auf den Verträgen beruhenden europäischen Gleichgewichtes erhoben.[3])

Es ist begreiflich, daß Andrássy den Versicherungen Gorčakovs, die er im „Journal de St. Petersbourg" und auch direkt unserem

---

[1]) Der Artikel ist im Auszuge mitgeteilt im „Pester Lloyd" vom 23. Dezember 1871.

[2]) Langenau an Andrássy, 6. März/23. Februar 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Mitgeteilt im Abendblatt der „Neuen Freien Presse" vom 2. Januar 1872.

Gesandten erteilte, nur halben Glauben entgegenbrachte. Wie sehr er sich auch von den Aeußerungen Gorčakovs gegenüber Langenau und der Weisung an Novikov, den Wiener russischen Gesandten,[1]) befriedigt zeigte und all dies als Symptome guter künftiger Beziehungen mit dem nordischen Nachbar hinnahm,[2]) ließ er sich doch nicht über den wahren Stand der momentanen Lage hinwegtäuschen. Solange ein Ignatjev in Konstantinopel als Vertreter Rußlands sein Lügengewerbe ungestraft treiben durfte, konnte an ein wirklich intimes Zusammengehen mit Rußland nicht gedacht werden. General Ignatjev war bemüht, die Wirksamkeit seines österreichisch-ungarischen Kollegen am Goldenen Horn, des Grafen Ludolf, in den schwärzesten Farben zu schildern. Er zeigte ihn seinem Minister in der Rolle eines Beschützers der Polen in Konstantinopel — eine Rolle, die zur Zeit des französischen Kaiserreiches dessen Botschafter gespielt hatte.[3]) Der russische Diplomat begnügte sich nicht mit derartigen, in Petersburg peinlich berührenden Nachrichten. Er ging so gar soweit, den Grafen Ludolf der direkten Durchkreuzung der russischen Absichten bei der Hohen Pforte zu beschuldigen. Diese Anklagen fielen auf um so günstigeren Boden, als, mit Ausnahme Kaiser Alexanders II., die russischen Regierungskreise, Gorčakov inbegriffen, noch immer von feindseligen Gefühlen gegen uns beseelt waren und gerne glaubten, was ihrer eignen Ueberzeugung entsprach.[4]) Andrássy trat den Verdächtigungen Ignatjevs sofort entgegen. Aufs energischste bestritt er es, Graf Ludolf hätte den Auftrag erhalten, das Einvernehmen zwischen Rußland und der Türkei zu stören, „worin auch wir", wie er sagt, „eine wesentliche Bürgschaft der Hintanhaltung jeder Verwicklung im Oriente erblicken".[5])

Was Andrássy jedoch sah und hörte, mußte ihn immer mehr mit Zweifeln und Mißtrauen gegen die Politik Gorčakovs erfüllen. Gleich Ignatjev in Konstantinopel, versuchte der russische Konsul

---

[1]) Erst später wurden die beiderseitigen Vertreter zu Botschaftern erhoben.

[2]) Andrássy an Langenau, Wien, 11. Dezember 1871. K. u. k. Ministerium des Aeußern. „Je me félicite sincèrement devoir mon entrée aux affaires accueillie avec le bon vouloir qui, joint à la franchise qui a caractérisé nos premières explications, servira, je l'espère, de base solide et durable à nos futurs rapports. — — Nous y voyons autant de symptomes qui nous permettent de bien augurer de l'avenir de nos relations avec la Russie."

[3]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 3. April/22. März 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Ibidem.

[5]) Andrássy an Langenau, Ofen, 12. April 1872. Ibidem.

Jonin in Ragusa Argwohn gegen die Monarchie zu erwecken. In dem mit russischem Geld erhaltenen montenegrinischen Blatte „Černogorac“ stellte er unseren Minister des Aeußern den Südslawen als einen nach ihren Gebieten lüsternen Mann hin.[1]) Ueberdies waren Andrássy Nachrichten zugekommen, die es ihn klar erkennen ließen, wie wenig man in Petersburg über die Annäherung Oesterreich-Ungarns an Deutschland erfreut war. Der Graf zögerte auch keinen Augenblick, den deutschen Gesandten von seiner Wahrnehmung in Kenntnis zu setzen.[2]) Desgleichen machte er ihm Mitteilung davon, daß in Bukarest ein neues, in französischer Sprache geschriebenes Blatt unter dem Namen: „L'alliance Latino-Russe“ entstanden sei, das im Verein mit den tschechischen, kroatischen, montenegrinischen und serbischen Agitatoren Frankreich und Rußland gegen das Deutschland befreundete Oesterreich-Ungarn zu verbinden trachte. Diese Nachrichten mußten Andrássy in der Annahme eines von Rußland über den ganzen Balkan ausgebreiteten Wühlernetzes bestärken. War ihm ja auch aus der jüngsten Vergangenheit, noch aus der Zeit seiner ungarischen Ministerpräsidentschaft, bekannt, daß Gorčakov ihn um jeden Einfluß in Serbien bringen wollte. Gerade darauf, daß dies Land an die Interessensphäre der Monarchie, speziell Ungarns, gekettet und russischer Einwirkung entfremdet werde, verwandte Andrássy all sein Mühen. Vier Jahre hindurch hatte er das System befolgt, Serbien durch Freundschaftsdienste zu gewinnen. Noch im Juli 1871 trachtete er den Bahnbau nach Salonichi zugunsten Serbiens über Belgrad anstatt über das Tal der Bosna führen zu lassen.[3]) Aus demselben Grunde hatte er im Herbst 1869 einen Teil von Bosnien und der Hercegovina Serbien einverleiben wollen.[4]) In wenig freundlicher Weise wurde dies Entgegenkommen mit der in den Oktober 1871 fallenden Reise Milans nach Livadia gelohnt. Die Huldigungsfahrt des serbischen Fürsten zum Zaren, noch ehe er am Hofe in Wien erschienen war,[5]) versetzte Andrássy in hellen Zorn. Vom ersten Augenblick an faßte er die Reise Milans als Beleidigung Ungarns und als Niederlage der von ihm gegenüber Serbien befolgten Politik auf.[6]) Benjamin

---

[1]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 9. Januar 1872.
[2]) Idem, Budapest, 17. April 1872.
[3]) Idem, Wien, 18. April 1872.
[4]) Siehe hierüber Näheres Bd. I, S. 461.
[5]) Schweinitz, Wien, 21. Oktober 1871.
[6]) Idem, Wien, 18. April 1872.

von Kállay zufolge soll die russische Einladung nach der Hofhaltung von Livadia der Preis für den Verrat des Regenten Ristić gewesen sein, der angeblich den bosnischen Teilungsvorschlag des österreichisch-ungarischen Generalkonsuls nach Petersburg mitgeteilt hätte.[1]) Ristić hingegen beklagte sich bei dem deutschen Generalkonsul in Belgrad, daß Kállay alles, was in Serbien geschehe, tendenziös bekrittele und in diesem Lichte auch die Fürstenreise nach Livadia erscheinen lasse, obgleich sie absolut keine politische Schwenkung nach Petersburg hin bezeichne.[2])

Es ist nicht vollkommen aufgehellt, ob die Erlaubnis zum Besuch in Livadia tatsächlich mit der Preisgebung des bosnischen Teilungsplanes an Rußland erkauft wurde.[3]) Jedenfalls ist sicher, daß damit mehr als ein bloßer Akt der Höflichkeitsbezeigung gegenüber dem Zaren bezweckt war.[4]) Vielmehr sollte Milan in Livadia die Einwilligung Alexanders II. zur Erwerbung Bosniens und der Hercegovina erwirken.[5]) Bei dieser Gelegenheit trachtete Ristić überhaupt die Bande zwischen Serbien und Rußland inniger zu knüpfen. Von ihm wurde das Projekt ersonnen, Großfürstin Vera, die Tochter des Großfürsten Konstantin, mit Milan zu vermählen.[6]) Als Andrássy später von dieser Absicht Kenntnis und zugleich die Mitteilung erhielt, die Verlobung solle im Moment der Großjährigkeitserklärung Milans stattfinden, empfand er die Verwirklichung dieser Idee als einen von seiten Rußlands gegen Oesterreich-Ungarn geführten Streich. „Selbstverständlich," schrieb er darüber an Baron Langenau, „müßte uns diese Heirat sehr unangenehm berühren, da die Verbindung einer russischen Prinzessin mit dem kleinen Vasallenfürsten sich nur durch beabsichtigte Förderung eines unabhängigen großen Serbenreiches erklären ließe und

---

[1]) Dr. Gustav Steinbach, „Erinnerungen an Benjamin von Kállay". Wien 1903. Sonderabdruck aus den Nummern 14025 und 14028 der „Neuen Freien Presse", S. 3. Wie mir der unlängst verstorbene Steinbach erzählte, beruhen seine Angaben auf direkten Mitteilungen Kállays.

[2]) Rosen, Belgrad, 12. Dezember 1871.

[3]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 14./2. Mai 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Franckenstein an Beust, 26./14. Oktober 1871. Ibidem.

[5]) Kállay an Andrássy, Belgrad, 7. Juli 1872 (ung.). Gräfl. Andrássysches Archiv.

[6]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 14./2. Mai 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Auf seine diesbezügliche Anfrage, wie es mit der Heirat stehe, erteilte Stremukov die im Text erwähnte Auskunft.

daher mittelbar auch unsere Interessen bedrohen würde.“ [1]) Andrássys Sorge sollte nicht allzulange währen. Man scheint am russischen Hofe doch eine gewisse Verstimmung Oesterreich-Ungarns über die Familienverbindung mit Serbien befürchtet zu haben. Wenigstens wurde von Petersburg aus die Aufklärung erteilt, Alexander halte die Ehe Milans mit einer Großfürstin für eine Mesalliance: wie er vorher dem rumänischen Fürsten Karl, als einem Vasallen der Pforte, die Hand einer Prinzessin seines Hauses verweigerte, ebensowenig könne er jetzt eine solche dem Fürsten von Serbien bewilligen. [2]) Andrássy mag über die vergebliche Werbung der serbischen Regentschaft Befriedigung empfunden haben. Wurde doch damit ein Glied in jener Kette von Verbindungen Serbiens mit Rußland zerstört, die gegen Oesterreich-Ungarn von der uns sehr zweifelhaft gesinnten [3]) serbischen Regentschaft ausgenützt werden sollten. Andrássy wußte sehr wohl, und diese Erfahrung hatte er bereits wiederholt als ungarischer Ministerpräsident machen müssen, daß er seinem Worte in Serbien nur als gefürchtete Macht Geltung verschaffen könne. [4]) Von größter Wichtigkeit war es daher, nicht zu dulden, daß sich mit Rücksicht auf die Erlangung von Vorteilen für Serbien die Stärke Rußlands bei der Hohen Pforte ausschlaggebender erweise als die Oesterreich-Ungarns. Nur auf diese Weise konnten alle feindlichen Regungen auf serbischem Boden gegen die Monarchie erstickt werden. Je nachdem man sich in Belgrad mit der Hoffnung schmeicheln konnte, auf die nachdrückliche Unterstützung des Zaren rechnen zu können, wurde in der serbischen Hauptstadt der Mund vollgenommen. Nie würde es der sonst gemäßigte erste Regent, General Blaznavać, gewagt haben, sich zu einem seiner Vertrauten

---

[1]) Andrássy an Langenau, Ofen, 10. April 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 14./2. Mai 1873. Ibidem. Langenau erhielt diese Mitteilungen von Stremukov, dem einflußreichen Leiter des asiatischen Departements im Ministerium des Aeußern.

[3]) Kállay an Andrássy, Belgrad, 14. März 1872. Gräfl. Andrássysches Archiv. „. . . die feindliche Stimmung der serbischen Regierung gegen uns kann durch nichts mehr, was immer es auch sei, wachsen.“ (ung.)

[4]) Idem ad eundem. Belgrad, 19. September 1869. Ibidem. „Aus allem, was ich die Ehre hatte, zu melden, vermag sich Ew. Exzellenz zu überzeugen, daß die Wichtigkeit des ungarischen Einflusses im Osten immer mehr anerkannt wird, daß hier insbesondere ein Name, der Andrássys, diese Macht versinnbildlicht, weil selbst unsere Feinde mit ihren Anliegen sich an Ew. Exzellenz wenden.“ (ung.)

so hochmütig zu äußern, als er es tat, wenn er nicht geglaubt hätte, Preußen und Rußland seien Feinde Oesterreich-Ungarns, in jedem Augenblick bereit, über dasselbe herzufallen. „Zwischen Serbien und Oesterreich, oder vielmehr zwischen Serbien und Ungarn," sagte Blaznavać, „kann nie mehr ein Einvernehmen herrschen. Wo immer sich am Leibe Ungarns auch nur die geringste Wunde zeigt, werde ich bestrebt sein, diese zu vergiften." [1]) Der Regent begründete seine Haltung mit der ganz unstichhaltigen Behauptung, die Entlassung des wegen seiner Teilnahme an der Ermordung des Fürsten Milos von den Pester Gerichten verurteilten Prinzen Alexander Karagjeorgjević aus dem Kerker wäre das Werk der ungarischen Regierung gewesen, um der serbischen Regentschaft stets die Pistole auf die Brust setzen zu können; sie sei daher zur Selbstverteidigung gezwungen. [2]) Es ist wahr, die serbische Regierung hatte vom Beginn des in Pest geführten Prozesses an nichts mehr als dessen Losspruch von der Beteiligung am Morde des Milos gefürchtet. Deshalb hatten die Regenten im März 1871 auch den Oberst Orescović mit allerlei Versprechungen der Gefügigkeit gegenüber Ungarn an Andrássy gesandt, ihn zu bitten, daß der oberste ungarische Gerichtshof nur ja das Urteil der königlichen Tafel bestätige. [3]) Allein Blaznavać hatte nicht die Wahrheit gesprochen, als er in der Enthaftung des Prinzen Karagjeorgjević den Grund für seine feindliche Haltung gegenüber unserer Monarchie erblicken lassen wollte. Denn derselbe Blaznavać, der im März 1872 sich uns gegenüber der bittersten Worte bediente, überfloß im Juli desselben Jahres in einer dreistündigen Unterredung mit Kállay von den freundlichsten Versicherungen für das Wohl Oesterreich-Ungarns. Er, der noch einige Monate vorher alle Nationalitäten Ungarns in Aufruhr zu versetzen gedachte, beteuerte jetzt, kein Freund der sich bei uns offenbarenden staatsfeindlichen Bestrebungen zu sein, daß er im Gegenteil, selbst nach der Reise Milans nach Livadia, den Kroaten geraten habe, sich mit Ungarn zu versöhnen. Stets habe er — fügte der Regent hinzu — der Ueberzeugung Ausdruck verliehen, daß die Interessen Ungarns und Serbiens die gleichen seien und die seines Vaterlandes nur durch eine wohlwollende auswärtige Politik Oesterreich-Ungarns ge-

[1]) Kállay an Andrássy, Belgrad, 18. März 1872. Gräfl. Andrássysches Archiv. Kállay bezeichnet diese Worte des Blaznavać als ganz und gar beglaubigt.

[2]) Ibidem.

[3]) Idem ad eundem, Belgrad, 29. März 1871. Ibidem.

fördert werden könnten.[1]) Damit verriet Blaznavać die eigentliche Veranlassung zu seinem Vorgehen. Was nicht von den Russen zu bekommen war, sollte mit Hilfe Oesterreich-Ungarns erreicht werden. Seitdem das Petersburger Kabinett sich auf einen freundlicheren Fuß mit der Hohen Pforte gestellt, konnte freilich, wie es Milan in Livadia verlangt hatte, vom Zaren die Einwilligung zur Abtretung Bosniens und der Hercegovina von seiten der Türkei an Serbien nicht mehr durchgesetzt werden. Abgewiesen von Rußland, wollten die schlauen Serben sich nun der Gunst Ungarns für ihre Pläne versichern, jenes Ungarns, dem sie noch vor kurzem das Dach über dem Haus in Brand zu stecken gedachten. Zu dieser Frontänderung wurden sie nicht nur durch die ablehnende Haltung Rußlands bewogen. Es war den Serben nicht entgangen, daß Ungarn im Innern erstarkte und die Monarchie an Deutschland anstatt eines Feindes, wie sie gehofft, infolge der klugen Politik Andrássys einen Freund gewonnen hatte. Deshalb richteten sie jetzt ihre Blicke nach Oesterreich-Ungarn. Blaznavać wies direkt der Monarchie die Hauptrolle bei der Erwerbung Bosniens und der Hercegovina für Serbien zu, womit er den Hintergedanken verband, wir sollten ihnen die Kastanien aus dem Feuer holen. Es ist interessant, wie Blaznavać bemüht war, das Vorgehen seiner Landsleute im unschuldigsten Lichte erscheinen zu lassen.[2]) Nicht sie, sagte er, trügen die Schuld daran, daß sie ihre Zuflucht zu Rußland nehmen mußten. Die ganze Vergangenheit des Fürstentums bezeuge es zur Genüge, daß sich die Serben nur dann an Rußland wandten, wenn sie sonst nirgends Hilfe fanden.[3]) Kállay ließ sich durch die gleisnerischen Worte des Regenten nicht bestricken und durchblickte dessen Absicht.[4]) Sie bestärkten Andrássy in seiner Auffassung, daß es im Interesse Oesterreich-Ungarns läge, den Einfluß Rußlands in Serbien nicht übermächtig werden zu lassen.

Gelang es Andrássy, mit dieser Richtung seiner Politik durchzudringen, dann durfte er hoffen, auch in den übrigen Territorien

---

[1]) Kállay an Andrássy, Belgrad, 7. Juli 1872 (ung.). Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Auch in dem Gespräch mit dem Pester Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“ (17. August 1872) trachtete Blaznavać seine Landsleute reinzuwaschen.

[3]) Das Ganze auf Grundlage des Briefes Kállays an Andrássy vom 7. Juli 1872 (ung.). Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Ibidem.

des Balkans das Ansehen der von ihm geleiteten Monarchie zu heben und zu befestigen. Sehr wohl wußte Andrássy, daß er damit ein schweres Spiel in Montenegro haben werde, das sich in vollständiger Abhängigkeit vom Zaren befand. Um dies Land, das in den politischen Kombinationen Rußlands noch eine ganz andere Rolle als Serbien spielte, vollkommen an sich zu fesseln, begünstigte Petersburg dessen Unabhängigkeitsbestrebungen von der Pforte.[1]) Alexander II. schien Fürst Nikolaus geradezu als sein „Schoßkind“ zu betrachten, „und man sollte fast glauben,“ — wie Baron Langenau bemerkte — „er (Alexander) wolle sich als Suzerän dem Sultan substituieren, dem er jedes Recht dazu abspricht.“[2]) Am schlagendsten zeigte sich dies in der Frage, ob Fürst Nikolaus zu der in Wien für das Jahr 1873 geplanten Weltausstellung direkt oder durch Vermittlung der Türkei geladen werden sollte. In Montenegro war man falsch unterrichtet, als man glaubte, das letztere werde geschehen. Als der Zar, bei dem wahrscheinlich Fürst Nikolaus Klage erhoben hatte, hiervon hörte, faßte er die Erledigung dieser Etikettefrage wie eine ihn persönlich nahe berührende Angelegenheit auf. Die Erklärung Andrássys, in dieser Hinsicht sei noch nichts verfügt worden und Nikolaus werde eine direkte Einladung erhalten,[3]) erregte helle Freude am russischen Hofe. Gorčakov sagte zu Baron Langenau: er wäre sicher, daß Alexander dies als eine ihm persönlich erwiesene Höflichkeit betrachten und gewiß dafür sehr erkenntlich sein werde.[4]) Andrássy fand die große Vorliebe der russischen Hofkreise für den Fürsten Nikolaus doch ein wenig zu maßlos und bemerkte dazu: „Tant de bruit pour une omelette.“[5]) Um jedoch nicht den Anschein zu erwecken, als hätte man den Fürsten nur aus Rücksicht für Rußland mit Umgehung der Türkei geladen, hielt es der Minister für geboten, sein Vorgehen näher zu erläutern. Langenau hatte Gorčakov zu sagen, daß die politische Stellung Montenegros zur Pforte nie den Gegenstand europäischer Verfügungen bildete. Oesterreich habe deswegen auch seine Haltung gegenüber Montenegro stets nach dem existierenden Tatbestand geregelt. Nichts drängte die Monarchie dazu, weder in der Vergangenheit noch

---

[1]) Langenau an Andrássy, 20./8. März 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Idem, 3. April/22. März 1872. Ibidem.

[3]) Andrássy an Langenau, 28. März 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 1. April/20. März 1872. Ibidem.

[5]) Eigenhändige Randbemerkung Andrássys zur Depesche Langenaus vom 1. April 1872. Ibidem.

heute, Rechtsfragen zu erörtern, deren Lösung nur Schwierigkeiten bereiten würde. Andrássy meinte daher, man solle sich hüten, Anlaß zu Zwischenfällen zu geben, die leicht zu Konflikten zwischen der Pforte und Montenegro führen könnten, was weder im Interesse Rußlands noch in dem Oesterreich-Ungarns gelegen sei. Er gab schließlich der Ueberzeugung Ausdruck, daß mit der erfolgten direkten Einladung, welche dem herrschenden Gebrauch entspreche, auch jener Vorfall erledigt sei, der das russische Kabinett so sehr in Atem hielt.[1]) Man darf wohl annehmen, daß sich Andrássy keinen Augenblick mit der Hoffnung schmeichelte, den Fürsten Nikolaus zur Erkenntlichkeit oder zur Annäherung an Oesterreich-Ungarn zu veranlassen. Aber so viel hatte er doch erreicht, daß jeder Anlaß zur Kränkung und Verbitterung, der in entgegengesetzter Lösung der Frage lag, vermieden worden war.

* * *

Von der Stellung zu Rußland ward auch Andrássys Politik gegenüber Rumänien beeinflußt. Gleichwie Serbien, wollte er die Donaufürstentümer russischer Einwirkung entziehen. Als dort zur Zeit seiner ungarischen Ministerpräsidentschaft ungarfeindliche Tendenzen das Uebergewicht erlangten, machte er Front gegen das Ministerium Bratiano, das Unruhe unter den siebenbürgischen Rumänen stiftete, um die Annexion dieses Teiles Ungarns durch das benachbarte Rumänien vorzubereiten.[2]) Kaum waren jedoch diese Pläne zu Fall gebracht, als sich Andrássy sofort als Freund des rumänischen Nachbarn zeigte. Seinem das Wesen der Dinge ergründenden scharfen Blick entging es nicht, daß Rumänien, in sich nicht stark genug, um allein bestehen zu können, Anlehnung an Rußland oder Oesterreich-Ungarn suchen müsse. Ebenso richtig erkannte Andrássy, daß der Anschluß an das nordische Reich die unfehlbare Vernichtung Rumäniens und eine schwere Katastrophe für die Monarchie bedeute.[3]) Deshalb war er entschlossen, Rumänien jeden möglichen Schutz angedeihen zu lassen, um es vor der Umklammerung durch Rußland zu bewahren. Fürst Karl, der Beherrscher der Donaufürstentümer, kannte sehr genau diese wohlwollenden Gesinnungen des ungarischen Minister-

---

[1]) Andrássy an Langenau, 11. April 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Siehe Bd. I, S. 454 u. ff.

[3]) Siehe die Ausführungen Jorgas in seiner „Geschichte des rum. Volkes" Bd. II, S. 340 in: „Allgemeine Staatengeschichte", herausgegeben von Karl Lamprecht.

präsidenten, dessen Ernennung zum Minister des Auswärtigen ihm ein Ereignis von „großer Bedeutung“ für sein Land dünkte.[1]) In einem Briefe an seinen Vater bezeichnete der Fürst den Grafen Andrássy als „aufrichtigen Freund“ der Rumänen.[2]) Der Graf selbst sagte dem rumänischen Finanzminister Mavrogheni, es läge im Interesse beider Nachbarländer, im besten Einvernehmen miteinander zu leben,[3]) was so viel hieß, als in dem mehr der lateinischen Rasse zugehörigen Volk ein starkes Bollwerk der slawischen Expansionskraft Rußlands auf dem Balkan entgegenzustellen. Rumänien sollte auch sehr bald den Beweis freundnachbarlichen Entgegenkommens des Grafen Andrássy erhalten. Nichts war natürlicher, als daß Fürst Karl und mit ihm das ganze Land vom Bestreben erfüllt war, die anerkannte Union der Donaufürstentümer auch offiziell und im diplomatischen Verkehr in einem Namen zum Ausdruck zu bringen. Der diplomatische Sprachgebrauch kannte laut des I. Artikels des Vertrages vom 19. August 1858 kein Rumänien, sondern nur „Die vereinigten Fürstentümer der Moldau und Walachei“.[4]) Doch ohne Zustimmung der Türkei, des Suzeräns, aber mit stillschweigender Billigung[5]) der Vertragsmächte von 1856, war allmählich an Stelle der: „Vereinigten Fürstentümer“ der Ausdruck „Rumänien“ getreten. Noch fehlte ihm aber die eigentliche völkerrechtliche Sanktion, deren Erlangung Fürst Karl und dessen Minister von Europa erwirken wollten. Andrássy war einem solchen Verlangen nicht zuwider, wiewohl er Protest dagegen erhob, daß sich Karl auf einer Militärmedaille anstatt „Fürst von Rumänien“ „Fürst der Rumänen“ nannte, was auch die Hoheit über die Rumänen Siebenbürgens in sich geschlossen hätte.[6]) Nur unter der Bedingung, daß sich die rumänische Regierung diesem Einwand füge,[7]) war Andrássy bereit,

---

[1]) „Aus dem Leben König Karls von Rumänien“, Bd. II, S. 224.

[2]) Ibidem, S. 229.

[3]) Ibidem, S. 270.

[4]) Art. I des Vertrages vom 19. August 1858: „Les principautés de Moldavie et de Valachie, constituées désormais sous la dénomination de Principautés-Unies de Moldavie et de Valachie, demeurent placées dans la suzeraineté de S. Majesté le Sultan.“ Abgedruckt bei Leopold Neumann und Plason: „Recueil des traités et conventions conclus par l'Antriche“, Nouvelle suite, Bd. 2, S. 97.

[5]) Bericht Graf Károlyis an Andrássy, Berlin, 21. April 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Bismarck sagt hier ausdrücklich, daß er die Anwendung des Wortes „Rumänien“ stillschweigend zugelassen habe.

[6]) „Aus dem Leben König Karls von Rumänien“, Bd. II, S. 268.

[7]) Ibidem.

ihrem berechtigten Wunsche bei der Pforte die wirksamste Unterstützung angedeihen zu lassen. Dazu trieben ihn triftige politische Beweggründe. Ohne erst die Zusage der Vertragsmächte von 1856 abzuwarten, hatte Rußland auf eigene Faust, mit willkürlicher Nichtbeachtung des Pariser Vertrages von 1856 und des Vertrages von 1858, die Titulatur „Rumänien" als eine zu Recht bestehende völkerrechtliche Bezeichnung anerkannt. Andrássy durchblickte sehr wohl diesen Schachzug der Russen, der nichts weiter bezweckte, als sich Regierung und Bevölkerung von Rumänien zu Dank zu verpflichten, was ihnen natürlich große Volkstümlichkeit im Lande selbst verschaffen mußte.[1]) Einem solchen Vorgehen gegenüber war Oesterreich-Ungarn um so mehr im Nachteile, als es sich nicht, wie Rußland, auf die gleiche Religion stützen und mit dem Zarenreiche in der Ausbeutung der dako-romanischen Begierden weder wetteifern konnte noch durfte. Und doch fühlte Andrássy, daß sich die Monarchie, wollte sie überhaupt ihren Einfluß in den Donaufürstentümern geltend machen, doch nicht ganz von Rußland in den Schatten stellen lassen dürfe.[2]) „Ich weiß nicht," schrieb er an den Botschafter in Konstantinopel, „warum wir unsere wirklichen Interessen einem bloß formellen Streite ohne ernste Bedeutung opfern sollen."[3]) Wie sehr aber auch der Minister des Aeußern wünschte, die ihm bereits „zuwidere"[4]) Titelfrage einer befriedigenden Lösung zuzuführen, mußte er gerade mit Rücksicht auf die Türkei höchst vorsichtig zu Werke gehen. Denn Rußland verfolgte mit seiner raschen Anerkennung nicht nur die Erwerbung von Volkstümlichkeit bei den Rumänen; es verband damit außerdem ein anderes, vielleicht noch wichtigeres Ziel: eine erneute Durchlöcherung des ihm von Grund aus verhaßten Pariser Vertrages von 1856. Gerade eine solche Verletzung, die Rußland allein zum Vorteil gereicht hätte, fürchtete die Türkei. Deshalb machte sie Schwierigkeiten, dem Verlangen Rumäniens Gehör zu schenken. Diese willkürliche Nichtachtung eines von den Großmächten Europas sanktionierten Vertrages, der dem Ehrgeiz des Zaren im Schwarzen Meere Schranken setzte, veranlaßte andererseits Andrássy, bei der Pforte darauf zu dringen, daß sie ihren Widerstand aufgebe. Das eigen-

---

[1]) Andrássy an Graf Ludolf in Konstantinopel, 10. März 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Idem ad eundem. 25. Februar 1872. Ibidem.

[3]) Ibidem.

[4]) Ibidem.

mächtige Vorgehen Rußlands nötigte ihn, sein Bemühen darauf zu richten, eine gesetzliche Zustimmung zur Umgestaltung des Titels der Donaufürstentümer zu erwirken. Auf diese Weise sollte vor den Augen ganz Europas konstatiert werden, daß eine Aenderung des Pariser Vertrages nur mit Einwilligung aller Großmächte zu erreichen sei. Andrássy sparte auch nicht mit seinen Ratschlägen bei der Pforte. Für ihn war es keine leichte Arbeit, sich bei den türkischen Staatsmännern Gehör zu verschaffen. Denn wie Andrássy es von Server Pascha, dem türkischen Minister des Aeußern, hören konnte, lag ihnen weit mehr daran, das von ihnen für einen gefährlicheren Gegner erachtete Serbien als Rumänien zu befriedigen, das sie weit geringer schätzten.[1]) Trotzdem ermüdete er nicht, sie zu überreden, aus freien Stücken zu gewähren, was nicht mehr hintanzuhalten sei und sich hierdurch den Dank Rumäniens zu erwerben, das im Falle der Weigerung ihnen nur entfremdet würde.[2]) Gegenüber der Starrheit der Pforte trachtete er sich des Beistandes Bismarcks zu versichern, um mit dessen Hilfe die türkische Regierung zur Nachgiebigkeit zu bewegen.[3]) Der deutsche Reichskanzler war eben damals sehr schlecht auf Rumänien wegen dessen Haltung in der Strousbergschen Eisenbahnaffäre zu sprechen. Er zeigte keine Neigung, der rumänischen Regierung den geringsten Dienst zu leisten. Nur aus Rücksicht für Andrássy willigte er ein, dessen Schritte zugunsten Rumäniens in Konstantinopel zu unterstützen und einen etwaigen Protest der Pforte unbeachtet zu lassen.

In Rumänien wurde Andrássys Bemühen, dem berechtigten Verlangen des Landes die Zustimmung des Sultans zu erwirken, ungemein sympathisch begrüßt. Er hatte die Genugtuung, zu sehen, daß infolge seines klugen Vorgehens dort der Einfluß Oesterreich-Ungarns immer mehr an Terrain gewann und Rußland aufhörte, als der einzige Hort der nationalen Bestrebungen des rumänischen Volkes zu gelten.[4]) Wenn jedoch der Graf auch in der Titelfrage das größte Entgegenkommen bekundete, so lehnte er es

---

[1]) Graf Ludolf an Graf Andrássy, Konstantinopel, 4. Juni 1872. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Andrássy an Ludolf, 10. März 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Andrássy an Károlyi, Ofen, 16. April 1872. Ibidem.

[4]) Andrássy an Beust, 12. Juni 1872. Ibidem. „Notre influence y a gagné dans les Principautés danubiennes, le cabinet de Saint Petersbourg n'y étant plus regardé comme le seul qui soit porté à favoriser les voeux nationaux."

dagegen ab — hierin eins mit Bismarck — Rumänien das Recht zu erstreiten, sich bei den Mächten durch einen offiziell beglaubigten diplomatischen Agenten vertreten zu lassen. So weit glaubte der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern nicht gehen zu dürfen. Denn ein derartiges Zugeständnis hätte zu sehr die Unabhängigkeit Rumäniens von seinem Suzerän, dem Sultan, zum Ausdruck gebracht.[1]) Andrássy hatte das Kunststück zuwege gebracht, sich sowohl Rumänien als auch die Pforte zu Dank zu verpflichten, die es nicht übersehen konnte, daß er sich alle Mühe gegeben, nicht nur selbst ihre Rechte zu achten, sondern sie auch bei Dritten zur Geltung zu bringen.[2]) Das war für seine im Oriente einzuschlagende Richtung von größter Bedeutung, da er der Pforte in seinem politischen Kalkül eine sehr wichtige Rolle zudachte.

Unter allen Umständen war es für die Monarchie ein Gebot richtiger Politik, sich gegenüber allen Eventualitäten den Beistand der Türkei zu sichern. Dazu nötigten schon die unter der geschulten Leitung Ignatjevs betriebenen schrankenlosen russischen Wühlereien an den Ufern der Save und Donau, die, nach Ueberzeugung Andrássys, im Falle des Erfolges Ungarn schwer bedrohten. Es war daher ein augenscheinliches Interesse Oesterreich-Ungarns, das Osmanenreich, als Bollwerk gegen derartige Bestrebungen, nicht schwächen zu lassen. Die Türkei sollte in der Lage sein, gleich die Anfänge eines Aufstandes in seinen von Rußland revoltierten Provinzen zu unterdrücken. Deshalb suchte Andrássy die intimere Annäherung an die Pforte, entschlossen, sie über die ihr drohende Gefahr aufzuklären, um mit ihr einen politischen Gedankenaustausch zu unterhalten. Als geeignetes Mittel zur Erreichung dieses Zieles veranlaßte er die Reise Erzherzog Karl Ludwigs, des jüngeren Bruders Franz Josefs I., nach Konstantinopel; dann nahm er eine günstigere Stellung gegenüber den türkischen Bahnen ein, die er bisher, zum Vorteile Serbiens, nicht gefördert hatte; endlich war er bemüht, im Widerspruch zum österreichischen Finanzminister, die Zulassung der türkischen Staatspapiere an der Wiener Börse durchzusetzen.[3]) Die Hauptsorge Andrássys war es jedoch, den Sultan Abdul Aziz von allen Handlungen zurückzuhalten, die im Innern seines Reiches heftige

---

[1]) Andrássy an Károlyi, Wien, 7. Juli 1872. Ibidem.
[2]) Andrássy an Beust, 12. Juni 1872. Ibidem.
[3]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 17. Mai 1872.

Erschütterungen erzeugen konnten. Zu solchen mußte es unbedingt kommen, wenn Abdul Aziz auf seinem Plane beharrte, die seit dem 17. Jahrhundert gebräuchlich gewordene Senioratserbfolge im Hause Osman zu beseitigen und an deren Stelle das Erstgeburtsrecht zu setzen. Abdul Aziz schien ganz daran vergessen zu haben, daß er selbst im Sinne des Senioratsrechtes herrschte. Nur allein der mutigen Entschlossenheit und schlauen Vorsicht seiner Mutter dankte er es, daß nicht Prinz Murad, der 21jährige Sohn seines Bruders und Vorgängers Abdul Medjid, sondern er, der zweite Sohn Mahmuds II., den Thron bestieg. Mit völliger Außerachtlassung dieser Tatsache sann er jetzt auf nichts anderes, als wie er mit Umgehung seiner erbberechtigten Neffen Murad und Abdul Hamid seinem Sohne Izzeddin die Erbfolge verbürgen könne. Er hatte sich zur Verwirklichung seines Lieblingsgedankens der Unterstützung des Großwesirs, des ungebildeten, gewissenlosen Mahmud Nedim Pascha, vergewissert, der die fixe Idee des Sultans benutzte, um ihm unentbehrlich zu werden.[1])

Im Prinzip war Andrássy kein Gegner einer berechtigten und natürlichen Erbfolgeordnung, wie sie in allen monarchischen Staaten Europas auf dem Erstgeburtsrecht beruht.[2]) Er würde die vom Sultan sehnlichst gewünschte Aenderung der Thronfolge unterstützt haben, wenn er von deren Durchführung nur nicht die tiefste Aufwühlung des Orients hätte befürchten müssen. Dem Plane des Sultans setzten nicht nur die Ulemas den hartnäckigsten Widerstand entgegen. Auch der ungezähmte Ehrgeiz der Mutter des Abdul Aziz, die im Palast unbeschränkt das Zepter schwang, sträubte sich dagegen. Sie hoffte unter dem Nachfolger Murad ihre dominierende Rolle fortspielen zu können. Bestieg dagegen Izzeddin den Thron, so war vorauszusehen, daß sie genötigt sein würde, den Herrscherstab im Serail an dessen Mutter abzutreten.[3]) Schon daß Ignatjev sich des Großwesirs Mahmud Nedim Pascha, dessen größte Schattenseite die Eifersucht auf jeden anderen Einfluß im Rate des Sultans bildete,[4]) als Werkzeuges für seine Pläne bediente, mußte in Andrássy schwere Bedenken erregen. Wußte

---

[1]) „Aus dem Leben König Karls von Rumänien", Bd. II, S. 268.

[2]) Andrássy an Beust in London, 12. Juni 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Ludolf an Andrássy, Konstantinopel, 4. Juni 1872. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Ibidem.

er doch, daß der intrigante russische Diplomat damit kein anderes Ziel verknüpfe, als einen völligen Umsturz der Ordnung herbeizuführen, um die dann eingetretene Zersetzung der Türkei zum Vorteil Rußlands zu mißbrauchen. Graf Andrássy hielt es für dringend geboten, Hand in Hand mit England den gefährlichen Aspirationen des Sultans entgegenzutreten. Einen ersten sichtbaren Erfolg seiner Bemühungen erblickte der Minister des Aeußern darin, daß Abdul Aziz nunmehr seine Absicht mit größerer Vorsicht und Zurückhaltung betrieb. Ja, Andrássy hatte allen Grund zur Annahme, der Staatsstreich mit all seinen unabsehbaren Folgen sei, wenigstens für jetzt, verschoben und der Sultan mit seinem Anhang gewarnt, „um sich nicht blind in die Arme Rußlands zu werfen".[1])

Nicht minder wie die beabsichtigte Umgestaltung der Thronfolge zog ihrer Bedeutung wegen jene Bewegung Andrássys Aufmerksamkeit auf sich, die eine Trennung der bulgarischen Kirche vom griechischen Patriarchate in Konstantinopel bezweckte. Um so mehr, als er auch hierin, gleichwie in der Frage der Thronfolge, das „Werk russischer Intrigen"[2]) erblickte, um die Unruhe im Türkischen Reiche zu verewigen. Schon im Jahre 1833 hatten die Bulgaren Bischöfe ihrer Nation vom griechischen Patriarchate in Konstantinopel gefordert — ohne Erfolg jedoch. Seit 1860 begann diese Frage immer mehr in den Vordergrund zu treten, beeinflußt von Rußland aus, das die russische Kirche im Orient zur alleinherrschenden machen, die bulgarische vom griechischen Patriarchate in Konstantinopel endgültig loslösen und unter die Oberhoheit der Synode von Petersburg bringen wollte. Erst im Frühjahr 1870 gedieh nach vielen Verhandlungen und Zerwürfnissen die Angelegenheit so weit, daß der Sultan gegen den Willen des Patriarchates von Konstantinopel mittels eines Fermans die Gründung eines bulgarischen Exarchates verfügte.[3]) Andrássy legte das größte Gewicht darauf, sowohl der Türkei freundliche Ratschläge zu erteilen, die sie zu einem Entgegenkommen gegenüber den Bulgaren veranlasse, als auch diese zu bewegen, sich nicht unter die Oberhoheit der Synode von Peters-

---

[1]) Andrássy an Beust in London, 12. Juni 1867. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Ibidem.

[3]) Der Ferman vom 10. März 1870 ward allerdings erst am 22. Februar 1872 publiziert.

burg zu stellen. Der Minister war von seiner Aktion sehr befriedigt. Indem er einerseits den Anschluß der nunmehr selbständig gewordenen bulgarischen Kirche an Petersburg verhinderte und andererseits die Bulgaren selbst überzeugte, wie sehr Oesterreich-Ungarn in ihrem Interesse bei der Pforte tätig gewesen, glaubte er ein Stück erfolgreicher Arbeit in der Einschränkung des Vorwärtsdrängens russischer Agitation vollbracht zu haben. England gegenüber verwies er darauf, wie die bulgarischen Komitees als Zentren türkenfeindlicher Bewegung von Tag zu Tag an Bedeutung im Lande verlieren und die Ereignisse in Bulgarien eine den Zielen der russischen Diplomatie wenig entsprechende Wendung genommen haben.[1]) Andrássy wollte überall eine Verminderung russischen Einflusses wahrnehmen. Mit Genugtuung erfüllte es ihn, daß zusehends auch in Griechenland die Gefühle für Rußland erkalteten. Vom König bis zum geringsten Hellenen herab waren alle Griechen einig in der Verurteilung Ignatjevs, der im Interesse des Zarenreiches alles daran gesetzt hatte, um die Trennung der bulgarischen Kirche vom griechischen Patriarchate in Konstantinopel zu einer vollendeten Tatsache zu machen.[2]) Volle Zufriedenheit gewährte es Andrássy vor allem, daß er sich mit der Pforte auf freundschaftlichen Fuß zu stellen gewußt und man in Konstantinopel nicht mehr ausschließlich auf die von Petersburg herübertönende Stimme, sondern auch auf die Oesterreich-Ungarns höre. „Ich schwöre vor Gott und auf meine Ehre," hatte Server Pascha, der türkische Minister des Aeußern, zu Graf Ludolf gesagt, „daß wir ernstlich wünschen, in jeder Angelegenheit in voller Uebereinstimmung mit Ihrer Regierung vorzugehen. Schreiben Sie dies Graf Andrássy und bitten Sie ihn, Vertrauen zu uns zu haben und sich in minder wichtigen Angelegenheiten nicht ungünstig beeinflussen zu lassen durch kleine Mißverständnisse, die selbst beim besten Willen nicht immer vermieden werden können." [3]) Server Pascha war wohl nicht der Mann, dessen Worte unbedingten Glauben verdienten.[4]) Allein

---

[1]) Andrássy an Beust, 12. Juni 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern. „La tournure qu'ont prise les événements en Bulgarie est donc bien peu conforme aux visées de la diplomatie russe.

[2]) Ibidem.

[3]) Ibidem.

[4]) Graf Ludolf an Andrássy, Konstantinopel, 4. Juni 1872. Gräfl. Andrássysches Archiv.

seine bei anderer Gelegenheit wiederholten Aeußerungen[1]) zeugten doch dafür, daß er sehr wohl fühle, welch gewichtiger Faktor seit dem Amtsantritt Andrássys unsere Monarchie in den Fragen der hohen Politik geworden. Man hatte in Konstantinopel das Bewußtsein, daß Oesterreich-Ungarn die Kraft besitze, seine Interessen im Orient zu wahren. Andrássy war auch entschlossen, sie gegenüber jeder sich in der Türkei erhebenden Komplikation mit aller Energie zu schützen. „Die unmittelbare Berührung und der Zwang der Selbsterhaltung" — hatte in seinem Auftrage Graf Beust Lord Granville zu sagen — „leiten uns instinktiv. Wir werden weder unsere Interessen noch die Englands aufs Spiel setzen; das englische Kabinett kann sich uns in voller Sicherheit anvertrauen und uns sowohl seine moralische Unterstützung wie auch seine Mitwirkung angedeihen lassen." [2])

Traf Andrássy, gleich einem tüchtigen Strategen, seine Vorkehrungen im Orient, um gegen jede Ueberraschung von seiten Rußlands geschützt zu sein, so unterließ er doch auch keinen Augenblick die fortgesetzte Pflege guter Beziehungen zum Zarenreiche. Seine für das Gedeihen der Monarchie nötige Friedenspolitik mußte ihn abhalten, Rußland, solange er hierzu nicht provoziert wurde, die Faust zu zeigen. Es war Andrássy vollkommen klar, daß Irrungen mit Rußland nicht ohne störende Rückwirkungen auf die Freundschaft mit dem Deutschen Reiche bleiben würden. Sagte es ihm ja Schweinitz deutlich genug heraus, daß in dem Verhältnis Oesterreich-Ungarns zu Deutschland kein Schatten auf die Beziehungen dieses Reiches zu Rußland fallen dürfe.[3]) Andrássy war auch weit davon entfernt, daran zu denken, den eben gewonnenen deutschen Freund gegen dessen russischen Alliierten ausspielen zu wollen. Ihm war es vor allem darum zu tun, mit Hilfe Bismarcks dem weiteren Vordringen des Panslawismus Halt zu gebieten, der kein höheres Ziel kannte, als die panslawistische Fahne auf den Trümmern Oesterreich-Ungarns und der europäischen

---

[1]) Graf Ludolf an Andrássy, 4. Juni 1872. „Als ich zur Schlußstelle gelangte, wo Ew. Exzellenz zu sagen geruhen: ‚Que les hommes d'état turcs feraient bien d'apprécier mes conseils, non pas comme si je les croyais infaillibles', fiel mir Server Pascha mit der Bemerkung in das Wort: „Au contraire, je les considère comme infaillibles, je les accepte pour tels et les adopte avec une véritable reconnaissance."

[2]) Andrássy an Beust, 12. Juni 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Schweinitz an Bismarck, Budapest, 17. April 1872. Der preußische General weilte um diese Zeit in der ungarischen Hauptstadt.

Türkei zu entfalten. Andrássys Politik zeigt in der Hinsicht kein Schwanken; wohldurchdacht, erscheint sie wie aus einem Gusse und schließt nirgends das Bestreben aus, Deutschland und Rußland, der Hohen Pforte und den Balkanvölkern die Friedenshand zu reichen. Auf solchem Boden konnte der Gedanke des Drei-Kaiser-Bündnisses, wie es dann in den Vordergrund trat, leicht entstehen und greifbare Gestalt annehmen.

---

## Drittes Kapitel

# Drei-Kaiser-Entrevue in Berlin

Wie Bismarcks Politik seit dem Krieg von 1870 durch den Hinblick auf Frankreich bestimmt wurde, so stand Andrássys politisches Denken und Fühlen unter dem Banne seiner Besorgnisse vor dem durch Rußland begünstigten Panslawismus. Das gleiche Bedürfnis nach Sicherung des Bestehenden hatte Bismarcks Annäherung an Oesterreich-Ungarn und die Andrássys an das Deutsche Reich als ein Gebot der Notwendigkeit erscheinen lassen. Noch Beust mußte im September 1871, gedrängt von Andrássy, die Schwenkung zum Deutschen Reiche hin vollziehen.[1] Als dann November 1871 der ungarische Ministerpräsident die Führung der auswärtigen Geschäfte ergriff, fand die Versöhnung mit Deutschland noch deutlicheren Ausdruck. Der neue österreichisch-ungarische Minister des Aeußern beschritt um so eifriger den von ihm längst empfohlenen Pfad, als er vollkommen davon überzeugt war, daß auch sein Kollege in Berlin durch sachliche Gründe genötigt sei, ihm auf halbem Wege entgegenzukommen. Andrássy meinte, daß Bismarck, sollte er einst vor die Erwägung gestellt werden, zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland wählen zu müssen, keine andere Entscheidung treffen könnte, als unserer Monarchie den Vorzug zu geben. Bezeichnend hierfür ist ein Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Jay, der eine diesbezügliche Anfrage an ihn richtete. Andrássys Antwort hierauf lautete: Hätte Deutschland Elsaß-Lothringen Frankreich nicht genommen, würde es die freie Wahl zwischen uns und Rußland gehabt haben; die Aussicht auf einen mit den Franzosen unvermeidlichen Krieg wäre nicht so bestimmt und unsere Freundschaft nicht von so großem Wert als unter den gegenwärtigen Umständen. Die Zurückeroberung dieser beiden Provinzen aber wird jede französische Regierung für ihre Pflicht erachten, daher ist unsere Freundschaft für Deutschland von solcher Wichtigkeit, daß es sie unmöglich Rußland opfern kann. Deutschland besitzt infolgedessen kein freies Verfügungsrecht, es muß mit

---

[1]) Siehe Bd. I, S. 567.

uns gehen, und — schloß er — daß dies geschehe, bildet meine Aufgabe.[1]) Es war ein Glück, daß damals in Deutschland und Oesterreich zwei Staatsmänner wirkten, die ihr Wollen und Können gemäß den Lebensinteressen beider Monarchien einrichteten.

Trotz der gegenseitigen Verständigung konnte eine Verbindung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns ohne Rußland die Gefahr für den Frieden Europas nicht bannen. Das sahen sowohl Andrássy als Bismarck ein. Denn die russische Politik, die erst jetzt zum Bewußtsein der Tragweite der deutschen Erfolge im Kriege von 1870 gelangte und nicht gewillt schien, eine weitere Schwächung Frankreichs zu dulden,[2]) mußte am Anschlusse an diese Macht verhindert werden. Nichts hätte die Revanchegelüste der französischen Nation mehr ermutigt, als ein Handinhandgehen mit dem nordischen Reiche. Andrássy entging nicht, welch unheilvollen Einfluß es auf Gegenwart und Zukunft ausüben müßte, falls ein intimeres Verhältnis zwischen dem Zaren und der französischen Republik zustande käme.[3]) Baron Langenau konstatierte wohl das offenkundige Bemühen Thiers', des greisen Präsidenten der Republik, Alexander II. für diese günstig zu stimmen, damit er in Berlin für die baldige Befreiung des von deutschen Truppen besetzten französischen Gebiets eintrete. Augenscheinlich war es auch, daß sich Thiers das Ansehen gab, in Petersburg Erfolge erzielt zu haben, um mit solchen Vorspiegelungen der öffentlichen Meinung Frankreichs zu schmeicheln. Es gehörte die ganze Leichtgläubigkeit der Franzosen dazu, um ernstlich anzunehmen, es könnte jetzt gelingen, den Zaren von Kaiser Wilhelm zu trennen. Hatte doch die jüngste Anwesenheit Prinz Friedrich Karls von Preußen beim Georgsfest in Petersburg neuerdings das innige Freundschaftsband zwischen den beiden Kaisern gefestigt.[4]) Und bei jeder Gelegenheit betonte Alexander II. selbst mit so viel Feuer und warmer Hingebung seine Anhänglichkeit an die Person Kaiser Wilhelms, daß eine Erschütterung des Bundes als aussichtslos gelten mußte.

Angeregt durch Andrássy erfolgte jetzt auch von seiten Oesterreich-Ungarns ein Schritt, der seinen tiefen Eindruck auf das Ge-

---

[1]) Tagebuch Orczys, 6. Juli 1872 (ung.).

[2]) Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen", Bd. II, S. 231.

[3]) Andrássy an Langenau, Wien, 19. Januar 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 6. Februar/25. Januar 1872. Ibidem.

müt Alexanders II. nicht verfehlen konnte. Hatte man sich bisher in schönen Versicherungen über die Notwendigkeit der Erhaltung des Friedens und gegenseitigen Vertrauens erschöpft, so ging man endlich zu Tatsachen über, die es vernehmlich laut der Welt verkünden sollten, die seit 1854 bestehende Feindschaft zwischen Oesterreich-Ungarn und dem russischen Reiche habe ein Ende erreicht. Zum erstenmal wieder seit dem Tode Nikolaus' I. erschien anfangs Juli 1872 in Petersburg ein Erzherzog, um Alexander II. im Namen seines Souveräns dessen Grüße zu überbringen. Es war dies Erzherzog Wilhelm, derselbe, der Franz Josef I. beim Leichenbegängnis Nikolaus' I. vertreten hatte. In Erinnerung des guten Eindrucks, den damals der Erzherzog durch sein gewinnendes und entgegenkommendes Wesen zurückgelassen, äußerte der Zar, als er von der Sendung eines Erzherzogs hörte, er hoffe, es werde dazu Erzherzog Wilhelm auserlesen sein.[1]) Alexander konnte sich nicht enthalten, bei jedem nur möglichen Anlaß seiner Befriedigung darüber Ausdruck zu verleihen, daß der Erzherzog nach Petersburg komme. „Es sind dies," wie unser Gesandter hierzu bemerkt, „von seiten Seiner Majestät des Kaisers Alexander keine gewöhnlichen Phrasen, sondern ich halte diese Freude für eine vollkommen wahre und aufrichtige."[2]) Der Erzherzog erfreute sich auch des herzlichsten Empfanges. Der Zar vermied wohl jedes politische Gespräch mit dem Prinzen, indem er beflissen war, dessen Sendung als eine ausgesprochen persönliche Aufmerksamkeit Franz Josefs I. für sich zu deuten.[3]) Baron Langenau glaubte aber trotzdem dieser einen rein militärischen Charakter besitzenden Mission große politische Wichtigkeit beimessen zu dürfen, überzeugt davon, daß sie wesentlich dazu beitragen werde, die in letzter Zeit durch Andrássys Eingreifen gebesserten Beziehungen neuerdings zu beleben und zu kräftigen.[4]) Hierin täuschte sich auch Langenau nicht. Der Zar wollte denn auch, als Zeichen der Dankbarkeit und Erkenntlichkeit für den Besuch, seinem Gaste die höchste militärische Auszeichnung: den Andreasorden mit Schwertern verleihen — eine Auszeichnung, wie sie in Rußland

---

[1]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 9. Juli/27. Juni 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Idem, Petersburg, 14. Juli/2. Juli 1872. Ibidem.

[3]) Idem, Petersburg, Juni 1872. Ibidem. „. . . comme preuve éclatante de sentiments d'amitié personnelle de la part de notre auguste maître.

[4]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 14./2. Juli 1872. Ibidem.

bis jetzt nur Fürst Barjantinský, der Bezwinger des Kaukasus, besaß.[1])

Jedenfalls war es ein glücklicher Gedanke, durch die Sendung eines Erzherzogs nach Petersburg die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Höfen noch mehr zu vertiefen. Das Ziel, das man sich gesteckt, war nach jeder Hinsicht erreicht. Irrig ist jedoch die Behauptung, der Erzherzog habe die Aufgabe gehabt, die Modalitäten einer Begegnung des Zaren mit Franz Josef I. in Berlin festzustellen.[2]) Als der Erzherzog nach Rußland reiste, war von der „Drei-Kaiser-Entrevue" noch nicht die Rede. Ursprünglich war eine Zwei-Kaiser-Zusammenkunft geplant. Demgemäß sollten sich in Berlin nur Franz Josef I. und Kaiser Wilhelm zu gemeinsamer Aussprache treffen. Das Erscheinen Franz Josefs I. am deutschen Kaiserhofe galt als Erwiderung der letzten Besuche Kaiser Wilhelms in Salzburg und Ischl. Absichtlich hatte man den Zaren ganz außer Spiel lassen wollen, wie es scheint, aus Rücksicht für den Monarchen Oesterreich-Ungarns, von dem man in Berlin annahm, daß ihm ein gleichzeitiger Aufenthalt in der deutschen Hauptstadt mit dem Zaren nicht genehm sein könnte. Allein gegen alle Erwartung ward aus der projektierten Zwei-Kaiser- eine Drei-Kaiser-Zusammenkunft. Louis Schneider, der langjährige Vorleser des Deutschen Kaisers, spricht sich das Verdienst zu, dem Zaren die erste Mitteilung vom Besuche Franz Josefs in Berlin gemacht und ihn zugleich gebeten zu haben, daß er ebenfalls nach Berlin kommen möge. Von Alexander ermächtigt, in wichtigen Momenten direkt ihm schreiben zu dürfen, glaubte jetzt Schneider von dieser Erlaubnis Gebrauch machen zu sollen. Mit Berufung auf die Worte im Testamente König Friedrich Wilhelms III.: „Vor allen Dingen mögen Preußen, Rußland und Oesterreich sich nie voneinander trennen, denn ihr Zusammenhalten ist als der Schlußstein der großen Europäischen Allianz zu betrachten," suchte der kaiserliche Vorleser anfeuernd auf die Entschließung des Zaren einzuwirken. Er sagte Alexander, wohl sei Oesterreich von dem Vermächtnisse Friedrich Wilhelms III. abgegangen und habe sich wiederholt gegen Rußland und Preußen in einer Weise undankbar benommen, daß es seinen beiden früheren Alliierten nicht offen ins Auge zu sehen vermöchte. Dafür

---

[1]) Major Baron Bechtolsheim an Andrássy, Petersburg, 14./2. Juli 1872. Gräfl. Andrássysches Archiv. Baron Bechtolsheim war österreichisch-ungarischer Militärattaché in Petersburg.

[2]) Tatičev, „Imperator Alexander II." (russ.), Bd. II, S. 91.

aber würde die Entrevue der drei Monarchen wie das Déjeuner de rigueur nach einem Duell aufgefaßt werden können.[1]) Die Anrufung des Testamentes Friedrich Wilhelms III. verfehlte auf Alexander nicht seine Wirkung, der für derartige, an sein religiöses Gefühl appellierende Argumente ungemein zugänglich war. Da Gorčakov sich zurzeit auf dem Wege nach der Schweiz befand, scheint er sich ausschließlich mit Graf Peter Šuvalov über den zufassenden Entschluß beraten zu haben, der bei ihm in höchstem Ansehen stand und der für ein freundschaftliches Zusammengehen mit Oesterreich-Ungarn das lebhafteste Interesse an den Tag legte.[2]) Tatsächlich war es Graf Šuvalov, der dem Zaren aufs wärmste die Reise nach Berlin empfahl.[3]) Nun erst fragte er den deutschen Botschafter Fürsten Reuß: „Will man mich in Berlin denn nicht haben?" Reuß hatte nichts Eiligeres zu tun, als diese Worte an seine Regierung zu berichten.[4]) Hierauf erfolgte von Berlin aus am 28. Juli 1872 die förmliche Einladung zur Teilnahme an der Kaiserzusammenkunft.

Sollte vielleicht Fürst Bismarck die Hand des kaiserlichen Vorlesers geführt haben, um durch diesen dem Zaren den Gedanken zur Reise nach Berlin nahezulegen? Und dachte an Aehnliches der zu dieser Zeit von Petersburg abwesende Gorčakov? als er sagte: „Der König von Preußen habe die Anregung zur Entrevue gegeben."[5]) Es dürfte aber keinem Zweifel unterliegen, daß Bismarck nicht mit im Spiel gewesen, sondern die Initiative allein vom Zaren ausging[6]) — sei es infolge des Schneiderschen Briefes

[1]) Louis Schneider, „Aus dem Leben Kaiser Wilhelms", Bd. III, S. 255.

[2]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 30./18. Juli 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern. „... qui (Šuvalov) est en même temps porté pour une bonne entente entre nous et la Russie et qui la croit parfaitement possible."

[3]) Idem ad eundem, Petersburg, 7. August/26. Juli 1872. Ibidem.

[4]) Louis Schneider, a. a. O., III. Band, S. 257.

[5]) Graf Mülinen an Andrássy, Interlaken, 20. August 1872. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[6]) Andrássy an Károlyi, Wien, 29. Juli 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Hier sagt Andrássy ausdrücklich, daß ein Telegramm des Baron Bechtolsheim, des österreichisch-ungarischen Militärattachés, aus Petersburg ihm die Gewißheit verschaffte, die Initiative sei von Alexander II. ausgegangen. Weniger gut war Baron Langenau informiert, als er nach Wien berichtete, der Zar sei vor einiger Zeit durch Fürst Reuß sondiert worden, wie er eine Einladung zur Entrevue aufnehmen würde, daß die Antwort hierauf unbestimmt ausfiel, da Alexander bereits seine Anordnungen für den Sommer getroffen, und sich dieser zur Reise erst dann entschloß, als ihm die positive Aufforderung hierzu gemacht wurde. Langenau, Petersburg, 30./18. Juli 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

oder, wie Langenau meint, als Wirkung des Besuches Erzherzog Wilhelms. Der Deutsche Kaiser selbst erzählte dem gleichzeitig mit ihm in Gastein weilenden Grafen Beust, daß es Alexanders II. Wunsch gewesen, zur Zusammenkunft nach Berlin zu kommen. „Ich glaubte immer," sagte der greise Monarch, „ich wäre aus den Wolken gefallen, als ich die (hierauf bezügliche) Depesche des Prinzen Reuß erhielt." [1]) Es liegt die Vermutung nahe, daß auf den russischen Herrscher auch die Furcht von Einfluß war, als könnten in seiner Abwesenheit zwischen den beiden Monarchen von Oesterreich-Ungarn und Deutschland gegen das Interesse Rußlands gerichtete Verabredungen getroffen werden. Bis in die höchsten Sphären des russischen Hofes hinauf herrschte solche Besorgnis. „Wer weiß," sagte die Großfürstin Marie, Prinzessin von Leuchtenberg, eine Tochter Nikolaus I., zu unserem Gesandten, „ob sich nicht eines Tages die Resultate der Entrevue von Berlin gegen uns kehren werden?" [2]) Wohlweislich hütete sich der Zar, derartige Regungen in seiner Seele merken zu lassen. Vielmehr gab er in einem enthusiastisch gehaltenen Brief der frohen Aussicht Ausdruck, den von ihm hochverehrten kaiserlichen Onkel wieder begrüßen zu können.[3]) Alexander war überhaupt voll Freude über die bevorstehende Entrevue, die, nach ihm, zu einer großen öffentlichen Kundgebung für den Weltfrieden werden sollte.[4]) Zu Erzherzog Wilhelm sagte er jetzt, wie gern er ihn in der deutschen Hauptstadt wieder sehen möchte und mit welchem Vergnügen er daran denke, dort Graf Andrássy kennen zu lernen.[5])

In Berlin selbst herrschte große Verlegenheit darüber, wie man unserem Monarchen die Mitteilung von der gleichzeitigen Anwesenheit des Zaren am kaiserlich deutschen Hofe mundgerecht machen solle. Man besorgte dort, Franz Josef I. könnte glauben, die Begegnung mit dem Zaren sei absichtlich von Berlin aus abgekartet worden und er könnte es übelnehmen, daß ohne sein Wissen und Befragen sich auch Alexander der Entrevue anschließe. Insbesondere war es der Wiener Botschafter General Schweinitz, der

[1]) Beust an Andrássy, Gastein, 29. August (1872). Gräfl. Andrássysches Archiv. — Andrássy an seine Frau, 31. August (1872). Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány.

[2]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 24./12. Juli 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Busch, „Bismarck, some secret pages of his history", Bd. II, S. 217.

[4]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 30./18. Juli 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[5]) Idem ad eundem, Petersburg, 31. Juli 1872. Ibidem.

diese Ansicht vertrat. Er meinte, daß nächst dem Kaiser dieser Zwischenfall auch den Grafen Andrássy höchst peinlich berühren werde, weil dadurch der von ihm ins Auge gefaßte Endzweck vereitelt werde: die intimen Beziehungen zwischen Preußen und Rußland zu schwächen und an deren Stelle eine enge Verbindung mit Oesterreich-Ungarn zu setzen. Ist Schweinitz im Rechte gewesen, als er ein persönliches Unbehagen unseres Monarchen annahm[1]) und als er an ein Durchkreuzen des mit der Entrevue verbundenen politischen Zieles Andrássys dachte?[2]) Möglicherweise war Andrássy die Beteiligung des Zaren an der Berliner Zusammenkunft wirklich nicht erwünscht, offiziell gab er es nicht zu. Wenigstens schrieb er damals an Graf Károlyi: „Ich ersuche Eure Exzellenz, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit auf das bestimmteste hervorzuheben, daß Seine Majestät von dieser freundschaftlichen und entgegenkommenden Entschließung des Kaisers Alexander auf das angenehmste berührt wurde und daß ich sie auch persönlich als neue Bürgschaft des von allen Seiten angestrebten Friedens mit lebhafter Genugtuung begrüße.[3])

Ehe Károlyi in die Lage kam, von diesem Auftrage seines Chefs Gebrauch zu machen, war in Berlin eine Depesche des Generals Schweinitz eingetroffen, in der er auf die Notwendigkeit hinwies, daß Kaiser Franz Josef zuerst durch den Berliner Hof von dem Plane Alexanders verständigt werden müsse.[4]) In Berlin begriff man sofort, wie recht Schweinitz habe und daß man in unserem Monarchen nicht den Gedanken aufkommen lassen dürfe, als hätte man hinter seinem Rücken den Zaren zur Entrevue nach der deutschen Hauptstadt geladen. Niemand anderer als Kaiser Wilhelm, der sich im August zur Kur nach Gastein begeben

---

[1]) Schweinitz an Bülow in Ems, Wien, 24. Juli 1872. Andrássy bemerkte dazu in margine: „O nein!" Auch in späteren Jahren noch hielt Schweinitz fest an der Ansicht, daß Andrássy die Reise Alexanders II. nach Berlin unerwartet kam, er aber trachtete, aus ihr sofort den größtmöglichen Nutzen zu ziehen. Nach Schweinitz war es bis 18. September 1872, also bis knapp vor der Entrevue in Berlin, das Bestreben Andrássys, Deutschland von Rußland abzuziehen, und als er sich schon nahe dem Ziele wähnte, kam ihm ganz unerwartet die unangenehme Nachricht von der Reise des Zaren nach Berlin. Schweinitz, 27. Januar 1876.

[2]) Ibidem. Andrássy machte zu dieser Bemerkung des deutschen Botschafters ein Fragezeichen.

[3]) Graf Andrássy an Graf Károlyi in Berlin. Wien, 29. Juli 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Schweinitz an Bülow in Ems. Wien, 24. Juli 1872.

wollte, war berufen, dem Kaiser reinen Wein einzuschenken. Diese Absicht bewirkte eine Aenderung der bisherigen Reisedispositionen. Mit Rücksicht auf die im September bevorstehende Zusammenkunft hatte Schweinitz bereits in geschickter Weise anzudeuten gehabt, daß sein Herr, den unser Monarch bei der Durchreise in Salzburg zu begrüßen wünschte,[1]) jetzt keine Begegnung erwarte.[2]) Infolge des Telegrammes von Schweinitz hatte aber Wilhelm I. doch das Verlangen, den Kaiser Franz Josef I. zu sehen, um ihn persönlich vom Vorhaben des Zaren zu unterrichten, damit nur ja keine Verstimmung entstehe. Hatte der deutsche Botschafter vorher die Begrüßung verhindern müssen, so sollte er dagegen jetzt eine solche herbeiführen.[3]) Als der Kaiser, der gleichfalls schon seine Verfügungen getroffen, davon hörte, wollte er auch die Ursache der plötzlichen Sinnesänderung Kaiser Wilhelms wissen. Nachdem sie ihm bekannt geworden, ließ der Kaiser eiligst Andrássy von Terebes nach Wien berufen, um dessen Rat zu hören.[4]) In Kenntnis des wahren Grundes, der das Ansinnen Wilhelms I. veranlaßte, hatte Andrássy leichtes Spiel. Er begab sich zu General Schweinitz nach Payerbach bei Wien, um mit ihm die Angelegenheit ins reine zu bringen. Da Andrássy sowohl durch Langenau als auch durch Bechtolsheim vom Entschlusse des Zaren benachrichtigt worden, vermochte er ohne viel Umschweife auf sein Ziel loszugehen. Er sagte dem deutschen Botschafter, der Kaiser sehe die Begegnung mit Alexander II. in Berlin sehr gerne,[5]) womit Andrássy nur das bestätigte, wozu er, wie bereits erwähnt, auch Károlyi ermächtigt hatte. Kaiser Wilhelm dürfte es nicht unangenehm gewesen sein, der Mission überhoben zu sein, den Kaiser Franz Josef von der Reise Alexanders benachrichtigen zu müssen. Er wäre übrigens gar nicht mehr in die Lage gekommen, dies persönlich zu tun, da bereits vorher bestimmt worden, daß eine Begegnung mit dem Kaiserpaar erst auf der Rückreise von Gastein in Ischl stattfinden solle.[6]) Sie unterblieb gänzlich infolge starker rheumatischer Fußschmerzen

---

[1]) Schweinitz, 11. Juli 1872.

[2]) Bülow an Schweinitz, Ems, 12. Juli 1872. Idem an Thiele, Ems, 12. Juli 1872.

[3]) Bülow an Schweinitz, Ems, 25. Juli 1872.

[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 26. Juli 1872 (ung.) — Baron Hofmann an Andrássy, Wien, 25. Juli 1872. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[5]) Tagebuch Baron Orczys, 28. Juli 1872 (ung.).

[6]) Nach einer Randbemerkung Kaiser Wilhelms zu einem Berichte des Generals Schweinitz an Bülow. Ohne Datum.

des Kaisers Wilhelm, die diesen nötigten, direkt nach Berlin zurückzureisen.[1])

Die ersten Nachrichten, die über die Entrevue in die Oeffentlichkeit drangen, erregten naturgemäß das größte Aufsehen. Die verschiedensten Gerüchte flatterten darüber auf: je nach der Parteistellung fanden Hoffnungen und Befürchtungen Ausdruck in ihnen. Die einen schreckte der Gedanke an die Wiederbelebung der heiligen Allianz, als Verkörperung des ausgesprochensten Rückschrittes. Eine solche Annahme war ganz widersinnig, da sowohl dem Fürsten Bismarck als auch Andrássy derartige Tendenzen vollkommen fremd waren. In wahren Uebertreibungen ergingen sich die Franzosen, die über die Drei-Kaiser-Entrevue die unglaublichsten Dinge zu berichten wußten. Die Anhänger des Herzogs von Bordeaux versuchten mit allem Ernst darzutun, wie die drei Kaiser vor Sehnsucht vergehen, Frankreich in ihren Bund aufzunehmen, diesem vielleicht das Präsidium zu übertragen, was vorläufig nur deswegen nicht möglich sei, weil der Herzog von Bordeaux sich noch weigere, den Thron Frankreichs als Henry V. zu besteigen. Die Thiers nahestehenden Blätter dagegen versicherten, die Monarchenbegegnung bedeute eine gemeinsame Reverenz vor der Weisheit des gegenwärtigen Präsidenten der Republik. Eine französische Zeitung tischte sogar ihren Lesern die Fabel auf, die Zusammenkunft verfolge nur den Zweck, der Einverleibung von Elsaß-Lothringen in Deutschland die Sanktion der Drei-Kaisermächte zu verleihen. Auf der richtigen Fährte waren diejenigen, die in der Teilnahme Alexanders an der Entrevue eine entschiedene Abkehr vom Panslawismus erblickten, den man so lange am russischen Hofe mit geradezu zärtlicher Liebe gehegt und gepflegt hatte. Die Moskausche oder altrussische Partei war freilich von der Reise des Herrschers aller Reußen gar nicht erbaut. Schwebte ihr doch als Ideal die in den „Politischen Briefen“ Pogodins niedergelegte Doktrin vor, wonach Rußland die Vormacht eines slawischen Bundes sein solle, sich der Dardanellen und des Sundes bemächtige, sowie auch die Polen versöhne, damit in der slawischen Vereinigung kein einziges Glied fehle. Diese Partei, die ihren Mißmut gar nicht zu verhehlen trachtete, fand tatkräftige Unterstützung bei mächtigen Männern, zu denen insbesondere der Kriegsminister Milutin gehörte. Ihnen schlossen sich die vornehmsten Frauen des Hofes an, wie die Großfürstin

---

[1]) Bülow an das Berliner Auswärtige Amt, Gastein, 26. August 1872.

Konstantin, eine Schwester der entthronten Königin von Hannover, und die Gemahlin des Thronfolgers, die, als geborene dänische Prinzessin, vollends ihrem Haß gegen Preußen frei die Zügel schießen ließ.[1]) Bei ihrem großen Einfluß auf den Erben des Thrones, mit dem sie in glücklichster Ehe lebte, war es begreiflich, daß sie auf ihn einen Teil ihres flammenden Grolles gegen Preußen übertrug. Seine Hinneigung zum Panslawismus, für den ihn auch einer seiner Adjudanten namens Koslov gewonnen hatte, wurde wohl von einer dem Zessarewitsch sehr nahestehenden Person, dem Grafen Voroncov-Daškov, bestritten. Auf unseren Gesandten, der ihn allerdings nur selten zu sehen bekam, machte der Thronfolger nur den Eindruck eines sehr freundlichen, wohlwollenden Herrn, der ihm eher gemessen, ruhig und phlegmatisch, denn leidenschaftlich und zur Aktion geneigt erschien.[2])

Gleich den russischen Panslawisten berührte die Berliner Entrevue auch die Führer der slawischen Bewegung in Oesterreich-Ungarn sehr peinlich. Die südslawische Agitation, die unter Leitung des Dr. Miletics ihren Mittelpunkt in Neusatz hatte, fühlte es deutlich, daß eine Wendung in ihrem Schicksale eingetreten sei. Von dem Zaren, der jetzt nach der deutschen Hauptstadt reiste, war keine ausgiebige Hilfe mehr zu erwarten.[3]) Um so kühner erhob unter dem Eindrucke der Entrevue die liberale Verfassungspartei in Oesterreich ihr Haupt. Sie war entschlossen, den Slawen jetzt fest entgegenzutreten und, wie es hieß, auch den Polen in der nächsten Reichsratsperiode alle ihnen bereits bewilligten Zugeständnisse wieder zu entreißen. Die österreichischen Polen hatten den günstigen Moment zur Verwirklichung der meisten Punkte ihrer Resolution verpaßt.[4]) Nunmehr gab es infolge der Entente der drei Kaisermächte, unter die das ehemalige Polen aufgeteilt worden, eigentlich keine polnische Frage mehr. Die Polen konnten nicht mehr hoffen, daß man ihnen schmeicheln und sie nach jeder Hinsicht begünstigen werde, um sie noch weiterhin als Mauerbrecher gegen Rußland zu gebrauchen.

Wie den Slawen überhaupt, war auch den Wiener Russen-

---

[1]) Langenau an Andrássy, 24./12. Juli 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Langenau an Andrássy. Ohne Datum; präsentiert den 23. August 1872. Ibidem.

[3]) Schweinitz, Wien, 23. August 1872.

[4]) Ibidem.

freunden, wenngleich aus ganz anderen Beweggründen, die Berliner Entrevue ein Greuel. Nicht gerne sahen sie es, daß Franz Josef, den Intentionen Andrássys folgend, sich zur Drei-Kaiser-Zusammenkunft nach der deutschen Hauptstadt verfügte. Eine Begegnung mit dem Zaren allein hätte schon ihren Wünschen entsprochen, weniger die mit dem Deutschen Kaiser. An der Spitze dieser Partei, die von jeher für die Freundschaft mit Rußland schwärmte, stand Erzherzog Albrecht, der Führer der Armee. In loyaler Weise setzte er in einer eigenhändig verfaßten Denkschrift dem Minister des Aeußern seine Bedenken gegen die Fahrt nach Berlin auseinander. Der Erzherzog erinnerte den Grafen Andrássy daran, wie 1863 die damalige kaiserliche Diplomatie von Bismarck geprellt wurde, der es erreichte, daß die Monarchie, als sie drei Jahre später zum Kriege gezwungen war, nirgends Unterstützung fand und planmäßig aus Deutschland und Italien „hinausgeworfen" wurde. Er rief dem Minister die Tatsache ins Gedächtnis, daß Bismarck 1866 Napoleon III. als geschicktes Werkzeug benutzte, um Oesterreich „perfide" Ratschläge zu erteilen, die ihm dann freilich selbst sein Grab gruben und Preußen, das er zu Falle zu bringen gedachte, zum fast allein herrschenden Machthaber in Europa erhoben. Nach der Anschauung des Erzherzogs war all dies nur möglich gewesen, weil es Bismarck, im Widerspruch zu den Gesinnungen des russischen Hofes und Volkes, gelang, den Zaren durch das Schreckgespenst der Revolution in Oesterreich und Frankreich für sich zu gewinnen. „Sollen wir jetzt" — schreibt der Erzherzog an Andrássy — „den Fehler von 1863 wiederholen, abermals Bismarck aufsitzen? Jetzt braucht er freilich für mehrere Jahre Ruhe und sucht uns daher von einem Bruche mit Rußland zurückzuhalten, aber nur um uns dann als seinen Vasallen gegen selbes loszulassen. Dies würde um so mehr unsern völligen Ruin zur Folge haben, als die russische Regierung, wenn in die Enge getrieben, sich wahrscheinlich mit dem Panslawismus verbünden würde, der noch weit mehr unser als ihr Todfeind ist." Der erzherzogliche Verfasser der Denkschrift vertrat den Standpunkt der Freundschaft mit Rußland, mit dem wir uns, wie er sagt, seit 1854 vorläufig verfeindeten. Ihn leitete hierbei auch die Rücksicht auf die große Frage der Zukunft: die Entscheidung über das Schicksal des Orientes. Als Freunde des russischen Reiches, meinte Erzherzog Albrecht, könnten wir uns leicht mit diesem über den Orient verständigen; bleiben wir jedoch neutral, so läge es in unserer Hand, beim Beginn des unvermeidlichen Zwistes zwischen Berlin

und Petersburg die Lösung der Frage zum Preise unseres Bündnisses zu machen. Nur eines mag der Erzherzog nicht, daß wir als Gegner Rußlands erscheinen, weil wir dann, wie er überzeugt ist, alle Süd- und die meisten Nordslawen zu unseren erbitterten Feinden haben würden. Wie immer er die politische Lage erwog, unerschütterlich blieb in ihm die Sorge vor der hinterhältigen diplomatischen Kunst des deutschen Kanzlers. Von der Voraussetzung ausgehend, als hätte der Begründer des neuen deutschen Kaiserreiches den Zaren nach Berlin geladen, faßt er sein Mißtrauen gegen den deutschen Staatsmann in die Worte: „Wer weiß endlich, ob Bismarck die Zusammenkunft der Kaiser von Oesterreich und Rußland unter seiner Aegide und seinen Augen nicht poussierte, damit selbe, mit Rücksicht auf den Umschwung der Geister in Rußland, nicht demnächst ohne ihn stattfände und zu einer direkten Verständigung beider Regierungen über alle möglichen Streitpunkte führen könnte? Es sehe dies diesem weitblickenden, geriebenen Staatsmann zu ähnlich, um es nicht vorauszusehen.“ [1])

Erzherzog Albrecht war ein ausgezeichneter Feldherr, der sich als Sieger von Custozza einen unvergänglichen Namen in der Kriegsgeschichte aller Zeiten erworben. Als Politiker lebte und webte er jedoch in Ideen, die nicht zu der von ihm aufrichtig gewünschten Größe Oesterreich-Ungarns geführt hätten. Nachdem die Allianz mit Frankreich, die er vereint mit Beust befürwortet, bei Sedan in Trümmer geschlagen worden, blieb in den Augen des Erzherzogs nur noch die Freundschaft mit Rußland als Hort der Zukunft. Die Verwirklichung dieses Bundes mit der gegen Preußen gerichteten Spitze[2]) erwartete er von Graf Andrássy, dem er bei solchem Vorgehen ein glänzendes Horoskop stellte. „Fürst Metternich, Kaiser Nikolaus, Cavour, Napoleon III., Bismarck,“ sagte er ihm, „folgten sich als leitender Staatsmann des Kontinentes. Wer ist der nächste? Die Chancen wären für einen

---

[1]) Denkschrift des Erzherzogs Albrecht, 25. August 1872. Gräfl. Andrássysches Archiv. Die Denkschrift ist ganz von der Hand des Erzherzogs geschrieben, aber nicht von ihm unterfertigt. Wahrscheinlich hat er sie, wie dies seine Gewohnheit war, in Begleitung eines Briefes an den Grafen Andrássy gesandt. Der Brief ist nicht vorhanden.

[2]) Graf Andrássy an seine Frau, Wien, 31. August (1872). Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány. „Denken Sie nur, Erzherzog Albrecht hat es sich jetzt in den Kopf gesetzt, daß wir uns in Berlin mit dem russischen Zaren gegen Preußen verbinden müssen.“ (ung.)

Minister des Kaisers."[1]) Graf Andrássy hatte aber mehr Vertrauen zu Bismarcks politischer Einsicht; es dünkte ihn daher ersprießlicher, sich mit Deutschland zu vereinen, woran sich ein gutes Einvernehmen mit Rußland reihen könne. Ein Bund mit dem Zarenreiche, der nicht nur den Ausschluß, sondern auch die Zertrümmerung des eben neu erstandenen Deutschen Reiches zur Voraussetzung hätte, schien ihm gegen die wahren Lebensinteressen der Monarchie zu verstoßen. Die Zukunft lehrte, wie recht er getan, nicht auf die Mahnung des Erzherzogs zu hören, und daß er seine Bedeutung als leitender Minister nicht mit den Mitteln begründete, die ihm der Sieger von Custozza anriet. Graf Andrássy überlegte auch nicht lange, was er gegenüber der Zumutung Erherzogs Albrecht zu tun habe. Nach der ihm eigenen Gewohnheit, wie er selbst sagt, stets den geraden Weg zu nehmen, wandte er sich direkt an den Herrscher mit der Frage, ob er seine oder des Erzherzogs Ansichten teile. Der Minister des Aeußern fand für seine Auffassung der Lage die nötige Unterstützung beim Monarchen, der Erzherzog Albrecht wohl als vorzüglichen Soldaten schätzte, diesem jedoch auf seine politischen Entschlüsse nicht den geringsten Einfluß gestattete. Die Antwort des Kaisers lautete kurz und bündig: er billige vollkommen die Politik seines Ratgebers, ohne sich weiter um die Ansichten des Erzherzogs zu bekümmern.[2]) Die Entscheidung des Monarchen ist um so höher anzuschlagen, als man ihn fortwährend mit dem Gespenste zu ängstigen suchte, Preußen werde eines Tages, falls der Bund mit Rußland nicht zustande käme, dem Zaren die Aufteilung Oesterreich-Ungarns anbieten, um die Herrschaft beider Reiche bis ans Adriatische Meer auszudehnen — als gefährlichste Bedrohung ganz Europas.[3]) Es bildet einen Ruhmestitel Franz Josefs I., daß er ungeachtet aller entgegengesetzten Einflüsterungen so vollkommen mit der Vergangenheit brach und mit bewundernswerter Ueberwindung seiner persönlichen Gefühle, dem Rate seines Ministers des Aeußern folgte, der die Sicherung des Bestandes der Monarchie gegenüber allen Gefahren nur allein in inniger Gemeinschaft mit Deutschland erblickte. Man kann es nicht hoch

---

[1]) Denkschrift des Erzherzogs Albrecht, 25. August 1872. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Andrássy an seine Frau, Wien, 31. August 1872. Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány.

[3]) Denkschrift für den Kaiser, ohne Unterschrift und ohne Datum. Gräfl. Andrássysches Archiv.

genug anschlagen, daß der Kaiser den Stimmen kein Gehör schenkte, die ihn an seiner verwundbarsten Stelle zu fassen trachteten, und er sich entschloß, in Begleitung des Grafen Andrássy in der Residenz des Siegers von 1866 zu erscheinen.

* * *

Die welthistorische Wichtigkeit der Entrevue erhielt sofort ihren sichtbaren Ausdruck darin, daß in Berlin sich nicht bloß die drei Monarchen von Oesterreich-Ungarn, Rußland und Deutschland begegneten, sondern daß auch deren Minister des Aeußern sich dort trafen. Wenn auch Alexander II. seine Teilnahme an der Zusammenkunft kundgegeben, ohne vorerst seinen Kanzler zu befragen, so wußten Bismarck und Andrássy nur zu gut, die Entrevue würde in ihren Folgen bedroht sein, falls zu derselben nicht auch Gorčakov erschiene. Der größte Fehler wäre es gewesen, den überaus eitlen russischen Staatsmann nicht besonders dazu einzuladen. Bismarck hatte schon vorher Gorčakovs Eigenliebe geschmeichelt, als er ihm während dessen früherer Anwesenheit in Berlin sagte, wie bedauerlich es gewesen, daß ihn seine Gesundheit hinderte, im Sommer 1871 nach Salzburg zu kommen. Gewiß, meinte der deutsche Kanzler, hätten die Beratungen der beiden Monarchen (Kaiser Wilhelms und Franz Josefs) und ihrer Minister nur an Wichtigkeit gewonnen durch die Mitwirkung eines so erleuchteten Staatsmannes, dessen Rußland sich rühmen dürfe.[1]) Am 15. August wies Andrássy Graf Mülinen an, dem in der Schweiz weilenden Gorčakov die Aufforderung zu überbringen, nach Berlin zu kommen. Als Mülinen im Auftrage seines Chefs bemerkte, es sei nicht zu zweifeln, daß unter der Ministerschaft Gorčakovs und Andrássys die Vergangenheit in Berlin zu einem Abschluß gelange und einer neuen Aera des Friedens und guten Einvernehmens zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland Platz mache, nickte der russische Staatsmann zustimmend. Dann sagte er: „Nach allem, was ich über Graf Andrássy höre, besteht zwischen unseren Charakteren eine große Aehnlichkeit. Beide wollen wir Taten und keine Phrasen. Wohlan, wir werden trachten, Taten zu schaffen und irgend etwas Zufriedenstellendes zu begründen.“[2])

---

[1]) Franckenstein, Petersburg, 24./12. November 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Diese Mitteilung machte Prinz Reuß selbst dem Franckenstein.

[2]) Graf Mülinen an Graf Andrássy, Interlaken, 20. August 1872. Gräfl. Andrássysches Archiv.

Es bedurfte aber gar nicht erst der Taten. Die Möglichkeit der Entrevue der drei mächtigsten Herrscher Europas war an und für sich schon eine große Tat, die sich in dem Bestreben nach Sicherung des Weltfriedens manifestierte. Sie brauchte nicht erst in Verträge gefaßt zu werden, wie denn auch wirklich nichts Schriftliches über diese Vereinigung der drei Monarchen aufgesetzt wurde.[1]) Absichtlich vermied man sogar, wie es scheint, die Abhaltung gemeinsamer Konferenzen zwischen den drei anwesenden Ministern des Aeußern. Die Beratungen wurden stets nur zu zweien gepflogen; sie hatten die Wahrung des Friedens auf der Basis des Statusquo zum Gegenstande. Wenn man den Worten Gorčakovs Glauben schenken darf — und sie entsprechen der Sachlage — so kam der russische Kanzler mit Graf Andrássy darin überein, daß die Erhaltung der Türkei ein gemeinsames Interesse bilde. Sollte jedoch deren Entwicklung eine andere Wendung nehmen, so sei sie ihrem Schicksal zu überlassen. Einig waren die beiden Staatsmänner auch darin, daß kein Staat sich in das Verhältnis des Osmanischen Reiches zu seinen christlichen Untertanen einmenge. Erheben sie sich jedoch gegen die Türkei, so dürfe dieser keine Hilfe geleistet werden. Gorčakov glaubte sich berechtigt, dem Zaren zu melden, zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland sei jeder Anlaß zu Unfrieden beseitigt.[2]) Der Grund zu dieser freundschaftlichen Aussprache war durch die ehrliche Vermittlung Bismarcks gelegt worden. Nichts lag ihm ferner, als die österreichisch-ungarische Monarchie in Berlin in Form einer Allianz zur Heeresfolge bei jedem Unternehmen Rußlands im Orient zu verpflichten, um dies Reich dadurch noch fester an Deutschland zu ketten. War doch, wie wir gesehen, von Haus aus überhaupt keine Entrevue zu dreien beabsichtigt worden, womit es ausgeschlossen erscheint, daß Bismarck an die Zusammenkunft der Monarchen von Oesterreich-Ungarn und Deutschland mit solchen Plänen schritt. Er kannte überdies zu genau die Denkungsart Andrássys, um es nur für möglich halten zu können, mit derartigen Zumutungen an ihn heranzutreten. Der deutsche Kanzler wußte sehr

---

[1]) Andrássy sagte in seinem im Finanzausschuß der österreichischen Delegation vom 25. September 1872 gehaltenen Exposé, daß es überhaupt nicht in der Absicht der Berliner Entrevue lag, politische Abmachungen zu treffen. Siehe die Aeußerung Gorčakovs bei: „Marie von Mouchanoff-Kalergis in Briefen an ihre Tochter", herausgegeben von La Mara, S. 293; desgleichen: Gorjainov, „Le Bosphore et les Dardanelles", S. 307.

[2]) Gorjainov, „Le Bosphore et les Dardanelles", S. 307.

wohl, daß Andrássy ein entschiedener Gegner von Uebergriffen Rußlands gegenüber der Türkei sei, und da hätte er darauf rechnen sollen, unser Minister des Aeußern werde die Hand bieten, dem Rivalen im Orient zur Vergrößerung seiner Macht zu verhelfen? Bismarck müßte eine äußerst geringschätzige Meinung von Andrássy gehabt haben, wie es in Wirklichkeit nicht der Fall war, um im Ernste einen solch abenteuerlichen Plan auszuhecken. Da der deutsche Kanzler seine Zeit nie an unausführbare Ideen vergeudete, hat er sich auch gewiß nicht mit dem Vorschlage eines militärischen Abkommens befaßt, durch das Oesterreich-Ungarn zum Vasallen Rußlands im Orient erniedrigt werden sollte. Andrássy brauchte nicht erst die Partie gegen Bismarck zu gewinnen,[1]) weil eine solche gar nicht zwischen den beiden Staatsmännern gespielt wurde. Wie dankbar auch Bismarck Rußland für dessen Haltung im Jahre 1870 sein mochte, so konnte und durfte es ihm doch nie in den Sinn kommen, den Zaren auf Kosten unserer Monarchie im Orient zu stärken. Er hatte nur dazu mitgeholfen, was von Anfang an sein Ziel gewesen, daß der seit 1854 bestehende tiefe Zwist in eine versöhnliche Auseinandersetzung ausklänge. Das geschah nun unter Mitwirkung eines Ministers, den man allerorten als einen wütenden Russenhasser verschrien hatte. Wohl wollte Ignatjev nicht an die Ehrlichkeit Andrássys glauben, dem er die Absicht unterschob, jetzt Freundschaft zu heucheln, um Zeit für einen späteren kräftigeren Schlag gegen Rußland zu gewinnen. Selbst der Wiener russische Gesandte Novikov neigte noch der sonderbaren Annahme zu, unser Minister habe seine Absicht der Erwerbung der Donaufürstentümer für Ungarn — sei es in Form einer endgültigen Einverleibung oder in der einer Personalunion — noch nicht aufgegeben. Da aber, wie Novikov meint, Andrássy ein honetter Mann sei, der einsehe, daß er keinen Krieg gegen Rußland führen könne, so wünsche er aufrichtig einen guten und loyalen Frieden.[2]) Der russische Gesandte gab sich einer argen Täuschung hin, wenn er Andrássys Entgegenkommen nur aus der angeblichen Ohnmacht unserer Monarchie ableitete. Ein gutes Verhältnis zu Rußland bildete einen wesentlichen Punkt im Programm Andrássys — immer jedoch unter der Voraussetzung, daß dadurch in keiner Weise die Freundschaft mit Deutsch-

---

[1]) Ludwig Dóczy, „Andrássy und Bismarck", im Morgenblatt der „Neuen Freien Presse" vom 25. November 1906.

[2]) Gorjainov, a. a. O. S. 307.

land Schaden leide, deren Erhaltung ihm als vornehmstes Ziel seiner Politik vorschwebte. Und hier ereignete sich das Merkwürdige, worauf eigentlich niemand gefaßt war, daß Gorčakov den ganzen Haß, den er bisher gegen Oesterreich-Ungarn in seiner Brust genährt, auf die Person Bismarcks übertrug, auf den Mann, der all sein Mühen daran gesetzt, zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland leidliche Beziehungen herzustellen. Schon seit längerer Zeit neidete der russische Kanzler Bismarck seine Größe und mit ihm die Deutschlands. Wenn er auch die Machtentfaltung des neuerstandenen deutschen Kaiserreiches nicht zu hindern vermochte, so wollte er doch zu fühlen geben, Rußland werde eine weitere Demütigung Frankreichs nicht mehr dulden, und daß Deutschland in einem solchen Falle nicht wieder auf die Neutralität des russischen Reiches zählen könne. Hierin befand er sich in vollem Einklang mit seinem Herrscher. Hatte Alexander den Entschluß zur Berliner Reise gefaßt, ohne dem hierüber sehr betroffenen französischen Botschafter General Le Flô auch nur die geringste Andeutung zu machen, so fiel doch jetzt wie aus Gorčakovs, so auch aus des Zaren Munde das gewichtige, eine merkliche Drohung enthaltende Wort: „Europa bedarf eines starken Frankreich."[1]) Das war es nicht, was Bismarck von der Entrevue erwartet hatte — im Gegenteil. Man wird es begreiflich finden, daß die Haltung des Zaren und seines ersten Ministers Bismarck verstimmte.[2]) So ward bereits zur Zeit der Berliner Entrevue der Grund zur später sich so auffällig steigernden Entfremdung zwischen dem deutschen und russischen Kanzler gelegt.

Vorläufig einte noch das gemeinsame Friedensbedürfnis die beiden Staatsmänner, nicht minder die Notwendigkeit, die Throne und das monarchische Prinzip gegen den Ansturm der „Internationale" zu schützen. Die Unterdrückung der seit 1864 organisierten „Internationale", als deren Ideal die Schaffung der sozialen Republik erschien, bildete vor allem das erstrebenswerte Ziel Bismarcks.[3]) Schon im Sommer 1871 hatte er in Gastein den Grafen Beust für eine gemeinsame Aktion gegen die revolutionäre Association gewonnen.[4]) Ebenso wollte Gorčakov, der nichts mehr als ein „Verpflanzen" der sozialen Lehren der „Internationale" auf

---

[1]) Vicomte de Gontaut-Biron, „L'ambassade en Allemagne", Bd. I, S. 174.

[2]) Ibidem 168, 178.

[3]) Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen", Bd. II, S. 230.

[4]) Schäffle, „Aus meinem Leben", Bd. II, S. 229. — Eduard von Wertheimer, „Zur Geschichte der ‚Internationale'" im „Pester Lloyd", 26. August 1908.

russischen Boden fürchtete, sie mit Feuer und Flamme ausrotten.[1]) Gleich Bismarck und Gorčakov verschloß sich auch Andrássy nicht der Erkenntnis, daß gemeinsame energische Maßregeln gegen die „antisociale Ligue“ mit ihren für alle Staaten gefährlichen Tendenzen ergriffen werden müßten.[2]) Hierin wurde er durch die veröffentlichten Statuten des Generalrates der „Internationale“ bestärkt. Der Krieg gegen diese war, nach dem Ausspruche Kaiser Wilhelms, der einzige Krieg, den man noch in Europa führen dürfte.[3]) Und wenn allem Anschein nach es auch in dieser Hinsicht zu keinen schriftlichen Abmachungen in Berlin kam, so wurde jedenfalls in mündlichen Gesprächen ein gleichmäßiges, einheitliches Verfahren gegen jene Verbindung verabredet, die die auf monarchischer Grundlage ruhende Gesellschaft in die Luft sprengen wollte.

* * *

Das Endresultat der Entrevue, von der Kaiser Alexander kurz vor seiner Abreise nach Berlin bemerkte, er hoffe, es werde sich als heilsam für alle Elemente der Ordnung erweisen,[4]) scheint Bismarck am wenigsten befriedigt zu haben. Wohl konnte er voll Stolz auf den Triumph blicken, daß Berlin in seinen Mauern die drei mächtigsten Monarchen beherbergte und die Blicke ganz Europas voll Spannung und Erwartung auf die Vorgänge in der deutschen Hauptstadt gerichtet waren. Dagegen dürfte es ihm nicht gelungen sein, wie es zweifellos seine Absicht gewesen, die drei Mächte zu einer einheitlichen Haltung gegenüber Frankreich zu veranlassen. Das von Rußland gebrauchte Wort: „Europa bedarf eines starken Frankreich“ mag ihm sehr unangenehm in die Ohren geklungen haben als Beweis dafür, daß er in einem möglichen neuen Waffengang mit dem französischen Volke nicht mehr auf die volle Passivität des russischen Kabinetts zählen könne. Sein Verhältnis zu den Russen war in den Tagen von Berlin eher gelockert als fester gekittet worden. Um so befriedigter kehrten die Russen von ihrem Verkehre mit unserem Monarchen und dessen Minister heim. Kaiser Alexander konnte nicht genug die offene, loyale Sprache Andrássys rühmen; alle gegen ihn seitdem vorgebrachten Verdächtigungen vermochten nicht das Vertrauen

---

[1]) Langenau an Andrássy, 23. März 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Andrássy an Langenau, Ofen, 11. April 1872. Ibidem.

[3]) Gontaut-Biron, „L'ambassade“, Bd. I, S. 166.

[4]) Gorjainov, a. a. O., S. 306.

des Zaren zu ihm zu erschüttern.[1]) Die beiden Mitarbeiter Gorčakovs, Baron Jomini und Hamburger, erklärten Baron Langenau, daß mit solchen Dispositionen, wie sie Graf Andrássy in Berlin an den Tag gelegt, bei einigem guten Willen Hoffnung vorhanden sei, etwaige Verwicklungen im Orient zu verhindern, zumal sowohl Rußland als auch Oesterreich-Ungarn dort die Erhaltung des Statusquo wünschen.[2]) Noch lobender als Jomini und Hamburger äußerte sich Gorčakov selbst über Andrássy. Einer vornehmen Dame seines Kreises gegenüber bemerkte er: „Werden Sie mich geckenhaft finden, wenn ich Ihnen sage, es scheint mir, als würde ich in ihm mein eigenes Bild im Spiegel der Jugend aufleben sehen? Solange der Kaiser von Oesterreich ihn an seinem Platze läßt, sind wir des Friedens sicher.“[3]) Dem gleichen Gedankengang folgte Gorčakov im Gespräch mit dem österreichisch-ungarischen Militärbevollmächtigten Oberstleutnant Baron Bechtolsheim. Anspielend auf den in konstitutionellen Ländern häufig vorkommenden Ministerwechsel, meinte der russische Staatskanzler, er würde es tief bedauern, falls vielleicht auch Andrássy als Opfer einer ministeriellen Umwälzung genötigt wäre, seinen Platz zu verlassen. „Wir müßten dann stutzig werden,“ fügte er bedeutungsvoll hinzu. Und da ereignete sich das Sonderbare, daß der Minister eines autokratisch regierten Staates seiner Besorgnis darüber Ausdruck gab, daß bei einer Aenderung des herrschenden Systems in der Monarchie ein der konservativen Richtung angehöriger Staatsmann ans Ruder gelange. Von einem solchen Wechsel befürchtete er, daß der neue Minister auf das freundschaftliche Verhältnis zu Rußland, Deutschland und Italien weniger Wert legen würde als die jetzigen Machthaber, wodurch das soeben gestärkte Vertrauen zum Weltfrieden erschüttert werden müßte. Aus der ganzen Unterredung mit Gorčakov gewann Baron Langenau den Eindruck des in Rußland immer lebhafter hervortretenden Wunsches, „daß Eure Exzellenz,“ wie der Gesandte an Andrássy schreibt, „noch recht lange zum Wohle von Oesterreich-Ungarn und im Interesse der

---

[1]) Langenau an Andrássy, 11. Dezember/29. November 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern. So äußerte sich Graf Šuvalov, der im Gefolge des Kaisers Alexander in Berlin gewesen, zu unserem Militärbevollmächtigten Oberstleutnant Baron Bechtolsheim.

[2]) Idem ad eundem, 26./14. September 1872. Ibidem. Baron Jomini und Hamburger befanden sich gleichfalls zur Zeit der Entrevue in Berlin.

[3]) „Marie von Mouchanoff-Kalergis in Briefen an ihre Tochter“, herausgegeben von La Mara 1907, S. 293.

Erhaltung des europäischen Friedens an der Spitze der Geschäfte bleiben möchten".[1])

Sehr zufrieden, wie er es in Wirklichkeit war,[2]) konnte auch Franz Josef I. die Heimreise antreten. Alle Mutmaßungen, er werde, erdrückt durch die Persönlichkeit Alexanders, gegenüber Kaiser Wilhelm, der Armee und dem Berliner Publikum in den Hintergrund treten müssen,[3]) hatten sich als vollkommen unstichhaltig erwiesen. Vielmehr war das Gegenteil eingetreten. Zum Verdrusse der Russen hatte nicht Alexander den Gegenstand allgemeiner Aufmerksamkeit und enthusiastischer Begrüßung in der deutschen Hauptstadt gebildet,[4]) sondern Franz Josef I., der sich durch sein chevalereskes, liebenswürdiges Wesen wie im Fluge die Herzen eroberte. Aber auch von dem politischen Erfolg der Entrevue durfte der Monarch befriedigt sein. Nach beiden Seiten hin, nach Rußland und Deutschland, war für Oesterreich-Ungarn ein Zustand des Friedens und der Freundschaft geschaffen worden. Endlich befand sich die Leitung der auswärtigen Geschäfte der Monarchie in den Händen eines Ministers, der zielbewußt und mit einem festen Programm, ohne Zaudern und Schwanken, nicht nur den Frieden sicherte, sondern auch Oesterreich-Ungarn zu einem gesuchten Bundesgenossen machte. Es mag den Kaiser ganz merkwürdig berührt haben, als ihm Bismarck sagte, er gratuliere zu diesem Ratgeber, der offen, ehrlich und entschlossen sei und mit dem es sich gut gehen lasse.[5]) Andrássy stand gefestigt im Vertrauen des Herrschers, dem man die Reise nach Berlin durch die Vorstellung zu verleiden gesucht, daß er sich damit zum Vasallen Preußens erniedrige, ohne durch solch einen Akt der Demütigung mehr als eine kurze Frist bis zur Aufteilung seiner Staaten erkauft zu haben. Wie Schaum zerflossen jetzt alle Gerüchte, die immer wieder von der erschütterten Stellung des Ministers des Aeußern zu erzählen wußten. Der große Erfolg der Berliner Entrevue, von der er selbst äußerte, daß sie berufen sei, den europäischen Frieden zu stärken,[6]) machte die Feinde Andrássys

---

[1]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 23. November 1872.

[2]) Tagebuch des Baron Orczy, 12. September 1872.

[3]) Schweinitz an Bülow in Ems, Wien, 24. Juli 1872.

[4]) Gontaut-Biron, „L'ambassade", Bd. I, S. 176.

[5]) Baron Orczy an seine Mutter, 13. September 1872.

[6]) Rede Andrássys in der Delegationssitzung des österreichischen Reichsrates vom 10. Oktober 1872. „Stenographische Sitzungsprotokolle des österreichischen Reichsrates", 1872, S. 125.

verstummen. Unter dem mächtigen Eindruck dieses Ereignisses waren endlich diejenigen zum Schweigen verurteilt, die Andrássy die Fähigkeit zur Leitung der äußeren Geschicke der Monarchie abgesprochen hatten.

Auch die Programmrede, die er am 25. September 1872 im Finanzausschuß der österreichischen Delegation hielt, war gewiß geeignet, die günstigste Meinung von der staatsmännischen Art zu erwecken, mit der Andrássy seine Mission erfaßte und durchführte. Eine vortreffliche Meinung mußte es erwecken, daß er sich, wie in seinem Rundschreiben vom November 1871, auch jetzt der Delegation als wachsamer Wächter des Friedens vorstellte. Im Gegensatz zur Beustschen Formel der Politik von der „freien Hand" nannte er sein eigenes System die Politik mit „gebundener Marschroute", die ihn verpflichte, mit allen Staaten, besonders den Nachbarn, die besten Beziehungen zu pflegen, worunter er aber keine „Politik der Ohnmacht" verstanden wissen wollte.[1]) Und vom Delegierten Giskra befragt, worin die eigentliche Aufgabe unserer Staatskunst bestehe, bezeichnete Andrássy mit folgenden Worten, was ihm als des höchsten Ehrgeizes eines Ministers des Aeußern würdig erscheine: „Die möglichen Zielpunkte der Politik Oesterreich-Ungarns seien, dem Staate sagen zu können, die Opfer, die man von dir verlangt, sollen den Frieden sichern; dem Landmanne: Bestelle ruhig deine Felder, sie sollen dir nicht zerstampft werden; die Städte versichern zu können: Bauet eure Häuser, sie werden nicht zerstört werden; dem Kapital die Versicherung zu geben: es möge angelegt und umgesetzt werden angesichts des gesegneten Friedens." Zur Erreichung eines solchen Zieles bedurfte es seiner Ansicht nach vor allem zweier Dinge: Man müsse in der Lage sein, der Welt die Ueberzeugung zu verschaffen, daß man als Freund verläßlich und als Feind gefährlich sein könne. Sei das erstere die Aufgabe des Ministers, so das zweite die Pflicht der Delegationen, denen es obliege, die nötigen Opfer für das Wohl und den Schutz der Monarchie darzubringen. Obgleich Andrássy die Beziehungen zu den einzelnen Staaten mit Ausnahme Serbiens in sehr freundlichem Lichte schilderte, warnte

---

[1]) Erst in einem späteren Zeitraum, als man den Ausdruck „gebundene Marschroute" vielfach absichtlich mißdeutete, erklärte Andrássy, daß darunter nicht eine Politik der „Ohnmacht" zu verstehen sei, sondern die des gesunden Menschenverstandes und der klar vorgezeichneten Interessen der Monarchie. Im Exposé von 1872 kommt der Ausdruck „Politik der Ohnmacht" noch nicht vor.

er doch davor, den Bürgen des von allen ersehnten Friedens ausschließlich in den momentanen Verhältnissen der Monarchie zu einem auswärtigen Lande zu suchen. Die sicherste Garantie, sagte er, sei die eigene Politik des Staates, und diese weise darauf hin, die Monarchie, die das Glück habe, seit langem zu bestehen, zu erhalten und im Innern zu entwickeln. Andrássy predigte eine Politik des Vergessens für die Vergangenheit: Hätten wir doch nur verloren, was nicht länger in unseren Händen bleiben konnte und uns nur schädlich war. Für die Zukunft empfahl er eine Politik der Enthaltsamkeit, da die Monarchie groß genug sei, um nicht noch neuer Erwerbungen zu benötigen. Nicht einmal nach dem Oriente zu wollte er an Gebietszuwachs denken, der nur eine Last bedeuten würde. Ihm schwebte die Pflege volkswirtschaftlicher Interessen mit dem Osten, die Vermehrung und Hebung der Kommunikationsmittel vor, wodurch dem Handel zwischen uns und dem Reiche der Türken eine freie Bahn geschaffen werden sollte. Im übrigen war er fest entschlossen, alle Kraft daran zu wenden, daß, wenn schon nichts mehr zu erobern sei, uns auch kein Stück Landes weiter entrissen werde, denn — äußerte er — die Monarchie könne und dürfe nichts mehr verlieren. In der Freundschaft mit dem neubegründeten deutschen Kaiserreich, die auf der Voraussetzung beruhe, daß kein Teil aus den inneren Schwierigkeiten des anderen Vorteil zu ziehen trachte, erblickte Andrássy die Bürgschaft für die Integrität der Monarchie.

Schwer war es, einem Minister des Aeußern, der solche Grundsätze entwickelte, den Ausdruck des Vertrauens zu verweigern. Gegen den Antrag des Delegierten van der Straß, daß die Mehrforderung von 180000 Gulden für den Dispositionsfonds des Ministeriums des Aeußern gestrichen werde, bewilligte die Majorität der österreichischen Delegation die Summe. In der glücklichsten und überzeugendsten Weise hatte Andrássy die Mehrforderung verteidigt. Dem Verdachte gegenüber, als könnte er das angesprochene Plus für die Bestechung der Presse verwenden, wies er darauf hin, daß eine gute Politik sich unter allen Umständen in ihren Endresultaten Bahn brechen müsse, eine schlechte aber selbst von der mächtigsten Presse nicht auf die Dauer gestützt werden könne. Auch bestritt er es, das zu bewilligende Geld zu Zwecken innerer Polizei zu benötigen. Doch müsse er auf der Mehrforderung bestehen, da keine Regierung der Mittel entbehren dürfe, mit deren Hilfe allein schädliche Einwirkungen des Auslandes auf die inneren Zustände eines Staates abzuhalten

seien.[1]) Unter dem Eindrucke des errungenen Sieges über die Opposition schrieb der österreichische Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg an Graf Andrássy: „Die herzlichsten Glückwünsche zu dem brillanten Erfolg, den Ew. Exzellenz in dem Finanzausschuß der Delegation errungen haben. Sie haben dadurch mit einem Schlage die ganze Situation in eine äußerst günstige verwandelt und auch Ihre Kollegen zum größten Danke verpflichtet. Das ehrliche Wort eines ehrlichen Mannes findet stets fruchtbaren Boden, selbst bei unseren Abgeordneten, und das will viel sagen." [2])

Zu dem soeben erkämpften Erfolg gesellte sich unmittelbar hierauf ein neuer, der den Ruf der hervorragenden staatsmännischen Begabung Andrássys in alle Weltgegenden hinaustrug. Gegenüber den ablehnenden Ausführungen verfassungstreuer Delegierter war es Andrássy am 10. Oktober 1872 in einer großangelegten Rede gelungen, die vielumstrittene Forderung der dreijährigen Dienstzeit mit der hierzu nötigen dauernden Erhöhung des Präsenzstandes im Frieden um 28560 Mann bei Infanterie und Jägern durchzusetzen.[3]) Zur Unterstützung des Verlangens des Kriegsministers Kuhn hatte Andrássy die Einwirkung des österreichischen Ministerpräsidenten Fürst Adolf Auersperg auf die der Verfassungspartei angehörigen Delegierten in Anspruch genommen. Ihm und in noch höherem Grade Fürst Carlos Auersperg sowie den glänzenden Ausführungen Andrássys war es zu danken, daß, ungeachtet des vehementen Angriffes Herbsts, Giskras, Rechbauers und Brestls, die österreichische Delegation die Hauptforderungen des Kriegsministers bewilligte.[4]) Als der gerade zu dieser Zeit in Baden-Baden weilende Kaiser Wilhelm hiervon Kunde erhielt, sagte er zu dem bei ihm zum Tee geladenen Ritter von Pfuster-Schmid: „Ich gratuliere zu der Siegesnachricht. Das ist ein Erfolg von großer moralischer Wirkung. Ich habe vier Jahre darum kämpfen müssen, bei Ihnen gelang es in ein paar Wochen. Ich habe Ihnen vorgearbeitet, Sie aber haben wieder mir eine Prä-

---

[1]) Das Exposé Andrássys im Finanzausschuß der österreichischen Delegation ist mitgeteilt im „Pester Lloyd" und in der „Neuen Freien Presse" vom 26. September 1872.

[2]) Fürst Adolf Auersperg an Graf Andrássy, Wien, 26. September 1872. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Rede Andrássys in „Stenographische Sitzungsprotokolle", 1872, 7. Sitzung, S. 125. Die Abstimmung erfolgte mit 32 gegen 24 Stimmen. Giskra konstatierte 25 Stimmen.

[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 12. Oktober 1872.

zedenz geschaffen, die uns bei den bevorstehenden Kämpfen im Reichstag diensam sein wird. Wenn Sie nach Hause schreiben," setzte der greise Herrscher hinzu, „so beglückwünschen Sie den Grafen Andrássy von mir zu dem Erfolge und sagen Sie ihm, daß ich diesen Erfolg hauptsächlich ihm zuschreibe. Seine Rede war so staatsmännisch, als sie nur sein konnte, und überhaupt ist es ein Glück, einen solchen Staatsmann zu besitzen." [1])

Franz Josef I. wartete nur auf die Gelegenheit, um in einer ganz markanten Form dem Minister seine Erkenntlichkeit zu bezeugen. Aus eigenem Entschlusse, jeden hierauf bezüglichen, von ministerieller Seite kommenden Vorschlag ablehnend und sich die Verleihung der Auszeichnung als zu der ihm selbst passendsten Zeit vorbehaltend,[2]) ernannte der Kaiser Oktober 1872 den bisherigen Honvéd-Oberst Grafen Andrássy zum General der Armee. Als sich der Minister des Aeußern dem Monarchen in der Generalsuniform vorstellte und sagte, er sei zu besonderem Danke verpflichtet, da er eine derartige Ehrung noch gar nicht verdiente, erwiderte der Herrscher in der ihm eigenen gewinnenden Liebenswürdigkeit: „Sie haben schon so viel Dank verdient, daß ich Ihnen das gar nicht genug beweisen kann." [3])

Konnte sich auch Franz Josef I. Besseres wünschen, als an der Spitze des so schwierigen Auswärtigen Amtes einen Minister zu sehen, der innerhalb der kurzen Zeit von kaum einem Jahre das Kunststück vollbracht, sich des Vertrauens sowohl des Zaren und des Deutschen Kaisers als auch Gorčakovs und Bismarcks zu erfreuen! Franz Josef I. hatte es nicht zu bereuen, daß er, unbeirrt durch alle gegenteiligen Einflüsterungen, fest zu Andrássy gehalten und dessen Rat höher geschätzt als den jener Männer, die ihn davon abzubringen gesucht. Seit den Katastrophen von 1854, 1859 und 1866 stand die Monarchie zum erstenmal wieder mächtig und angesehen im Rate der Mächte da, und dies war der ebenso klugen wie großzügigen Politik Andrássys zu danken.

---

[1]) Bericht des bevollmächtigten Ministers Ritter von Pfusterschmid an Andrássy, Baden-Baden, 12. Oktober 1872. Gräfl. Andrássysches Archiv. Aehnlich äußerten sich zu Pfusterschmid Kaiserin Augusta und die Großherzogin von Baden.

[2]) Lónyay an Andrássy, Ofen, 27. Oktober 1872 (ung.). Gräfl. Andrássysches Archiv. Lónyay erwähnt diese Tatsache in seinem Gratulationsschreiben.

[3]) Andrássy an seine Frau, Pest, 16. November (1872) [ung.]. Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány.

## Viertes Kapitel

# Ausgestaltung der Friedenspolitik

Ganz ungerechtfertigt wäre es, nach dem Ausspruche des Grafen Arnim, behaupten zu wollen, die Drei-Kaiser-Zusammenkunft habe mit einem Fiasko geendigt. Wahr ist es wohl, daß sie nicht imstande gewesen, jedes Mißtrauen der leitenden Minister gegeneinander zu bannen. Bismarck schied in gereizter Stimmung von Gorčakov, und wenn der russische Staatskanzler auch nicht genug Worte des Lobes und der Anerkennung für Andrássy fand, so vermochte der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern doch kein volles Vertrauen zur russischen Politik zu gewinnen, der er noch immer feindliche Ziele unterschob. Die Schuld daran trug Gorčakov selbst, da er auch nach der Entrevue von Berlin noch weiter General Ignatjev als russischen Botschafter in Konstantinopel beließ, der, wie Andrássy bemerkt, eine „Schule von Wühl-Diplomaten" im Orient großgezogen.[1]) Seine Entfernung aus Konstantinopel konnte als „Wertmesser für die Aufrichtigkeit der russischen Freundschaftsversicherungen" angesehen werden.[2]) Obgleich dies von den maßgebenden Staatsmännern Rußlands eingesehen wurde,[3]) vermochte Ignatjev doch ruhig weiter seine gegen unsere Monarchie gerichteten Machinationen am Goldenen Horn fortzusetzen. Waren Gorčakov, Stremukov und Baron Jomini, wie es heißt, wirklich außerstande, den gefährlichen Intriganten unschädlich zu machen? Oder aber schützten sie nur Ohnmacht vor, um ihn nicht abberufen zu müssen? Ohne Zweifel hatte Ignatjev mächtige Stützen in der Umgebung des Zaren, die ihn gegen alle Angriffe deckten. Dem äußerst klugen und pfiffigen Staatsmann,[4]) der vor keinem

---

[1]) Andrássy an Langenau, Wien, 9. Januar 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Gesandtschaftsrat Ritter von Mayr an Andrássy, Petersburg, 12. Januar/31. Dezember 1872/73. Ibidem.

[3]) Bericht des Ritter von Mayr, 22./10. Januar 1873. Ibidem.

[4]) So nennt ihn Langenau in seinem Berichte an Andrássy, Petersburg, 9. März/25. Februar 1873. Ibidem.

Mittel scheute, sich im Besitze der Macht zu erhalten,[1]) war es gelungen, den russischen Kaiser ganz zu umgarnen. Mittels seines Verstandes und seines den Zaren ungemein belustigenden kaustischen Witzes hatte er sich in das Vertrauen des Herrschers eingenistet, der nicht leicht jemand fallen ließ, dem er einmal seine Gunst geschenkt. Unter diesen Umständen, da einerseits der Zar den Liebling nicht entbehren wollte und Gorčakov keinen ernstlichen Versuch zu dessen Beseitigung unternahm, mußte die Hoffnung aufgegeben werden, Ignatjev in Konstantinopel durch eine ruhigere, versöhnlichere und weniger intrigante Persönlichkeit ersetzt zu sehen.[2])

Wie bedauerlich auch im Interesse eines guten Einvernehmens das Verbleiben Ignatjevs bei der Pforte sein mochte, so ist es doch sicher, daß dadurch die Bedeutung der Drei-Kaiser-Entrevue nicht geschmälert wurde. Sie erst hat den Weg zu gegenseitiger Verständigung gebahnt und den Ausbruch eines Konfliktes verhindert, der Europa um den Frieden und die Aussicht auf ruhige Entwicklung gebracht hätte. Die Berliner Monarchenbegegnung dokumentierte vor der ganzen Welt den ernsten Wunsch der drei Herrscher und ihrer Minister, jeden zwischen ihnen aufkeimenden Zwist in gütlicher Weise beizulegen. Als Beweis hierfür — gleichsam im Sinne der Fortsetzung der Berliner Entrevue — konnte die Reise Kaiser Wilhelms nach St. Petersburg angesehen werden, wohin sich der greise Fürst im April 1873 in Begleitung Bismarcks begeben hatte. Alexander II., der für seinen kaiserlichen Onkel in unbegrenzter Verehrung schwärmte, wollte ihm in seiner Residenz den glänzendsten Empfang bereiten — ein Bestreben, das freilich mit der überwiegend deutschfeindlichen Gesinnung der Russen nicht in Einklang war. Ein sehr angesehener Russe, dem

---

[1]) Charakteristisch für Ignatjev ist folgender Vorgang: Wenn der Zar in Livadia weilte, nahmen die Depeschen Ignatjevs aus Konstantinopel ihren Weg über diese kaiserliche Residenz, damit der Zar sofort Einsicht in dessen Berichte nehmen könne. In eines der Dienstpakete legte Ignatjev einmal den an einen seiner Freunde gerichteten Privatbrief, in dem er sich über Intrigen beklagte, die gegen ihn geschmiedet werden, um seine Stellung zu untergraben. Wie aus Versehen ließ Ignatjev den Brief unverschlossen, damit ihn der Zar lesen könne und auf diese Weise vor Einflüsterungen zu seinen, des Generals, Ungunsten im vorhinein gewarnt werde. Alexander las wirklich den Brief und wie Langenau bemerkt: „Le coup porta." Baron Langenau versichert, diese Geschichte „aus sicherer Quelle" erfahren zu haben. Langenau an Andrássy, 9. März/25. Februar 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 9. März/25. Februar 1873. Ibidem.

die Polizei, wie allen Hausbesitzern auf dem Nevskjiprospekt, durch die der Einzug Kaiser Wilhelms erfolgen sollte, deutsche und preußische Fahnen kostenlos zur Verfügung stellte, erklärte: er werde so viel russische Fahnen, als man nur wünsche, ausstecken, doch keine einzige deutsche oder preußische.[1]) Kaiser Alexander, der Autokrat, ließ sich durch derartige Strömungen, wenn er überhaupt davon Kenntnis erhielt, nicht in der Verherrlichung seines kaiserlichen Gastes beirren. Doch darf man nicht glauben, daß es sich bei der Anwesenheit Kaiser Wilhelms in der russischen Hauptstadt nur um glänzende militärische Revuen und auserlesene Konzerte und sonstige Hoffeste handelte. Es fehlte auch nicht an einem sehr ernsten Hintergrunde. Beide Monarchen schlossen in Petersburg eine Konvention, durch die sie sich für den Fall eines Angriffes von dritter Seite gegenseitige Unterstützung zusagten.[2]) Auf den ersten Blick könnte es scheinen, daß hier in aller Heimlichkeit, hinter unserem Rücken, eine folgenschwere Verabredung gegen uns zwischen Deutschland und Rußland getroffen wurde. Spätere Abmachungen jedoch, auf die noch zurückzukommen sein wird, lassen mit vollem Rechte eine entgegengesetzte Deutung zu. Auffallend aber bleibt es immerhin, daß Bismarck es aufs entschiedenste ablehnte, die Konvention mit seinem Namen zu versehen; anstatt seiner wurde sie von Moltke und dem russischen Marschall Barjatinskў unterfertigt.[3]) Fast hat es den Anschein, als würde man dies dem deutschen Reichskanzler verübelt und als recht unfreundlich für Rußland ausgelegt haben. Anders sind die Worte, die aus Bismarcks Munde vor dessen Abreise aus der russischen Hauptstadt in vertrautem Freundeskreise fielen, kaum zu erklären: „Wenn ich den Gedanken zuließe, je dem Zaren und Rußland feindlich gesinnt sein zu können, würde ich mir wie ein Verräter vorkommen."[4])

Der Besuch Kaiser Wilhelms in St. Petersburg hatte der Welt eigentlich nichts Neues zu sagen gehabt; kannte man doch das intime Verhältnis zwischen den Monarchen von Rußland und Deutschland zur Genüge. Dagegen mußte die Reise des Zaren

---

[1]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 16./4. April 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Dr. Moritz Busch, „Bismarck, some secret pages of his history", Bd. III, 265 und 266.

[3]) Busch a. a. O., Bd. III, S. 265.

[4]) Tatičev a. a. O., Bd. II, S. 100 (russisch).

nach Wien im Mai 1873 eine Ueberraschung bereiten und durfte als Folge der in Berlin im September 1872 vor sich gegangenen Versöhnung betrachtet werden. Bereits zu dieser Zeit hatte Franz Josef sowohl Kaiser Wilhelm als auch Alexander zur Besichtigung der für 1873 geplanten Wiener Ausstellung geladen. In Rußland gab man sich der Hoffnung hin, Franz Josef werde noch vorher nach der russischen Hauptstadt kommen. Alexander äußerte seine Freude darüber, den Herrscher Oesterreich-Ungarns vielleicht schon demnächst bei sich begrüßen zu können. Eine dem Zaren sehr nahe stehende Persönlichkeit sagte es direkt unserem Gesandten, wie ein solcher Besuch in Petersburg ein Ereignis von ganz außerordentlicher Tragweite sein würde; wäre er doch geeignet, ganz Europa von der wiederhergestellten Freundschaft zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn zu überzeugen, woran noch so mancher zweifle. Nur, meinte der betreffende Russe, sollte damit nicht allzulange gewartet werden; denn wenn auch Alexander die Zögerung nicht als Erkalten der Gefühle Franz Josefs für ihn auslegen würde, so könnte dagegen leicht die übrige Welt dem Unterlassen der Reise eine solche Deutung geben.[1]) Auf Graf Andrássy machten die Mitteilungen Langenaus keinen besonderen Eindruck; er war gar nicht der Anschauung, daß der Kaiser sich beeilen müsse, und scheint vielmehr der Ansicht gewesen zu sein, Alexander II. solle vorerst nur der Einladung Franz Josefs entsprechen.[2])

Andrássy beauftragte denn auch den Petersburger Gesandten, falls noch einmal deswegen an ihn herangetreten werden sollte, weder bejahend noch verneinend zu antworten, sondern zu erwidern, die Wiener Weltausstellung wie die bevorstehende Vermählung seiner Tochter, Erzherzogin Gisela, werden es dem Kaiser kaum gestatten, sich schon jetzt zu binden. Noch deutlicher klang die Ablehnung aus der Weisung Andrássys heraus, der Monarch habe sich für eine spätere Zeit die Bestimmung seiner Ankunft in Rußland vorbehalten.[3]) Da man in St. Petersburg die Abneigung des Kaisers

---

[1]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 5. März/21. Februar 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Andrássy versah alle ihm von Langenau in dessen Bericht gemachten Mitteilungen mit Fragezeichen, woraus sich die Folgerung ergibt, daß er die Ansichten des russischen Staatsmannes, der mit Langenau das Gespräch führte, nicht teilte.

[3]) Andrássy an Langenau, 26. März 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

kannte, dort zuerst zu erscheinen, entschloß sich Alexander zur Reise nach Wien, innerhalb dessen Mauern er das letztemal im Jahre 1852 geweilt. Auf die Bevölkerung Oesterreich-Ungarns mußte es einen tiefen Eindruck machen, in der Kaiserstadt wieder den Sohn jenes Zaren zu sehen, der angeblich aus Entrüstung über den Undank Oesterreichs in seinem Zorn die in seinem Arbeitszimmer stehende Büste unseres Monarchen zertrümmert haben soll. Nichts bewies in der Tat mehr den Wandel der Zeiten und die völlige Umgestaltung der Politik als die Möglichkeit der Entrevue zwischen dem Herrscher aller Reußen und Kaiser Franz Josef in Wien.

Ursprünglich bestand die Absicht, dem Aufenthalte Alexanders jeden, die anderen Staaten beunruhigenden Charakter zu nehmen.[1]) Deshalb war auch Gorčakov weder in Berlin noch auch nachher aufgefordert worden, sich mit seinem Monarchen nach Wien zu begeben. Der russische Kanzler schien damit vollkommen einverstanden zu sein. Baron Langenau gegenüber äußerte er sich dahin, daß, wie nach der Berliner Entrevue kein Anlaß zu besonderen politischen Abmachungen vorhanden war, auch jetzt nichts zu neuen Verabredungen dränge, weswegen es nicht wahrscheinlich sei, daß er den Zaren nach Oesterreich begleiten werde.[2]) Er gab sogar seiner Befriedigung darüber Ausdruck, von der beschwerlichen Fahrt verschont zu bleiben, da er sich sehr ermüdet fühle,[3]) was bei seinem hohen Alter ja auch nicht überraschen konnte. Gorčakov war jedoch weit entfernt, die Wahrheit zu sagen und aufrichtig zu gestehen, was in seinem Innern vorging. Es wurmte ihn, daß Bismarck mit Kaiser Wilhelm nach Petersburg gekommen war, er dagegen jetzt zu Hause bleiben solle, während Alexander sich nach Wien begebe. Baron Langenau merkte es leicht seiner ganzen Haltung an, wie sehr sich Gorčakov bei seiner großen Eitelkeit und Empfindlichkeit verletzt fühle. Der Gesandte schlug daher Andrássy vor, Gorčakov eine Andeutung machen zu dürfen, daß er in Wien ein gern gesehener Gast sein würde. Nun glaubte Andrássy nicht länger zögern zu sollen. Er bevollmächtigte Langenau in aller Form, dem russischen Staatskanzler zu sagen, der Kaiser hoffe, obgleich keine Notwendigkeit zu neuen politischen Verabredungen vorhanden sei, ihn trotzdem in Wien zu

---

[1]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 30./18. April 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Andrássy an Langenau, Wien, 13. Mai 1873. Ibidem.

[3]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 30./18. April 1873. Ibidem.

sehen.[1]) Wie begründet der rasche Entschluß war, bewies die nach einigen Tagen in der Kaiserstadt erfolgte Ankunft des Herzogs Georg von Mecklenburg-Strelitz, eines Vetters des Zaren, und Gemahl einer russischen Großfürstin. Gleich nach seinem Eintreffen eröffnete er dem Erzherzog Albrecht, wie der „alte, eitle" Staatskanzler kein heißeres Verlangen kenne, als zur Weltausstellung nach Wien kommen zu können. Wahrscheinlich in dessen Auftrag und Namen machte der Herzog die weitere Mitteilung, Gorčakov habe nur dann Aussicht, von seinem Souverän mitgenommen zu werden, wenn hierzu die besondere Einladung von Wien aus erfolge.[2]) Als der Erzherzog diese Worte des Herzogs von Mecklenburg-Strelitz dem Grafen Andrássy bekanntgab, hatte sich Gorčakov längst mit der auf seine Person bezüglichen und ihn hocherfreuenden Weisung unseres Ministers des Aeußern an Langenau zum Zaren verfügt, um ihm davon Kenntnis zu geben. Alexander, der Gorčakov bisher mit keinem einzigen Worte bedeutet hatte, mit ihm gemeinsam nach Wien zu reisen, erteilte jetzt den Befehl, ihn zu begleiten.[3])

In Wien fühlte sich Kaiser Alexander ungemein wohl. Er war gerührt von der Liebenswürdigkeit des Kaisers und erklärte dem deutschen Botschafter, General Schweinitz, ganz offenherzig, daß ihm Andrássy sehr gut gefalle und jetzt noch viel besser als zur Zeit der ersten Begegnung in Berlin.[4]) Vor allem war der Zar erfreut, sich über alle Angelegenheiten sowohl mit Franz Josef als auch mit dessen Minister frei aussprechen zu können. Die erste Anregung hierzu gab Fürst Bismarck während seines letzten Aufenthaltes in der russischen Hauptstadt. Dort hatte er dem Zaren den Wunsch nahegelegt, es möchte behufs Sicherung eines innigen Zusammengehens zwischen dem Wiener und Petersburger Kabinett ein unumwundener Gedankenaustausch stattfinden, in derselben Weise, wie er schon lange zwischen Preußen und Rußland bestehe. Alexander, der sofort lebhaft auf diesen Vorschlag einging, ließ durch den ihm befreundeten Erzherzog Albrecht Erkundigung darüber einziehen, ob eine solch rückhaltlose Aus-

---

[1]) Andrássy an Langenau, 13. Mai 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Eigenhändiges Schreiben des Erzherzogs Albrecht an Andrássy, 20. Mai 1873. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Langenau an Andrássy, 14./2. Mai und 19./7. Mai 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Schweinitz an Kaiser Wilhelm, 7. Juni 1873.

sprache in Wien genehm wäre.[1] Der Zar machte von der ihm eingeräumten Freiheit sowohl dem Kaiser als auch Graf Andrássy gegenüber einen vollen Gebrauch. Merkwürdig ist es, in welcher Weise Alexander seine Aufgabe erfaßte. Er wollte sich vor allem unbeschränkte Gewißheit darüber verschaffen, ob noch ein Rest von Verstimmung in der Brust unseres Monarchen gegenüber Preußen zurückgeblieben sei. Geradezu, ohne alle Umschweife, fragte er den Kaiser: Hast du Hintergedanken? Sinnst du auf Revanche? Wenn das der Fall, schweige ich, denn es wäre unnütz, weiterzusprechen. Ohne lange zu überlegen, verneinte Franz Josef das eine und das andere mit ganz ungewöhnlicher Entschiedenheit. Die schweren Schicksalsschläge und schmerzlichen Erfahrungen, erwiderte er, seien zwar noch in frischer Erinnerung, er wolle jedoch darüber mit dem Schwamm hinwegfahren und wünsche ein inniges Zusammengehen. Als tags darauf der Zar dem Grafen Andrássy von seinem Gespräch mit dem Kaiser Mitteilung machte, bestätigte der Minister aus voller Ueberzeugung die Worte seines Monarchen.[2] General Schweinitz, den Alexander zum Mitwisser seiner Unterredungen mit Franz Josef und Graf Andrássy gemacht, hegte gleichfalls keinen Zweifel an der Aufrichtigkeit der Aeußerungen des Herrschers von Oesterreich-Ungarn und dessen Ratgebers. Doch mißtraute er den im Hintergrunde waltenden Nebenströmungen, die alles aufbieten, um einen Umschwung sowohl in der äußeren wie in der inneren Politik herbeizuführen.[3]

Schweinitz' Befürchtungen waren vollkommen unbegründet. Andrássy stand auf der Wacht, und im Besitz des Vertrauens seines Monarchen sorgte er dafür, daß die dem herrschenden System feindlichen Gewalten nicht ans Oberwasser gelangten. Unbeirrt durch alle Nebeneinflüsse schritt er auf dem von ihm gewählten Wege mutig vorwärts und setzte seine ganze Kraft an die Befestigung freundlicher Beziehungen unserer Monarchie zu Rußland und Deutschland. Seine auf dies Ziel gerichteten Bemühungen

---

[1]) Graf Károlyi an Andrássy, Berlin, 6. Juni 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Schweinitz an Kaiser Wilhelm, Wien, 7. Juni 1873. Die Angaben des Generals Schweinitz werden bestätigt durch den Brief, den der Zar an Kaiser Wilhelm schrieb und den Bismarck dem Grafen Károlyi vorlas. Es kommen darin die gleichen Ausdrücke vor, deren sich Schweinitz bedient. Graf Károlyi an Andrássy, Berlin, 14. Juni 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Ibidem.

sah Andrássy aufs glänzendste belohnt durch das gerade in diesen Tagen zwischen Franz Josef I. und Alexander II. zustande gekommene schriftliche Abkommen, das den ausgesprochenen Zweck verfolgte, den europäischen Frieden auf fester Grundlage, über alle Zufälligkeiten und Fährlichkeiten hinaus, zu sichern. Das intime Einvernehmen sollte nicht bloß von der Zustimmung der jeweiligen Minister des Aeußern abhängig sein, sondern auf dem unmittelbaren, von allen Veränderungen unabhängigen, festen Willen der beiden Monarchen beruhen. In diesem Sinne trafen sie das Abkommen, selbst für den Fall, als die Interessen ihrer Länder in einzelnen besonderen Fragen nicht übereinstimmen sollten, sich miteinander zu verständigen; die Gegensätze sollten nicht das Uebergewicht über Rücksichten höherer Ordnung erlangen. Aufs bündigste gaben Franz Josef und Alexander ihre Entschiedenheit zu erkennen, jeden Versuch zu hindern, der unternommen werden könnte, sie auf dem Gebiete von Grundsätzen zu trennen, denen sie allein die Fähigkeit zutrauten, den Frieden zu verbürgen; sie zeigten sich, wenn nötig, entschlossen, dessen Erhaltung gegenüber allen Umsturzbestrebungen zu erzwingen, mögen sie von welcher Seite immer kommen. Man begnügte sich nicht einmal damit. Es wurde überdies noch festgesetzt, daß die beiden Monarchen gegenüber einem die Ruhe Europas bedrohenden Angriff von dritter Seite, ohne erst neue Allianzen zu suchen oder einzugehen, sich sofort über die dagegen zu ergreifenden Mittel zu verständigen hätten.[1]) Zwei Tage vor dem Zustandekommen der „Entente“ hatte noch die Absicht bestanden, daß Erzherzog Albrecht und der gleichfalls nach Wien gekommene russische Feldmarschall Berg im Auftrage ihrer Souveräne eine militärische Konvention unterfertigen sollten, die beide Monarchien verpflichte, dem von dritter Seite angegriffenen Teil sofort eine Armee von 200000 Mann zur Verfügung zu stellen.[2]) Davon wurde jedoch abgegangen und in dem von Alexander und Franz Josef getroffenen Uebereinkommen nur die Bestimmung getroffen, die Regelung

---

[1]) Uebereinkommen (Entente) zwischen Franz Josef I. und Alexander II. Schönbrunn, 6. Juni/25. Mai 1873. Gräfl. Andrássysches Archiv. Kopie. Das ganze Schriftstück eigenhändig von Andrássy entworfen. In seinem Tagebuch, 6. Juni 1873, bemerkt Baron Orczy: „Heute unterschrieb Seine Majestät mit dem Zaren eine Vereinbarung, in der sie sich gegenseitige Hilfe für den Fall versprechen, wenn sie durch eine auswärtige Macht angegriffen werden sollten.“ (ung.)

[2]) Projekt einer nicht abgeschlossenen Konvention zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland, Wien, 4. Juni/23. Mai 1873. Gräfl. Andrássysches Archiv.

etwa nötig werdender militärischer Hilfe solle einer späteren Konvention vorbehalten bleiben.[1]) Außerdem einigte man sich noch dahin, beide Monarchen seien verbunden, für den Fall der Lösung des Vertrages ihn zwei Jahre vorher zu kündigen, damit, wie es heißt, jeder Partner die Zeit habe, inzwischen die ihm unerläßlich scheinenden Maßnahmen zu treffen.[2]) Dieses in Schönbrunn am 6. Juni/25. Mai 1873 von Franz Josef I. und Alexander II. unterfertigte Schriftstück kam nicht hinter dem Rücken des Deutschen Kaisers zustande. Es ward ihm zur Kenntnis gebracht und von ihm auch vollkommen gebilligt mit Bezug darauf, daß es ganz der Gedankenrichtung entspreche, die in seiner mit Alexander zu St. Petersburg abgeschlossenen Vereinbarung zum Ausdruck gelangte.[3]) Erst durch die sogenannte „Entente“ vom 6. Juni/25. Mai gerät die in Petersburg zwischen Alexander II. und Wilhelm I. abgeschlossene Konvention in die richtige historische Beleuchtung. Ohne den Hintergrund der Wiener „Entente“ hätte sie leicht den Eindruck erwecken können, ihre Spitze sei ebensogut gegen uns als gegen Frankreich gerichtet gewesen.

Unwillkürlich drängt sich jedoch die Frage auf, welche Macht wohl die dritte gewesen, gegen die sich Rußland, Oesterreich-Ungarn und das Deutsche Reich gegenseitige Hilfe zusagten. Als Rußland und Deutschland im Mai 1873 ihren Versicherungsvertrag abschlossen, konnte noch immer an Oesterreich-Ungarn als jenen Staat gedacht werden, gegen den Vorsichtsmaßregeln zu treffen seien. Nachdem aber jetzt, im Juni 1873, mit voller Billigung der deutschen Regierung, auch Rußland und Oesterreich-Ungarn ein derartiges Abkommen eingingen, ist nicht daran zu denken, daß dessen Spitze gegen uns gerichtet gewesen. Auch England konnte nicht gemeint sein. Naturgemäß bleiben nur der Orient, Frankreich und die „Internationale“, von denen die drei Kabinette eine Störung des Friedens und einen Angriff auf die monarchische Grundlage Europas zu befürchten schienen. Derselbe Gedanke, der September 1872 zur Entrevue von Berlin führte und in der Erhaltung des Statusquo gipfelte, kam auch in den Verträgen vom Mai und Juni 1873 zum sicht-

---

[1]) Entente vom 6. Juni/25. Mai 1873. Gräfl. Andrássysches Archiv. § III. Si, à la suite de cette entente, une action militaire devenait nécessaire, elle serait réglée par une convention spéciale à conclure entre leurs majestés.

[2]) Ibidem.

[3]) Eigenhändige Aufzeichnung Graf Andrássys. Ohne Datum, jedenfalls in den Juni 1873 gehörig. Gräfl. Andrássysches Archiv.

baren Ausdruck. Man wollte keine die Ruhe im Orient gefährdenden Aenderungen zulassen, auf dessen Geschicke nun — als großer Erfolg der Andrássyschen Politik — unter voller Zustimmung Rußlands auch Oesterreich-Ungarn von bestimmendem Einfluß sein sollte. „Wir würden uns besonders glücklich schätzen," schrieb Geheimrat Westmann, Leiter der russischen Staatskanzlei in Abwesenheit Gorčakovs, an Novikov nach Wien, „wenn sich das Wiener Kabinett mit uns (rücksichtlich der gegenüber dem Orient zu beobachtenden Haltung) auf gleicher Linie bewegen wollte, und die von Graf Andrássy laut verkündeten friedlichen Neigungen lassen uns das erwarten." [1]) „Ich hoffe," entgegnete hierauf Andrássy, „daß die gemeinsam unternommene Arbeit der Beruhigung ihre Wirkung nicht verfehlen wird können." [2]) Diese „gemeinsam unternommene Arbeit" hatte sich das Ziel gesteckt, jeden Keim von Wirren „am politischen Horizont des Orients" sofort zu ersticken. Keines der von christlicher Bevölkerung bewohnten Länder der Türkei sollte weder von Rußland noch von Oesterreich-Ungarn zu einer Aktion gegen den Sultan ermutigt werden. Aber auch die Pforte wollte man abhalten, ihre Gewalt über die ihr unterstehenden christlichen Länder zu erweitern, wozu sie gern jede Gelegenheit benutzte. An Anlässen zu Reibereien fehlte es nie. Rumänien war gar nicht gesonnen, sich irgendwie von den Türken in der Ausübung seiner politischen Rechte beschränken zu lassen. Nachdem es bereits seinen eigenen, selbstgewählten Fürsten besaß, war nichts natürlicher, als daß es sich nach voller politischer Unabhängigkeit sehnte. Während seines Aufenthaltes in Wien zur Zeit der Weltausstellung im Jahre 1873 beklagte sich Fürst Karl von Rumänien bei Andrássy über die „kleinliche Art", mit der man ihm in Konstantinopel ununterbrochen Schwierigkeiten bereite. Der Fürst machte kein Hehl daraus, daß es für sein Land aus dieser peinlichen Lage nur einen Ausweg gebe — die gänzliche Loslösung von der Pforte. Diesen Ehrgeiz suchte er damit zu begründen, daß ein selbständiges Rumänien ein viel sicherer Freund der Türkei sein werde als ein abhängiges. Andrássy, der den Fürsten wiederholt des Wohlwollens für sein Land versicherte, war dennoch nicht geneigt, dessen Behauptungen un-

---

[1]) Westmann an Novikov, Petersburg, 5. Oktober 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Andrássy an Ludolf und Baron Schlechta, Terebes (Ungarn), 2. Dezember 1872. Ibidem.

widersprochen hinzunehmen. Vielmehr äußerte er die Befürchtung, ein unabhängiges Rumänien würde in der Luft zu stehen kommen, während jetzt sein Dasein durch Verträge gewährleistet werde. Bei dieser Gelegenheit wies der Minister des Aeußern auch jedes Annexionsgelüste auf das benachbarte Gebiet zurück, womit Oesterreich-Ungarn nur ja die Ziffer seiner eigenen unzufriedenen Rumänen vermehren und ganz unnötigerweise seine Grenzen gegen Rußland hin erweitern würde. Nachdem — meinte der Minister — die Monarchie den Schwierigkeiten der italienischen und deutschen Frage entronnen, wünsche es keine neuen einzuheimsen. Seit der Lösung dieser beiden Fragen — fügte er noch hinzu — erstarkt der Staat, und insofern, als die militärische Niederlage zur politischen Kräftigung führte, sei der Krieg von 1866 kein Unglück gewesen.[1])

So wenig Andrássy Lust zeigte, Rumäniens Streben nach Unabhängigkeit zu fördern, ebensowenig gedachte er vom Standpunkt des gemeinsam festgesetzten Statusquo zum Vorteil Serbiens abzuweichen. Die russischen Staatsmänner hatten ihn freilich im Verdacht, daß er Fürst Milan von Serbien mit allen Mitteln in den Interessenkreis der Monarchie zu ziehen suche. Sie nahmen als sicher an, daß er Milan durch Ristić, der sich in Wien aufgehalten, zur Weltausstellung geladen habe, ohne ihm den Rat zu erteilen, sich vorerst nach Konstantinopel zum Sultan, als seinem Suzerän, zu begeben.[2]) Im Munde der Russen, deren Herrscher den Fürsten Milan im Oktober 1871 empfangen, ohne daß er noch vorher in Konstantinopel gewesen wäre, mußte sich ein solcher Vorwurf zum mindesten höchst sonderbar ausnehmen. Es entsprach aber nicht einmal der Wahrheit, wessen man Andrássy beschuldigte. Er hatte Milan weder nach Wien geladen, noch ihm von der Reise nach Konstantinopel abraten lassen.[3]) Auch war es nicht begründet, daß Andrássy aus der Zulassung eines die Interessen Serbiens vertretenden Agenten in Wien politisches Kapital schlagen wollte. Der österreichisch-ungarische Minister hatte, ohne Ahnung, daß ein derartiges Verlangen vorher von Rußland abschlägig beschieden worden, die hierauf bezügliche Bitte des Ristić unter der Bedingung bewilligt: Der serbische Agent dürfe keinen politischen, sondern nur einen offiziösen Cha-

[1]) „Aus dem Leben König Karls von Rumänien", Bd. II, S. 319.

[2]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 14./2. Mai 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Andrássy an Langenau, Wien, 21. Mai 1873. Ibidem.

[3]) Andrássy an Langenau, 21. Mai 1873. Ibidem.

rakter besitzen. Andrássy war vollkommen überzeugt davon, mit der Gewährung des serbischen Anliegens absolut nicht gegen die Interessen der Monarchie zu verstoßen, noch auch in irgendeiner Weise den so eifersüchtig gehüteten Statusquo verletzt zu haben. „Wenn man," schrieb er an Baron Langenau, „in Petersburg unsere Nachbarschaft mit Serbien und die vielfachen Beziehungen zwischen unseren Untertanen und diesem Fürstentum erwägt, so wird man einsehen, daß es für Rußland weit weniger schwierig war als für uns, eine Vertretung Serbiens abzulehnen." Energisch verwahrte sich Andrássy dagegen, daß man Schritte, die zur Erreichung eines durch Interessengemeinschaft gebotenen unmittelbaren Verkehres abzielten, „als Akte der Feindseligkeit" gegen Rußland auffasse und ihnen eine solche Auslegung gebe, der jede Berechtigung abgesprochen werden müßte. Man möge doch, sagte Andrássy, das Beispiel Oesterreich-Ungarns nachahmen, und niemand werde es einfallen, Protest dagegen zu erheben, obgleich Rußlands direkte Beziehungen zu Serbien nicht so häufig seien als die unserer Monarchie zu diesem Grenzlande. Erfüllt vom Bestreben, den neuen Verhältnissen vollkommen Rechnung zu tragen und den Russen jeden Anlaß zu Mißtrauen gegen seine Politik zu benehmen, hielt es Andrássy für geboten, die Reise des Ristić nach Wien im richtigen Lichte erscheinen zu lassen. In Petersburg war man nicht sehr erbaut davon gewesen, daß der serbische Minister die Fahrt nach der Kaiserstadt an der Donau angetreten hatte. Sofort witterte man darin ein Ablenken Serbiens von Rußland und ein Suchen nach einem „neuen Protektorat" in Oesterreich-Ungarn. „Treten Sie dieser Anschauung entgegen!" lautete die entschiedene Weisung des Ministers an Baron Langenau.[1]) In keinem Falle wollte Andrássy gestatten, in der Anweseheit des Ristić in Wien ein Werben um ein Protektorat zu erblicken, das von Oesterreich-Ungarn gar nicht angestrebt werde. Man möge darin nichts anderes sehen als die naturgemäße Wirkung der materiellen Abhängigkeit des kleinen Landes von der Monarchie, und eine Folge der Erkenntnis, daß eine durch nichts motivierte feindselige Haltung gegen Oesterreich-Ungarn nur den eigenen Interessen Schaden zu bringen vermöchte. Der Minister ließ keinen Zweifel darüber zu, Ristić reinen Wein über das bestehende gute Verhältnis zwischen uns und Rußland eingeschenkt und dem serbi-

---

[1]) Andrássy an Langenau, 21. Mai 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

schen Minister jede Gelegenheit benommen zu haben, dem Wunsche nach einem Gegenprotektorat Ausdruck zu verleihen. „Ristić,“ heißt es in der Weisung des Ministers des Aeußern, „hat auch sicher Wien nicht mit dem Eindruck verlassen, ein solches hier gefunden zu haben.“ Als Gegenwert für diese Zurückhaltung der Monarchie forderte Andrássy, daß auch das Petersburger Kabinett sich ablehnend gegenüber nun auftretenden serbischen Werbungen um das russische Protektorat verhalte, in Serbien nicht nach größerem Einflusse strebe, als ihm zukomme und als man uns zugestehen möchte. Andrássy schloß seine Depesche mit den Worten: „Was uns betrifft, so wird es uns stets fernliegen, Rußland irgendwie entgegentreten zu wollen, wenn es sich gezwungen sähe, seiner Stellung zu diesem oder jenem seiner kleinen Nachbarländer Nachdruck zu verleihen; wir würden vielmehr eine solche Geltendmachung seines berechtigten Ansehens überall mit Vergnügen sehen, dürfen aber in analogen Fällen einer ähnlichen Beurteilung uns seinerseits versehen.“ [1])

Ohne die Türkei schwächen zu wollen, die er in finanzieller Beziehung sogar zu stärken trachtete, war Andrássys ganzes Streben dahin gerichtet, auch die materielle Entwicklung der ihr untergebenen Vasallenstaaten zu fördern. Nur deren politischen Prätensionen, insofern sie zu einer Zersetzung des Osmanenreiches führen und von schädlicher Wirkung auf die in Ungarn lebenden Stammesverwandten sein konnten, zeigte er sich nicht günstig gesinnt. Der Minister glaubte seiner Pflicht zu genügen, wenn er nach Möglichkeit die wenig beneidenswerte Lage der christlichen Rajah zu verbessern helfe, hierbei von dem Wunsche geleitet, in dieser die Ueberzeugung zu erwecken, daß sie an unserer Monarchie nicht nur ihren nächsten, sondern auch uneigennützigsten Freund besitze. Indem Andrássy diese Richtung einschlug, vermied er es aufs sorgfältigste, auf diesem Gebiete ein Rivalisieren mit Rußland zutage treten zu lassen, das die hergestellten guten Beziehungen zu beeinträchtigen vermocht hätte. Trotz dieser versöhnlichen Politik würde er sich jedoch nie die Schwäche verziehen haben, im Osten irgendeine Gestaltung zu dulden, die geeignet gewesen wäre, Rußland in Vorteil gegenüber Oesterreich-Ungarn zu setzen.[2]) Eifersüchtig hütete er das Ansehen der Monarchie in

---

[1]) Andrássy an Langenau, Wien, 21. Mai 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Schweinitz, 26. April 1874.

allen Fragen, die in den Berührungen mit den Balkanländern auftauchen konnten. Schon bei früherer Gelegenheit, als es sich um die Einladung des Fürsten von Montenegro zur Wiener Weltausstellung handelte, hatte er es nicht geduldet, daß sich der Zar gleichsam zu dessen Protektor aufwerfe. Auch jetzt, als die heikle Frage zur Entscheidung gelangte: soll der Fürst von Montenegro am Wiener Hofe, als Zeichen seiner Botmäßigkeit gegenüber der Pforte, durch den türkischen Botschafter oder ohne dessen Begleitung, gleichsam wie ein unabhängiger Souverän vorgestellt werden, war Andrássy darauf bedacht, jede beabsichtigte Einmengung des russischen Hofes abzuwehren. Entschlossen, daß Nikolaus von Montenegro mit Umgehung der türkischen Botschaft direkt durch den Monarchen Oesterreich-Ungarns in Wien empfangen werde, wies der Minister den Gesandten, Baron Langenau, an, hiervon nichts in Petersburg verlauten zu lassen. Andrássy begründete die vorläufige Geheimhaltung seines Vorsatzes in folgender Weise: „Die russische Regierung ist nur allzu geneigt, eine Art von Schutzherrlichkeit über Montenegro in Anspruch zu nehmen; würde ihr nun die obige Bestimmung mitgeteilt, so erhielte sie dadurch die erwünschte Gelegenheit, dieselbe in Cettinje, als durch ihre Vermittlung erreicht, geltend zu machen, und wir hätten ihr nur einen neuen Hebel zur Erhöhung ihres Einflusses daselbst in die Hand gegeben.“ [1]) Anlaß zur Vorsicht war nach jeder Seite hin gegeben. Aeußerte doch Geheimrat Westmann, ein in die letzten geheimen Gedanken Gorčakovs wie überhaupt in die Ziele der russischen Politik eingeweihter Mann, in einer redseligen Stunde: es wäre wirklich zu bedauern, daß der öffentliche Wohlstand der christlichen Vasallenstaaten kein derartiger sei, um ihnen die Erstrebung der Unabhängigkeit vom Sultan mit Erfolg zu gestatten. [2])

Gleichwie die Verträge von Petersburg und Wien vom Jahre 1873 ein einheitliches Vorgehen gegenüber dem Oriente festsetzten, ebenso sollte dieselbe Haltung auch Frankreich gegenüber beobachtet werden, das seiner Revanchegelüste wegen für die

---

[1]) Andrássy an Langenau, Wien, 26. März 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Gesandtschaftsrat Ritter von Mayr an Andrássy, Petersburg, 22./10. Juli 1873. Ibidem. Es war die Rede vom Khedive von Aegypten, Jsmail Pascha, der nach Unabhängigkeit von der Pforte strebte, bei welcher Gelegenheit Westmann es bedauerte, daß die christlichen Vasallenstaaten dessen Beispiel nicht mit Erfolg nachahmen könnten.

Ruhe Europas nicht minder bedrohlich war als der Osten. Mit ewiger Unruhe blickte man über die Grenzen des Rheins, erfüllt von der Sorge, daß sich von dort aus das Kriegsgewölke rasch wieder entladen und die Türkei von der französischen Politik als Ausgangspunkt von Verwicklungen benützt werden könnte.[1]) Ein Bürge des Friedens schien nur der 74jährige Thiers zu sein, der, ungeachtet hohen Alters, mit fester Hand die Geschicke des Landes leitete. Hier hatte kraft des „Paktes von Bordeaux“ (12. Februar 1871) die Republik so lange als vorläufige Staatsform zu bestehen, bis Frankreich, befreit von der deutschen Okkupation, in der Lage sein werde, frei über seine Verfassung zu entscheiden. Alle Großmächte hatten das gleiche Interesse, Thiers an der Spitze der Republik zu erhalten, denn nichts fürchteten sie mehr, als daß Gambetta, das Haupt des Radikalismus, die Gewalt an sich reiße.[2]) Thiers gehörten die Sympathien Europas, als er, allerdings im Widerspruch zum Pakte von Bordeaux, die Zeit zur dauernden Befestigung der republikanischen Staatsform für gekommen hielt und in der Nationalversammlung die berühmten Worte sprach: „Die Republik wird entweder konservativ oder gar nicht sein.“ [3]) Die Fusion, die sich unter der Führung Thiers zwischen den gemäßigten republikanischen Elementen und der Rechten der Nationalversammlung vollzog, erfreute sich des Beifalls Andrássys. Obgleich er fern von jeder besondern Schwärmerei für die Wiederaufrichtung der Monarchie war und sich auch jeder aktiven Förderung zu deren Gunsten enthielt, sah er es dennoch nicht ungerne, daß endlich in Frankreich eine Regierung bestand, die als letztes Ziel die Begründung des Königstums verfolge. Von einem königlichen Regime schien unser Minister des Aeußern einer geringeren Gefährdung des Friedens gewärtig zu sein als von der Republik. In diesem Punkte trennten sich die Anschauungen Andrássys von Bismarck, der sich die Herstellung des Königtums in Frankreich nicht anders vorstellen konnte, als auf den Schultern jener Franzosen beruhend, die intime Beziehungen zur römischen Kurie unterhielten und mehr als jede andere französische Partei Deutschland feindlich gesinnt waren. Immer schwebte Bismarck die Gefahr einer großen katholischen Allianz zwischen Frankreich, Italien, Oesterreich-Ungarn vor Augen, die durch den Hinzutritt

---

[1]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 4. April 1874. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Gontaut-Biron, „L'ambassade“, Bd. I, S. 206.

[3]) Gabriel Hanotaux, „Histoire de la France contemporaine“, Bd. I, S. 509.

Rußlands so übermächtig werden könnte, daß ihr gegenüber jeder Widerstand von seiten des Deutschen Reiches aussichtslos wäre. Im Interesse des Friedens und Deutschlands erachtete es daher der Kanzler für geraten, die Restauration des französischen Königtums zu hindern, unter dessen Fittichen sich die große katholische Allianz leichter verwirklichen konnte als unter der Republik.[1]) Sagte doch Bismarck einmal, Deutschland könne mit jeder französischen Regierung in Frieden leben, aber er müsse es bezweifeln, ob eine klerikale französische Regierung mit Deutschland Frieden zu halten vermöchte.[2]) Andrássy teilte um so weniger die Sorge Bismarcks vor einem Königtum in Frankreich, als er vom Grafen Chambord, falls er den Thron bestiege, voraussetzte, daß die inneren Wirren ihm gar keine Zeit lassen werden, an Revanche für Sedan denken zu können. Weit mehr mißtraute er den Prinzen aus dem Hause Orléans, die er für fähig hielt, zur Befestigung ihrer Dynastie sich in kriegerische Abenteuer zu stürzen.[3]) Am düstersten schien sich ihm jedoch die Zukunft unter einer Präsidentschaft Gambettas zu gestalten. Seiner Meinung nach könnte es als sicher gelten, daß auch Gambetta, gleich den Orléans, ohne Verzug Ernst mit der Revanche machen würde. Deswegen allein wäre Andrássy noch kein so entschiedener Gegner des „Diktators" gewesen. Aber er war überzeugt, daß der Mann, der Heere aus dem Boden gestampft, nicht davor zurückschrecke, neben der Schürung des Deutschenhasses sich auch der Entfesselung der Revolution als mächtiger Waffe für seine Rachepolitik zu bedienen. Ein solches, die Staaten Europas bedrohendes Vorgehen dünkte Andrássy weit besorgniserregender, als alle einer etwaigen Herrschaft der Ultramontanen zugeschriebenen Pläne, an die er überhaupt nicht recht glauben wollte. Denn der Graf war, was wieder Bismarck bezweifelte, der Ansicht, daß eine ultramontane Regierung nicht von langer Dauer sein könne, da sie die Majorität der Franzosen gegen sich hätte. Indem jedoch Andrássy von einer längern Präsidentschaft Thiers befürchtete, daß sie mit der Zeit unbedingt die Macht in die Hände Gambettas spielen würde, hielt er es für kein besonderes Unglück, wenn die Stunde seines Rücktritts schlagen sollte.[4]) Der Minister des

[1]) Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen", Bd. II, S. 169—170.

[2]) Bismarck an Reuß, Berlin, 18. Januar 1874.

[3]) Schweinitz an Bismarck, 1. September 1873. Nach Mitteilungen Andrássys.

[4]) Prinz Reuß, Petersburg, 16. Februar 1874. Nach Mitteilungen des Grafen Andrássy.

Aeußern selbst war jeder Allianz mit Frankreich zum Zwecke der Vergeltung unzugänglich. Alle Annäherungsversuche der französischen Regierung ließen ihn kalt. Wußte er doch nur zu gut, daß Frankreich allein, ohne Verbündete im Rücken Deutschlands, nicht so wahnwitzig sein werde, einen neuen Krieg zu beginnen, der mit seinem gänzlichen Verderben enden müßte.

Vorläufig war es Andrássy ebenso recht wie Bismarck, daß sich Thiers an der Macht erhielt. Aber die Genugtuung über die Vereinigung der gemäßigten Republikaner mit der Rechten der Nationalversammlung sollte nicht allzulange währen. Mit der Proklamierung der Republik als gesetzlicher Staatsform hatte Thiers den heftigsten Widerstand jener Elemente gegen sich wachgerufen, die sich stillschweigend in die Republik als Uebergangsform gefügt hatten, um in der Zwischenzeit die Wiederherstellung der Monarchie vorzubereiten. Zwischen dem Konservatismus Thiers' und dem sehnlichsten Verlangen der monarchisch gesinnten Mehrheit gab es keine Möglichkeit eines harmonischen Zusammenwirkens. Am 24. Mai 1873 blieb das Ministerium des Präsidenten der Republik in der Minderheit. Thiers, dem es unter den schwierigsten Verhältnissen gelungen war, zur raschen Begleichung der Kriegskosten zwei große Anlehen von zwei und drei Milliarden aufzunehmen, der Mann, den man „Befreier des Gebietes" von den deutschen Truppen genannt, mußte von seinem so ehrenvoll verwalteten Amte zurücktreten. Meinte Andrássy, daß das Scheiden Thiers' kein allzugroßes Unglück sei, sondern für den Frieden Europas eher ein Glück bedeute, so nahm dagegen Bismarck die Tatsache der Demission schwerer, als dies unter anderen Umständen der Fall gewesen wäre. Zwischen ihm und Thiers hatte sich im Laufe der Zeit eine Art persönlicher Sympathie herausgebildet, und da beim deutschen Kanzler mehr als bei irgendeinem Staatsmann jener Zeit derartige Empfindungen eine große Rolle spielten, erscheint es begreiflich, daß ihn, abgesehen von anderen politischen Erwägungen, der Rücktritt des Präsidenten mit tiefem Bedauern erfüllte.[1])

Die Zügel des Staates fielen nun dem von der Nationalversammlung gewählten Marschall Mac Mahon zu, dem „glorreich Besiegten von Sedan" und Bändiger der Kommune, der sich bei Klerikalen und Monarchisten gleich starker Beliebtheit erfreute.

---

[1]) Károlyi an Andrássy, 31. Mai 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

Der neue Präsident des Ministeriums, Herzog von Broglie, glaubte den Anforderungen der Etikette zu genügen, wenn er einfach die Botschafter und Gesandten anwies, den betreffenden Kabinetten, bei denen sie akkreditiert waren, den eingetretenen Wechsel an der höchsten Stelle im Staate anzuzeigen.[1]) Wenn sich bisher in der Frage, ob Republik oder Monarchie, keine vollständige Harmonie der Auffassung zwischen den drei Höfen von Wien, Berlin und Petersburg gezeigt hatte, so kam sie dagegen in der Angelegenheit der Anerkennung des neugewählten Oberhauptes Frankreichs zum einmütigen Ausdruck. Der englische Botschafter Lord Lyons hatte den Antrag gestellt, man möge sich mit der einfachen Notifikation des Ministerpräsidenten Herzogs von Broglie begnügen und die Vertreter der Höfe anweisen, nach einem Besuche bei Marschall Mac Mahon die diplomatischen Beziehungen zur französischen Regierung wieder aufzunehmen.[2]) Fürst Bismarck fand die einfache Anzeige des eingetretenen Präsidentenwechsels für ungenügend, sie entspreche weder den vorgeschriebenen Etiketteformen, die gerade in Frankreich den herrschenden republikanischen Zuständen gegenüber gewahrt werden müßten, noch auch dem monarchischen Interesse. Der deutsche Kanzler wünschte, die drei Kaiserhöfe sollten auf einer förmlichen Notifizierung seines Amtsantrittes durch Mac Mahon selbst beharren.[3]) Vicomte Gontaut-Biron, französischer Botschafter in Berlin, der in jedem Schritte Bismarcks eine seinem Vaterlande gehässige Handlung witterte, war nicht auf richtiger Spur, als er das jetzige Vorgehen des Kanzlers aus dessen Zorn über die angeblich durch die Wahl des Marschalls gekennzeichnete innere Erstarkung Frankreichs ableitete.[4]) Bismarck hatte in Wirklichkeit gar nichts gegen die Person Mac Mahons einzuwenden, die ihm sogar sehr genehm war. Aber er wollte aus der ihm von der französischen Regierung gebotenen Handhabe eine Waffe schmieden, um die Monarchien gegen die Möglichkeit zu schützen, einmal einen Präsidenten, wie etwa Gambetta, anerkennen zu müssen. Mittels Aufwerfung der Etikettefrage wollte man sich das Recht wahren, gegebenenfalls einem anderen, weniger zusagenden Präsidenten Frankreichs, als es Mac Mahon war, die völkerrechtliche Anerkennung zu ver-

---

[1]) Gontaut-Biron, „L'ambassade en Allemagne", Bd. I, S. 346.

[2]) Andrássy an Langenau, 30. Mai 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Graf Károlyi an Andrássy, Berlin, 27. Mai 1873. Ibidem.

[4]) Gontaut-Biron, „L'ambassade", Bd. I, S. 349.

weigern.[1]) Sowohl Gorčakov[2]) als auch Andrássy[3]) teilten die Auffassung Bismarcks. Alle drei Höfe gingen einhellig vor. Nur unserem Berliner Botschafter, Graf Károlyi, schien es, als würde Bismarck der ganzen Sache, die im Grunde doch eigentlich nur eine Etikettefrage sei, viel zu viel Gewicht beilegen und dadurch gerade einer Regierung Schwierigkeiten bereiten, die man im monarchischen Interesse eher fördern und unterstützen müßte.[4]) Die unverhohlene Vorliebe Károlyis für die Restauration der Monarchie in Frankreich macht es begreiflich, daß der österreichisch-ungarische Botschafter seine Freude über den Sturz Thiers' nicht zu unterdrücken vermochte.[5]) Doch dürfte er damit schwerlich auch die Ansichten Andrássys verdolmetscht haben, dem, ungeachtet aller Vorliebe für das Königtum, der ehemalige Minister Louis Philipps nicht weniger sympathisch war, als er es Bismarck gewesen. In Paris beeilte man sich, infolge der Berichte Gontaut-Birons, die Angelegenheit der Notifikation raschestens in befriedigender Weise einer Lösung zuzuführen. Marschall Mac Mahon teilte selbst den Mächten den eingetretenen Wechsel in der Präsidentschaft mit,[6]) wodurch die heikle, von einem politischen Beigeschmack nicht freie Etikettefrage aus der Welt geschafft wurde. In diesem Falle hatte die Uebereinstimmung der drei Kaiserhöfe, wie sie auf der Berliner Entrevue von 1872 beruhte, zu einem offenbaren Erfolge geführt.

---

[1]) Andrássy an Langenau, Wien, 30. Mai 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern. „. . . disant que nous tenions à marquer ainsi notre droit de ne pas nous faire représenter par un ambassadeur dans le cas où le choix de l'assemblée serait tombé sur un personnage moins respectable que ne l'est le maréchal.“ Gontaut-Biron, „L'ambassade“, Bd. I, S. 356.

[2]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 31. Mai 1873. Ibidem.

[3]) Andrássy an Károlyi, Wien, 28. Mai 1873. Ibidem.

[4]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 31. Mai 1873. Ibidem.

[5]) Gontaut-Biron, „L'ambassade“, Bd. I, S. 349.

[6]) Ibidem, S. 366.

## Fünftes Kapitel

# Erste Anzeichen der Lockerung des Drei-Kaiser-Bündnisses

Seitdem Oesterreich-Ungarn zu Deutschland in sehr guten und zu Rußland in leidlichen Beziehungen stand, erfreute es sich im Innern größerer Ruhe als in früheren Tagen. Unter dem Walten der neuen Friedenspolitik hatten die separatistischen Elemente in der Monarchie weder von Berlin noch von St. Petersburg oder Moskau mehr auf wirksame Unterstützung zu rechnen. Von nicht minder vorteilhaftem Einfluß war es, daß seit dem Sturze des französischen Kaiserreiches unsere „interessanten Nationalitäten" aufhörten, wie einst in den Tuilerien, den Gegenstand aufmerksamen Studiums zu bilden.[1]) Höchstens daß in Welsch-Tirol die von Italien aus genährte Sehnsucht nach Anschluß an dieses Königreich sich äußerte. Von schädlicher Wirkung auf unser Verhältnis zu dem italienischen Königreich war das aber keineswegs. Den slawischen und rumänischen Fürstentümern gegenüber hatte man sich teils durch Entgegenkommen in Dingen, die ihr Verhältnis zur Türkei betrafen, teils durch Entschiedenheit in allen Fragen, die sich auf die Umtriebe unter ihren Konnationalen in Ungarn bezogen, in Respekt zu versetzen gewußt. Graf Andrássy nannte das vertraulich die Politik von „Hafer und Peitsche". In kultureller Beziehung war ferner das Ansehen der Monarchie durch die Wiener Weltausstellung von 1873 sehr gestiegen.

Diese Weltausstellung gab den Anlaß zu den historisch bedeutsamen Besuchen der vornehmsten europäischen Souveräne in Wien. Es kam zunächst Alexander II., und bald sollte Kaiser Wilhelm I. folgen. Ursprünglich hatte der Deutsche Kaiser die Absicht, sich direkt von Petersburg nach Wien zu begeben.[2]) Ein leichter Schlaganfall Wilhelms, den man der Oeffentlichkeit zu verheimlichen wußte,[3]) bewirkte die Abänderung des Reiseplanes.

---

[1]) Schweinitz an Bismarck, 9. Oktober 1873.

[2]) Károlyi an Graf Andràssy, 2. Januar 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Idem. 12. Juni 1873. Ibidem.

Fast zwei Stunden lag der Deutsche Kaiser ohne Besinnung.[1]) Mehrere Tage hindurch sprach er ganz unverständlich und vermochte seine Gedanken nur schwer zu sammeln. Die Aerzte bestanden auf unbedingter Ruhe und widerrieten allen mit einer längeren Reise und großen Festlichkeiten verbundenen Aufregungen.[2]) Nun ward die Bestimmung getroffen, der greise Monarch solle zuerst im Juli die Kur in Ems und nachher zur weiteren Stärkung die Gasteiner Warmbäder gebrauchen. Vom jeweiligen Befinden hing die Fahrt nach Wien ab. Kaum fühlte sich Kaiser Wilhelm wohler, als er sofort seinem tiefen Bedauern über das notgedrungene Unterbleiben seines Gegenbesuches beim Wiener Hofe lebhaften Ausdruck verlieh. Nur schweren Herzens unterwarf er sich dem Einspruche der Aerzte. Lange wollte er überhaupt nicht die Notwendigkeit einsehen, sich in die Lage eines kranken oder mindestens leidenden Mannes fügen zu müssen.[3]) Wie Fürst Bismarck unserem Botschafter in Berlin mitteilte, lag der Grund der großen Bekümmernis, von der Wilhelm I. bedrückt wurde, in dessen Besorgnis, sein Fernbleiben könnte bei Franz Josef I. Verstimmung erregen. Auf besonderen Befehl seines Herrschers hatte daher Bismarck Graf Károlyi zu sagen, welchen Wert Kaiser Wilhelm darauf lege, daß der politische Eindruck seiner beabsichtigten Reise nach Wien nicht verwischt werde. Deswegen sei er auf den Gedanken verfallen, seine Gemahlin gewissermaßen als Stellvertreterin nach dem Wiener Hofe zu entsenden. Bismarck bezeichnete diesen Wunsch seines kaiserlichen Herrn auch als den seinigen und erklärte gleichzeitig, Kaiserin Augusta wäre bereit, das aufrichtig empfundene Verlangen ihres kaiserlichen Gemahls zu erfüllen. Doch hätte, fügte der Kanzler bei, die Einladung von Wien aus zu erfolgen. Graf Károlyi setzte sich sehr eifrig dafür ein, damit dies sofort geschehe, als Beweis dafür, daß in Wien absolut keine Verstimmung herrsche. Andrássy war aber keineswegs geneigt, auf den Vorschlag der Botschaft einzugehen. Es schien ihm nicht erwünscht, daß man in Berlin den Eindruck gewinne, als wollten wir um jeden Preis raschen Ersatz für das Fernbleiben Kaiser Wilhelms schaffen. Seiner Ansicht nach konnte der Besuch der Kaiserin Augusta nur dann ein offizielles Gepräge erhalten, wenn die Anregung hierzu von Berlin aus gegeben werde.

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 13. Juni 1873 (ung.).
[2]) Károlyi, Berlin, 12. Juni 1873.
[3]) Idem ad eundem. Berlin, 14. Juni. Ibidem.

Er schrieb daher an Károlyi: „Wir können weder in dem Lichte erscheinen, als wollten wir aus diesem Anlaß überhaupt politisches Kapital schlagen, noch auch dem Kaiser Wilhelm nahelegen, daß er dem Erscheinen der Kaiserin dadurch den Charakter einer politischen Bedeutung aufpräge, daß er sie offiziell mit seiner Vertretung beauftrage." [1]) Mittlerweile hatte sich Kaiserin Augusta bereits zur Reise entschlossen. In einem eigenhändigen Schreiben gab Bismarck hiervon dem Grafen Károlyi Nachricht und schloß seinen Brief mit den Worten: „Mein allergnädigster Herr gibt die Hoffnung nicht auf, daß ihm vergönnt und ärztlich erlaubt sein werde, bei Gelegenheit der Gasteiner Kur Seine Majestät den Kaiser Franz Josef zu besuchen, ohne die ärztlichen Gebote wegen Vermeidung der Anstrengungen zu übertreten, welche von dem Besuche der Ausstellung unzertrennlich sein würden." [2]) Am 25. Juni 1873 traf Kaiserin Augusta in der Kaiserstadt an der Donau ein. Wien begrüßte in ihr eine der geistvollsten und eigenartigsten Frauen Deutschlands. Wiewohl sonst in allen anderen Fragen die entschiedenste Gegnerin Bismarcks, unterstützte sie doch mit Wärme dessen auf die Freundschaft mit Oesterreich-Ungarn hinzielende Politik. Mit ihrem gewinnenden Wesen trug sie nicht wenig dazu bei, alte, hier noch in voller Kraft bestehende Antipathien gegen Preußen zu überwinden. Ueberall ward ihr mehr als bloß ein ihrer Stellung gebührender glänzender Empfang zuteil. In hohem Maße entzückte sie das märchenhaft schöne Gartenfest, das Graf und Gräfin Andrássy ihr zu Ehren am 29. Juni veranstalteten. [3])

---

[1]) Andrássy an Károlyi, Wien, 14. Juni 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Eigenhändiges Schreiben Bismarcks an Graf Károlyi, Berlin, 13. Juni 1873. Ibidem.

[3]) Der Ball war insofern ein Gartenfest zu nennen, als damals noch jener Teil der Wiener Bastei bestand, der als Wagenauffahrt zur Hofburg, speziell zu dem Trakt der Eltern des Kaisers und Königs Franz Josef, diente. Ueber eine kleine Brücke, die vom Ministerium des Aeußern auf die Bastei führte, begab sich der Minister zum Vortrag beim Monarchen. Der umgebende Teil der Löwelbastei bildete einen kleinen Park mit einer historisch gewordenen Linde, unter der Fürst Metternich zu arbeiten gepflegt hatte und die auch noch Andrássy an schönen Tagen als „Arbeitszelt" benützte. An diesem Orte war nun, während in den weitläufigen Sälen des Ministerpalais Militärmusik spielte, eine Zigeunerkapelle aufgestellt. Kaiserin Augusta interessierte sich, als Gönnerin und Verehrerin Liszts, besonders lebhaft für ungarische Musik. Sie ersuchte daher den Grafen Andrássy, sie in die Nähe der Zigeunerkapelle zu geleiten. Die hohe Frau war von den Volksweisen und dem Feuer des Vortrags derart

Charakteristisch für die feinfühlige Art der Deutschen Kaiserin ist es, daß sie am Schlusse des Festes die Kaiserin und Königin Elisabeth[1]) bat, ihr rasch einige ungarische Worte beizubringen, mit denen sie sich bei der Gräfin Andrássy bedanken wolle. Die Herrin des Hauses war nicht wenig überrascht, als Kaiserin Augusta sich von ihr mit den ungarischen Worten verabschiedete: „Köszönöm a gyönyörü mulatságot!" (Ich danke für die herrliche Unterhaltung.) Mit dem Gefühle voller Befriedigung über den Aufenthalt in Wien verließ sie die Kaiserstadt, und auch später noch bezeichnete sie ihn als einen Lichtblick ihres Lebens.[2])

Kaiser Wilhelm beeilte sich nach Möglichkeit, den aufgeschobenen Besuch nachzuholen. Nachdem er die Kur in Ems und Gastein vollendet und am 29. August im besten körperlichen Wohlsein wieder in Berlin eingetroffen war, wurde die Reise nach Wien für Mitte September festgesetzt.[3]) Da aber Kaiser Wilhelm zeitweise noch an den Folgen des Kongestionanfalles litt und sich auch Gedächtnisschwäche bemerkbar machte, erachteten es die Aerzte für geratener, die Abreise zu verschieben.[4])

Am 17. Oktober traf Kaiser Wilhelm endlich in Wien ein und mit ihm Fürst Bismarck. Noch im September 1872 war er von Kaiser Franz Josef I. zur Besichtigung der Weltausstellung eingeladen worden. Andrássy hatte erwartet, Bismarck werde von Petersburg aus, wohin er seinen kaiserlichen Herrn begleitete, einen Abstecher nach Wien machen. Da dies nicht geschah, ließ ihm der österreichisch-ungarische Minister eine neuerliche Aufforderung zukommen. „Auf alle Fälle," schrieb er Károlyi, „wollen Eure Exzellenz dem Herrn Reichskanzler in möglichst verbindlicher Weise

---

entzückt, daß sie äußerte: „Es macht einen völlig schwindeln," worauf Andrássy erwiderte: „Das ist noch nichts, solange sie nüchtern sind. Gestatten mir Eure Majestät, zu zeigen, wie der Zigeuner spielt, wenn man ihn aneifert." Nun begab sich der Graf mit seinem kaiserlichen Gast noch näher zur Kapelle, die hierdurch in die für solche Fälle erfahrungsmäßige Ekstase der Zigeuner geriet, was auf die Kaiserin einen hinreißenden Eindruck machte. Mitteilung eines Zeitgenossen, dem Graf Andrássy diese Szene selbst erzählt hatte.

[1]) Unrichtig ist es, wenn Przibram in seinen „Erinnerungen", Bd. I, S. 373, sagt, daß die Kaiserin und Königin Elisabeth damals fern von Wien weilte.

[2]) Münch an Andrássy, Berlin, 19. August 1874. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Münch (in Abwesenheit des beurlaubten Grafen Károlyi), Berlin, 6. September 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Münch, 20. September 1873. Ibidem.

ausdrücken, wie angenehm es Seine Majestät berühren und wie sehr ich persönlich erfreut sein würde, Seine Durchlaucht in Wien begrüßen zu können."[1]) Bismarck war auch bereit, dem freundlichen Rufe in Begleitung Kaiser Wilhelms zu folgen. Als dieser erkrankte, wollte der Kanzler nicht allein die Reise antreten. Bismarck ließ Andrássy sagen, daß er, wenn er nicht so dringend der Erholung bedürfte, schon in der nächsten Zeit seine Absicht verwirklichen würde. Bismarck litt wirklich damals, wie er es selbst nannte, an einem ihn „völlig übermannenden Gefühl der Menschenscheu", von dem er Heilung in Varzin suchte. Erst wenn die Nerven sich beruhigt, gedachte er einen Kurort zu benützen und sich von dort aus nach Wien zu begeben. Ihm war es selbstverständlich nicht um die Weltausstellung zu tun. Sein Erscheinen in der Kaiserstadt an der Donau sollte vielmehr eine neue Bekräftigung der im Bunde mit Oesterreich-Ungarn bekundeten Friedenspolitik sein. Darauf zielten alle seine Bemerkungen gegenüber dem österreichisch-ungarischen Botschaftsrat, Freiherrn von Münch, dem er sagte, er zweifle nicht an der absoluten Friedensliebe des Zaren, die ihm eine Bürgschaft für die gleiche Gesinnung Gorčakovs biete, der, wie es in jedem Uhrwerke langsamere und raschere Bewegungen gebe, im Rate der russischen Krone die letzteren versinnliche. Bismarck verurteilte das Sensationsbedürfnis des Publikums und der Presse, ohne das es in der Welt viel friedfertiger aussehen würde. „Denn," fügte er hinzu, „das Kriegmachen um des Krieges willen und aus konspiratorischem Hange sei seit Napoleon III., der im Geiste damit beständig beschäftigt gewesen, doch glücklich vorüber."[2])

Aus dem Toaste, den Kaiser Wilhelm am 21. Oktober 1873 bei dem ihm zu Ehren veranstalteten Galadiner in der Hofburg hielt, sprach der Geist Bismarcks. Er wies darin der großen europäischen Politik die gleichen Wege, die er bisher gegangen und die den Freundschaftsbund zwischen den drei Monarchen von Oesterreich-Ungarn, Deutschland und Rußland zum Endziele hatten. Die Verkündigung der in Berlin im September 1872 ausgetauschten und jetzt, im Oktober 1873, in Wien erneuten freundschaftlichen Gesinnungen als „eine Bürgschaft des europäischen Friedens und der Wohlfahrt unserer Völker",[3]) klang im Munde Kaiser Wilhelms

---

[1]) Andrássy an Károlyi, 18. Mai 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.
[2]) Münch, Berlin, 26. Juni 1873. Ibidem.
[3]) Worte aus dem Toaste Kaiser Wilhelms.

als Botschaft des Friedens und zugleich als Drohung für all jene, die es wagen sollten, ihn brechen zu wollen. Nicht ohne Absicht war dem Trinkspruch des Deutschen Kaisers von Bismarck eine prononciert politische Färbung gegeben worden. Er richtete seine eigentliche Spitze nach Frankreich, wo eben damals eine große Umwälzung in Sicht war. Die monarchische Majorität der französischen Nationalversammlung stand auf dem Sprunge, den Grafen Chambord als Henry V. auf den Thron zu erheben. Seine Anhänger zweifelten nicht, daß er auf die einzige ihm gestellte Bedingung, der Annahme der trikoloren Fahne, eingehen werde, um der Wiederhersteller des bourbonischen Königtums zu werden. Ende Januar 1873 hatte sich Mgr. Dupanloup, der Erzbischof von Paris, in dieser Angelegenheit an den Grafen Chambord und den Papst gewendet. Der Kirchenfürst erteilte den Rat, die bourbonische Lilie mit den nationalen Farben zu verschwistern, also die trikolore Fahne zu „fleurdelyser“, wie es in seinem Briefe an den Papst heißt.[1]) Der Petersburger Botschafter, General Le Flô, ein sehr eifriger Monarchist, reiste damals in der sicheren Ueberzeugung nach Paris, daß seine Stimme als Deputierter mit dazu beitragen werde, die Wahl Chambords zu ermöglichen, von dem er behauptete: der künftige König von Frankreich sei viel liberaler, als man gewöhnlich glaube.[2]) Wie groß war jedoch die Ueberraschung Le Flôs, als er bei seiner Ankunft in der französischen Hauptstadt den Brief Chambords vom 8. Februar an den Erzbischof Dupanloup vorfand, in dem der Bourbone erklärte, auch dem Throne zuliebe seiner Gesinnung nicht untreu werden zu können. Für die Monarchisten war dieser Schritt des Grafen von vernichtender Wirkung. „Armes Frankreich! Alles ist verloren!“[3]) rief der Erzbischof von Paris aus, als er das Schreiben des Prätendenten zu Ende gelesen.

In Berlin, wie auch in Petersburg[4]) war man mit dieser Lösung der für so schwer und gefahrdrohend gehaltenen Krise sehr zufrieden. Wie früher stand auch jetzt Andrássy auf dem Standpunkte, der Monarchie in Frankreich seien keine gefähr-

---

[1]) Hanoteaux, a. a. O., Bd. I, S. 538.

[2]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 8. November/27. Oktober 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Hanoteaux, a. a. O., Bd. I, S. 538.

[4]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 29. November 1873, und Langenau an Andrássy, 8. November/27. Oktober 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

licheren Tendenzen als der Republik zuzumuten.[1]) Zur Zeit aber, da Kaiser Wilhelm seinen Trinkspruch in Wien hielt, vermochte weder Andrássy noch Bismarck zu wissen, welchen Entschluß der Graf von Chambord fassen würde, und deshalb konnte auch unserem Minister des Aeußern die Mahnung an die Franzosen nicht ungelegen kommen. Mit Bismarck vereinte sich Andrássy in dem Wunsche, dem Frieden die möglichst stärksten Stützen zu verleihen, und in dieser Beziehung galt der Besuch Kaiser Wilhelms in Wien als neue Bürgschaft der von den drei Monarchen geschlossenen Friedensliga. So schieden Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck mit den besten Eindrücken von Wien. „Es herrscht," schrieb Graf Károlyi aus Berlin an Andrássy, „in hiesigen maßgebenden Kreisen diesfalls nur eine Stimme, und die öffentliche Meinung bleibt auch in dieser Hinsicht nicht zurück. Die Bahn ist nun geebnet, um alle Schwierigkeiten, die auftauchen können, glücklich zu überwinden. Solange die Leitung der Geschicke Oesterreich-Ungarns und Deutschlands den jetzigen Händen anvertraut bleibt, erachte ich eine ernste Brouille nicht für denkbar."[2]) Zwischen Andrássy und Bismarck hatte sich das Band innigen Einvernehmens nur noch fester geknüpft. Am meisten fesselte Andrássy an Bismarck dessen leibhaftiger Menschenverstand, die Klarheit, die Treffsicherheit, mit der er bei allem stets wisse, worauf es ankomme.[3]) In den langen Unterredungen über die Weltlage fielen Andrássy der Zorn und der Haß auf, mit dem der deutsche Kanzler vom Papst sprach, so daß ihm das Blut an die Augenränder trat.[4]) Wie Andrássy dem Fürsten Bismarck, so hat auch dieser dem Grafen ein sehr freundschaftliches Gedenken bewahrt. Nach der Abreise schrieb der Kanzler an ihn: „Meine angenehmen Erinnerungen an Wien und an Ihr gastliches Haus haben keinen Eintrag erlitten durch eine empfindliche Halskrankheit, die ich erst vor kurzem ganz überwunden habe; die Aerzte machten sie und sich selbst mit dem Schreckenswort Diphtheritis wichtig.

---

[1]) Andrássy versah die Mitteilungen Károlyis über die in Berlin herrschende Ansicht von der monarchischen Gefahr mit zwei Fragezeichen. Károlyi an Andrássy, Berlin, 29. November 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Graf Károlyi an Andrássy, Berlin, 15. November 1873. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Dóczy, „Andrássy und Bismarck", „Neue Freie Presse", 25. November 1906.

[4]) Ibidem.

Nachdem sie überstanden ist, gehe ich nun in wenigen Tagen den chronischen Leiden parlamentarischer Tätigkeit entgegen und bitte Gott, daß er mich mit dem Panzer der Geringschätzung gegen die Ansichten meiner Mitmenschen redlich ausrüste, dessen ein konstitutioneller Minister zu seinem Gewerbe bedarf. Unsere Gegner," heißt es in dem interessanten Schreiben weiter, „sind uns durch Mangel an Erziehung und an Geschäftskunde, an Wohlwollen und an Vaterlandsliebe und durch den Vorteil, daß sie keinem Lande und keinem Monarchen, sondern nur sich und der Partei zu dienen brauchen, so unendlich überlegen, daß der Kampf ein sehr ungleicher ist. Aber er muß gefochten werden." [1])

Die bisherigen gegenseitigen Begrüßungen der Monarchen fanden ihren markanten Schlußpunkt in der Begegnung Kaiser Franz Josefs I. mit Alexander II. in Petersburg.[2]) Erst damit sollte aller Welt in sichtbarster Weise klar werden, daß die Mißhelligkeiten zwischen unserer Monarchie und dem Zarenreiche endgültig beseitigt seien und die Feinde des Friedens weder von Oesterreich-Ungarn noch von Rußland Hilfe zu gewärtigen hätten. Eben deshalb wurde die Fahrt unseres Monarchen nach der russischen Hauptstadt von jenen slawischen Elementen mit scheelen Augen betrachtet, die zu dem Zaren als dem mächtigen Beschützer ihrer Sonderbestrebungen aufblickten. Andererseits verfolgten die Liberalen Oesterreichs mit banger Furcht die neuerliche Annäherung an Rußland, da sie von ihr das Grab der jungen Freiheit in ihrem Lande besorgten. In Ungarn stand man gleichfalls mißvergnügt der Reise gegenüber.[3]) Vielfach ward Andrássy vorgeworfen, er demütige Oesterreich-Ungarn, indem man dem Zaren förmlich, wenn auch vergeblich, nachlaufe. Sei doch Alexander II. mit so unlösbaren Banden an Deutschland gefesselt, daß in Petersburg für die Freundschaft mit einer zweiten Macht kein Platz mehr übrig sei.[4]) Die polnische Emigration, der die Harmonie zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Zarenreich ein Dorn im Auge sein mußte, versuchte ihrerseits, von vornherein störend in die Zu-

---

[1]) Bismarck an Andrássy, Varzin, 2. Dezember 1873. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Merkwürdigerweise erwähnt Goriainov in seinem Buche „Le Bosphore et les Dardanelles" nichts von dieser Petersburger Entrevue. Akten hierüber müssen ihm, dem Direktor der russischen Staatsarchive, doch zur Verfügung gestanden sein.

[3]) Schweinitz, Wien, 26. Februar 1874.

[4]) Prinz Reuß an Bismarck, Petersburg, 18. Februar 1874.

sammenkunft einzugreifen durch die Verbreitung des Gerüchtes, Kaiser Franz Josef beabsichtige, bei Alexander II. sein mächtiges Wort zugunsten der unterdrückten Polen Rußlands in die Wagschale zu werfen.[1]) Auch gab es eine einflußreiche Partei, die katholisch-feudale, die offen für eine österreichisch-ungarische-französisch-englische Allianz schwärmte, als Bollwerk gegen die „maßlose Expansionskraft“ des russisch-deutschen Bündnisses. Die Anhänger dieser Partei nährten im stillen den Wahn, es werde allmählich gelingen, Rußland mit Deutschland zu entzweien, um dann in letzter Linie gegen dessen kirchenfeindliche Maßregeln einen Damm zu errichten.[2]) Diesen Bestrebungen wurde von Wien aus ein Dämpfer aufgesetzt, indem in einem von dem österreichisch-ungarischen Ministerium des Aeußern beeinflußten Artikel des „Journal des Débats“ die Franzosen gemahnt wurden, sich keinen Illusionen hinzugeben und von der Reise nach Petersburg absolut keine Erkaltung der russisch-preußischen Beziehungen zu erwarten.[3]) Um so nötiger hielt Andrássy diese Ernüchterung, als er aus eigener Erfahrung die unsinnige Furcht der Franzosen vor einem neuerlichen Zusammenstoß mit Deutschland kannte und wußte, daß sie all ihre Hoffnungen für die Zukunft auf einen Bruch zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche gründeten. Sagte er ja zu Prinz Reuß in Petersburg nach einem Besuche, den ihm der französische Botschafter General Le Flô gemacht hatte: „Die (Franzosen) haben große Besorgnis, daß Deutschland ihnen aufs Dach steigen wird. General Le Flô ist jedoch wie alle Franzosen; auch er sucht das Unglück Frankreichs anderswo, als wo es eigentlich steckt: in der Nation selbst, und ehe diese Selbsterkenntnis zum Durchbruch kommt, kann dem Lande nicht geholfen werden.“ [4])

Sehr gut war Andrássy über alle gegen die Petersburger Reise gerichteten Strömungen unterrichtet, und es kostete ihn kein leichtes Stück Arbeit, sie ihnen zum Trotz durchzusetzen. Er

---

[1]) Reuß an Bismarck, Petersburg, 14. Februar 1874.

[2]) „Vaterland“, 15. Februar 1874.

[3]) Der Artikel ist mitgeteilt in der „Neuen Freien Presse“ vom 11. Februar 1874. Schweinitz an Bismarck, Wien, 14. Februar 1874, sagt ausdrücklich, daß der Artikel des „Journal des Débats“ von Wien aus inspiriert wurde, daß aber dieses Blatt aus eigenem den Wunsch hinzufügte: „Oesterreich möge unabhängig sein“, d. h. mittels russischer Freundschaft die deutsche abschütteln.

[4]) Reuß an Bismarck, Petersburg, 16. Februar 1874.

machte in Petersburg vor Gorčakov auch kein Hehl daraus; alles teilte er ihm mit, was er den Gegnern der Entrevue geantwortet habe. Vor allem berief er sich diesen gegenüber auf die Pflicht des Kaisers, den Besuch des Zaren in Wien zu erwidern, indem sonst die wiederhergestellten guten Beziehungen mit dem russischen Hofe nicht gepflegt werden könnten. Die Reise mußte aber auch zu dem Behufe erfolgen, um sich mit Rußland über einige Punkte der allgemeinen Politik zu verständigen, die für die Zukunft Oesterreich-Ungarns von der höchsten Bedeutung wären. Man könne nicht wissen, sagte Andrássy seinen Widersachern, ob nicht einmal die Zeit kommen werde, in der es Deutschland, vielleicht von der nationalen Partei gezwungen oder aus anderen Gründen, für ersprießlich erachten werde, nicht bloß in seinen Einheitsbestrebungen weiter als bisher zu gehen, sondern seine Machtsphäre auch auf die Deutschen Oesterreichs auszudehnen. Eine unvermeidliche Folge davon wäre, daß die Monarchie immer mehr nach Osten abgedrängt würde, was natürlich wieder Rußland nicht angenehm sein könnte. Zur Verhinderung solcher Pläne Deutschlands bliebe nichts anderes übrig, als sich des russischen Einflusses auf das deutsche Kabinett zu bedienen. Wo aber wäre dies leichter zu erreichen als am Sitze der russischen Regierung selbst? Deshalb dünkte ihm die Reise des Kaisers nach Petersburg als unerläßlichstes Gebot einer richtigen und weitsichtigen Politik. Auf diese Weise, erzählte Andrássy dem Fürsten Gorčakov, habe er den Unzufriedenen den Zweck der Begegnung des Monarchen mit dem Zaren nicht ohne Erfolg klar und verständlich zu machen gewußt.[1])

Man wird es wahrlich unschwer begreifen, daß derartige Aeußerungen aus dem Munde Andrássys bei Bismarck, als sie ihm hinterbracht wurden, ernste Bedenken erregten. Sollte all die Mühe, die er sich bisher gegeben, die Politik Oesterreich-Ungarns mit der Deutschlands zu einem gemeinschaftlichen Ziele zu einen, vergebliche Arbeit gewesen sein? Der peinliche Eindruck der Worte Andrássys mußte noch verstärkt werden durch die ihm zur selben Zeit zugekommene Mitteilung, daß die Bemerkungen des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern bei Gorčakov ein verständnisvolles Echo fanden. Traute doch der russische Staatskanzler in seiner Eifersucht auf die letzten großen Siege Deutsch-

---

[1]) Reuß an Bismarck, Petersburg, 18. Februar 1874. Reuß bemerkt, er habe die Unterredung Andrássys mit Gorčakov aus sicherer Quelle erfahren.

lands der Politik Bismarcks die ehrgeizigsten Absichten zu, denen er durchaus abhold gesinnt war! Bei solcher Stimmung Gorčakovs schien es wenig belangreich, daß Alexander II., im Vertrauen auf Kaiser Wilhelm, nicht so unbedingt wie sein erster Minister an die von Andrássy angedeuteten Einheitsabsichten des Berliner Hofes glauben wollte.[1]) Die Tatsache war nicht wegzuleugnen, daß der russische Staatskanzler seinen deutschen Kollegen für fähig hielt, sich dereinst im geeigneten Augenblicke der deutschösterreichischen Provinzen zu bemächtigen.

Bismarck fühlte, daß er unter solchen Umständen keinen Augenblick schweigen dürfe. In seinen Augen würde es eine Gefährdung des von ihm begründeten politischen Systems bedeutet haben, hätte er dulden wollen, daß im Ministerpalais am Wiener Ballplatz Anschauungen Wurzel fassen, wie sie Andrássy dem Fürsten Gorčakov gegenüber vorgebracht hatte. Aus diesem Grunde entschloß er sich, an General Schweinitz in Wien eine umfangreiche, äußerst wichtige Depesche zu richten, in der er präzise seinen Gedankengang darlegte. Sie sollte dem Wiener deutschen Botschafter als Behelf dienen, die Auffassung Andrássys zu widerlegen.

Interessant ist es, aus dieser Weisung an Schweinitz ersehen zu können, wie Bismarck, ungeachtet der an ihm gewohnten Treffsicherheit, sich im ersten Momente die unmittelbare Ursache der Aeußerungen Andrássys nicht klar zu machen wußte. Er vermochte keinen Anlaß zu entdecken, der Andrássys Verdacht gegen seine Politik hätte erregen können. Der deutsche Kanzler war durchdrungen davon, daß bloßer Argwohn Andrássy nicht zu der Sprache veranlaßt habe, deren er sich gegenüber Gorčakov bediente; denn er hielt sich für überzeugt, daß die in Oesterreich „gewohnheitsmäßig" verbreiteten Besorgnisse vor einem Uebergreifen Deutschlands bei dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern entweder nie vorhanden waren oder, wenn sie bestanden haben sollten, „längst und vollständig" beseitigt seien. Um so weniger war Bismarck geneigt, Mißtrauen vorauszusetzen, als es in seinen Augen zweifellos war, daß die Beziehungen seit der Zeit nach 1866 nur zur Befestigung der Freundschaft des Deutschen Reiches mit Oesterreich-Ungarn und zur Förderung des inneren Friedens der Monarchie beigetragen hätten. Auch nahm er an, man werde sowohl in Wien als in Budapest erkannt haben,

---

[1]) Prinz Reuß an Bismarck, Petersburg, 18. Februar 1874.

daß die Macht und die Einheit des Deutschen Reiches durch dessen Verschmelzung mit den seit 400 Jahren tatsächlich von Deutschland getrennten österreichischen Erblanden eher verlieren als gewinnen würden.[1])

Es war natürlich, daß Bismarck nach anderen einleuchtenderen Motiven zur Erklärung von Andrássys Vorgehen forschte. Er fand sie nicht in der Besorgnis, möglicherweise in den Kampf Deutschlands gegen die Ultramontanen einbezogen zu werden. Sollte sich etwa Andrássy in seinen Empfindungen als Ungar verletzt fühlen? Auch das wollte Bismarck nicht zugeben, aus dem einfachen Grunde, weil er sich bewußt war, hierzu keine Veranlassung geboten zu haben. Vielmehr hob er hervor, daß er bei jeder Gelegenheit Deutschlands Sympathien für den berechtigten Einfluß Ungarns an den Tag gelegt habe. Nach des Kanzlers Ansicht könnte auch sein Verhalten weder gegenüber den Donaufürstentümern noch gegenüber den Siebenbürger Sachsen einen Vorwand zu Mißtrauen gegen Berlin geben. Zur Unterstützung seiner Behauptungen berief sich Bismarck darauf, daß er gerade mit Rücksicht auf Oesterreich-Ungarn die Aspirationen des Fürsten Karl von Rumänien nicht nur nicht förderte, sondern sie eher hintanzuhalten trachtete. Ebensowenig könne die Rede davon sein, daß er, Bismarck, den Siebenbürger Sachsen in ihrem Kampfe gegen Ungarn irgendwelche Ermutigung habe zuteil werden lassen. Der deutsche Kanzler erklärte aufs bestimmteste, einem derartigen Gedanken ebenso fernzustehen, wie überhaupt jeder Versuchung, sich der Stammesgenossen in den russisch-baltischen Provinzen, in Nordamerika oder in der Schweiz anzunehmen. Haben, meinte Bismarck, die Deutschen in Ungarn oder Siebenbürgen Grund zur Beschwerde gegen die vorgesetzte Staatsbehörde, so sei dies wohl zu beklagen; zu mehr als zum Bedauern einer solchen Situation halte sich das Deutsche Reich nicht befugt, am wenigsten dürfe es dadurch seine politischen Beziehungen zur Regierung des betreffenden Landes beirren oder sich gar zu einer Einmischung in dessen innere Angelegenheiten bestimmen lassen. Bismarck lehnte es auch ab, irgendwie mit journalistischen Angriffen Beusts, Vitzthums oder Prokeschs auf Andrássy in Verbindung gebracht zu werden. Insbesondere verwies er darauf, daß die „Allgemeine Zeitung“ ebensosehr seine Gegnerin als die Andrássys sei.[2])

---

[1]) Bismarck an Schweinitz, Berlin, 25. Februar 1874.

[2]) Ibidem.

Die Abschüttelung des vielgelesenen deutschen Journals schien um so nötiger, als eben damals die „Allgemeine Zeitung" unter dem Titel: „Deutschland und Rußland gegenüber Oesterreich und der orientalischen Frage" einen Artikel veröffentlichte, der das größte Aufsehen erregte und ganz und gar geeignet war, ein schiefes Licht auf Deutschland zu werfen. In dem Artikel hieß es, Andrássy möge sich ja nicht vermessen, in Petersburg trennend zwischen Deutschland und Rußland zu treten. Mit dürren Worten wurde hier gesagt, Oesterreich-Ungarn müsse sich bescheiden, jener Richtung der Politik zu folgen, die bereits in der russischen und deutschen Hauptstadt vorgezeichnet worden. Sollte die österreichisch-ungarische Monarchie es trotzdem wagen, über die festgesetzte Linie hinauszugehen, so möge sie nur auf ihre Vernichtung gefaßt sein.[1]) In den höchsten Kreisen Wiens verursachten die verletzenden Auslassungen der „Allgemeinen Zeitung" große Verbitterung. War man doch überzeugt, daß sie von Berlin aus veranlaßt wurden, als deutliche Drohung der deutschen Regierung.[2]) Andrássy, dem man die „Allgemeine Zeitung" vom 13. Februar nach St. Petersburg mit der Anfrage nachgesandt hatte, welches Verhalten in dieser Sache zu beobachten wäre, antwortete kurz und bündig: Gar keines. Er beschied das Wiener Ministerium, ihn mit derartigen Dingen zu verschonen und den ganzen Artikel als nicht existierend zu betrachten. Ich halte mich, sagte er, an das System Bismarcks: derartigen Angriffen gegenüber die größte Gleichgültigkeit walten zu lassen. Habe man sich etwas vorzuwerfen, so seien ja die gegenseitigen Botschafter vorhanden, um den Auftrag zu erhalten, offen und rückhaltlos die nötigen Aufklärungen zu verlangen. Dies sei, betonte er, die von ihm beachtete Norm, die verläßlichste zur Erhaltung guter Beziehungen.[3])

Andrássy schnitt damit die Möglichkeit zu weiteren unangenehmen Erörterungen ab, die leicht das bestehende Verhältnis zwischen Wien und Berlin vergiften konnten. Unfehlbar würde es dazu gekommen sein, wenn man mit den gleichen Waffen, deren sich die „Allgemeine Zeitung" bediente, nach Berlin zurückgeschossen hätte. Die freimütigen Erklärungen blieben nicht ohne Wirkung. Jetzt lehnte auch Bismarck jede Anteilnahme an dem berüchtigten Artikel ab. Aufs bestimmteste behauptete er,

---

[1]) „Allgemeine Zeitung", 13. Februar 1874.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 14. Februar 1874.

[3]) Prinz Reuß (nach einem Gespräch mit Andrássy), St. Petersburg, 20. Februar 1874.

dieser könnte nur von Beust, dem österreichisch-ungarischen Botschafter in London, herrühren, der sich ja noch aus der Zeit seiner früheren amtlichen Stellung rege Verbindungen mit Journalen zu sichern gewußt.[1]) Die gegen Beust erhobene Beschuldigung entbehrte nicht einer gewissen Glaubwürdigkeit, da es ja eine unumstößliche Tatsache war, daß der ehemalige Reichskanzler keinen Anlaß ungenützt ließ, um Andrássy und Bismarck Verlegenheiten zu bereiten. Kein Moment zeigte sich dazu geeigneter als die Petersburger Reise. Wußte doch Beust sehr wohl, daß Wien noch immer einen sehr empfänglichen Boden für Verdächtigungen solcher Natur bot, wie sie der Artikel vom 13. Februar 1874 aussprach. Der Sturm ging infolge des klugen Verhaltens Andrássys und Bismarcks vorüber, ohne das Einvernehmen zwischen den beiden Staatsmännern zu trüben. Man beruhigte sich sogar in Berlin über das zuerst tiefe Bedenken erregende Gespräch Andrássys mit Gorčakov. Nun wurde aus den Worten des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern keinerlei Feindseligkeit mehr für die Zukunft gegenüber Deutschland herausgelesen. Ja, jetzt fand man sogar, daß die von ihm angeführten Argumente nur den Zweck verfolgten — dies war insbesondere die Ansicht Kaiser Wilhelms[2]) — zu zeigen, welch vielseitigem Widerstande Andrássy bei der Durchsetzung der Petersburger Reise begegnete.[3]) In der Tat hatte sich Andrássy Gorčakov gegenüber der von ihm gebrauchten Redewendungen bedient, um diesen fühlen zu lassen, wie sehr man ihm in Rußland zu Dank dafür verpflichtet sein müsse, daß er die Annäherung an Rußland nicht nur gesucht, sondern in der so eklatanten Form der Petersburger Kaiserreise auch zum allgemeinen Bewußtsein zu bringen gewußt. Nicht wenig trug zur Erkenntnis dieser Denkungsart Andrássys General Schweinitz bei. An ihn hatte sich Bismarck mit der Aufforderung gewandt, ihm betreffs der wahren Gesinnung des Ministers des Aeußern reinen Wein einzuschenken. Der deutsche Kanzler wollte klar sehen. Er mußte Gewißheit darüber haben, ob Andrássys Vertrauen zur deutschen Politik noch so fest wie früher sei. Ihm lag daran, zu wissen, ob etwa Reuß' Mitteilungen über die Gespräche mit Gorčakov bereits einer falschen Strahlenbrechung unterlagen, ehe sie ans

---

[1]) Bismarck an Schweinitz, 5. März 1874.

[2]) Randbemerkung Kaiser Wilhelms zum Berichte des Schweinitz vom 26. Februar 1874.

[3]) Schweinitz, 26. Februar 1874.

Ohr des deutschen Botschafters gelangten.[1]) General Schweinitz gewährte seinem Chef vollste Beruhigung. Er hielt es nicht für unwahrscheinlich, daß Andrássy mit seiner Aeußerung nur einem in den höchsten Kreisen herrschenden Mißtrauen gegenüber der Annexionslust Preußens Ausdruck verleihen wollte. Doch würde man irren, wenn man annähme, daß er selbst diesen Glauben teile. Vielmehr zweifle der Minister des Aeußern nicht an der Aufrichtigkeit des Wunsches Deutschlands, mit einem lebensfähigen Oesterreich-Ungarn das beste Einvernehmen zu pflegen. Andrássys feste Ueberzeugung, die ihn mit vollem Vertrauen zu den Endzielen der deutschen Politik erfüllte, war es denn auch, daß die Erwerbung der österreichischen Erbländer das Deutsche Reich nicht stärken, sondern nur schwächen würde. Der Wiener Botschafter versicherte Bismarck, der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern erwidere aus ganzem Herzen das Verlangen nach gegenseitigen guten Beziehungen — freilich immer unter der Voraussetzung, daß Deutschland seine Machtentwicklung als abgeschlossen ansehe und nicht beabsichtige, die deutsche Frage gleichzeitig mit der orientalischen einer endgültigen Lösung entgegenzuführen.[2])

Unter dem Eindruck dieser Auseinandersetzung zwischen Andrássy und Bismarck als Hintergrund ging die Petersburger Entrevue vom Februar 1874 vor sich. Ungeachtet Alexander II. und Franz Josef I. sich 1872 in Berlin, dann wieder 1873 in Wien gesehen, kam es doch eigentlich jetzt erst, Februar 1874, in Petersburg zur wirklichen Versöhnung zwischen den beiden Monarchen. Der Zar fühlte noch immer den Schmerz, der seinem Vater Nikolaus I. von Oesterreich im Jahre 1854 geschlagenen Wunde wie eine ihm selbst zugefügte Verletzung heftig in seiner Brust brennen.[3]) In seinen Empfindungen gegenüber seinem hohen Gaste stand er noch dort, wo er sich 1860 befunden, als er sich vor Zeugen rühmte, absichtlich die Beantwortung eines an ihn gerichteten eigenhändigen Schreibens Franz Josefs I. vergessen zu haben.[4]) Eine Aenderung in dieser Beziehung trat erst ein, als unser Monarch gleich am Tage nach seiner Ankunft in aller Frühe am Grabe Nikolaus' I. erschien, dort einen Kranz niederlegte und ein Gebet

---

[1]) Bismarck an Schweinitz, Berlin, 25. Februar 1874.

[2]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 26. Februar 1874.

[3]) Prinz Reuß an Kaiser Wilhelm, Petersburg, 16. Februar 1874.

[4]) Marie von Mouchanoff-Kalergis in Briefen an ihre Tochter, herausgegeben von La Mara, 1907, S. 85.

verrichtete. Der Zar betrachtete diesen Besuch am Grabe seines Vaters gewissermaßen als „Sühnegang“, durch den dem verstorbenen Herrscher aller Reußen für alle ihm angeblich angetanen Unbilden Abbitte geleistet wurde. Tiefgerührt von diesem Akt der Pietät, geleitete Alexander noch am selben Tage den Kaiser in das Sterbezimmer des Zaren Nikolaus I., wo er ihm alle unversehrt erhaltenen Reliquien zeigte. Nun, nachdem der Stachel entfernt war, der bisher die Heilung der Wunde in seinem Herzen verzögerte, erschien Alexander wie umgewandelt. Noch bei den letzten Begegnungen hatte er dem Kaiser stets deutlich genug zu verstehen gegeben, dieser allein sei schuld daran, daß die früheren guten Beziehungen abgebrochen wurden. Jetzt aber vermied er in seinen Gesprächen alle derartigen verletzenden Anspielungen. In seinem Toaste verherrlichte er sogar das innige Verhältnis beider Monarchen zu Kaiser Wilhelm. Zu Ehren des anwesenden Prinzen von Wales gedachte er dabei auch ihrer Freundschaft mit Königin Viktoria von England — einer Freundschaft, von der er verkündete, daß sie den Frieden der Welt verbürge. Als der französische Botschafter von diesem auch das Britische Reich in sich schließenden Trinkspruche hörte, soll er ausgerufen haben: „Und wir, wann kommt die Tour an uns?“ [1])

Vorläufig hatte General Le Flô noch einige Zeit zu warten, bis die Reihe auch an sein Vaterland kam. Noch war der Moment nicht da, wo — um dies vorwegzunehmen — Gorčakov es für angezeigt hielt, von der Drei-Kaiser-Entente hinweg einen Schritt der Annäherung an Frankreich zu tun. Jetzt widerhallte es noch von Versicherungen der Innigkeit zwischen den drei Höfen, obgleich Andrássy in der Petersburger Gesellschaft eine tiefe Abneigung gegen alles, was deutsch hieß, wahrnehmen konnte. „Der Empfang,“ schrieb Andrássy an seine Frau aus Petersburg, „sowohl von seiten des Hofes wie der Gesellschaft ist demonstrativ herzlich und nicht ein bißchen steif. Am zutunlichsten sind die Großfürstinnen, die einen aus lauter Freundlichkeit auffressen möchten; eine jede von ihnen sagt einem am Ende ein paar Phrasen, aus denen hervorgeht, daß sie uns sehr gern sehen, aber durchaus nicht die Preußen. Es scheint, als ob das ganze Publikum dies Gefühl zum Ausdruck bringen wollte, denn an öffentlichen Plätzen empfängt man uns mit großer Sympathie.“ Auf dem Adelsball ehrte ihn die Thronfolgerin damit, daß sie ihn

---

[1]) Prinz Reuß an Kaiser Wilhelm, 16. Februar 1874.

auffordern ließ, mit ihr den ersten Kontertanz zu tanzen. „Ich mußte mich in mein Schicksal ergeben," heißt es darüber im Briefe an die Gattin. „Du kannst Dir leicht vorstellen, wie angenehm mich die Aussicht berührte, Konfusionen anzurichten, zumal alle Welt, ungeachtet die Zesarovna eine schöne Frau ist, nicht auf sie, sondern auf mich blickte; zum Glück machte ich im ganzen nur eine Konfusion." Auch Gorčakov war bemüht, ihn besonders auszuzeichnen. Er nötigte Andrássy, sich im Theater mit ihm dem „staunenden Publikum" zu zeigen. „Plötzlich," berichtet der Graf hierüber, „entstand eine allgemeine Bewegung, und es begann ein Lorgnettieren, das selbst dem alten Beust zuviel gewesen wäre, und dauerte so lange, bis ich fand, es sei des Guten genug." [1]) Nach dem Ausdruck eines Zeitgenossen sollen die Beziehungen zwischen den beiden Staatsmännern einen „fast zärtlichen Charakter" angenommen haben. Der russische Reichskanzler war von seinem österreichisch-ungarischen Ministerkollegen derart entzückt, daß er auf ihn das Wort Bismarcks anwandte: Graf Andrássy sei zu stolz, um täuschen zu können. Lord Augustus Loftus, der englische Botschafter, wollte wohl beobachtet haben, daß die beiden Minister des Aeußern sich über die orientalische Frage nicht entzweien konnten, da sie diese heikle Angelegenheit nur wenig in ihren Unterredungen berührten.[2]) Das war gar nicht mehr nötig, indem sie sich — nach der eigenen Angabe Andrássys — bereits in Berlin im Jahre 1872 über die Lage im Osten Europas gründlich ausgesprochen hatten. Seitdem fiel auch fast kein Schatten mehr auf die inzwischen eingetretenen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn. Andrássy versicherte, allen Grund zu haben, mit der in letzter Zeit beobachteten Haltung Rußlands vollauf zufrieden zu sein,[3]) und es gewährte ihm große Befriedigung, aus dem Munde des Zaren zu vernehmen: er mißbillige jede Propaganda, sei es im panslawistischen, nationalen oder religiösen Sinne.[4]) Träumten die österreichischen Slawen früher unter dem Einflusse General Ignatjevs in einer oft geradezu unerträglichen Weise ganz offen von einem allgemeinen Slawenreiche und prahlten ehedem die Tschechen Prags ohne Scheu mit der russischen Unterstützung,

---

[1]) Andrássy an seine Frau, Petersburg, ohne Datum. Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány-Andrássy.

[2]) Schweinitz, 1. März 1874.

[3]) Prinz Reuß, Petersburg, 16. Februar 1874.

[4]) Schweinitz, Wien, 1. März 1874.

so war es tatsächlich seit 1872 anders geworden. An die Stelle ewiger Agitation trat ein Zustand der Beruhigung, und nur hier und da kam man noch im Orient auf Spuren russischer Wühlereien. Solches Verzichten auf Unruhestiftung hatte jedoch das alte Verdachtsobjekt Rußlands gegen die Monarchie nicht ganz aus dem Gesichtskreis russischer Politik zu bannen vermocht. Die Furcht vor Oesterreich-Ungarns Absichten auf Bosnien und die Hercegovina spukte auch weiter fort. Aufs entschiedenste will Gorčakov dem Grafen Andrássy in Petersburg erklärt haben: daß, wenn wir uns die beiden türkischen Provinzen anzueignen beabsichtigten oder ihnen im Falle der Erhebung gegen die Türkei Hilfe angedeihen ließen, dies einen Casus belli bedeuten würde. Nach Angabe des russischen Reichskanzlers hätte ihm Andrássy die bündigste Versicherung erteilt, man denke nicht hieran. Gorčakov aber äußerte zu Prinz Reuß, es wäre ganz gut, wenn man von Zeit zu Zeit in Wien erinnert würde, wie man über diesen Punkt in Petersburg denke. Uebrigens, meinte der russische Reichskanzler, seien er und Andrássy in der Hauptsache einig: sie hätten verabredet, in schwierigen Fragen sich offen gegeneinander auszusprechen; das alte Beustsche System der Verdächtigungen solle für immer begraben bleiben.[1])

Kein Zweifel, unter dem Zeichen der größten Zufriedenheit schied man, wenigstens nach außen hin, voneinander. Mehr als je hatte sich in Gorčakov die hohe Meinung befestigt, die er bereits bei den Zusammenkünften in Berlin und Wien von Andrássy gefaßt.[2]) Kaiser Alexander erschöpfte sich gegenüber Baron Langenau in Beteuerungen des Glückes, das ihm der Besuch unseres Monarchen bereitet habe.[3]) Noch im Momente von dessen Abreise sagte er auf dem Bahnhofe: „Mir ist so leid, daß es schon vorbei ist."[4]) Der Zar schien sicher zu sein, diese Begegnung mit Franz Josef werde nicht ohne tiefe Folgen für den Frieden und die Interessen der Ordnung bleiben. „Denn," fügte er hinzu, „nichts hätten die Fürsten und deren Regierungen so sehr zu fürchten als die Revolution."[5]) Gleich seinem Reichskanzler erging sich auch der Zar in Lobsprüchen über Andrássy,

---

[1]) Prinz Reuß, Petersburg, 16. Februar 1874.

[2]) Idem, Petersburg, 16. Februar 1874.

[3]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 18./6. März 1874. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Idem, ohne Datum. Präsentiert in Wien 24. Februar 1874. Ibidem.

[5]) Idem, 18./6. März 1874. Ibidem.

dessen ihm schon aus früherer Zeit bekannte Loyalität und offenes Wesen er jetzt in zahlreichen Gesprächen noch näher schätzen und kennen gelernt.[1]) Die freundlichen Gesinnungen des russischen Herrschers und seines ersten Ministers fanden einen beredten Widerhall in der auf Kommando schreibenden russischen Presse, die sich jetzt ebenso günstig als vorher feindselig über Oesterreich-Ungarn äußerte. „Die Zukunft wird lehren," heißt es in einem Berichte Langenaus aus Petersburg, „welches die nächsten Folgen dieses weltgeschichtlichen Ereignisses sein werden; ich aber kann nicht schließen, ohne noch hervorzuheben, daß es mir während der ganzen mehrjährigen Zeit meines Aufenthaltes auf dem hiesigen Posten noch nicht vergönnt war, eine für Oesterreich-Ungarn so freundschaftliche und wohlwollende Sprache zu hören, wie sie eben jetzt ertönt." [2]) Doch nicht nur Alexander II. und Gorčakov sangen der Petersburger Entrevue ein enthusiastisches Loblied. Auch Franz Josef I. und Graf Andrássy gaben ihrer vollsten Zufriedenheit über den Aufenthalt in St. Petersburg beredten Ausdruck.[3]) Gleich ihnen erhoffte Baron Langenau davon die günstigsten Ergebnisse für die künftige Entwicklung. „Zweier Jahre," ruft er aus, „bedurfte es, um zu dem jetzigen Zustande der Dinge zu gelangen, der gewiß nichts zu wünschen übrigläßt." [4])

Auf der ganzen Linie schien die größte Uebereinstimmung zwischen Wien und Petersburg zu herrschen. Sie offenbarte sich vor aller Augen in der Erhebung des russischen und österreichisch-ungarischen Gesandten zum Range von Botschaftern.[5]) Eine

---

[1]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 18./6. März 1874. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Idem, 13./1. März 1874. Ibidem. Eine Zusammenstellung der russischen Zeitungsstimmen über die Monarchenbegegnung findet sich im „Pester Lloyd" vom 20. Februar 1874.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 25. Februar 1874.

[4]) Baron Langenau an Andrássy, Petersburg, 18./6. März 1874. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[5]) Im Bericht vom 21. Februar/5. März 1873 erwähnt Langenau, daß es nach einer Erklärung Stremukovs gegenüber dem Gesandtschaftsrat Ritter von Mayr in Petersburg sehr schmeicheln würde, falls infolge einer Initiative von Wien aus die Erhebung der Gesandtschaft zu einer Botschaft vor sich ginge. Am 20. März 1873 erwiderte Andrássy, eine solche Rangerhöhung läge wohl in seiner Absicht, doch solle sie nicht vor dem Besuche Alexanders in Wien vollführt werden. Nachdem Andrássy hierüber mit Gorčakov Rücksprache gepflogen, hatte er — wie aus der Weisung an Langenau vom Juli 1873 zu ersehen — die Ueberzeugung gewonnen, daß dem russischen Staatskanzler aus Personalrücksichten eine solche Umgestaltung jetzt nicht erwünscht wäre. Der

wichtige Folge der Begegnung in St. Petersburg äußerte sich auch darin, daß sogar der Erlaß gleichlautender Weisungen an die beiderseitigen Vertreter Oesterreich-Ungarns und Rußlands im Orient gewünscht wurde. Damit sollte in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise veranschaulicht werden, wie die Beziehungen zwischen beiden Monarchien die vortrefflichsten wären. Langenau war überzeugt davon, nur ein solches Vorgehen werde es den Orientalen klarmachen, wie die Zeit endlich vorüber sei, wo die Uneinigkeit beider Höfe benutzt werden konnte, eine Regierung gegen die andere im eigenen Interesse auszuspielen.[1])

* * *

Unstreitig war es das Verdienst Andrássys, das Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland bis zu diesem Punkte freundschaftlicher Annäherung gefördert zu haben. Im Rundschreiben vom November 1871 hatte er den ersten entscheidenden Schritt hierzu getan. Dem versöhnlichen, nur auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Bestreben des Ministers des Aeußern ist es zuzuschreiben, daß allmählich die Mißverständnisse schwanden, welche die gesamte politische Lage Jahre hindurch beherrscht hatten. Bislang war es an der Tagesordnung gewesen, in jeder slawischen Forderung die Einwirkung Rußlands zu wittern und in jeder Konzession an Galizien einen feindseligen Akt gegen das Zarenreich zu erblicken. Merkwürdigerweise erfolgte dieser totale Umschwung durch den Einfluß gerade jenes Staatsmannes, von dem man bei seinem Eintritt ins Ministerium des Aeußern nichts anderes als den Beginn des Krieges mit Rußland erwartete. Selbst eine russische Zeitung muß ihre, allerdings erfreuliche Enttäuschung zugeben und bekennen, daß Andrássy als Staatsmann viel zu hoch stehe, um die Interessen seines Landes mit etwaigen Gefühlen seiner Person zu verquicken.[2])

---

Plan wurde daher fallen gelassen. Ende Februar 1874 berichtete Langenau — seine undatierte Depesche wurde am 22. Februar präsentiert —, man möchte nunmehr gern die Umwandlung der Gesandtschaft in eine Botschaft sehen und erwarte die Anregung hierzu von Wien aus. Aus dem mir vorliegenden Aktenmaterial ist nicht zu ersehen, ob die Initiative von Wien oder Petersburg aus erfolgte. Wie Langenau, 18./6. März 1874, meldet, fand seine Antrittsaudienz als Botschafter beim Zaren am 16./4. März 1874 statt. Akten des K. u. k. Ministeriums des Aeußern.

[1]) Langenau an Andrássy, Petersburg, 18./6. März 1874. Ibidem.

[2]) Der Artikel des „Golos" ist mitgeteilt im „Pester Lloyd" vom 20. Februar 1874.

Für Europa war es wirklich von der größten Bedeutung, daß Andrássy im Verein mit Bismarck und Gorčakov all sein Bemühen daran setzte, die 1872 begründete Entente zwischen den drei Kaiserhöfen aufrechtzuerhalten. Einer schweren Belastungsprobe war sie jedoch ausgesetzt, als vom fernen Westen her — aus Spanien — eine ernste Komplikation drohte, die leicht einen gefährlichen Charakter annehmen konnte. Vor dem Jahre 1872, noch vor der Verständigung zwischen den drei Großmächten, wäre dies auch sicher der Fall gewesen. Gewiß würde sonst die spanische Frage, an der sich schon einmal — 1870 — der Krieg entzündet hatte, wieder zum Ausgang eines gewaltigen Zusammenstoßes geworden sein. Nachdem 1870 die hohenzollernsche Thronkandidatur beseitigt war, wählten die spanischen Cortes am 16. November desselben Jahres den Herzog Amadeo von Aosta, zweiten Sohn König Viktor Emanuels II. von Italien, zu ihrem König. Der ebenso tapfere wie gebildete und liebenswürdige Fürst vermochte sich weder der einheimischen stolzen Granden zu erwehren, noch hatte er die Kraft, sich gegenüber den mit den Klerikalen verbündeten Anhängern „Karls VII." und den unter der Führung Don Emilio Castelárs stehenden Republikanern zu behaupten. Am 11. Februar 1873 sah er sich genötigt, der mit so viel Enttäuschungen und Kummer verbundenen Krone zu entsagen. Ein Teil der Spanier proklamierte die Republik, zu deren Präsidenten sie Castelár erhoben. Welche Haltung sollten die drei Großmächte gegenüber der dritten Republik in Europa einnehmen? Sie suchten über die heikle Frage der von Castelár beanspruchten Anerkennung zu einer Verständigung zu gelangen. Die erste Anregung hierzu ging von Andrássy aus, der den größten Wert darauf legte, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen.[1])

Zu diesem Behufe ließ er sowohl in Petersburg wie in Berlin erklären, „er sei allerdings nicht geneigt, das Recht eines Staates, über seine Regierungsform selbst zu entscheiden, irgendwie zu bestreiten. Ehe man aber die Anerkennung von seiten der anderen Mächte fordern könne, sei es nötig, daß die veränderte Regierungsform gesetzlich und definitiv konstituiert erscheine."[2]) Sowohl der russische als auch der deutsche Kanzler waren mit Andrássy

---

[1]) Andrássy an Károlyi, Wien, 15. Februar 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Andrássy an Langenau, Wien, 20. Februar 1873. Ibidem.

einverstanden, daß vorläufig mit der Anerkennung so lange zugewartet werden solle, bis die Republik durch die Cortes ihre gesetzliche Sanktion erhalten habe.[1]) Die gleiche Auffassung blieb auch in Geltung, als Marschall Serrano Januar 1874 die republikanischen Cortes mit Waffengewalt auseinandersprengte und in der Eigenschaft eines „Präsidenten der Exekutivgewalt" mit diktatorischer Vollmacht an die Spitze des Staates trat. Vielfache Anzeichen sprachen dafür, daß die neue, durch einen militärischen Staatsstreich emporgekommene Regierung bei den Mächten positive Schritte wegen ihrer völkerrechtlichen Anerkennung unternehmen werde. Wie vorher, schien auch jetzt keiner der maßgebenden Höfe geneigt, dem in seinem Rundschreiben angedeuteten Verlangen Serranos nach Anerkennung zu willfahren. Andrássy fand sogar, daß bisher nicht einmal die Annahme widerlegt worden, wonach Spanien sich noch immer weniger als andere Staaten für die republikanische Staatsform eigne. Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern bestritt wohl nicht die Möglichkeit des militärischen Staatsstreiches; aber er versprach sich keinen dauernden Erfolg davon für die Herstellung der durch Parteikämpfe erschütterten Ordnung. Es kam noch ein ferneres Moment dazu, das Andrássy zu einem Anhänger des Zuwartens machte. Aus verschiedenen an ihn gelangten Nachrichten glaubte er mit Grund vermuten zu dürfen, Marschall Serrano hege den geheimen Gedanken, die Thronbesteigung des Prinzen Alfons von Asturien vorzubereiten, des jungen Sohnes der 1868 vertriebenen Königin Isabella. Durfte man sich unter solchen Umständen der Gefahr aussetzen, die von Serrano begehrte Anerkennung der spanischen Republik möglicherweise gerade in dem Momente auszusprechen, in dem der Marschall Alfons zum Könige ausrief? In welche peinliche Lage mußte man nicht durch einen übereilten Schritt gegenüber der neuen königlichen Regierung geraten! Deshalb befürwortete Andrássy eine weitere zuwartende Haltung bis zur völligen Herstellung geordneter Zustände.[2]) Bismarck billigte diesen Standpunkt, und Bülow erklärte dem zur Anerkennung drängenden spanischen General Escosura, die deutsche Regierung befände sich in dieser Angelegenheit in voller Uebereinstimmung mit Andrássy und Gorčakov, sie wolle allein keine einseitige Ent-

---

[1]) Langenau an Andrássy, 19. u. 26. Februar 1873. Graf Károlyi an Andrássy, 17. Februar 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Andrássy an Károlyi, Wien, 10. Februar 1874.

scheidung treffen.[1]) Indem auch England und Frankreich sich Serrano nicht gewogener zeigten, blieb die Frage der Anerkennung in Schwebe. Ganz unerwartet aber zwangen zwei Ereignisse die deutsche Regierung, aus ihrer bisher beobachteten Reserve herauszutreten, Ereignisse, die einen völligen Umschwung in der Beurteilung der spanischen Vorgänge bewirkten. Im Sommer 1874 nahmen die gegen Serrano für die Herstellung des legitimistischen Königtums kämpfenden Karlisten einen ehemaligen deutschen Offizier, den in Reserve befindlichen Hauptmann Schmidt, gefangen, der als Berichterstatter deutscher Zeitungen im Lager Serranos den Krieg mitmachte. Es half ihm nichts, daß er von der deutschen Regierung beglaubigte Papiere vorwies, die jeden Verdacht ausschlossen, er könnte ein Spion der Gegenpartei sein. Man behandelte ihn trotzdem als solchen. Wie es heißt, wurde er auf ausdrücklichen Befehl des Don Carlos von einem karlistischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt. Unbarmherzig knallten sie ihn am 30. Juni 1874 nieder. Die abscheuliche, völkerrechtswidrige Tat, mit der die furchtbar verwüstenden und plündernden Verteidiger der Legitimität und des Altars in Schmidt den Deutschen und Protestanten hatten treffen wollen, erregte in Deutschland ungeheure Aufregung.[2]) Diese ward durch den Umstand verstärkt, daß fast zu gleicher Zeit ein fanatischer katholischer Böttchergeselle aus Magdeburg, namens Kullmann, am 13. Juli 1874 in Kissingen auf den dort zur Kur weilenden Fürsten Bismarck schoß, jedoch glücklicherweise ohne ihn erheblich zu verletzen. Für den deutschen Kanzler, der eben damals mitten im heftigsten Kampfe mit Rom und allen gegen die Einheit des Deutschen Reiches anstürmenden ultrakatholischen Elementen lag, war es klar, daß Kullmanns Attentat gleichwie die Erschießung des Hauptmanns Schmidt Folgen ein und derselben, auf eine Umwälzung in Deutschland hinzielenden ultramontanen Strömung seien, die reichliche Nahrung aus der benachbarten französischen Grenze erhalte. Offenkundiges Geheimnis war es ja, daß die Karlisten an dem Präfekten Nadillac den eifrigsten Förderer ihrer Sache besaßen, die ohne die geduldete Zufuhr an Waffen und Munition aus Frankreich längst verloren gewesen wäre.[3]) Ueberzeugt, daß Don Carlos' Lager die letzte

---

[1]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 21. Februar 1874. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Die offiziösen Zeitungen hüllten sich anfangs in Schweigen. Erst nach einer Woche fanden sie die Sprache der Entrüstung.

[3]) Münch an Andrássy, Berlin, 29. Juli 1874. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

Zuflucht der ihm feindlichen Jesuiten bilde[1]) — soll Bismarck doch gesagt haben: Der Schwerpunkt des Ultramontanismus liege gegenwärtig in den Bergen Biscayas — war er jetzt sofort entschlossen, kräftig zuzustoßen, um sein von der ultrakatholischen Propaganda mächtig umbrandetes Werk nicht der Zertrümmerung preiszugeben. Hatte er früher, wenn auch widerstrebend,[2]) der Verzögerung der Anerkennung der spanischen Republik zugestimmt, so erschien ihm nunmehr dieser Schritt als die geeignetste Handhabe, um mit einem Schlage der karlistischen Bewegung und den mit Rom verbündeten Ultramontanen in Deutschland und Frankreich ein energisches Halt zu gebieten. Von diesem Momente an verlor die spanische Anerkennungsfrage, die bisher im Dunkel der Kabinette erwogen worden, ihr lokales Gepräge, um zu einer Angelegenheit europäischer Bedeutung zu werden, an der die bisherige „Entente cordiale“ des Drei-Kaiser-Bündnisses zerschellen konnte. Denn Bismarck wollte Oesterreich-Ungarn und Rußland zu einer großen, den Ultramontanen feindlichen Aktion fortreißen, von der es noch fraglich war, ob die beiden Nachbarstaaten ihm auch auf seinen Wegen folgen würden.

Als Einleitung zu seinem Beginnen diente dem deutschen Kanzler die Ankündigung der Absendung eines deutschen Geschwaders nach der Nordküste Spaniens, was sofort als tatsächliche Intervention in die Angelegenheiten dieses Reiches aufgefaßt wurde und tiefgehende Unruhe in Europa erzeugte. Dann ließ er durch den Botschafter in Paris, Fürst Chlodwig Hohenlohe, dem französischen Minister des Aeußern offizielle diplomatische Schritte gegen Frankreich und weitere Maßregeln an der französisch-spanischen Grenze für den Fall in Aussicht stellen, als die Begünstigung der Karlisten kein Ende nehmen sollte.[3]) Gegenüber dieser ernsten Sprache beteuerten sowohl Decazes als auch Marschall Mac Mahon, sie wären gar keine Freunde der Karlisten und hätten auch bereits die nötigen Weisungen zur Beobachtung der Neutralität im Kampfe des Karlismus gegen die Regierung Serranos erlassen.[4]) Den stärksten Hieb aber gedachte Bismarck den Ultramontanen mittels der von ihm längst geplanten Anerkennung

---

[1]) Münch an Andrássy, Berlin, 15. August 1874. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Károlyi, 22. Februar 1873. Ibidem.

[3]) Denkwürdigkeiten des „Fürsten Chlodwig“ zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Bd. II, S. 131.

[4]) Münch an Andrássy, Berlin, 29. Juli 1874. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

der unter der Leitung des Marschalls Serrano stehenden spanischen Republik zu versetzen. War diese erst durch einen völkerrechtlichen Akt in die Reihe der europäischen Staaten als gleichberechtigte Macht aufgenommen, dann sanken natürlich die Karlisten, wenn sie den Krieg fortsetzten, zu vogelfreien Räuberbanden herab, die aufhörten, Verfechter der Legitimität zu sein. Ursprünglich beabsichtigte Bismarck nur, die Höfe zu sondieren, wie sie nach der Füsilierung des Hauptmanns Schmidt über die Verwirklichung der Anerkennung dächten. Gegen seine Anordnung legte jedoch Staatssekretär von Bülow Kaiser Wilhelm gleich eine fertige Zirkulardepesche an die Mächte mit dem Vorschlage zur Anerkennung vor. Sehr gegen seinen Willen und erst nach allerlei Einschränkungen und Abweichungen von dem vorgelegten Entwurfe wurde derselbe von Kaiser Wilhelm genehmigt. Bismarck war nicht wenig erstaunt, als er seinen Antrag zur Sondierung in der Form einer förmlichen Zirkulardepesche zurückerhielt, die ihm — nach seinem eigenen Ausdrucke — in den Schoß fiel „wie Pflaumen, die vom Baume geschüttelt werden".[1]) Es war dies das Rundschreiben vom 6. August 1874.[2]) Mit Hilfe dieses Dokumentes suchte Bismarck den Beweis zu führen, wie es gerade im Interesse des monarchischen Prinzipes liege, nicht länger mit der Anerkennung der Regierung Serranos zu zögern, da nichts mehr geeignet sei, die monarchische Idee zu schädigen, als eben die alle Menschlichkeit höhnende grausame karlistische Kriegführung.

Als die Zirkulardepesche vom 6. August in Wien eintraf und am 8. August vom Grafen Dönhoff, in Vertretung des auf Urlaub befindlichen deutschen Botschafters Schweinitz, im Palais am Wiener Ballplatz mitgeteilt wurde, befand sich Graf Andrássy auf seiner Besitzung in Terebes. Sektionschef Baron Orczy fiel die Aufgabe zu, die deutsche Note dem Kaiser vorzulegen, der von ihrem Inhalte nicht sehr erbaut war. Der Monarch sagte, er sympathisiere nicht mit dem Karlismus, aber er vermöge nicht zu begreifen, warum man jetzt die spanische Regierung anerkennen müsse, nachdem alle Mächte im Winter sie nur für eine halbamtliche Anerkennung geeignet erachteten. Der Kaiser beauftragte daher Baron Orczy, an Andrássy zu telegraphieren, „daß Seine Majestät gegenwärtig gar keinen Grund sähen, dem Drängen wegen Anerkennung der spanischen Regierung nachzugeben."[3])

---

[1]) „Denkwürdigkeiten Hohenlohes", Bd. II, S. 135.

[2]) Im Auszuge mitgeteilt von der „Neuen Freien Presse".

[3]) Tagebuch des Baron Orczy, 9. August 1874 (ung.).

Die ausgesprochene Weigerung des Herrschers brachte unseren Minister des Aeußern in nicht geringe Verlegenheit. Wie? Gerade Oesterreich-Ungarn und Rußland, von dem es schon verlautete, daß es nicht gesinnt sei, dem Verlangen Bismarcks zu willfahren, also gerade die beiden Alliierten Deutschlands sollten dieses bei der ersten Probe gemeinsamen Vorgehens in einer europäischen Frage im Stiche lassen? Eine solche Handlungsweise hätte um so auffälliger erscheinen müssen, als sich England, Frankreich und Italien beeilt hatten, im Sinne des deutschen Vorschlags die Regierung Serranos anzuerkennen. Die Situation gestaltete sich für Andrássy besonders heikel. Er war nämlich durchaus nicht überzeugt, daß der von Bismarck befürwortete Schritt auch die erwartete Wirkung haben würde.[1]) Auch besorgte man in Wien, daß hinter dem Vorgehen des deutschen Kanzlers weitaussehende politische Pläne verborgen seien. Man mutete ihm zu, einerseits mittels der Vernichtung des Karlismus Rache für das Kullmannsche Attentat nehmen und anderseits das noch nicht vollständig gerüstete Frankreich zum Kriege reizen zu wollen, um es in seinem geschwächten Zustande nochmals niederzuwerfen.[2]) Graf Károlyi war überhaupt, obgleich Bülow dies bestritt, der festen Ueberzeugung, Bismarck habe noch lange nicht den Gedanken aufgegeben, bei gegebener Gelegenheit einen Hohenzollern auf den Thron Spaniens zu setzen. In seinen Augen war der deutsche Kanzler auch der Mann dazu, eine einmal gefaßte Idee in dem ihm passend scheinenden Augenblick sofort wieder aufzunehmen. Was ihm 1870 mißglückte, sollte jetzt trotz Frankreich gelingen und dessen etwaiger Widerstand zum Anlaß eines dieses Land vernichtenden Kampfes benützt werden. „Frankreich zu demütigen," schrieb hierüber Károlyi an Andrássy, „ist ja eigentlich doch eines der Lebensziele des deutschen Reichskanzlers, und wenn er zur Durchsetzung seiner Pläne eines neuen Krieges bedürfte, er würde ihn nicht scheuen, aber nur dann aufnehmen, wenn er den Zeitpunkt für geeignet hielte."[3])

Pflichtete Andrássy auch der Meinung seines Berliner Botschafters nicht bei und glaubte er nicht daran, daß Bismarck mit der Betreibung der spanischen Affäre weitausblickende Pläne verbinde,[4])

---

[1]) Andrássy an Münch, 16. August 1874. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Tagebuch des Baron Orczy, 10.—31. August 1874 (ung.).

[3]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 13. Juni 1874. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Andrássy versah die Angaben Károlyis in dessen Bericht vom 13. Juni 1874 mit einem Fragezeichen.

so kam ihm das eifrige Drängen des Berliner Kabinettes doch sehr ungelegen, da er erst die weitere Entwicklung der Dinge abwarten wollte. Allein Andrássy befaßte sich nur kurze Zeit mit den Schwierigkeiten einer Sache, stets bestrebt, sie von ihrer günstigsten Seite zu erfassen. So sagte er sich jetzt, in welche Bedrängnis Oesterreich-Ungarn käme, wenn es dabei verharre, Bismarcks Verlangen abzulehnen im Gegensatz zu den Vorteilen, die eine Erfüllung seines Wunsches in Aussicht stellte. Den nachhaltigsten Einfluß auf Andrássys Entschlüsse übte die Erwägung, daß der deutsche Kanzler mit einem an ihm ganz ungewohnten Nachdruck für den Erfolg des von ihm angeregten Schrittes eintrat. Deswegen war er der Ansicht, bei den freundlichen Beziehungen Oesterreich-Ungarns zum Deutschen Reich sei es „unsere Aufgabe, uns dem deutschen Standpunkt möglichst anzuschließen, selbst wenn derselbe nicht vollständig dem unseren entsprechen sollte".[1]) Die ganze Sache schien Andrássy von solcher Wichtigkeit, daß er Terebes verließ und sich persönlich nach Wien begab, um den Monarchen für seinen Standpunkt zu gewinnen. Gerne hätte der Minister des Aeußern einen definitiven Entschluß nur im Einverständnis mit Rußland gefaßt und überhaupt gewünscht, die drei Nachbarstaaten möchten in dieser Affäre einmütig vorgehen. Andrássy lag es somit sehr am Herzen, die Stellung Gorčakovs gegenüber der spanischen Anerkennungsfrage näher kennen zu lernen.[2]) Man wußte, daß Zar Nikolaus I. den Vater des Don Carlos unterstützte, und auch Alexander II. diesen selbst mit Geldmitteln versah. Trotzdem gab man sowohl in Wien wie in Berlin nicht die Hoffnung auf, einverständlich mit dem russischen Hofe das Verhalten gegenüber Spanien regeln zu können. Rußland wies das Verlangen Deutschlands zurück mit der Erklärung, daß prinzipielle Gründe ihm die Anerkennung einer Republik verbieten.[3]) Das mag ja auch in gewissem Sinne der Wahrheit entsprochen haben. Ausschlaggebend war aber vor allem die Eifersucht Gorčakovs auf die ihn überragende Größe Bismarcks, dem er jetzt gerne einen Miß-

---

[1]) Andrássy an Münch, 16. August 1874. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Andrássy an den Geschäftsträger Ritter von Mayr in Petersburg, 11. August 1874. Ibidem.

[3]) Münch meldete am 19. August 1874 aus Berlin dem Grafen Andrássy (Ibidem), der russische Geschäftsträger habe am 18. folgendes Telegramm erhalten: „Pour reconnaissance espagnole l'empereur (Alexander) veut attendre que le pouvoir exécutif reçoive une base légale."

erfolg gönnte,[1]) zumal er selbst am Brüsseler internationalen Kongreß nicht den Erfolg errungen hatte,[2]) wie er von ihm erhofft worden war. Andrássy ward jedoch keine Zeit gelassen, die endgültige Antwort Rußlands abzuwarten. Bismarck drängte; eine Entscheidung in dem einen oder anderen Sinne war nicht mehr aufzuschieben. Andrássy mußte jedoch erst den Kaiser überzeugen, dessen Abneigung gegen die spanische Republik er kannte. Auch stand er der mächtigen Partei der Klerikalen gegenüber, die in Don Carlos ihren Schützling erblickten und sehr wohl wußten, daß mit der Anerkennung nicht nur dem Karlismus, sondern auch ihrer eigenen Sache selbst ein tödlicher Schlag versetzt würde. Andrássy, in Wien angelangt, stellte nunmehr dem Kaiser vor, man dürfe der so starken demokratischen Strömung in Europa nicht die Genugtuung bieten, zwischen den in konservativen Anschauungen einigen drei Kaisermächten gerade über prinzipielle Fragen Uneinigkeit herrschen zu sehen. Dieser Anschein konnte vermieden werden, da es sich in Wirklichkeit nicht so sehr um grundsätzliche Gegensätze, als vielmehr um eine Angelegenheit handelte, die erst dadurch, daß sie zu ungelegener Zeit auftauchte, Wichtigkeit erlangte.[3]) Der Ratgeber der Krone suchte der Schärfe der Lage ihre Spitze dadurch abzubrechen, daß er einen Vorschlag machte, der wie ein rettender Ausweg erschien und zur Beruhigung prinzipieller Bedenken dienen konnte. Nicht die Republik selbst, sondern nur die Regierung des Marschalls Serrano als Exekutivgewalt sollte anerkannt werden.[4]) Ein derartiger Modus ließ die Hoffnung offen, jederzeit, ohne mit sich selbst in Widerspruch zu geraten, dem eventuell an die Stelle der Republik tretenden Königtum die völkerrechtliche Sanktion zu erteilen. Mit Zuversicht durfte Andrássy auf die Zustimmung Bismarcks rechnen, da in dessen Zirkulardepesche nirgends die Anerkennung der Republik als solcher gefordert

---

[1]) Münch an Andrássy, Berlin, 22. August 1874, nach einer Aeußerung Bülows. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) In Brüssel tagte infolge Anregung der russischen Regierung gegen Ende Juli 1874 ein internationaler Kongreß über die Kodifizierung des Kriegsrechtes.

[3]) Andrássy an Mayr in Petersburg, exp. 15. August 1874. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 10—31. August 1874 (ung.). Lauser, Geschichte Spaniens von dem Sturz Isabellas bis zur Thronbesteigung Alfonsos, Bd. II, S. 223, ist im Irrtum, wenn er diesen Vorschlag dem Berliner Kabinette und dem Wunsche der Madrider Regierung zuschreibt.

wurde.[1] Dem Kaiser, der nie ein starrer, unzugänglicher Doktrinär gewesen, der sein ganzes bisheriges Leben hindurch sich stets von Rücksichten der Staatsräson bestimmen ließ, leuchteten die von seinem Minister des Aeußern vorgebrachten Gründe ein. Ungern zwar, aber nicht länger widerstrebend willigte er am 14. August ein, doch nur unter der von Andrássy selbst vorgeschlagenen Bedingung.[2] Bismarck, den General Schweinitz noch am selben Tage telegraphisch vom Verlangen Oesterreich-Ungarns verständigte, erteilte sofort seine Zustimmung; überdies erklärte er, im Gegensatze zu seiner Note vom 6. August, daß jede Intervention in Spanien ausgeschlossen sei.[3] Indem der deutsche Kanzler außer dem erzielten Einvernehmen auch besondere Wichtigkeit dem Umstande beimaß,[4] daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland gleichzeitig vorgehen, wurde der für Spanien bestimmte österreichisch-ungarische Gesandte Graf Ludolf angewiesen, sich zur selben Zeit mit dem deutschen Vertreter Grafen Hatzfeld nach Madrid zu begeben.[5]

So ward ein durch das leidenschaftliche Temperament Bismarcks geschaffenes „Kapitel improvisierter Politik“[6] durch geschmeidiges, staatsmännisches Verhalten Andrássys in friedlicher Weise zum Abschlusse gebracht. Nach vollem Einblick in alle Einzelheiten dieser Affäre kann es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß unser Minister des Aeußern Bismarck aus einer schweren Verlegenheit befreite und gleichsam zum Retter in der Not wurde.[7] Der deutsche Reichskanzler stand vor der Gefahr völliger Isolierung, wenn ihm, gleich Rußland, auch Oesterreich-Ungarn seine Unterstützung verweigerte. Die Friedensliga, die er mitgeholfen 1872 in Berlin ins Leben zu rufen, drohte zur Schadenfreude seiner Gegner in Brüche zu gehen. Kaiser Wilhelm war voll Dankesgefühl, als er hörte, daß Oesterreich-Ungarn sich seiner Regierung angeschlossen; er wollte auch persönlich seine Er-

---

[1]) Andrássy an Mayr, Wien, 14. August 1874. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Tagebuch des Baron Orczy, 10.—31. August 1874 (ung.).

[3]) Andrássy an den Kaiser, Terebes, 20. August 1874. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Schweinitz an Bismarck, Wien, 26. August 1874.

[4]) Schweinitz, 26. August 1874.

[5]) Baron Orczy an Münch in Berlin, 31. August 1874.

[6]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 22. August 1874.

[7]) Das war gleich damals die Auffassung des Freiherrn von Münch. Münch an Andrássy, Berlin, 22. August 1874. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

kenntlichkeit hierfür dem Vertreter unserer Monarchie aussprechen.[1]) Dagegen beschuldigten die verkappten und offenen Feinde Andrássys ihn, seines Entgegenkommens wegen, der Demütigung Oesterreich-Ungarns vor Deutschland. Es war überhaupt ein beliebtes Losungswort dieser Partei, den Minister des Aeußern nach oben hin damit zu verdächtigen, daß man ihn als einen allzu ergebenen Diener der deutschen Politik hinstellte, der damit die Monarchie vor der Oeffentlichkeit bloßstelle.[2]) Nächst dem „Vaterland" erhob das „Fremdenblatt" gegen Andrássy die Anklage der Preisgebung der Interessen Oesterreich-Ungarns,[3]) was Bismarck zur Frage veranlaßte, auf wessen Kosten diese Artikel geschrieben würden und ob Erzherzoge, Bischöfe, Welfen, Junker, malkontente Diplomaten, wie Beust, daran beteiligt seien?[4]) Eine objektive Prüfung der Beweggründe, die Andrássys Handlungsweise bestimmten, wird unbedingt zum Ergebnis führen, Andrássy habe keineswegs das Wohl der Monarchie dem angeblich überragenden Einflusse Bismarcks geopfert. Er handelte vielmehr im wohlerwogenen Interesse Oesterreich-Ungarns, als er über alle Hindernisse hinweg, entsprechend den im September 1872 mündlich eingegangenen Verpflichtungen, Bismarck treu zur Seite stand. Damit hatte Andrássy eine neue Brücke des Vertrauens geschlagen, die uns noch enger mit Deutschland verbinden mußte. Würde Andrássy jetzt Bismarck im Stiche gelassen und sich Rußland angeschlossen haben, so konnte er gewiß sein, daß der deutsche Kanzler der Mann war, es nie zu vergessen, daß man mit dazu beigetragen, ihn zu kompromittieren. Welches Entgelt aber konnte uns Rußland für das Ablenken von Deutschland bieten? Weit höhere Vorteile ergaben sich für die Zukunft aus der Freundschaft mit dem deutschen Nachbarreich, kamen einmal die orientalischen Angelegenheiten ins Rollen. Andrássy mußte sich gegenwärtig halten, daß eine Ablehnung der Mitwirkung sich sehr bald in höchst nachteiliger Weise auch in den inneren Angelegenheiten Oesterreichs fühlbar machen würde. Ganz sicher hätte ein uns feindseliger Bismarck getrachtet, die im Reichsrate herrschende deutsch-liberale Partei mit Argwohn gegen die Regierung zu erfüllen. Er brauchte ja

---

[1]) Münch an Andrássy, Berlin, 19. August 1874. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Schweinitz, Wien, 26. Februar 1874.

[3]) Siehe das „Fremdenblatt" vom 25. August 1874.

[4]) Randbemerkung Bismarcks zur Depesche des Generals Schweinitz vom 26. August 1874.

nur die Haltung Andrássys als ein Zugeständnis an die Kamarilla hinzustellen. Bei der unstreitig vorhandenen Besorgnis vor der Reaktion, die in den deutsch-liberalen Kreisen herrschte, würde man sofort an das umspukende Gespenst von der Rückkehr zur Politik des alten Oesterreich geglaubt haben.[1]) Nur wer all diese triftigen Gründe nicht gelten läßt, könnte behaupten, daß Andrássy die Interessen der Monarchie verletzt habe, als er eng verbunden mit Deutschland vorging, dessen Dank er sich damit erwarb.

In dem Maße jedoch, als man über unser Verhalten erfreut war, grollte man in Berlin Rußland.[2]) Mochte auch von dort und Petersburg aus wiederholt versichert und in alle Welt hinausposaunt werden, zwischen dem Zarenreich und Deutschland bestehe die alte Freundschaft unerschüttert aufrecht, so fehlte es doch an dem rechten Glauben. Das innige Verhältnis, wie es bisher die beiden nordischen Staaten miteinander verbunden, war getrübt. Kaiser Wilhelm I. und Alexander II. hegten wohl noch immer die gleichen Gefühle der Sympathie und persönlicher Liebe füreinander, aber die leitenden Minister, Bismarck und Gorčakov, trennte bereits ein tiefer, unüberbrückbarer Gegensatz. Ein hochstehender, dem deutschen Kanzler sehr nahestehender deutscher Würdenträger sagte damals in Gegenwart des Freiherrn von Münch: Fürst Gorčakov ist eifersüchtig auf den Ruhm Bismarcks, er sieht sich durch ihn in Schatten gestellt und wird sicher nicht ruhen, bis er nicht durch irgendeine die allgemeine Aufmerksamkeit erregende Tat ausschließlich von sich reden macht.[3]) Dieser Mitteilung entspricht vollkommen der eigene Ausspruch des russischen Reichskanzlers: «Je ne veux pas m'endormir comme une lampe qui file, mais comme un astre qui se couche.» Wie hätte auch Bismarck nicht voll Mißtrauen auf seinen russischen Kollegen blicken sollen, wenn er ihm die Urheberschaft jenes Aufsehen erregenden Briefes Alexanders II. an Don Carlos zuschrieb, in dem der Zar gerade in diesen Tagen der Spannung den spanischen Prätendenten seiner

---

[1]) In einem zweifellos vom Ministerium des Aeußern selbst ausgehenden Artikel im „Journal des Débats" werden diese Motive, die auch der Sachlage entsprechen, angeführt. Das Ministerium des Aeußern benützte das „Journal des Débats" zur Veröffentlichung seiner Ansichten. Die „Neue Freie Presse" stand in der spanischen Frage ganz auf seiten Andrássys.

[2]) Münch an Andrássy, Berlin, 22. August 1874. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Münch an Andrássy, Berlin, 3. Oktober 1874. Ibidem.

Zuneigung versicherte? [1]) Bismarck wußte jetzt, daß er für Zeiten der Gefahr nicht mehr so unbedingt wie 1870 auf die russische Macht zählen dürfe. Vertrauensvoll wandte sich von nun an sein Blick unserer Monarchie zu, wo ein Staatsmann die auswärtige Politik leitete, der ihm, ganz anders wie Gorčakov, in der Stunde drohender Vereinsamung hilfreich die Hand geboten. Der deutsche Reichskanzler konnte sich nicht mehr verhehlen, daß durch Rußlands Verhalten das Drei-Kaiser-Bündnis einen argen Stoß erlitten und eigentlich nur noch ein Scheinleben friste. Dagegen hatte sich in der spanischen Anerkennungsaffäre zum erstenmal unsere Freundschaft in einer für Deutschland vorteilhaften Weise erprobt, was nicht ohne gute Folgen bleiben konnte. Graf Andrássy, der hierzu die Vorbedingungen schuf, sah jedenfalls weiter voraus in die Zukunft als seine Gegner, die seine Politik Bismarck gegenüber als eine Preisgebung des Ansehens der österreichisch-ungarischen Monarchie brandmarken wollten.

---

[1]) Münch an Andrássy, 3. Oktober 1874. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Die „Neue Freie Presse“ vom 23. September gibt nach dem „Cuartel Real“, dem offiziellen Blatte Don Carlos', den Inhalt des Briefes.

## Sechstes Kapitel

# Andrássy und die inneren Verhältnisse Oesterreichs

Nicht mit derselben Befriedigung wie nach außen hin, wo seine Politik glänzende Resultate erzielte, vermochte Andrássy auf die Gestaltung der inneren Verhältnisse zu blicken. In Oesterreich hatte er einen fortwährenden Kampf wider die Gegner des von Deák und ihm begründeten Systems des Dualismus zu führen. Gleich Bismarck war er ununterbrochenen Reibungen ausgesetzt, die ihn zu fortwährender Vorsicht zwangen. Die tschechisch-feudal-klerikale Partei, die Andrássy den Sturz Hohenwarts nicht verziehen hatte, grollte ihm noch immer und hegte die zuversichtliche Hoffnung, ihn bald aus dem Sattel gehoben zu sehen.[1]) Graf Hübner, besonders noch dadurch verletzt, daß der neue Minister des Aeußern ihn nicht zum Botschafter ernannt, machte dem im Präsidium des Ministeriums des Aeußern verwendeten General Baron Löwenthal, dem früheren Pariser Militärattaché, Vorwürfe darüber, daß er unter Andrássy Dienste genommen. Der ehemalige Botschafter beim Vatikan sagte dem General, die jetzige Regierung, Andrássy inbegriffen, wie überhaupt der ganze Dualismus sei ein Schwindel, der kläglich mit einem Fiasko endigen werde.[2]) Die Feudal-Klerikalen wurden nicht müde, von Tag zu Tag den unvermeidlichen Fall Andrássys zu prophezeien, und ihr Organ „Das Vaterland“ sprach schon von der „düsteren Nähe“ des Kapitols zum tarpejischen Felsen. Mit sichtlicher Freude bildeten sie es sich ein, daß die „düsteren Falten angestrengter und unerquicklicher Gedankenarbeit“ die Stirn des Ministers bedecken und „sein lebensfrohes Lächeln einem höhnisch-sarkastischen Zuge“ weiche, „wenn er zum Beispiel dem untersinkenden Schiffe in der ‚Afrikanerin‘ zuschaut“. Da die feudal-klerikalen Grandseigneurs ihren gehaßten Widersacher nicht sofort in der Versenkung verschwinden lassen konnten, fanden sie es sogar ganz gut, daß er vom Palais am Ballplatz Besitz ergriffen. Sie trösteten sich über seine momentane Herrschaft mit der Erwägung, wie es im föderalistischen,

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 28. März 1872 (ung.).
[2]) Idem an seine Mutter, Wien, 31. März 1872.

nach ihnen also im Interesse Oesterreichs, gelegen sei, daß nicht sie, sondern Andrássy die Erbschaft Beusts angetreten habe. „Wäre," hieß es im feudal-klerikalen Organ, „auf Beust ein föderalistischer Staatsmann gefolgt, dann wäre noch immer die Möglichkeit einer neuen liberal-dualistischen Schwenkung übrig geblieben. Das „zurückgesetzte und nicht genug gewürdigte Genie" des Grafen Andrássy hätte noch später erprobt werden müssen. Es ist besser, daß es zuerst erprobt wird. Die Föderalisten können warten."[1]) Es scheint jedoch, daß es ihnen an der Geduld mangelte, ihre mit so vieler Zuversicht vorausgesehene Zeit abzuwarten. Unter der Patronanz der Grafen Clam-Martinitz, Leo Thun, des Fürsten Schwarzenberg sowie Riegers und dessen Genossen sollen sie den Gedanken gefaßt haben, bereits jetzt das herrschende Regierungssystem zu stürzen. Zu diesem Zwecke hätten sie, wie man damals wissen wollte, einerseits mit Kossuth, anderseits mit Graf Albert Apponyi Fühlung genommen, der eben bemüht gewesen sein soll, in Ungarn eine katholische Fraktion zu gründen.[2]) Diese zur Erreichung eines Zieles miteinander verbundenen Elemente rechneten auf ein sicheres Gelingen; die Hoffnung hierzu schöpften sie aus der Voraussetzung, daß dem Kaiser ihre seit der Entlassung Hohenwarts bestehende Unzufriedenheit sehr lästig falle und er mit ihnen nicht immer in Opposition werde leben wollen.[3]) Die feudal-klerikal-tschechischen Kreise unterließen daher nichts, was ihnen zur Förderung einer baldigen Reaktion geeignet erschien.

Wie auf politischem, so organisierten sie auch auf gesellschaftlichem Gebiete einen stillen, unermüdlichen Kampf gegen Andrássy. Eine rühmliche Ausnahme in dieser Beziehung machte die Fürstin Lori Schwarzenberg, die, wie es heißt, eine wahre Meisterin in der Kunst gastlichen Empfanges war.[4]) In ihrer großangelegten Weise verschmähte es die Fürstin, die ein scharfes politisches Urteil kennzeichnete, sich der agitatorischen Tätigkeit ihrer Standesgenossen anzuschließen. Sie blieb frei von deren Haß und Widerwillen gegen das herrschende System. Obgleich einem andersgesinnten Lager angehörig, war sie unbefangen genug, die glänzenden Eigenschaften Andrássys und den Wert des 1867er Ausgleiches nach Gebühr zu würdigen. Sie hatte auch, im Gegensatz zu ihren nächsten Verwandten, nicht für das Regime

---

[1]) „Das Vaterland", 6. Januar 1872: „Graf Andrássy".
[2]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 31. März 1872.
[3]) Tagebuch des Baron Orczy, 28. März 1872 (ung.).
[4]) Schweinitz, 9. Oktober 1873.

Hohenwart geschwärmt. Mit dem ungetrübten Blick, den sie sich im Gewühle der einander befehdenden Strömungen zu bewahren gewußt, ließ sie jedem bedeutenderen Staatsmann oder Politiker, er mochte welcher Partei immer angehören, in ihren Salons die freundlichste und zuvorkommendste Aufnahme zuteil werden. Auf dieser Vorurteilslosigkeit beruhte ihr überragender Einfluß. Als die Fürstin 1873 starb, äußerte ein ausländischer Diplomat, mit ihr sei die letzte wahrhaft große Dame der Wiener Gesellschaft aus dem Leben verschwunden.[1]) Wie mächtig auch die Autorität der Fürstin gewesen, bei der unstreitig vorhandenen Verbitterung der feudal-klerikalen Kreise wäre es auch dieser klugen Frau kaum möglich geworden, auf gesellschaftlichem Boden eine Ausgleichung der Gegensätze zu bewirken. Die Gefahren, die ein solcher Zustand für die Entwicklung der inneren Verhältnisse in sich barg, konnten nicht weggeleugnet werden. Unendlich mußten sie sich jedoch steigern, wenn es den feudal-klerikalen Herren gelang, die Regierung wieder an sich zu reißen. Alles, was bisher mühsam aufgerichtet worden und worauf Macht und Ansehen der Monarchie beruhten, mußte ins Schwanken geraten. Lebhaft wie irgendeiner sah Bismarck die unentwirrbaren Verwicklungen voraus, die nicht ausbleiben würden, wofern die Klerikalen und Tschechen ans Ruder kämen. Nach der Auffassung des deutschen Kanzlers hätte ein derartiges Ereigniss einem ganzen politischen Gebäude einen wuchtigen Stoß versetzen müssen. Deshalb mißgönnte er den Klerikalen und Tschechen jeden Erfolg im böhmischen Landtage, den sie als Mauerbrecher gegen die österreichische Dezemberverfassung zu benutzen trachteten. Bismarck schien die für die zweite Hälfte April 1872 bevorstehende Abstimmung im böhmischen Landtage von entscheidender Bedeutung für das Schicksal der Ministerien Andrássy und Auersperg zu sein, mit denen seine eigene Politik so innig zusammenhing. Aufmerksam gemacht, daß jede einzelne Stimme den Ausschlag für oder gegen die Regierung geben könne, suchte Bismarck bei dem in Böhmen reichbegüterten deutschen Grundbesitzer Graf Wilhelm Pourtalès ein gutes Wort für die verfassungstreuen Kandidaten einzulegen.[2]) Bismarcks Einschreiten war dringend nötig, da Graf Pourtalès eben die Absicht hatte, seine böhmischen Herrschaften zu verkaufen, die sieben Stimmen repräsentierten und leicht das Zünglein an der Wage werden konnten.

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 28. März 1872 (ung.).

[2]) Bismarck an Graf Wilhelm Pourtalès, Berlin, April 1872.

Der Wegfall dieser Stimmen hätte auf deutscher Seite unbedingt verhängnisvoll wirken müssen. Denn der mächtige Eisenbahnmann Dr. Strousberg, der gleichfalls in Böhmen begütert war, wollte die ihm zustehenden Stimmen zugunsten der Tschechen abgeben, um sich bei seinen Arbeitern tschechischer Nationalität besonders beliebt zu machen. Auf Verlangen Bismarcks und Graf Károlyis erklärte sich Graf Pourtalès bereit, den Verkauf seiner Güter zu verschieben und in deutschem Sinne zu stimmen.[1])

In all diesen Vorgängen ist die Hand Andrássys zu spüren, wofür schon die Einflußnahme unseres Berliner Botschafters, des Grafen Károlyi, spricht.

In eben demselben Maße, als er die böhmischen Deklaranten nicht zur Herrschaft gelangen lassen wollte, war der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern bemüht, die Polen, die einzigen nicht panslawistisch gesinnten Slawen, von den Tschechen zu trennen und als feste Stütze der österreichischen Verfassung zu gebrauchen. Sein vornehmstes Bestreben blieb es auch jetzt wie vor seiner Berufung nach Wien: die Deutschen und Ungarn, auf denen die Monarchie, als auf zwei Grundpfeilern, zu beruhen habe, nicht aus ihrer Machtsphäre verdrängen zu lassen. Wo immer Andrássy hierzu nur Gelegenheit fand, lieh er dem mit seiner Hilfe zur Regierung gelangten verfassungsmäßigen Ministerium Adolf Auersperg seine nachhaltige Unterstützung. Dies zeigte sich bereits, als die Erlassung des sogenannten Notwahlgesetzes zur Abstellung gewisser gegen die Existenz der Verfassung gerichteter Mißbräuche unerläßlich wurde. Bisher vollzogen wohl die renitenten Landtage die Wahlen für den Reichsrat, allein die Gewählten erschienen nicht in demselben, höchstens für einen Moment zu dem Zwecke, dessen Beratungen lahmzulegen. Demgegenüber sollte das Notwahlgesetz verfügen, daß für jeden einzelnen Wahldistrikt, in dem ein Mandat für den Reichsrat infolge von Nichtbenutzung oder Nichtvergebung als erledigt erschien, sofort direkte Wahlen ausgeschrieben werden können. Zur Durchbringung dieses Gesetzes, das der willkürlichen Fahnenflucht von Deputierten ein Ende zu bereiten hatte, war jedoch eine Zweidrittelmajorität erforderlich. Ohne Mitwirkung der Dalmatiner vermochte sie nicht zustande gebracht zu werden. Hier nun griff Andrássy ein. Es darf als sicher gelten, daß er es gewesen, der die Krone zur Einflußnahme auf die Dalmatiner bewog, um sie zur Votierung des Notwahl-

---

[1]) Bismarck an Schweinitz, Berlin, 1. April 1872.

gesetzes zu veranlassen,[1]) das im Abgeordnetenhause des Reichsrates am 20. Februar 1872 mit 104 gegen 49 Stimmen angenommen wurde.[2])

Für die Deutsch-Oesterreicher, die gegenüber 13½ Millionen Nichtdeutschen 6 Millionen zählten, und für das aus ihrem Schoße hervorgegangene liberale Ministerium war es unter den gegebenen Umständen von höchster Dringlichkeit, ein gutes Einvernehmen mit der Krone und deren erstem, mit ihnen nach jeder Richtung hin schon grundsätzlich sympathisierenden Ratgeber zu unterhalten und zu pflegen. Wirklich schien es, als wäre solch ein Bestreben vorhanden. Die Hohenwartkrisis hatte den Deutschen die Augen geöffnet und ihnen gezeigt, wie sie sich nur im Einklange mit dem Kaiser an der Macht zu erhalten vermöchten.[3]) Die verfassungstreuen Blätter überboten sich in Ausdrücken der Loyalität für das Kaiserhaus. Tief wurde von den liberalen Deutschen die Notwendigkeit empfunden, in dieser Beziehung nicht hinter den anderen Nationalitäten zurückzubleiben und nicht immer in den Ruf zu kommen, als wären sie keine aufrichtigen Anhänger des Monarchen, der sich jetzt eines größeren Ansehens als je erfreute. Wie wirr es auch, meinte der deutsche Botschafter, auf dem ganzen Felde der Parteikämpfe in Oesterreich-Ungarn aussehe, so trete nur um so klarer die einfache Wahrheit hervor, daß die einzige Macht, der alle sich willig beugen würden, wenn sie dieselbe zu fühlen bekämen, bei der Krone sei; in ihr erblicke jeder seine Beschützerin gegen die Uebergriffe der benachbarten Nationalität, von ihr hoffe auch wohl mancher Unterstützung, um diesen Nachbar drücken zu können.[4]) Auch Bismarck war der Ansicht, daß die Deutschen Oesterreichs nichts Klügeres tun könnten, als ihren Huldigungen für den Herrscher öfteren und lauten Ausdruck zu verleihen. Der deutsche Botschafter in Wien ward von ihm beauftragt, gelegentlich hierauf die Aufmerksamkeit eines ihm eventuell bekannten Führers der Verfassungspartei zu lenken. General Schweinitz sollte zu bedenken geben, wie leicht sich fürstliche Persönlichkeiten, auch wenn sie sonst kein besonderes Gewicht auf demonstrative

---

[1]) Schweinitz, Wien, 23. Februar 1872. Nach direkten Mitteilungen Andrássys an Schweinitz.

[2]) Am 5. März trat auch das Herrenhaus dem Gesetz mit 76 gegen 10 Stimmen bei.

[3]) Schweinitz, 19. März und 9. Oktober 1873.

[4]) Schweinitz, Wien, 14. April 1872.

Huldigungen legen, doch durch das Unterlassen von Loyalitätsbezeugungen verletzt fühlen. Er sollte den Enthusiasmus der Ungarn für die Kaiserin und Königin Elisabeth als nachahmenswertes Beispiel hinstellen. Bismarck wünschte ferner, die Verfassungspartei möchte einsehen, zu welcher Dankbarkeit gerade sie und die ihr anhängende Wiener Bevölkerung der Person des Kaisers für den Bestand eines wesentlich deutschen Ministeriums verpflichtet seien. Eine habituelle, sich nur aus besonderen Anlässen erwärmende Gleichmütigkeit des Publikums, sagte der Kanzler, erzeuge Verstimmungen, unter denen die Deutschen bei sich ergebender Gelegenheit zu leiden haben könnten.[1])

Nicht immer befolgten die liberalen Deutschen Bismarcks wohlgemeinte Mahnung. Gegen das Gebot der Klugheit widerstrebten sie in der Delegation des Jahres 1872 heftig der Erhöhung des Präsenzstandes in der Armee, die dem Monarchen stark am Herzen lag.[2]) Dabei machte sich eine höchst sonderbare Erscheinung geltend, die für kein richtiges Verständnis der Lage zeugte. Die liberalen Deutschen, die an dem ihnen gesinnungsverwandten Kriegsminister Kuhn eine ihrer mächtigsten Stützen im Schoße der Regierung besaßen und nichts mehr als dessen Ersetzung durch einen General konservativer Färbung befürchteten, taten trotzdem alles, um dessen Stellung zu gefährden. Anstatt seine Geldforderungen zu bewilligen, drangen sie auf deren Streichung. Die ungarischen Delegierten hingegen, die auf den Sturz Kuhns lossteuerten, zeigten sich ihm, hierin einem Winke Andrássys folgend, sehr willfährig, wohl wissend, daß sie damit einen Wunsch des Herrschers erfüllten. Die Folge dieses Rollentausches war, daß die Deutschen, die Andrássys Budget mit ostentativer Absichtlichkeit unbehelligt ließen, Kuhn nicht nützten, dem Minister des Aeußern dagegen schadeten, indem sie ihn auf diese Weise als ihren geheimen, mit ihnen einverstandenen Bundesgenossen gegen die Verwirklichung des Lieblingsplanes des Kaisers hinstellten.[3]) In richtiger Erkenntnis der Situation suchten die Gemäßigten der Verfassungspartei den begangenen Fehler bald wieder gutzumachen. Für die nächstjährige Delegation wurden Giskra und Brestel, die sich in Bekämpfung der von der Krone gewünschten Erhöhung des Truppenpräsenzstandes ganz besonders hervorgetan, nicht wieder gewählt. Bei diesem Vorgang leitete die

[1]) Bismarck an Schweinitz, Berlin, 17. Mai 1872.
[2]) Schweinitz, 19. März 1873.
[3]) Schweinitz, 4. Oktober 1872.

Partei die Erwägung, sich durch ferneres abstoßendes Verhalten die Gunst des Kaisers für die bevorstehende Wahlreform nicht zu verscherzen.[1]) Das zu vermeiden war um so nötiger, als die glückliche Durchführung dieser Reform für die Verfassungspartei eine wahre Existenzfrage bedeutete. Solange der Reichsrat das Ergebnis der aus den Landtagen hervorgegangenen Wahlen bildete, waltete stets die Furcht vor, er werde sein Gepräge von den in ihm vorherrschenden ultramontan-föderalistischen Elementen bekommen. Schon unter Hohenwart hatte sich das gezeigt. Neuere Beweise hierfür boten die gewaltsamen Hetzereien, die von Klerikalen und Tschechen gegen die geplante Reform veranstaltet wurden. Erst wenn die Reichsratsdeputierten aus direkten Wahlen hervorgingen, der Reichsrat von den Fesseln der Bevormundung durch die rückständigen Landtage befreit war, konnte das liberale Deutschtum der Gefahr entrinnen, die ihm von seiten seiner ultramontan-tschechisch-feudalen Gegner drohte.

Sehr bald sollte es sich zeigen, wie richtig die Verfassungspartei handelte, als sie alles unterließ, was den Monarchen verletzen konnte. Von ausschlaggebender Wirkung war es auch, daß sie sich in der Frage der Wahlreform vor den Stufen des Thrones eines so beredten und einflußreichen Fürsprechers erfreute, als es der Minister des Aeußern war.[2]) Gewiß würden die beiden Vorlagen betreffend die Aenderung des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung[3]) vielleicht nie, keinesfalls so rasch, als es zur allgemeinen Ueberraschung geschah, von der Krone sanktioniert worden sein, hätte nicht Andrássy [4]) sein gewichtiges Wort zu deren Gunsten in die Wagschale geworfen. Die Verfassungspartei war ihm zu Dank verpflichtet, daß er jene Gesetzentwürfe befürwortete, durch die sie zum erstenmal wirklich festen Boden für ihre Bestrebungen gewann. Andrássy hatte das Seinige dazu beigetragen, um die Verheißungen der Thronrede vom 28. Dezember 1871 zur Wirklichkeit zu machen, jene Verheißungen, die den Schutz der deutschen Nationalität, die Sicherung

[1]) Schweinitz, 19. März 1873.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 16. Januar 1874.

[3]) Die beiden Vorlagen betrafen 1. die Vermehrung der Anzahl der Mandate, 2. das Gesetz über die direkte Wahl der Abgeordneten für den Reichsrat.

[4]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 16. Januar 1874. „Sie (die Deutschen) vergessen, daß ohne Andrássys Unterstützung die direkten Reichsratswahlen nie zustande gekommen wären, welche die Deutschen jetzt zu solchen Herren der Situation machten, daß sie die Hohenwart-Clammschen Agitationen nicht zu fürchten brauchen.“

der Kulturelemente wie das Befreiungswerk auf bürgerlichem und religiösem Gebiet in sich schlossen. Es bedeutete einen großen Triumph für das Ministerium und ein Siegesfest der Verfassungspartei, an dem auch Andrássy sein Anteil gebührte, als Fürst Adolf Auersperg den versammelten Abgeordneten am 3. April 1874 sagen durfte: „Ich habe die Ehre, dem hohen Hause die erfreuliche Mitteilung zu machen, daß Seine Majestät der Kaiser den beiden Wahlreformgesetzen die Allerhöchste Sanktion zu erteilen geruhten." Endloser Jubel, unzählige Hochrufe auf den Monarchen folgten den Worten des österreichischen Ministerpräsidenten.

Man hätte denken sollen, die Dienste, die Graf Andrássy der Verfassungspartei in einer ihr so nahegehenden Angelegenheit geleistet, würden das Band zwischen ihr und dem Minister des Aeußern zu einem innigen und unlösbaren knüpfen. Leider erwies sich eine solche Annahme als Irrtum. In der ihnen oft genug zum Schaden gewordenen Abneigung und dem Widerwillen gegen das vermeintliche Uebergewicht der Ungarn, als deren vornehmster Träger Andrássy erschien, standen die Verfassungstreuen kaum hinter den Feudalen und Klerikalen zurück. Gleich diesen sollen sie keinen sehnlicheren Wunsch gehabt haben, als den Grafen aus seiner bisherigen Stellung zu verdrängen. Vergessen schienen mit einemmal die Verdienste, die sich Andrássy um die Deutschen in der Hohenwartkrisis, in dem Notwahlgesetz und in der erfolgreichen Unterstützung des Gesetzes über die direkten Reichsratswahlen erworben. So verblendet waren die Verfassungstreuen in ihrem Hasse gegen den Ungar im Palais am Ballplatze, daß sie gar nicht merkten oder merken wollten, wie sie nur für die Sache ihrer eigenen Gegner arbeiteten, indem sie werktätig mithalfen, ihren besten Freund in der Nähe des Thrones zu Fall zu bringen. „Es geht ihnen" (den Deutschen) — schrieb damals ein Zeitgenosse — „so gut, daß sie aufs Eis tanzen gehen und glauben, dem Ungarn le coup de pied de l'âne geben zu können."[1]. In seiner großmütig-vornehmen Denkungsart mochte Andrássy, ungeachtet der Warnungen, nicht daran glauben, daß man ihm, bloß weil er ein Ungar sei, bei erster gegebener Gelegenheit an den Leib rücken wolle. So wenig konnte er sich mit einer solchen Auffassung befreunden, daß ihn Mahnungen zur Vorsicht äußerst ungeduldig machten. Durchdrungen von seiner Rechtlichkeit und dem Bewußtsein, bisher als Freund Schulter an Schulter mit

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 16. Januar 1874.

den liberalen Deutschen gegen alle offenen und heimlichen Feinde der Verfassung gekämpft zu haben, verschmähte er es, einen wirklichen Angriff von ihrer Seite in seinen Rücken vorauszusetzen. Und doch blieb dieser Angriff nicht aus. Anlaß und Ermutigung zum Sturm auf die Position des Ministers des Aeußern gewährten die krausen parlamentarischen Verhältnisse in Ungarn, das seit dem Ministerpräsidium Lónyays ein krisenhaftes Antlitz zeigte und wo auch die finanzielle Lage ein sehr düsteres Bild bot. Das vermeintliche Erblassen des Ansehens Andrássys, als Folge der in der Deákpartei eingetretenen Spaltung, schien die Verfassungstreuen wie von einem Alp zu befreien, um sich der Zwangslage zu entwinden, in der sie, ihrer Ansicht nach, das Uebergewicht Ungarns gefangen hielt. Nun wähnten sie die Zeit gekommen, Andrássy beseitigen und an dessen Platz einen Mann ihrer Gesinnung bringen zu können, der ihnen wieder zur Oberhoheit über Ungarn verhelfen werde. Freilich wußten sie selbst noch nicht, wer dieser Messias sein solle.[1]) Bezeichnend für die herrschende Stimmung war der im liberalen „Tagblatt" erschienene Artikel: „Wien oder Terebes",[2]) in dem an Andrássy die direkte Aufforderung gerichtet wurde, nach Ungarn zurückzukehren, wo man seiner jetzt unbedingt nötiger bedürfe als in Wien. Ob er denn glaube — hieß es weiter — ein Monopol auf den Posten eines Ministers des Aeußern zu besitzen? Ist doch diese Stellung bisher für ihn nur eine Sinekure gewesen, da er alles, was gut an der äußern Politik Oesterreich-Ungarns sei, von Beust übernommen und selbst noch gar keine Proben seiner eigenen Fähigkeiten auf diplomatischem Felde gegeben habe. Andrássy möge — apostrophierte ihn das Wiener Blatt — nicht allzu vermessen von sich und seiner Unentbehrlichkeit denken, und je eher desto besser wieder die Leitung Ungarns als dessen Ministerpräsident übernehmen; dort werde er bessere Dienste als auf dem Ballplatze zu leisten vermögen. Immer mächtiger wuchs die Hoffnung, aus den ungarischen Wirren den angestrebten Erfolg einzuheimsen. Die

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 16. Januar 1874.

[2]) „Tagblatt", 9. Januar 1874. Wenn es auch richtig ist, daß Freiherr von Hofmann, der Beust zurückwünschte, das „Tagblatt" inspirierte und dessen Redakteur Szeps bereitwillig dem Winke des Sektionschefs im Ministerium des Aeußern folgte, so ist doch anderseits sicher, daß niemand den Ausfällen des Wiener liberalen Blattes widersprach. Nicht nur Baron Orczy, auch Bismarck war stets in Besorgnis, daß die Verfassungspartei Andrássy ein Bein stellen wolle.

Wiener Zeitungen begannen der ungarischen Opposition und dem von Baron Sennyey geführten Zentrum zu schmeicheln, geleitet von der Erwartung, daß wenn nur erst die Opposition gesiegt, auch das Ende der auf dem Dualismus ruhenden ungarischen Suprematie nicht mehr ferne sein könne, daß dann vielleicht die Oberherrschaft dies- und jenseits der Leitha wie in früheren Zeiten wieder den Deutschen zufallen werde.[1])

Die längst begraben geglaubten Einheitsideen erwachten zu neuem Leben und wagten sich wieder in unverhüllter Weise an die Oberfläche. Mit einemmal hätte man in Wien nichts mehr gegen die früher so sehr gefürchtete und heftig bekämpfte Personalunion einzuwenden gehabt. Einfach aus dem Grunde, weil man meinte, damit dem ungarischen Staatsgedanken den unfehlbaren Todesstoß zu versetzen.[2]) Voll Schadenfreude blickte man auf die finanziellen Schwierigkeiten, die die staatliche Existenz Ungarns bedrohten, und nichts wurde eifriger gewünscht, als daß ihm das Ausland den Kredit verweigere, um den Dualismus zu vernichten und an dessen Stelle den Einheitsstaat zu errichten.[3]) Ganz freimütig und ohne irgendwelche Rücksicht ward bereits die Frage des Weiterbestandes eines parlamentarisch regierten Ungarns erörtert,[4]) und nach Berichten, die Bismarck erhalten, schien es, als ob die vorherrschende Tendenz zur Wiedereinführung des Absolutismus hindränge.[5]) Wohl sagte Sektionschef Leopold von Hofmann: Wer jetzt einen Systemwechsel anriete, könnte leicht eine Katastrophe von solchem Umfange hervorrufen, daß man bald vergebens nach den Spuren Oesterreichs suchen würde.[6]) Einen offenbaren Protest gegen diesen Ausspruch bildete jedoch, als kennzeichnende Signatur der Zeit, das sogenannte „wahre Oesterreichertum", vertreten durch die gemäßigt Klerikalen — Staatskatholiken — das liberale Zentrum und die Rechtspartei.[7]) Sie scheuten sich nicht, ihrer Abneigung gegen Preußen offenen Ausdruck zu verleihen, wie dies Schmerling in einer Rede tat, die er in der „Concordia", dem Verein der Wiener Journalisten, gehalten. Es war von symptomatischer Bedeutung, daß Männer, die, gleich dem ehemaligen Staatsminister, noch immer eine poli-

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 16. Januar 1874.
[2]) Idem ad eundem. Wien, 15. Februar 1874.
[3]) Schweinitz, 15. Januar 1874.
[4]) Idem, 29. November 1874.
[5]) Bismarck an Schweinitz, Berlin, 24. Dezember 1874.
[6]) Schweinitz, 26. August 1874.
[7]) Schweinitz, Wien, 25. November 1875.

tische Reputation zu verlieren hatten, mit Ansichten hervorzutreten wagten, die das Bestehende und bereits Bewährte wieder in Frage stellten.[1]) Bismarck konnte die fast aggressive Haltung Schmerlings gar nicht fassen, und er legte sich infolge der Rede in der „Concordia" die Frage vor: ob denn bei den „wahren Oesterreichern" noch immer das Verlangen bestehe, das Jahr 1866 rückgängig zu machen?[2]) — ein Verlangen, dessen Erfüllung naturgemäß den Umsturz aller Institutionen des neugegründeten Oesterreich-Ungarns in sich schließen müßte.

Leicht begreiflich, daß sich die Aufmerksamkeit des Auslandes immer nachdrücklicher den leicht eine Umwälzung in der Monarchie hervorrufenden Vorgängen zuwendete. Vor allem wollte Bismarck klar sehen, ob sein politisches System, das auf der Freundschaft mit einem keine Revanche anstrebenden Oesterreich-Ungarn aufgebaut war, nicht der Gefährdung ausgesetzt sei. Ihm lag daran, zu wissen, ob sich nicht vielleicht schon im stillen der Kaiser selbst mit den befürchteten Aenderungen befasse und ob der politische Instinkt der Deutsch-Oesterreicher sie in der Erhaltung des Dualismus eine Verfassungsgarantie gegen klerikal-slawische Uebergriffe erblicken lasse oder nicht.[3]) Denn für den deutschen Kanzler unterlag es keinem Zweifel, daß eine wieder einheitlich zu konsolidierende Regierung sich nur auf eine Koalition von slawisch-polnisch-klerikalen Elementen zu stützen vermöchte.[4]) Die Ansicht des deutschen Botschafters in Wien ging dahin, daß die Krone, die jetzt stärker und volkstümlicher als je sei, momentan gewiß nicht die Absicht hege, sich entschieden für irgendeine der großen Parteien im Staatsleben Oesterreichs zu entscheiden. Schweinitz huldigte vielmehr der Meinung, der Monarch denke im gegenwärtigen Augenblick nicht daran, der Regierung einen mehr kirchlichen oder konservativen Charakter zu verleihen, der dann auch einem neu zu wählenden Reichsrate aufzudrücken wäre. Freilich mußte auch er zugeben, die Verfassungspartei werde von der Sorge bedrückt, es könnte mit der Zeit doch gelingen, dem Kaiser die Ueberzeugung beizubringen, nur ein streng katholisches Oesterreich vermöge die Erblande vor der Annexion durch Preußen zu schützen.[5]) Diese Auskunft war sicher nicht geeignet, Bismarck

---

[1]) Schweinitz, Wien, 25. November 1875.

[2]) Bismarck an Schweinitz, Berlin, 22. Dezember 1875.

[3]) Bismarck an Schweinitz, 18. Januar 1874.

[4]) Idem an Reuß in Petersburg, 18. Januar 1874.

[5]) Schweinitz, 1. Februar 1874.

zu beruhigen. Ihm lag es somit daran, zu erfahren, welche Anschauung Gorčakov von einem die Grundfesten der Monarchie erschütternden neuen Staatsstreich habe, durchdrungen davon, daß es einer weiter blickenden russischen Politik ebensowenig wie ihm selbst genehm sein könne, alles in Oesterreich-Ungarn wieder über den Haufen gestürzt zu sehen.[1]) Gorčakov, deswegen von Prinz Reuß befragt, erklärte sofort, wie sehr es zu bedauern wäre, wenn sich Oesterreich auf derartige Versuche einlassen wollte; er könne es nicht glauben, daß Kaiser Franz Josef, dem es nach einer Reihe von Mißgriffen endlich gelungen, einmal einen „guten Griff" zu tun und der erreicht habe, was nur zu erreichen war: nämlich die Entente mit Deutschland und Rußland, sich nun abermals auf das Gebiet von Experimenten wagen werde, die zum Ruine führen müßten. Sowenig wie Bismarck wollte der russische Staatskanzler von einer Regierung hören, die ihre Stütze in den slawisch-polnisch-klerikalen Elementen suchen würde, was weder im Interesse Rußlands noch Deutschlands gelegen sein könne. Denn auch Gorčakov wünschte eine Störung der Drei-Kaiser-Entente vermieden zu sehen, als deren „Schlußstein" ihm Graf Andrássy erschien. Ihn dünkte dessen eventueller Sturz, als unvermeidliche Folge staatsrechtlicher Umwälzungen, ein höchst beklagenswertes Ereignis, das nur verderbenbringend zu wirken vermöge.[2])

Die Angriffe auf Andrássys Stellung wollten jedoch kein Ende nehmen. Selbst ein ihm so nahestehender Freund wie Baron Orczy fing bereits an, ernstlich daran zu glauben, daß der Kaiser das bisherige Vertrauen zu seinem Minister des Aeußern verloren hätte. Dies meinte er den Mitteilungen eines mit den internen Vorgängen sehr vertrauten Mannes zu entnehmen. Da hieß es, der Kaiser nehme es Andrássy sehr übel, daß er mehr in Terebes als in Wien weile. Man flüsterte sich zu, Andrássy werde nur geduldet, weil der Monarch noch keinen geeigneten Nachfolger für ihn in Bereitschaft habe. Es mag ja vorgekommen sein, daß der Kaiser zuweilen, wenn er mit dem Gange der Angelegenheiten in Ungarn unzufrieden war, Andrássy gegenüber seinen Verdruß nicht unterdrückte und diesem freien Lauf ließ. Sowohl in Wien wie in Berlin jedoch täuschte man sich, wenn man meinte, der ungarische Graf habe schon den Gipfel der Gunst Franz Josefs I. überschritten.[3]) Der Monarch wußte es am besten aus eigener Er-

[1]) Bismarck an Reuß, 18. Januar 1874.

[2]) Reuß an Bismarck, Petersburg, 31. Januar 1874.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 16. und 19. November 1874.

fahrung, für wie unentbehrlich sein Minister des Aeußern in Berlin und Petersburg für die Sicherung des Friedens in Europa gehalten werde. Die Ansichten Gorčakovs und Bismarcks waren ihm ja nicht unbekannt geblieben. In Berlin und Petersburg hatte der Monarch reichlich Gelegenheit gehabt, aus dem Munde Kaiser Wilhelms und des Zaren Alexander II. sowie der beiden Reichskanzler das ungeschmälerte Lob Andrássys zu vernehmen. Ausdrücklich sagte Gorčakov, er glaube nicht daran, daß sich Franz Josef I. von seinem Ratgeber in der äußeren Politik trennen wolle, da er sehr wohl wisse, wie das Vertrauen, das Deutschland und Rußland der österreichisch-ungarischen Politik entgegenbringen, hauptsächlich auf der Person Andrássys beruhe. Er selbst — fügte der russische Reichskanzler hinzu — würde, falls eine Aenderung in der Leitung der äußeren Angelegenheiten eintreten sollte, wieder anfangen, ein wachsames Auge den Vorgängen im Ministerpalais am Wiener Ballplatze zuzuwenden. Für jetzt enthebe ihn Graf Andrássy dieser Notwendigkeit, da dieser, wofür er nur dankbar sein könne, der russischen Regierung so viele Beweise loyaler Gesinnung gegeben habe, die ihn nichts eifriger wünschen lassen, als daß der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern auch weiterhin auf seinem Platze verbleibe.[1]) Unter diesen Umständen hatte Andrássy wirklich nicht unrecht, wenn er alle Mahnungen Baron Orczys, auf der Hut zu sein, leichten Blutes nahm.[2]) Er hatte das Bewußtsein, des Kaisers sicher zu sein, an dessen Vertrauen zu seiner Politik alle Intrigen in und außer den Hofkreisen erfolglos abprallen würden.[3])

Andrássy war klug genug, das Vertrauen des Monarchen nicht auf eine momentane persönliche Laune desselben, sondern auf in der Sache begründete Verhältnisse zurückzuführen, mit denen er stehen oder fallen müßte. Schrieb er ja selbst einmal, anspielend auf die ihm bekannten geheimen Machinationen seiner Gegner an Graf Károlyi in Berlin: „Ich brauche Dich nicht erst zu bitten, solchen Andeutungen bei jeder sich darbietenden Gelegenheit entgegenzutreten und den deutschen Staatsmännern klarzumachen,

---

[1]) Reuß an Bismarck, Petersburg, 23. April 1875.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 19. November 1874.

[3]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 11. Dezember 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern: „Man betrachtet Dich als die Garantie der „entente cordiale", denn man wittert hier immer geheime Intrigen und mächtige Einflüsse, welche namentlich in den Hofkreisen gegen Dich agitierten und Deine Stellung zu erschüttern bestrebt wären."

daß für sie auch nicht der leiseste Grund zur Besorgnis eines möglichen Umschwunges in Oesterreich-Ungarn vorhanden ist." [1]) Franz Josef I. war in der Tat in Sachen der äußeren Politik ein viel zu erfahrener und viel zu bedächtiger Mann, um höfischen und anderweitigen Einflüsterungen einen Ratgeber zu opfern, der die Monarchie wieder zu hohen Ehren gebracht, der ihr nicht nur die so unbedingt nötige Ruhe verschafft, sondern den man auch in ganz Europa als eine der vornehmsten Garantien des bestehenden Friedens betrachtete. Der Kaiser müßte die Schädigung seines eigensten Interesses gewollt haben, wenn er einen Minister hätte fallen lassen, dessen Leitung der äußeren Angelegenheiten mit so unschätzbaren Vorteilen verbunden war. Man darf wohl heute mit Bestimmtheit sagen, daß Franz Josef I. zu jener Zeit an keinen Wechsel im Ministerium des Aeußern dachte, und daß auch Andrássy keinen Moment auf seinem Platze geblieben wäre, wenn er eine Gesinnungsänderung der Krone gegenüber seiner Person wahrnehmen hätte können. Sagte er doch zu Baron Orczy: „Niemals werde ich es darauf ankommen lassen, daß, so wie zu Beust, auch zu mir einst der Kabinettsdirektor Braun kommen könnte, um mir zu sagen, der Kaiser möchte es gerne sehen, daß ich um meine Entlassung ansuche. Ich ginge in dem Momente, wo ich nur ahnen könnte, des Kaisers Vertrauen nicht mehr unbedingt zu besitzen." [2])

An der Wertschätzung Andrássys von seiten des Monarchen und dem stolzen Selbstbewußtsein des Ministers mußte, gleich den Angriffen der Tschechen, Klerikalen und Feudalen, auch der Versuch der ungarischen Altkonservativen, den Grafen zu stürzen, Schiffbruch erleiden. Sie hatten Johann von Asbóth, einen Beamten des Honvédministeriums, als Plänkler vorausgeschickt. Asbóth, ein ehrgeiziger, sonst kluger Mensch, richtete in der Broschüre „Ungarische konservative Politik" seine Pfeile nicht direkt gegen Andrássy als Minister des Aeußern, sondern gegen dessen frühere Politik als ungarischer Ministerpräsident. Freilich, als man merkte, daß die Schrift Asbóths wirkungslos blieb, wurde er von den Altkonservativen, als nicht zu ihrem Kreise gehörig, einfach verleugnet. Baron Sennyey machte nach dem Erscheinen der Broschüre dem Grafen Andrássy eigens einen Besuch, der

---

[1]) Andrássy an Károlyi, Wien, 17. Dezember 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 19. November 1874.

damals zur Fuchsjagd im Ofener „Stöckel“ weilte. Da er den Minister nicht antraf, sagte er dessen Sekretär, vom Pamphlet nichts gewußt zu haben.[1]) Sennyey war ein so ehrenhafter Charakter, daß dessen Wort nicht in Zweifel gezogen werden darf. Aber es besteht doch die Vermutung, daß der Verfasser der Broschüre infolge mancherlei Andeutungen Grund hatte zu glauben, es sei nicht ausgeschlossen, daß seine Gesinnungsgenossen an die Macht kämen und er sich deshalb herbeiließ, zum Sturm gegen Andrássy vorzugehen.[2]) Das mochte er um so lieber tun, als sich ihm jetzt eine vortreffliche Gelegenheit bot, eine Rolle zu spielen und seiner maßlosen Eitelkeit Befriedigung zu verschaffen.[3]) Bismarck war nicht im Unrecht, wenn er im Hinblick auf Asbóths Broschüre von den Altkonservativen sagte, sie unterschätzen Andrássys Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Der deutsche Kanzler meinte, er sei überzeugt davon, auch die ungarischen Altkonservativen werden erkennen, es sei leichter, an dem gegenwärtigen österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen Kritik zu üben, als für diesen „providentiellen Mann“ einen Nachfolger zu finden. Nach Andrássys Fall — versicherte Bismarck — dürfte das Einvernehmen der drei Kaiserhöfe, diese unschätzbare Bürgschaft des Weltfriedens, schwerlich lange weiter bestehen. Was hernach folgen werde, erschien dem deutschen Staatsmann in keinem sehr verlockenden Lichte. Er befürchtete dann das Wiederaufleben des Schwarzenbergischen Absolutismus, mit dem, wie zu den Zeiten Graf Buol-Schauensteins, eine Annäherung Oesterreichs an die Westmächte Hand in Hand gehen werde als Gegengewicht gegenüber dem natürlichen Eintreten eines engeren Zusammenschlusses zwischen Deutschland und Rußland.[4]) Aber Bismarck selbst mußte sich sagen, daß die durch Asbóths Broschüre hervorgerufenen Schreckbilder „glücklicherweise“ keine Aussicht auf Verwirklichung hätten.[5]) Im Interesse der Monarchie blieb Andrássy, getragen vom Vertrauen seines Herrschers, an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten, und er war der Mann, um weder den Absolutismus aufkommen zu lassen noch eine Abkehr von Deutschland zu dulden. Sein

---

[1]) Asbóth war übrigens so grenzenlos eitel und ehrgeizig, daß er vielleicht aus eigenem Antrieb vorging, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

[2]) Schweinitz, Wien, 17. Dezember 1874.

[3]) Alle, die Asbóth näher standen, kannten diese Schwäche des sonst sehr begabten und kenntnisreichen Mannes.

[4]) Bismarck an Schweinitz, Berlin, 24. Dezember 1874.

[5]) Ibidem.

System überdauerte auch die schwere Katastrophe, wie sie während der Wiener Ausstellung von 1873 durch Ueberspekulation mit einer alles verheerenden Kraft ausgebrochen war. Der sogenannte „Börsenkrach" hatte nur Ungesundes vernichtet und auf schwindelhafter Grundlage beruhende Existenzen hinweggefegt. Bald zeigte es sich, daß nach dem Verschwinden der an sich nicht lebensfähigen Unternehmungen die Börsenkrise nur einen Stillstand, nicht aber einen dauernden Rückschritt des wirtschaftlichen Aufschwunges bedeutete.[1]) Graf Andrássy tat recht, als er an der Kraft der Monarchie auch in dieser Richtung nicht verzweifelte. Grund dazu schien allerdings genügend vorhanden, da auch eine bereits seit längerem latente politische und finanzielle Krise über Ungarn losbrach, die, wofern nicht eine starke Hand eingriff, leicht den jungen ungarischen Staat in seinen Grundfesten erschüttern hätte können. Die helfende Hand war Graf Andrássy, der damals mit der von ihm vermittelten Fusion von 1875 sein Vaterland vor schweren inneren Verwüstungen rettete.

---

[1]) Schweinitz, 30. November 1873.

## VII. Kapitel.

# Andrássy und die ungarischen Parteiverhältnisse.

Zur ungelegensten Zeit, als sich der Kaiser im Februar 1874 nach Petersburg begeben, brach die parlamentarische Krisis über Ungarn herein. Für den Aufenthalt des Monarchen in der russischen Hauptstadt bot sie keine gerade sehr vorteilhafte Folie. Am Staatskörper wurden dadurch Schäden bloßgelegt, die dessen Lebenskraft als sehr geschwächt erkennen ließen. Das Ansehen, das sich Oesterreich-Ungarn in den letzten Jahren mit dem Aufgebot großer Opfer errungen, schien wieder zu erbleichen. Nichts war natürlicher, als daß der Glaube an die Erstarkung der Monarchie erschüttert wurde. Insbesondere hatte Ungarn unter diesen krausen Verhältnissen, die sich von Tag zu Tag wirrer gestalteten, schwer zu leiden. „Mein Maßstab dafür," schrieb Baron Orczy aus Wien an seine Mutter, „ist die hiesige Meinung über die Zukunft des ungarischen Staates. Jetzt hätte man auch hier gegen die Personal-Union nichts, da man eben damit hoffen möchte (sic!), den letzten Gnadenstoß dem ungarischen Staatsgedanken zu geben. Es tritt mir, ich kann Dir versichern," fährt er fort, „vor Scham das Blut ins Gesicht, wenn ich sehen muß, mit welchem barmherzigen Mitleid man über Ungarn spricht, für das man, solange man es noch fürchtete, nur Schimpfworte hatte."[1])

Die ersten Ursprünge zur Krise lassen sich bis in die Tage der Ministerpräsidentschaft Melchior von Lónyays zurückverfolgen. Als Andrássy im November 1871 nach Wien übersiedelte, baute er auf den innigen Zusammenhalt der Deákpartei und rechnete damit, daß deren Führer sowie die ihm ergebenen Unterfeldherren stark genug sein würden, die Reichstagsmajorität in seinem Geiste zu lenken. Hierin wurde der neue Minister des Aeußern bitter enttäuscht. Rasch trat es zutage, daß außer Deák und Andrássy, den vornehmsten Trägern der Idee des Dualismus, es eigentlich niemand verstand, diesen gegen Angriffe der Opposition im

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 15. Februar 1874.

Parlament und in der Presse ungefährdet und unverletzt zu erhalten. Wie begabt auch Lónyay, der Nachfolger Andrássys in der Ministerpräsidentschaft, war, so fehlte es ihm doch an den unerläßlichen Eigenschaften, eine große Partei mit der Energie und Zuversicht zu leiten, mit der sie sein ungleich bedeutenderer Vorgänger geführt hatte. Lónyays Lage ward überdies noch erschwert durch sein Verhältnis zu Deák. Widerwillig und nur starkem Drucke weichend, hatte der „alte Herr" sich ihn als Ministerpräsidenten gefallen lassen. Voll Unlust lieh er ihm seine Stütze, was der Partei nicht verborgen blieb. Solange sie unter der Führung Deáks und Andrássys stand, wagten sich die Eifersüchteleien und mancherlei kleinlichen ehrgeizigen Bestrebungen, wie sie in jeder größeren Vereinigung von Menschen vorkommen, nicht ans Tageslicht. Männer wie Csengery und der Historiker Franz Salamon, die Deák ihre Feder liehen und vor dessen Größe gerne ins Dunkel zurücktraten, erkannten Lónyay nicht die Autorität der Führerschaft zu und hatten auch sonst zu seinem Privatcharakter kein volles Vertrauen.[1]) Die Opposition verdächtigte ihn sogar mit Anspielungen auf seine Sucht, sich zu bereichern.

Bei dem geringsten Nachlassen der früher straff angezogenen Zügel, die man sich willig und ohne Widerstreben von der sicheren Hand eines Deák und Andrássy anlegen ließ, geriet die Partei in Verwirrung. Sie fühlte es sofort, daß der kräftige Führer fehle. Mit Schrecken sah Andrássy, wie Lónyay nicht die Macht besitze, die Abgeordneten als wohldisziplinierte Soldaten in die parlamentarische Kampagne zu führen. Dieser Zustand erfüllte ihn auch mit Sorge für seine eigene Stellung, die wesentlich auf gut geordneten Verhältnissen in Ungarn beruhte; er bereitete ihm auch manch düstere Stunde im Ministerpalais am Wiener Ballplatz.[2]) Zu seiner nicht geringen Betrübnis mußte er ferner gewahren, daß Deák infolge seines vorgeschrittenen Herzleidens nicht die alte Selbstbeherrschung und Ruhe bewahrte. Mitunter stimmte er, oft ohne jeden triftigen Grund und zur Freude der Opposition, gegen

---

[1]) Nach mündlicher Mitteilung eines eingeweihten Zeitgenossen.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 6. Februar 1872. „Wenn er Andrássy) wirklich etwas verstimmt wäre, so tragen das meiste dazu die Nachrichten aus Ungarn bei, da er doch fürchten muß, daß Lónyay seiner großen Aufgabe nicht gewachsen ist, und wenn die politischen Zustände sich in Ungarn schlecht gestalten, so hat das auch auf seine Stellung hier (Wien) keinen günstigen Einfluß."

die Beschlüsse der eigenen Partei.[1]) Der Führer der Nation bot jetzt überhaupt das Bild eines gebrochenen, schwerkranken Mannes, der sich nicht mehr in gleicher Weise wie in früheren Tagen um die Schicksale seiner Anhänger kümmern konnte. Von ihm war nicht zu hoffen, daß er, falls sich die Situation kritisch gestalten sollte, für den ihm nicht genehmen Lónyay mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit eintreten werde. Rascher, als vorauszusehen war, erlitt der ungarische Ministerpräsident im Parlament eine empfindliche Niederlage. Vergeblich bemühte er sich, die von ihm eingebrachte neue Wahlordnung durchzubringen, die einerseits den Zensus erhöhte, anderseits die Dauer des Reichstages von drei auf fünf Jahre verlängerte. In beiden Bestimmungen erblickte die oppositionelle Linke einen Gewaltstreich gegen ihre Existenz, weswegen sie entschlossen war, das Zustandekommen des Wahlgesetzes durch Todreden unmöglich zu machen. Aus diesen Tagen stammt die erste ungarische Obstruktion, an der sich auch Koloman von Tisza beteiligte, was er später als schweren politischen Fehler büßte. Für die Autorität Lónyays spricht es gewiß nicht, daß er Andrássy bekennen mußte, die Halsstarrigkeit der Opposition verhindere die Gesetzwerdung der Wahlreform.[2]) Dem deutschen Botschafter gegenüber freilich stellte er zur Verhüllung seines Fiaskos den Verlauf ganz anders dar. Ihn wollte er überzeugen, daß er wohl die Mittel gehabt hätte, seinem Gesetzentwurfe zum Siege zu verhelfen, aber trotzdem davon abgestanden sei. Man kannte jedoch sehr genau die wirklichen Gründe, die ihn zur Nachgiebigkeit bewogen. Einerseits befürchtete er von der geplanten Reform eine Spaltung in der eigenen Partei, wo so mancher im stillen ihr Gegner war. Anderseits stand zu besorgen, daß der Entwurf Anlaß zur Bildung eines starken katholischen Zentrums — man sprach von 60 Mitgliedern — unter der Führung Graf Albert Apponyis geben könnte.[3]) Es zeugt auch nicht gerade für ein besonders großes Ansehen Lónyays, daß der Präsident des Abgeordnetenhauses, Paul von Somssich, in Gegenwart des gesamten diplomatischen Korps am 15. April 1872 in seiner Abschiedsansprache an den zu Ende gehen-

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 15. Januar 1872. „Andrássy ist zurückgekommen (aus Pest). Er klagte über Deák, daß er launisch sei und oft ohne jeden Grund gegen die Beschlüsse der Partei stimme." (Ung.)

[2]) Tagebuch des Baron Orczy, 25. März 1872 (ung.).

[3]) Schweinitz, Wien, 17. April 1872.

den Reichstage sich solcher Worte bediente, die wie eine Anklage gegen Deutschland lauteten.[1]) Man kann sich leicht vorstellen, wie äußerst unangenehm der ganz unmotivierte Ausfall auf den befreundeten Staat den damals in der ungarischen Hauptstadt weilenden Grafen Andrássy berühren mußte. Der peinliche Eindruck wurde noch dadurch verschärft, daß er in einem eigenhändigen Schreiben ganz speziell den deutschen Botschafter zur Schlußfeierlichkeit eingeladen hatte,[2]) bei der nun Schweinitz diesem Angriffe Somssichs ausgesetzt war. Rasche Abhilfe tat not. Sofort eilte Andrássy — seinem Beispiele folgten die offiziellen und offiziösen Zeitungen —, Schweinitz zu versichern, daß die Aeußerungen des Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses nur dessen individuelle Meinung wiedergaben, nicht aber die der Partei. Infolge dieses Vorganges wurde die bereits vollzogene Ernennung Somssichs zum Geheimen Rate wieder rückgängig gemacht.[3])

Mit diesem Vorfall und dem aus der Deákpartei selbst hervorgegangenen Wunsche, es möge im Interesse der Gesinnung der zerrütteten Finanzen Ungarns zu einer vereinten Wirksamkeit zwischen den Deákisten und der unter der Führung Koloman Tiszas stehenden linken Mittelpartei kommen,[4]) schloß der Reichstag von 1872. Vorläufig war wenig Aussicht vorhanden, daß ein solcher Plan unter Lónyay verwirklicht werden könnte. Schon während seines Aufenthaltes in Budapest hatte Andrássy die böse Wahrnehmung machen müssen, über wie wenig Sympathien der Ministerpräsident in der eigenen Partei verfüge und daß sich die

---

[1]) Schweinitz, Budapest, 17. April 1872. Das Diarium des ungarischen Reichstages enthält nichts von diesem Ausfall. Auch die Blätter machten keine Erwähnung davon. Die „Allgemeine Zeitung" vom 19. April aber bringt, datiert aus Pest vom 17. April, den Wortlaut der auf den Krieg von 1870 bezüglichen Stelle: „Wir sahen das Recht in den Hintergrund gedrängt, sahen den blutigen Kampf der rohen Gewalt erneut. — Unter dem Eindrucke so aufregender und überraschender Ereignisse mußten wir notwendigerweise fragen: wo wir jene sichere Grundlage suchen und finden könnten, auf welche wir ruhig und mit Hoffnung auf günstigen Erfolg unsere Zukunft basieren könnten."

[2]) Eigenhändiges Schreiben Andrássys an Schweinitz, Ofen, 6. April 1872. Schweinitz hatte erst bei Bismarck angefragt, ob er nach Pest gehen solle, worauf der deutsche Kanzler am 10. April seine Zustimmung erteilte. Den übrigen Diplomaten hatte Andrássy nur durch Baron Orczy sagen lassen, man würde sie gerne bei der Schlußfeierlichkeit des Reichstages sehen.

[3]) Schweinitz, Budapest, 17. April 1872.

[4]) Dr. Julius Oláh, „Geschichte der Fusion von 1875", S. 15 (ung).

unbestreitbar vorhandene Erregung in erster Linie gegen dessen Person richte.[1])

Es gelang wohl Lónyay in einem harten Kampf mit der Opposition[2]) bei den Neuwahlen die Majorität zu erringen, aber schon stand das Verhängnis vor der Türe. Die Rücksichtslosigkeit des dem Gefolge Tiszas angehörigen Abgeordneten Csernátony, der Lónyay ganz unerwartet in offener Sitzung persönlicher Habsucht beschuldigte, sollte den Ministerpräsidenten (November 1872) vom kurulischen Stuhle hinwegfegen. In seinem Privatleben sittenstreng und von ökonomischen Grundsätzen geleitet, hatte sich Lónyay in seiner öffentlichen Tätigkeit allzu großer geschäftlicher Regsamkeit überlassen, was damals kein vereinzelter Fall gewesen sein soll.[3]) Zu dem von ihm erheirateten Vermögen von 800000 Gulden gehörten auch Aktien der Pester Kettenbrücke. Als Finanzminister — welches Amt er neben dem Präsidium bekleidete — kannte er den Preis, zu dem das Monopol der Brücke vom Staate abgelöst werden mußte. Indem er sich der ihm bekannten Tatsache bediente, soll er dadurch 60—80000 Gulden gewonnen haben.[4]) Außerdem kaufte er zu billigem Preise waldreiche Güter, deren Holzabsatz er sich durch die benachbarten staatlichen Eisenwerke sicherte. Die von ihm erworbenen Besitzungen stiegen im Werte durch die Errichtung einer dahin führenden Bahn.[5]) Im strengsten Sinne des Wortes hatte Lónyay keinen Anlaß zur Beschuldigung unredlicher Bereicherung geboten. Der Staat war durch ihn nicht verkürzt worden; man konnte höchstens von „unschicklichem Reichwerden" reden.[6]) Andrássy war stets der Ansicht, daß Lónyay für seine Privatperson ein leichtsinniger und nicht sehr kluger Spekulant war, doch nie seine öffentliche Stel-

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 17. März 1872 (ung.).

[2]) Die Opposition, die der Regierung Bestechung vorwarf, war gleichfalls in ihren Mitteln nicht sehr skrupulös. So erregten oppositionelle Abgeordnete in den Bauern den Glauben, daß bei einem Siege der Opposition die Besitzungen des betreffenden Komitates unter ihnen verteilt werden würden.

[3]) Schweinitz, 11. Dezember 1872.

[4]) Schweinitz, 11. Dezember 1872. — Andrássy, der Lónyay keinem, wenn auch noch so unbegründeten Verdacht ausgesetzt sehen wollte, schlug sofort, als die Frage der Ablösung der Kettenbrücke im Ministerrat zur Sprache kam, vor, daß die Verhandlungen mit der Kettenbrücken-Aktiengesellschaft nicht dem Finanzminister, sondern Graf Georg Festetics übertragen werden sollen.

[5]) Mündliche Mitteilung eines Zeitgenossen.

[6]) Waecker-Gotter (deutscher Generalkonsul), Budapest, 14. Dezember 1872.

lung mißbrauchte und auch nie auf Kosten des Staates einen Gewinst angestrebt habe.[1])

Hätte die Partei Lónyay selbst zu ihrem Führer erwählt, anstatt ihn wie ein unvermeidliches Uebel dulden zu müssen,[2]) würde ferner Deák ihn nicht auch der Habsucht bezichtigt haben,[3]) so wäre es trotz der heftigsten Angriffe der Opposition gewiß nicht gelungen, den Ministerpräsidenten zu stürzen. Lónyay erlag den vereinten Bemühungen der Linken und der Deákisten,[4]) deren Antipathien er nicht zu überwinden vermochte. Längst hatte Andrássy die ihm sehr unliebsame Wahrnehmung machen müssen, daß Lónyay sich nicht werde halten können.[5]) Tatsächlich war sein Fall bereits vor der Reise des Kaisers nach Berlin im September 1872 eine beschlossene Sache. Damals kam der Bankier Moritz von Wodianer, deutscher Konsul in Budapest, zu General Schweinitz mit der Mitteilung, Lónyay werde nur noch zwei Monate Ministerpräsident Ungarns bleiben,[6]) was denn auch auf den Tag zutraf. Der Kaiser, der ihm für die glückliche Rangierung der beim Fallissement Langrand-Dumonceau stark betroffenen Thurn-Taxisschen Familienverhältnisse[7]) besonderen Dank wußte, war in Begleitung Andrássys nach Budapest gekommen in der Absicht, Lónyay retten zu können.[8]) Rasch erlangten jedoch die Krone und der Minister des Aeußern die Ueberzeugung, daß hier jeder weitere Versuch vergebliche Mühe wäre. Nicht nur die Partei, sondern auch die eigenen Kollegen nahmen Stellung gegen Lónyay, der bereits am 30. November 1872 im Namen des ganzen Ministeriums dem

---

[1]) Mündliche Mitteilung eines Zeitgenossen. Dóczy charakterisierte in einer Abendblattnummer des „Pester Lloyd“ Lónyay als einen Mann, der, wenn man ihm mit einem geschäftlichen Projekt kam, nie fragte: Warum?, sondern immer nur: Warum nicht?

[2]) Schweinitz, 11. Dezember 1872.

[3]) Tagebuch des Baron Orczy, 21. November 1872 (ung.) „Deák schätzt Lónyay wenig, er billigt nicht dessen Habsucht. Andrássy zuliebe ließ er sich herbei, ihn zu unterstützen, aber persönlich fühlt er sich nicht zu ihm hingezogen und wird sich auch nie für ihn exponieren.“ (Ung.)

[4]) Waecker-Gotter, Budapest, 14. Dezember 1872.

[5]) Tagebuch des Baron Orczy, Mai 1872 (ung.).

[6]) Schweinitz, 11. Dezember 1872.

[7]) Das Vermögen der Franz Josef I. sehr nahe verwandten Thurn-Taxisschen Familie war beim Hause Langrand-Dumonceau deponiert gewesen.

[8]) Tagebuch des Baron Orczy, 6. Dezember 1872 (ung.).

Monarchen in Gödöllö (bei Budapest) das Entlassungsgesuch überreicht hatte.[1])

Am 1. Dezember entschloß sich der Herrscher, Szlávy mit der neuen Kabinettsbildung zu betrauen, und am 4. Dezember erschienen im amtlichen Blatte die Handschreiben, durch die einerseits Lónyay des Amtes enthoben und Szlávy zu dessen Nachfolger ernannt wurde. Obgleich Lónyay in erster Linie selbst an seinem Falle schuld war, behauptete er dennoch, daß ihn alle Welt verraten habe und er sich deswegen rächen werde.[2]) In der Wut über seinen Sturz und darüber, daß ihn weder seine Ministerkollegen noch die Partei gestützt, äußerte der tödlich Beleidigte in vertrautem Freundeskreise: „Meine Gegner werden noch von mir hören.“[3]) Andrássy bemühte sich, ihn zu bereden, die Sache ruhig hinzunehmen, da dies der einzige Weg sei, sich vor der Oeffentlichkeit zu rechtfertigen. Aber Lónyay wollte der Stimme der Vernunft kein Gehör schenken, und ein über das andere Mal erwiderte er dem Grafen Andrássy: er werde schon zeigen, welchen Einfluß er im Lande habe. Nur allmählich legte sich seine Erregung.[4]) Abgesehen von Csengery, den man mit Recht oder Unrecht dafür hielt, kann man eigentlich den zurückgetretenen Lónyay selbst den Vater des Koalitionsgedankens nennen, den er hernach verleugnete und sogar bekämpfte. Er war es, der zur Rettung seiner verzweifelten Stellung Unterhandlungen mit Tisza anknüpfte, um dessen Anhänger — das linke Zentrum — mit den Deákisten zu vereinen. Damit war man bei der ersten Etappe der Koalition angelangt, die bald darauf vom Bestreben nach Fusionierung verdrängt werden sollte.

Der von der Regierung zurückgetretene Lónyay hinterließ dem Lande ein trauriges Erbe: eine in sich zerklüftete Majorität. Wer

---

[1]) Andrássy an seine Frau, undatiert (30. November 1872), Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány. „Nachdem die übrigen Minister alle Lónyay erklärt haben, daß sie nicht weiter dienen, geht er heute nach Gödöllö und übergibt die Entlassung, die der Kaiser annehmen wird. Ich hoffe, sein Nachfolger wird Szlávy, jetzt ist auch schon der alte Herr (Deák) für ihn.“ (Ung.)

[2]) Andrássy an seine Frau, 5. Dezember 1872 (ung.). Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány.

[3]) Tagebuch des Baron Orczy, 6. Dezember (1872) (ung.).

[4]) Andrássy an seine Frau, 5. Dezember (1872). Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány. Der Graf bemerkt noch in seinem Briefe: „Meiner Ansicht nach hat ihn der Kaiser am Ende ein wenig zu kalt behandelt und dafür wird er (Lónyay) mich verantwortlich machen, woran ich aber ganz unschuldig bin.“ (Ung.)

sollte an ihre Spitze treten, wer sie wieder zu einem einheitlichen, festgefügten Ganzen einigen? Etwa Sennyey? Als einer der geistig hervorragendsten Männer Ungarns hätte er wohl den Beruf dazu gehabt. Aber von ihm, dem Führer der altkonservativen Klerikalen, wegen des ultramontanen Beigeschmacks, der ihm anhaftete, auch der „schwarze Baron" genannt, wollten weder Deák noch dessen Anhänger hören.[1]) Dagegen hätten Deák, Andrássy, Baron Béla Wenckheim und noch viele andere angesehene Mitglieder der Partei gerne den hochgebildeten, liebenswürdigen und sich allgemeiner Beliebtheit erfreuenden Baron Béla Orczy, den Sektionschef im Ministerium des Aeußern, mit der Führung der Majorität betraut gesehen. Infolge seiner schwächlichen Gesundheit und seines „weicheren Naturells" fühlte Orczy weder die Kraft noch die zur Bewältigung einer so schwierigen Aufgabe nötige Energie in sich. Er lehnte aufs entschiedenste die ihm zugemutete Mission ab.[2]) Nun ward der bisherige Handelsminister von Szlávy zum Ministerpräsidenten Ungarns ernannt. Als er seine Begeisterung für den ungarischen Freiheitskampf im Kerker von Olmütz büßen mußte, wo er schwere Ketten an den Füßen schleppte, hatte er nicht ahnen können, daß ihm einst die Leitung der Geschicke seines Vaterlandes zufallen werde. Gleich nach der Berufung Szlávys nannte Lónyay, anspielend auf den Einfluß, den der Minister des Aeußern auf die Entwicklung der Krisis genommen, das neue Kabinett boshaft „das Ministerium des Grafen Andrássy".[3]) Sollte damit Szlávys Unzulänglichkeit zum Chef einer großen Partei ausgedrückt werden, so lag in dem Ausspruch ein Körnchen Wahrheit. Der neue Ministerpräsident war ein unterrichteter, taktvoller, nach jeder Richtung hin unbescholtener Mann, doch mangelte es ihm an der Fähigkeit, selbständig der herrschenden Verwirrung zu steuern. Graf Andrássy fühlte sich daher auch bald von ihm enttäuscht. Er nannte ihn immer den „lachenden Demokrit". Denn Szlávy, der einen klaren, ruhigen Vortrag hatte, war imstande, jede Situation objektiv mit einem überlegenen Lächeln zu behandeln, als ob ihn die ganze Sache gar nichts anginge. Er

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 21. November 1872. Orczy, der zu den Lieblingen Deáks zählte, weilte damals gerade in Budapest und hatte Gelegenheit, so manche wichtige Mitteilung von dem „alten Herrn" zu erhalten. Waecker-Gotter, Budapest, 29. Juli 1872, berichtet ähnliches.

[2]) Tagebuch Orczys, 28. und 29. November 1872 (ung.). Waecker-Gotter, Budapest, 25. November 1872.

[3]) Waecker-Gotter, Budapest, 14. Dezember 1872.

war unfähig, eine neue Idee aus sich selbst zu schöpfen, er wußte nicht einmal ein Auskunftsmittel ausfindig zu machen, sondern setzte nur die Schwierigkeiten der Lage auseinander, wobei ein fortwährendes Lächeln seine Lippen umspielte.[1])

So schwebte die Majorität ohne kräftige, zuversichtliche Führung in Gefahr, jeden Augenblick zu zerfallen. „Schon seit einiger Zeit," heißt es in einer damaligen Aufzeichnung, „kann man wahrnehmen, daß die Regierung und die Partei nicht mehr im Einklang miteinander sind. Deák ist unruhig, ungeduldig, und die Minister imponieren ihm nicht; er ist launenhaft, kümmert sich nicht viel um das, was geschieht, was sich leicht damit erklärt, daß die asthmatischen Krämpfe von einem Tag zum andern seinem Leben ein Ende bereiten können. Da die Partei," fährt der Zeitgenosse fort, „durch Deák nicht im Zaum gehalten wird und sie für die Minister keine Sympathie hegt, wird sie von Stunde zu Stunde ungefügiger." Nachdem Deák sein gewohntes Ansehen nicht mehr wie bisher in die Wagschale zu werfen vermochte, gab es weder im Kreise der Regierung noch der Partei selbst einen Mann, vor dessen Persönlichkeit und politischem Uebergewicht sich die vielen großen und kleinen Ehrgeizigen gebeugt hätten. Vor allem waren es die entlassenen Minister, insbesondere Lónyay und Gorove, die aus verletzter Eitelkeit gar nicht geneigt waren, sich für eine Regierung einzusetzen, die sie abzulösen wünschten. Unter diesen Umständen krachte, wie Baron Orczy bemerkt, die Deákpartei in allen Fugen.[2]) Die finanzielle Zerrüttung des Staatshaushaltes, die von oppositioneller Seite nicht mit Unrecht der herrschenden Reichstagsmajorität zugeschrieben wurde, tat das übrige, um die Deákpartei wirklich in allen Fugen krachen zu machen. Der bisherige Finanzminister Kerkápoly mußte in offener Reichstagssitzung gestehen, daß er unter der ungeheuren Last zusammenbreche, die er auf seine Schultern genommen.[3]) Es war das feierliche Einbekenntnis der Unfähigkeit, die Finanzen Ungarns ordnen zu können. Unstreitig der bedeutendste Kopf im Ministerium Szlávy, talentvoll, energisch, von kaum glaublicher Arbeitskraft, ein makelloser Charakter, in seinem rauhen äußeren Wesen der wahre Typus des „steifnackigen Kalviners",[4]) war Kerkápoly nach einer auf allen anderen Gebieten bewährten glänzenden Lauf-

[1]) Mündliche Mitteilung eines Zeitgenossen.
[2]) Baron Orczys Tagebuch, 17.—25. November 1873 (ung.).
[3]) Rede Kerkápolys vom 26. November 1873.
[4] Waecker-Gotter, Budapest, bedient sich dieses Ausdrucks.

bahn genötigt, mit einem finanziellen Fiasko am 19. Dezember 1873 aus dem Kabinett zu scheiden. Als ihm, dem Liebling Deáks und Andrássys, von diesem in seinem Ministerium das Finanzportefeuille übertragen wurde, herrschte in Ungarn der Taumel des Ueberflusses, der jedoch bald von einer erschreckenden Ernüchterung abgelöst wurde. Kerkápoly war nicht der geeignete Mann für die Zeit der Ruhe, des Sammelns und Genügens. Er wollte nicht die bis dahin befolgte Bahn des Verkehrs mit den Weltmächten der Hautefinance betreten und begründete ein System des „Von-der-Hand-in-den-Mund-Lebens",[1]) das für Ungarn von verhängnisvoller Wirkung war. Schon sprach man davon, daß er binnen kurzem nicht in der Lage sein werde, seinen Verpflichtungen nachzukommen und der Bankrott unvermeidlich erscheine.[2])

Frohlockend und schadenfroh verfolgten die Gegner des ungarischen Staates diese Entwicklung der Dinge. Sie zweifelten keinen Augenblick an dem baldigen allgemeinen Zusammenbruch, nach welchem die Zügel der Regierung ihnen, den Feinden Ungarns, zufallen werden. Mit unverhüllter Gier lauerten sowohl die der klerikal-tschechisch-feudalen Partei angehörigen Leute wie die Zentralisten auf den Moment, wo Ungarn sich zahlungsunfähig erklären würde, um sofort auf den Trümmern des Dualismus die Standarte sei es des liberalen Einheitsstaates, sei es des feudalen Absolutismus aufzupflanzen. Ja, so nahe schien diese Gefahr gerückt, daß sie bereits die Aufmerksamkeit der auswärtigen Kabinette erregte. Bismarck, der eben damals in tiefem Hader mit dem Papsttum lag, wäre nichts ungelegener gekommen, als wenn eine klerikal-slawische Majorität in der Monarchie die Herrschaft an sich gerissen und diese als mächtigen Bundesgenossen an die Seite der katholischen Kampfhähne gestellt hätte. Auch aus diesem Grunde, damit Oesterreich-Ungarn ebensowenig wie Frankreich in den Machtbereich der päpstlichen Kurie falle, wünschte Bismarck von ganzem Herzen, daß der Dualismus siegreich und die ihn vertretende Deákpartei an der Spitze der Geschäfte bleibe.[3]) Darum hatte für ihn die Beantwortung der Frage, wie sich Franz Josef I. zu all diesen Intrigen und Machinationen verhalte,[4]) die

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 17.—25. November 1873 (ung.).

[2]) Schweinitz, Wien, 30. November 1873. — Tatsächlich hatte er einmal, acht Tage vor Monatsschluß, nicht genug Geld in den Kassen, um die Gehälter der Beamten zu zahlen. Mitteilung eines Zeitgenossen.

[3]) Bismarck an Reuß in Petersburg, Berlin, 18. Januar 1874.

[4]) Anfrage Bismarcks bei Schweinitz, Januar 1874.

größte Bedeutung. Sehr richtig beurteilten diejenigen den Monarchen, die von ihm annahmen, er werde in keinem Falle die Schöpfung Deáks und Andrássys antasten. Während des ganzen Prozesses der gewaltigen Krise, die Ungarn mit heftigen Fieberschauern schüttelte und fast schon dessen Unfähigkeit zur nationalen Selbständigkeit darzutun schien, dachte der Kaiser und König nie, selbst auch nicht einen Moment lang, an die Flucht von der 1867 ins Leben gerufenen dualistischen Grundlage der Monarchie. Vielmehr, und es scheint nicht unnötig, dies besonders zu betonen, war es gerade der Herrscher, der aufs entschiedenste jede von welcher Seite immer kommende Einflüsterung zurückwies, die von ihm durch den Krönungseid beschworene Verfassung in Trümmer zu schlagen. Nur auf Basis des geltenden Ausgleichs von 1867, den er einmal sein „schönstes Werk" nannte,[1]) wollte Franz Josef I. die Herstellung des inneren Friedens zulassen; er verbat sich energisch jede Zumutung, die Heilung der Mißstände auf anderem Wege zu versuchen. Als treuer Hüter der 1867er Prinzipien stand ihm Graf Andrássy zur Seite.

Als nun in der Bedrängnis, in der sich Ungarn befand, neuerdings von einigen der Ruf nach einer Koalition oder Fusion mit dem unter Tiszas Führung stehenden linken Zentrum, als letztem Rettungsanker in höchster Not, erhoben wurde, erklärte Andrássy klipp und klar: von Konzessionen im Interesse der Fusion könne keine Rede sein. Wolle Tisza, meinte er, die Regierung übernehmen, so müsse er sich einfach und ohne jeden Vorbehalt auf den Standpunkt des 1867er Ausgleichs stellen.[2]) Tisza schien bereits daran zu denken, seine Regierungsmöglichkeit vorzubereiten, wenigstens sagte es sein Intimus Csernátony — derselbe, der im Abgeordnetenhaus die Anklage der Bereicherung gegen Lónyay geschleudert — frei heraus: die Zeit sei gekommen, wo man sich mit Tisza verständigen müsse, denn das im Amt befindliche Ministerium sei nichts als ein Provisorium, das durch ein Definitivum ersetzt werden müsse. Dieser Ansicht war auch Szlávy selbst, der, obgleich ehrlich und klug, doch weder eine alles mit sich fortreißende Energie, noch den erforderlichen Spürsinn besaß, um einen Ausweg aus dem Labyrinth von Gefahren zu entdecken. Ohne Kampfesmut, war er regierungsmüde, obwohl ihm noch immer in allen bedeutenderen Fragen die Mehrheit im Reichstage

---

[1]) Mikszáth, „Gesammelte Werke", Bd. 21, S. 16 (ung.).
[2]) Tagebuch des Baron Orczy, 1. Februar 1874 (ung.).

zur Verfügung stand.[1]) Dazu trug nicht wenig die heikle Angelegenheit der ungarischen Ostbahn bei — eine unangenehme Erbschaft, die noch aus der Zeit stammte, da Lónyay Finanzminister und Gorove Handelsminister gewesen. Mit dem Aktienkapital von 30 Millionen Gulden, bestimmt zum Ausbau einer nach Siebenbürgen führenden Eisenbahn, war so schlecht gewirtschaftet worden, daß sich bereits nach wenigen Jahren ein sehr beträchtliches Defizit zeigte. Man bezifferte es auf 24 Millionen Gulden. Anstatt den Verwaltungsrat zur Rechenschaft zu ziehen, dem es gelang, von jeder Verantwortung freigesprochen zu werden, wurden auf Kosten der Aktionäre für 30 Millionen Gulden Prioritäten der zweiten Emission herausgegeben, deren Rechtsgültigkeit starken Zweifeln begegnete. Ursprünglich hatten drei Banken[2]) die Effekten übernommen, die sie jedoch nicht zu halten vermochten. Die Geldinstitute suchten sich zu retten, indem sie die Prioritäten zweiter Emission bei der Wiener Bank gegen einen Vorschuß verpfändeten. Infolge der entstandenen öffentlichen Diskussion über die Rechtsgültigkeit der Sekondaprioritäten kündigte die Wiener Nationalbank das bei ihr hinterlegte Depot. Die Banken sollten binnen kürzester Zeit — Ende des Jahres 1873 — mindestens 15 Millionen Gulden zahlen, was sie an den Rand des Bankrottes bringen mußte. Nun richteten sich die Blicke hilfesuchend nach Berlin. Einige ungarische Herren reisten nach der deutschen Hauptstadt, um gegen Verpfändung von 30 Millionen Gulden Ostbahnprioritäten von der königlich preußischen Seehandlung 15 Millionen Gulden zu erhalten. Graf Andrássy selbst bat den deutschen Botschafter, das Anliegen seiner Landsleute in Berlin aufs wärmste zu empfehlen. Aus politischen Rücksichten war Bismarck geneigt, den Wunsch zu erfüllen, falls dessen Berücksichtigung keine unübersteiglichen Hindernisse im Wege stünden.[3]) Allein sowohl der Staatsminister Delbrück wie auch der preußische Finanzminister fanden die Belehnung ausländischer Eisenbahnaktien, die sie außerdem für ein unsicheres Pfand erklärten, für unvereinbar mit den deutschen Reichsgesetzen.[4]) Es blieb nichts anderes übrig, als in Ungarn selbst Hilfe herbeizuschaffen. Am 26. Januar 1874 brachte Szlávy im ungarischen Reichstage

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 31. Januar und März 1874 (ung.).

[2]) Es waren dies: die Franco-Ungarische, die Oesterreichische Allgemeine und die Vereinsbank.

[3]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 5. Dezember 1873.

[4]) Bucher, Berlin, 18. Dezember 1873.

eine Vorlage ein, welche die ungarische Regierung ermächtigte, die bei der Nationalbank verpfändeten 30 Millionen Gulden Prioritäten zweiter Emission nominal für 17 Millionen Gulden auszulösen. Am 3. Februar 1874 wurde die Vorlage nach sehr erregter, für die Majorität nicht sehr glücklicher Debatte mit 166 gegen 155 Stimmen angenommen.

Erst nachdem die Durchpeitschung der Vorlage gelungen, reiste Szlávy nach Wien, um der Krone seine Demission zu überreichen. Bei dieser Gelegenheit riet er dem Monarchen, wegen Bildung der unvermeidlichen Koalition nach der Ofener Königsburg zu kommen und sich da von den bedeutendsten ungarischen Staatsmännern — Tisza, Ghyczy, Bittó, dem Präsidenten des Unterhauses, Csengery und Széll — ein Exposé über die Lage vorlegen zu lassen. Die Deákpartei hatte sich somit insolvent erklärt, und in ihrer Not hätte sie gern das unter der Führung Tiszas stehende linke Zentrum gebeten, in ihren Kreis einzutreten. Andrássy erkannte sofort die Gefahr eines solchen Vorgehens. Er besorgte, die Anhänger Tiszas könnten dem Könige solche Bedingungen machen, deren Annahme ausgeschlossen sei. „Und dann," schreibt er an seine Frau, „würde mein Werk, wenn auch nicht ganz, sondern beiläufig zusammenstürzen, und ich stünde da wie ein zweiter Schmerling, der ein solches System schuf, das man nach fünf Jahren nicht mehr fortzusetzen vermochte." Er riet daher dem Monarchen, die Vorschläge Szlávys abzulehnen und dessen Entlassung nicht früher anzunehmen, ehe man nicht wisse, was an seine Stelle gesetzt werden solle. Andrássy sah aus diesem Wirrwarr nur einen Ausweg: die Fusion, aber auf fester und sicherer Grundlage. „Daran," äußerte er hierüber, „arbeite ich jetzt; wenn der Mensch das Vieh aus dem brennenden Stall retten will, fragt er nicht erst von ihnen, auf welchem Wege sie aus demselben herauskommen wollen." Zum Zwecke der Durchführung seines Zieles sprach er, nachdem er die Billigung des Königs hierzu erhalten, mit Ghyczy und flüchtig mit Tisza, von dem er bemerkt, es scheine der Wille zur Fusion bei ihm vorhanden zu sein, ob aber auch der Mut? „Wenn ich es vollbringen könnte," berichtet er hierüber an seine Frau, „so wäre das eine ungeheure Sache. Nur der Mann fehlt noch, den man an die Spitze des Ganzen stellen könnte. Wäre er gefunden, stünde ich gut für alles." [1])

[1]) Andrássy an seine Frau (11. März 1874), Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány (ung.).

Es schien, als würde es gerade an dem geeigneten Kopfe fehlen. Szlávy hatte auch Lónyay als eine der Persönlichkeiten vorgeschlagen, deren Rat die Krone anhören sollte. Als jedoch der ungarische Ministerpräsident Lónyays Namen aussprach, machte der Monarch eine ablehnende Bewegung. Hierauf ließ Szlávy die Bemerkung fallen, wie Lónyay ja selbst in allernächster Nähe des Thrones gute Freunde besitze, was den Herrscher zur Aeußerung veranlaßte: „Sie meinen wohl Bellegarde (Generaladjutant), aber der hat in solchen Angelegenheiten keinen Einfluß.“ [1]) Infolge verschiedener Umstände, deren Erörterung nicht hierher gehört, besaß Lónyay nicht mehr wie einst das Vertrauen des Kaisers. Der ehemalige ungarische Premier bot wohl alles auf, seinen Kredit bei der Krone wieder zu erringen. Er meinte, sich aufs wärmste damit zu empfehlen, daß er gegen eine aus den Deákisten und dem linken Zentrum zusammengesetzte Koalition zu Felde zog und eine Lanze für die unversehrte Erhaltung des 1867er Ausgleiches einlegte. „Glaube mir,“ schrieb er Andrássy, „Du bist nicht gut berichtet, wenn Du wähnst, daß sich nur noch auf dem Wege der Koalition eine starke parlamentarische Mehrheit schaffen läßt.“ Ihn dünkte es, daß ungeachtet ihrer scheinbaren Zerfahrenheit die Deákpartei noch immer über genügende Kraft zur Bildung einer großen Majorität verfüge; denn nach ihm lag die Ursache ihrer momentanen Schwäche nicht in der Partei selbst, sondern nur in der Führung. „Es möge,“ äußerte Lónyay weiter, „an ihre Spitze eine homogene, sich ihrer Ziele bewußte, tatkräftige, den Erfolg verbürgende Regierung treten, die auch wirkliche Erfolge aufweise, den Staatshaushalt ordne und stark in sich sei, dann wird es eine geschlossene, getreue Partei geben, jetzt und in der Zukunft, so wie es in der Vergangenheit gewesen.“ Wenn aber, fügte er noch hinzu, Regierung und Majorität die bisherige staatsrechtliche Grundlage verlassen, werden die nächsten Wahlen über beide ein vernichtendes Urteil fällen. Die aus ihnen hervorgegangene Mehrheit wird sicher bei Erneuerung der Quote und des Handelsbündnisses gerade das fordern, was nur noch wenige verteidigen werden, um erst bei der Personalunion und dem selbständigen ungarischen Heere haltzumachen. Da er nicht in den Geruch kommen wollte, er spreche nur in diesem Sinne, weil er gerne wieder an die Macht gelangen möchte, erklärte Lónyay ausdrücklich, es läge ihm jede Absicht oder Neigung ferne,

---

[1]) Tagebuch Baron Orczys, März 1874 (ung.).

abermals an den Regierungsgeschäften teilzunehmen, die er vielmehr als einfacher Abgeordneter zu unterstützen bereit sei. „Dies und nur das,“ schließt er seinen Brief an Andrássy, „hielt ich für meine Pflicht, Dir zu sagen und mein Gewissen dadurch zu beruhigen, daß ich im entscheidenden Momente jenem gegenüber meine Meinung äußerte, in dessen Macht es liegt, in diesem für die Zukunft unseres Vaterlandes und der Monarchie so wichtigen Augenblick auf die Entschließungen den größten Einfluß auszuüben.“ [1])

Lónyay, von dem man damals wirklich vermutete, er wäre nur deshalb ein Gegner der Koalition, weil sie seinen Herrschgelüsten im Wege stehe, [2]) irrte, wenn er annahm, Andrássy sei ein Anhänger des Koalitionsgedankens. Wie schon früher galt ihm auch jetzt jeder hierauf abzielende Plan nicht nur als Selbsttäuschung, sondern sogar als politischer Fehler. Denn Andrássy war durchdrungen davon, daß eine Koalition mit dem linken Zentrum nur auf Kosten der bestehenden staatsrechtlichen Basis zustande kommen könnte. In seinen Augen war schon die geringste Verletzung des Ausgleichsgesetzes verhängnisvoll für die Deákpartei. Nur wenn die Opposition bedingungslos den 1867er Ausgleich annehme, dürfe man sich mit ihr zum Behufe der Herstellung der gestörten Ordnung verbinden. Trotz dieser seiner Ueberzeugung wollte Andrássy den Monarchen doch nicht vom Versuche des anempfohlenen Experiments und der Reise nach Budapest zurückhalten. [3])

* * *

In seiner ungarischen Hauptstadt empfing der König einzeln die führenden Köpfe der verschiedenen politischen Parteien. Sennyey, der „schwarze Baron“, sprach wie eine Sphinx. In mehr rätselhaft dunkeln als klaren Worten, deren Sinn der Monarch nicht recht verstehen konnte, [4]) scheint er seine konservativ-zentralistischen Ideen entwickelt zu haben. Charakteristisch für die damaligen Zustände ist folgende kleine Episode. Während seiner Anwesenheit in Budapest besuchte der Kaiser und König auch den kranken Franz Deák, bei dem er wegen dessen äußerst qualvollen asthmatischen Leidens nur kurze Zeit verweilte. Von Politik war

[1]) Lónyay an Andrássy, Ofen, 12. März 1874. Gräfl. Andrássysches Archiv (ung.).

[2]) Tagebuch des Baron Orczy, März 1874 (ung.).

[3]) Ibidem.

[4]) Ibidem.

kaum die Rede. Der „Weise der Nation" sagte dem Souverän nur, daß, welche Lösung der Krise auch immer stattfände, der König doch nie eine Erschütterung des 1867er Ausgleiches dulden möge.[1]) Als nun nach diesem Besuche beim „alten Herrn" der Herrscher den Baron Sennyey ein zweites Mal sehen wollte, ließ sich dieser krank melden. Der mittlerweile nach Budapest berufene Minister des Aeußern konnte sich nicht enthalten, dem Monarchen gegenüber die Worte fallen zu lassen: „Sobald Sennyey hörte, daß Eure Majestät Deák besuchten, legte er sich ebenfalls zu Bette und hofft nun, der gleichen Auszeichnung teilhaftig zu werden," eine Bemerkung, die den Kaiser herzlich lachen machte.[2]) Baron Sennyey, der seine Stunde noch nicht für gekommen erachtete und deshalb den Eintritt ins Ministerium ablehnte, sagte bei der nächsten Zusammenkunft mit Graf Andrássy zu diesem: „Ihr denkt nur an mich, wenn es stürmische Zeiten gibt; erinnert euch jedoch auch meiner, wenn der Himmel heiter ist," worauf der Minister des Aeußern schlagfertig entgegnete: „Glaubst Du etwa, als mich Seine Majestät nach Königgrätz rufen ließ und meinen Rat hören wollte, daß es für mich schöne Maienzeit gab?"[3]) Der König sprach außer anderen maßgebenden Politikern auch mit Tisza. Im Gegensatz zu dem hierüber im „Hon" erschienenen Berichte hatte der Führer des linken Zentrums in der Audienz versichert, er würde bei Uebernahme der Kabinettsbildung auf genaue Beobachtung der Ausgleichsgesetze halten.[4]) Doch verlangte er gleichzeitig Garantien dafür, seinerzeit — also nach Ablauf der festgesetzten zehnjährigen Vertragsperiode — dem Reichstage Aenderungen an den Ausgleichsgesetzen vorschlagen zu dürfen. Außerdem beantragte er die Durchführung der Zivilehegesetzgebung und die Entwicklung der Verfassung in demokratischem Geiste.[5])

Andrássy, der im Auftrage der Krone gleichfalls mit Tisza verhandelte, gewann aus den Unterredungen mit ihm den Eindruck, der Führer des linken Zentrums stelle mit bewußter Absicht Forderungen, von denen er wissen mußte, daß sie nicht erfüllt

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, März 1874 (ung.).

[2]) Ibidem.

[3]) Ibidem.

[4]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 12. März 1874, nach einem Berichte des deutschen Budapester Generalkonsuls vom 11. März 1874.

[5]) Tagebuch des Baron Orczy, März 1874 (ung.), und Schweinitz, 12. März 1874.

würden. Es schien förmlich, als wollte er zur Ablehnung des ihm angebotenen Ministerpostens gezwungen werden. Noch wagte er es nicht, seinen Uebertritt auf die Basis von 1867 zu vollziehen, da seine Partei, und in ihr vornehmlich Jókai und Ludwig Simonyi, den Gedanken einer Koalition mit den Deákisten perhorreszierte.[1]) Daher beharrte er auf seinem Standpunkt, die ihm nötig erscheinenden Aenderungen in staatsrechtlicher Hinsicht zu der ihm passend scheinenden Zeit als Mitglied des Kabinettes vornehmen zu können.[2]) Gegen die Mahnung Andrássys wäre Szlávy geneigt gewesen, mit Tisza zu paktieren, jedoch nur unter der Bedingung, daß dieser die Freiheit seiner Aktion erst dann wieder erlange, wenn er aus dem Ministerium ausgetreten sei.[3]) Davon mochte Tisza nichts hören. Die Lage verwirrte sich immer mehr. Sennyey, der jetzt bereit gewesen wäre, ins Ministerium einzutreten, wollte nur als Ministerpräsident die Kabinettsbildung übernehmen,[4]) Ghyczy dagegen, der sich allerdings bereits von der Linken getrennt und auf den staatsrechtlichen Boden von 1867 gestellt, hatte es trotzdem abgelehnt, ohne Tisza einem koalitionistisch gefärbten Ministerium anzugehören. Als auf diese Weise, wie es Andrássy vorausgesehen, alle Bemühungen gescheitert waren, nahm es der König sehr übel, daß ihn Szlávy zur Reise nach Budapest bewogen, noch ehe er sich Sicherheit darüber verschafft hatte, ob es der Opposition auch wirklich ernst sei, gemeinsam mit den Deákisten eine Regierung zu bilden. Schon sprach man von Auflösung des Parlaments. Die Angst vor Neuwahlen kittete noch einmal, das letztemal, die bereits in voller Auflösung befindliche Deákpartei zusammen.[5]) In deren Konferenz vom 18. März 1874 wurde unter stürmischen Eljenrufen beschlossen, jedes zukünftige deákistische Ministerium kräftig und einmütig zu unterstützen. Wo aber ein solches finden, nachdem alle bedeutenderen Männer sich geweigert, Minister zu werden! In Bittó, dem Präsidenten des Unterhauses, hätte man schon einen Ministerpräsidenten zur Hand gehabt. Allein die Hauptschwierigkeit bestand in der Gewinnung eines hervorragenden Finanzmannes, der jetzt vor allem not tat. Koloman von Széll, der sich infolge seiner ausgezeichneten finanziellen

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, März 1874 (ung.).
[2]) Schweinitz, 20. März 1874.
[3]) Ibidem und Tagebuch Orczys, März 1874 (ung.)
[4]) Tagebuch Orczys, März 1874 (ung.).
[5]) Schweinitz, 20. März 1874.

Kenntnisse bereits eines bedeutenden Rufes als Finanzkapazität erfreute, soll angeblich als eventueller Finanzminister zu schwere Bedingungen gestellt haben. Von ihm mußte fürs erste abgesehen werden. In dieser fast verzweifelten Lage riet Andrássy dem König, noch einmal Ghyczy zu sich zu berufen. Dem persönlichen Eingreifen des Monarchen und dessen dringlichem Zureden gelang es endlich, alle Skrupel und Bedenken des alten Achtundvierzigers zu überwinden und ihn zur Uebernahme des Finanzministeriums zu bewegen.[1]) Sein Entschluß bedeutete noch keine Fusion. Denn die von Ghyczy gegründete „Mittelpartei" blieb vor der Türe stehen, ohne die Schwelle der Deákpartei zu überschreiten. Dafür aber hatte man in letzter Stunde ein Ministerium Bittó, das eigentlich ein Kabinett Ghyczy unter der Firma Bittó war. Um den Preis des Verzichtes auf alle Fusionsbildungen, im weiteren und engeren Sinne, war es zustande gekommen.

* *
*

Nicht sehr förderlich für den Fusionsgedanken war der Lärm, der damals jenseits und diesseits der Leitha über die Entlassung des Kriegsministers Freiherrn von Kuhn und die Ernennung Baron Kollers, des bisherigen Statthalters von Böhmen, zu dessen Nachfolger ausbrach. Bereits seit einiger Zeit hatte der Monarch die Empfindung, daß es mit Kuhn nicht mehr recht weitergehe, daß er als Kriegsminister zu „gemütlich" wäre, kurz, daß die Administration und der militärische Geist unter seiner Führung schwer gefährdet seien.[2]) Es kam hinzu, daß die seit Kuhns Ministerschaft aus dem Heere ausgeschiedenen konservativen Elemente nicht müde wurden, ihn demokratischer Theorien und der Untergrabung des alten kameradschaftlichen Geistes zu beschuldigen. Den eigentlichen Anlaß zu seinem Sturze aber bildete Kuhns scharfer Protest gegen Maßnahmen, deren Durchführung, infolge Befürwortung des Erzherzogs Albrecht, der oberste Kriegsherr anbefohlen hatte. Der Kriegsminister wollte nichts von der Ausscheidung des Generalstabes aus den Agenden seines Ministeriums wissen; ebenso wünschte er Oberst Beck von der Leitung der Militärkanzlei entfernt zu sehen; desgleichen sprach er sich gegen die Einbürgerung der von Erzherzog Albrecht mit großer Gründlichkeit eingeführten Armeeinspektionen aus. Der Gegensatz

---

[1]) Tagebuch Baron Orczys, März 1874 (ung.).
[2]) Mitteilung an Kaiser Wilhelm, 19. Juni 1874.

zwischen Kuhn und dem Erzherzog spitzte sich derart zu, daß Kuhn entlassen wurde.[1]) Zur allgemeinen Ueberraschung brachte am 16. Juni 1874 die amtliche „Wiener Zeitung“ zwei ohne jede ministerielle Gegenzeichnung versehene allerhöchste Handschreiben an Kuhn und Koller. Da der bisherige Kriegsminister, in dem man das Ideal eines konstitutionellen Leiters seines Ressorts erblickte, nach Schluß einer Delegationssession fiel, in der ihm das Vertrauen der Vertreter beider Staaten der Monarchie ausgesprochen worden war, erzeugte dieser Umstand in Verbindung mit dem Fehlen der ministeriellen Unterschriften auf den Handbilletten große Besorgnisse. Sofort regte sich der Verdacht, man habe es hier mit „unkonstitutionellen Einflüssen“ zu tun. Den Ungarn sekundierten die Wiener Blätter, die gleichfalls in dem Personenwechsel einen Systemwechsel witterten. Am schärfsten offenbarte sich jedoch diese Stimmung in Ungarn, wo infolge der unglücklichen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse eine Reizbarkeit entstanden war, die, wie ein Zeitgenosse bemerkt, sehr stark jener eines „Nervenkranken“ geähnelt haben soll.[2]) Rief schon der geringste Anlaß Befürchtungen für die staatsrechtliche Stellung Ungarns hervor, um wieviel mehr ein so bedeutungsvolles Ereignis, als es unstreitig der ohne ministerielle Gegenzeichnung erfolgte Rücktritt Kuhns war. Man glaubte bereits an die vorhandene Tendenz der strammeren Zusammenfassung der Armee, wodurch der Institution der Honvéds der Garaus gemacht werden solle.[3]) Bei ruhiger Erwägung der Sachlage hätte man sich wohl sagen müssen, Graf Andrássy bliebe nicht eine Stunde mehr im Rate der Krone, wenn wirklich derartige Staatsstreichabsichten gegen die verfassungsmäßig garantierte staatsrechtliche Stellung Ungarns geplant würden. Zur Beruhigung der Gemüter brachte am 19. Juni die „Wiener Zeitung“ ein vom 14. Juni datiertes, von Andrássy gegengezeichnetes Handbillett über die Entlassung Kuhns und die Ernennung Kollers. Außerdem erklärte die „Wiener Zeitung“, das Handbillett sei nur aus Versehen nicht ebenfalls am 14. mit den an Kuhn und Koller gerichteten Personalhandschreiben veröffentlicht worden.[4]) In einer an den Ministerpräsidenten Bittó gerichteten Depesche bestätigte

---

[1]) Graf Dönhoff, kaiserlich deutscher Chargé d'affaires, Wien, 16. Juni 1874.

[2]) Idem, Wien, 22. Juni 1874.

[3]) Ibidem.

[4]) Die Blätter brachten damals verschiedene Deutungen der angeblich unterbliebenen Unterzeichnung Andrássys.

Andrássy den Sachverhalt. Er bezeichnete sich als den allein Verantwortlichen für den Formfehler und ermächtigte Bittó, jedermann zu sagen, wer in das von ihm unterzeichnete Original Einblick nehmen wolle, möge sich nur zu ihm nach Wien begeben, wo es ihm sofort vorgelegt werden würde. Mit der größten Entschiedenheit verwahrte er sich jedoch gegen die von der Linken beabsichtigte Forderung, er solle das Versprechen geben, daß derartige Verstöße nie wieder vorkommen würden. Er hatte ja recht, zu sagen, eine solche Zusage schlösse das Bekenntnis in sich, „als wären irgendwelche antikonstitutionelle Hintergedanken im Spiele gewesen, und als sei es irgendeinem nervenschwachen Interpellanten wieder einmal gelungen, die Konstitution zu retten, was dem albernen Geschwätz über Reaktion neue Nahrung zuführen könnte.“ [1]) Diese Auslassung Andrássys gewinnt noch an Bedeutung dadurch, daß der König ihr seinen vollen Beifall schenkte und sie mit der Randglosse „Bravo“ begleitete. [2]) Bedürfte es noch einer weiteren Bekräftigung der über allen Zweifel erhabenen konstitutionellen Gesinnung des Monarchen, so erhält sie diese dadurch, daß die Entlassung Kuhns nicht eigenmächtig von seiten der Krone, sondern in vollem Einverständnis mit dem Minister des Aeußern erfolgte.

So hervorragende Verdienste sich auch Baron Kuhn um die Beseitigung vieler Mißbräuche und um die Hebung der Intelligenz in der Armee erworben, so entsprach trotzdem der eingetretene Wechsel in der obersten Leitung des Kriegswesens den schon lange gehegten Wünschen Andrássys. Wie er selbst dem deutschen Geschäftsträger Graf Dönhoff mitteilte, sei dieser mit seiner vollen Billigung und ausdrücklichen Zustimmung durchgeführt worden. Nachdem er sich mit Erzherzog Albrecht hierüber verständigt, erzählte er einem seiner Vertrauten: „Meinen Kollegen Kuhn habe ich gestürzt. Der Erzherzog mochte ihn längst nicht, und mir hat er sehr schlimme Streiche gespielt. Mit seiner biedermännischen Manier war er im Grunde falsch. So oft die Ungarn ihm in der Delegation Schwierigkeiten machten, klagte er dem Kaiser, daß ich

---

[1]) Telegramm Andrássys an Bittó, Wien, 19. Juni 1874. Gräfl. Andrássysches Archiv. Das Telegramm wurde mit einigen geringen Abweichungen in der „Neuen Freien Presse“ 1874 veröffentlicht. Der Vergleich mit dem im Andrássyschen Archiv aufbewahrten Konzepte beweist, daß das in der „Neuen Freien Presse“ publizierte Telegramm nicht apokryph ist.

[2]) Eigenhändige Randbemerkung des Kaisers und Königs.

ihn nicht genug unterstütze."[1]) Sehr häufig hatte sich Andrássy über den mit Kuhn unerträglichen Verkehr zu beklagen. In der Tat war sein Verhalten ein höchst merkwürdiges. Er liebte es, sich hinter Theorien zu verschanzen, über die er weder im Ministerrate noch in der Delegation eine Diskussion zulassen wollte. Wurden seine Forderungen in den Delegationen angegriffen, so antwortete er hierauf gewöhnlich mit einer kurzen, heftigen Replik. Damit begnügte er sich, unbekümmert um das weitere Schicksal seiner Vorlagen. Dann fiel natürlich dem Minister des Aeußern die Aufgabe zu, das Budget des Kriegsministers in den Delegationen durchzusetzen. Nicht der Beredsamkeit des Kollegen im Ministerium, sondern der eigenen Geschicklichkeit pflegte Kuhn hernach den Erfolg zuzuschreiben, den er angeblich längst vorausgesehen. Denn eine seiner merkwürdigen Eigentümlichkeiten war es, alles stets richtig vorausgewußt zu haben, auch wenn es anders kam, als er es sich vorgestellt. Als anstatt der von ihm für anfangs September angekündigten großen Niederlage der deutschen Armee die Siegesbotschaft von Sedan eintraf, sagte Kuhn mit unglaublich stoischer Ruhe, gleichwie in allen ähnlichen Gelegenheiten: „Ich habe es ja prophezeit," womit er die Möglichkeit jeder weiteren Erörterung abschnitt.[2])

Damals hatte man freilich keine Ahnung davon, daß Andrássy einer der Hauptfaktoren des Sturzes Kuhns war. Doch nach der Veröffentlichung des vom Minister des Aeußern gegengezeichneten Handbilletts und der Erklärung, daß nur ein Versehen die rechtzeitige ordnungsgemäße Publikation verhindert habe, konnte man wohl der Gespensterseherei von Staatsstreichen ent-

---

[1]) Mitteilung eines Zeitgenossen, der dies von Andrássy selbst erfahren und dem er noch folgendes erzählte: Eines Tages wurde Andrássy zum Kaiser beschieden, der ihm sagte, das ungarische Subkomitee der Delegation habe an irgendeiner wichtigen Post des Kriegsministeriums einen Abstrich beschlossen, den Kuhn nicht akzeptieren könne, er wolle deswegen seine Demission geben. Der Kaiser forderte Andrássy auf, noch am selben Abend das Subkomitee zur Bewilligung der Post zu bewegen; nur mit schwerer Mühe gelang es ihm, die Reassumierung des am Tage vorher gefaßten Beschlusses durchzusetzen. Am nächsten Tage erfuhr Andrássy zu seiner nicht geringen Verwunderung aus den Blättern, daß Kuhn gleichzeitig im Budgetausschuß der österreichischen Delegation denselben Abstrich ja angenommen hatte. „Ich habe," fügte Andrássy seiner Erzählung bei, „dem Kaiser nicht verhehlt, wie sehr ich dadurch vor meinen Landsleuten bloßgestellt war, und habe auch Kuhn meine Meinung nicht vorenthalten."

[2]) Graf Dönhoff, Wien, 23. Juni 1874.

sagen. Das lag jedoch nicht in der Absicht der Linken, die der Regierungspartei den Rang ablaufen und sich bei dieser Gelegenheit das Verdienst der Verteidigung der bedrohten Verfassung erringen wollte.[1]) Am 20. Juni richtete daher Koloman Tisza, der Führer des linken Zentrums, an den ungarischen Ministerpräsidenten die Anfrage, ob die Regierung die Motive des Ministerwechsels kenne, schon vorher Kenntnis davon gehabt habe und ob sie Schritte zu tun gedenke, damit in Zukunft solche Unzukömmlichkeiten, wie das Fehlen der Gegenzeichnung, sich nicht mehr wiederholen.[2]) Andrássy, über die von der Presse verbreiteten grundlosen Gerüchte eines auf die Verfassung und die Honvéds beabsichtigten Attentats bereits sehr erbost, zeigte sich jetzt von der Interpellation Tiszas äußerst unangenehm berührt. Es sei ihm unbegreiflich, äußerte er, wie dieser Mann den Anspruch erheben könne, Führer einer Partei im ungarischen Reichstage sein zu wollen.[3]) Aus einem Briefe, den, wie es scheint, Andrássy unter dem unmittelbaren Eindrucke der Interpellation an Bittó richtete, gewinnt man vollen Einblick in die tiefe Erregung, in die ihn diese versetzte. „An Stelle eines ganz unbrauchbaren Administrators und eines wirren Kopfes," schrieb der Minister des Aeußern, „dessen politisches Bekenntnis, wenn er überhaupt ein solches hat, im Herabsehen auf die Ungarn kulminiert, ernennt Seine Majestät zum Kriegsminister einen allgemein anerkannten geschickten Administrator, einen hellen Kopf, der ein entschiedener Gegner jeder slawischen Agitation und ein überzeugungsvoller, konstitutionell gesinnter Mann ist. Und eine solche Interpellation wird dann gegen den Kaiser gerichtet, als wenn Seine Majestät einen Staatsstreich hätte vollführen wollen. Das geschieht in Ungarn, dem der König nicht nur so viele Beweise seiner verfassungsmäßigen Gefühle, sondern auch seines außerordentlichen Wohlwollens bei der letzten Gelegenheit gegeben.[4]) Und diese Interpellation," fährt Andrássy fort, „geht nicht von irgendeinem alten politischen Tratschweib oder von Náczi Helfy aus, sondern von Koloman Tisza, der sich persönlich von der Aufrichtigkeit Seiner Majestät überzeugen konnte! Und er tut dies gegenüber

---

[1]) „Pesti Napló" machte damals darauf aufmerksam.

[2]) Sitzung des ungarischen Reichstages vom 20. Juni 1874.

[3]) Graf Dönhoff, 23. Juni 1874.

[4]) Anspielung auf den Budapester Aufenthalt des Monarchen aus Anlaß der Fusionsbestrebungen.

jenem Nachkommen des Hauses Habsburg, der sich vor nicht langer Zeit nach Pest begab, um mit der Linken die Fusion — deren Mißlingen nicht seine Schuld sei — zustande zu bringen, wo er doch das eingetretene Chaos zu etwas ganz anderem hätte benützen können".[1]) Andrássy vermochte es nicht zu fassen, daß Tisza sich zu einer derartigen Interpellation gerade jetzt hinreißen ließ, wo er — Andrássy — Präsident des gemeinsamen Ministeriums sei,[2]) von dem man, wie er sagt, wohl mancherlei, aber nie das eine voraussetzen könne, daß er sich so sehr an seine Stelle klammere, um nicht zu wissen, wo er die Türe zu finden habe, falls ihm gegen seinen Willen, als sicheres Zeichen des Mißtrauens, ein Kollege aufgedrängt werden sollte.[3]) Andrássy kehrte sich so entschieden gegen Tisza, da ihm dessen Interpellation jeder berechtigten Grundlage zu entbehren schien. Er stellte den Grundsatz auf, daß dem König von Ungarn ebensosehr die unbezweifelte Prärogative der Ernennung zustehe wie dem Parlament die Befugnis der Verweigerung des Budgets oder der Erteilung eines Mißtrauensvotums. Dagegen besitze die ungarische Legislative nicht das Recht, danach zu fragen, warum die Krone diesen oder jenen Minister ernannt habe. Andrássy bezeichnete überdies alles in der Interpellation Enthaltene als bloßen Ausfluß völlig grundlosen Getratsches, weshalb er Bittó aufforderte, Tisza zur Zurücknahme der Interpellation zu bereden oder wenigstens zu bewegen, daß er sie durch den Mund eines anderen vorbringen lasse. „Wenn ich dies wünsche," schließt der hochinteressante Brief, „ist es vielleicht überflüssig, zu sagen, daß mich hierzu nur ein Motiv veranlaßt, und dies ist, daß es in Ungarn wenig Männer gibt, von denen heute oder morgen etwas zu erwarten wäre. Ich könnte es nur bedauern, wenn ein solcher Mann wie Koloman (Tisza) sich mit Gewalt unmöglich machen wollte."[4]) Auch der Kaiser war nach dem, was während seiner Anwesenheit in der ungarischen Hauptstadt vorgefallen, über Tiszas Haltung sehr verwundert. In seinem Unmute meinte er, daß sich die Ungarn überhaupt sehr ungeschickt benommen hätten, womit er auch auf Bittó

---

[1]) Andrássy an ? (sicher an Bittó), Wien, 21. Juni, nachmittags (1874). Gräfl. Andrássysches Archiv. Konzept (ung.).

[2]) Andrássy bedient sich in seinem Briefe ausdrücklich dieser Worte: „Vorsitzender des gemeinsamen Ministeriums."

[3]) Andrássy an ? Wien, 21. Juni (1874). Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Ibidem.

zielte, dem es nicht gelungen war, die Interpellation zu verhindern.[1]) Dem ungarischen Ministerpräsidenten ließ Andrássy die Tisza zu erteilende Antwort telegraphisch zukommen. Allein das Telegramm kam verstümmelt an, so daß Bittó nicht den gehörigen Gebrauch davon machen konnte. All das verstärkte im Monarchen die Ueberzeugung, daß der momentane Leiter der Geschicke Ungarns seiner Stellung nicht gewachsen sei und es wünschenswert wäre, ihn durch eine andere, tüchtigere Kraft zu ersetzen.[2])

* * *

Die Verhältnisse schienen die Auffassung des Herrschers zu rechtfertigen. Unter Bittó sanken die Finanzen noch tiefer als zuvor. Bereits einige Wochen nach der Uebernahme des Finanzportefeuilles durch Ghyczy fand sich in den Staatskassen kein Geld mehr zur Deckung der täglichen Ausgaben vor. Ghyczy, ein durch Vorsicht und Behutsamkeit ausgezeichneter ehrenwerter Charakter, der umfassende Kenntnis des Landes und speziell der Finanzen besaß, urteilte ganz richtig, daß einerseits nur Sparsamkeit im Haushalte, andererseits allein Erhöhung der direkten Steuern helfen könnten. Auf diesem letzteren Gebiete traf er jedoch auf die entschiedenste Gegnerschaft seines ehemaligen Gesinnungsgenossen Tisza, der in seiner Neujahrsansprache (1875) in Form einer Liebeswerbung eine Kriegsdrohung gegen die Deákisten geschleudert hatte, die er in sein Lager hinüberzuziehen trachtete. Aus seiner Rede vom 3. Januar, in der er der Deákpartei ein wahres Sündenregister vorhielt, wie sie kein anderes Ziel kenne als die Erhaltung ihrer Herrschaft und von der Opposition fordere, daß sie „sich selbst vernichtend in die Arme der Gegenpartei stürze“, wollte man deutlich die „pochende Ungeduld der Machtgier“ heraushören. Um diese Zeit begann sich auch Tisza ernstlicher mit dem Gedanken an eine Fusionierung der Parteien zu befassen, deren alleiniger Führer er zu sein gedachte. Noch war er freilich nicht zum letzten Schritte, der Anerkennung des 1867er Ausgleiches, entschlossen, ohne den er nicht an die Macht gelangen konnte. Aber es scheint doch, daß er bereits an nähere Anknüpfungspunkte mit Andrássy dachte. Wenigstens suchte derselbe Csernátony, der schon einmal laut geäußert, man müsse Tisza in den Sattel helfen, Anfang September 1874 persönlich Andrássy auf, um ihm zu sagen, er möge sich doch mit

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 23. Juni 1874.

[2]) Ibidem.

dem Führer des linken Zentrums in Verbindung setzen und ihn veranlassen, sich für den Eintritt in die Regierung vorzubereiten.[1])

Dieser Anregung gab Andrássy erst Folge, als die Schwächen des Bittóschen Regimes immer deutlichere Umrisse annahmen und der Niedergang der Deákpartei für unvermeidlich galt. Im Anblicke dieser Gefahren und um eine mögliche Katastrophe zu verhüten, entschloß sich Andrássy, Tisza am 22. Januar 1875 in dessen Wohnung aufzusuchen, ohne ihn jedoch anzutreffen.[2]) Richtig ahnend, daß ihm der Minister wichtige Dinge zu sagen habe, und sich wenig darum kümmernd, was die Menschen davon denken werden,[3]) eilte Tisza, den Grafen Andrássy zu benachrichtigen, er stehe am 23. Januar nachmittags zu seiner Verfügung.[4]) An diesem Tage dürfte wahrscheinlich auch die Unterredung der beiden bedeutenden ungarischen Staatsmänner stattgefunden haben.[5]) Nicht nur als ungarischer Patriot, sondern auch in der Eigenschaft eines gemeinsamen Ministers des Aeußern suchte Andrássy seinen Landsmann auf. Als Leiter der auswärtigen Geschäfte wußte er, daß über Nacht die orientalische Frage in ein so akutes Stadium treten könnte, das ein sofortiges energisches Einschreiten der Monarchie wünschenswert machen müßte. Ohne ein kräftiges ungarisches Ministerium wäre das aber unmöglich gewesen. Von diesem Momente an rückte die Fusion in den Gesichtskreis welthistorischen Charakters. Jetzt ward Andrássy selbst zum Protektor der Vereinigung der Deákpartei mit dem linken Zentrum, aus der eine Regierung hervorgehen sollte, zu deren Mitgliedern Tisza zu gehören hätte — immer unter der Voraussetzung, daß sie auf der Basis von 1867 zustande käme. Unverhohlen kennzeichnete Andrássy jetzt vor dem Führer der Opposition die ganze innere und äußere Lage und forderte ihn zum Zwecke der Bildung einer starken Regierung auf, mit seiner Partei rückhaltlos den 1867er

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 7. Februar 1875. Orczy verzeichnet erst zu diesem Tage die ihm von Andrássy selbst gemachte Mitteilung.

[2]) Tisza an Andrássy, Budapest, 23. Januar 1875. Gräfl. Andrássysches Archiv (ung.).

[3]) Ibidem. „Darum, daß man dies oder jenes sagt, kümmere ich mich nicht." (ung.)

[4]) Tisza an Andrássy, 22. Januar 1875. Gräfl. Andrássysches Archiv (ung.).

[5]) In Ermangelung Tiszascher oder Andrássyscher Briefe müssen hier die Aufzeichnungen Orczys ausschlaggebend sein, der in seinem Tagebuche hierüber erst am 7. Februar 1875 berichtet. Andrássy selbst hat ihm die nötigen Angaben gemacht. Orczy sagt, er glaube, die Begegnung habe im Januar 1875 stattgefunden, und das stimmt mit dem Briefe Tiszas vom 22. Januar 1875.

Ausgleich anzuerkennen. Dies, sagte er ihm, sei um so nötiger, als der Monarch um keinen Preis eine Verletzung des 1867er Ausgleiches zugeben werde, und nur auf dieser Grundlage eine Verschmelzung der Parteien erfolgen dürfe.[1])

Im vorhinein hatte Andrássy Tisza darauf aufmerksam gemacht, er brauche über all das, was er ihm zu eröffnen habe, keine unmittelbare Antwort zu erteilen; er möge ihn anhören, das Vernommene prüfen und erst nach reiflicher Erwägung seine Entschlüsse fassen. Das sagte Tisza auch zu.[2]) Die Unterredung mit Andrássy scheint von entscheidendem Einflusse auf Tisza gewesen zu sein und in ihm Entschlüsse zur Reife gebracht zu haben, mit denen er sich schon seit längerer Zeit beschäftigt hatte. Denn wie aus einem vom 15. Juni 1873 datierten Brief von ihm hervorgeht, hielt er schon damals, also zwei Jahre vorher, die Annäherung, ja eigentlich die Verbindung zwischen der Deákpartei und seinen eigenen Anhängern nicht für ausgeschlossen.[3]) Einmal so weit, wird ihn die Aufforderung Andrássys ein gewaltiges Stück auf dem eingeschlagenen Wege vorwärts gedrängt haben. Nur so ist es erklärlich, daß er einen Monat nach seiner Neujahrsrede im Reichstage am 3. Februar den Deákisten die Hand zur Vereinigung unter Anerkennung des 1867er Ausgleichsgesetzes bot. In seiner groß angelegten meisterhaften Rede über die trostlose finanzielle Lage sagte er: er kenne nur e i n Mittel zu deren Heilung, und dies bestehe darin, daß die Parteien einander nicht fragen dürfen, was sie über die z u k ü n f t i g e n Fragen denken, sondern wie sie den j e t z i g e n dringenden Aufgaben gerecht werden wollen.[4]) Obgleich Tisza einmal mit Anspielung auf einen Unfall, der ihm passierte, gesagt haben soll: „Ich springe nicht, ich habe kein Glück beim Springen," so hatte er jetzt doch glücklich den Sprung über den staatsrechtlichen Graben vollbracht. Man hat ihn deswegen der Charakterlosigkeit und der Fahnenflucht beschuldigt und ihm überdies noch vorgeworfen, er habe sich ausschließlich von der Gier nach der Herrschaft bestimmen

---

[1]) Tagebuch Baron Orczys, 7. Februar 1875. Nach Mitteilungen Graf Andrássys.

[2]) Ibidem.

[3]) Vécseys Denkrede auf Tisza im „Akademischen Anzeiger", Juni/Juli 1905 S. 297 (ung.).

[4]) Die Rede Tiszas ist mitgeteilt im XIV. Bande des Diariums des auf den 1. September 1872 einberufenen Reichstages (330. Sitzung vom 3. Februar 1875). Einen sehr ausführlichen Auszug gibt Oláh a. a. O. S. 292.

lassen. Ludwig Kossuth sagte damals, Deák habe die Gegenwart, Tisza die Zukunft kompromittiert.[1] Gewiß wird es nicht zu bestreiten sein, daß der Besitz der Macht Tisza reizte. Fühlte er doch die Kraft in sich, sein Land zu leiten. Aber sicher war die patriotische Erkenntnis, daß Ungarn zugrunde gehen müsse, wenn er fort auf der starren Negation verharre, bei weitem stärker in ihm als der bloße Machtkitzel. Gegenüber der Anklage, daß er die mit so viel Geräusch verkündeten Biharer Punkte[2]) treulos im Stiche gelassen habe, durfte er mit Recht entgegnen: „Nun, ich verzeihe es mir, daß ich noch mehr als meine Grundsätze mein Vaterland liebte.“[3]) Er hatte sich ja überzeugen müssen, was er auch in der Rede vom 3. Februar öffentlich bekannte, daß die Nation in wiederholtem Waffengange sich nicht auf seine Seite, sondern an die Deáks und Andrássys stellte. Tisza sah ein, sein Vaterland könne aus dem herrschenden Chaos nur durch die Vereinigung der besten Geister Ungarns auf der Basis von 1867 herausgeführt werden. Nicht nur mit diesem Bekenntnis, sondern auch dadurch, daß er für die Erhaltung der unversehrten Wehrkraft der Monarchie eintrat, bekundete er seine Regierungsmöglichkeit.

Der Eindruck seiner Rede vom 3. Februar war demnach ein tiefer und nachhaltiger. Tisza selbst äußerte darüber: „Mit Ausnahme meiner engsten Gesinnungsgenossen bot sie für jedermann hier eine Ueberraschung, und die alle meine Erwartungen übertreffende Wirkung, die sie tat, ist wenigstens für mich ein Beweis dafür, um sagen zu können: es war in der rechten Stunde.“[4]) Auch Andrássy, an den er diese Zeilen richtete, war

---

[1]) Kossuth an Otto Herman, 17. März 1875, abgedruckt im 9. Bande der Schriften Kossuths, S. 29.

[2]) Diese sogenannten „Biharer Punkte“, die Tisza gleich nach der Perfektionierung des Ausgleichs im Jahre 1868 verfaßte und auf deren Grundlage die Tiszasche Partei 1872 in den Wahlkampf zog, sind längst von der heutigen Generation vergessen. Das Wesen dieser Biharer Punkte lautet: Alle Gesetze, die mit der vollen Unabhängigkeit Ungarns in Widerspruch stehen, seien abzuschaffen, also die Delegation und das gemeinsame Ministerium, dagegen soll ein selbständiges ungarisches Heer sowie die Unabhängigkeit der ungarischen Finanzen und Handelsinteressen begründet werden; ferner die diplomatische Anerkennung der gesetzlichen Unabhängigkeit Ungarns. Der Partei blieb es überlassen, die Zeit und die geeigneten verfassungsmäßigen Mittel zur Durchführung dieser Grundsätze nach ihrem Ermessen zu wählen.

[3]) Koloman Mikszáth: „Meine Zeitgenossen“ in dessen „Gesammelte Werke“, Bd. II, S. 90 (ung.).

[4]) Tisza an Andrássy, Budapest, 6. Februar 1875. Gräfl. Andrássysches Archiv.

von den Erklärungen des Führers des linken Zentrums im Reichstage angenehm überrascht. Lebhaft bedauerte Tisza nur, daß gerade in diesem Momente der Minister des Aeußern in Wien zurückgehalten sei, denn in Budapest wäre niemand, zu dem er sich mit so voller Offenheit äußern könnte als zu ihm.[1]) Während Tisza sich des unleugbar mächtigen Erfolges seiner Rede erfreuen durfte, legten sich die verschiedenen Parteilager des Reichstages je nach ihrer Schattierung seine Worte nach ihrem Geschmacke aus. Die Anhänger Sennyeys und Lónyays wollten darin eine Annäherung an ihre Führer sehen und sprachen bereits von der Koalition als einer feststehenden Tatsache. Die Mehrheit der Deákisten dagegen bezeichnete Tisza als einen der Ihrigen. Am wenigsten schien die bestehende Regierung die Folgen der Tiszaschen Rede zu ermessen. „Quid nunc?" fragte Bittó, der Ministerpräsident.[2]) Andrássy, der wußte, wie der Entschluß Tiszas zustande gekommen, blickte mit mehr Vertrauen in die Zukunft als der Chef des ungarischen Ministeriums. Er sagte dem Monarchen, er glaube, daß das Resultat von all dem ein gutes werden könnte.[3]) Noch aber waren viele Schwierigkeiten zu überwinden, ehe sich das erhoffte Ergebnis einstellte. Hatte auch Tisza seine Bereitwilligkeit zur Anerkennung des 1867er Ausgleiches zu erkennen gegeben, so hieß das noch immer nicht, daß der endgültige Pakt mit ihm ins reine gebracht worden wäre. Nachdem es als sicher galt, daß sich das Ministerium Bittó-Ghyczy ausgelebt habe und nicht mehr zu halten sei, machte der Führer des linken Zentrums gegen Andrássy[4]) wie auch Bittó gegenüber kein Hehl daraus, daß die Krise auf parlamentarischem Wege zum Abschlusse gebracht werden müßte. Darunter verstand er, das Ministerium hätte durch Abstimmung über irgendeine Frage zu fallen. Erst wenn dies geschehen, sollte der König entweder einem der Faktoren, die den Sturz der Regierung bewirkten, oder irgendeiner anderen, das allerhöchste Vertrauen besitzenden Persönlichkeit die Kabinettsbildung übertragen. Diese wäre dann auch berufen, ihr Programm den zwei großen Parteien — Deákisten und linkem Zentrum — mitzuteilen und auf Grund desselben eine neue in sich feste Partei

---

[1]) Tisza an Andrássy, 6. Februar 1875. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Telegramm Bittós an Andrássy, Budapest, 3. Februar 1875. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Randbemerkung Andrássys zum Telegramm Bittós vom 3. Februar 1875.

[4]) Tisza an Andrássy, 6. Februar 1875. Gräfl. Andrássysches Archiv.

als Stützpunkt des zu ernennenden Ministeriums zu schaffen.[1]) Bittó war gar nicht mit dem Ratschlage Tiszas einverstanden. Ihm schien ein solcher Modus procedendi allzuviel Zeit in Anspruch zu nehmen. Auch befürchtete er, Tisza verfolge damit den Zweck, gerade die ausgezeichnetsten Mitglieder der Deákpartei, die sich im Parlament für die Finanzpolitik der Regierung engagiert hatten, um derentwillen sie jetzt zu Fall gebracht werden sollte, von der Ministerliste auszuschließen. „Ich sehe wenigstens," schreibt Bittó, „die Sachen für die Zukunft so; was aber das jetzige Ministerium selbst betrifft, so glaube ich, daß dasselbe mindestens so viel verdient, daß es nicht wegen der bei den einzelnen Portefeuilles vorgenommenen Reduktionen in einzelnen Posten stürzt, sondern daß es wegen seiner ganzen finanziellen Politik die Vertrauensfrage stellen könne." [2]) In einer am 7. Februar abgehaltenen Konferenz wurde denn auch auf Antrag Bittós beschlossen: das noch bestehende Ministerium habe bei Vorlage des Budgets im Reichstage seine Finanzpolitik — Erhöhung der direkten Steuern — zu vertreten, was ihm auch zu bewilligen sei, um hernach den Platz ehrenvoll räumen zu können.[3]) Das war aber nicht nach dem Geschmack Sennyeys und Lónyays, die dafür agitierten, daß die Majorität bei Annahme des Budgets sich nicht zu groß gestalte. Sie plagte die Sorge, daß die Bewilligung des Budgets durch eine sehr starke Mehrheit die Krone leicht zur Beibehaltung der noch im Amte befindlichen Regierung veranlassen könnte. Ueberhaupt war das Bestreben beider Männer dahin gerichtet, sowohl die aktiven Minister als auch die ihnen zur Stütze dienenden Deákisten für alle Zeiten unmöglich zu machen. „Mit einem Worte," läßt sich Bittó hierüber vernehmen, „die Zustände sind dermaßen trüb, daß selbst die Notwendigkeit einer Auflösung des Parlamentes in Erwägung zu ziehen wäre." [4])

Die Minierarbeit Sennyeys und Lónyays blieb jedoch wirkungslos. Getreu dem Beschlusse der Konferenz vom 7. Februar be-

[1]) Bittó an Andrássy, ohne Datum. Da Bittó in diesem Berichte von der übermorgen abzuhaltenden Parteikonferenz spricht, die am 7. Februar stattfand, kann sein Bericht nur am 5. Februar abgefaßt worden sein. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Bittó an Andrássy, ohne Datum (5. Februar 1875). Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Dr. Julius Oláh, „Geschichte der Fusion des Jahres 1875", S. 298 bis 299 (ung.).

[4]) Telegramm Bittós an Andrássy, Budapest, 8. Februar 1875. Gräfl. Andrássysches Archiv.

willigte die Deákpartei am 9. Februar dem Ministerium das Budget mit einer so imposanten Majorität, als wenn sie die einheitliche, in sich festgefügte Partei von ehedem und noch nicht in voller Auflösung begriffen gewesen wäre.[1]) „Wir fallen," konstatierte hierauf Bittó voll stolzer Befriedigung, „aber unsere Ehre ist gerettet."[2]) Zu dem von ihm selbst nicht erwarteten Erfolge — er hatte nur auf eine kleine Mehrheit gerechnet[3]) — trug nicht wenig, eigentlich ausschlaggebend, Ghyczys, des Finanzministers, Budgetrede bei. Mit dieser Rede, von der der Ministerpräsident äußerte, daß sie eine der kolossalsten gewesen, die bis jetzt im ungarischen Parlament gehalten wurden,[4]) wies Ghyczy mit glänzender Beredsamkeit alle gegen seine Finanzpläne erhobenen Beschuldigungen zurück und zerfaserte gründlich die Pläne seiner Gegner. Die Worte, die er der patriotischen Wirksamkeit und Opferwilligkeit der eigenen Person widmete, waren schwunghaft und ergreifend. Bittó berichtet hierüber: „Tränen waren in vieler Augen zu sehen, wie es immer bei einem Schwanengesange vorkommt."[5])

In gewöhnlichen Zeitläuften hätte man es als eine gegen die Fundamentalsätze des Parlamentarismus verstoßende Erscheinung betrachten müssen, daß eine Regierung nach einer in so glänzender Weise erfolgten Bewilligung des Budgets vom Schauplatz verschwinde. In diesem Falle war jedoch die Vertrauenskundgebung ein vorher abgekarteter Abschiedsgruß an ein dem Untergange geweihtes Ministerium. Wirklich brach die Krise, kaum daß das Budget in allgemeiner Beratung unter Dach gebracht worden, auf der ganzen Linie aus. Die Regierung beantragte, die Sitzungen des Reichstages unterbrechen zu lassen, um inzwischen dem Könige über die parlamentarische Situation Bericht erstatten und ihre Entlassung überreichen zu können.

Nachdem der Reichstag den Vorschlag des Ministerpräsidenten einstimmig angenommen, begab sich dieser am 12. Februar nach

---

[1]) So äußert sich der Augenzeuge Oláh in seiner „Geschichte der Fusion des Jahres 1875", S. 301 (ung.).

[2]) Telegramm Bittós an Andrássy, 9. Februar 1875. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Bittó an Andrássy, ohne Datum. Da Bittó von der morgen (7. Februar) stattfindenden Parteikonferenz spricht, kann sein Bericht nur vom 6. Februar datiert werden. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Telegramm Bittós an Andrássy, 9. Februar 1875. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[5]) Ibidem.

Wien, erfüllt von der Ueberzeugung, daß, seiner Behauptung gemäß, „an der jetzigen Lage nur die Zuziehung Tiszas helfen kann“.[1])

Unmittelbar nach der Unterredung mit dem Könige telegraphierte Bittó am 13. an Tisza, er möge nach Wien kommen.[2]) Der Führer des linken Zentrums zögerte einen Augenblick, der Aufforderung Folge zu leisten, beeinflußt von Sennyey und Lónyay, die es nicht gerne sahen, daß er sich allein nach der Kaiserstadt begebe. Sie besorgten nämlich, Tisza könnte, wenn er ohne sie dahin reise, mit der Krone Abmachungen treffen, die ihren Eintritt in das neu zu bildende Kabinett zur Unmöglichkeit machen würden.[3]) Als jedoch Tisza alle ihm vorschwebenden Bedenken gegen die Fahrt überwunden, erschien er am 15. Februar in Wien. Noch am selben Tage hatte er eine längere Besprechung mit Andrássy.[4]) Man hat diesem einen Vorwurf daraus machen wollen, daß er sich als Minister des Aeußern in die inneren Angelegenheiten Ungarns mengte. Kann denn aber ein Minister des Aeußern, der berufen ist, großzügige Politik zu machen, ruhig, gleich einem Götzen, zusehen, wie hinter seinem Rücken, im Innern des von ihm nach außen zu vertretenden Staates alles in Brand gerät? Und solcher Gefahr gegenüber sollte er nicht herbeieilen dürfen, das hell-lodernde Feuer zu löschen? Tausend Gründe mußten Andrássy antreiben, das dem Scheitern nahe ungarische Staatsschiff wieder flott zu machen. Nicht nur seine eigene Stellung, auch das ganze System, das er vertrat, stand auf dem Spiele. Schon merkte er, wie Baron Sennyey, der Schweiger des ungarischen Reichstages, sich anschickte, im Bunde mit allen rückständigen Elementen dies- und jenseits der Leitha, ihn, diesen Pfeiler des Liberalismus, aus dem Ministerpalais am Ballplatz zu verdrängen. Für Andrássy war es kein Geheimnis, daß die schwebende Krise zu einem Sturm auf seine Stellung ausgenützt werden sollte. Alle offenen und geheimen Gegner schärften bereits ihre Waffen gegen ihn. In den slawisch-feudalen Kreisen Oesterreichs machte sich eine auffallende Bewegung bemerkbar. Ihr Mut schwoll an, beseelt von der Hoffnung, daß die parlamentarischen Verhältnisse Ungarns eine konservative Regierung zur Macht bringen würden,

---

[1]) Telegramm Bittós an Andrássy, ohne Datum (5. Februar 1875). Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Tagebuch Baron Orczys, 13. Februar 1875 (ung.).

[3]) Ibidem, 14. Februar 1875 (ung.).

[4]) Ibidem, 15. Februar 1875 (ung.).

die dann wieder das Oktoberdiplom mit seiner ins Feudale schillernden Grundlage herstellen werde. Eine dem slawisch-feudalen Lager nahestehende Persönlichkeit schrieb damals: „Graf Andrássy scheint nicht zu ahnen, daß er unerwartet durch einen Pion mattgesetzt werden kann.“[1]) Der Minister des Aeußern war über das Intrigenspiel gegen seine Person nicht so ununterrichtet, als seine Feinde es sich einbilden mochten. Er ließ sich auch nicht durch die Versicherung Sennyeys täuschen, er sei kein Gegner des Ministers des Aeußern[2]) und wolle mit ihm Hand in Hand gehen. So sehr Andrássy mit aller Wärme den Eintritt Tiszas ins Kabinett betrieb, mit demselben Eifer pflanzte er sich vor der Tür des Ministeriums auf, um Sennyey den Eintritt in dasselbe zu verwehren. Er hatte einen um so schwereren Stand, als es Tisza selbst war, der nur im Bunde mit Sennyey und etwa auch Lónyay ein Ministerium bilden wollte. Nach Andrássys Vermutung sollte durch eine solche Koalition dem neuen Kabinett erhöhte Widerstandskraft einerseits nach oben und andererseits gegenüber der Deákpartei gesichert werden.[3]) Als jetzt Tisza nach Wien kam, stand die Kombination Tisza-Sennyey-Lónyay noch immer im Vordergrunde, von der, wenn sie feste Formen annahm, Andrássy böse Tage zu erwarten hatte. Deshalb dürfte er gewiß getrachtet haben, Tisza, ehe dieser vor den Stufen des Thrones erschien, anderen Sinnes zu machen.

Nachdem der bisherige ungarische Ministerpräsident dem Monarchen Vortrag gehalten, erschien der Führer des linken Zentrums selbst in Audienz. Noch am selben Tage reiste er mit dem Schnellzuge nach Budapest zurück. Vor der Abfahrt schrieb er an Andrássy: „Se. Majestät hat mich um 1 Uhr empfangen; wenn ich nach so viel Gnade, mit der mich Se. Majestät entließ, urteilen darf, so ist es möglich, daß wir (er und Andrássy) zu meinem großen Leidwesen sehr oft in (dienstliche) Berührung kommen werden.“[4]) Tisza hatte sehr richtig den Eindruck erfaßt, den er auf den Herrscher gemacht. Gleich nach der Audienz äußerte dieser über ihn: „Ich glaube, man kann sich mit ihm verstän-

---

[1]) Tagebuch Baron Orczys, 9. Februar 1875 (ung.). Orczy hatte den Brief gesehen, aus dem er obige Stelle mitteilt.

[2]) Schweinitz, Wien, 31. Januar 1875.

[3]) Andrássy an den Kaiser, Wien, 26. Februar 1875. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Tisza an Andrássy, Wien, 16. Februar 1875 (ung.). Gräfl. Andrássysches Archiv.

digen."[1]) Von der Trias: Tisza-Sennyey-Lónyay wollte jedoch der Monarch um keinen Preis etwas wissen, da er eine solche Parteibildung für ungesund hielt. Er betonte auch Bittó gegenüber, daß nur eine Verschmelzung der Deákisten mit dem linken Zentrum zu fördern sei, was er mit den an den Ministerpräsidenten gerichteten Worten bekräftigte: „Machen Sie vor allem ein sachliches Uebereinkommen möglich, denn ich habe das persönliche Getriebe schon satt."[2]) Ebenso legte die Krone großes Gewicht darauf, daß der neue Ministerpräsident der Deákpartei entnommen werde, was Tisza ganz und gar nicht paßte. Von seinem etwas verdutzten Gesichte konnte es der König genau ablesen, wie wenig er mit diesem Vorschlage einverstanden war.[3])

Die wahren Gedanken des Führers des linken Zentrums bewegten sich denn auch in ganz anderer Richtung. Anfangs hatte er es wohl selbst befürwortet, daß irgendeine spezielle Vertrauensperson mit der Kabinettsbildung betraut werde. Bald darauf änderte er seine Meinung, und bereits am 6. Februar sagte er ausdrücklich zu Andrássy: Wenn die rettende und für die Zukunft berechnete Aktion von Nutzen sein solle, dürfe sie nicht mit den alten, den Deákisten entnommenen Führern, sondern nur allein mit ganz neuen Männern durchgeführt werden. Um jedoch von vorneherein jeden Verdacht abzuwehren, als dächte er in erster Reihe an sich selbst, erklärte er gleichzeitig: „Nicht nur ambitioniere ich nicht, im Ministerium zu sein, ich würde mich sogar freuen, wenn ich außerhalb desselben bleiben könnte."[4]) Allein niemand, am wenigsten Andrássy, täuschte sich darüber, daß ein neues Kabinett nur dann Dauer und Festigkeit verspreche, wenn Tisza demselben angehöre. Indem er jedoch, eigentlich im Widerspruch zu seiner Erklärung von der Notwendigkeit der neuen Männer, dem Verlangen Ausdruck gab, es wäre ihm am sympathischsten, wenn die neue Partei aus der Elite der Deákisten und seiner eigenen Anhänger gebildet würde,[5]) schien es ein Gebot der Klugheit, die vornehmsten Vertreter der beiden Lager zum Behufe gegenseitiger Aussprache zu vereinen. Trotzdem gelang

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 16. Februar 1875. Nach einer Mitteilung Bittós, zu dem sich der König in diesem Sinne äußerte.

[2]) Ibidem.

[3]) Ibidem.

[4]) Tisza an Graf Andrássy, 6. Februar 1875 (ung.). Gräflich Andrássysches Archiv.

[5]) Ibidem.

es Bittó erst nach vieler Mühe, dies durchzusetzen. Denn sowohl Tisza als auch Szlávy wollten nichts von einer Unterredung wissen, in der von Fixierung des Regierungsprogrammes die Rede sein sollte; das hätte, wie betont wurde, ausschließlich Aufgabe des Chefs des künftigen Kabinettes zu sein. Nur die Versicherung Bittós, daß es sich in der Konferenz ja bloß um die Feststellung der Tatsache handle, ob zwischen den beiden maßgebenden Parteien noch prinzipielle Gegensätze vorhanden seien, die ein gemeinsames Zusammenwirken von vornherein unmöglich machen und schon jetzt den Keim künftiger Ministerkrisen in sich bergen konnten, vermochte den vorhandenen Widerstand zu überwinden. Bittó war es in erster Linie darum zu tun, eine Uebereinstimmung in den finanziellen und Verwaltungsfragen zu erzielen.[1]) Am 19. Februar trafen sich in der Wohnung Szlávys außer diesem von seiten der Deákpartei: Csengery, Gorove und Széll. Dieser war auf speziellen Wunsch Tiszas der Beratung zugezogen worden.[2]) Das linke Zentrum entsandte in die Konferenz: Koloman Tisza, Ludwig Simonyi, Gabriel Várady und Thomas Péchy. Aufs entschiedenste weigerte sich Tisza in dieser Beratung, für das Jahr 1875 eine Erhöhung der direkten Steuern zuzulassen, wie dies im Finanzplan Ghyczys gelegen war. Er sagte ausdrücklich: nach der von ihm und seiner Partei bisher im Reichstage beobachteten Haltung müßte er eine solche Zustimmung als Verstoß gegen die politische Moral ansehen. Obwohl die Meinungsverschiedenheit nicht behoben werden konnte, war Bittó im Innern doch davon überzeugt, daß der ganze Streit bald ein anderes Aussehen gewänne, wenn die Beratungen mit der Aufforderung zum Eintritt ins Kabinett abschlössen. Dies würde, meint er, die Herren viel kulanter machen als eine akademische Erörterung, welche noch nichts verheißt.[3]) Ferner bezeichnete Tisza die Einführung der auf der Tagesordnung befindlichen fünfjährigen parlamentarischen Sessionsdauer als eine den Anschauungen des linken Zentrums widersprechende Maßregel. Auch in diesem Fall war der noch immer

---

[1]) Bittó an Andrássy, Ofen, 19. Februar 1875 (ung.). Gräfl. Andrássysches Archiv. Dieser Brief wurde unmittelbar vor dem Zusammentritt der Konferenz geschrieben.

[2]) Tagebuch Baron Orczys, 18. Februar 1875. Nach einem Telegramm Bittós. Ursprünglich sollten von beiden Seiten nur je drei Personen an der Beratung teilnehmen. Die Wahl Szélls machte nun auch von seiten des linken Zentrums die Wahl eines vierten Mitgliedes nötig.

[3]) Bittó an Andrássy, 19. Februar 1875. Gräfl. Andrássysches Archiv.

im Amt befindliche, aber bereits demissionierte Ministerpräsident der Ansicht, Tisza würde, einmal erst Minister des Innern, diesen Gegenstand nicht zum Anlaß einer Kabinettsfrage machen, insbesondere dann nicht, wenn ein Deputierter im Reichstage die fünfjährige Sessionsdauer beantragen und die Mehrheit sich hierfür aussprechen sollte.[1])

Im großen und ganzen war das Resultat der Beratungen kein unbefriedigendes, zumal sie keine nicht auszugleichende Gegensätze aufs Tapet gebracht hatte. „Der Wunsch nach der Fusion," schreibt Bittó nach Schluß der Konferenz, „ist beiderseits so lebhaft, daß man selbst zu weitergehenden Konzessionen geneigt ist, um das Ziel nicht zu gefährden." [2]) Bittó und mit ihm alle Koryphäen der Deákpartei hielten einmütig den Zeitpunkt für gekommen, wo sich der König nach Budapest zu begeben und hier über die Neugestaltung des Ministeriums entscheidende Entschlüsse zu fassen hätte. Noch vor dem Zusammentritt der Konferenz erklärte Bittó gegenüber Andrássy die Wahl des zukünftigen Ministerpräsidenten als die wichtigste aller in Schwebe befindlichen Fragen, von deren richtiger Lösung die Entwirrung der ganzen Situation abhänge.[3]) Nachdem sich der König am 20. Februar nach Budapest begeben, nahm er sofort die Bildung des Ministeriums in Angriff. Getreu der Absicht, den Ministerpräsidenten aus den Reihen der Deákisten zu wählen, dachte man vor allem an Szlávy, der aber seine Ablehnung mit Gesundheitsrücksichten begründete,[4]) was Andrássy zu der Bemerkung veranlaßte: „Ob Szlávy an einer anderen Krankheit als an Selbstsucht (sic!) leidet, erlaube ich mir zu bezweifeln." [5]) Nun kam die Reihe an Baron Béla Wenckheim, den Minister um die Person des Königs, der sich jedoch damit entschuldigte, nicht die nötige Kraft zur Leitung des Reichstages in sich zu fühlen.[6]) Hierauf empfahl Deák Stephan Gorove, den ehemaligen Handelsminister, von dem aber der Monarch sagte: „Ich will ihn nicht." [7]) Gleich dem König war auch

---

[1]) Bittó an Andrássy, 19. Februar 1875. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Ibidem.

[3]) Ibidem.

[4]) Franz Josef I. an Andrássy, Budapest, 22. Februar 1875. Gräfl. Andrássysches Archiv. Schon am 19. Februar hatte Bittó an Andrássy geschrieben, daß Szlávy in keinem Falle die Ministerpräsidentschaft übernehmen werde.

[5]) Andrássy an Franz Josef I., Wien, 23. Februar 1875. Ibidem.

[6]) Franz Josef I. an Andrássy, 22. Februar 1875. Ibidem.

[7]) Tagebuch des Baron Orczy, 23. Februar 1875.

Andrássy der Meinung, daß Gorove kein rechtes Verständnis für die „Gesamtinteressen der Monarchie“ besitze.[1]) Unter diesen Verhältnissen ward Andrássy beauftragt, den in Wien weilenden ehemaligen Minister am königlichen Hoflager, Graf Georg Festetics, für die Uebernahme des Ministerpräsidiums zu gewinnen.[2]) Tatsächlich sehr krank, fühlte sich Festetics einer so schweren Bürde nicht gewachsen, wie es gerade zu jener Zeit das ungarische Ministerpräsidium war.[3]) Jetzt wurde ein Ministerium Trefort in Erwägung gezogen.[4]) Für Treforts Korrektheit nach jeder Richtung hin wollte Graf Andrássy einstehen, doch bezweifelte er es von vornherein, ob Tisza unter der Flagge des bisherigen Unterrichtsministers im Kabinette Bittó werde segeln wollen.[5]) Da die Männer, an die sich der Monarch gewandt, versagten, riet nunmehr der Minister des Aeußern, dessen Rat der Herrscher vor jedem Entschlusse einzuholen liebte, es sollte noch einmal an den Patriotismus Szlávys appelliert werden. Nur so lange hätte er das Kabinett zu leiten, bis die Fusion gelungen und die Personenfrage betreffs der einzelnen Ressorts so weit gediehen sei, daß auch ein anderer als Szlávy imstande wäre, die Führung zu übernehmen. „Eine solche Aussicht,“ äußert Andrássy, „würde auch auf Tiszas Haltung nur gut wirken können.“[6]) Andrássy erwog jedoch auch die Möglichkeit, daß Szlávy sich unnachgiebig erweise.

In diesem Fall sollte abermals der Ruf an Wenckheim ergehen, der sich bei Hof einer ganz besonderen Vertrauensstellung erfreute. „Ich scheue mich überhaupt nicht,“ sagte Andrássy dem Monarchen, „hier zu wiederholen, daß ich, wenn gehörig konstatiert worden, daß im Schoße der bei der Fahne gebliebenen Deákpartei kein Präsident zu finden war, auch vor der Präsidentschaft Tiszas nicht zurückschrecken würde.“ „Ich schließe damit,“ beendet der Minister des Aeußern seinen Bericht an die Krone, „Gott erhalte die Geduld Sr. Majestät, welche früher oder später

---

[1]) Andrássy an Franz Josef I., Wien, 23. Februar 1875. Ibidem.

[2]) Franz Josef I. an Andrássy, Budapest, 22. Februar 1875. Ibidem.

[3]) Andrássy an Franz Josef I., Wien, 22. Februar 1875. Ibid. „Er (Festetics) sagte mir, daß er an Kopfschmerzen leide, die ihn für jede Arbeit unfähig machen; er würde daher nach seiner Ansicht eine traurige Rolle spielen, ohne nützlich sein zu können. Meine Impression ist, daß er wirklich leidend ist und kaum zur Annahme zu bewegen wäre.“

[4]) Franz Josef I. an Andrássy, Budapest, 22. Februar 1875. Ibidem.

[5]) Andrássy an Franz Josef I., Wien, 23. Februar 1875. Ibidem.

[6]) Idem ad eundem, Wien, 22. Februar 1875. Ibidem.

bestimmt die besten Früchte tragen wird, und die schon zum Resultate hat, daß bei der gegenwärtigen mißlichen Situation in den Augen aller die traurige Rolle ganz dem Parlament, die schöne ganz Sr. Majestät zugefallen ist." [1])

Noch waren jedoch die Dinge nicht so weit gediehen, um ein Ministerium Tisza lebensfähig zu gestalten. Als es sich herausstellte, daß Szlávy wirklich krank sei [2]) und deswegen nicht an die Spitze der Regierung zu treten vermöge, wandte sich der Kaiser nicht an Tisza, sondern erteilte Baron Béla Wenckheim den Auftrag zur Bildung des Kabinettes. [3]) Der ungarische Magnat fügte sich aus Ergebenheit dem Wunsche seines Monarchen, aber seine tiefe innere Verzweiflung über den ihm schwer gewordenen Entschluß vermochte er nicht zu verheimlichen. [4]) Nun trat der präsumtive Kabinettschef an Tisza wegen dessen Eintrittes ins Ministerium heran. Zur Ueberraschung klammerte sich der Führer des linken Zentrums an die Kombination mit Sennyey als eventuellen Ministerpräsidenten oder Finanzminister mit mehr Zähigkeit, als von ihm nach seinen in Wien der Krone abgegebenen Erklärungen vorausgesetzt werden durfte. [5]) Tisza, der sich, nach dem Ausdrucke des Kaisers, „als Herr der Situation fühlt," stellte große Forderungen. Er sprach bereits von fünf Mitgliedern seiner Partei, die Platz im Ministerium finden müßten, „wovon aber," wie der Kaiser meinte, „keine Rede sein kann, um so weniger, als er keine brauchbaren Leute hat." [6]) Der Monarch wollte auch nichts von einer Verbindung Tiszas mit Sennyey hören, da ein solcher Plan auf den energischen Widerstand eines großen Teiles der Deákpartei stoßen würde. [7]) Hierin bekräftigte Andrássy den Kaiser. Der Minister des Aeußern fürchtete, Sennyey als Minister werde der neuen Partei keine Kraft verleihen, sondern vielmehr in sie den Keim der Auflösung hineintragen. Er wollte voraussehen, daß der „schwarze Baron", sobald er einmal Boden gefaßt, alles aufbieten werde, um Wenckheim und Tisza zu entzweien — immer hierbei von dem Hintergedanken geleitet, in letzter Linie den Aus-

---

[1]) Andrássy an Franz Joseph I., Wien, 23. Februar 1875. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Idem ad eundem, 24. Februar 1875. Ibidem.

[3]) Franz Joseph I. an Andrássy, 24. Februar 1875. Ibidem.

[4]) Idem an die Kaiserin und Königin Elisabeth, 26. Februar 1875.

[5]) Idem an Andrássy, 24. Februar 1875. Ibidem.

[6]) Franz Josef I. an die Kaiserin und Königin Elisabeth, 26. Februar 1875.

[7]) Idem ad eandem, 26. Februar 1875, und an Andrássy, 24. Februar 1875. Ibidem.

tritt des Führers der Linken aus dem Ministerium herbeizuführen, wodurch ihm — Sennyey — die ausschließliche Herrschaft über die Regieruug zufallen müßte.[1]) Andrássy richtete damals an den in Budapest weilenden Monarchen folgende Worte: „Ein Ministerium Sennyey-Tisza wird sich entweder innerlich aufreiben, oder wenn das nicht geschieht, die Wirkung haben, daß nach demselben kein anderes Kabinett als eines mit der äußersten Linken möglich wäre. Keines von beiden ist wünschenswert. Die Revision des wirtschaftlichen Ausgleichs (im Jahre 1877) macht ein Kabinett notwendig, das den Intentionen der Krone mehr noch als sonst zugänglich sein muß, weil sie allein so unparteiisch sein kann, wie es das Wohl des Ganzen erfordert.“ Daher wünschte er, der Monarch möge an dem von ihm seit Beginn eingenommenen einzig richtigen Standpunkt unentwegt festhalten. Das dünkte ihn unerläßlich, damit alle Welt erfahre, ein Kabinett Tisza-Sennyey sei nicht das Werk der Krone, sondern wurde ihr vielmehr gegen ihren Willen aufgedrungen. „Ich wünsche mich zu täuschen,“ schloß der Minister des Aeußern seinen Bericht, „habe jedoch die Ueberzeugung, daß diese Koalition schlecht endigen wird, und es schiene mir doch unverzeihlich, wenn Ew. Majestät die Verantwortlichkeit für eine Kombination aufgebürdet werden könnte, deren böse Folgen Ew. Majestät mehr als jeder andere vorhergesehen haben.“ [2]) Der Kaiser hatte einen schweren Stand, da auch Baron Wenckheim, gleich Tisza, den Eintritt Sennyeys ins Ministerium empfahl. Allein der Herrscher war nicht zu erschüttern.[3]) Noch am 25. Februar hatte er mit dem Führer der Linken eine „sehr klare und offenherzige“ [4]) Unterredung, in der er diesem rückhaltlos sagte, es gebe nur zwei Möglichkeiten: entweder eine Fusion seiner Partei mit dem Kern der Deákpartei oder das Verbleiben des Ministeriums Bittó im Amte. Da Tisza jetzt dem Monarchen gegenüber den Eintritt Sennyeys nicht unumstößlich als Bedingung seiner eigenen Ministerkandidatur hinstellte, sondern nur als wünschenswert im Hinblick auf die bevorstehenden Neuwahlen, schien dem

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 26. Februar 1875 (ung.). Nach einer Mitteilung Andrássys. Wie gut Orczy unterrichtet war, beweist am bündigsten, daß er in seinem Tagebuch den ganzen Depeschenwechsel in dieser Angelegenheit zwischen dem Kaiser und Andrássy und zwischen diesem und Bittó, wie wir ihn für unsere Darstellung benützen konnten, in seinem Tagebuch im Auszuge anführt.

[2]) Andrássy an Franz Josef I., 26. Februar 1875, Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Franz Josef I. an Andrássy, Ofen, 26. Februar 1875. Ibidem.

[4]) Ibidem.

Kaiser die Eventualität eines Kabinettes Sennyey-Tisza ein bereits überwundener Standpunkt.[1])

Die letzte und nicht geringste Schwierigkeit — der Monarch bezeichnet sie geradezu als „Hauptschwierigkeit“[2]) — lag in der Regelung der Finanzfrage, in der sich der Führer des linken Zentrums, gleichfalls aus Wahlrücksichten, sehr hartnäckig erwies. Absolut wollte er nichts von der zum Programm der Deákpartei gehörigen Erhöhung der direkten Steuern wissen.[3]) Alles kam nun darauf an, ob sich Tisza mit Széll verständigen werde können, der als Finanzminister für das neue Kabinett in Aussicht genommen war. „Du siehst,“ schreibt Se. Majestät hierüber an die Kaiserin und Königin Elisabeth, „daß die Situation schwierig und die Lösung noch sehr zweifelhaft ist. Mit Gottes Hilfe werden wir auch da herauskommen.“[4]) Als es endlich gelungen war, in dieser wie überhaupt in allen sachlichen Angelegenheiten vollkommene Einigkeit zwischen den beiden großen Parteien zu erzielen, brach plötzlich der Streit über die bisher noch ungelöste Personenfrage los. Der ganze Vergleich schien wieder ins Schwanken zu geraten. Der Kaiser war gefaßt darauf, daß Wenckheim, in die Unmöglichkeit versetzt, ein Kabinett zu bilden, die ihm übertragene Mission in seine Hände zurücklegen werde. Er wollte deswegen Andrássys Meinung hierüber hören, ob jetzt der Moment gekommen sei: entweder das Ministerium Bittó mit der Weiterführung der Geschäfte zu betrauen oder das Experiment Tisza-Sennyey „durchzumachen“. Mit den Worten: „Verträgt das Land diese Kur und geht es mit Rücksicht auf den Zeitpunkt der Delegationen?“ schloß der Herrscher seine Anfrage.[5]) In einem als „sehr dringend“ bezeichneten Telegramme antwortete Andrássy sofort, er könnte die Weiterbelassung des Ministeriums Bittó nicht anraten, ohne vorher Tisza Gelegenheit zur Bildung eines Kabinettes zu geben „mit oder ohne Sennyey“. Erst wenn Tisza keinen Erfolg hätte und auch mit Sennyey kein Programm zu vereinbaren wäre, sollte Bittó mit der Fortführung der Geschäfte betraut werden. Kommt dagegen die Kombination Tisza-Sennyey zustande und zeitigt sie gegen alle Erwartung gute Resultate, so vermöchte dies die Krone

---

[1]) Franz Josef I. an Andrássy, Ofen, 26. Februar 1875. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Idem an die Kaiserin und Königin Elisabeth, 26. Februar 1875.

[3]) Idem an Andrássy, 26. Februar 1875.

[4]) Idem an die Kaiserin und Königin Elisabeth, 26. Februar 1875.

[5]) Idem an Andrássy, 28. Februar 1875. Gräfl. Andrássysches Archiv.

nur angenehm überraschen. „Geschieht das Gegenteil," heißt es weiter, „so habe ich die Ueberzeugung, daß durch diese Zwischenfälle das Vertrauen des Landes zu Ew. Majestät nur gehoben werden könne und das persönliche Eingreifen in einem späteren Stadium nötig, aber leicht und entscheidend werden wird." Nur beharrte der Minister des Aeußern darauf, daß unbedingt vor der ungarischen Nation die Wahrheit erwiesen werden müsse, daß der Krone eine Kombination aufgenötigt wurde, „die eine gesunde Parteiformation nicht erleichtern, sondern nur erschweren konnte".[1])

In letzter Stunde — 1. März — als alles schon in Brüche zu gehen schien, gelang endlich, zum nicht geringen Verdruß der Lónyay-Sennyeyschen Fraktionen,[2]) die Bildung des Ministeriums unter dem Präsidium Wenckheims, dem Tisza als Minister des Innern und Széll als Finanzminister ihre Kräfte zur Verfügung stellten.[3]) Wenckheim unterließ es jedoch nicht, sofort seinen Entschluß anzukündigen, die Ministerpräsidentschaft nur bis zum Beginn der nächsten Parlamentssession zu behalten,[4]) um sie dann Tisza, seinem bei weitem befähigteren Erben, zu übergeben. Dieser hat denn auch als Führer der neuen Majorität — von nun an „Liberale Partei" genannt — durch fast zwei Jahrzehnte (von 1875—1890) unter Entfaltung hervorragender Talente die Schicksale Ungarns zu einer Zeit geleitet, als dieses von mächtigem Einfluß auf die Geschicke der Monarchie gewesen. Aus Patriotismus, in Erkenntnis der gefährlichen Lage seines Vaterlandes, entsagte er mutig dem bisherigen unfruchtbaren Parteistandpunkte, um sich auf den realen Boden des 1867er Ausgleiches zu begeben, der allein eine glückliche Neugestaltung des in seinem Kredite tief geschädigten Ungarn erhoffen ließ. Andrássy gebührt das große Verdienst, Ungarn in dieser kritischen Stunde mit seinem klugen Rate geholfen zu haben. Unvergessen möge es auch bleiben, daß Franz Joseph I. wie ein weiser Fürst handelte, als er, unnahbar allen böswilligen und feindseligen Einflüsterungen, im Verein mit Andrássy an der Entwirrung

---

[1]) Andrássy an Franz Josef I., Wien, 28. Februar 1875. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Tagebuch des Baron Orczy, 1. März 1875 (ung.).

[3]) Außer diesen dreien gehörten dem neuen Ministerium an: Trefort als Kultus- und Unterrichtsminister, Ludwig Simonyi als Ackerbau- und Handelsminister, Thomas Péchy als Justizminister, Béla Szende als Honvédminister und Peter Pejacsevich als kroatischer Minister. Wenckheim behielt auch das Ministerium um die Person des Königs.

[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 11. März 1875 (ung.).

der zerrütteten, den ungarischen Staat in seinen Grundfesten bedrohenden Zuständen arbeitete, um ihm, gleichsam verjüngt, eine neue glänzende Perspektive zu eröffnen. Dem schwerkranken Deák mochte es noch in seinen letzten Tagen große Genugtuung bereiten, daß auch der hervorragendste Gegner des von ihm begründeten politischen Systems durch seinen Eintritt in das auf der Basis des 1867er Ausgleiches beruhenden Ministeriums die Richtigkeit seiner Schöpfung anerkennen mußte. Für den Bestand der Monarchie war es von größter Bedeutung, daß in dieser Krise es weder den Anhängern des linken Zentrums noch denen der äußersten Linken gelang, in dem ihnen eigentümlichen Sinne die Zügel der Regierung an sich zu reißen. Das war nicht bloß für die Monarchie, sondern auch für die Weltpolitik von Wichtigkeit. Nur ein in sich geordnetes und starkes Oesterreich-Ungarn, das für die Erhaltung seiner Großmachtstellung mit Nachdruck einzutreten vermochte, konnte als ein entscheidender Faktor im Rate der Mächte gelten. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, besitzt die Lösung der ungarischen Frage durch die Fusion der Deákpartei und des linken Zentrums welthistorischen Charakter.

---

## VIII. Kapitel

# Andrássy und Bismarcks Kulturkampf

Während die ungarische Krise die volle Aufmerksamkeit Andrássys auf sich zog, ward trotzdem gleichzeitig sein Geist durch eine andere, nicht minder wichtige Sache beschäftigt, die in innigstem Zusammenhang mit der von ihm begründeten deutschfreundlichen Richtung stand. Draußen im Deutschen Reiche loderte in hellen Flammen der sogenannte „Kulturkampf", der Machtstreit zwischen Königtum und Priestertum, von dem Bismarck in einer seiner gewaltigen Reden sagte, daß er so alt sei wie das Menschengeschlecht selbst.[1]) War es bei dem Verhältnis, in dem wir seit dem Sommer 1871 zu Deutschland standen, möglich, daß Andrássy eine dem deutschen Kanzler feindliche kirchenpolitische Haltung einnehme? Schien es denkbar, daß er sich auf die Seite der römischen Kurie stelle, die seit dem Syllabus vom 8. Dezember 1864 mehr als je mit der offen einbekannten Absicht hervortrat, das gesamte staatliche Leben unter ihre Herrschaft zu bringen? Seiner ganzen Klugheit bedurfte es, um sowohl der Freundschaft für Deutschland als auch den Anforderungen der inneren Verhältnisse der Monarchie gerecht zu werden. Ihm fiel die gewiß nicht leichte Aufgabe zu, glücklich hindurchzusteuern zwischen den Klippen, die ihn von zwei Seiten: von Deutschland und von mächtigen sozialen Schichten in Oesterreich-Ungarn bedrohten. Mit seinem feinen politischen Takte und der ihm eigenen Geradheit des Charakters bewahrte Andrássy die Monarchie vor schweren Schäden, denen sie der kirchliche Konflikt aussetzte, in den sie durch die Machtansprüche Papst Pius' IX. geriet.

Ein unbedingter Anhänger des Liberalismus und entschlossener Verteidiger der Rechte des Staates, konnte Andrássy nie zugeben, daß Oesterreich-Ungarn den Geboten Roms ausgeliefert werde. Die Zeiten, wo in Oesterreich eine rein kirchliche Auffassung die Staatsgeschäfte lenkte, wo man, wie im Konkordate von 1855, das Interesse der Kirche über das des Staates stellte, gehörten seit der Herstellung verfassungsmäßiger Zustände dies- und jenseits der Leitha der Vergangenheit an. Seit 1867 hätte es kein leitender österreichischer oder ungarischer Staatsmann mehr wagen dürfen,

---

[1]) Rede Bismarcks vom 10. März 1873.

den Konkordatsgeist wieder aufleben zu lassen. Am wenigsten konnte dies Andrássy einfallen. War er es doch, der der österreichischen Verfassungspartei in ihrem Kampfe gegen das Konkordat seine Hilfe geliehen, der sich zur selben Zeit zum Dolmetsch der tiefen Erregung gemacht, von der damals auch Ungarn durch das aggressive Vorgehen der Bischöfe in Oesterreich ergriffen wurde.[1]) Ein Mann von seiner Gesinnung durfte nicht mit verschränkten Armen zusehen, wie die Jesuiten in der ganzen Welt agitierten, um die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes mittels des von Pius IX. einberufenen Allgemeinen Konziles in eine gültige Form zu bringen.[2]) Diese Frage, die weit über das rein religiöse Gebiet hinausreichte und einen hochpolitischen Charakter besaß, mußte jeden Staatsmann, und natürlich auch Andrássy, mit großen Besorgnissen erfüllen. Es war klar, daß durch die Anerkennung der Unfehlbarkeit die Gewalt der Päpste über alle Fürsten und Völker in weltlichen Dingen zum Glaubenssatz erhoben werden sollte.[3]) Trotzdem geschah das Unerwartete, daß Beust im Einvernehmen mit der ungarischen und österreichischen Regierung die am 9. April 1869 vom bayerischen Minister Fürst Hohenlohe beantragten, gemeinsam zu ergreifenden Präventivmaßregeln ablehnte.[4]) Es war ein Fehler, der sich dann auch rächte, auf die Opposition des österreichisch-ungarischen Episkopats als eine wirksame Handhabe gegen die Verkündigung des Unfehlbarkeitsdogmas zu rechnen.[5]) Während mit dem Zuwarten viel kostbare Zeit verloren ging, gelang es der ungemein rührigen Jesuitenpartei, die dem neuen Dogma feindlichen Bischöfe einzuschüchtern. Die Gefahr, über die sich Beust, ungeachtet des am 6. Februar 1869 erschienenen „Civiltà"-Artikels,[6]) am 15. Mai desselben Jahres noch kein Urteil zu bilden vermochte,[7]) stand bereits den 10. Februar 1870 in voller Größe vor

---

[1]) Siehe Bd. I, S. 310 dieses Werkes.

[2]) J. Friedrich: „Geschichte des Vatikanischen Konzils" II. 29. Kapitel. Durch die Bulle vom 29. Juni 1868 wurde das Allgemeine Konzil ausgeschrieben.

[3]) Dies war die Ansicht Döllingers. Siehe: „Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig Hohenlohe, Bd. I, S. 351. Zu vergleichen damit: „Allgemeine Zeitung", 10.—15. März 1869. Die daselbst anonym erschienenen Artikel über das Konzil rühren von Döllinger her.

[4]) „Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig Hohenlohe", Bd. I, S. 351. Beust an Graf Ingelheim in München, Wien, 15. Mai 1869, abgedruckt in: Graf Beust, „Aus drei Vierteljahrhunderten", Bd. II, S. 278.

[5]) Beust, a. a. O., S. 281.

[6]) Näheres über diesen Artikel bei Friedrich, „Geschichte des Vatikanischen Konzils", II, 29. Kapitel.

[7]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 280.

seinen Augen. Von der jetzt eingetretenen Situation mußte er selbst sagen: sie schaffe „einen unausfüllbaren Abgrund zwischen den Gesetzen der Kirche und denen der meisten modernen Staaten".[1])

Nachdem jedoch das Unfehlbarkeitsdogma verlautbart worden war, mußte man zusehen, wie dessen Folgen einzudämmen seien. Andrássy war es vor allem um die Verhütung eines unheilbaren Zusammenstoßes zwischen der geistlichen und staatlichen Macht und um die Wahrung der Rechte des Staates zu tun. Abgesehen von einigen Ausschreitungen, konnte er von dem ihm bekannten Patriotismus der ungarischen Bischöfe erwarten, daß sie ihm keine Verlegenheiten bereiten würden. Darauf dürften denn auch, falls sie wirklich gefallen sind, die ihm Bismarck gegenüber bei der Salzburger Zusammenkunft (August 1871) in den Mund gelegten Worte zielen: „Ich schieße nicht mit Kanonen auf Spatzen."[2]) Wollte Andrássy damit nicht etwa andeuten, daß er bei dem in kirchlichen Fragen mehr indifferenten als bigotten Charakter des ungarischen Volkes keine leidenschaftlichen Ausbrüche zu befürchten brauche? Jedenfalls kann diesem Ausspruche — immer unter der Voraussetzung, daß er wirklich erfolgte — kein anderer Sinn unterlegt werden, als daß er überzeugt war, mit den ihm zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln widerspenstigen Priestern gegenüber das Auslangen zu finden.[3]) Solange Andrássy

---

[1]) Hahn, „Fürst Bismarck", Bd. II, S. 381, Depesche Beusts an Graf Trauttmansdorff in Rom, 10. Februar 1870.

[2]) „Presse", 24. Juli 1872. Man hatte Andrássy gesagt, Dóczy hätte die Korrespondenz, in der diese Worte vorkamen, geschrieben. Es stellte sich aber bald heraus, daß die Mitteilung von Baron Ivor Kaas herrührte. Przibram, „Erinnerungen eines alten Oesterreichers", Bd. II, S. 75, läßt Andrássy gelegentlich der Jesuiteneinwanderung diesen Satz sprechen.

[3]) Hierher gehört in erster Reihe das Jus placeti, als eine stets bereite Waffe der staatlichen Zensur in Ungarn, um ihr unangenehme Rückwirkungen des Infallibilitätsdogmas zu verhindern. Auf Grund des Jus placeti wurde ja auch der greise Bischof Jekelfalussy von Stuhlweißenburg, der gegen das Verbot dennoch das neue Dogma hatte verkünden lassen, am 11. September 1870 vor den ungarischen Ministerrat berufen, wo ihm Andrássy auf ausdrücklichen Befehl und im Namen Seiner k. u. k. apostolischen Majestät „die allerhöchste Mißbilligung, Verweis und Tadel" aussprach. In seinem Vortrage vom 11. September 1870 (Königl. Ungarisches Ministerpräsidium) erwähnt Andrássy, der Bischof habe vor der versammelten Ministerkonferenz erklärt, daß er den Befehl Seiner Majestät mit „gebührender Ehrfurcht" annehme, sowie daß er seine Pflichten kenne. Paulers, des ungarischen Unterrichtsministers Rede vom 28. September 1871 im „Diarium des ungarischen Reichstages" (ung.). Ueber die Stellung der ungarischen Regierung gegenüber dem Infallibilitätsdogma und den ungarischen Bischöfen siehe: Kónyi, „Die Reden Deáks", Bd. VI, S. 383—416.

an der Spitze Ungarns stand, gab es auch tatsächlich keinen eigentlich gefährlichen Zusammenstoß mit den ungarischen Kirchenfürsten.[1])

* * *

Andrássy, der sich nie von konfessionellen Gesichtspunkten, sondern stets nur vom Staatsinteresse leiten ließ, war fest entschlossen, auch als Minister des Aeußern keinen anderen Erwägungen Raum zu gewähren. Er wäre froh gewesen, wenn ihn die Ereignisse in keine ausgesprochene Kampfstellung gegen den Ultramontanismus hineingedrängt hätten. Lagen doch die Verhältnisse für ihn ganz anders als für Bismarck, der in der Koalition aller ultramontanen Elemente von Deutschland, Rom, Frankreich und Polen die Elemente zur Zerstörung der von ihm begründeten deutschen Einheit erblickte.[2]) Freilich blieb Andrássy nicht die Erfahrung erspart, daß ähnliche Kräfte auch an der Untergrabung seiner Position arbeiteten, um einen klerikal gesinnten Mann an die Spitze der auswärtigen Geschäfte zu bringen. Doch hatte er von diesen, denen nicht so mächtige Bundesgenossen als den deutschen Bischöfen zur Verfügung standen, wenig zu befürchten. Wahrscheinlich würde Andrássy seine beobachtende Stellung, aus der er allerdings jeden Augenblick zum Angriff übergehen konnte, nicht verlassen haben, wenn ihn die Ultramontanen nicht selbst gezwungen hätten, offen vor aller Welt in Gegensatz zu ihnen zu treten. Anlaß hierzu bot die Frage der Wiederherstellung des am 8. Oktober 1870 dem Königreich Italien einverleibten Kirchenstaates, mit dessen Vernichtung naturgemäß auch die weltliche Souveränität des Papstes ihr Ende erreicht hatte. Die Besetzung der ewigen Stadt durch italienische Truppen war eifrigen Katholiken natürlich ein Greuel, und immer wieder erklang es seitdem von Klagen über die trostlose Lage des in Rom „gefangenen“ Papstes. Auch das Wiedener „Katholisch-politische Kasino“ in Wien fühlte sich berufen, sich dem Reigen dieser Beschwerden anzuschließen. Eine Deputation desselben, geführt von Baron Stillfried, erschien am 15. Februar 1872 vor Andrássy, um dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß Pius IX. aus der un-

[1]) Die ungarischen Kirchenfürsten hatten die Verabredung getroffen, ein jeder von ihnen solle dem Papste erklären, ihre Ueberzeugung betreffs der Unfehlbarkeitslehre sei dieselbe geblieben, daß sie sich zwar wegen Vermeidung eines Schisma unterwerfen, doch sich nicht verpflichten, die Gegner des neuen Dogmas zur Verantwortung zu ziehen oder dasselbe in demonstrativ herausfordernder Weise zu verbreiten oder zu lehren.

[2]) Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen“ II, 24. Kapitel: „Kulturkampf“.

erträglichen Situation befreit und ihm ein Asyl in einem außerhalb Italiens gelegenen katholischen Staate angeboten werden möchte. Der fromme Baron stellte damit an den Minister des Aeußern die direkte Aufforderung, er solle Seine Heiligkeit zur Uebersiedelung nach der Monarchie einladen.[1]) Nach der Besitznahme Roms durch Italien hatte Beust allerdings einen Moment daran gedacht, Pius IX. Trient zur Verfügung zu stellen. Davon wollte Andrássy jedoch nichts wissen.[2]) In diesem Sinne lautete die Antwort, die er jetzt Baron Stillfried erteilte. Er müsse — sagte er — die Herren der Deputation aufmerksam machen, daß selbst die bewährtesten Ratgeber des Papstes nicht ihrer Ansicht seien. Auch seine eigene Ueberzeugung wäre es, daß es keinen katholischen Staat gebe, der dem Heiligen Vater ein Asyl zu gewähren vermöchte, das im Interesse der Religion ihm jene Vorteile bieten könnte, die er gerade in Rom genieße. Nachdem Andrássy noch darauf hingewiesen, wie die Sorge für das Wohl der Monarchie und die Erhaltung des Friedens weder dem Kaiser noch ihm ein Ablenken von der bisher eingehaltenen Richtung gestatten, schloß er mit folgenden Worten: „Sie wissen, meine Herren, ich bin ein Freund klarer Situationen. Ihre Vorstellungen werden nur dann klar, wenn sie in einen praktischen Vorschlag auslaufen. Erlauben Sie mir daher, daß ich bezüglich dessen, was Sie von der Okkupation gesagt, die praktische Frage an Sie richte: Sind Sie der Meinung, daß es unsere Aufgabe wäre, nach Italien einzumarschieren?“ Als Baron Stillfried, von dieser Wendung in der Antwort des Ministers überrascht, verlegen entgegnete: es gehe über die Grenzen seiner Mission, sich hierüber zu äußern, bemerkte Andrássy ironisch: die Kritik sei eben hier leichter als positive Vorschläge, womit er den Herren der Deputation keinen Vorwurf machen, sondern nur die Sachlage gehörig beleuchten wollte.[3])

Andrássys Rede erregte je nach der politischen Gesinnung der verschiedenen Lager in der ganzen Welt das größte Aufsehen. Wirklich hatte man bisher aus dem Munde eines Ministers der

---

[1]) Nach der ausführlichen Darstellung der offiziösen „Oesterreichischen Korrespondenz“, wiedergegeben in der „Neuen Freien Presse“, 23. Januar 1872, unter dem Titel: „Graf Andrássy über die römische Politik“. Der Verfasser des Artikels war Baron Ludwig Dóczi, damals Hofsekretär im Ministerium des Aeußern. Andrássy wollte die Veröffentlichung zuerst nicht gestatten, aber Dóczi beredete ihn, mit Rücksicht auf die Liberalen Wiens seine Einwilligung zu geben.

[2]) Schweinitz, Wien, 23. Februar 1872.

[3]) Nach der Veröffentlichung der offiziösen „Oesterreichischen Korrespondenz“ mitgeteilt in der „Neuen Freien Presse“, 23. Januar 1872.

Monarchie noch nie eine so offene, rückhaltlose Sprache gegenüber den Klagen vom gefangenen Papst vernommen, der, entgegen den über ihn verbreiteten Gerüchten, Botschafter und Gesandte um sich versammelte, ungehindert mit den Bischöfen des ganzen Erdbodens verkehrte und an diese auch seine Dekrete richtete. Die ultramontanen Blätter freilich spien Feuer und Flamme vor Zorn über die Aeußerungen Andrássys. Das „Vaterland", als Organ der österreichischen Ultramontanen, schrieb damals, daß Andrássy, dessen Ernennung zum Minister des Aeußern gleich anfangs in katholischen und patriotischen Kreisen kein besonderes Vertrauen erweckte, jetzt, gleichsam „zur Bekräftigung und als Siegel dieser Vertrauenslosigkeit" die Anrede an Baron Stillfried gehalten habe. Das ultramontane Blatt hielt ihm seine Vergangenheit als „gewesener Revolutionär" vor und suchte ihm zu beweisen, wie er als solcher, gleich jedem ehemaligen Revolutionär, erkennen müsse, wie nur die katholische Religion allein den stärksten Damm gegen Umsturztendenzen bilde.[1]) Weniger glimpflich behandelte der „L'Univers" Andrássy, den er einen „Wiener Communard" nannte. Der Minister des Aeußern durfte jedoch mit der Aufnahme, die seine Entgegnung, abgesehen von den unversöhnlichen Ultramontanen, in der Oeffentlichkeit gefunden, sehr zufrieden sein. Befriedigt hiervon, sagte er zu General Schweinitz, er halte es nicht für anständig, sich durch Sprechen oder Schreiben populär machen zu wollen, wenn aber die Gegner dies Geschäft für ihn besorgen, so könne es ihm nur recht angenehm sein.[2])

Andrássy war es wirklich nicht um Popularitätshascherei zu tun, als er seine von der liberalen Welt mit Jubel begrüßten Worte an Baron Stillfried richtete. Ihn leitete vielmehr die Ueberzeugung, ein Eingreifen Oesterreich-Ungarns zugunsten der Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes wäre eine unmögliche Politik. Nicht nur in Ungarn — äußerte er gegenüber dem kaiserlich deutschen Botschafter — wo man auf die Wahrung der apostolischen[3]) Selbständigkeit des Königreichs stets eifersüchtig achte, wo gerade am Widerstande der Katholiken selbst der Versuch Graf Albert Apponyis zur Bildung einer katholischen Partei scheiterte,[4]) und wo so viele Reformierte leben, nicht nur

[1]) „Vaterland" im Artikel: „Andrássy", 21. Januar 1872; siehe auch die Nummer dieses Blattes vom 24. Januar 1872: „Der Adler und das Kreuz".

[2]) Schweinitz, 23. Januar 1872.

[3]) Bezieht sich auf den dem Könige von Ungarn verliehenen Titel: „Apostolicus", womit gewisse reale kirchliche Rechte verbunden waren.

[4]) Siehe das VI. Kapitel.

dort, fügte er hinzu, sondern auch in Oesterreich könnte keine von römischem Geiste erfüllte Politik durchgeführt werden. Ja, bemerkte der Minister weiter, auch an entscheidender Stelle wird eine derartige Absicht nicht gehegt. Zum Beweise hierfür berief sich Andrássy darauf, daß Erzherzog Johann von Toskana demnächst den König Viktor Emanuel besuchen werde, was der eben in Italien weilende jüngste Bruder des Kaisers, Erzherzog Ludwig Viktor, nur aus Rücksicht für seine Mutter, Erzherzogin Sophie, unterlassen habe. Wenn — schloß Andrássy das Gespräch — wieder ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ausbrechen und die französische Regierung etwa nach katholischen Bundesgenossen Umschau halten sollte, wird sie gewiß nichts von Oesterreich-Ungarn zu erwarten haben, sondern sich vielmehr an die Slawen um Hilfe wenden müssen.[1]) Dem deutschen Botschafter klangen diese Ausführungen sehr angenehm ins Ohr; bestätigten sie ihm doch, daß die ultramontanen Gegner Bismarcks auf keine Unterstützung Oesterreich-Ungarns zu rechnen hätten. Das war von um so größerer Bedeutung, als eben damals, wo Bismarck die berühmten Worte sprach: „Nach Kanossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig“ [2]) und Pius IX. seinerseits den Schlachtruf ertönen ließ: „Wer weiß, ob nicht bald sich das Steinchen von der Höhe loslöst, welches den Fuß des Kolosses zertrümmert“,[3]) der Kampf in Deutschland zwischen Papsttum und Kaisertum sich immer mehr zuspitzte.[4])

---

[1]) Schweinitz, Budapest, 17. April 1872.

[2]) Rede Bismarcks vom 14. Mai 1872.

[3]) Hahn, „Fürst Bismarck“, Bd. II, S. 513.

[4]) Die berühmten, vom Kultusminister Falk verfaßten „Maigesetze“, nach dem Monat benannt, in welchem sie zur Verkündigung gelangten, bestanden aus vier Gesetzentwürfen; sie hatten die staatsrechtliche Grundlage zu schaffen, die das Verhältnis des Staates zur Kirche möglichst klar und bestimmt festlege, um auf diese Weise einen „festen, dauernden Frieden“ zwischen beiden Machtfaktoren herbeizuführen. Der erste Gesetzentwurf handelte „über die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel“. Der zweite regelte und erleichterte den Austritt aus der Kirche. Der dritte betraf die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen; ein geistliches Amt in einer der christlichen Kirchen durfte nur einem Deutschen übertragen werden, der eine dem Gesetze entsprechende wissenschaftliche Vorbildung auswies und gegen den die Staatsregierung keinen Einspruch erhob. Die Priester der römischen Kirche sollten eben eine deutsche nationale Erziehung erhalten. Der vierte Gesetzentwurf bezog sich auf die kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung eines königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten. Die kirchliche Disziplinargewalt über die Diener der Kirche durfte nur von deutschen kirchlichen Behörden ausgeübt werden. Näheres bei Arthur Böhtlingk: „Bismarck und das päpstliche Rom“ in dem Kapitel „Die Maigesetze“.

Er fand seinen vollen Ausdruck in dem Jesuitengesetz,[1]) das die deutsche Regierung ermächtigen sollte, jeden Angehörigen des Ordens Jesu, der eine dem Reiche gefährliche Tätigkeit entfalte, als „Friedensstörer“ ausweisen zu können.[2]) Die Ueberzeugung, daß die vom Kardinal Hohenlohe „falscher Moral, Intrigen, gottlosen Treibens“ bezichtigten Jesuiten[3]) den Papst und die römische Kirche beherrschen, daß sie mittels der geistlichen Gewalt die Zertrümmerung des ihnen verhaßten deutschen Kaiserreiches herbeiführen wollen, hatte den Zorn gegen diese mächtigste religiöse Körperschaft ausgelöst. Man war, wie dies Bismarcks Vertrauter ausdrückte, durchdrungen davon, daß die Jesuiten die Grundlagen des Staates durch die Verkündung des Lehrsatzes antasten: Gesetze, welche die Kirche verwirft, seien für katholische Staatsbürger nicht bindend.[4])

* * *

Unter diesen Umständen und nach den Erklärungen Andrássys gegenüber Schweinitz vom 17. April 1872 mußte ein Artikel in der Pester „Reform“ vom 24. Juli 1872 Aufsehen erregen. In demselben hieß es, daß bezüglich der Opportunität und Mittel des Kampfes gegen den Ultramontanismus zwischen Bismarck und Andrássy eine wesentliche Differenz herrsche, die durch die Verschiedenartigkeit der geographischen Lage, der Verfassung, konfessionellen Verhältnisse und Traditionen bedingt sei. Daher könne es auch nicht die Aufgabe Andrássys sein, „sklavenmäßig“ dem deutschen Kanzler zu Willen zu sein, und es wäre noch immer die Frage, ob Bismarck wohl daran getan, einen Kampf auf Leben und Tod zwischen der weltlichen und kirchlichen Macht hervorzurufen. Solange, lautete es weiter, die katholische Bewegung sich nicht gegen den Bestand des Staates richte und ihn nicht zu ihrem Diener machen wolle, sei auch kein Anlaß zu Gegenmaßregeln vorhanden. Man müsse, was auch als die beste Politik für einen katholischen Staat zu gelten habe, mit Ruhe und Mäßigung das Abflauen der fieberhaften Erregung und das Abnehmen der Flut erwarten.[5])

---

[1]) Hahn, „Fürst Bismarck“, Bd. II, S. 498.
[2]) Ibidem.
[3]) „Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig Hohenlohe“, Bd. I, S. 394.
[4]) Hahn, „Fürst Bismarck“, Bd. II, S. 496.
[5]) „Reform“, 24. Juli 1872.

Wie Baron Orczy in einem Briefe an Andrássy bemerkt, bildete der Artikel in Wien das Ereignis des Tages.[1]) Leicht begreiflich, da man der „Reform" nahe Verbindungen mit dem Ministerium des Aeußern nachsagte.[2]) Wollte man doch sogar wissen, Andrássy selbst habe den Artikel durch seinen Sekretär Okolicsányi der Redaktion zukommen lassen.[3]) Auf die Liberalen Oesterreichs machte er einen ungünstigen Eindruck. Dagegen wurde es Andrássy in den höchsten Kreisen, wo man ihn gleichfalls für den Autor hielt, hoch angerechnet, daß er als selbständiger, von niemand beeinflußter Mann seine Meinung zum Ausdruck gebracht habe.[4])

Indessen stellte es sich bald heraus, daß die ganze Erregung, die der Artikel hervorgerufen, höchst überflüssig gewesen. Nicht der Minister des Aeußern, sondern ein junger Publizist — wahrscheinlich Baron Ivor Kaas oder Johann von Asbóth — hatte ihn verfaßt, der, Richtiges und Unrichtiges miteinander verquickend, sich mit einem „journalistischen Paradestück" hervortun wollte. Andrássy selbst erzählte dem deutschen Botschafter, er stehe der „Reform" ganz ferne und habe auf deren Aeußerungen keinen Einfluß genommen. Er überlasse, sagte der Minister des Auswärtigen zu Schweinitz, die Klärung seiner Stellung zu dieser Sache ganz und gar der Zeit, aber schon jetzt müsse er sagen, er werde alles unterlassen, was Deutschland unangenehm sein könnte.[5]) Dafür forderte er seinerseits, in Berlin möge mit der Anschauung gebrochen werden, Oesterreich-Ungarn sei ein derart katholisch gesinnter Staat, daß er sich von seinem Grundcharakter nicht loslösen und geneigt sein könnte, mit Frankreich eine „katholische Liga" zu bilden.[6]) Nicht nur vertrauliche Berichte belehrten Andrássy über das Bestehen eines derartigen Mißtrauens, das angeblich von dem damals in Berlin anwesenden italienischen Kronprinzenpaar genährt worden sein sollte. Auch aus Unterredungen mit Schweinitz tönte es ihm deutlich genug entgegen. So oft im Gespräche die preußisch-russischen Beziehungen berührt wurden,

---

[1]) Baron Béla Orczy an Andrássy, 25. Juli 1872 (ung.). Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Schweinitz, Wien, 24. Juli 1872.

[3]) Orczy an Andrássy, 25. Juli 1872.

[4]) Ibidem.

[5]) Schweinitz, 30. Juli 1872.

[6]) Andrássy an Graf Károlyi in Berlin. Wien, 6. Juni 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

bezeichnete der deutsche Botschafter als eine der Hauptursachen der innigen Freundschaft zwischen beiden Mächten ihre gegenseitige Abneigung gegen die Möglichkeit einer katholischen Liga. Ganz direkt nannte Schweinitz Rußland den in dieser Hinsicht natürlichen Bundesgenossen Deutschlands. Er machte überdies die Bemerkung, daß schon allein die Besorgnis vor einem Ueberwuchern der römischen Kurie in Europa es dem Berliner Kabinett zu einem Gebot der Klugheit mache, die Beziehungen zu Rußland nicht mit denen zu einer katholischen Macht zu vertauschen.[1]) Andrássy schienen diese Argumente ganz und gar nicht stichhaltig. Er fand vielmehr, es hätte dem deutschen Botschafter nicht entgehen dürfen, wie gerade in katholischen Ländern die Opposition gegen das Papsttum am stärksten sei und nirgends in dem Maße als in Oesterreich-Ungarn, das geradezu in eifersüchtiger Weise seine Selbständigkeit zu wahren trachte. „Vom Standpunkt der heutigen europäischen Situation," schrieb er an Graf Károlyi in Berlin, „ist es ein leicht erkennbarer Irrtum, den katholischen Charakter eines Staates mit seiner Geneigtheit zur Unterstützung der Ansprüche der Kurie zu identifizieren. Ich muß," fügte Andrássy hinzu, „in der Tat Wert darauf legen, Vorstellungen berichtigt zu sehen, die einer korrekten und sachgemäßen Auffassung der Stellung Oesterreich-Ungarns und der Richtungen seiner Politik so wenig entsprechen."[2]) Kaum war Graf Károlyi im Besitze der Depesche seines Chefs, als er sich sofort alle Mühe gab, den wahren Sachverhalt zu ergründen. Als ein Mann, der die geraden Wege liebte, wandte er sich direkt an den Staatssekretär Thile. Dieser hohe deutsche Würdenträger verwies alles Gerede in den Kreis gehässiger Klatschereien, die aus ultramontaner oder französischer Quelle stammen. Bismarck, der sich damals in Varzin aufhielt, war äußerst erstaunt über den Schritt Károlyis. Er hätte vielmehr gemeint — ließ er unserem Botschafter durch Thile mitteilen — daß sich von ganz anderer Seite Empfindlichkeiten über die Entente à trois zwischen Oesterreich-Ungarn, Deutschland und Italien bemerkbar machen würden. Auch Kaiser Wilhelm selbst bestritt, daß man in Berlin der Reise des italienischen Kronprinzenpaares einen so weitreichenden politischen Hintergrund gebe, und sagte in der Audienz zu Graf Károlyi: „Sie können vollkommen beruhigt sein. Ich weiß, daß es hier Persönlichkeiten gibt — Ultra-

---

[1]) Andrássy an Károlyi, 6. Juni 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.
[2]) Ibidem.

montane — denen das gute Verhältnis Deutschlands zu Italien und gleichzeitig zu Oesterreich-Ungarn ein Dorn im Auge ist und die gerne bestrebt sind, Zwietracht zu säen."[1]) Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern war von diesen Mitteilungen sehr befriedigt, die zu bekräftigen sich General Schweinitz beeilte.[2]) Trotzdem bereitete ihm die große Freundschaft zwischen den beiden Nordmächten — es war noch vor der Berliner Entrevue im September 1872 — manche schlaflose Stunde. Er schien zu befürchten, daß Petersburg und Berlin ihre Intimität auf Kosten unserer Monarchie immer mehr befestigen könnten. Deshalb hielt es Andrássy für nötig, Bismarck zu bedenken zu geben, wie nichts unrichtiger wäre als kirchliche Gemeinschaft zwischen Deutschland und Rußland, wo der Zar an der Spitze der geistlichen Hierarchie stehe und von der universalen Tendenz seiner Kirche ebensowenig abgehe als der Papst in Rom. Preußen, betonte er, werde gegen Uebergriffe der Kurie gewiß mehr Unterstützung in katholischen Staaten finden als an der orthodoxen Kirche.[3]) Wenn es auch sehr zweifelhaft ist, daß sich Andrássy gerade in diesen Tagen mit aller Entschiedenheit geäußert haben sollte: Deutschland dürfte sich im Kampfe gegen die Ultramontanen ganz auf ihn verlassen,[4]) so scheint es doch sicher zu sein, daß er um diese Zeit, mit Rücksicht auf etwaige orientalische Wirren, Bismarck die Mithilfe Oesterreich-Ungarns in dessen Streite gegen den Vatikan in Aussicht stellte. Mit Bestimmtheit geht das aus seiner Mahnung hervor: Preußen solle seine Stütze gegen römischen Uebereifer nicht in St. Petersburg, sondern in katholischen Ländern suchen, womit ja nur Oesterreich-Ungarn gemeint sein konnte. Die gleichen Motive ließen Andrássy auch näheren Anschluß an Italien suchen.

Ohne Furcht vor den österreichischen klerikal-militärischen Kreisen, denen allerdings eine Versöhnung mit Viktor Emanuel II. noch genehmer als die mit dem siegreichen evangelischen deutschen Kaiser war,[5]) trachtete Andrássy mit dem jungen italienischen

---

[1]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 15. Juni 1872. Ibidem.

[2]) Andrássy an Károlyi, Wien, 22. Juni 1872. Ibidem.

[3]) Ibidem.

[4]) Generalkonsul von Waecker-Gotter, Budapest, 5. Juli 1872. Schweinitz, Wien, 11. Juli 1872, bezweifelt, daß Andrássy sich mit solcher Entschiedenheit, wie Waecker-Gotter berichtet, geäußert haben sollte.

[5]) Schweinitz, 30. März 1875. Schweinitz gedenkt 1875 der Beobachtung, die er 1872 in Wien machen konnte.

Königreiche freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen. Noch als derartige Möglichkeiten in weiter Ferne lagen, gleich nach seinem Einzug ins Ministerpalais am Wiener Ballplatz, äußerte er: Seine Politik gegenüber Italien werde eine klare und offene sein.[1]) Gewiß bedeutete es einen über alle klerikalen Gegenströmungen errungenen Triumph, als nach den Ereignissen von 1859 und 1866 der italienische König Viktor Emanuel II. im September 1873 der Gast der Wiener Hofburg sein konnte. Es war ein großer historischer Moment, als der König am 16. September in der Kaiserstadt erschien. Damit ward eine alte Feindschaft ausgelöscht und ein Freundschaftsbund zwischen den verwandten Häusern von Habsburg und Savoyen angebahnt.[2]) Für den Frieden Europas war es eine neue Bürgschaft, daß sich Oesterreich-Ungarn und Italien nicht mehr feindlich gegenüberstanden. Bismarck gewährte es große Befriedigung, als er sich Oktober 1873 in Wien persönlich die Ueberzeugung verschaffen konnte, daß Oesterreich-Ungarn für Italien von, wie er selbst sagt, wirklich aufrichtig freundlichen Gesinnungen erfüllt sei. Ihm, der Italien Frankreich entfremden und ganz und gar in den Bannkreis seiner Politik ziehen wollte, schien die in Wien gemachte Beobachtung von solcher Wichtigkeit, daß er sie sofort zur Kenntnis der italienischen Minister bringen ließ.[3]) Solange die guten Beziehungen zwischen den Regierungen von Oesterreich-Ungarn und Italien währten, hatten Kardinal Rauscher und dessen Freunde keine Aussicht, ihr Programm verwirklicht zu sehen. Was Rauscher anstrebte, stimmte absolut nicht zum System Andrássys. Der Wiener Kirchenfürst, von jeher Zentralist, erblickte jetzt sein Ideal in einem mit konstitutionellen Formen ausgestatteten, zentralistisch regierten katholischen Oesterreich. Einer so gearteten Monarchie gestattete er einerseits friedliche Berührungen mit einem föderalistisch organisierten Deutschland, in dem die verjagten Fürsten wieder ihre früheren Stellungen einnehmen sollten und andererseits mit einem als Staatenbund geeinigten Italien.[4]) Eine solche Politik involvierte den Umsturz alles dessen, was seit dem Falle Napoleons III.

---

[1]) Schweinitz, 22. November 1871.

[2]) Giuseppe Massari, „La vita ed il regno di Vittorio Emanuele II.“, S. 556. Wie sich Viktor Emanuel in seiner Thronrede über die Reise nach Wien äußerte, siehe bei Luigi Chiala, „Pagine di storia contemporanea“ (1858—1878), S. 163. — Georges Goyau, „Bismarck et l'église“, Bd. II, S. 63 ff.

[3]) Bismarck an Keudell in Rom, 26. Oktober 1873.

[4]) Schweinitz, Wien, 9. Oktober 1873.

entstanden war. In Berlin sowohl wie auch in Rom wußte man, daß Andrássy nie für derartige Pläne zu haben sei. Ebenso genau war man an beiden Orten darüber unterrichtet, daß der Papst vergeblich darauf rechnen würde, an unserer Monarchie einen Helfer für seine universal-absolutistischen Tendenzen zu finden, wie sie in so greller Weise im Dogma von der Infallibilität zutage traten.

* * *

Mit Andrássys Abneigung gegen derartige Bestrebungen war es wohl vereinbar, daß Italien seine Macht gegenüber dem Heiligen Vater nicht mißbrauchen dürfe. Je ehrlicher, meinte er, man zu gunsten der italienischen Regierung handle, um so offener könne man von ihr verlangen, daß sie die dem Papste schuldigen Rücksichten beachte.[1]) Aber auch die Kurie sollte nicht die Grenzen ihrer Befugnisse überschreiten und in keinem Falle die gesetzlich verbürgte staatliche Selbständigkeit Oesterreich-Ungarns antasten.[2]) Deshalb unterstützte er auch das Ministerium Auersperg, als dieses infolge der Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes genötigt war, das Verhältnis des Staates zur Kirche einer neuen Regelung zu unterziehen. Schon Beust hatte das 1855 geschlossene Konkordat für nichtig erklärt. Der damalige Minister des Aeußern leitete die Berechtigung zu diesem Schritte aus der totalen Verschiebung der Verhältnisse her, die durch das Dogma von der Infallibilität bewirkt worden war. Er machte geltend, daß der „unfehlbare" Papst nicht mehr derselbe Kontrahent sei, mit dem 1855 das Konkordat eingegangen wurde. Ebenso bestünden auch nicht mehr die Bedingungen, unter denen es besiegelt worden.[3]) Die Nichtigkeitserklärung bezog sich eigentlich nur auf Oesterreich, da das Konkordat in Ungarn vermöge dessen Verfassung nie Gesetzeskraft erlangt hatte. Die österreichische Regierung mußte daran denken, die Lücken auszufüllen, die durch die Lösung des Konkordates zwischen Staat und Kirche entstanden waren. Die Thronrede vom 5. November 1873 kündigte denn auch jene konfessionellen Gesetzentwürfe an, mittelst deren das angestrebte Ziel erreicht werden sollte. Am 21. Januar 1874 legte die Regierung vier Gesetzentwürfe vor, die bestimmt waren, eine Neuordnung der staatlich-

---

[1]) Schweinitz, 8. November 1871.

[2]) Idem, 4. Januar 1873.

[3]) Oesterreichisch-ungarisches Rotbuch Nr. 4. Beust an Palomba in Rom, 30. Juli 1870 (Depesche Nr. 144). Beust, „Aus drei Viertel-Jahrhunderten", Bd. II, S. 406.

kirchlichen Beziehungen zu begründen.[1]) Obgleich das Ministerium Auersperg, ebensowenig wie seinerzeit Beust,[2]) das Signal zu Konflikten mit der römischen Kurie geben wollte, war es sich doch sehr wohl des gefahrvollen Zustandes bewußt, in den es durch die konfessionellen Gesetze geriet. Fürst Adolf Auersperg war es nicht unbekannt, daß die Jugend des Adels und der Geistlichkeit, die in den zwischen Olmütz und Königgrätz gelegenen Lehranstalten aufwuchs, der Kirche die rührigsten Streiter lieferte und daß sich mit ihnen deren gleichfalls von Begeisterung für die unbeschränkte Machtvollkommenheit des Heiligen Vaters erfüllten weiblichen Angehörige verbanden.[3]) Der größte Teil der Aristokratie lag im Banne päpstlichen Einflusses. Ihnen galt die Oberhoheit der Kirche über den Staat, wie sie im Konkordat von 1855 zum Ausdruck gelangt war, als Grundlage ihrer staatsrechtlichen Anschauungen. Sie kümmerten sich wenig um die nachteiligen Folgen ihrer Aeußerungen mit Rücksicht auf Deutschland und Italien. Fürst Alfred Liechtenstein sagte es offen heraus: seine Partei habe nicht die Aufgabe, die Wirkungen ihrer im Interesse des Papstes gehaltenen Reden zu erwägen, sondern nur darauf zu achten, ihre Ueberzeugungen auszusprechen.[4]) Von dieser Seite mußte die Regierung auf den entschiedensten Widerstand gefaßt sein. Die entschlossensten Kampfhähne dieses Lagers schürten denn auch mit allem Eifer das Feuer in Rom und auf dem Wiener gesellschaftlichen Boden.[5]) Es wurden die Schlagworte von Vergewaltigung der Kirche ausgegeben und Drohungen ausgestoßen, die an die Kämpfe zur Zeit Neros und Diokletians erinnern sollten. Wie vorsichtig und behutsam auch die Regierung die religiöse Frage anfaßte, in keinem Falle durfte sie vor den Einschüchterungsversuchen zurückweichen und auf halbem Wege stehenbleiben, wofern sie sich nicht um jeden Kredit bringen wollte. Der damalige Kultus- und Unterrichtsminister Stremayr äußerte denn auch

---

[1]) Es waren vier Gesetzentwürfe: 1. Gesetz über die Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche, 2. Gesetz, betreffend die Rechtsverhältnisse der klösterlichen Genossenschaften, 3. Gesetz, betreffend die Beitragsleistung des Pfründenvermögens zum Religionsfonds, 4. Gesetz, betreffend die gesetzliche Anerkennung von Religionsgenossenschaften. Ueber die Regelung der Zivilehe erfolgte keine Gesetzvorlage.

[2]) Oesterreichisch-ungarisches Rotbuch Nr. 4. Depesche Beusts an Palomba in Rom (Nr. 144).

[3]) Dönhoff, 1. April 1874.

[4]) Idem, 4. April 1874.

[5]) Baron Orczy an seine Mutter, 7. April 1874.

im Parlamente, die Regierung könne nicht dulden, daß die Religion zu staatsgefährlichen Umtrieben mißbraucht, noch gestatten, daß aus Dienern Gottes Mandatare der staatsrechtlichen Opposition werden.[1]) Noch kräftiger und energischer trat der österreichische Ministerpräsident den Gegnern der neuen religiösen Gesetzgebung entgegen. Entschlossen, um jeden Preis Ruhe und Ordnung zu sichern und alle Aufreizungsversuche zur Widerspenstigkeit niederzuschlagen, sprach Fürst Adolf Auersperg die bedeutsamen Worte: „Solange ich an der Spitze der Regierung stehe, so lange wird des Gesetzes Autorität gewahrt werden, dafür bürgt Ihnen mein Wort. Oesterreich kann nie so weit heruntersinken, eine Unterbehörde (Roms) zu werden." [2])

* * *

Eine derartige Sprache katholischer Minister mußte im In- und Auslande eine tiefe Wirkung erzeugen.[3]) Ihrem entschiedenen Auftreten dankte das Ministerium einen bedeutenden Erfolg, um dasselbe scharte sich eine Majorität, wie sie seit langem keine österreichische Regierung besessen. Wie mit einem Schlage waren die Mißhelligkeiten verschwunden, die seit Wochen gerade wegen der kirchlichen Frage zwischen dem Ministerium und der liberalen Linken bestanden hatten.[4]) Unter dem unmittelbaren Eindrucke der Rede Auerspergs sagte Andrássy zum deutschen Botschafter: Der Ministerpräsident, dieser verständige Patriot, so recht ein Mann seines Landes, ein Oesterreicher im besten Sinne des Wortes, habe durch seine mannhafte Erklärung im Parlamente einen Beifallssturm hervorgerufen, wie er am Schottentor[5]) noch nie gehört worden,[6]) was Auersperg auch selbst in seiner schlicht bescheidenen Art dem deutschen Botschafter bestätigte.[7])

Er dankte dies der, wie es der Ministerpräsident selbst nannte, „ziemlichen Solidarität",[8]) wie sie ihn tatsächlich mit Andrássy

---

[1]) Rede Stremayrs in der Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 9. März 1874.

[2]) Rede Auerspergs in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. März 1874.

[3]) Schweinitz, 10. März 1874.

[4]) Ibidem.

[5]) Dort befand sich zu jener Zeit noch das österreichische Abgeordnetenhaus.

[6]) Schweinitz, 10. März 1874.

[7]) Ibidem.

[8]) Rede Auerspergs vom 9. März 1874.

verband. Fürst Auersperg und der Minister des Aeußern waren einig darin, Schulter an Schulter die Autorität des Staates gegen alle Vorstöße der Ultramontanen zu verteidigen. Dazu bot sich rasch genug Gelegenheit. Wie der Papst in seiner Allokution vom 22. Juni 1868 die liberale Verfassung Oesterreichs als irrig bezeichnet und verdammt hatte, so erließ er jetzt am 7. März 1874 eine Enzyklika[1]) gegen die konfessionellen Gesetze, durch welche, wie es da heißt, die Kirche unter die schädlichste Sklaverei der Staatsgewalt gebeugt, die katholische Disziplin untergraben, der Abfall von der Kirche gefördert, Verschwörung und Bundesgenossenschaft der Sekten gegen den wahren christlichen Glauben begründet werden sollen. Nebst dieser Enzyklika richtete Pius IX. am gleichen Tage — 7. März — einen Brief an den Kaiser, in dem er ihn dringend beschwor: „Er möge niemals zugeben, daß in seinem weiten Reiche die Kirche einer unehrenhaften Knechtschaft überliefert und die katholischen Untertanen in die höchste Bedrängnis gebracht werden." [2]) Der Papst, dies verschwieg wohlweislich die Enzyklika, hatte sich jedoch mit dieser Mahnung nicht begnügt. Am Schlusse seines Briefes drohte Pius IX. dem Monarchen, wenn auch verblümt, aber verständlich genug, ihn zu exkommunizieren, falls er den konfessionellen Gesetzen die Sanktion erteilen sollte.[3]) Im Vatikan war man jedenfalls sehr übel über die wahre Gesinnung des Kaisers unterrichtet, als man voraussetzte, ihn durch Androhung des Bannfluches einzuschüchtern. Dieser Schritt dankte seine Entstehung derselben unrichtigen Information, aus der die Enzyklika selbst hervorgegangen war. Im Namen der Bischöfe verwahrte sich Kardinal Fürst Schwarzenberg vor dem Throne gegen die Zumutung, als hätten sie die Enunziation des römischen Stuhles vom 7. März veranlaßt. Vielmehr war sie ihnen höchst ungelegen gekommen, da sie hierdurch in eine die konfessionellen Gesetze vollkommen ablehnende Stellung gebracht wurden, was gar nicht in der Absicht der österreichischen Bischöfe lag. Ihren Interessen würde es mehr entsprochen haben, anstatt einfach zu verdammen, bei der Spezialverhandlung im Abgeordnetenhause die ihnen nötig erscheinenden Aenderungen durchzusetzen. Im Vatikan war man jedoch durch das geheimnisvolle Erscheinen eines Prager Domherrn in Rom, den man für den Ab-

---

[1]) Im lateinischen Urtext im „Volksfreund" vom 14. März und in deutscher Uebersetzung in der „Allgemeinen Zeitung" vom 17. März mitgeteilt.

[2]) Diese Worte finden sich in der Enzyklika angeführt.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 30. März 1874.

gesandten der österreichischen Kirchenfürsten hielt, in die irrige Meinung versetzt worden, als verlangten sie eine Weisung des Papstes für ihr Verhalten gegenüber den neuen Gesetzentwürfen. In Wirklichkeit hatten nicht die Bischöfe, sondern die tschechisch-klerikalen Feudalen den „geheimnisvollen" Domherrn nach Rom entboten. Mit Hilfe des Grafen Blome gelang es dem geistlichen Herrn den maßgebenden Kreisen die Meinung beizubringen, der Kaiser habe überhaupt keine Kenntnis von den konfessionellen Gesetzen, die ein Machwerk der Minister seien, und der Papst erweise dem Monarchen einen großen Dienst, wenn er eine Erklärung gegen die Gesetzentwürfe erlasse. Der römische Stuhl griff mit beiden Händen nach dem ihm dargereichten Rettungsmittel.

Erst nachdem bereits der päpstliche Brief an den Kaiser und die Enzyklika in Wien eingetroffen waren, erfuhr man in Rom den wahren Tatbestand. Nicht geringe Bestürzung verursachte es daher, als man vernahm, Franz Josef I. habe die Gesetze nicht nur gekannt, sondern zu deren Einbringung den Ministern auch die Ermächtigung erteilt, daß somit jede Hoffnung auf Nichtsanktionierung vollkommen aussichtslos wäre.[1]) In Rom mochte man es jetzt bereuen, durch den Uebereifer einiger klerikal-feudaler Heißsporne zu übereilten Schritten verleitet worden zu sein. Wie unrichtig hatte man den, auf seine Unabhängigkeit als Monarch eifersüchtig wachenden Kaiser und König beurteilt, als man glaubte, ihn durch Exkommunikation zu schrecken und ihn für Einbürgerung von Institutionen strafen wollte, die mit Zustimmung des Papstes längst in anderen Ländern bestanden! Verfehlt war es auch anzunehmen, der Kaiser werde vergessen haben, daß beim Ausbruch des Krieges von 1859 der Heilige Vater seinem Wiener Nunzius untersagte, sich an dem Bittgang für den Sieg der österreichischen Waffen zu beteiligen. Diese Verfügung konnte wenigstens noch mit Berufung auf die diplomatische Stellung des päpstlichen Vertreters entschuldigt werden. Aber wie war es mit der angeblichen Freundschaft des Papstes für die Monarchie und mit den Anforderungen strenger Unparteilichkeit in Einklang zu bringen, daß um dieselbe Zeit — vier Jahre nach dem Abschluß des Konkordates — in Wien lebende Jesuiten aus Rom einen Verweis erhielten, weil sie in ihren Predigten Gottes Segen für die österreichischen Krieger im Kampfe gegen Frankreich und

---

[1]) Nach den Briefen Baron Orczys an seine Mutter vom 30. März und 7. April 1874. Orczy erwähnt ausdrücklich, den ganzen Verlauf dieser Sache von Andrássy selbst vernommen zu haben.

Italien erfleht hatten?[1]) In der Seele des Kaisers mußte dies keinesfalls unparteiische Vorgehen einen Stachel zurückgelassen und ihn darüber aufgeklärt haben, wie wenig man im Vatikan gleichmäßig Licht und Schatten zu verteilen wisse. Es hieß doch zu sehr auf die Frömmigkeit und Verehrung Franz Josefs I. für die Person des Papstes bauen, wenn man von ihm jetzt als einen Akt seiner Gerechtigkeitsliebe verlangte, er solle die zur Verteidigung der Unabhängigkeit des Staates bestimmten Gesetze nicht sanktionieren. Wie vorauszusehen war, zögerte der Kaiser nicht, seine Einwilligung zur Zurückweisung der ganz unbegründeten Einmengung des römischen Stuhles in innere Angelegenheiten Oesterreichs zu geben. Man hatte das Gefühl, sich, wie alle Staaten, die noch nicht die Suprematie der Kirche abgeschüttelt, im Zustande der Notwehr gegenüber der neuesten Papstpolitik zu befinden.[2]) Damals äußerte Andrássy: Deutschland sollte eigentlich dem Verfasser der Enzyklika eine Kerze dafür anzünden, daß er die österreichischen konfessionellen Gesetze auf eine Linie mit den preußischen gesetzt. Wenn bisher, meinte er, Deutschland allein als angreifender Teil erschien, so wäre es nunmehr, nach Erlaß der Enzyklika, klar, daß jede Regierung durch die Kurie zur Abwehr gezwungen werde, selbst diejenige, die von allen Angriffsgedanken am entferntesten sei.

Einen Vorgeschmack dessen, wie man in Wien über den willkürlich vom Zaun gebrochenen Streit denke, erhielt die Welt durch den in der „Allgemeinen Zeitung" erschienenen Artikel: „Zur Frage von Staat und Kirche", den Sektionschef Leopold von Hofmann im Auftrage des Ministers des Aeußern verfaßt haben wollte.[3]) Hier hieß es: „An einen Rückzug des Staates ist nicht zu denken, denn nicht von kleinen Episoden ist diese Entwicklung abhängig, sondern sie bezeichnet ein großes geschichtliches Gesetz, dessen Pragmatik immer deutlicher einen Zielpunkt erkennen läßt: die Sonderung der geistlichen und der weltlichen Gewalten, die Freiheit beider und damit ihren wahren und der Menschheit würdigen Fortschritt."[4]) Fehlte auch in der mit dem Kultus- und Unterrichts-

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 28. März 1874.

[2]) „Allgemeine Zeitung" vom 22. März 1874: „Zur Frage von Staat und Kirche".

[3]) Dies teilte Hofmann dem deutschen Botschafter mit. Schweinitz, 24. März 1874. Hofmann rühmte sich einer Sache, die nicht auf Wahrheit zu beruhen scheint. Denn wie mir von ganz verläßlicher Seite bestätigt wurde, hat Hofmann nie irgendeinen Artikel selbst verfaßt.

[4]) „Allgemeine Zeitung", 22. März 1874.

minister Stremayr verabredeten Antwort[1]) Andrássys die Androhung von der Trennung der geistlichen und weltlichen Gewalten, so war sie noch immer in einem Tone gehalten, der von der Entschiedenheit zeugte, den hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen. Deutlich sagte es die Regierung heraus, daß diejenigen, die die Enzyklika inspirierten, weniger von dem Bestreben geleitet waren, einem Zusammenstoß zwischen Kirche und Staat vorzubeugen, als vielmehr einen solchen hervorzurufen. Im wohlverstandenen Interesse des Vatikans wurde diesem der Rat erteilt, anstatt des verdammenden Urteils der Enzyklika die Bischöfe anzuweisen, den Gesetzen des Staates Folge zu leisten.[2]) Für den ganz unerwarteten Fall, daß der Klerus den sanktionierten Gesetzen unerlaubten Widerstand entgegensetzen sollte, ließ sich Andrássy folgendermaßen in seiner Note an den römischen Stuhl vernehmen: „Von dem Augenblicke an, in dem die Gesetzesvorlagen durch die Sanktionierung Gesetzeskraft erlangt haben, wird jede dagegen aufgebotene Opposition, die die Ruhe des Landes bedrohen würde, energisch unterdrückt werden. In dem gleichen Maße, als die Regierung Seiner Majestät die legitimen Rechte der Kirche gegen jeden Angriff zu sichern wissen wird, ist sie auch entschlossen, nie die Rechte, die sie als die ihrigen anerkannt, zu opfern und auch nicht die Rechte preiszugeben, die ihr anvertraut sind.“[3]) Tiefen Eindruck machte es, als Andrássy in dem Finanzausschuß der österreichischen Delegation den Inhalt seiner Note an die Kurie skizzierte.[4]) Man habe, schrieb damals die „Presse“, wohl eine Abweisung der römischen Prätensionen erwarten dürfen, aber eine derartig entschiedene, nicht mißzuverstehende Sprache, so ganz im Einklange mit den Erklärungen Auerspergs am 9. März, konnte doch nicht vorausgesetzt werden.[5]) Die beabsichtigte Wirkung blieb auch nicht aus. Andrássy konnte wohl, wie er selbst hervorhob, keinen tatsächlichen Erfolg verzeichnen, aber auch über das Gegenteil hatte er nicht zu klagen. Allen Anzeichen nach schien

---

[1]) Schweinitz, 22. Mai 1874. Der Inhalt des Briefes Franz Josefs I. an den Papst ist unbekannt.

[2]) Erklärungen Andrássys im Finanzausschuß der österreichischen Delegation vom 9. Mai 1874, mitgeteilt in der „Presse“ vom 10. Mai. Siehe auch Przibram, „Erinnerungen eines alten Oesterreichers“, S. 386.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 7. April 1874, gibt den wörtlichen Schluß der Note Andrássys. Er entspricht der kurzen Skizze, die Andrássy am 9. Mai 1874 im Finanzausschuß der österreichischen Delegation entworfen.

[4]) Siehe „Presse“ vom 10. Mai 1874.

[5]) Leitartikel der „Presse“ vom 10. Mai 1874.

man in Rom gegenüber dem festen Auftreten des Ministers des Aeußern die Lust verloren zu haben, Bannflüche gegen die Person des Monarchen und die konfessionellen Gesetze zu schleudern. Nicht wenig mögen dazu die Vorstellungen Jacobinis, des neuen Wiener Nunzius, beigetragen haben, der, im Gegensatze zu seinem Vorgänger Falcinelli, ein Mann von gemäßigten kirchlichen Gesinnungen war, als Gegner der Jesuiten galt[1]) und jedem Zusammenstoß zwischen staatlicher und kirchlicher Macht abhold war.[2])

Mit Recht konnte jetzt Andrássy das Platzgreifen einer gewissen Beruhigung im Vatikan verkünden.[3]) Sie trat ein als naturgemäße Folge der Wahrnehmung, daß Oesterreich-Ungarn nicht daran denke, den Jesuiten, die damals in Rom das Heft in Händen hatten, auch nur ein Haar zu krümmen. Längst war Bismarck im reinen darüber, daß er für sein Vorgehen gegen die Patres der Gesellschaft Jesu nicht auf die Bundesgenossenschaft unserer Monarchie zählen dürfe. Unter voller Würdigung der anders gearteten inneren Verhältnisse Oesterreich-Ungarns wollte er doch bereits Ende 1872 wissen, wie Andrássy persönlich über die Jesuitenfrage denke und was in dieser heiklen Angelegenheit vom ungarischen Ministerium und dem ungarischen Reichstag zu erwarten sei.[4]) Ueber den Minister des Aeußern erteilte der deutsche Botschafter die Auskunft, daß er ohne Nötigung zu keinen neuen Maßregeln gegen die Jesuiten greifen werde, da er in den vorhandenen gesetzlichen Mitteln ausreichenden Schutz gegen deren etwa schädliche Tätigkeit zu erblicken glaube. Dagegen aber dürfe es als vollkommen ausgeschlossen gelten, daß er irgend etwas zu deren Gunsten tun werde. Zum Beweise hierfür berief sich Schweinitz auf die Tatsache, daß Andrássy erst unlängst die Bitte des österreichischen Jesuitenprovinzials, im Interesse der Patres bei der italienischen Regierung zu intervenieren, rundweg abgeschlagen habe. Nicht vielmehr als vom Minister des Aeußern, meinte der deutsche Botschafter, sei von der ungarischen Regierung zu erhoffen. Gleich seinem Vorgänger Pauler wäre auch Trefort, der neue Kultus- und Unterrichtsminister, nicht

---

[1]) Fürst Chlodwig Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten", Bd. II, S. 154.

[2]) Graf Dönhoff, Wien, 18. März 1874.

[3]) Andrássys Erklärung im Finanzausschuß der österreichischen Delegation vom 9. Mai 1874. In ähnlichem Sinne äußerte sich Minister Stremayr zu Dönhoff über die Wirkung der Note Andrássys. Graf Dönhoff, Wien, 22. Mai 1874.

[4]) Bismarck an Schweinitz, 27. Dezember 1872.

willens, die bestehenden, die Existenz des Jesuitenordens verbietenden Gesetze in Anwendung zu bringen. Der Orden hatte damals nur eine Niederlassung in Kalocsa. Bei der Neigung des ungarischen Klerus zu einem friedlichen Zusammenleben mit der staatlichen Gewalt schien in Ungarn für eine Agitation der Jesuiten kein besonders ergiebiges Feld vorhanden zu sein. War daher schon von Ungarn keine Ausweisung der Gesellschaft Jesu zu gewärtigen, so noch viel weniger von Oesterreich. Die österreichische Regierung wußte nur zu gut, daß ihre letzte Stunde geschlagen hätte, falls sie es wagen wollte, die Unterdrückung des sich bei Hofe mächtigen Schutzes erfreuenden Ordens in Angriff zu nehmen.[1]) Nichts bewies mehr die geringe Geneigtheit des österreichischen Ministeriums, zu schärferen Maßregeln überzugehen, als dessen erfolgreiches Widerstreben gegenüber dem Antrage des Finanzausschusses des Abgeordnetenhauses, die Kosten für die von Jesuiten geleitete theologische Fakultät der Innsbrucker Universität zu streichen.[2]) Schweinitz prophezeite sehr richtig, als er sagte, die österreichische Regierung werde ihr Auslangen mit den schon vorhandenen Gesetzen finden.[3]) Das Ministerium drückte beide Augen zu und schien nichts von der im geheimen betriebenen Agitation der Jesuitenpatres merken zu wollen. Sollte es denn keine Kenntnis davon besessen haben, daß es in Oesterreich zahlreiche, von ihnen gegründete Vereine und Kongregationen gab, zu denen die „Erzbrüderschaft vom heiligsten Herzen Jesu“ und die „Gebetsapostolate“ gehörten? Sollte es der Regierung unbekannt geblieben sein, daß alle diese Genossenschaften von dem Hauptverein in Rom abhingen, der unter der Oberleitung des Ordensgenerals der Jesuiten stand? Und sollte sie auch

---

[1]) Schweinitz, Wien, 4. Januar 1873.

[2]) „Protokolle der Sitzungen des österreichischen Reichsrates.“ II. Band. Sitzung vom 24. März 1874.

[3]) Schweinitz, 4. Januar 1874. Die „Presse“ vom 4. August 1872 erwähnt in einem Artikel „Das Ministerium und die Jesuiten“ eine Verordnung des Ministeriums gegen die Jesuiten, in der sie sich auf den Zirkularerlaß Beusts vom 28. November 1866 Z. 68 Praes. beruft, wonach die Statthalter wegen Neugründungen religiöser Orden sich jedesmal um die Ermächtigung hierzu an das Ministerium zu wenden haben. Diese Verfügung wurde erlassen, als die Jesuiten nach Abtretung Venetiens nach Oesterreich einwandern wollten. Es war dies eine Verstärkung der Verordnung vom 13. Juli 1858 (R. G. Nr. 95), wonach die Erlaubnis zu Gründungen neuer religiöser Orden so ziemlich ganz dem Ermessen der Statthalter überlassen war. Es konnten jetzt eventuell auch die ziemlich strengen österreichischen Fremdengesetze gegen unliebsame ausländische Jesuiten in Anwendung kommen.

davon keine Ahnung gehabt haben, daß die österreichischen Vereine vom Oberhaupte der Jesuiten den gemessenen Befehl hatten, alles Menschenmögliche für die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes wie für die Festigung des Einflusses der Kirche im staatlichen Leben aufzubieten?[1])

Andrássy war über das geheime Treiben der Jesuiten sehr wohl unterrichtet.[2]) Seine Hände waren jedoch so lange gebunden, als die beiden Parlamente und die Regierungen Oesterreichs und Ungarns keine Entschlüsse faßten, die ihn, als deren vermittelndes Organ, zu Vorstellungen in Rom ermächtigten. Allein weder die Staatsmänner Oesterreichs, das in erster Linie von der Jesuitenfrage betroffen wurde, noch die Majorität des Reichsrates waren, abgesehen von der wahrhaft liberal gesinnten Minorität, willens, eine ernste, durchgreifende Aktion gegen die Jesuiten zu unternehmen. Die Mehrheit des Reichsrates bildete den Widerhall der großen Masse der Bevölkerung, die, unzufrieden mit den wirtschaftlichen Verhältnissen, nunmehr von der Kirche erwartete, was der Staat ihr nicht bot,[3]) und damit war der für die Jesuiten günstige psychologische Zeitpunkt eingetreten, den Bismarck mit den Worten kennzeichnete: „Daß die leidende Menschheit die Anlehnung an die Kirche eifriger sucht als die irdisch befriedigte."[4])

* * *

Gab es auch einen Moment, in dem Bismarck auf internationale Schritte gegen die durch das Dogma der Infallibilität erzeugte kirchliche Bewegung zählen zu können vermeinte, so mußte er nunmehr auf jede derartige Hoffnung verzichten. Die Verhältnisse für ein gemeinsames Vorgehen der von Katholiken bewohnten Staaten waren jetzt nicht günstiger als vor Eröffnung des Vatikanischen Konziles. Internationale Verabredungen wären jedoch für Deutschland gerade in der Frage der künftigen Papstwahl von ganz außerordentlicher Bedeutung gewesen. Pius IX., 1792 geboren, hatte bereits ein Alter erreicht, das in gewissem Sinne nötigte, mit seinem eventuellen Ableben zu rechnen. Sollte das Konklave, aus dem der neue Papst als Nachfolger Pius IX. hervorzugehen hatte, nicht dem Zufalle oder dem ausschließlichen

---

[1]) Nach einem Baron Orczy vorgelegenen Memoire. Er teilt dessen Inhalt im Briefe an seine Mutter vom 9. Februar 1874 mit.

[2]) Ibidem.

[3]) Schweinitz, 1. April 1874.

[4]) Bismarck an Hohenlohe, 11. August 1869, Hahn, Bd. II, S. 372.

Einfluß der Jesuitenpartei überlassen bleiben, so mußten Vorkehrungen getroffen werden, die das zu verhindern bestimmt waren. Bismarck erließ daher am 14. Mai 1872 an die deutschen Vertreter im Auslande eine vertrauliche Weisung, in der er auf die Folgen eines Wechsels in der Person des Papstes hindeutete. Nachdrücklich betonte er die erhöhte Wichtigkeit, die nach den Beschlüssen des Vatikanischen Konziles dem Heiligen Vater zukomme, der jetzt an Stelle jedes einzelnen Bischofs getreten und vermöge seiner Unfehlbarkeit absoluter sei als irgendein Monarch auf der Erde. Nach Bismarck konnte einem neuen Oberhirten der katholischen Christenheit nur dann eine solche Stellung eingeräumt werden, wenn die nötigen Garantien gegen den Mißbrauch einer derartigen ans Ueberirdische streifenden Gewalt geboten wurden. Es schien ihm daher nötig, sich mit den Staaten, die durch die kirchlichen Interessen ihrer katholischen Untertanen an dieser Frage beteiligt waren, über die Bedingungen zu beraten, von welchen sie die Anerkennung der Papstwahl abhängig machen wollten. „Eine Einigung der europäischen Regierungen in diesem Sinne" — heißt es in der Weisung — „würde von unermeßlichem Gewicht und vielleicht imstande sein, im voraus schwere und bedenkliche Komplikationen zu verhindern."[1]) So sehr lag dem deutschen Kanzler die Regelung dieser Angelegenheit am Herzen, daß, wie man damals annahm, auf seine Anregung hin[2]) in der zweiten Hälfte Juli 1872 die Broschüre: „Ein Wort über die Papstwahl" erschien, die hauptsächlich das Ausschließungsrecht der Mächte beim Konklave erörterte. In der Broschüre wurde das Verlangen aufgestellt, daß die römische Kurie, wofern sie die seitens des Deutschen Kaisers geforderte Ausübung des Exklusivrechts vermeiden wolle, trachten müsse, vor der Papstwahl zu einem Verständnis mit den maßgebenden Regierungen über die Person des künftigen Oberhauptes der katholischen Kirche zu gelangen.

Die Aeußerungen Andrássys scheinen jedoch den Erwartungen des deutschen Kanzlers nicht entsprochen zu haben.[3]) Die vertraulichen Gespräche mit General Schweinitz führten zu keinem Einverständnis über ein internationales Vorgehen. Andrássy faßte seine Ansichten in folgende Vorschläge zusammen: Das Konklave

---

[1]) Hahn, „Fürst Bismarck", Bd. II, S. 491.

[2]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 27. Juli 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Nach einer Aeußerung Bismarcks an Schweinitz, April 1875.

dürfe nicht außerhalb Roms und nicht praesente cadavere stattfinden; es sei die Wahl eines nicht ultraklerikal gesinnten, sondern der mäßigen Richtung angehörigen Papstes zu erstreben, zu welchem Behufe sich Oesterreich-Ungarn gegebenenfalls auch seines Vetorechtes bedienen wolle.[1]) Deshalb begrüßte er die in der Broschüre „Ein Wort über die Papstwahl" ausgesprochene Forderung nach dem Ausschließungsrechte des deutschen Herrschers mit Befriedigung, da sie, wie er dem Kaiser gegenüber bemerkte, „nur die Wirkung haben wird, das Recht der Exklusive für Eure Majestät außer Frage zu stellen".[2]) Im Grunde seiner Seele mißtraute jedoch Andrássy Bismarck, ob es ihm wirklich aufrichtig darum zu tun sei, daß die Papstwahl in der hergebrachten, regelrechten Form vor sich gehe. Er hatte ihn vielmehr im Verdachte, den geheimen Wunsch zu hegen, daß sie außerhalb Roms erfolge, dann zu Protesten und der Nichtanerkennung des neugewählten Papstes Anlaß gebe. Ebenso besorgte er, Frankreich lege es darauf an, die Abhaltung des Konklave in Nizza, Avignon oder Korsika zu erwirken, um den aus ihm hervorgegangenen Papst für seine Interessen ausbeuten zu können. Den italienischen Republikanern schrieb Andrássy den Plan zu, um jeden Preis einen Skandal zu erregen, der den Papst bloßstellen sollte. Von den Jesuiten wieder nahm er an, daß sie, um der Fiktion von der Gefangenschaft des Heiligen Vaters sichtbaren Ausdruck zu geben, sich sofort nach dessen Ableben aus Rom ins Ausland flüchten würden, um dort das Konklave abzuhalten, oder aber daß sie noch praesente cadavere, gleichsam durch Ueberrumpelung, einen der ihrigen in der ewigen Stadt selbst wählen würden.[3])

Andrássy war fest entschlossen, diese geheimen Absichten durch die Ermöglichung einer allen gesetzlichen Anforderungen entsprechenden unanfechtbaren Wahl zu durchkreuzen. Er setzte sich daher mit Italien in Verbindung, in dessen Interesse ja gleichfalls ein ruhiger Verlauf des Konklaves in Rom lag. Noch während des Aufenthaltes des Königs Viktor Emanuel in Wien im September 1873 überzeugte er die mit ihrem Könige daselbst weilenden Minister Minghetti und Visconti-Venosta von der Notwendigkeit,

---

[1]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 17. Mai 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Eigenhändige Randbemerkung Andrássys zum Berichte Károlyis vom 27. Juli 1872. Ibidem.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 26. Januar 1874.

daß sie die Verantwortung für die Unabhängigkeit und Freiheit der künftigen Papstwahl in Rom übernehmen. Da Andrássy nicht selbst mit seinem Ratschlage in den Vordergrund treten konnte und wollte, veranlaßte er die italienische Regierung, in dieser Sache die Initiative zu ergreifen. Sie erließ denn auch wirklich Januar 1874 an alle Mächte ein vertrauliches Zirkular, in dem sie erklärte, sie werde für den Fall einer Papstwahl alle Vorkehrungen treffen, damit das Konklave in Rom vor sich gehen könne unter voller Wahrung der Freiheit und Unabhängigkeit der Kardinäle, ohne deren geringste Beeinflussung von seiten der Regierung oder der römischen Bevölkerung. Das italienische Ministerium zeigte den festen Willen, durch seine Maßnahmen die ihr feindliche und von den Jesuiten verbreitete Meinung zu zerstören, als wäre der Papst im Vatikan ein Gefangener, und es könne daher das Konklave gar nicht in der ewigen Stadt vorgenommen werden.[1]) In Berlin war man sehr genau darüber unterrichtet, wem die Hintertreibung der beabsichtigten Nichtanerkennung der Papstwahl zu danken sei. Bismarck ließ sich jedoch durch seine Mißstimmung hierüber[2]) in der Verfolgung des vorgesetzten Zieles nicht beirren. Entschlossen, nicht früher mit der Kurie Frieden zu machen, als bis die preußische Gesetzgebung von allem befreit worden, was in der Zeit Friedrich Wilhelms IV. das Verhältnis zwischen Staat und Kirche verwirrt hatte,[3]) suchte er auch ferner unsere Monarchie zu gemeinsamen Schritten gegen Rom fortzureißen. Obgleich der deutsche Kanzler immer wieder betonte, er würdige die von Deutschland verschiedene Stellung Oesterreich-Ungarns, so waren trotzdem die Unterhandlungen über eine internationale Verständigung keinen Augenblick ausgesetzt worden. Sowenig wie vorher, wollte Andrássy auch jetzt, März 1875, etwas von derartigen Anwürfen wissen. Er sagte dem deutschen Botschafter, von einem etwaigen Versuch solidarischen Vorgehens der Mächte gegen die Uebergriffe des Papstes hätte eigentlich nur Frankreich Vorteil zu erwarten; ohne Zweifel werde es die Gelegenheit benutzen, um unter dem Deckmantel der Religion nicht nur Anhänger für sich zu werben, sondern um dadurch auch seiner ihm lästigen Isoliertheit zu entrinnen. Dem Minister des Aeußern schien es überhaupt überflüssig, eine europäische Aktion einzuleiten. Seien doch, wie

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 26. Januar 1874.

[2]) Ibidem.

[3]) „Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig Hohenlohe“, Bd. II, S. 153.

er meinte, mit Ausnahme Frankreichs und Belgiens, ohnehin alle andere Staaten im Kriegszustand mit der Kurie. Diese Stimmung werde noch genährt durch den überhandnehmenden Materialismus und die immer mehr um sich greifende Gleichgültigkeit gegen die Kirche. Das aber wollte Schweinitz nicht zugeben. Im Gegenteil, sagte er, bilde gerade die demoralisierte und verderbte Gesellschaft einen vortrefflichen Nährboden für die Wiedererstarkung des Papsttums. Andrássy blieb dabei, es wäre am besten, wenn jeder Staat für sich, mit Hilfe seiner eigenen Gesetzgebung, den päpstlichen Machtansprüchen Widerstand leiste. So habe es Oesterreich-Ungarn auch bisher gehalten. Der Minister des Aeußern sprach sich gegen eine solidarische Vereinigung zur Beschränkung der päpstlichen Befugnisse aus, weil ein solches Vorgehen zum Abschluß von Konkordaten führen müsse. Zu Zeiten Napoleons mag dies erforderlich gewesen sein, aber nicht mehr jetzt, wo der Vatikan Fehler auf Fehler häufe und sein Ansehen immer tiefer sinke. Anstatt eines Vertrages mit Rom, schloß Andrássy, genüge vollauf die Gesetzgebung jedes Staates als Schutzwehr gegen Uebergriffe des Vatikans. Wie es in ähnlichen Fällen stets zu sein pflegt, schieden beide Teile unüberzeugt voneinander. Doch ehe sich Schweinitz entfernte, bemerkte er noch, er könne unmöglich Andrássys Auffassung über den geringen Umfang der von Rom drohenden Gefahren zu der seinigen machen, einfach deshalb nicht, weil fast kein Land in der glücklichen Lage Ungarns wäre, wo die Bischöfe national gesinnte Großgrundbesitzer seien.[1])

Bismarck selbst ließ sich auf eine eingehendere Widerlegung Andrássys ein. Er ging davon aus, daß Oesterreich-Ungarn, wie alle von Katholiken bewohnten Staaten, mit Deutschland das eine gemeinsam hätte: in seiner Souveränität unangefochten bleiben zu wollen; daraus aber folge, daß unsere Monarchie ihre Sicherheit gegen päpstliche Angriffe auf festerer Basis als bloß auf der wechselnden Taktik Roms begründen müsse. Sei es doch klar, daß diese nur darauf hinziele, die Gegner der päpstlichen Eroberungspolitik getrennt und einzeln zu schlagen. Je mehr aber die ausgreifenden Tendenzen des Vatikans unter den gläubigen Massen an Boden gewinnen, desto gefährlicher werden sie der weltlichen Unabhängigkeit gerade jener Länder, die nur oder fast nur von Katholiken bevölkert sind. Darum vermochte Bismarck nicht das Verhalten jener Regierungen zu billigen, die dem Verteidigungs-

[1]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 30. März 1875.

krieg Deutschlands untätig und mit verschränkten Armen zusehen, im stillen höchstens die Hoffnung nähren, einst die Früchte des eventuell siegreichen Ausganges des Kampfes mitzugenießen. Der deutsche Kanzler war erstaunt darüber, daß man von einer Gemeinsamkeit gegen Rom nichts wissen wolle, dagegen sofort zu einer solchen gegen kommunistische Bewegungen bereit wäre. Und doch verfüge der Kommunismus bei weitem nicht über so mächtige und zersetzende Mittel als die Kurie. Bismarck war daher von der vollen Berechtigung seines Verlangens nach solidarischer Bekämpfung der ungleich größeren Gefahr durchdrungen, die in der Fanatisierung der ungebildeten Klassen gegen die Staatsautorität liege, wie sie im Bunde mit Sozialisten von Priestern betrieben werde. Mit dem stärksten Nachdrucke wies er auf die Verwüstungen hin, welche die Jesuiten bereits in all den Staaten anrichten, in denen ihnen die Erziehung der Jugend ausgeliefert worden. Mit der Gabe des Sehers wollte er vorauswissen, daß die Erkenntnis von ihrer Schädlichkeit sich Bahn brechen müsse und damit auch die Zeit kommen werde, in der man, wie im 18. Jahrhundert, wieder die Aufhebung des Jesuitenordens verfügen werde, dessen Tätigkeit, wie er sagt, in allen vorwiegend katholischen Ländern Europas und Amerikas, von Polen bis nach Paragwaj, die gleichen Früchte trug.[1]) Nur in einem Punkte, wie er dies ja auch schon früher erklärt hatte, war Andrássy bereit, gemeinsame Sache mit Deutschland zu machen. Auch er wollte in keinem Falle dulden, daß ein zelotischer Jesuitenpapst den Stuhl Petri besteige. Nur ein friedfertig gesinnter Kardinal dürfe der Nachfolger Pius IX. werden.[2])

* * *

Hatte Graf Károlyi befürchtet, Oesterreich-Ungarn werde in den deutschen Kulturkampf verwickelt und von der durch Andrássy vorgezeichneten Bahn abgedrängt werden,[3]) so konnte er darüber jetzt gänzlich beruhigt sein. Der österreichisch-ungarische Minister, der seine eigenen Wege ging, war darauf bedacht, sich nach jeder Seite hin die vollste Unabhängigkeit zu wahren. Obgleich Bismarck bestrebt war, seine individuelle Ansicht den Mächten aufzudrängen, beklagte er sich doch nicht über die Haltung Andrássys.

---

[1]) Bismarck an Schweinitz, Berlin, 24. April 1875.
[2]) Bismarck, 24. April 1874.
[3]) Károlyi, Berlin, 7. Februar 1874. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

Mit keiner Silbe beschwerte er sich über die ihm hierdurch verursachten Schwierigkeiten. Die trostlosen Aussichten für eine siegreiche Beendigung des Kulturkampfes und eine gewisse Isolierung, in die der Kanzler damals durch die in Europa verbreitete Furcht vor angeblichen Diktaturgelüsten Deutschlands geriet, hielten ihn davon zurück, sich auch mit Oesterreich-Ungarn zu überwerfen.[1]) Andrássy verstand es, seine kirchliche Politik in Berlin zur Geltung zu bringen, mit Italien die Bande der Freundschaft enger zu knüpfen und trotzdem den diplomatischen Verkehr mit dem Vatikan aufrechtzuerhalten. Unter dem Siegel strengster Geheimhaltung, selbst vor Bismarck, wurde anfangs 1875 als Erwiderung des italienischen Besuches in Wien im Jahre 1873 eine neuerliche Begegnung zwischen den Monarchen von Oesterreich-Ungarn und Italien verabredet. Die geplante Reise des Kaisers und Königs nach Dalmatien, die ihn den Grenzen Italiens näherte, war maßgebend für den Zeitpunkt der Entrevue. Da an Rom mit Rücksicht auf den Papst als Ort der Zusammenkunft nicht gedacht werden konnte, bestimmte Kaiser Franz Joseph Venedig zum Ort des Wiedersehens. Viktor Emanuel ließ durch den italienischen Gesandten in Wien seine lebhafte Befriedigung über diesen Beweis von Freundschaft ausdrücken und sagen, wie sehr er sich freue, durch die Dalmatiner Reise den Zeitpunkt beschleunigt zu sehen, wo er dem Herrscher von Oesterreich-Ungarn die Hand werde drücken können.[2]) Auch in der Monarchie selbst wurde die Nachricht von der bevorstehenden Begegnung der beiden Souveräne mit ungeteiltem Beifall aufgenommen. Ja, wie Schweinitz schon bei der Anwesenheit Viktor Emanuels in Wien im Jahre 1873 beobachtet haben und dies jetzt in einem noch höheren Grade bestätigt finden wollte, hätten gerade die militärischen und klerikalen Kreise Oesterreichs die Versöhnung mit dem besiegten katholischen König von Italien viel ruhiger hingenommen als die Annäherung an den siegreichen evangelischen deutschen Kaiser.[3]) In Berlin jedoch fühlte man sich verletzt darüber, daß man die Entrevue verabredet hatte, ohne hierüber dem deutschen Auswärtigen Amt vorher auch nur irgendwelche Mitteilung gemacht zu haben. Andrássy fand, daß zu einer Empfindlichkeit kein Grund vorhanden

---

[1]) Károlyi, 1. Mai 1875. Ibidem.

[2]) Robilant an Andrássy, 8. und 10. März 1875. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Schweinitz, 30. März 1875.

sei, indem, wie er sagt, ein Anlaß, derartige Entschließungen Seiner Majestät nach außen hin im vorhinein anzukündigen, früher nicht bestand und auch jetzt nicht besteht.[1]) Bismarck ließ allerdings, nachdem er die erste Verstimmung überwunden, in Wien erklären, er habe die Zusammenkunft in Venedig gerne gesehen, was auch Kaiser Wilhelm in einem Schreiben an Viktor Emanuel bestätigte.[2]) Die zur Schau getragene Empfindlichkeit hatte aber einen tieferen Grund als bloß den, daß man nicht benachrichtigt worden. Bismarck scheint befürchtet zu haben, daß es in Venedig zwischen den beiden Monarchen zu irgendwelchen Verabredungen auf kirchlichem Gebiete kommen könnte, die Deutschland nicht angenehm wären.[3]) Wenigstens äußerte Fürst Gorčakov gegenüber dem Prinzen Reuß, mit dem er diese Angelegenheit besprach, die Persönlichkeit Andrássys bürge ihm dafür, daß er nichts zulassen werde, was gegen das jetzt herrschende System des Drei-Kaiser-Bündnisses verstoßen würde.[4]) Das stimmte auch mit den in Petersburg im Namen Andrássys abgegebenen Versicherungen. Die Begegnung der beiden Souveräne in Venedig sollte nur den Zweck verfolgen, Italien Oesterreich-Ungarn näher zu bringen, um aus demselben eine neue Stütze der von den drei Kaisermächten inaugurierten Friedenspolitik zu machen.[5]) Ganz ferne lag Andrássy der ihm zugemutete Hintergedanke, sein Souverän solle nur deshalb noch vor Kaiser Wilhelm dem Könige Viktor Emanuel II. seinen Gegenbesuch abstatten, um auf diese Weise gewissermaßen Deutschland den Rang gegenüber Italien abzulaufen. Ebensowenig hatte der österreichisch-ungarische Minister die Absicht, in Venedig mit der italienischen Regierung geheime Verabredungen betreffs der künftigen Papstwahl zu treffen.[6]) Ihm genügte es, durch das schon früher mit den italienischen Staatsmännern vereinbarte Abkommen den ruhigen Verlauf des Konklave verbürgt zu sehen.

---

[1]) Andrássy an Károlyi, Wien, 26. Juni 1875, K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Bismarck an Schweinitz, 24. April 1875.

[3]) Wie Dóczi („Andrássy und Bismarck“ in „Neue Freie Presse“, 23. Dezember 1906) erzählt, habe ihm Andrássy nach seiner Rückkehr aus Venedig folgende Aeußerung Viktor Emanuels zu ihm über seine päpstliche Exkommunikation mitgeteilt: „Enfin, tout-de-même on rit, on mange, on dort, on fait l'amour et on espère en Dieu.“

[4]) Reuß an Bismarck, Petersburg, 22. April 1875.

[5]) Idem ad eundem, Petersburg, 16. April 1875. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Rußland, Baron Langenau, teilte dies selbst Reuß mit.

[6]) Andrássy an Károlyi, 21. März 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

Darin allein — und das bildete den „wunden Punkt"[1]) im Verhältnis zwischen Wien und Berlin — verhielt er sich Bismarck gegenüber abwehrend, daß er sich von ihm nicht zu einem vollen Abbruch des Verkehres mit dem Vatikan bereden ließ. Sagte doch Andrássy einmal, daß sich die Monarchie dem deutschen Kanzler zu Gefallen nicht in einen Kulturkampf stürzen könne.[2]) Immer schwebte dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens mit der geistlichen Gewalt vor Augen. Deshalb lehnte er 1872[3]) in der ungarischen und dann später wieder im Jahre 1874 in der österreichischen Delegation den Antrag auf die Aufhebung der österreichisch-ungarischen Botschaft beim Heiligen Vater ab.[4]) Der Faden der Annäherung wurde auch, ungeachtet allen Drängens, nicht entzweigerissen. Die Bischöfe mußten wohl theoretisch gegen die konfessionellen Gesetze von 1874 Protest erheben, ihrer Durchführung leisteten sie aber in der Praxis keinen bedeutenderen Widerstand. Graf Andrássy gelang es, der römischen Kurie gegenüber die Autorität des Staates zu schützen, ohne doch dadurch die Monarchie den verheerenden Stürmen eines Kulturkampfes aussetzen zu müssen.[5])

---

[1]) Károlyi an Andrássy, 1. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Przibram, a. a. O., S. 389.

[3]) Journal der ungarischen Delegation vom 11. Oktober 1872 (ung.).

[4]) Erklärungen Andrássys im Finanzausschuß der österreichischen Delegation vom 9. Mai 1874.

[5]) Hierin befand er sich in Uebereinstimmung mit Deák, der in einer seiner schönsten und zugleich letzten Rede sagte: „Bis zur äußersten Grenze wünsche ich jede Art von Religionskrieg zu vermeiden." Kónyi, „Reden Deáks", VI. Bd., S. 415.

## Neuntes Kapitel

# Krieg in Sicht?

Bismarcks Kulturkampf, den Andrássy in seinen immer schärfer zutage tretenden Formen mißbilligte und dem er nichts mehr als baldigen friedlichen Ausgang wünschte, erzeugte augenscheinlich starkes Unbehagen in Europa. Die ganze Politik des deutschen Reichskanzlers war in diesen Tagen von seinem Gegensatz zu den Ultramontanen beherrscht. Sein Streben, bemerkt Botschafter Graf Károlyi, geht dahin, „jede Regung des katholischen Gewissens auch in anderen Staaten zu verfolgen und zu hemmen".[1]) Die Beziehungen des neuerstandenen Deutschen Reiches zum Auslande waren mehr oder weniger von dem Verhältnis der einzelnen Staaten zur kirchlichen Bewegung beeinflußt. Das gute Einvernehmen mit Italien erlitt eine Störung, weil dieser Staat sich weigerte, das Garantiegesetz einer Aenderung zu unterziehen. Bismarck beschuldigte die italienische Regierung der Selbstsucht, die, anstatt Deutschland im Kampf gegen Rom zu unterstützen, vielmehr diesen im eigenen Interesse, im Sinne einer Annäherung an den Vatikan ausbeuten wolle. „Wir sind Italien gegenüber absolut indifferent geworden," sagte der Kanzler dem Grafen Károlyi in einem Moment des Unmutes.[2]) Von Belgien verlangte Bismarck eine Aenderung seiner Verfassung, um dadurch Repressalien gegen jene belgischen Bischöfe zu erlangen, die sich erkühnt hatten, die widerspenstigen deutschen katholischen Geistlichen zum Ausharren im Streite mit der Staatsgewalt zu ermuntern.[3]) Die Umgestaltung der konstitutionellen Einrichtungen Belgiens sollte ferner die Bestrafung des belgischen Kesselschmiedes Duchesne ermöglichen, der sich in Briefen an den Erzbischof von Paris erbötig gemacht

---

[1]) Graf Károlyi an Andrássy, Berlin, 9. Januar 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Károlyi an Andrássv Berlin, 1. Mai 1875. Ibidem.

[3]) Hahn, „Fürst Bismarck", Bd. II, S. 770. Note des deutschen Gesandten in Brüssel, 3. Februar 1875.

hatte, gegen Bezahlung von 60000 Franken[1]) den Reichskanzler zu ermorden.[2]) Bismarck lag es vor allem daran, sich für diesen Schritt die Unterstützung der Großmächte zu sichern.

England hatte schon vorher erklärt, unter allen Umständen an dem Grundsatze festzuhalten, sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates zu mengen.[3])

Andrássy, obgleich er anerkannte, daß gerade ein neutrales Land wie Belgien mehr als jeder andere Staat die Verpflichtung habe, die Folgen seiner Gesetzgebung mit Bezug auf die Verhältnisse zu anderen Ländern zu überwachen, suchte sich doch der Aufforderung zu einem tätigen Eingreifen zugunsten Deutschlands zu entziehen. Ebenso lehnte er es aber entschieden ab, sich zu einer für Deutschland nachteiligen Aeußerung verleiten zu lassen. Dem französischen Gesandten, Marquis d'Harcourt, der dartun wollte, die Zurückweisung des deutschen Standpunktes bilde ein gemeinsames europäisches Interesse, entgegnete Andrássy: er betrachte den ganzen Streit bloß als eine zwischen zwei Staaten bestehende Kontroverse — eine Auffassung, die auch in Petersburg als die einzig richtige bezeichnet wurde.[4])

Bei der gereizten Stimmung, in der sich damals Bismarck befand,[5]) mußte ihn dieser Mißerfolg im höchsten Grade verdrießen. Nur um nicht gänzlich isoliert zu werden, schien er den Widerspruch Oesterreich-Ungarns stillschweigend hinzunehmen. Andrássy war es jedoch darum zu tun, in dem deutschen Kanzler nicht das Gefühl des Unmutes gegen unsere Monarchie aufkommen zu lassen. Graf Károlyi sollte daher im persönlichen Verkehr mit Bismarck den üblen Eindruck, den unsere Politik in der kirchlichen Frage hervorrufen konnte, verwischen und ihn überzeugen, „wie sehr," so lauten die Worte Andrássys, „unsere Sympathien ihm zur Seite stehen und welch hohes Gewicht wir darauf legen müßten, daß er sich zu einem Ausharren auf seinem hohen Posten und zur ferneren Leitung der Geschicke Deutschlands und Preußens entschlösse."[6])

---

[1]) In der Weisung vom 31. März 1875 an Graf Károlyi gibt Andrássy diese Summe an. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Hahn, a. a. O., Bd. II, S. 770.

[3]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 17. Januar 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Andrássy an Károlyi, Wien, 31. März 1875. Ibidem.

[5]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 6. und 20. Februar 1875. Ibidem.

[6]) Andrássy an Károlyi, Wien, 31. März 1875. Ibidem.

Die Ausführung dieses Auftrages war keine leichte Sache. „Man muß hier leben," berichtet Károlyi aus Berlin, „um in vollem Maße das undurchdringliche Absperrungssystem zu erfassen, welches der Reichskanzler nunmehr bereits seit sechs Jahren den fremden Diplomaten gegenüber ohne Rücksicht auf Rang und Persönlichkeit eingeführt hat." [1]) Es gab in der Tat keine Gelegenheit zu einem zwanglosen, geselligen Verkehr mit Bismarck. Man begegnete ihm weder bei Hof noch in den Häusern der Vornehmen. Abends blieb er im Kreise seiner Familie, und der Salon der Fürstin, sonst für intimere Freunde und einige inländische Berühmtheiten sehr gastfrei, war vielleicht nie von einem in Berlin akkreditierten Diplomaten betreten worden. Außer parlamentarischen Soireen oder anderweitigen geselligen Vereinigungen fanden im Hause des ersten Beamten des Staates keine größeren Empfänge statt. „Fürst Bismarck," klagt Károlyi, „liebt es und hat seine ganze Existenz danach eingerichtet, sich bloß mit Untergebenen und Gleichgesinnten ganz ungeniert zu umgeben, und sein Geschäftsleben bewegt sich auch meist in diesen Kreisen. Auf keinem Terrain ist, wenn ich mich so ausdrücken darf, der gesellig-politische Verkehr, der zum Beispiel in Paris, London und St. Petersburg eine große und nützliche Rolle in der Politik spielt, so armselig und ressourcelos wie auf dem Berliner." [2])

Wollte ein Botschafter den Lenker des Deutschen Reiches um eine Unterredung angehen, so wäre ihm diese aus Höflichkeit zwar nicht verweigert worden, allein Bismarck würde in dem Verlangen nach einem Besuche bei ihm eine ihn in hohem Grade irritierende Taktlosigkeit erblickt haben, die dem fremden Staate und dessen Vertreter mehr geschadet als genützt hätte. Graf Károlyi, dem es seit Herbst 1874 nur zweimal glückte, mit Bismarck zusammenzutreffen — und auch das war schon mehr, wessen sich andere Botschafter rühmen konnten — hielt es mit Rücksicht auf die von ihm geschilderten Umstände für das geeignetste, nicht im Hause des Reichskanzlers vorzusprechen. Er benützte eine der Bismarckschen Familie nahestehende Persönlichkeit, um durch deren Mund die Sympathiebezeugungen Andrássys an die richtige Adresse gelangen zu lassen. [3]) Diese Versicherungen waren um

---

[1]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 4. April 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Ibidem.

[3]) Ibidem.

so zeitgemäßer, als eben damals in Wien die Broschüre: „Betrachtungen über die Organisation der österreichischen Artillerie“ erschien,[1]) deren anonymer Verfasser sich als entschiedener Gegner des herrschenden Systems erklärte. In der Flugschrift wurde die Allianz mit Rußland als die alleinige Bürgschaft des glücklichen Gedeihens der Monarchie bezeichnet und auf Deutschland-Preußen als den Bedroher der Integrität Oesterreich-Ungarns hingewiesen.[2]) Solche Worte mußten großes und zugleich unliebsames Aufsehen in Berlin erregen,[3]) da sich, was ja als öffentliches Geheimnis galt, hinter dem Anonymus niemand anderer als Erzherzog Johann Salvator von Toskana verbarg.[4]) Obgleich Bismarck die Broschüre eine „ungeschickte“ Schrift nannte,[5]) enthielt er sich doch, Graf Károlyi deswegen Vorstellungen zu machen. Dagegen bereitete es große Befriedigung, daß von höchster Stelle aus eine, wenn auch nur indirekte Verurteilung der politischen Darlegungen des Erzherzogs erfolgte.[6]) Der ausgesprochene Tadel galt als beredtes Zeichen dafür, daß sich die maßgebendste Stelle in der Monarchie nicht mit den Ansichten des Erzherzogs identifiziere und das Gefühl der Interessengemeinschaft mit dem Deutschen Reiche gerade dort einen starken Rückhalt besitze.

Diese Ueberzeugung hatte gerade jetzt für Deutschland einen sehr hohen Wert, da man dort schon seit einiger Zeit die unangenehme Wahrnehmung machen mußte, daß sich zwischen Rußland und Frankreich eine intimere Annäherung entspinne. In Berlin war man sehr genau darüber unterrichtet, daß in Paris das unablässige Bestreben vorwalte, Rußland von Deutschland zu trennen und in eine feindliche Stellung zu dem gefürchteten Gegner Frankreichs zu bringen. Ebenso wußte man, daß der eitle Gorčakov, dem durch fortwährendes Weihrauchstreuen von seiner Umgebung das Gefühl der Unfehlbarkeit fast zur zweiten Natur geworden war, seinem glücklicheren Rivalen die durch große Erfolge errungenen Lorbeeren

---

[1]) Wien, Verlag von L. W. Seidel & Sohn, 1875.

[2]) „Betrachtungen“, S. 52. Bald danach erschien, gleichfalls anonym, eine Gegenbroschüre: „Bemerkungen zu den Betrachtungen über die Organisation der österreichischen Artillerie“, Verlag Luckhardt in Kassel, die in politischer Hinsicht das Gegenteil von dem ist, was Erzherzog Johann gesagt hatte.

[3]) Károlyi, Berlin, 20. Februar 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Es ist dies der durch sein tragisches Ende berühmt gewordene Johann Orth.

[5]) Bismarck an Radowitz, 15. Februar 1875.

[6]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 20. Februar 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

neide.[1]) Die alles überragende Stellung des deutschen Staatsmannes verbitterte den russischen Staatskanzler, der nur auf die Gelegenheit lauerte, den ehemaligen Schüler, wie Gorčakov Bismarck gern nannte, seine Ueberlegenheit fühlen zu lassen. Frankreich bot das geeignete Feld für eine Demütigung des deutschen Kanzlers. Nichts vermochte auch die deutsche Reichspolitik peinlicher zu berühren als Stärkung Frankreichs durch Rußland. Mit seinem selbst die verwickeltsten Verhältnisse rasch entwirrenden Blicke erkannte Bismarck sofort, daß damit nicht nur die Grundbedingung zu einer Erkaltung des nordischen Nachbars gegenüber Deutschland gegeben war, sondern daß eine größere Intimität zwischen Frankreich und Rußland auch einen mächtigen Rückschlag auf seine ganze bisherige Politik üben müßte. Auch konnte es keinem Zweifel unterliegen, daß hierdurch die Ultramontanen zur Fortsetzung des Kulturkampfes sich ermutigt sehen werden. Für Bismarck war es ein Gebot seiner Politik, die in dem Niederringen aller Feinde des deutschen Einheitsgedankens gipfelte, die Möglichkeit eines Zusammenschließens Frankreichs und Rußlands zu durchkreuzen.

Aus dieser Erwägung heraus erstand der Gedanke zur Sendung des Herrn von Radowitz nach St. Petersburg, der kurz vorher zum Gesandten nach Athen ernannt worden war.[2]) Er gehörte dem vertrautesten Kreise des Reichskanzlers an und galt als einer der begabtesten Staatsmänner des Deutschen Reiches.[3]) Schon deshalb allein mußte seine Mission das größte Aufsehen erregen. Zwar hieß es, Radowitz begebe sich nach der russischen Hauptstadt, bloß um dort den eines Fußleidens wegen in seiner Heimat weilenden Botschafter Prinzen Reuß zu vertreten. Das sollte auch in seinem Beglaubigungsschreiben zum Ausdruck gelangen.[4]) Mit

---

[1]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 17. April 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Neben Staatssekretär von Bülow fungierte im Auswärtigen Amte als Mitarbeiter von Radowitz, dem zugleich die orientalischen Angelegenheiten oblagen. Er war Generalkonsul in Rumänien und dann Geschäftsträger in Konstantinopel. Da aber das Leben in Berlin für ihn zu teuer war, wurde er, um ihm ein größeres Gehalt geben zu können, zum Gesandten in Athen ernannt, wohin er jedoch nur von Zeit zu Zeit zu gehen hatte. Siehe „Bismarck als Leiter der politischen Abteilung". Aus dem Nachlaß Buschs herausgegeben von Roschdau in der „Deutschen Rundschau" 1910, S. 48.

[3]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 17. April 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern, „— — der (Radowitz) zweifelsohne einer der bedeutendsten hiesigen Diplomaten ist."

[4]) Idem, Berlin, 6. Februar 1875. Ibidem.

Recht schenkte dieser Angabe niemand Glauben.[1]) Bekleidete doch Graf Alvensleben bereits seit vier Monaten in Abwesenheit des Prinzen Reuß das Amt eines Chargé d'affaires, ohne daß sich die Notwendigkeit seiner Ersetzung durch eine hervorragendere Persönlichkeit fühlbar gemacht hätte.[2]) Die wahre Ursache der Sendung des Radowitz lag auch nicht in der Dringlichkeit einer besseren Geschäftsführung als vielmehr in einer eingehenderen Beobachtung des Petersburger Terrains,[3]) die von einem einfachen Geschäftsträger nicht erwartet werden konnte. Außerdem sollte dem russischen Hofe in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise der Wunsch nahegelegt werden, in Frankreich das Nebelgebilde zu zerreißen, als würde die Freundschaft zwischen Rußland und Deutschland, diese verlässlichste Bürgschaft des europäischen Friedens, eine Störung erlitten haben.[4]) Bismarck hatte, wie er sich zum russischen Botschafter Oubril äußerte, das Gefühl, daß wohl in Berlin die Sprache Rußlands, aber nicht mehr deutlich genug die Deutschlands in Petersburg verstanden werde. Nach der Ansicht der Berliner Staatsmänner könnten beide Stimmen jedoch nur dann eine angenehme Musik erzeugen und auf die Zuhörer Eindruck ausüben, wenn nicht bloß der russische, sondern auch der deutsche Ton in voller Frische aus dem Zusammenklange herausgehört würde.[5])

Bei Kaiser Alexander fand Radowitz für seinen Auftrag: vor aller Welt das innigste Einvernehmen der beiden befreundeten Höfe in allen Fragen bekundet zu sehen, das denkbar freundlichste Entgegenkommen. Gott sei Dank, sagte der Zar, entsprechen die jetzigen Beziehungen zwischen den drei Kaiserhöfen durchaus dem, was er wünsche und erhalten wolle. Ihm scheine der Statusquo zwar als kein idealer Zustand, doch möchte er sich nicht von ihm entfernen, da dessen Trübung die schwersten Folgen nach sich ziehen müßte. Vor allem lag dem Zaren daran, den Verdacht zu zerstören, als strebe Rußland nach dem Besitze der türkischen Hauptstadt. Wem sollte denn auch, apostrophierte er den deutschen Gesandten, Konstantinopel zufallen, wenn die Türken von

---

[1]) „Bismarck und Frankreich", S. 174. Hier ist die Korrespondenz zwischen Decazes und dem französischen Botschafter in Rußland, General Le Flô, wie sie 1877 im „Figaro" erschien, in deutscher Uebersetzung veröffentlicht.

[2]) Dreux, „L'ambassade de Gontaut-Biron", S. 115.

[3]) Károlyi, Berlin, 17. April 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Radowitz an Bismarck, Petersburg, 7. März 1875.

[5]) Reuß an Bismarck, Petersburg, 12. März 1875. Der inzwischen nach Rußland zurückgekehrte Reuß registriert hier diese Aeußerungen.

dort vertrieben würden? Wer denn das unruhige Völkerchaos im Zaum halten, das jetzt unter dem türkischen Zepter lebe? Er wisse allerdings, fügte Kaiser Alexander sofort hinzu, welche Pläne und Absichten Rußland in dieser Beziehung zugeschrieben werden, doch könne er ruhigen Gewissens von sich behaupten, daß er sie nicht hege. Ebenso bestritt er, panslawistischen „Träumereien" zu huldigen oder den gegen Deutschland gerichteten ultramontanen „Polonismus" zu begünstigen. Es sei von Uebel, daß es in Europa so viel Leute gebe, die so gerne in dem unscheinbarsten Anlaß sofort den Beginn eines Zerwürfnisses zwischen Rußland und Deutschland erblicken möchten. Bemühen wir uns einmütig, schloß der Zar die Unterredung, diesen Menschen nicht den kleinsten Riß zwischen uns sehen zu lassen. In diese Worte wollte der Zar alles, was er bisher vorgebracht, zusammenfassen.[1])

Einen bei weitem weniger günstigen Eindruck empfing Radowitz von seiner Begegnung mit Fürst Gorčakov, der, wie behauptet wird, allen Zumutungen des deutschen Staatsmannes widerstand, Deutschland für die Unterstützung russischer Pläne im Orient freie Hand im Westen Europas zu gewähren.[2]) Der russische Kanzler blieb wohl auch nicht hinter seinem kaiserlichen Herrn in überschwenglicher Preisung der Allianz zwischen den beiden nordischen Nachbarstaaten zurück, die er als die sichersten Bürgen des europäischen Friedens bezeichnete, doch war eine wesentliche Nuance zwischen seiner und Alexanders Sprache zu merken. Aufs entschiedenste bestritt es Gorčakov, daß in Frankreich irgendeine dem Deutschen Reiche feindliche Bewegung wahrzunehmen sei. Ueberhaupt ließ er sich nur wider Willen in Erörterungen über die französischen Zustände ein. Gleichsam wie ein Mangel an der ihm gebührenden Rücksicht erschien es ihm, wenn man ihn, wie Radowitz des öfteren versuchte, zum Reden über seine Frankreich gegenüber zu beobachtende Politik bringen wollte.[3]) Deutlich vermochte der deutsche Diplomat aus den Worten des Staatskanzlers eine gewisse Verstimmung über seine Sendung zu erkennen, besonders da alle Anzeichen lebhaft dafür sprachen, daß Gorčakov Ziel und Zweck der Mission sehr wohl begriffen hatte.[4])

---

[1]) Radowitz an Kaiser Wilhelm, Petersburg, 9. Februar 1875.

[2]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 15. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeussern. Siehe noch: „Memoirs and letters of Robert Morier by Mrs. Rosslyn Wemyss, Bd. II, S. 334.

[3]) Radowitz an Bismarck, Petersburg, 7. März 1875.

[4]) Reuß an Bismarck, 12. März 1875.

Der russische Staatsmann hatte seine guten Gründe, einem tieferen Eindringen in die Geheimgänge seiner französischen Politik auszuweichen. Sein Gewissen Deutschland gegenüber war nichts weniger als ein reines. Wie er bereits 1872 in Berlin die Notwendigkeit eines starken Frankreichs betont hatte, das nicht weiter geschwächt werden dürfte, so zeigte er sich auch jetzt — März 1874 — als der Berliner französische Botschafter Gontaut-Biron in Petersburg zum Besuche weilte, von den gleichen Anschauungen durchdrungen. Nicht wieder wollte er Bismarck freie Hand lassen, Frankreich ein zweites Mal zu demütigen. „Er kann euch nicht bekriegen," sagte Gorčakov zu Gontaut-Biron, „er muß fürchten, dann die öffentliche Meinung ganz Europas gegen sich zu sehen, und er würde sie auch gewiß gegen sich haben."[1]) Diese Worte klangen dem Franzosen wie berauschende Musik in die Ohren. Schon sah er Rußlands Hand erhoben, falls es Deutschland in den Sinn kommen sollte, über sein Vaterland herzufallen. Hoffnungsvoll glaubte der Botschafter nunmehr einer ruhigeren Zukunft entgegensehen zu dürfen. Hatte sich doch Gorčakov wiederholt ähnlich zu General Le Flô, dem französischen Botschafter in Petersburg, geäußert, und war ja auch jetzt vom Zar selbst seine Friedensliebe nachdrücklichst hervorgehoben worden.[2])

Vielleicht ermutigt durch diesen Rückhalt und immer in Angst vor einem Angriffe Deutschlands, traf Frankreich Maßregeln, die Unruhe erzeugen und in Deutschland den Eindruck einer Drohung hervorrufen konnten. Schon der Auftrag der französischen Regierung an deutsche Pferdehändler, für ihre Rechnung ohne Preisbeschränkung 10000 Militärpferde zu kaufen, schien in den Augen Bismarcks den Charakter einer gegen Deutschland gerichteten Kriegsrüstung zu besitzen. Noch schwerer fiel das am 12. März 1875 fast einstimmig von der französischen Nationalversammlung angenommene Kadergesetz ins Gewicht, durch das die Regimenter von drei auf vier Bataillone gebracht und infolgedessen eine Erhöhung der Kriegsstärke der französischen Armee um 144000 Mann erzielt wurde. Kaiser Wilhelm zweifelte nicht, daß die Franzosen rüsten, um bei erster Gelegenheit gegen Deutschland loszugehen. Bismarck besprach bereits mit dem deutschen Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, die verschiedenen Allianzen, die zu befürchten wären. Die Möglichkeit einer Verbindung Frankreichs mit Italien

---

[1]) Dreux, „L'ambassade de Gontaut-Biron", S. 49.

[2]) Ibidem, S. 51.

und Oesterreich-Ungarn flößte ihm geringe Besorgnisse ein, da er das Deutsche Reich einer solchen Koalition gewachsen wußte.[1])

Noch hatte die Welt keine Ahnung von den geheimen Vorgängen, als ein Wiener Brief der „Kölnischen Zeitung" vom 5. April unter der Ueberschrift: „Neue Allianzen" mit Fingern auf die dem Frieden drohende Gefahr wies. Noch größeres Aufsehen[2]) erregte der einige Tage später — 8. April — veröffentlichte Artikel der Berliner „Post": „Ist der Krieg in Sicht?"[3]) In demselben wurde das Treiben der mit den Klerikalen verbündeten Kriegspartei in Frankreich geschildert und der Krieg als in Sicht befindlich bezeichnet, obgleich es nicht ausgeschlossen sei, daß die Wolke sich wieder zerstreue. Einerseits wollte das Berliner Blatt nicht beunruhigen, andererseits aber auch der deutschen Nation nicht verschweigen, welches ihre Lage sei und welchen Gefahren die Regierung zu begegnen habe.

Die Erregung nahm von Stunde zu Stunde zu, wohin man kam, hörte man nichts als vom bevorstehenden Ausbruch des Krieges reden.[4]) Galt doch die „Post" als eine von der deutschen Reichskanzlei inspirierte Zeitung, von der man mit Recht voraussetzte, sie würde es nicht wagen, mit solcher Heftigkeit die Alarmposaune ertönen zu lassen, hätte sie nicht hierzu den direkten Auftrag von höherer Stelle erhalten. Noch bedrohlicher erschien die Lage, als die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 10. April unter dem Vorgeben, beruhigen zu wollen, eigentlich all das, was die „Post" gesagt, nur noch stärker unterstrich. „Es leuchtet ein," hieß es da, „daß die Reorganisation der (französischen) Armee nicht auf eine solide Herstellung der französischen Wehrkraft berechnet ist, da auch das reichste Volk die dadurch auf das Land gewälzte Ueberlast nur kurze Zeit ertragen könnte, daß vielmehr damit die Rüstungen ad hoc mit Konsequenz betrieben werden, deren Zweck keinem Sehenden verborgen bleibt."[5]) Bald darauf erklärte Wehrenpfennig in den „Preußischen Jahrbüchern", wenn

---

[1]) Fürst Chlodwig Hohenlohes „Denkwürdigkeiten", Bd. II, S. 151 u. 152.

[2]) Tiedemann, „Aus sieben Jahrzehnten", Bd. II, S. 24.

[3]) Hahn, „Fürst Bismarck", Bd. II, S. 774, teilt den ganzen Artikel der „Post" mit.

[4]) Tiedemann, Bd. II, S. 25.

[5]) Mitgeteilt in dem anonym erschienenen Aufsatz: „Die russisch-französische Allianz und der Dreibund", „Deutsche Revue" 1892, Bd. IV, S. 162. Hans Blum, „Fürst Bismarck und seine Zeit", Bd. V, S. 229, Anm., vermutet, daß Geffcken der Verfasser dieser Abhandlung sei. Geffcken: „Frankreich, Rußland und der Dreibund."

Frankreich in zwei Jahren den Krieg beginnen wolle, so werde Deutschland im Interesse der Selbsterhaltung vielleicht gezwungen sein, es früher zum Schlagen zu bringen.[3])

Am 21. April äußerte sich Radowitz in ähnlichem Sinne zum französischen Botschafter Gontaut-Biron. Vom politisch-philosophischen, ja selbst vom christlichen Standpunkte aus, sagte er ihm, ist es gerechtfertigt, daß Deutschland einem revanchelustigen Frankreich gegenüber nicht geduldig warte, bis dieses sich vollkommen gestärkt und die zu einem Angriffe nötigen Allianzen geschlossen habe. Aus all dem folgerte der französische Minister des Aeußern, Herzog Decazes, daß die deutsche Regierung sich mit der Idee trage, Frankreich wirklich zu überfallen. Er hielt es daher für angezeigt, an Europa zu appellieren und allen Kabinetten die Gefahren vor Augen zu führen, mit welchen die Radowitzsche Theorie den Kontinent bedrohe. Sollte sie, meinte er, zur Geltung gelangen, würde sich kein Staat mehr des Gefühles der Ruhe und des Friedens erfreuen dürfen. „In der Tat," schreibt der Herzog Decazes, „existiert keine Regierung, selbst unter denjenigen nicht, die heute die freundschaftlichsten Beziehungen mit dem Berliner Kabinette pflegen, die auf diese Weise nicht in die Lage kommen könnte, eines schönen Tages Deutschland Anlaß zur Beunruhigung zu geben oder den Plänen seiner Staatsmänner im Wege zu stehen."[4]) Besonders waren diese Worte an Rußland gerichtet, aber natürlich auch an unsere Monarchie,[5]) die mit nicht geringem Befremden die Entwicklung der Dinge verfolgte.

Unvermeidlich war es ja, daß die kriegerischen Auslassungen der preußischen Presse auch bei uns tieferen Eindruck machten. Brachten sie doch Oesterreich-Ungarn in enge Verbindung mit den französischen Kriegsplänen. Sowohl die „Kölnische Zeitung" wie die „Post" berichteten aus Wien von einer im Heere, in der hohen Gesellschaft und am Hofe bestehenden mächtigen Partei, die, vereint mit Frankreich, an der Befriedigung des Revanchegedankens arbeite. Diese Blätter variierten wieder mit aller Bestimmtheit das alte Thema, daß die erwähnten Faktoren bemüht seien, Andrássy und den Dualismus zu stürzen, um die ihren Bestrebungen hinderlichen Bollwerke aus dem Wege zu räumen. Mochte sich auch unsere auswärtige Leitung im Bewußtsein ihrer Stärke über diese von Zeit zu Zeit auftauchenden Gerüchte hinwegsetzen, so konnte

---

[1]) „Preußische Jahrbücher", Bd. 35, S. 452.

[2]) Dreux, „L'ambassade de Gontaut-Biron", S. 123.

[3]) Ibidem, S. 124.

es ihr bei den Beziehungen zu Deutschland doch nicht gleichgültig sein, ob in Berlin wirklich die von den Franzosen behauptete Kriegslust vorherrsche. Wußte ja Andrássy nur zu gut, daß im Falle eines Zusammenstoßes zwischen Frankreich und Deutschland unsere Monarchie kein ruhiger Zuschauer werde bleiben können. Er mußte daher trachten, Aufklärung über die wahre Stimmung in Berlin zu erlangen. Fürst Bismarck war sogleich bemüht, unseren Botschafter von der Friedensliebe und Genügsamkeit der deutschen Politik zu überzeugen. Diesem erschien es wirklich unglaublich, daß Preußen, wie sehr es auch sonst zu dessen Traditionen gehöre, mit rücksichtsloser Energie vorzugehen, tatsächlich die Absicht haben sollte, jetzt Frankreich nur deshalb niederzuringen, weil ein Krieg mit dieser Macht in einer möglich nahen Zukunft liegen könnte. „Eine solche Politik," meinte Graf Károlyi, „würde ja die Rolle Napoleons I. auf Deutschland übertragen und dessen Diktatur in Europa besiegeln."[1]) Graf Andrássy teilte nicht vollkommen die Ansicht seines Vertreters in Berlin. Wiederholt versah er dessen Angaben mit Fragezeichen.

In diesem Augenblicke war jedoch für ihn von größter Wichtigkeit die Wahrnehmung, daß sich der französische Minister des Aeußern alle Mühe gab, die angebliche Bedrohung des Friedens durch Deutschland auf jede Weise als eine unmittelbar bevorstehende Gefahr zu bezeichnen. Decazes bediente sich zu diesem Zwecke ausländischer Publizisten, vor allem des Herrn von Blowitz, Korrespondenten der „Times". Am 6. Mai 1875 veröffentlichte dieser in seinem Blatte jenen Pariser Alarmbericht, der vielleicht den entscheidenden Wendepunkt in den Beziehungen der drei Kaisermächte bildete. Angeblich war der Artikel im Auftrage des Decazes geschrieben, um die Welt gegen einen Angriff Deutschlands auf Frankreich zu Hilfe zu rufen. In demselben sagte Blowitz, Deutschland könne jetzt tun, was ihm beliebe. Keine Macht würde ihm in den Arm fallen. Nur eine bereite Schwierigkeiten, und auf diese müsse Deutschland Rücksicht nehmen — das sei Rußland. Diese Macht müsse von der Notwendigkeit überzeugt werden, für lange Zeit, wenn nicht für immer, den Störungen, die stets von neuem die Welt beunruhigen, ein Ende zu machen.[2])

---

[1]) Károlyi, 1. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Hohenlohe, a. a. O., Bd. II, S. 157. — Henri Stephan de Blowitz, „My Memoirs". London 1903. — Memoirs and lettes" of Robert Morier by Mrs. Rosslyn Wemyss, 2. Band, 323 uff. Dóczi, „Andrássy und Bismarck" in „Neue Freie Presse", 23. Dezember 1906.

Die nächste Folge dieses Appelles an Rußland war — und hierin liegt die Bedeutung des Blowitzschen Alarmartikels — daß tatsächlich der eitle Fürst Gorčakov emphatisch die ihm zugedachte Protektorrolle annahm.

Rasch durchblickte Andrássy das Motiv, das Decazes bewog, die politische Lage in greller Farbe zu schildern. „Es handelt sich für Frankreich darum," sagte er, „Kaiser Alexander in erster Linie die Rolle des Schützers und Erhalters des europäischen Friedens zuzuwenden. Durch eine möglichst demonstrative Inszenierung der russischen Friedensvermittlung soll das Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland zu trüben versucht werden. Und dem liegt," fügt er hinzu, „unverkennbar die bisher noch unerschüttert gebliebene Illusion zugrunde, Rußland denn doch von Deutschland abzuziehen und für Frankreich zu gewinnen."[1]) Obgleich Andrássy die Ueberzeugung hegte, daß die Bemühungen des Herzogs Decazes, Deutschland mit Rußland zu entzweien, resultatlos bleiben würden, schien es ihm doch, als würde ein Eingreifen Gorčakovs, gleichsam als Friedensretter, zu erregten Auseinandersetzungen zwischen dem russischen Kanzler und Bismarck führen müssen. Unter diesen Umständen dünkte es ihn für die Interessen Oesterreich-Ungarns das richtigste, sich jeder Einmengung in die heikle Angelegenheit zu enthalten. Er war entschlossen, deren Austragung ganz allein Alexander II. und Gorčakov zu überlassen, die eben im Begriffe standen, sich nach Berlin zu begeben. Andrássy zweifelte nicht daran, daß es bei dieser Entrevue zu Erörterungen darüber kommen werde, wen eigentlich ein Verschulden an der Bedrohung des Friedens in letzter Zeit treffe.[2])

* * *

Interessant ist es, daß Gorčakov sich gerade zu einer Zeit anschickte, seinem deutschen Rivalen einen ihn tief verwundenden Schlag zu versetzen, als seine eigene Stellung daheim bedroht schien. Eine Zeitlang war es sogar fraglich, ob Gorčakov überhaupt Alexander II. nach Berlin begleiten werde, dessen Gnade wegen Differenzen zu verlieren er auf dem Sprunge stand. Nachdem infolge geistiger Ueberanstrengung der Geheimrat von Westmann einen Schlaganfall erlitten hatte, der Gorčakov während

---

[1]) Andrássy an Károlyi, Wien, 8. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Andrássy an Károlyi, Wien, 6. Mai 1875. Ibidem.

seines alljährigen langen Urlaubes zu vertreten pflegte,[1]) wünschte der Staatskanzler an dessen Stelle seinen Günstling[2]) Stremukov, den Ministerialdirektor der asiatischen Abteilung, zu bringen.[3]) Zur Durchsetzung seines Verlangens bediente sich der wenig skrupulöse Gorčakov sogar einer Unwahrheit. Er sagte dem Zaren, daß Stremukov der älteste Rat im Ministerium des Aeußern sei, was nicht stimmte, da dies Hamburger war.[4]) Alexander II. ernannte trotzdem nicht den ihm sehr antipathischen Stremukov zum ständigen Vertreter Gorčakovs.[5]) Der hierüber tief verletzte Staatskanzler wollte deswegen von seinem Posten zurücktreten, da der Zar nicht mehr seine Vorschläge beachte.[6]) Erst als in letzter Stunde die Mißhelligkeiten ausgeglichen wurden,[7]) reiste der besänftigte Gorčakov doch mit dem Zaren nach der deutschen Hauptstadt, wo beide am 10. Mai 1875 eintrafen.

Spannungsvoll waren aller Blicke nach Berlin gerichtet, von wo aus man die Entscheidung über Krieg oder Frieden erwartete. Auch in Wien sah man sorgenvoll genug der Entwicklung der nächsten Zukunft entgegen. Nur Graf Andrássy bewahrte seine Ruhe und nichts konnte ihn bewegen, von der schon am 8. Mai geäußerten Meinung abzugehen, daß der Friede aus der momentanen Krise gestärkt hervorgehen werde.[8]) Rundweg lehnte er daher die Aufforderung des britischen Kabinetts ab, vereint mit England in Berlin einen Schritt zur Erhaltung des Friedens zu unternehmen. Er beredete auch Italien, das sich an ihn deswegen um Rat gewandt, seinem Beispiele zu folgen und absolute Neutralität zu beobachten.[9]) Die Ansicht, daß der Friede unverletzt

---

[1]) Radowitz, Petersburg, 27. Februar 1875. Westmann verschied am 27. Mai 1875 in Wiesbaden.

[2]) Als solchen bezeichnet ihn Andrássy an Károlyi, 8. Mai 1875. K. u. k. Minsterium des Aeußern.

[3]) Reuß, Petersburg, 13. März 1875.

[4]) Ibidem.

[5]) Idem, 2. Mai 1875.

[6]) Ibidem. Andrássy an Károlyi, 8. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[7]) Die Sache wurde derart geregelt, daß Stremukov, der seinen Abschied genommen, ihn wieder zurückzog und im Ministerium verblieb. Jomini wurde zum Leiter des auswärtigen Amtes in Gorčakovs Abwesenheit ernannt.

[8]) Andrássy an Károlyi, Wien, 8. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern. „Der Sache nach wird der Friede aus dieser augenblicklichen Krise neu gekräftigt hervorgehen."

[9]) Vortrag Andrássys, Wien, 11. Mai 1875. Ungedruckt.

bleiben werde, vertrat er abermals in einem Vortrage, den er einen Tag nach der Ankunft Alexanders und Gorčakovs in Berlin dem Kaiser und Könige erstattete. Hierzu fühlte er sich um so mehr verpflichtet, als alle eben jetzt von privater wie amtlicher Seite eingelaufenen Nachrichten die Situation im düstersten Lichte darstellten und den bevorstehenden Ausbruch der Feindseligkeiten ankündigten. „Die ganze diplomatische Welt," heißt es im Vortrage, „ist von einer Panik befangen (sic!). Trotzdem erlaube ich mir, meinen Standpunkt, daß für jetzt keine imminente Kriegsgefahr drohe, aufrechtzuerhalten." Der Minister des Aeußern gründete seine Ansicht auf verschiedene Momente, wie sie die Lage der Dinge ergab. Von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit schien es ihm, daß der Zar seine Reise von den besten Gefühlen für unseren Monarchen durchdrungen antrat, über den er zu Baron Langenau äußerte: „Sagen Sie dem Kaiser, daß er auf mich so sicher zählen möge, wie ich meinerseits auf ihn zähle." Nicht weniger bedeutungsvoll war es in seinen Augen, daß der Zar gleich darauf für seine — Andrássys — Politik nur Worte der Anerkennung hatte. Diese Oesterreich-Ungarn freundliche Gesinnung des russischen Herrschers bot Andrássy die Garantie dafür, daß Rußland, gleich unserer Monarchie, zu keiner wie immer gearteten feindlichen Handlung zu haben sein werde. Er wußte außerdem noch, daß Kaiser Alexander mit aller Entschiedenheit in Berlin die Anschauung bekämpfen werde, wonach Deutschland das Recht zustehe, jetzt etwa Frankreich nur aus dem Grunde zu bekriegen, weil die französische Armee in zwei Jahren vollkommen ausgestaltet sein könnte. Hatte doch der Zar einige Zeit vor seiner Berliner Reise zum französischen Botschafter Le Flô geäußert: „Wie es auch sei, ich wiederhole Ihnen, man kann Ihnen keinen Krieg machen, wenn Sie keine ernstliche Veranlassung dazu geben, und die geben Sie nicht. Wenn es sich anders verhielte, das heißt, wenn Deutschland ohne Grund und unter nichtssagenden Vorwänden den Krieg begänne, dann stünde es Europa in derselben Situation gegenüber, wie Napoleon im Jahre 1870." [1])

Von dem ernsten Vorsatze des Zaren, die Erhaltung des Friedens in Berlin durchzusetzen, erwartete Andrássy einen um so tieferen Eindruck, als Russen und Franzosen bereits seit einiger Zeit ihr möglichstes getan hatten, die Unzulässigkeit der Radowitzschen Theorie als Basis einer Kriegserklärung nachzuweisen. Der öster-

---

[1]) „Bismarck und Frankreich", S. 172.

reichisch-ungarische Minister des Aeußern zweifelte gar nicht daran, daß sowohl die geplante Taktik Rußlands als auch das Vorhaben Englands, in Berlin Friedensvorstellungen zu machen, eine ernüchternde Wirkung ausüben werden. „Daß unter solchen Verhältnissen," heißt es im Vortrag weiter, „Deutschland doch losschlagen und der 78jährige Kaiser Wilhelm sich entschließen soll, das Pferd zu besteigen, kann ich nicht glauben. Sollte es aber dennoch geschehen, dann hat trotz unserer unfertigen Zustände Deutschland den Ausgang einer solchen Komplikation mehr zu fürchten als wir. Ich spreche dies aus als meine Ueberzeugung, auf die Gefahr hin, vielleicht auch in den Augen Eurer Majestät als Optimist dazustehen."[1])

Für Andrássy, der mit Zuversicht in die Zukunft blickte und sich darin auch durch die entgegengesetzten Aeußerungen der in Wien akkreditierten Diplomaten nicht beirren ließ, gab es allerdings eine Eventualität, die seine Annahme zu erschüttern vermochte. „Diese einzige Gefahr," betont er, „heißt eine Allianz von Rußland mit Bismarck. Eine solche Gefahr ist jedoch heute jedenfalls entfernter als je. Ich glaube, daß nichts die Möglichkeit einer Verständigung, an die ich nicht glaube, besser verhindern kann, als wenn wir das Verdienst, den von Deutschland aus bedrohten Frieden gerettet zu haben, dem Kaiser Alexander überlassen." In dieser Beziehung sollte er sich auch nicht täuschen. Richtig beurteilte er die politische Situation, als er voraussetzte, die von Alexander und Gorčakov beanspruchte Rolle von Friedensvermittlern müsse unbedingt in Berlin bösen Eindruck machen, wobei man freilich auf der Hut sein werde, sich dergleichen merken zu lassen.[2]) Auch darin irrte er nicht, daß die Anwesenheit der russischen Gäste in der deutschen Hauptstadt die von ihm besorgte „einzige Gefahr" in weite Ferne rückte. Hierfür lieferten ihm schon die ersten Berichte über die Entrevue zweifellose Beweise.

Bismarck, über das Vorhaben Alexanders und Gorčakovs längst unterrichtet, hatte den festen Willen, der „russischen Friedenspredigt" durch die bündigsten Versicherungen seiner eigenen Friedensliebe zuvorzukommen.[3]) Als kluger, voraussehender Staatsmann schuf er eine Situation, von der später der russische Kaiser

---

[1]) Vortrag Andrássys vom 11. Mai 1875. Ungedruckt.

[2]) Ibidem.

[3]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 15. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

sagen mußte: er habe das Terrain vollkommen bereinigt und nichts zu pazifizieren gefunden.[1] Schon einige Wochen vorher war der beim Petersburger Hofe beglaubigte deutsche Militärbevollmächtigte, General von Werder, vom Zaren an Kaiser Wilhelm gesandt worden, um der Besorgnis Rußlands über die letzten Ziele der deutschen Politik vertraulich Ausdruck zu verleihen.[2] Dann kam Graf Šuvalov, der neuernannte russische Botschafter für England. Er soll, wie behauptet wird, den Auftrag gehabt haben, auf seiner Reise nach London in Berlin haltzumachen, um die gleichen Gefühle der Beunruhigung zu verdolmetschen.[3] Mag dem sein, wie ihm wolle, so ist es gewiß, daß der russische Diplomat im Gespräche mit Bismarck der Spannung gedachte, die zwischen ihren Staaten herrsche. Als Šuvalov bemerkte, es scheine, daß die Haltung Rußlands im Hinblick auf die Möglichkeiten der Zukunft in Berlin Argwohn errege, erwiderte der deutsche Kanzler rasch: „Sagen Sie mir nicht derlei Dinge. Ich glaube immer, so unbedingt auf die Freundschaft Rußlands zählen zu können, Sie machen mich dadurch ganz unglücklich, ich bringe ja ohnehin schon infolge meiner leidenden Gesundheit schlaflose Nächte zu.“[4] Offenbar verfolgte Bismarck mit dieser Aeußerung den Zweck, sie mittels Šuvalov, von dem er wußte, daß er das volle Vertrauen seines Herrn genieße, an die Adresse des Kaisers Alexander gelangen zu lassen. Seine Worte sollten dem russischen Monarchen den Beweis liefern, daß der Leiter der deutschen Politik weit entfernt sei, sich in Gegensatz zu den Absichten des Zarenreiches zu stellen. Kaum war nach diesen Plänkeleien Gorčakov in Berlin eingetroffen, als er sich auch sofort selbst an die Arbeit machte. Zwischen ihm und dem englischen Minister des Aeußern, Lord Derby, scheint infolge Einwirkung Šuvalovs die Verabredung getroffen worden zu sein, Bismarck gemeinsam zu bestürmen. Zuerst hatte sich der englische Botschafter Lord Odo Russell seiner Aufträge zu entledigen. Das mag ihm nicht leicht geworden sein, nachdem er im Februar 1875 gegenüber dem Staatssekretär Bernhard von Bülow die Bemerkung fallen gelassen: Das Kokettieren

---

[1]) Schweinitz an Kaiser Wilhelm, Petersburg, 8. März 1876. Schweinitz war um diese Zeit bereits Botschafter in Petersburg.

[2]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 1. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Charles Gavard, „Un diplomate à Londres“, S. 248—249.

[4]) Károlyi, Berlin, 15. Mai 1875.

Gorčakovs mit dem Herzog Decazes und dem französischen Botschafter in Petersburg, General Le Flô, hätte in England in unangenehmer Weise Aufmerksamkeit erregt.[1]) Lord Odo Russel sollte nun in möglichst freundschaftlicher Form die „Bons offices" des englischen Kabinettes anbieten, um Deutschland zur Zerstreuung der Europa beunruhigenden Kriegsbefürchtungen nützlich zu sein. Als Andrássy hiervon Kenntnis erhielt, sagte er: „Von diesem Auftrag wurde uns gegenüber keine Erwähnung getan. Das hätte schlau sein sollen." [2]) Außerdem war der englische Botschafter ermächtigt, ganz direkt die russischen Friedensmahnungen zu unterstützen. Bismarck lehnte sofort in höflicher, aber entschiedener Art die Bons offices Englands ab, indem er jede Kriegsabsicht von seiner Seite bestritt. Im Gefühle der Stärke Deutschlands gegenüber Frankreich, bemerkte er, wäre sein Motto: nicht „up and at them", sondern „let them comme on".[3])

Noch ehe die Unterredung des englischen mit dem deutschen Staatsmann zu Ende war, wurde der Besuch Gorčakovs angemeldet. Russell, der sich hierauf entfernte, begegnete dem russischen Staatskanzler im Vorsaal. Gorčakov hielt ihn zurück und rief dem gleichfalls im selben Raume weilenden Bismarck zu, daß ihm gerade die Anwesenheit des englischen Botschafters sehr erwünscht wäre. In freundschaftlich scherzendem Tone sagte dann der russische Kanzler zu seinem deutschen Kollegen: „Sie vereinen zwei Bismarcke in sich, einen, der Sie wirklich selbst sind und den ich liebe, während der andere ein nervöser, ungestümer Bismarck ist.[4]) Als nach diesen einleitenden Worten Gorčakov seiner Hoffnung auf Erhaltung des Friedens gedachte, benützte Russell die Gelegenheit, den zweiten Teil seiner Mission auszuführen, der in der Unterstützung der russischen Friedensvermittlung bestand. Erst nachdem dies geschehen, blieben die beiden Kanzler miteinander allein. Den nun folgenden Anwürfen Gorčakovs setzte Bismarck die friedlichsten Versicherungen entgegen, unmöglich jedoch, so fügte er hinzu, könnte er eine schriftliche Zusicherung geben, den Frieden erhalten zu wollen, da dies doch das Geständnis in sich schlösse, als hätte Deutschland bis jetzt nicht eine derartige Politik verfolgt oder gar den Krieg gewünscht. „Ich verlange nichts Schrift-

---

[1]) Bülow an Bismarck, Berlin, 6. Februar 1875.

[2]) Vortrag Andrássys 11. Mai 1875. Ungedruckt.

[3]) Károlyi, Berlin, 15. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Ibidem.

liches", entgegnete hierauf der russische Kanzler, „ich vertraue Ihrem Worte."[1])

Gebärdete sich Gorčakov auch als nachsichtiger Sieger und äußerte er zu Lord Russell: Man dürfe seinen Triumph nicht allzusehr fühlen lassen,[2]) so hatte er sich im Grunde den Verlauf der Unterredung mit dem deutschen Kanzler doch anders ausgemalt. Er war mit der Absicht gekommen, Bismarck kategorisch vor die Alternative zu stellen: entweder der friedlichen Richtung treu zu bleiben oder es in den Kauf zu nehmen, daß Rußland sich die Freiheit seines Urteils und seiner Handlungsweise wahre.[3]) Gegenüber dem Auftreten Bismarcks hatte er jedoch seine Sprache wesentlich mäßigen müssen. Wenn der deutsche Kanzler dagegen in seinen „Gedanken und Erinnerungen" von bitteren Invektiven erzählt,[4]) die er seinem russischen Kollegen zugeschleudert habe, so dürften solche kaum beim Besuche gefallen sein, den ihm Gorčakov in Anwesenheit des englischen Botschafters abstattete. Zu derartigen Ausfällen war gar kein Anlaß. Erst das ganz unerwartete berühmte Zirkular des russischen Kanzlers: „Maintenant la paix est assurée"[5]) könnte allein Bismarck bestimmt haben, diesem ins Gesicht zu sagen: es sei kein freundschaftliches Verhalten, einem vertrauenden und nichts ahnenden Freunde plötzlich und hinterrücks auf die Schulter zu springen, um dort eine Zirkusvorstellung auf seine Kosten in Szene zu setzen.[6]) Es war in der Tat alles eher denn kollegial, daß Gorčakov den Mund vollnahm und sich wie der „Friedensengel" vor der Welt aufspielte, dessen Eingreifen allein Europa die Wohltat der Ruhe zu danken habe. Bismarck hatte dies dem russischen Kanzler nie verziehen. Ungescheut beschuldigte er ihn, ausschließlich von Eitelkeit und Ruhmsucht getrieben worden zu sein, sich mit den Lorbeeren eines Friedensretters zu schmücken.[7]) Der Erfolg des Russen war um so mehr geeignet, ihn zu erbittern, als man damals meinte, Bismarck, der sich jetzt das Ansehen des „Unschuldigen"

---

[1]) Károlyi, Berlin, 15. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Russell selbst hatte Károlyi nach Mitteilungen Gorčakovs dessen Gespräch mit Bismarck wieder erzählt.

[2]) Károlyi, 15. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Ibidem.

[4]) Bd. II, S. 175.

[5]) Ibidem, S. 174.

[6]) Bismarck, a. a. O., Bd. II, S. 174.

[7]) Károlyi, 15. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern. So äußerte sich Bismarck zu Károlyi.

gebe,[1]) habe wirklich den Krieg gewollt und sei daran nur durch Gorčakov gehindert worden. Graf Andrássy hatte die Vorstellung, Gorčakovs Auftreten bedeute eine Niederlage des deutschen Kanzlers. „Das Resultat," schrieb er an den Kaiser, „scheint mir für uns befriedigender als für Bismarck. Wir haben den Frieden, die Deutschen eine Lektion erhalten."[2])

Dieses Wort Andrássys scheint zu beweisen, daß er damals wirklich meinte, der deutsche Kanzler wäre in seinen Drohungen gegenüber Frankreich zu weit gegangen und hätte vollauf die „Friedenspredigt" Gorčakovs verdient. Hatte Bismarck vielleicht, wie auch Alexander II. glaubte,[3]) den kriegerischen Ton angeschlagen, um die Militärvorlage, welche „bis zum Erlaß einer anderweiten gesetzlichen Bestimmung" die Friedenspräsenzstärke des Heeres auf 401 659 Mann festsetzte, im Deutschen Reichstage durchzubringen? Die Militärvorlage war jedoch schon April 1874 geborgen worden, es war somit nicht nötig, ihretwegen ein Jahr später Kriegslärm zu erregen, um die Gemüter für sie zu stimmen. Bismarck hat aber auch bei den verschiedensten Gelegenheiten gegen die Absicht eines vorsätzlichen Friedensbruches[4]) protestiert.[5]) „Mir lag," heißt es in seinen nachgelassenen Aufzeichnungen, „eine solche damals und später so fern, daß ich eher zurückgetreten sein würde, als zu einem vom Zaun zu brechenden Kriege die Hand zu bieten, der kein anderes Motiv gehabt haben würde, als Frankreich nicht wieder zu Atem und zu Kräften kommen zu lassen." Er suchte das Unsinnige einer solchen Beschuldigung damit zu beweisen, daß es ihm nie in den Sinn gekommen wäre, die alte Prestigepolitik des ersten und zweiten französischen Kaiserreichs wieder aufleben zu machen, die unfehlbar ganz Europa, einschließlich der zentrifugalen Mächte im Reiche selbst, in Harnisch hätte bringen und nötigen müssen, gegen Deutschland die Hand stets „am Degen" zu halten.[6])

---

[1]) Andrássy an den Kaiser, Wien, 13. Mai 1875. Ungedruckt.

[2]) Ibidem.

[3]) „Bismarck und Frankreich", S. 165.

[4]) „Deutsche Revue" 1892, Bd. IV. „Die russisch-französische Allianz und der Dreibund in geschichtlicher Beleuchtung." — Dreux, „L'ambassade en Allemagne", Bd. II.

[5]) Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen", Bd. II, S. 175. Penzler, „Bismarck nach seiner Entlassung", Bd. IV, S. 199 ff., 222 ff. Lord Loftus „The Diplomatic Reminiscences", second series II. Band 134. — Siehe die gegenteilige Auffassung Matters „Bismarck et son temps", III. Band, S. 391.

[6]) Bismarck, a. a. O., Bd. II, S. 176.

Abgesehen von Fürst Orlov, der, um seiner Person und seinem Salon in Paris ein erhöhtes Relief zu geben, angeblich bestrebt gewesen sein soll, Frankreich unter den Schutz Rußlands zu stellen,[1]) erklärte Bismarck den Berliner französischen Botschafter Gontaut-Biron als den vornehmsten Urheber des Gorčakovschen „Theatercoups“ [2]) von 1875. In ihm erblickte er den Verbündeten seiner Gegner: der Kaiserin Augusta, Harry Arnims und der Klerikalen, denen kein heißerer Wunsch vorschwebte, als ihn zu stürzen.[3]) Stark wie nur er hassen konnte, haßte er Gontaut-Biron, den er um jeden Preis vom Berliner Botschaftshotel entfernt wissen wollte.[4]) Bismarck sah hier vielleicht zu grell und ließ sich wohl bei seinem Hange zur Intrigenriecherei[5]) zu einer nicht ganz gerechten Beurteilung des französischen Botschafters fortreißen. Gontaut-Biron war eine liebenswürdige, durchaus friedlich gesinnte Persönlichkeit und nichts weniger als ein gefährlicher Gegner.[6]) Von der Ueberzeugung erfüllt, daß Frankreich nach seinem großen Unglücke bescheiden und gleichsam in demutsvoller Ergebung gegenüber dem mächtigen Deutschland verharren müsse,[7]) hatte er das Seinige getan, sich mit Bismarck auf einen guten Fuß zu stellen. Dabei beging er allerdings den Fehler, auch Beziehungen mit der Kaiserin Augusta anzuknüpfen, was ihn natürlich in ein schiefes Licht beim Reichskanzler brachte. Nicht um im Bunde mit dessen Feinden ein gemeinsames Kesseltreiben gegen den Lenker der deutschen Politik zu unternehmen, klagte Gontaut diesen kriegerischer Absichten an, sondern nur, weil er wirklich daran glaubte, Bismarck wolle Frankreich ein zweites Mal demütigen. Ihn hatte die Radowitzsche Theorie erschreckt, der er zu viel Bedeutung beigemessen. Bismarck verleugnete ja auch die Lehre seines Untergebenen und erklärte, man könnte ihm doch nicht zumuten wollen, er werde den jetzt gefangenen Attentäter Kullmann niederschlagen, einfach

---

[1]) Károlyi, 15. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern. So äußerte sich Bismarck zu Károlyi.

[2]) Bismarck, a. a. O., Bd. II, S. 172.

[3]) Ibidem S. 170. Hohenlohe, a. a. O., Bd. II, S. 158.

[4]) Hohenlohe a. a. O., Bd. II, S. 158.

[5]) Károlyi, Berlin, 11. Dezember 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern. „Bismarck läßt sich nur zu leicht bewegen, überall gleich Gespenster und Intrigen zu sehen.“

[6]) Ibidem. Bismarck, a. a. O., Bd. II, S. 170 nennt ihn selbst einen liebenswürdigen Diplomaten aus alter Familie.

[7]) Károlyi, 11. Dezember 1875.

aus dem Grunde, weil er — vielleicht einmal wieder einen Mordversuch gegen ihn unternehmen könnte.[1]) Ebenso lehnte er es ab, mit den Aeußerungen des Grafen Moltke identifiziert zu werden, der für die Nützlichkeit eines rechtzeitigen Krieges eintrat und seine Ansicht damit begründete, daß der Krieg Deutschland, wenn es Frankreich zuvorkäme, 100000 Mann weniger kosten würde.[2]) Bismarck behauptete auch aufs entschiedenste, daß er selbst vom „Krieg-in-Sicht"-Artikel überrascht worden,[3]) womit die Aussage von dessen Verfasser, Konstantin Rößler, vollkommen übereinstimmt. Dieser erzählte selbst, er habe den Artikel ohne Wissen des Fürsten und ohne irgendeine Weisung aus dem Auswärtigen Amte, lediglich auf Grund seiner eigenen Kombinationen niedergeschrieben.[4])

Sollen alle diese Beteuerungen und seine wiederholten Friedensversicherungen nur auf absichtlicher Irreführung und Täuschung der Mit- und Nachwelt beruhen? Haben wir mehr jenen zu glauben, die Bismarck zum Anstifter eines neuen blutigen Krieges mit Frankreich stempeln wollen, als ihm selbst, der sich von solcher Schuld zu reinigen trachtete? Unstreitig hat man den Kanzler 1875 einer Tat, wie sie Radowitz angedeutet hatte, für fähig gehalten. Und doch spricht alles dafür, daß er weit davon entfernt gewesen, sein Land in neue kriegerische Verwicklungen zu stürzen. Ein langjähriger, so genauer Kenner des Berliner Hofes wie Graf Károlyi zog es in Zweifel, daß Bismarck ernstlich Händel mit Frankreich suchte. Seiner Ansicht nach trifft ihn nur die Schuld, durch unvorsichtige, oft zynisch leidenschaftliche Aeußerungen Anlaß zu Alarmgerüchten gegeben zu haben.[5]) Nicht minder wahr ist es, daß er solche durch Einschüchterungsersuche hervorrief, die auf die französische Nation berechnet waren und die er in Form von in Zeitungen erschienenen Verwarnungen an die Adresse Frankreichs gelangen ließ. Bismarck war fest überzeugt, der Revanchekrieg werde für immer oder doch für lange hinausgeschoben, wenn die französische Nation merke, Deutschland lasse sich nicht einschläfern und treffe rechtzeitig alle Vorkehrungen, um den Moment

---

[1]) Károlyi, 15. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Gontaut-Biron a. a. O., S. 183. Bismarck, a. a. O., Bd. II, S. 178.

[2]) Károlyi, 15. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Idem, 1. Mai 1875. Ibidem.

[4]) Tiedemann, „Aus sieben Jahrzehnten", Bd. II, S. 29.

[5]) Károlyi, 15. Mai 1875. Ibidem.

des Losschlagens nach eigenem Ermessen zu bestimmen. Aus der Art des intimen Verkehrs, in dem der Kanzler mit seinen Preßbeamten stand, meinte Graf Károlyi die Entstehungsgeschichte der so großes Aufsehen erzeugenden Artikel erklären zu können, deren Urheberschaft Bismarck entschieden von sich ablehnte. Der Botschafter hielt es für höchst wahrscheinlich, daß dem Kanzler im Gespräche über die Gestaltung der nächsten Zukunft einige Aeußerungen der Besorgnis entschlüpft seien, die dann sofort in verschärfter Form in den Journalen das Tageslicht erblickten. Der Reichskanzler pflegte sich in der Regel nie darum zu bekümmern, welchen Gebrauch oft die Literaten des Preßbureaus von seinen intimsten Reden machten. Hatte er es doch jederzeit in der Hand, den in den Blättern veröffentlichten Darlegungen ein offiziöses Dementi entgegenzusetzen. Bismarck kam es immer nur darauf an, durch seine Leibjournalisten den Grundton seiner Ideen anschlagen zu lassen und seiner Politik, nach Maßgabe der Verhältnisse und Laune, in Form einer Mahnung oder Verwarnung Nachdruck zu verschaffen.[1])

So scheint Bismarck auch diesmal vorgegangen zu sein. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß er seinen Organen vollkommene Freiheit ließ, die aus seinen rückhaltlosen Reden herausklingenden Befürchtungen, wie sie damals am Berliner Hofe herrschten, zu vergrößern, um damit tiefen Eindruck zu erzielen. Und daß der Kanzler mit seinem Mißtrauen gegen Frankreich nicht allein stand, beweist der Ausspruch Kaiser Wilhelms: Er wisse, daß die Franzosen rüsten, um bei erster Gelegenheit gegen Deutschland loszugehen.[2]) Dem greisen Kaiser, der jetzt schon gerne als Friedensfürst gelten mochte, war es freilich sehr recht, als sich später die düstern Wolken verzogen und wieder ein heiterer Horizont zum Vorschein kam. Erleichterten Herzens konnte er nun den damals in Berlin weilenden Fürsten Hohenlohe mit dem Gruße an Marschall Mac Mahon, den Präsidenten der französischen Republik, betrauen: „Sagen Sie ihm, daß Sie nicht allein der Friedensbote sind, sondern daß der wahre Friedensbote hier steht.“[3]) Wie sein kaiserlicher Herr, so dürfte sich auch Bismarck, der nicht den Krieg gewollt, des unerschüttert gebliebenen Friedens gefreut haben. Aber was ihm nicht gefallen konnte, das

[1]) Károlyi, 17. April 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Denkwürdigkeiten Hohenlohes, Bd. II, S. 152.

[3]) Ibidem, S. 156.

war die nach ihm ganz ungerechtfertigte Einmengung Gorčakovs in eine Angelegenheit, die er am liebsten allein, ohne Dazwischenkunft eines Dritten, mit dem Herzog Decazes ausgetragen hätte.

* * *

Oesterreich-Ungarn hatte allen Grund, dem russischen Kanzler für seine Vermittlerrolle dankbar zu sein. Aus der ganzen Episode des Kriegslärms von 1875 erntete unsere Monarchie den größten Vorteil. Bismarck war nicht die Natur, um Gorčakov den mit Geschick in Szene gesetzten Anschlag zu vergessen und es zu verzeihen, daß er vor Europa das Bild eines von Deutschland bedrohten, dagegen von Rußland beschützten Frankreichs entrollt hatte.[1]) Von dem Tage an, als der russische Kanzler sein „Maintenant la paix est assurée" in die Welt hinausposaunte, ging ein tiefer Riß durch das bisherige freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland. Bismarck wußte jetzt, daß er nicht mehr wie früher unter allen Umständen auf die Freundschaft des nordischen Nachbarn rechnen dürfe. Wenn Bismarck, wie es den Anschein hat, diesen Gesinnungswechsel nur dem Neid und der Eifersucht Gorčakovs zuschrieb und Kaiser Alexander von den Machinationen seines Ministers ausschloß, so unterlag er einer Selbsttäuschung. Mochte auch der Zar das Vorgehen seines Kanzlers mit dessen „vanité sénile" entschuldigen, die nicht ernsthaft zu nehmen sei,[2]) so stand wahrscheinlich Alexander dem Ränkespiel Gorčakovs doch nicht so ferne, als er vorgab. Man darf es wohl als gewiß voraussetzen, daß der russische Staatsmann nicht ohne Zustimmung seines kaiserlichen Herrn Bismarck die „Friedenspredigt" gehalten haben werde. Daß Kaiser Alexander davon Kenntnis hatte, beweisen seine wiederholten Versicherungen gegenüber Graf Károlyi, wie er nun Berlin mit einem beruhigten Gefühle verlasse, da er sowohl von Kaiser Wilhelm als auch dem Kronprinzen und Fürst Bismarck die befriedigendsten und bündigsten Friedenszusagen bekommen habe.[3]) Der Unterschied zwischen Zar und Kanzler dürfte nur darin bestehen, daß Alexander in gutem Glauben vorging, ein der Welt nützliches und heilsames Werk zu vollführen, während Gorčakov mehr aus verletzter Eitelkeit und von Größenwahn befangen handelte.

---

[1]) Bismarck, a. a. O., Bd. II, S. 174.

[2]) Ibidem, S. 175.

[3]) Andrássy an den Kaiser, Wien, 13. Mai 1875.

In demselben Maße als sich Bismarck von Rußland entfernte, näherte er sich Oesterreich-Ungarn. Lange schon wartete Andrássy auf den Eintritt dieses folgenschweren Momentes. Er hatte sich von Deutschland nicht abgewandt, als Bismarck, trotz aller Freundschaft für die Monarchie, doch noch mehr Rußland als Oesterreich-Ungarn zuneigte. Andrássy wußte, daß der Kanzler unmöglich ohne triftige und zwingende Gründe hierfür dem nordischen Nachbar den Rücken zukehren könne. Er rechnete immer damit, daß Bismarck die Entente à trois wünsche, um weder die eine Macht, Rußland, noch die andere, Oesterreich-Ungarn, auf Kosten des Deutschen Reiches zu stark werden zu lassen. Auch die Möglichkeit durfte Andrássy nicht aus dem Auge lassen, daß Rußland oder wenigstens Gorčakov, wofür ja schon Anzeichen vorlagen, Deutschland gegenüber ein allzu drängender Gläubiger für geleistete Dienste sein werde. Nicht zum geringen Teile baute er seine Politik für die Zukunft auf den möglicherweise hierdurch einst eintretenden Bruch zwischen Deutschland und Rußland. Rascher als er zu hoffen gewagt, hatte ja Gorčakov selbst den Ausbruch des Zwiespaltes gefördert. Als der Hofrat im Ministerium des Aeußern, Ludwig Dóczi, dem Grafen Andrássy ein offiziöses Zeitungstelegramm aus Petersburg vorwies, wonach Gorčakov dem französischen Botschafter gesagt habe: Rußland werde Deutschland zu hindern wissen, daß es Frankreich angreife, wollte der Minister anfangs an die Meldung gar nicht glauben. Hatte er schon früher aus Anlaß des Blowitzschen Alarmartikels ungläubig den Kopf geschüttelt und einmal um das andere dazwischengerufen: „Unsinn, zu dumm, Blowitzsches Gewäsch,“ so fuhr er jetzt fast in rauhem Tone seinen Beamten an: „Lassen Sie mich doch mit solchem Unsinn in Ruhe. Das ist nicht wahr! Das ist eine blöde Erfindung.“ Nach der Erwiderung Dóczis jedoch, die Depesche sei amtlich vom Petersburger Korrespondenzbureau versendet worden, überließ sich Andrássy einem grenzenlosen Ausbruch von Entzücken. Er sprang von seinem Stuhle auf, schwang sich auf den Schreibtisch und warf dreimal hintereinander, wie es übermütige Kinder in ihrer Freude zu tun pflegen, die Beine in die Luft und rief frohlockend: „Das wird ihm Bismarck nie verzeihen.“ [1]) Die Prophezeiung

---

[1]) Dóczi, „Zur Persönlichkeit Andrássys“ in „Neue Freie Presse“, 23. Februar 1890, und derselbe, „Andrássy und Bismarck“, ibidem, 23. Dezember 1906.

sollte sich bewahrheiten. Ebenso berechtigt war die Ueberzeugung, daß der deutsche Kanzler nunmehr von Rußland sich abwenden und mit der Zeit eine volle Schwenkung zu Oesterreich-Ungarn hinüber machen werde.

Doch war Andrássy klug genug, in dem ganzen Konflikte weder für die eine noch die andere Seite Partei zu ergreifen. Seiner von ihm absichtlich sowohl Rußland als auch Deutschland gegenüber streng beobachteten Objektivität dankte es der Minister des Aeußern, daß ihm keiner der beiden Staaten den Vorwurf „unberufener“ Einmengung machen konnte.[1]) Rußland wie Deutschland würdigten diese Zurückhaltuug in gleicher Weise. Der damals in Berlin weilende Kaiser Alexander II. betonte jetzt gegenüber Graf Károlyi in warmen Worten den hohen Wert, den er auf das Einverständnis mit Oesterreich-Ungarn lege.[2]) Einer ähnlichen Sprache befleißigte sich ihm gegenüber auch Gorčakov, der insbesondere noch sein persönliches Vertrauen zu Andrássy hervorhob.[3]) Bismarck seinerseits ließ unserem Minister des Aeußern seine Genugtuung darüber ausdrücken, daß Oesterreich-Ungarn unter allen Ländern allein das richtige Verständnis für den Ursprung und die Tragweite der letzten Alarmgerüchte bekundet habe.[4]) Wiederholt benützten der deutsche Kanzler und dessen vornehmster Mitarbeiter, Staatssekretär von Bülow, die Gelegenheit, um Andrássy ihr „höchstes Lob“ — „volle Anerkennung“, meint Károlyi, wäre zu wenig gesagt — über dessen staatsmännische Wirksamkeit zur Kenntnis bringen zu lassen. Für Andrássy sollte kein Zweifel darüber obwalten, daß er das unbedingteste Vertrauen des Berliner Kabinettes besitze; er sollte wissen, daß das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und der Monarchie nur für so lange gesichert erscheine, als er deren Geschäfte führe. „Man betrachtet Dich,“ schrieb ihm unter dem Eindrucke seiner Gespräche mit den beiden Staatsmännern Graf Károlyi, „als die Garantie der ‚Entente cordiale‘, denn man wittert hier immer geheime Wiener Intrigen und mächtige Einflüsse, welche namentlich in den Hofkreisen gegen Dich agitierten und Deine Stellung zu

---

[1]) Andrássy an Károlyi, Wien, 6. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Andrássy an den Kaiser, Wien, 13. Mai 1875.

[3]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 15. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Ibidem.

erschüttern bestrebt wären." [1]) In Berlin hatte es äußerst angenehm berührt, daß Andrássy sich dem Vorschlage Lord Derbys nicht anschloß und es ablehnte, vereint mit England und Rußland öffentlich gegen Deutschland für Frankreich zu demonstrieren. Hätte bei Bismarck selbst nur der leiseste Zweifel noch an der Verläßlichkeit unseres Ministers des Aeußern bestanden, so verschwand er jetzt vollkommen. Erst diese Krise gebar den wahren, innigen Kontakt zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland, wie er später immer greifbarer in den Gesichtskreis trat. Ungeachtet des Drei-Kaiser-Bündnisses war es bisher noch möglich gewesen, von Gegensätzen zwischen unserer Monarchie und dem neugegründeten Deutschen Reiche zu reden. Derartiges muß ja vorausgesetzt werden, wenn es Kaiser Wilhelm gerade in diesen Tagen für nötig erachtete, Graf Andrássy durch den Mund Kaiser Alexanders zu versichern, wie entrüstet er über alle, Deutschland gegen Oesterreich-Ungarn zugeschriebenen feindlichen Absichten wäre und daß er für die Erhaltung der Freundschaft zwischen den beiden Staaten die aufrichtigsten Gefühle hege. [2])

Graf Andrássy hatte unbedingt während der ganzen Krise von 1875 mit unleugbar großem Verständnis operiert, um weder bei Bismarck noch bei Gorčakov Verdacht zu erregen. Gewichtige Gründe bestimmten ihn, die ihm durch Sir Buchanan übermittelte Einladung Lord Derbys zur Unterstützung der russischen Friedensvermittlung entschieden abzuweisen. Er tat dies mit der Begründung, daß Bismarck ihm erst vor einigen Tagen „unaufgefordert" die beruhigendsten Aufklärungen über seine Friedensliebe habe zukommen lassen. In Wirklichkeit wollte er nicht mit England Schritt halten, weil ihn, wie er sagte, die Ruhe Europas „für jetzt" gar nicht bedroht dünkte und daher auch kein Anlaß vorhanden sei, die nicht auf der Tagesordnung befindliche Frage in Berlin anzuregen. [3]) Noch ausschlaggebender für seine Zurückhaltung dürfte eine andere, nicht minder wichtige Erwägung gewesen sein. In keinem Falle wollte er mithelfen, Deutschland unter den Druck einer europäischen Aktion zu setzen, vor der es voll Groll zurückweichen müßte. Andrássy konnte darüber im klaren sein, daß

---

[1]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 11. Dezember 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Andrássy an den Kaiser, Wien, 13. Mai 1875.

[3]) Andrássy an Károlyi, Wien, 10. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

eine derartige Verletzung der nationalen Empfindlichkeit Deutschlands einen tiefen Stachel zurücklassen würde. Es war aber auch zu besorgen, daß der deutsche Kanzler in solch gemeinsamer Vermittlung das schüchterne „Probevorspiel“ einer gegen sein Werk gerichteten keimenden Koalition erblicken und diese ihn für immer mit unauslöschlichem Mißtrauen gegen Oesterreich-Ungarn erfüllen werde,[1]) was ja im Grunde auch die Absicht Lord Derbys gewesen sein dürfte.

Doch nicht bloß Rücksicht für das Berliner Kabinett, ein gewisser Bedacht auch auf die Person des Zaren veranlaßten den Träger unserer Politik, momentan von jeder Einmengung in die internationale Angelegenheit abzusehen. Wußte doch Andrássy, wie sehr Kaiser Alexander, von Gorčakov hierzu angestachelt, danach lechzte, sich allein die „Ehren der Friedenserhaltung zu reservieren“ und daß es ihn nur unangenehm berühren könnte, wenn Oesterreich-Ungarn ihm den Ruhm hieran streitig machen wollte. Graf Károlyi erhielt daher den Auftrag, nicht unaufgefordert diesen Gegenstand zu berühren, wenn es aber geschehe, den „edlen Gesinnungen“ Alexanders II. seine „Huldigung“ darzubringen.[2]) Ueberhaupt blieb es dem Takte des Berliner Botschafters anheimgestellt, bei schicklicher Gelegenheit die Russen in geeigneter Weise zum glücklichen Erfolg ihres Bemühens um den Frieden zu beglückwünschen — jedoch „ohne in Berlin anzustoßen“.[3]) So sehr Andrássy bemüht war, dem aus dem Wege zu gehen, so wollte er auch durch kein Wort oder irgendeine Mitteilung an das Berliner Kabinett in Kaiser Alexander, wie er sagt, „die unwillkommene Vorstellung erwecken, als stünden wir auf deutscher Seite, während wir doch weder für den deutschen noch für den russischen Standpunkt ausdrücklich einzutreten einen Anlaß haben“.[4])

Graf Andrássy und mit ihm die Monarchie konnten vollauf mit dem in der Krise von 1875 errungenen Erfolg zufrieden sein. Der Minister des Aeußern hatte richtig die Erhaltung des Friedens prophezeit. Ohne mit Rußland in Konflikt zu geraten, waren durch Andrássy die Bande, die uns mit Deutschland einten, nur

---

[1]) Derartiges ist dem ohne Zweifel von Wien aus inspirierten und am 9. Juni 1875 in der „Allgemeinen Zeitung“ erschienenen Artikel „Der Anteil Oesterreichs an der Friedenserhaltung“ zu entnehmen.

[2]) Andrássy an Károlyi, Wien, 8. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Idem ad eundem, Wien, 10. Mai 1875. Ibidem.

[4]) Ibidem.

noch inniger und fester geknüpft worden. Dagegen trat eine Erkaltung zwischen Deutschland und Rußland ein, das, wie Gontaut mit ebensoviel Freude wie Befriedigung vermerkt, „einen Schritt mehr gegen Frankreich zu“ getan hat.[1]) Das bescheinigte Gorčakov selbst, als er sagte, es widerstreite dem Interesse Rußlands, Frankreich noch mehr, als es durch den Krieg von 1870/71 geschehen, geschwächt zu sehen.[2])

So konnte es dem eingeweihten und aufmerksamen Beobachter der letzten Vorgänge nicht entgangen sein, daß in den Maitagen von 1875 die bereits gelockerte Drei-Kaiser-Entente innerlich völlig erschüttert war. Darin liegt die historische Bedeutung der Krise von 1875. Nur noch eines starken Stoßes von Außen bedurfte es, um den Zerfall des Drei-Kaiser-Bündnisses, auf dem das bisherige politische System Europas beruhte, aller Welt zum Bewußtsein zu bringen.

---

[1]) Dreux, „L'ambassade“, S. 156.
[2]) Károlyi, Berlin, 29. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

## Zehntes Kapitel

# Andrássys Reformnote

Unmittelbar nachdem die Erregung gewichen, welche die Besorgnisse vor dem Ausbruche eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland hervorgerufen, schrieb der Botschaftsrat Freiherr von Seiller am 10. Juli 1875 aus Berlin an Graf Andrássy: „Wohin ich blicke, ist tiefer Friede, und seit langem lag das Feld der inneren und äußeren Politik nicht so brach wie im gegenwärtigen Augenblick.“ [1]) Diese Worte schrieb Baron Seiller gerade einen Tag nach dem Ausbruche von Unruhen in der weit entfernten Hercegovina, durch die bald ganz Europa in bange Unruhe versetzt werden sollte. Zu Ende war es mit dem „tiefen Frieden“, der sich über „das Feld der äußeren und inneren Politik“ gelagert hatte. Mit einem Schlage war plötzlich die orientalische Frage mit all ihren schweren Begleiterscheinungen und Gefahren an die Oberfläche gelangt. Wird das Drei-Kaiser-Bündnis, das ohnehin in seinen Grundfesten schwankte, standhalten gegenüber der drohenden Gefahr? Wird ihm noch so viel Macht innewohnen, um Europa den Frieden zu bewahren? Alles hing von der Einmütigkeit der drei Höfe von Berlin, Wien und St. Petersburg ab. Nach den äußeren Anzeichen zu schließen, durfte eigentlich kein Zweifel daran aufkommen, daß die drei Mächte in Eintracht bemüht sein würden, den aufgetauchten Konflikt friedlich beizulegen und ehestens aus der Welt zu schaffen.

Anfangs allerdings schien man der Empörung der christlichen Bevölkerung in der Hercegovina gegen ihre türkischen Bedrücker keine tiefere Bedeutung beizumessen. Noch schmeichelte man sich mit der Hoffnung, alles werde rasch wieder ins frühere Geleise zurückkehren. Als sich jedoch der Aufruhr von dem in der Hercegovina gelegenen Bezirk Nevesinje weiter nach Bosnien fortpflanzte und auch diese türkische Provinz ergriff, zeigte es sich in unverkennbarer Weise, daß die dem türkischen Joche unter-

[1]) Freiherr von Seiller an Andrássy, Berlin, 10. Juli 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

worfene christliche Bevölkerung, Rajah genannt, entschlossen war, wie es in einer ihrer Proklamationen heißt, „die Freiheit zu erringen oder bis zum letzten Manne unterzugehen". Längst warteten die in der Hercegovina und in Bosnien lebenden Christen, die sich selbst als „stumme Geschöpfe, geringer als das Tier" bezeichnen, auf die günstige Gelegenheit, die türkische Sklaverei abzuschütteln. Es ist unbestreitbar, daß die beiden Provinzen des Osmanenreiches auf eine Stufe des Elends herabgesunken waren, aus dem es kein Entrinnen mehr gab. Hier herrschten Zustände, wie sie eines modernen Staatswesens unwürdig gewesen wären, aber in der Türkei zu den Alltäglichkeiten gehörten und nirgends krasser hervortraten als eben in Bosnien und der Hercegovina. Mit unnachsichtlicher Härte machten die mohammedanischen Grundherren (Begs) ihre Herrenrechte geltend, die die ehemaligen serbischen Christen mit ihrem Uebertritte zum mohammedanischen Glauben erkauft hatten. Wenig half es den christlichen Grundholden (Kmeten), bei der Staatsgewalt Schutz vor den Bedrückern zu suchen. Waren doch die Christen im Sinne des Korans, der bloß Rechtgläubige als Zeugen anerkannte, schutzlos vor Gericht. Am drückendsten lasteten auf den christlichen Untertanen die Abgaben an die Begs. In Verbindung mit den Staatssteuern waren sie so hoch, daß die Besteuerten von den erübrigten Resten der Ernte sich kaum bis zur Hälfte des Winters ernähren konnten. Die Steuerpächter oder Grundherren kümmerten sich wenig um das faktische Einkommen. Nach Willkür bestimmten sie die Entrichtungen, noch drückender gestaltet durch Zwangsarbeit und erzwungene Bewirtungen.[1]) Waren die Steuern schon an und für sich unerschwinglich, so erschienen sie erst recht im Lichte der Gehässigkeit durch die schreckliche Art, mit der sie eingetrieben wurden. Des Zahlungsunfähigen harrte die unmenschlichste Behandlung.[2]) Solche Erscheinungen standen mit den schon arg von Fäulnis ergriffenen Zuständen des Osmanenreiches in engstem Zusammenhang. Hier kämpften die Alttürken, die im Sinne des Korans von keiner Aenderung, keinen Neuerungen wissen wollten gegen die gemäßigte Reformpartei, die auf eine Umgestaltung der inneren Verhältnisse nach westeuropäischem Zuschnitte hinstrebte. Die glänzendsten Vertreter der Reformpartei, wie der charakterfeste Reschid Pascha, der intelligente Fuad Pascha und der geschmeidige

---

[1]) Mollinary, „Sechsundvierzig Jahre", Bd. II, S. 294, Anmerkung.
[2]) Ibidem.

Ali Pascha boten alles auf, um ihre Ideen zu verwirklichen. Nach dem Tode Alis erfolgte ein starker Rückschlag. Nichts geschah, um dem Hauptübel, der trostlosen Lage der Finanzen, zu steuern. Seit 1865 war die Staatsschuld riesenhaft angewachsen. 1875 erreichte sie bereits die Höhe von $6^1/_4$ Milliarden Franken. Die Türkei sah sich genötigt, die Zinsen auf die Hälfte zu reduzieren, von welcher Beschränkung jedoch die dem Privatschatze des Padischahs angehörenden türkischen Staatspapiere, im beiläufigen Werte von 144 Millionen Franken, ausgenommen wurden. Schon das eine Faktum allein kennzeichnet den Charakter des Sultans Abdul Aziz, der grenzenloser Verschwendungs- und Zerstreuungslust ergeben war und in ewiger Angst vor Mördern lebte. Unter einem solchen Herrscher, der sich wenig um das öffentliche Wohl kümmerte, sich dafür an Balletts, Hahnenkämpfen und ähnlichen Vergnügungen ergötzte, war wohl keine Gesundung der Türkei zu erwarten. So konnte es kommen, daß der Zerfall des Reiches immer mehr um sich griff und es ihm an der Macht fehlte, den Aufstand zu dämpfen und die gestörte Ordnung wieder herzustellen.

In erster Reihe war Oesterreich-Ungarn als unmittelbar benachbarter Grenzstaat von der Insurrektion berührt. Scharenweise zogen die flüchtigen Christen mit Hab und Gut nach Kroatien, um dort Zuflucht vor den sie verfolgenden Mohammedanern zu finden. Noch wollte Andrássy die ganze Angelegenheit als eine innere Frage der Türkei betrachtet sehen, womit er nur den Wunsch nach Erhaltung der Ruhe durch die Türkei verband.[1]) Aber die Energielosigkeit der Pforte, die nicht Herr des Aufstandes werden konnte, ließ sehr bald die Zukunft in einem düstern Licht erscheinen. Am 18. August äußerte Kaiser Wilhelm zu Freiherrn von Seiller, er könne die Vorgänge am Balkan nicht ohne Besorgnis betrachten. Aufrichtig bedauerte er, daß es der türkischen Regierung nicht gelungen sei, die Insurrektion im Keime zu ersticken. Insbesondere erregte beim Deutschen Kaiser die Haltung Serbiens schwere Bedenken. Fürst Milan, sagte er, ist jung und unerfahren, er befindet sich ganz in der Hand seiner Ratgeber und dürfte nicht kräftig genug sein, um der nationalen Richtung mit Erfolg entgegenzutreten.[2]) Kaiser Wilhelm war sehr gut berichtet, als er in diesem Sinne zu Freiherr von Seiller sprach.

---

[1]) Rotbuch (vom 16. Mai 1873 bis 31. Mai 1877), S. 97.

[2]) Seiller an Andrássy, Berlin, 21. August 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

Längst waren beunruhigende Nachrichten über die herrschenden Zustände in Belgrad nach Wien gelangt. Nebst der durch die Studenten und die Bauern vertretenen kommunistischen Richtung[1]) griff da eine starke antidynastische Bewegung um sich, die ihre vornehmsten Vertreter in den maßgebenden Staatsmännern selbst hatte. Wie ein in alle Umtriebe der Omladina eingeweihter Agitator, der pensionierte k. k. General Stratimirović, zu erzählen weiß, war es der serbische Ministerpräsident Ristić selbst, der allen sozial-republikanischen Elementen und den Feinden der herrschenden Dynastie Obrenović die ausgiebigste Unterstützung zuteil werden ließ. Er soll es gewesen sein, der Milan zur Abdankung zu bewegen suchte, um Raum für die Proklamierung der Republik zu schaffen. Ristić versuchte angeblich die Phantasie des leicht erregbaren jungen Obrenović durch den Hinweis auf das Beispiel des spanischen Königs Amadeo zu entzünden, der freiwillig der Krone entsagte und den er ihm als das Ideal eines Fürsten hinstellte. Stratimirović bringt alle diese Machinationen mit dem Ehrgeiz des Ristić in Verbindung, der von nichts anderem träumte, als sich selbst zum Präsidenten der serbischen Republik ausrufen zu lassen. Obgleich Milan, unter der Einwirkung des Ristić stehend, in vertrautem Kreise geäußert haben soll, er werde zum Wohle seines Volkes abdanken,[2]) legte er dennoch die Fürstenkrone nicht nieder. Ueberhaupt hatte er durch sein ganzes Verhalten die ehemalige Volkstümlichkeit verloren. Man warf ihm Hinterlist, Neigung zur Intrige vor, daß er ohne Scheu vor Fremden und Einheimischen mit Verachtung von Serbien rede. Immer mehr verbreitete sich die Meinung, daß solange Milan auf dem Throne sitze, das Land nicht glücklich werden könne.[3])

---

[1]) Kállay an Andrássy, Belgrad, 9. Januar 1874. Gräflich Andrássysches Archiv.

[2]) General Stratimirović an einen ungarischen Staatsmann, Neusatz, 1. Juli 1873. Nach dem Inhalte zu schließen, kann der Brief nur an Andrássy gerichtet sein, obgleich dies nicht ausdrücklich angegeben ist. Wie aus den 1911 erschienenen Erinnerungen des Stratimirović („Was ich erlebte") hervorgeht, ließ er sich 1865 in den ungarischen Reichstag wählen, wo er dann, wie er S. 136 erwähnt, zu Graf Andrássy in Beziehungen trat. Im Briefe bedient er sich in der Ansprache des Ausdruckes „Du Exzellenz", was aus der unter den ungarischen Deputierten üblichen Sitte, sich zu duzen, erklärlich ist. Die Erinnerungen des Stratimirović sind übrigens mit großer Vorsicht zu gebrauchen.

[3]) Kállay an Andrássy, 9. Januar und 2. Februar 1875. Gräflich Andrássysches Archiv (ung.).

Die russisch gesinnte Partei der Stevera-Grujić[1]) arbeitete bereits im geheimen an dem Plan, mit dessen eigener Zustimmung den Fürsten Nikita von Montenegro an Stelle Milans zum Fürsten von Serbien zu proklamieren. Eine derartige Möglichkeit wäre für unsere Monarchie unangenehm gewesen, da Nikita vollkommen von Rußland abhing, was von Milan nicht behauptet werden konnte. Es scheint nur auf eine Erforschung der Gesinnung unserer Regierung abgesehen gewesen zu sein, als eines Tages der Belgrader russische Generalkonsul Siskin, die Folgen der Vertreibung Milans vor Kállay erwägend, bemerkte: er sehe die einzige Lösung der gefährlichen Krisis darin, daß Erzherzog Johann von Toskana zum Herrscher von Serbien ausgerufen werde.[2])

Diese unsicheren Verhältnisse in Belgrad mahnten schon deshalb zur Vorsicht, weil sie mit häufigen Ministerwechseln verknüpft waren, die, insbesondere nach dem Sturze des zu Oesterreich-Ungarn hinneigenden Marinović, jenen Elementen zur Macht verhalfen, die in der Verwirklichung der großserbischen Ideen ihr höchstes Ziel erkannten. Die neuen Leiter Serbiens standen in enger Verbindung mit der Omladina, deren vornehmstes Bestreben in der Gewinnung der ungarischen Serben für ein großserbisches Reich bestand.[3]) Graf Andrássy, der den Sturz des Marinović lebhaft bedauerte,[4]) kannte genau alle die Intrigen, die von Serbien herüber nach der Monarchie angezettelt worden waren. Sowohl aus Aeußerungen Milans selbst während dessen letzter Anwesenheit in Wien, wie auch aus anderweitigen ihm zugekommenen Berichten gelangte Andrássy zur Ansicht, daß die Bewegung in der Hercegovina und Bosnien nicht bloß Steuerbedrückungen zuzuschreiben sei, sondern daß sie, von langer Hand vorbereitet, im Grunde mit die Frucht der kombinierten Aktion der slavischen revolutionären Komitees war. Fürst Milan hatte dem Minister den ehemaligen serbischen Oberst Oresković als den Hauptmotor und mit ihm den pensionierten k. k. Generalmajor Stratimirović als die rührigsten

---

[1]) Es kann dies jedenfalls nur Sava Grujić sein, der wegen seines 1873 über die Organisation der serbischen Armee erschienenen Werkes, das deren Mängel aufdeckte, aus dem serbischen Heeresverbande entlassen wurde. 1877 war er Kriegsminister und nach der Abdankung Milans Ministerpräsident bis 1891.

[2]) Kállay an Andrássy, Belgrad, 2. Februar 1875. Gräflich Andrássysches Archiv.

[3]) Schweinitz, Wien, 30. Dezember 1874.

[4]) Ibidem.

Agenten dieser Komitees bezeichnet.[1]) Andrássy zweifelte nicht, daß außer diesen beiden Männern, deren Verbindungen mit der Grenze und den ungarischen Serben kein Geheimnis blieben, auch der in Belgrad wohlgekannte Miletics und der serbische Minister Ristić nichts unversucht lassen werden, um die Monarchie durch die Provozierung einer Manifestation von seiten der ungarischen Serben bloßzustellen. „Bei solchem Zusammenhange" — folgert Andrássy — „ist es sehr wahrscheinlich, daß die Leiter der Bewegung in der Hercegovina, in Serbien und Bosnien trachten werden, die Aktion von dem internationalen Boden auf den revolutionären hinüberzuspielen." [2])

Andrássy würde der von der slawischen Propaganda angefachten Bewegung keine große Bedeutung beigelegt haben, wenn er die Gewißheit gehabt hätte, daß sie von Rußland keine Förderung erhalte. Des Zaren glaubte er sicher zu sein. Er fürchtete jedoch die Moskauer Partei, deren Mut sich jedenfalls steigern würde, wenn sich Symptome einer slawischen Solidarität auch in der Monarchie zeigen sollten. Das mußte um jeden Preis verhütet werden. Andrássy hoffte auch auf ein Gelingen, wenn Rußland, wie er bemerkt, sieht, „daß es aus einer Propaganda bei uns, selbst wenn es wollte, keinen Nutzen ziehen kann". Der Minister des Aeußern befürwortete dringend, Vorkehrungen zu treffen, die sich vielleicht als überflüssig herausstellen könnten, aber unter den obwaltenden Verhältnissen doch geboten seien, um der slawischen Propaganda den Boden unter den Füßen zu entziehen. Als eine der unerläßlichsten Maßregeln dünkte ihn, daß in der Nähe des Herdes der Bewegung weder kroatische noch serbische Regimenter belassen werden. Nicht daß er deren Treue in Zweifel zog, aber er wollte den Agenten der serbischen Regierung wie auch Leuten vom Kaliber eines Oresković jeden Anlaß benehmen, der sie zu einem Versuche der Aufreizung verlocken könnte, den sie ungarischen oder deutschen Truppen gegenüber von vornherein nicht wagen würden. „Es sei immer besser," sagte er, „darauf zu rechnen, daß man uns nicht schaden kann, als daß man uns nicht schaden will." Indem er seine Anträge zur Annahme empfahl, apostrophierte er die Krone mit folgenden Worten: „Heute sind Eure Majestät in den Augen von Europa diejenige Macht,

---

[1]) Vortrag Andrássys, 17. August (1875), ungedruckt. Von all dem findet sich nichts bei Stratimirović, der eine Doppelrolle spielte.

[2]) Vortrag Andrássys, 17. August (1875), ungedruckt.

welche über den Ausgang der Bewegung das entscheidende Urteil zu sprechen haben wird; sobald aber irgendein noch so geringer Teil unserer Bevölkerung oder unserer bewaffneten Macht sich dieser Bewegung anschließt, würde das alte Gerede von der Unhaltbarkeit der Monarchie wieder in den Vordergrund treten und wir wären nicht mehr die Macht, welche unter den Kämpfenden entscheidet, sondern beteiligte Partei, über welche die Ereignisse mit entscheiden." [1])

Sehr bald sollte es sich zeigen, daß die auf die Pazifizierung der insurgierten türkischen Provinzen gerichteten Bemühungen Andrássys gerade bei Rußland nicht die nötige Förderung fanden. Was der Minister des Aeußern von Anfang an befürchtet hatte, trat wirklich ein. Ungeachtet aller freundschaftlichen Versicherungen und aller Beteuerungen, im Sinne der Entente vorzugehen, betrieb Rußland doch eine geheime Agitation, die zum letzten Ziele die Aufstachelung der slawischen Aspirationen hatte, um mit deren Hilfe der Türkei den Todesstoß zu versetzen. Weit davon entfernt, Andrássy zu unterstützen, der eine Ausgleichung der zwischen dem Sultan und dessen christlichen Untertanen bestehenden Gegensätze anstrebte, dachte Gorčakov an Vorschläge, die zur Unabhängigkeit der Hercegovina und Bosniens vom Osmanenreiche führen mußten. Der russische Staatskanzler beschäftigte sich in vollem Ernste mit dem Gedanken, es sollte schon jetzt den zwei türkischen Provinzen eine autonome Stellung gleich der Rumäniens eingeräumt werden. Mit Recht durfte eine solche Maßregel als Ungeheuerlichkeit erscheinen. Mußte es doch als ganz ausgeschlossen gelten, daß es einen über Bosnien allein herrschenden Fürsten geben könnte, der die Kraft besessen hätte, über 600000 Mohammedaner und 500000 Christen in Ruhe zu regieren. Weniger gefährlich und eher durchführbar wäre es gewesen, wenn Gorčakov den Antrag gestellt hätte, Bosnien und die Hercegovina autonom durch einen Pascha im Namen der Pforte verwalten zu lassen. Aber selbst dieses Auskunftsmittel hätte anstatt einer Lösung nur eine Vertagung der ganzen Frage bedeutet. Um sie möglich zu machen, wäre es des russischen Staatsmannes erste Aufgabe gewesen, vor Europa den Beweis zu führen, daß sich die 500000 Christen unter einem Pascha besser als unter der bisherigen Regierung befinden würden. Vor allem hätte Gorčakov die Macht besitzen müssen, der Welt die Vorstellung beizubringen,

---

[1]) Vortrag Andrássys, 17. August (1875), ungedruckt.

daß sein Vorschlag wirklich eine Beseitigung der vorhandenen Schwierigkeiten und nicht vielmehr ein Heraufbeschwören der orientalischen Frage in geradezu unlösbarer Form bilde. Würde denn nach Schaffung eines autonomen Bosniens nicht sofort auch Bulgarien ein ähnliches Verlangen gestellt und nicht auch Rumänien den günstigen Anlaß benützt haben, um seine volle Unabhängigkeit von der Pforte durchzusetzen? Anstatt einer Festigung des Bestehenden wäre durch den Gorčakovschen Schritt vielmehr alles erst recht ins Rollen geraten. Wie sehr auch Andrássy von der Undurchführbarkeit des russischen Vorsatzes durchdrungen war, wollte er trotzdem nicht von vornherein dagegen ein Veto einlegen, sondern in Ruhe abwarten, bis er aufs Tapet gelange. Es schien ihm um so weniger nötig, den „Stier sofort bei den Hörnern zu fassen“, als es möglicherweise gar nicht zur Formulierung der Gorčakovschen Idee kommen werde. Hing doch deren Schicksal vom Ausgang des Kampfes ab, wie er damals noch zwischen den türkischen Truppen und den beiden Provinzen wütete. Siegten die Türken, so war es ja sicher, daß sie von einem autonomen Bosnien unter einem Pascha nichts würden hören wollen. Konnten sich dagegen die Insurgenten eines Erfolges über ihre Gegner rühmen, so war es nicht weniger gewiß, daß diese von einem solchen Zugeständnis nicht befriedigt sein würden. Unter diesen Umständen empfahl Andrássy dem Kaiser „Temporisieren“, für das der Minister übrigens sonst keine besondere Vorliebe bekundete.

Das von Andrássy als „platter Unsinn“ bezeichnete Projekt Gorčakovs enthüllte jedoch dem Minister in untrüglicher Weise, daß die „altrussische Tradition“ trotz aller gegenteiligen Versicherungen wohlbehalten fortbestehe. Mit überwältigender Kraft offenbarte es, wie Rußland nur einer Gelegenheit bedürfe, um Wege zu betreten, auf denen sich ihm unsere Monarchie entgegenstellen müsse, wofern sie nicht, wie es im Vortrage Andrássys lautet, in die Lage einer Armee geraten wolle, die, ohne daß ein Schuß fiele, von allen Seiten umgangen wird.

An dem ganzen Gebaren Gorčakovs überraschte den Grafen Andrássy nichts so sehr als die Wahrnehmung, daß Rußland schon jetzt, noch im frühen Stadium der bosnisch-hercegovinischen Krise, seine der Monarchie übelwollende Tendenz verriet. Darauf, daß es einmal so kommen werde, war er vorbereitet. Alles, was er bisher getan, geschah stets in der zielbewußten Absicht, das Zarenreich durch die Pflege der Freundschaft mit anderen Staaten in Schach zu halten. In seinem Vortrage sagt er dem Kaiser:

„Unsere Politik Deutschland, unsere Politik Italien gegenüber, die Eure Majestät manchmal eine mit Recht bewunderte Selbstüberwindung gekostet haben mag, ist nur durch diese Voraussicht motiviert.“ Andrássys Haltung 1870 und die Unterstützung, die er in der spanischen Anerkennungsaffäre Bismarck zuteil werden ließ, von vielen ihm als „Schleppträgerei gegen Deutschland“ ausgelegt,[1]) entstammten ein und demselben Bedürfnis, sich einen starken Bundesgenossen gegen die russische Macht zu sichern. „Es leitete mich,“ äußert er sich hierüber, „die Ueberzeugung, daß, solange 36 Millionen Franzosen und die voraussichtlichen inneren Schwierigkeiten der deutschen Unifikation existieren, der Fall nicht vorkommen kann, daß wir Rußland gegen Deutschland brauchen, dagegen der Fall, daß wir der Stütze Deutschlands gegen die traditionellen Tendenzen der Russen bedürfen können, nur zu leicht möglich ist.“ Mit Recht durfte er den Kaiser daran erinnern, daß er von der Stunde an, als in militärisch-politischen Besprechungen die Gefahren erwogen wurden, denen möglicherweise die Monarchie entgegengehe, diesen Standpunkt eingenommen habe. Nichts hatte ihn darin zu erschüttern vermocht: weder seine Verehrung für die edlen Herzenseigenschaften Alexanders II. noch auch dessen für seine, des Ministers, Person äußerst schmeichelhaftes Entgegenkommen.[2])

* * *

Aber nicht nur Rußland schürte eifrigst das fortwährend unter der Asche glimmende Feuer in den türkischen Provinzen, wo es ja nur des geringsten Anlasses bedurfte, um es in hellen Flammen ausbrechen zu lassen, auch in hohen maßgebenden militärischen Kreisen der Monarchie hatte man lange vorher mit einer Empörung der Rajah gerechnet, um eventuell Bosnien und die Hercegovina Oesterreich-Ungarn einzuverleiben. Bereits einige Wochen nach dem Pariser Frieden, am 30. August 1856, bezeichnete Feldmarschall Radetzky den Besitz der beiden Provinzen im Hinblick auf die Sicherung Istriens und Dalmatiens als wünschenswert.[3])

---

[1]) So nennt es Andrássy selbst in seinem Vortrage vom 31. August 1875, ungedruckt.

[2]) Die ganze Darstellung beruht auf dem Vortrag Andrássys vom 31. August 1875, ungedruckt. Andrássy begleitete diesen Vortrag mit den Worten: „Bitte um Verzeihung, wenn ich, statt eigenhändig zu schreiben, meinem Sohn (Theodor) diktiere. Ich bin mit dem Pferde gestürzt und kann den Arm etwas schwer bewegen.“

[3]) Adolf Beer, „Die orientalische Politik Oesterreichs seit 1774“, S. 747.

Dem gleichen Verlangen gab mehr als ein Jahrzehnt später der Sieger von Lissa, Wilhelm von Tegetthoff, Ausdruck.[1] Seit dem Verluste Venetiens und des Westufers der Adria waren die militärischen Kreise immer mehr von der Anschauung durchdrungen, daß Dalmatien durch sein natürliches Hinterland gestützt und durch dieses wieder die Küste geschützt werden müsse, die jetzt als einzige Basis für die Flotte diente. Man traf auch alle Anstalten, um zu gelegener Zeit diesen Vorsatz der Verwirklichung zuzuführen. Jahre hindurch schon bereisten die tüchtigsten Stabsoffiziere Bosnien und die Hercegovina, um für das Kriegsministerium Karten und topographische Studien anzufertigen.[2] 1875 glaubte man der Realisierung des Gedankens nähertreten zu können. Als sich im März dieses Jahres Mollinary, der kommandierende General Kroatiens, in Wien aufhielt, begegnete er in der Hofburg auf der Treppe dem ersten Generaladjutanten Feldmarschallleutnant Mondel, dem Vorstand der Militärkanzlei, Generalmajor Beck und Feldzeugmeister Rodić, dem Militärkommandanten und Statthalter von Dalmatien. Nach kurzer Begrüßung entwickelte sich zwischen Mollinary und Mondel folgendes Gespräch. Mondel: „Weißt du das Neueste? Soeben haben wir mit Seiner Majestät das Programm für seine dalmatinische Reise festgestellt." Mollinary: „Was sagst du? Der Kaiser geht nach Dalmatien?" Mondel: „Jawohl. Im nächsten Monat, nach dem Gegenbesuch bei dem König von Italien in Venedig." Mollinary: „Dann brennt's." Mondel: „Was meinst du damit? Brennen, wo soll's brennen?"[3] Die letzten, fast ängstlich ausgesprochenen Worte des ersten Flügeladjutanten verrieten deutlich, daß er mehr gesagt, als er verraten hätte dürfen. In der Freude über die bevorstehende Ausführung eines im Verein mit seinen Freunden ausgeheckten Planes ließ sich Mondel allzufrüh in die Karten blicken.

Die vornehmste Triebfeder der Reise nach Dalmatien, die Person, der man direkt zuschrieb, den Kaiser zu der „verhängnisvollen" Fahrt veranlaßt zu haben, war Feldzeugmeister General Rodić — ein General von sehr ausgeprägten slawischen Sympathien, der seine Stellung gerne zur Förderung der Interessen seiner Stammesgenossen benützte.[4] Fürst Bismarck erschien es äußerst

---

[1]) Aus W. von Tegetthoffs hinterlassenen Papieren, herausgegeben von Adolf Beer, S. 78.

[2]) Bericht vom 28. Januar 1875 aus Prag nach Berlin.

[3]) Mollinary, a. a. O., Bd. II, S. 281.

[4]) Militärischer Bericht des Grafen Keller. Wien, 16. November 1876.

befremdlich, daß es dem Einflusse eines einzelnen Generals wie Feldzeugmeister Rodić gelungen sein sollte, den Kaiser zu einer Reise zu bewegen, die für Oesterreich-Ungarn die so schwierige Situation des christlichen Aufstandes schuf. Der Kanzler erblickte hierin ein für die Freunde und Bundesgenossen ungemein gefährliches Zeichen.[1]) Nicht unwahrscheinlich klingt es ja, daß die Idee des Rodić bei Franz Josef I. auf fruchtbaren Boden fiel, der über Bosnien und die Hercegovina nicht anders als seine militärische Umgebung gedacht und überdies in der Erwerbung dieser Gebiete einen Ersatz für den Verlust der italienischen Länder erblickt haben mochte. Wie sehr man sich schon längst den Monarchen mit derartigen Plänen beschäftigt vorstellte, beweist am besten der Ausspruch, den man ihm, als bereits vor Jahren getan, gegenüber dem südslawischen Agitator Stratimirović in den Mund legte: „Glauben Sie mir, lieber General, mein Herz schlägt ebenfalls dem Augenblick gar ungeduldig entgegen, wo unsere Fahnen wieder in Bosnien wehen werden!“[2]) Gewiß ist es jedenfalls, daß das österreichische Ministerium keine Ahnung von der versteckten Absicht hatte, die mit der dalmatinischen Reise verknüpft war. Wie sehr überraschte es den Handelsminister Freiherrn von Chlumecky, der sich in der Begleitung des Kaisers befand, als er in Dalmatien den Feldzeugmeister Rodić und dessen Getreue nur von der Okkupation des nötigen Hinterlandes sprechen hörte. Nicht weniger machte es ihn stutzen, daß die katholischen Bischöfe aus der Hercegovina im Kaiser ihren Zaren und Erretter aus muselmanischer Herrschaft begrüßten. Kaum aus Dalmatien zurückgekehrt, eilte Chlumecky zum Grafen Andrássy, um ihm Mitteilung von all dem zu machen, was er gesehen und erlebt. Der Handelsminister gewann den Eindruck, daß seine Erzählung den Minister des Aeußern wie einen Mann, der von all dem ohne Kenntnis sei, in Erstaunen versetzte.[3]) Allein Chlumecky irrte doch sehr, wenn er sich Andrássy als vollkommen unorientiert über die dalmatinische Reise vorstellte. Sehr gegen dessen Willen war der Kaiser nach Dalmatien gefahren, da Andrássy befürchtete, die Reise werde vorzeitig die orientalische Frage ins Rollen bringen, in den slawischen Stämmen nicht zu befriedigende Hoffnungen erwecken und, wie es ja auch geschehen, den Zündstoff nach Bosnien und

---

[1]) Bismarck, 20. November 1876.
[2]) Bericht aus Prag vom 28. Januar 1875 nach Berlin.
[3]) Auf Grund verläßlicher mündlicher Mitteilungen.

der Hercegovina tragen.[1]) Gerade weil es Andrássy bekannt war, daß der Kaiser bei seiner letzten Begegnung mit Alexander II. über die Möglichkeit einer Okkupation der beiden türkischen Provinzen gesprochen habe, war er nicht ohne Sorge für die Folgen der dalmatinischen Reise. Er hatte das richtige Gefühl, daß der Statthalter von Dalmatien bei dieser Gelegenheit das Stichwort zur Erhebung gegen die türkische Herrschaft ausgeben werde,[2]) worin sich der Minister des Aeußern auch nicht täuschte. Kam doch auch der Monarch von dieser Fahrt mit der Ueberzeugung zurück, daß man mit der Besetzung der beiden Provinzen nicht mehr lange werde warten können.[3]) Im Juli 1875, kurz nach dem Ausbruch der Unruhen, machte auch der Kaiser Mollinary die vertrauliche Mitteilung, daß er ihm das Kommando über das für Bosnien bestimmte Korps zugedacht habe — indem man möglicherweise dort zum militärischen Einschreiten genötigt werden könnte.[4])

Andrássy war nicht dieser Meinung. Von Anfang an trennte ihn in dieser Angelegenheit ein tiefer Gegensatz von den militärischen Kreisen, die mit bewußter Tendenz an die Erwerbung Bosniens und der Hercegovina dachten. Zu diesem Zwecke sollte die Erhebung benützt werden, ohne jede Rücksicht auf den sonstigen Stand und Verlauf der orientalischen Frage. Sie verfolgten eine „absolut annexionistische“ Politik. Als Gründe für ein solches Vorgehen führten sie die Sympathien der bosnischen Christen für das angrenzende Oesterreich-Ungarn, die bereits erwähnte Notwendigkeit, dem ungünstig konfigurierten Dalmatien ein Hinterland zu verschaffen, und ferner den Gedanken ins Treffen, daß der Aufstand die Liquidation der europäischen Türkei unbedingt nach sich ziehen werde, bei welchem Anlaß die Monarchie rechtzeitig ihren Anteil in Sicherheit bringen müsse. Die militärischen Kreise waren auch auf die Mittel bedacht, mit welchen sie ihrer Politik die Wege bahnen wollten. Als solche empfahlen sich ihnen die Pflege der Sympathie für unsere Monarchie in den insurgierten Gebieten sowie geheime kräftige Begünstigung der aufständischen Bewegung und in letzter Linie: bewaffnetes Einschreiten zugunsten der unterdrückten Rajah.[5])

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 1. April 1875 (ung.).
[2]) Ibidem, 30. Juli 1875.
[3]) Ibidem.
[4]) Mollinary, a. a. O., Bd. II, S. 288.
[5]) Denkschrift über die bosnische Okkupation. Ungedruckt.

Von all dem aber mochte Andrássy nichts wissen, da er die ganze Frage von einem mehr europäischen Gesichtspunkte aus erfaßte. Freilich zog auch er die Möglichkeit einer Besetzung der beiden türkischen Provinzen in den Kalkül seiner politischen Erwägungen. Doch unterschied er sich von den Militärs dadurch, daß er den Aufstand und die sich hieraus ergebenden Wirren nicht zur Erwerbung jener Provinzen benützen wollte. Ihm schwebte nur die Eventualität vor Augen, es könnte sich im Laufe der Begebenheiten für Oesterreich-Ungarn der Zwang der Okkupation ergeben, um auf diese Weise der Besetzung Bosniens und der Hercegovina durch Serbien und Montenegro vorzubeugen. Bei Feststellung dieser „fakultativ annexionistischen" Politik ging Andrássy von der Ueberzeugung aus, die Monarchie bedürfe in ihrer gegenwärtigen Gestalt keiner Vergrößerung mehr. Die Angliederung der beiden türkischen Provinzen dünkte ihn überhaupt kein Erwerb von so durchschlagendem Vorteile für die Monarchie, um deshalb die Türkei einer für sie gefährlichen Schwächung auszusetzen. Andrássy schien es, daß sich die Besitznahme höchstens durch strategische Rücksichten und als prophylaktische Maßregel gegen slawische Neugestaltungen an unserer Grenze rechtfertigen ließe. Zu der ablehnenden Haltung gegenüber der annexionistischen Richtung der militärischen Kreise ward der Minister des Aeußern ferner durch die Voraussetzung bewogen, daß die Türkei, solange sie die beiden Provinzen selbst behaupten könne, für uns ein unschädlicher, eigentlich sogar nützlicher Nachbar sei. Die Schwächung oder Verdrängung der Türkei hielt er nicht nur vom speziell österreichisch-ungarischen Standpunkt, sondern auch aus europäischen Rücksichten für einen großen politischen Fehler. Andrássy zweifelte nicht, daß ein offensives Auftreten der Monarchie sofort die ganze Orientfrage aufrollen und infolgedessen eine Krise heraufbeschwören würde, von der er meinte, daß sie vielleicht noch durch eine geeignete politische Aktion hintangehalten werden könnte. Verfehlt wäre es jedoch, anzunehmen, Andrássy habe durch die von ihm vertretene Richtung die Interessen Oesterreich-Ungarns mit denen des Osmanenreiches identifizieren wollen. Sein klar ausgesprochenes Programm hatte zum Ziele: die Türken nicht aus den beiden Provinzen zu verdrängen, sie vielmehr solange als möglich dort durch Erteilung von Ratschlägen und Anempfehlung von Reformen zu stützen, im gegebenen Moment jedoch an deren Stelle zu treten, falls es ihnen an

der Kraft mangle, ihre Position selbst zu verteidigen.[1]) Denn nichts lag ihm ferner, als der Pforte mit bewaffneter Macht beizustehen, um nicht dadurch das Protektorat über die Christen des Orients einer anderen Macht in die Hände zu spielen.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist die gesamte orientalische Politik Andrássys zu beurteilen, die in ihrem Endzweck kein Schwanken kennt. Nur in der Wahl der Mittel klammerte er sich an kein vorgefaßtes System und ließ er sich, wie jeder wahre Staatsmann, von den Umständen beeinflussen. Wie sehr auch der Kaiser der militärischen Auffassung zuneigen mochte, die ihm die Verwirklichung einer Lieblingsidee in Aussicht stellte, so war er doch zu trefflich bewandert in den Irrgängen europäischer Politik, um sich den gewichtigen Argumenten seines Ministers des Aeußern zu verschließen. Selbst ein gewiegter Kenner der äußeren Angelegenheiten, verzichtete Franz Josef I. lieber auf das ihm ohne genügende Vorbereitung vorgezauberte Traumbild, als durch Beharren auf demselben sich auch für die Zukunft um die Möglichkeit der Erwerbung der beiden Provinzen zu bringen und Oesterreich-Ungarn jetzt nutzlos in unentwirrbare Gefahren zu stürzen. Durch die Zustimmung des Herrschers siegte Andrássys Auffassung über die der militärischen Kreise[2]) und gab der Politik der Monarchie die Richtung, die bis zum Berliner Kongreß ohne Wanken beibehalten wurde. Nun erst vermochte der Minister des Aeußern, unbeirrt durch anderweitige Gegenströmungen, an seine große Aufgabe zu schreiten, womit seine eigentliche weltgeschichtliche Wirksamkeit ihren Anfang nimmt, die ihn zu einem der größten Staatsmänner stempelte. Zur Lösung der übernommenen Mission bedurfte er seiner ganzen Kraft. Handelte es sich doch darum, den Aufstand zu schlichten und die Gestaltung eines Groß-Serbiens und Groß-Montenegros zu hindern. In keinem Falle durfte geduldet werden, daß sich unmittelbar an unserer Grenze, losgelöst von der türkischen Herrschaft, aus Bosnien und der Hercegovina ein uns feindlich gesinnter, ganz neuer selbständiger südslawischer Staat bilde. Es war gewiß ein des höchsten Strebens würdiger Ehrgeiz, seine Staatskunst in den Dienst eines derartigen Zieles zu stellen, dessen Realisierung für die Monarchie eine Lebensfrage bedeutete. Denn nichts konnte für sie verhäng-

---

[1]) Denkschrift über die bosnische Okkupation. Ungedruckt.
[2]) Ibidem.

nisvoller werden, als wenn den Aspirationen der südslawischen Bevölkerung zur Ausbreitung ihrer Tendenzen auf Dalmatien und Kroatien neue Nahrung gegeben würde.

* * *

Getreu seiner Politik, die Türken nicht aus Bosnien und der Hercegovina zu verdrängen, wollte Andrássy ihrer eigenen Macht die Herstellung der Ordnung in den beiden Provinzen überlassen. Der Minister erklärte, auf die militärischen Maßregeln keinen Einfluß zu nehmen, da er das Ganze als eine innere Angelegenheit der Türkei betrachte. Als Nachbarstaat habe Oesterreich-Ungarn nur die Erhaltung der Ruhe zu wünschen.[1]) Der türkische Minister des Aeußern, Safvet Pascha, zeigte sich von dieser Mitteilung sehr befriedigt. Er bat den Botschaftsrat in Konstantinopel, Freiherrn von Herbert, Andrássy seine Dankbarkeit für die wohlwollenden Gesinnungen der k. u. k. Regierung auszudrücken.[2]) Das war aber gar nicht im Sinne Rußlands. In Petersburg leitete, seitdem der „heißblütige" Slawenfreund Stremukov aus dem asiatischen Departement hatte scheiden müssen, Baron Jomini in Abwesenheit Gorčakovs die auswärtigen Angelegenheiten. Er machte den Eindruck eines wohlwollenden Mannes von den angenehmsten Formen, den man nach seinem Auftreten mehr für einen Künstler als für einen Diplomaten hätte halten können. Nach Familientradition und Erziehung fühlte er sich zum französischen Wesen hingezogen, ohne jedoch für die Fehler der Franzosen blind zu sein. Seiner ganzen Anlage nach war er den slawophilen Vorurteilen Stremukovs abhold.[3]) Aber eine durch und durch unselbständige Natur, diente er natürlich nur als Sprachrohr Gorčakovs, als er Andrássy gegenüber die Auffassung geltend zu machen versuchte, es werde den türkischen Staatsmännern allein nicht gelingen, die erregten Leidenschaften zu beschwichtigen. In geschickter Weise wurde damit der an Novikov gerichtete Auftrag vorbereitet, zur Beruhigung der Rajah eine kombinierte Aktion der drei Höfe von Wien, Berlin und St. Petersburg eintreten zu lassen. Unterbleibe eine solche, wurde gesagt, während der Aufstand größere Dimensionen annehme und die Türken neue Grausam-

---

[1]) Rotbuch, 16. Mai 1873 bis 31. Mai 1877, S. 97. Andrássy an Freiherrn von Herbert in Konstantinopel, Wien, 10. Juli 1875.

[2]) Ibidem, Freiherr von Herbert an Andrássy, Konstantinopel, 30. Juli 1875.

[3]) Reuß, Petersburg, Mai 1875.

keiten verüben, so sei zu befürchten, der Fürst von Montenegro könnte gegen seinen Willen in die Bewegung hineingerissen werden, was unter allen Umständen für den Frieden sehr verhängnisvoll wäre. Daher müßte durch gemeinsames Vorgehen getrachtet werden, die Türken raschestens zu Konzessionen und die Insurgenten zur Niederlegung der Waffen zu bewegen. Andrássy war von der russischen Idee keineswegs erbaut. Sofort durchschaute er den verborgen gehaltenen Hintergedanken des Kanzlers, der auf diesem Wege ein dauerndes Protektorat à trois über die Türkei schaffen und in weiterer Folge davon Oesterreich-Ungarns Aktionsfreiheit im Oriente „hinwegeskamotieren" wollte.[1]) Andrássy zauderte nicht, jede kollektive Maßregel abzulehnen. Aus dem russischen Antrage und in noch erhöhterem Maße aus der Ansicht Gorčakovs, Bosnien eine Rumänien gleiche Autonomie zu gewähren, ging es für Andrássy, wie er sagt, schlagend hervor, „daß der Petersburger Regierung, sie heiße, wie sie wolle, die Mission Rußlands im Oriente alles, die Egards, die es wenigstens für die Lebensinteressen des alliierten Oesterreich haben sollte, auch heute nicht viel, bei besserer Gelegenheit aber gar nichts bedeuten. „Wenn dies schon" — fügt er hinzu — „unter Alexander und Gorčakov geschieht, was können wir erst für später erwarten?"[2])

Andrássy ließ es sich daher eifrigst angelegen sein, die geheimen Pläne des russischen Kabinettes zu durchkreuzen. Es schien ihm ausreichend, wenn die Mächte, nicht kollektiv, sondern jede getrennt für sich, aber doch gleichzeitig, der Pforte ihre „guten Dienste" für das Friedenswerk in den insurgierten Provinzen anbieten.[3]) Da Rußland erkannte, keine Aussicht zu haben, mit seinen Absichten durchzudringen, fügte es sich und stimmte zu, daß Wien zum „Zentrum der Verständigung"[4]) gemacht werde, wo die nötigen Schritte gegenüber der Türkei und den Aufständischen vereinbart werden sollten. Damit hatte der Minister des Aeußern erreicht, was einen Teil seiner Aktion bildete: Rußland und der Welt klarzumachen, daß die Monarchie als Nachbarstaat in erster Linie stehe, nicht aber einem anderen Reiche unter dem Vorwande der Rassen- oder Glaubensgemeinschaft der Vorrang gebühre. In der Kaiserstadt an der Donau traten denn auch der

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 2. bis 6. August 1875 (ung.).

[2]) Vortrag Andrássys, 31. August 1875. Ungedruckt.

[3]) Rotbuch 1873—77, S. 99.

[4]) Ibidem, S. 98.

russische und deutsche Botschafter in den ersten Tagen des August mit Andrássy zu einer Beratung zusammen.[1]) Die beiden Botschafter einigten sich mit dem Minister des Aeußern dahin, daß die Mächte auf die Insurgenten in versöhnlichem Sinne einzuwirken hätten. Während in Verbindung damit die Pforte aufgefordert werden sollte, diesem Werke ihre Unterstützung zu leihen, wollte man sorgfältig alles vermeiden, was dem Ansehen des Sultans vor seinen Untertanen abträglich sein könnte. Die Konsuln als Organe der Mächte waren ausersehen, die Insurgenten für friedliche Beilegung ihres Streites mit der Pforte zu gewinnen.[2]) Anfangs widerstrebten die türkischen Staatsmänner; sahen sie doch in der Absendung von Konsuln eine mit den Bestimmungen des Pariser Friedens von 1856 in Widerspruch stehende Einmengung in die inneren Angelegenheiten ihres Landes. Schließlich fügten sie sich doch. Dem diplomatischen Vorgehen der drei Alliierten schlossen sich Frankreich und Italien an, nach einigem Widerstreben auch England.[3]) Am 22. August nahm dann die Pforte endgültig die Vorschläge der drei Kaiserhöfe an, und Server Pascha wurde zum Pfortenkommissär in den insurgierten Gebieten ernannt.[4])

Andrássy hatte jedoch nicht nur gegen die ehrgeizigen Bestrebungen Rußlands, sondern auch gegen die nach Eroberungen lüsternen Fürstentümer Serbien und Montenegro anzukämpfen, die vom russischen Kabinette als Avantgarde zur Zerstückelung der Türkei benutzt wurden. Serbien stand auf dem Sprunge, mit einer an den Grenzen der Türkei aufgestellten Armee den insurgierten Provinzen zu Hilfe zu eilen. Für Andrássy gab es zwei Wege Serbien den Ernst der Lage begreiflich zu machen: entweder mußte dem Fürstentum mit Waffengewalt entgegengetreten oder aber demselben rückhaltlos erklärt werden, es habe allein die Verantwortung für alle Folgen zu tragen, wenn es sich erkühne, trotz der Mahnungen Oesterreich-Ungarns, den europäischen Frieden in Frage zu stellen. Entschließe sich die Monarchie für den Gebrauch militärischer Macht, so hätten sofort ein Monitor und Truppen Aufstellung vor Belgrad zu nehmen. Obgleich Andrássy meinte, daß solch kategorisches Auftreten vielleicht den Ausbruch des Krieges ersticken könnte, war er dennoch nicht geneigt, dem Kaiser

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 2.—6. August 1875 (ung.).
[2]) Rotbuch a. a. O., S. 99.
[3]) „Das Staatsarchiv“, 29. Bd., S. 341.
[4]) Ibidem, S. 340.

zur Ergreifung dieses äußersten Mittels zu raten. „Wir würden," sagte er, „auf diese Art, auch wenn es gelingt, nach meiner Ansicht als Gendarmen der Türkei erscheinen, für Rußland die Kastanien aus dem Feuer holen, und nicht nur Serbien, sondern auch Montenegro, Hercegovina und Bosnien würden die Vernichtung ihrer Hoffnungen in erster Linie uns zuschreiben. Gelingt es aber nicht, den Krieg aufzuhalten," fährt er fort, „was leicht der Fall sein kann, so müßte dem Veto eine Aktion folgen, die uns entschieden viel Lasten aufbürden, aber jede Solution, die uns nützlich sein könnte, von vornherein ausschließen würde. Die Krise aufhalten wollen und nicht können, würde Haß und Verlust des Ansehens zugleich nach sich ziehen." Daher entschied er sich für den zweiten Modus, der in der Mahnung vor der großen Verantwortung bestand, die Serbien durch Eröffnung der Feindseligkeiten auf sich lade. Andrássy erblickte darin keine Abweichung von dem bisherigen Programme, in dessen Sinne durch das Anerbieten der „Bons offices" das Friedenswerk gefördert werden sollte. Entweder, lautet es in dem Vortrage, gelingt es, die Krise aufzuhalten: in diesem Falle tragen wir das Odium nicht allein, sondern teilen es mit anderen Mächten, oder dies gelingt nicht, so kann eine fruchtlose Aktion, die in Gemeinschaft unternommen ist, unserem Ansehen nicht schaden, und wir behalten freie Hand. Andrássy rechnete jedoch auch mit der Möglichkeit, daß Serbien durchaus losschlagen werde wollen. Dann hätte Oesterreich-Ungarn volle Neutralität zu beobachten. Gleichzeitig müßte jedoch der serbischen Regierung reiner Wein eingeschenkt werden. Keinen Augenblick dürfte sie darüber im Zweifel bleiben, daß wenn im Laufe der Ereignisse der Krieg, mit oder ohne Wollen Serbiens, einen gegen die Monarchie gerichteten propagandistischen Charakter annehme, Oesterreich-Ungarn sich nicht mit der Aufstellung von unnützen Observationskorps begnügen, sondern sofort entschieden eingreifen werde. Dabei dachte Andrássy an Belgrad als Faustpfand, um die Kosten der Besitznahme „ad normam fünf Milliarden" erstattet zu bekommen. „Wie die Dinge heute stehen," resümiert der Minister seine Darlegungen, „ist dies der einzig richtige Weg. Nur eine unerwartete Wendung könnte eine Modifikation notwendig machen." [1])

Nicht weniger als Serbien lechzte auch Montenegro danach, seine Beute aus der Auflösung der Türkei heimzutragen. Vorläufig

---

[1]) Andrássy an den Kaiser, 17. August (1875). Ungedruckt.

verhielt es sich scheinbar ruhig. Unter der Hand aber schürte es eifrig, um den Aufstand nicht erlöschen zu lassen. Dabei trachtete es, bis seine Zeit gekommen, sich in den beiden türkischen Provinzen auf Kosten Oesterreich-Ungarns Sympathien zu erwerben. In sehr sonderbarer Form sollte das geschehen. Der Fürst von Montenegro hatte sich an den Kaiser wegen Ueberlassung von Lebensmitteln für die in sein Land geflüchteten Insurgenten gewandt. Andrássy war bereit, dem Kaiser die Erfüllung dieses Wunsches zu raten. Aber er verwarf den Antrag des Rodić, der für Geheimhaltung der Montenegro in klingender Münze zu leistenden Hilfe plädierte. Wie konnte denn Andrássy zustimmen, den Säckel des Fürsten von Montenegro zu füllen, von dem er wußte, daß er erst unlängst die von Oesterreich-Ungarn erhaltenen 4000 Gulden dazu verwendete, um mit dieser Summe die angrenzenden Albanesen unter seinen Einfluß zu bringen! Der Montenegriner konnte seine Popularität nur dadurch heben, daß er den verunglückten Insurgenten beisprang, deren Angehörige sich dann allmählich daran gewöhnen mußten, in ihm ihren Beschützer und Wohltäter zu sehen. Mit Recht sagte Andrássy: „Diesen Zweck zu fördern, kann nicht unsere Aufgabe sein; tun können wir es, jedoch unter der einzigen Bedingung, daß die Betreffenden wissen, der Fürst von Montenegro könne sie nur insolange schützen, als Eure Majestät ihn schützen.“ [1])

Andrássy bedurfte in diesen Tagen der ganzen Klarheit seines Blickes, um sich von keiner Seite zu einer abenteuerlichen Politik hinreißen zu lassen. Zu einer solchen wollte ihn Rodić drängen, der von Anfang an für den Einmarsch der österreichisch-ungarischen Truppen in Bosnien und der Hercegovina geschwärmt hatte, und es für einen großen Fehler hielt, daß dies nicht sofort beim Ausbruch der Insurrektion geschehen. [2]) Auch jetzt, als er am 1. August 1875 vom Kriegsministerium den Auftrag bekommen, mit seinem Stabe vorbereitende Studien über einen eventuell nötig werdenden Einmarsch österreichisch-ungarischer Heeresteile in Bosnien und die Hercegovina einzuleiten, trat er mit allem Eifer für eine derartige Maßregel ein. Mit Rücksicht auf die obwaltenden politischen Verhältnisse erschien es dem General unerläßlich, noch vor

---

[1]) Vortrag Andrássys. Ohne Datum; dürfte aller Wahrscheinlichkeit in den August 1875 gehören. Ungedruckt.

[2]) Denkschrift des Feldzeugmeisters Baron Rodić für den Kriegsminister Baron Koller. Zara, 10. August 1875. Ungedruckt.

Beginn der militärischen Operationen eine „vollkommen klare Uebereinkunft“ mit Serbien und Montenegro zur Sicherstellung der Okkupation zu treffen. Unbekannt mit den Verhältnissen in Serbien, beschränkte sich Rodić auf die Gewinnung Montenegros, dem man für seine Neutralität Gebietserweiterungen verbürgen müßte.[1]) Andrássy, dem infolge Weisung des Kaisers die Denkschrift des Statthalters von Dalmatien zur Aeußerung übergeben wurde, bezeichnete die in derselben niedergelegten Ansichten als von Grund aus verfehlt. „Rodić,“ bemerkt Andrássy, „sieht die Schwierigkeit einer Okkupation für uns nur in Serbien und Montenegro, aber nicht, wo sie ist, nämlich in der Stellung Rußlands und des übrigen Europa. Es geht ihm wie der Maus, die nur den Speck sieht, nicht aber die Falle, die über dem Kopfe hängt.“ Im Gegensatz zu Rodić bezeichnete der Minister des Aeußern eine Verständigung mit Serbien und Montenegro für eine Frage ganz untergeordneten Ranges, deren Lösung sich von selbst ergebe, sobald es mit Rußland und den anderen europäischen Mächten zu einer Auseinandersetzung gekommen. Andrássys politisch richtiger Ansicht muß darin jedenfalls zugestimmt werden, daß nach einer auf solcher Basis erfolgten Einigung Serbien und Montenegro notgedrungen Bedingungen annehmen werden müssen. Ebenso zutreffend war auch seine Bemerkung, daß dagegen die Regierungen von Serbien und Montenegro im Falle eines Zerwürfnisses der Monarchie mit Rußland sehr anspruchsvoll auftreten und keine wie immer gearteten Vereinbarungen einhalten würden. Andrássy besorgte überhaupt die unheilvollsten Verwicklungen von der Durchführung der Rodićschen Vorschläge. Die erste sichtbare Wirkung derselben würde sich in der Vernichtung der bisherigen Drei-Kaiser-Allianz offenbaren, deren Aufrechterhaltung im Interesse des europäischen Friedens unbedingt nötig sei. Mit der Begünstigung Montenegros aber wäre nichts anderes erreicht, als daß die Monarchie auf ihre Kosten und zu ihrem Schaden mitgeholfen hätte, an ihrer Grenze ein „Orient-Piemont“ zu schaffen. Und welchen Vorteil, fragte Andrássy, brächte in diesem Moment der Einmarsch der Truppen in die beiden türkischen Provinzen? Seine Antwort hierauf lautet, daß Oesterreich-Ungarn jetzt wohl als Eroberer aufträte, aber nicht für sich. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde diese Tatsache, mit Ausnahme unserer Südslawen, den Protest der

---

[1]) Denkschrift des Feldzeugmeisters Baron Rodić für den Kriegsminister Baron Koller. Zara, 10. August 1875. Ungedruckt.

gesamten öffentlichen Meinung Europas und auch der Monarchie selbst gegen sich hervorrufen. „Für uns," heißt es in dem Vortrage, „hätten wir niemand als die Fürsten von Montenegro und Serbien, die aber mit Sicherheit darauf rechnen könnten, daß ihnen Rußland mindestens ebensoviel bietet, als sie von uns zu erwarten haben. Die denkbar beste Chance einer solchen Politik könnte sein, daß wir einmarschieren und nach einer kurzen Zeit kostspieliger Okkupation unter allgemeinem europäischem Druck wieder ausmarschieren müssen." Bei solcher Auffassung der Sachlage ist es begreiflich, daß Andrássy den Kaiser bat, die Denkschrift des Baron Rodić unbeachtet zu lassen. Er knüpfte hieran den Wunsch, dem Feldzeugmeister den Befehl zu erteilen, sich strikte an seine Instruktion zu halten, da an eine Unterhandlung mit Montenegro nicht eher gedacht werden könne, als bis der Einmarsch, ermöglicht durch die europäischen Verhältnisse, eine beschlossene Tatsache sei. Sollte aber, wie Andrássy nachdrücklichst betont, der im richtigen Augenblick für notwendig erachteten militärischen Aktion eine diplomatische im Sinne des Rodić vorangehen, dann gebe es keine Armee, die stark genug wäre, die begangenen Fehler gutzumachen.[1])

* * *

War es Andrássy gelungen, das gefahrvolle Experiment des Feldzeugmeisters Rodić zu vereiteln, so harrte seiner nun erst recht eine der schwierigsten Aufgaben. Mit aller Kraft mußte er verhüten, zu Rußland in einen ausgesprochenen Gegensatz zu geraten, damit die Drei-Kaiser-Allianz nicht in die Brüche gehe. Außerdem hielt er es für unerläßlich, die Türken und Insurgenten an dem geplanten Friedenswerk mitarbeiten zu lassen. Gleichzeitig hatte er Serbien und Montenegro zu verhindern, daß sie nicht eigenmächtig in die inneren Angelegenheiten des Osmanenreiches eingriffen. Wie groß auch infolge der letzten Erfahrungen sein Mißtrauen gegenüber Rußland war, trachtete er dennoch, davon nichts merken zu lassen. Seiner Initiative ist es zuzuschreiben, daß der Wiener russische Botschafter Novikov nach St. Petersburg die vertrauliche Anfrage richtete, ob aus Anlaß des bevorstehenden 25jährigen Jubiläums Alexanders II. als Georgsritter die Absendung einer österreichisch-ungarischen Offiziersdeputation erwünscht wäre. Noch von Livadia aus erteilte der

---

[1]) Vortrag Andrássys, Tisza-Dob (Ungarn), 27. August 1875. Ungedruckt.

Zar eine zustimmende Antwort.[1]) Hierauf ward Erzherzog Albrecht mit der Führung der Deputation betraut. Schon die bloße Ankündigung seines Besuches erzielte die Wirkung, daß sowohl der Kaiser als auch Gorčakov sich gegenüber Baron Langenau äußerten, welch großes Vertrauen sie zur orientalischen Politik Andrássys hegten.[2]) Den gleichen Eindruck gewann auch der Erzherzog selbst, der überdies durch sein ganzes Auftreten den Verdacht zerstreute, als wäre er der Führer der Militärpartei, welche die gegenwärtigen Wirren benutzen wolle, „um eventuell" — wie es heißt — durch einen Sieg das österreichische Staatsgebiet zu vergrößern.[3]) Die Aufrechterhaltung freundlicher Beziehungen zu Rußland war von hoher Wichtigkeit, da sonst die angebahnten Friedensbestrebungen zwischen der Türkei und den Insurgenten keinen Erfolg versprachen. Unter diesen Umständen konnte es nur erfreulich sein, daß Montenegro die Zusage der Neutralität erteilte.[4]) Aus Serbien dagegen kamen sehr ernste Nachrichten, die Fürst Milan gegenüber der von der Omladina beherrschten kriegslustigen Skupschtina als ohnmächtig erscheinen ließen.[5]) Rußland, das wahrscheinlich ein Losschlagen Serbiens noch für verfrüht hielt, beantragte selbst einen Kollektivschritt der drei Kaisermächte in Belgrad. In deren Namen hatten die drei Konsuln zu erklären, Serbien habe sich jeder Maßregel zu enthalten, die der Pforte den Vorwand bieten könnte, sich als angegriffen zu betrachten. Deutlich wurde der serbischen Regierung gesagt, daß jede von ihrer Seite direkt gegen die Pforte gerichtete Feindseligkeit es den Mächten unmöglich machen würde, das Fürstentum, selbst mit Berufung auf den Vertrag von 1856, vor fremder Okkupation zu schützen.[6])

Unter diesen sich jeden Moment verwickelter gestaltenden Verhältnissen war für Andrássy der Rückhalt sehr vorteilhaft, den er beim Deutschen Reiche fand. Wesentlich hatte neuerdings zur Stärkung der Freundschaft zwischen dem Wiener und Berliner Hof der vor kurzem stattgefundene Besuch Erzherzog Albrechts bei Kaiser Wilhelm in Ems beigetragen. Das war für die öffentliche

---

[1]) Alvensleben, Petersburg, 14. November 1875.

[2]) Idem, 13. Dezember 1875.

[3]) Idem, 15. Dezember 1875.

[4]) Rotbuch, a. a. O., S. 104.

[5]) Ibid., S. 106.

[6]) Andrássy an Freiherrn von Seiller in Berlin. Wien, 30. September 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

Meinung ein untrügliches Zeichen aufrichtiger Versöhnung. Hatte man doch bisher gerade in diesem Mitgliede des Hauses Habsburg immer den Hauptvertreter gewisser, dem Deutschen Reiche nicht wohlgesinnter gesellschaftlicher und politischer Kreise Wiens erblicken wollen.[1]) In Ems aber kam es zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Erzherzog zu einer rückhaltlosen Aussprache über alle in Schwebe befindlichen Fragen militärischer und politischer Natur, die eine volle Uebereinstimmung der Denkungsart beider fürstlicher Persönlichkeiten ergab.[2]) Kaiser Franz Josef war von dem Resultat der Begegnung so sehr erfreut, daß er den Wunsch äußerte, Erzherzog Albrecht möge sich auch an den Manövern der deutschen Armee im Herbst 1875 beteiligen, indem dies nur „zur Erneuerung und Befestigung der alten kameradschaftlichen Gesinnung beider Heere beitragen kann".[3]) Der Austausch freundschaftlicher Versicherungen vermochte natürlich nicht ohne Rückwirkung auf das Gebiet der äußeren Politik zu bleiben. Das war mit Rücksicht auf manch unliebsame Erscheinung nicht ohne Bedeutung. Mit Schadenfreude und besonderer Genugtuung hatten seit einiger Zeit die Gegner Andrássys wahrgenommen, wie in selbst der deutschen Regierung nahestehenden Blättern politische Betrachtungen über die orientalische Frage veröffentlicht wurden, die für das Auswärtige Amt in Wien nichts weniger als günstig lauteten. Nun brachte am 23. September 1875 der Berliner „Reichsanzeiger" ein Communiqué, das aufs entschiedenste Verwahrung dagegen einlegte, als stünde die deutsche Regierung in irgendwelcher Beziehung zu jenen Auslassungen deutscher Zeitungen. Vielmehr hieß es da, die deutsche Politik beanspruche keine Bevormundung der ihr befreundeten Mächte, und daß sie, nicht in erster Linie hieran beteiligt, gegenüber den Ereignissen im Orient eine reservierte, abwartende Haltung beobachte.[4]) Der Artikel des „Reichsanzeigers" kam direkt aus dem Kabinette Bismarcks, der damit, wie Staatssekretär von Bülow versicherte, dem Grafen Andrássy eine Freude bereiten wollte.[5]) Noch vor dieser Aeußerung hatte schon der Minister in Berlin seinen Dank für

---

[1]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 28. Juni 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Ibidem.

[3]) Andrássy an Károlyi, Wien, 25. Juni 1875. Ibidem.

[4]) Der Artikel ist mitgeteilt in der „Neuen Freien Presse" vom 24. September 1875.

[5]) Seiller an Andrássy, 8. Oktober 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

das Communiqué aussprechen lassen, das ihm sehr gelegen kam, da es allen übelwollenden Tendenzen entgegentrete, „die“ — wie es in der Weisung an Freiherr von Seiller lautet — „um jeden Preis Zwietracht zwischen uns und die uns befreundete deutsche Macht säen wollen“.[1]) Andrássy wußte nun, daß er bei allen seinen Bemühungen für die Erhaltung der Ruhe im Orient auf die nachdrückliche Mitwirkung Bismarcks rechnen könne.[2]) In diesem Sinne fühlte er sich berechtigt, im Ausschusse der ungarischen Delegation, gleichsam vor ganz Europa, neuerlich seine für die Monarchie so nötige Friedenspolitik zu proklamieren. Aller Voraussicht nach, sagte er da, dürfe der europäische Friede als gesichert betrachtet werden. Volle Verantwortung könne er allerdings nur dafür übernehmen, *daß unter allen Umständen, was immer auch geschehe, die Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie gewahrt werden würden.*[3])

Andrássy begnügte sich jedoch nicht bloß mit schönen Worten, die ihm für den Moment den Beifall der Delegierten sicherten. Ernstlich bemühte er sich, die Isolierung der hercegovinisch-bosnischen Wirren zu bewerkstelligen, um auf diese Weise leichter eine Beruhigung der beiden türkischen Provinzen durchzusetzen. Nur zu gut war es ihm bekannt, daß er, wollte er seinem Worte Geltung verschaffen, vor allem das moralische Protektorat Rußlands über die christliche Bevölkerung in Bosnien und der Hercegovina brechen müsse, was nur durch ein sichtbares Hervortreten der Monarchie ermöglicht werden konnte.

Diesem Bestreben entsprach die Reformnote Andrássys vom 30. Dezember 1875.[4]) Gegen seinen Willen dachte die Pforte mit selbständigen Reformen hervorzutreten, hierbei von dem Gedanken geleitet, dadurch Europa zuvorzukommen und selbst das Heft in Händen zu behalten. Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern meinte damals, er werde kein Verlangen stellen, das mit der Würde der Pforte unvereinbar sei. Wenn er jedoch, fügte er hinzu, darauf bestehe, die Türkei möge keinen Irade erlassen, ehe Oesterreich-Ungarn seine Wünsche geäußert, so leite ihn ausschließlich die Erkenntnis, dies sei wohl der einzige Weg, der Insurrektion vor

---

[1]) Andrássy an Freiherrn von Seiller, Wien, 30. September 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 10. Oktober 1875. Ibidem.

[3]) Ausschußsitzung der ungarischen Delegation vom 24. September 1875.

[4]) Denkschrift über die bosnische Okkupation. Ungedruckt.

dem Frühjahr ein Ende zu bereiten sowie jede Einmengung Serbiens und Montenegros hintanzuhalten. Der Sultan erließ trotzdem am 12. Dezember einen kaiserlichen Ferman mit den gewohnten Versprechungen von Verbesserungen und Umgestaltungen, die wegen allzu häufiger Wiederholung leerer Worte keinen Glauben mehr fanden.

Der kaiserlich türkische Ferman vom 12. Dezember vermochte Andrássy in seinem einmal gefaßten Entschlusse nicht zu erschüttern. In seiner Reformnote verlangte er vor allem dasjenige, dessen Mangel so oft der Anlaß zu Metzeleien gewesen: Gleichheit und Freiheit der Bekenntnisse, somit volle Anerkennung des christlichen Glaubens durch den Sultan. Der Gjaur (Christ) sollte in der Türkei nicht mehr als rechtlos behandelt werden können. Auch forderte die Reformnote, daß die Rajah die Befugnis erlange, einmal jährlich ihre Beschwerden durch eine Deputation vor dem Herrscher der Osmanen zum Ausdruck zu bringen; ferner Abschaffung der Steuerpacht, Verwendung der Steuern für die Wohlfahrt der insurgierten Provinzen sowie gründliche Besserung der wirtschaftlichen Lage der Bauern. Eine aus Christen und Türken des Landes zu gleichen Teilen zusammengesetzte Kommission sollte die Durchführung der im Namen ganz Europas bezeichneten nötigen Reformen überwachen.[1]) An die Stelle der Aktion eines einzelnen Staates hätte daher die aller Mächte zu treten. Trotzdem sollte durch die Reformnote den Christen in Bosnien und der Hercegovina das Wohlwollen Oesterreich-Ungarns für ihre berechtigten Wünsche in einer alle Zweifel ausschließenden Weise dargetan werden. Die Reformnote beanspruchte den entscheidenden Einfluß der Monarchie in den Angelegenheiten des Orients und sprach es als ein unerschütterliches Dogma aus, daß sie sich dort von keiner Macht den ersten Rang bestreiten lassen wolle. Vermöge der in der Note an den Tag gelegten Sachkenntnis überragte sie weit die russische, insbesondere aber die leichtfertige Auffassung Ignatjevs von den auf der Balkanhalbinsel herrschenden Verhältnissen. Mit den von Andrássy empfohlenen Reformen, denen das Wesen wirklicher Verbesserungen anhaftete, hätte man tatsächlich das Los der orientalischen Christen befriedigend gestalten und sie zufriedenstellen können — wenn es der ernste

---

[1]) Die Reformnote Andrássys vom 30. Dezember 1875 ist abgedruckt im Rotbuch, a. a. O., S. 156—162.

Wille Rußlands gewesen wäre, es zum Frieden kommen zu lassen. Diesen aber proklamierte Andrássy, im Gegensatz zu Petersburg, als das letzte Ziel der Politik der Monarchie in seiner Reformnote. Kurz, in ihrem europäischen und doch auch gleichzeitig den Verhältnissen Bosniens und der Hercegovina angepaßten Charakter liegt die große Bedeutung der Andrássyschen Reformnote, die eventuell einer zukünftigen Erwerbung der beiden türkischen Provinzen durch Oesterreich-Ungarn die Wege zu ebnen hätte.[1])

Andrássy, den die Zunftdiplomaten vielfach mit scheelen Augen als einen Eindringling in die ihnen bisher ausschließlich vorbehaltene Domäne betrachteten, durfte mit innerer Befriedigung das Lob einheimsen, das ihm einer der zünftigen Diplomaten, der ehemalige Pariser Botschafter Fürst Richard Metternich, über seine Tätigkeit als Lenker der auswärtigen Geschicke der Monarchie zuteil werden ließ. Nachdem ihm Andrássy „spontan und freimütig" vollen Einblick in seine Politik gewährt, die Metternich als eine „politique marquée au coin de bon sens" bezeichnete, spendete der Exbotschafter dem leitenden Minister folgendes Lob: „Deine Depesche vom 30. Dezember hat überall durchgeschlagen, sogar dort, wo man längst nicht mehr gewohnt war, einer Parole aus der Wiener Staatskanzlei unwiderstehlich Folge leisten zu müssen. Dazu gratuliere ich Dir, dem Kaiser und der Monarchie. Glück auf zu fernerem, ebenso gedeihlichem Wirken."[2]) Neidlos hatte Metternich, der, ehe er Schiffbruch erlitten, sich selbst einmal Hoffnung auf den Posten eines Ministers des Aeußern gemacht, Andrássy schon vorher die charakteristischen Worte zugerufen: „Du hast innerhalb der letzten Jahre mit dieser Politik Großes geleistet, das G r ö ß t e ist wohl das Aufkeimen und Blühen des Gefühles w o h l t u e n d e r B e r u h i g u n g. Für mich das, ich gestehe es, u n e r w a r t e t s t e Gefühl, nachdem ich solange hinter den Kulissen gestanden und Zittern und Beben gelernt hatte."[3])

---

[1]) Denkschrift über die bosnische Okkupation. Ungedruckt.

[2]) Fürst Richard Metternich an Andrássy, 29. Januar 1876. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Idem ad eundem, Königswart, 26. September 1875. Gräfl. Andrássysches Archiv. Metternich unterstrich selbst die Worte in seinem Briefe.

## Elftes Kapitel

# Scheitern der Reformaktion

Noch im Herbst 1875 rühmte sich General Ignatjev, er werde die von Andrássy entworfenen und von den Mächten gebilligten Reformanträge, die hernach in der Note vom 30. Dezember das Tageslicht erblickten, zu Falle bringen.[1]) Dies bezweckte offenbar sein Vorschlag (Oktober 1875) der Einberufung einer europäischen Konferenz. Ihr hätte, wofern auf derselben keine Einigung zu erzielen gewesen wäre, eine gemeinsame Besetzung Bosniens und der Hercegovina durch Rußland und Oesterreich-Ungarn zu folgen.[2]) Hierüber fanden in der Tat zwischen den beiden Regierungen Verhandlungen statt,[3]) die damit endeten, daß Andrássy die gemeinsame Intervention ablehnte. Einfach aus dem Grunde, weil er befürchtete, sie würde zu Reibungen zwischen den beiden Nachbarstaaten führen. Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern wollte überhaupt nicht ohne Mitwirkung der übrigen Großmächte in Gemeinschaft mit Rußland die Ordnung in den beiden Provinzen herstellen. Er hatte gewiß nicht unrecht, wenn er meinte, daß nach dem bewaffneten Eingriffe es ganz unmöglich sein werde, Bosnien und die Hercegovina dem Sultan wieder zurückzugeben. In Petersburg hätte man eine solche Großmütigkeit auch für höchst überflüssig gehalten. Dort überwog gerade jetzt die Ansicht Ignatjevs, man dürfe gar nicht ernstlich die Hand zur Beruhigung bieten, sondern müsse vielmehr die bestehenden Unruhen zur Aufrollung der Orientfrage in ihrem ganzen Umfange benützen. Die einflußreichen russischen Kreise waren wohl noch nicht zum Kriege, aber doch zu einer Aktion entschlossen, durch die auch Bulgarien mit in die Bewegung hineingezogen werden sollte.[4]) Der Hintergedanke, der hierbei Rußland

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 8. April 1876.

[2]) Denkschrift über die bosnische Okkupation. Ungedruckt.

[3]) Andrássy an Károlyi, Budapest, 16. November 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Denkschrift über die bosnische Okkupation. Ungedruckt.

leitete, war kein anderer, als die offene Wunde am Leibe der Türkei nicht zum Schließen gelangen zu lassen.

Gorčakov und Andrássy trennte somit in der Behandlung der orientalischen Frage ein tiefer, unüberbrückbarer Gegensatz. Trug der russische Staatskanzler auch ein friedfertiges Gesicht zur Schau, so schürte er um so eifriger im geheimen, um den Widerstand der Insurgenten anzufachen.[1]) Ihm ist es zuzuschreiben, daß die Insurgenten, obgleich ihnen die in der Reformnote vorgebrachten Forderungen genügten, doch erklärten, die Waffen nicht niederlegen zu wollen, da ihrer Behauptung gemäß die Türkei keinerlei Gewähr für die Erfüllung der von ihr gemachten Versprechungen biete. Andrássy hingegen war es ernstlich um die Aufrechterhaltung des Friedens zu tun. Er glaubte diesen allein durch das Drei-Kaiser-Bündnis und die rascheste Beruhigung der zwei aufständischen türkischen Provinzen gesichert. Der österreichisch-ungarische Minister dachte nicht daran, die Unruhen zur Eroberung Bosniens und der Herzegovina auszubeuten; er wollte nur deren Besitznahme durch Serbien oder Montenegro verhüten. Das war, wie hier nochmals betont werden soll, der leitende Gedanke seiner orientalischen Politik. Hierin befand er sich in voller Uebereinstimmung mit dem überwiegenden Teile der öffentlichen Meinung Oesterreich-Ungarns. Um keinen Preis durfte, wie es in der Absicht Rußlands lag, auf Kosten der Monarchie Montenegro eine oder beide türkische Provinzen zugeschanzt werden. Kaiser Franz Josef I. hatte daher recht, als er zum deutschen Botschafter äußerte: Es kommt alles auf Montenegro an.[2])

Von dorther drohten ernstliche Gefahren. Nichts wäre auch Gorčakov unangenehmer gewesen, als wenn Andrássys mit allzu viel Zuversicht betriebene Friedenspolitik einen Triumph gefeiert hätte. Der Russe hatte seinem österreichisch-ungarischen Kollegen für die Reformaktion freie Hand gelassen in der Ueberzeugung, daß jedes Bestreben zur friedlichen Herstellung geordneter Zustände im Orient Schiffbruch erleiden müsse. Ihm war es darum zu tun, vor den Augen ganz Europas den Beweis zu führen, daß jeder Versuch zur Heilung der in der Türkei bestehenden Gebrechen vergeblich sei. Mit fast diabolischer Ungeduld sah Gorčakov dem Augenblick entgegen, in dem ungeachtet allen Eifers die Friedens-

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 26. April 1876 (ung.).

[2]) Schweinitz, Berlin, 8. Februar 1876. Schweinitz weilte um diese Zeit n Berlin.

politik Andrássys mit einem negativen Resultat endigen würde. Dann war der psychologische Moment gekommen, wo der russische Kanzler mit einiger Berechtigung sagen konnte, Rußland habe Oesterreich-Ungarn zur Erwirkung des „Status quo amelioré“ kein Hindernis in den Weg gelegt, diesem Bestreben sogar seine traditionellen slawischen Sympathien zum Opfer gebracht, und zum Lohne dafür sei doch nichts erreicht worden. Nun wäre die Reihe an Rußland, nach seinen eigenen Ideen an die Herstellung der Ordnung zu schreiten. Freilich bedurfte es hierzu der Einwilligung Andrássys, die Gorčakov sich schmeicheln mochte, unter den gegebenen Verhältnissen nicht allzu schwer zu erlangen. Deshalb wünschte er eine persönliche Aussprache mit dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern, die in Berlin stattfinden sollte, wohin sich damals der Zar und dessen Staatskanzler begaben. Auf Befehl Alexanders II. drückte der Wiener russische Botschafter dem Grafen Andrássy das Verlangen des Zaren aus, ihn während seines Aufenthaltes in Berlin zu sehen. Mit Zustimmung des Kaisers erwiderte Andrássy, er sei bereit, dem Ansinnen des Zaren zu entsprechen, doch müßte deshalb erst in der deutschen Hauptstadt angefragt werden, da er ungeladen dort doch nicht erscheinen könne. Andrássy kam die Anregung zur Berliner Reise sehr gelegen, da es, wie er selbst äußerte, genug der Dinge gab, über die er sich im persönlichen Verkehr mit Bismarck auseinanderzusetzen gedenke.[1]) Rasch erfolgte auch von seiten des deutschen Kanzlers die Einladung zum Besuche Berlins.[2])

Konnte jedoch Andrássy hoffen, gegenüber Gorčakov, dessen geheime Absichten ihm nicht verborgen waren, mit dem Gewicht der Autorität aufzutreten, solange im eigenen Lande wirre, ungeordnete Zustände herrschten? Damals stand gerade unter dem Drucke sehr mißlicher wirtschaftlicher Verhältnisse in beiden Staaten der Monarchie die Erneuerung des 1867 für die Dauer von zehn Jahren zwischen Oesterreich und Ungarn geschlossenen wirtschaftlichen Ausgleichs bevor. Vor allem mußte dieser unter Dach und Fach gebracht werden, ehe an die Fahrt nach Berlin zu denken war. Andrássy durfte sich nicht der mißlichen Lage aussetzen, allenfalls vor die Frage gestellt zu sein, in wessen Namen er eigentlich spreche, in dem Oesterreichs oder Ungarns.[3]) Solange

---

[1]) Dönhoff an Bismarck, 15. April 1876.

[2]) Bismarck an Andrássy, 17. April 1876. Andrássysche Aufzeichnungen.

[3]) Nach mündlicher Mitteilung eines damaligen hochangesehenen Staatsmannes.

der Ausgleich nicht gesichert war, mußte das Wort des Ministers des Aeußern wirkungslos verhallen. Gorčakov wies auch bereits auf die Schwäche Oesterreich-Ungarns hin, als natürliche Folge der ungeklärten Verhältnisse in der Monarchie. Sie erfüllten ihn mit der Hoffnung, sich leicht zum Herrn der Situation zu machen und Oesterreich-Ungarn die Führerrolle im Orient zu entwinden. „Wir spüren es schon jetzt," schrieb Orczy zu jener Zeit, „daß man auf unsere Zustände mit Mißtrauen sieht. Rußland macht schon Miene, die Initiative, welche bis jetzt Andrássy in der orientalischen Frage einnahm (sic!), in seine Hand zu nehmen." [1])

Niemand fühlte dies mehr als Andrássy selbst. Seine vornehmste Sorge war es daher, noch vor der Berliner Zusammenkunft mit Gorčakov und Bismarck den Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn zustande zu bringen, um die Monarchie nach außen hin als geeinigt erscheinen zu lassen. Das aber war bei der herrschenden Stimmung sowohl in Oesterreich als in Ungarn keine leichte Aufgabe.

* * *

Nach der gesetzlich begründeten Kündigung des Zoll- und Handelsbündnisses [2]) durch den ungarischen Ministerpräsidenten Koloman von Tisza sollten die österreichischen und ungarischen Staatsmänner über die Erneuerung des Ausgleiches verhandeln. Die Minister Oesterreichs hatten einen schweren Stand. Aus öffentlichen Kundgebungen wußten sie, daß das österreichische Bürgertum von ihnen gegenüber neuen ungarischen Ansprüchen energischen Widerstand erwarte. [3]) „Ich bin," sagte ein maßgebender Oesterreicher, Alfred Skene, am 14. Oktober 1875, „der Ansicht, daß bei Beratung der neuen Verträge mit Ungarn unmöglich neue Konzessionen gemacht werden können und daß man sich entscheiden muß, mit aller Rücksichtslosigkeit für unsere Interessen

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 26. April 1876.

[2]) Im Gesetz vom 24. Dezember 1867, Art. XXII, heißt es: „Dieses Zoll- und Handelsbündnis tritt mit dem heutigen Tage der gesetzlichen Kundmachung auf die Dauer von zehn Jahren in Wirksamkeit und wird — wenn keine Kündigung eintritt — auf weitere zehn Jahre und so fort von zehn zu zehn Jahren als fortbestehend anerkannt. Die Kündigung kann jedesmal zu Ende des neunten Jahres stattfinden, und haben in diesem Falle die Verhandlungen über die Vertragserneuerung auf gleichem Wege ohne Verzug zu beginnen".

[3]) Schweinitz an Bismarck, 9. Januar 1876.

einzutreten, und daß man sogar im Notfalle die Konsequenz des Widerstandes nicht scheuen soll.“ Die Oesterreicher waren durchdrungen davon, daß Ungarn die Rechte der Krone und die nach Außen erhaltene Einheit der Monarchie bedrohe.[1]) Diese Strömung suchten die österreichischen Feudalen zur Verhinderung des Ausgleiches und zur Zertrümmerung des Dualismus zu benutzen, wobei sie auf die Hilfe der Zentralisten in Oesterreich und auf die ultramontan gefärbte Partei Sennyeys in Ungarn rechneten.[2]) In geheimen Herrenhauskonventikeln äußerten Schmerlingianer und Feudale ihren Unmut über das herrschende System, dem einer ihrer Getreuen, Josef Freiherr von Helfert, in zwei geharnischten Streitschriften lauten Ausdruck verlieh.[3]) Selbst der sonst so vorsichtige Obersthofmeister Prinz Konstantin Hohenlohe, der übrigens dem Ministerium Auersperg nicht sehr gewogen war, nahm an den Beratungen der Herrenhausmitglieder teil. Er hatte diesmal die Intentionen des Kaisers nicht richtig erraten.[4]) Als Graf Andrássy ihn scherzweise fragte, ob er gleichfalls zur Konspiration gehöre, antwortete er in erregtem Tone: Auch der Kaiser könne ihm nicht verbieten, seine Meinung im Herrenhaus auszusprechen. Allerdings, entgegnete hierauf der Minister des Aeußern, aber es sei doch wahr, daß der Kaiser im kleinen Finger mehr Verstand besitze als das ganze Herrenhaus zusammen. Der allmählich ruhiger gewordene Obersthofmeister mußte schließlich zugeben, daß in den Besprechungen der Herrenhausmitglieder manche Dummheit gesagt wurde, obgleich man sich im ganzen sehr loyal benommen habe.[5]) In ihrem Uebereifer bedachten diese Heißsporne nicht, oder bekümmerten sich auch nicht darum, daß eine Einheitsmonarchie, sei es unter der Flagge Thuns oder Schmerlings, ganz gewiß einen für die Lebensinteressen der Monarchie ungünstigen Umschwung in der äußeren Politik nach sich ziehen werde. Bei einigem Scharfblick hätte ihnen nicht entgehen können, daß die unmittelbare Folge eines Umsturzes im Innern eine sehr unfreundliche Haltung sowohl Deutschlands als Italiens bewirken und Rußland die dadurch erzeugte peinliche Spannung sofort benützen würde, um unbehindert seine eigenen Wege im Orient zu wandeln. Obwohl die

---

[1]) Schweinitz, 6. Januar 1876.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 27. Januar 1876.

[3]) Helfert, „Revision des ungarischen Ausgleiches“, Wien 1876, und „Revision des ungarischen Ausgleiches. Ein zweiter Teil.“ Wien 1876.

[4]) Schweinitz, 8. Februar 1876.

[5]) Baron Orczy an seine Mutter, 27. Januar 1876.

österreichische Regierung behauptete, nichts mit dem seit einiger Zeit heraufbeschworenen Gespenst einer zentralistisch-klerikal-feudalen Koalition[1]) zu tun zu haben und die Konventikel der Herrenhausmitglieder mißbilligte, sah auch sie mit Besorgnis den Beratungen über den Ausgleich entgegen. „Wir werden an die Wand gedrückt,“ [2]) äußerte damals Freiherr von Lasser, der Minister des Innern, ein Mann, der an Kenntnis des Landes, an Routine in der Verwaltung wie an Volkstümlichkeit und Gunst beim Monarchen alle seine Kollegen im Kabinette überragte.[3]) Das österreichische Ministerium befürchtete, Ungarn werde nicht ruhen, bis es seine eigene nationale Bank durchgesetzt habe, die den heikelsten Punkt der Ausgleichsverhandlungen bildete.[4])

Im Jahre 1867 hatte die k. k. privilegierte österreichische Nationalbank außer der Befugnis zum Betrieb der gewöhnlichen Bankgeschäfte noch das ausschließliche Recht zur Ausgabe von Banknoten erhalten, das sie bis dahin auf Grund des Gesetzes vom 27. Dezember 1862 ausübte.[5]) Dieses Privilegium hörte 1877 auf, gleichzeitig mit dem Zoll- und Handelsbündnis. Die große Frage, um die sich alles drehte, bestand darin, inwieweit bei der eventuell bevorstehenden Erneuerung des Privilegiums der österreichischen Nationalbank den Anforderungen Ungarns entgegengekommen werden könne, das ja, falls die Verhandlungen scheiterten, auch ein Zettelbankprivilegium zu vergeben hatte. In Ungarn war die Wiener Nationalbank, die dort als zentralistisches Bollwerk galt, lebhaft angefochten. Auch persönliche Momente wirkten mit, um den Widerstand gegen sie anzufachen. Man war in hohem Grade erbittert auf Lucam, den ersten leitenden Beamten des Finanzinstituts, einen ziemlich doktrinär veranlagten Finanzmann, dem überdies ungarfeindliche Gesinnungen zugeschrieben wurden. Schon Szlávy, der nichts weniger als eine Kampfesnatur war, sagte einmal: „Eine Wohltat des Herrn von Lucam fühlt sich wie eine Ohrfeige über das Gesicht.“ [6])

---

[1]) „Neue Freie Presse“, 2. Februar 1876.

[2]) Freiherr von Niebauer (ehemaliger Sektionschef im Finanzministerium), „Ein bewegter Tag“ in der „Neuen Freien Presse“ vom 25. Dezember 1904.

[3]) Schweinitz, 25. Januar 1876.

[4]) Gegenstand der Ausgleichsverhandlungen bildeten mit Ausnahme der Bank die drei Punkte des Zoll- und Handelsbündnisses: 1. der Zolltarif, 2. die Zollrestitutionen und 3. die Verzehrungssteuerfrage.

[5]) Reichsgesetzblatt 1863, Nr. 2.

[6]) Freiherr von Niebauer, „Ein bewegter Tag“.

Lucam brachte nur die Gefühle seiner engeren Landsleute zum Ausdruck, die in der Aufhebung des Privilegiums der Nationalbank die Vernichtung ihres bisherigen Wohlstandes sahen. So trafen die Gegensätze in der Bankfrage scharf aufeinander. Die Oesterreicher wollten aus begreiflichen Gründen auf die Nationalbank nicht verzichten, während Ungarn in deren Bestand die Ursache seiner Zurückgebliebenheit und geringen Entwicklung sah. Deshalb war es entschlossen, diesem Zustand ein Ende zu bereiten. Nicht bloß etwa die Opposition, auch die ungarische Regierungspartei beharrte auf der Forderung des selbständigen Zollgebietes und der nationalen unabhängigen Bank. Die Ungarn, berichtete hierüber General Schweinitz an Bismarck, brauchen sie so dringend, daß sie, um der Not des Augenblicks zu entgehen, fernliegende Gefahren gering achten und selbst vor dem Sturz des zisleithanischen Ministeriums nicht zurückzubeben scheinen.[1])

Die ungarische Regierung machte den Vorschlag, daß die Wiener Nationalbank selbst die ungarische Bank kreieren möge und dann beide Bankinstitute, die gemeinsamen Ursprungs seien, in ein Kartellverhältnis treten, das den gleichen Stand der beiderseitigen Noten von vornherein verbürgen müßte.[2]) Hierüber vermochte man sich nicht zu einigen. Gegenprojekte folgten auf Gegenprojekte, die alle nicht verwirklicht werden konnten. Seit dem 31. März wurde bereits ununterbrochen verhandelt, ohne daß man zu einem greifbaren Ergebnis gelangt wäre. Sachliche und Parteirücksichten hinderten die gegenseitige Annäherung. Die Aussichten auf einen Erfolg gestalteten sich immer trüber. Nur mit Bangen sah man dem Schluß des „Ausgleichdramas" entgegen.[3]) Die Möglichkeit der völligen Resultatlosigkeit versetzte den Grafen Andrássy in große Aufregung.[4]) In dieser schwierigen Situation, von höchster Bedeutung für die ganze Zukunft der Monarchie, wurde ihm förmlich die Rolle des Vermittlers aufgezwungen. Unter seinem Vorsitze begannen am 8. April im Palais des Ministeriums des Aeußern die Unterredungen zwischen den am Ausgleich mitbeteiligten Ministern.[5]) Mehr als Andrássy angenehm sein konnte,

---

[1]) Schweinitz, 6. Januar 1876.

[2]) Die ungarische Bank sollte zwar unabhängig von Oesterreich, aber doch nicht ohne Rücksicht auf diesen Teil der Monarchie errichtet werden. Durch das Kartellverhältnis sollte Gleichheit der Währung, Gleichartigkeit der Geschäftsgebarung, Gleichheit der Notenwerte garantiert werden.

[3]) Orczy an seine Mutter, 8. April 1876.

[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 26. April 1876 (ung.).

[5]) Orczy an seine Mutter, 8. April 1876.

wurde er dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Oft mußte er den die ganze Nacht hindurch bis in die ersten Stunden des neuen Tages andauernden Sitzungen beiwohnen. Seine eigenen Landsleute kamen mitunter schon am frühen Morgen zu ihm, um ihn erst wieder nachts zu verlassen. Sie setzten ihm ihre Wünsche auseinander, damit er sie vor den österreichischen Ministern vertrete, die ihrerseits wieder ihn als Mandatar ihrer Forderungen benützen wollten. Man vergesse ganz, klagte er einmal hierüber dem preußischen Botschaftsrat Graf Dönhoff, daß er Minister des Aeußern sei, und verfüge über seine ganze Zeit.[1]) Das fast offizielle Hineinzerren Andrássys in das Ausgleichsgeschäft hatte auch sonst noch mancherlei Nachteile. Selbst wenn seine Bemühungen zu einer Versöhnung der Gegensätze führten, konnte ein solches Resultat doch nur um den Preis des Verzichtes auf Lieblingswünsche von beiden Seiten erreicht werden. Ein solcher Zustand mußte in Oesterreich und Ungarn Unzufriedene schaffen, deren Angriffen dann nicht nur die beiden Ministerien ausgesetzt waren, sondern auch Andrássy selbst, der es bisher verstanden hatte, sich eine über die inneren Zwistigkeiten erhabene Stellung zu wahren. Bei aller Erkenntnis dieser Gefahr vermochte sich Andrássy doch nicht dem Eingreifen in die Ausgleichsfrage zu entziehen. Das Scheitern des Ausgleiches würde nicht nur seine eigene Position, sondern auch das Ansehen der Monarchie im Auslande erschüttert haben, wodurch ihre Stimme im Drei-Kaiser-Bündnis wirkungslos verhallt wäre.[2]) Erwägungen solcher Natur veranlaßten Andrássy, sich über alle entgegenwirkenden Bedenken hinwegzusetzen und dem Ausgleichswerke seine Hilfe angedeihen zu lassen. Er sagte damals zu Baron Orczy: „Gelänge es mir nicht, die beiden Regierungen unter einen Hut zu bringen, so wäre das die erste Sache, die mir mißlang.“ [3])

Andrássys Vertrauen auf seinen Glücksstern sollte diesmal noch manch harte Probe zu bestehen haben. Noch lange waren bedeutende Hindernisse zu überwinden, ehe er es erreichen konnte, Oesterreichs und Ungarns Ministerien „unter einen Hut zu bringen“. Die Gegensätze spitzten sich derart zu, daß Tisza bereits an seine Demission dachte. Im Unmute über die Erfolglosigkeit seiner

---

[1]) Graf Dönhoff, Wien, 15. April 1876. Nach Mitteilungen Andrássys selbst.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 26. April 1876.

[3]) Tagebuch des Baron Orczy, 26. April 1876 (ung.).

Bestrebungen äußerte der Ministerpräsident: Er müsse abdanken, da unter den obwaltenden Umständen eine Uebereinstimmung nicht zu erzielen sei. Schon bezeichnete er Szlávy, Bittó oder Sennyey als seine Nachfolger. Als man ihm einwarf, nur er allein besitze die Befähigung zum möglichen Parteiführer und Regierungshaupt, jede andere Kombination sei, wie im vergangenen Jahre, unrettbar vom Schiffbruch bedroht, und die Partei werde schließlich doch genötigt sein, sich mit den bisher getroffenen Abmachungen zufrieden zu geben, entgegnete Tisza: das glaube er nicht, in der Bankfrage müßten größere Zugeständnisse gemacht werden.[1]) In der Tat gab er dem Kaiser die offene Erklärung ab, daß er einen Ausgleich unter den Modalitäten, wie er bisher von der österreichischen Regierung als annehmbar bezeichnet worden, weder selbst für genügend erachten noch auch dem Reichstage empfehlen könne. Der ungarische Ministerpräsident stellte dem Kaiser sein Portefeuille zur Verfügung und bat ihn, auf seinen Platz einen anderen Mann seines Vertrauens zu berufen, welcher demselben vielleicht eher zu entsprechen in der Lage sein werde. Der Herrscher nahm jedoch die angebotene Demission nicht an, sondern ersuchte Tisza, sich nach Budapest zu begeben, um nochmals mit seiner Partei Rücksprache über die möglichen Folgen des Gelingens oder Mißlingens des Ausgleiches zu pflegen.[2])

Am 22. und 23. April fanden vertrauliche Parteiversammlungen statt, in denen Tisza den Gang der bisherigen Verhandlungen skizzierte. Die Darlegungen des Ministerpräsidenten über die bisher erzielten geringen Resultate erregten allgemeines Mißvergnügen. Ein Teil der Regierungspartei wollte alle Vorschläge Oesterreichs ablehnen, möge geschehen, was wolle; ein anderer — die Majorität — erklärte sich für Annahme der österreichischen Propositionen als Basis weiterer Verhandlungen. Nur wenn auch im ferneren Verlauf keine Verständigung zu erreichen sei, sollte Tisza endgültig auf der von ihm verlangten Entlassung beharren.[3])

Die zwischen dem österreichischen und ungarischen Ministerium neuerdings angebahnten Beratungen brachten jedoch keine Ent-

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 27. April 1876 (ung.).

[2]) Nach dem „Pester Lloyd" vom 23. April 1876. Der da veröffentlichte Bericht stammt von Max Falk, der in alle Einzelheiten eingeweiht war. Siehe auch „Pester Lloyd" vom 24. April.

[3]) „Pester Lloyd", 23. und 24. April 1876.

wirrung. Die am 30. April überreichte österreichische Antwort in der Bankfrage löste den ganzen Unmut Tiszas aus. Er war geradezu wütend auf die österreichische Regierung, da sie betreffs mehrerer Punkte, über die in den gemeinsamen Konferenzen ein Einverständnis erzielt worden sein sollte, wieder einen ablehnenden Standpunkt einnahm.[1]) „Das ist schon böser Wille," sagte er zu Baron Orczy, „weiter unterhandle ich nicht, morgen reiche ich meine Demission ein und gehe."[2])

Gleich dem Ministerpräsidenten war auch der ungarische Finanzminister Koloman von Széll, der kein Anhänger der getrennten Bank gewesen und die ganze Lage ruhiger auffaßte, über die Haltung der österreichischen Staatsmänner erbost. Vergeblich trachtete der Minister am königlichen Hoflager, Baron Béla Wenckheim, die erregten Gemüter zu beschwichtigen. Da griff nun Andrássy selbst ein, und ihm gelang es auch, Tisza ein wenig zu beruhigen.[3]) Zustatten kam ihm, daß die in den letzten Tagen sowohl in Wien als in Budapest herrschende fieberhafte Stimmung nachzulassen begann. Zumal in der ungarischen Hauptstadt kehrte allmählich die Erkenntnis ein, Tisza habe das relativ Möglichste erreicht und auch eine Ministerkrisis werde keine Aenderung bewirken und nichts Besseres bringen.[4]) Malten die Ungarn auch schwarz in schwarz, so sagten sie sich doch im vertrauten Kreise, daß ein Scheitern des Ausgleiches in erster Linie die politische und wirtschaftliche Lage des eigenen Landes schädigen würde.[5])

Unter dem Einflusse dieser günstigen Strömung versammelten sich am 2. Mai unter dem Vorsitz des Kaisers die österreichischen und ungarischen Minister zu gemeinsamer Beratung. Die Konferenz war von entscheidender Bedeutung. An diesem Tage erfolgte endlich nach langen Kämpfen zwischen den beiden Ministern die Einigung über den grundsätzlichen Teil des Ausgleiches.[6]) Wie ein genauer Kenner der damaligen internen Vorgänge bemerkt, war es Andrássys Einfluß zu danken, daß der Faden nicht abriß, sondern so lange fortgesponnen werden konnte, bis er zu

---

[1]) Man sieht nicht, um welche Punkte es sich handeln konnte.

[2]) Tagebuch des Baron Orczy, 30. April 1876 (ung.).

[3]) Ibidem, 30. April und 1. Mai 1876 (ung.).

[4]) Stolberg (der neue Kaiserlich deutsche Botschafter am Wiener Hof), 25. April 1876.

[5]) Ibidem, 4. Mai 1876.

[6]) Tagebuch des Baron Orczy, 2. Mai 1876 (ung.).

einem friedlichen Uebereinkommen, den sogenannten „Mai-Stipulationen“, führte.[1]) Den Worten Tiszas, die er am 6. Mai in der Konferenz der liberalen Partei sprach, entnimmt man deutlich, wie schwer ihm die Unterfertigung dieser „Mai-Stipulationen“ wurde. Er sagte: Die ungarische Regierung war in der Situation, das Erreichte zurückzuweisen, um Ungarn allen daraus sich ergebenden Folgen auszusetzen oder den neuen Ausgleich vor dem Parlamente zu vertreten. Sie entschloß sich zu letzterem aus zwei Gründen. Erstens, weil sie überzeugt ist, daß im ganzen genommen der Ausgleich einen nicht unerheblichen Fortschritt gegen den jetzigen Zustand bezeichne und zweitens, weil Ungarn heute mehr denn jedes andere Land des Friedens bedarf und die ungarische Regierung einsehen mußte, daß die gemeinsame Leitung der auswärtigen Angelegenheiten nicht weiter imstande wäre, für die Erhaltung des Friedens das volle Gewicht der Monarchie in die Wagschale zu werfen, wenn Oesterreich-Ungarn durch Zwietracht zerrissen und, sei es auch nur einige Zeit, durch innere Uneinigkeit geschwächt würde.[2])

Interessant war es, den Umschlag zu beobachten, den die Nachricht vom Gelingen der Verständigung hervorrief. Die Neider und die Feinde Andrássys, somit die des Dualismus, die alle ihre Hoffnungen auf ein Fiasko gesetzt, fanden sich enttäuscht. In bitterem Tone konnte man von ihnen die Frage hören: der Ausgleich ist also doch zustande gekommen? Alle, die noch kurz vorher, als ein Erfolg mehr als zweifelhaft schien, sich dessen strahlenden Antlitzes gefreut, wurden jetzt kleinlaut und meinten, freilich mit süßsaurer Miene, sie wären froh, daß die Verhandlungen einen günstigen Verlauf genommen.[3]) In Wahrheit war es ihnen sehr zuwider, daß die neuerdings gesicherte Gestaltung der Monarchie den Feudalen, Tschechen, Slowenen und Zentralisten keinen Raum mehr für ihre unterminierende Tätigkeit ließ. Dagegen freute sich Bismarck, als später gegen Ende des Jahres 1876, um dies sofort zu erwähnen, der Ausgleich Aussicht hatte, nach hartem Kampf zwischen den beiden Parlamenten zustande zu kommen, ungemein über den zu erhoffenden Erfolg. Mit Bangen für die weitere

---

[1]) Siehe das Entrefilet der „Politischen Korrespondenz“ vom 6. Mai 1876 über die „Mai-Stipulationen“.

[2]) „Pester Lloyd“, 7. Mai 1876.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 4. Mai 1876, gibt ein anschauliches Bild von dem Stimmungswechsel.

Entwicklung der Zukunft war er dem Gange der Verhandlungen zwischen Oesterreich und Ungarn gefolgt. Er hatte kein Hehl daraus gemacht, daß die von Ungarn erhobenen Ansprüche seine uneingeschränkte Billigung nicht finden könnten. Der deutsche Kanzler schien zu befürchten, daß die auf eine selbständige Bank bezüglichen Forderungen den wirklichen Interessen der Monarchie nicht entsprechen würden. Nicht geringe Sorge hatte es ihm daher bereitet, daß bei dem energischen Widerstande der öffentlichen Meinung Oesterreichs gegenüber dem Bestreben Ungarns nach einer selbständigen Bank, die Konsolidierung der Monarchie, die in seiner Politik einen so hervorragenden Faktor bildete, in eine zurzeit noch unbestimmbare Ferne gerückt werden könnte. Bismarck meinte, der Versuch, Ungarns Wünsche im Gegensatze zu Oesterreich durchführen zu wollen, wäre ein sehr gefährliches Unternehmen. Man müßte, um ein solches Resultat zu erzielen, an die Bildung eines österreichischen Ministeriums aus Elementen schreiten, die, wie zur Zeit Hohenwarts, in der liberalen Bevölkerung Oesterreichs eine verhängnisvolle Verstimmung und heftige Opposition erregen würden. Im Geiste sah Bismarck beim Eintritt derartiger Zustände bereits eine Krise im Ministerium des Aeußern voraus, da dessen Leiter sich kaum gleichgültig gegenüber einer seine Kreise bedrohenden Gestaltung der Dinge verhalten könnte. Bei dem großen Werte, den der deutsche Reichskanzler auf die Erhaltung Andrássys im Ministerium des Aeußern legte, kam seinen Worten: „Oesterreich würde damit eine große Partie verspielen“, besondere Bedeutung zu. Diese Umstände veranlaßten Bismarck, den Wunsch auszudrücken, es möchte bald eine gründliche Wandlung erfolgen. Gleichzeitig fiel aus seinem Munde die Aeußerung, er würde, wenn er dazu als Minister berechtigt wäre, dem Kaiser und König Franz Josef I. den Rat erteilen, Ungarn die weitestgehenden Handels- und Zollkonzessionen zu bewilligen. Dagegen könnte er niemals zustimmen, von der Einheit der Geldwährung abzugehen und die Errichtung einer selbständigen ungarischen Bank zu gewähren. Bismarck hatte wohl eine hohe Meinung von den Ungarn als einer tapfern und in politischer Hinsicht sehr entwickelten Nation, brachte ihr jedoch rücksichtlich der Geldgebarung nicht das gleiche Vertrauen entgegen; wie er denn insbesondere an deren Talent zur Sparsamkeit zweifelte. Bismarck war aus all diesen Ursachen hocherfreut, als er die Nachricht vom bevorstehenden Abschluß des Ausgleiches erhielt, der die von ihm befürchteten Gefahren

beseitigte.[1]) Recht hatten somit jene behalten, und zu ihnen gehörte in erster Reihe Graf Andrássy, die selbst mitten im lebhaftesten Kampfe nicht an der schließlichen Versöhnung der miteinander streitenden Faktoren und nicht an der Lebenskraft der Monarchie verzweifelten, an die auch Fürst Bismarck keinen Augenblick seinen Glauben aufgegeben hatte.

Dieser große Erfolg war der allerdings nur langsam reifenden Erkenntnis zuzuschreiben, daß ein Zusammenleben der beiden Staaten auch ein gegenseitiges Entgegenkommen und Aufgeben vieler Wünsche erfordere. So wurde denn nur wenig an den Bestimmungen von 1867 geändert. Mit Ausnahme der Blätter der äußersten Linken konstatierten die ungarischen Zeitungen, daß der neue Ausgleich das momentan Erreichbare gebracht habe. In Oesterreich dagegen gab die Presse der Hoffnung Ausdruck, daß Oesterreich-Ungarn nunmehr wieder seine Aktionsfähigkeit in der äußeren Politik betätigen könne. Alle Blätter lobten die Weisheit des Monarchen und die Verdienste Andrássys, dessen Ansehen durch das Gelingen des Ausgleiches für weitere zehn Jahre[2]) neuen Glanz erhalten hatte. Wenn daher, äußerte damals hierüber der deutsche Botschafter gegenüber Bismarck, Deutschland nicht schon an und für sich ein lebhaftes Interesse an der Beilegung beunruhigender und tiefgreifender innerer Schwierigkeiten des befreundeten Nachbarreiches nehmen müßte, so würde allein schon die Stärkung von Andrássys Stellung Anlaß zu aufrichtiger Befriedigung geben müssen.[3]) Nunmehr in seinem Amte als Minister

---

[1]) Nach Berichten Károlyis an Andrássy vom 9., 12. und 19. Dezember 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Da ich die Aeußerungen Bismarcks, die einer spätern Zeit angehören, schon hier anführe, ist es natürlich, daß die hierauf Bezug habenden Berichte Károlyis aus dem Dezember 1876 bereits an dieser Stelle zitiert werden. — Definttiv wurden die Ausgleichsvorlagen erst Juni 1878 erledigt. Damals erhielt die bisherige privilegierte österreichische Nationalbank entsprechend dem Dualismus die Bezeichnung: „Oesterreichisch-ungarische Bank". Siehe auch meinen Artikel: „Fürst Bismarck über die selbständige ungarische Bank." „Pester Lloyd", 29. Januar 1911.

[2]) Die österreichische Regierung hatte einen neuen Vertrag mit Ungarn für ewige Zeiten oder wenigstens für 25 Jahre verlangt, was dem Widerspruch des ungarischen Ministeriums begegnete, infolgedessen es bei den im Ausgleich von 1867 vereinbarten 10 Jahren blieb. Hierzu bemerkte Stolberg, 4. Mai 1876, daß in dieser Bestimmung offenbar der schwächste Punkt des Ausgleiches liege, indem er nur einen Waffenstillstand, aber keinen Frieden zwischen den feindlichen Interessen der nur durch ein sehr dünnes Band vereinigten zwei Staaten der Monarchie bedeute.

[3]) Stolberg, 4. Mai 1876.

des Aeußern auf festem Boden ruhend, und nicht mehr in der peinlichen Lage, jeden Augenblick gefragt werden zu können, in wessen Namen er eigentlich spreche, ob in dem Oesterreichs oder Ungarns, durfte sich Andrássy rüsten, um in den ersten Tagen des Monats Mai die Fahrt nach Berlin zu den hochwichtigen Ministerkonferenzen anzutreten.

* * *

In der deutschen Hauptstadt sollten sich Bismarck, Andrássy und Gorčakov begegnen. Die Atmosphäre, in der sie sich zu bewegen hatten, war nicht von allzuviel Vertrauen erfüllt. Wenigstens war dies bei Bismarck Gorčakov gegenüber nicht der Fall. Die im Sommer 1875 zwischen dem russischen Staatskanzler, Decazes[1]) und Thiers in der Schweiz stattgefundenen Unterredungen ließen den deutschen Staatsmann nichts Gutes ahnen. In dieser Annahme wurde er bestärkt durch eine ihm bekannt gewordene Aeußerung des greisen Expräsidenten der französischen Republik, wonach dieser zu einem ihm befreundeten Publizisten gesagt hatte: Er hoffe im Jahre 1876 in Gemeinschaft mit Gorčakov die orientalischen Angelegenheiten zu ordnen.[2]) Auch Oesterreich-Ungarn gegenüber hatte Bismarck erst seit kurzem ein Gefühl des Mißtrauens überwunden. In Wien war anfangs Januar 1876 Major Laaba von Rosenfeld wegen seiner gegen Erzherzog Johann von Toskana gerichteten Broschüre,[3]) in der er, abweichend vom Erzherzog, nicht für eine Anlehnung an Rußland, sondern für ein Zusammengehen mit Deutschland plädierte, strafweise, ohne Pensionsberechtigung, aus dem Heeresverband entlassen worden.[4]) Dieser Sieg der preußenfeindlich gesinnten Militärkreise

---

[1]) Dreux, „L'ambassade“, S. 203.

[2]) Bismarck an Schweinitz, Berlin, 2. Januar 1876.

[3]) „Bemerkungen zu den Betrachtungen über die Organisation der österreichischen Artillerie“, Verlag Luckhardt in Kassel.

[4]) Militärischer Bericht des deutschen Militärattachés Grafen Keller, Wien, 10. Januar 1876. Indem der norddeutsche Verleger nicht das Geheimnis der Autorschaft der damals so viel Aufsehen erregenden Broschüre: „Bemerkungen etc.“ wahrte, erfuhr die k. k. Militärbehörde, daß der mittlerweile zum Major avanzierte Laaba der Verfasser der Schrift sei. Erzherzog Johann, dessentwegen Laaba kriegsgerichtlich verurteilt worden, ruhte nicht, zu seiner Ehre sei es gesagt, bis dieser im Jahre 1886 wieder als Major reaktiviert wurde. Laaba war es, der die Aufmerksamkeit der 1886 nach Wien gesandten Abordnung der bulgarischen Sobranje auf Ferdinand, Herzog von Koburg-Sachsen, als künftigen Fürsten von Bulgarien richtete, in dessen Dienste er als Sekretär trat. Laaba wurde später bulgarischer Geheimer Rat. „Reichswehr,“ 22. November 1889. Nekrolog.

veranlaßte den Staatssekretär von Bülow zur Bemerkung, die politische Lage in Wien sei noch immer von der Art, daß sie die ganze vorsichtige Aufmerksamkeit des deutschen Auswärtigen Amtes in Anspruch nehme.[1]) Hierzu fühlte man sich in Berlin um so mehr berechtigt, als kurz vorher General Schweinitz gemeldet hatte, Andrássy wäre zur Nachgiebigkeit gegenüber den russischen Wünschen bereit.[2]) Aus all diesen Symptomen glaubte der deutsche Kanzler folgern zu dürfen, daß Andrássy und Gorčakov sich näher zueinander zu stellen suchen, als jeder von ihnen zu Deutschland. Wohl war es Bismarck nicht recht erklärlich, was den österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern zu dieser Frontveränderung bewogen und ihn von seinem natürlichen Freunde entfernt und zu Rußland hingedrängt haben sollte. Er meinte, nur vermuten zu können, den Anlaß hierzu hätten die im August in der „Post" und in der „Nationalzeitung" erschienenen Artikel geboten, in denen Oesterreich-Ungarn, wie Bismarck sagt, von einem gemütlich-doktrinären Standpunkt aus zugeredet wurde, seine Grenzen nach dem Süden hin auszudehnen. Der deutsche Kanzler bestritt aufs entschiedenste, daß diese Artikel aus dem Auswärtigen Amte stammen und Andrássy ganz gewiß irre ginge, wenn er annähme, daß man ihm damit eine Falle legen oder das Verhältnis der Monarchie zu Rußland trüben hätte wollen.[3]) Unter solchen Umständen dünkte es Bismarck unerläßlich, ähnlich wie im Jahre 1874,[4]) auf Klarheit zu dringen. Er verlangte daher von Schweinitz bestimmte Angaben darüber, ob Andrássys Vertrauen zu Deutschland erschüttert sei.[5])

Hierauf beeilte sich der deutsche Botschafter, umgehend zu berichten, es gäbe bisher keine Anzeichen für eine angebliche Abschwenkung Andrássys. Doch unterließ er nicht, zu bemerken, daß dessen Politik ganz und gar von der zuwartenden Haltung Deutschlands und von dem Friedensbedürfnis der Monarchie bedingt sei, wodurch viele Fäden nach Rußland hinüber gesponnen würden. Schweinitz sprach Andrássy frei von russophilen Neigungen, doch sei in Oesterreich die Partei mächtig, die sich mit Hilfe Rußlands gerne von Deutschland losreißen möchte. Der deutsche

---

[1]) Bülow an Graf Flemming in Karlsruhe, Berlin, 8. Februar 1876.
[2]) Bismarck an Schweinitz, Berlin, 2. Januar 1876.
[3]) Ibidem.
[4]) Siehe das fünfte Kapitel.
[5]) Bismarck an Schweinitz, 2. Januar 1876.

Botschafter stellt es als eine unumstößliche Tatsache hin, daß Oesterreich-Ungarn sich seit der Drei-Kaiser-Entrevue weniger entgegenkommend für Deutschland zeige als vorher. Man dürfe sich nicht dadurch beirren lassen, daß die Monarchie in der Frage der Anerkennung Serranos eine entschiedene Probe ihrer Freundschaft gegeben. Heute würde eine ähnliche Prüfung ein anderes Ergebnis liefern, zumal es schon damals Andrássy eine große und gefährliche Anstrengung kostete, seinen Rat zugunsten des spanischen Marschalls im Sinne Deutschlands durchzusetzen.[1])

General Schweinitz sah in dieser Frage zu schwarz. Es war ganz richtig, daß es in Wien eine ansehnliche russenfreundliche Partei gab. Ebenso unstreitig war es, daß Andrássy jede Trübung des eben begründeten guten Verhältnisses zu Rußland zu vermeiden wünschte. Glaubte er doch hierin einerseits eine Bürgschaft für den Erfolg der Reformnote zu finden und andererseits eine Sicherheit dafür, daß Rußland einen starken Druck im Interesse des Friedens auf Montenegro ausüben werde, dessen Intrigen er einen fortwährend bösen Einfluß auf die Insurgenten zuschrieb.[2]) Sonst aber stand Andrássy, stets unter Wahrung der Interessen der Monarchie, als des höchsten Zieles seines politischen Strebens, unentwegt zu Deutschland. Schweinitz erhielt auch bald einen kräftigen Beweis dafür, daß in Wien keine Neigung vorhanden sei, an dem deutschen Freundschaftsbunde zu rütteln. Dieser Beweis wurde ihm in der Audienz zuteil, in der er vom Monarchen vor seinem Verlassen Oesterreich-Ungarns endgültigen Abschied nahm. Da sagte Franz Josef I. zu ihm: Als er (Schweinitz) nach Wien kam, fingen die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland an sich zu bessern, bis sie gute und gottlob nunmehr vortreffliche geworden sind.[3]) Und zu dessen Nachfolger, Graf Stolberg, äußerte der Kaiser: Die freundschaftlichen Verhältnisse zwischen den beiden Souveränen von Deutschland und Oesterreich-Ungarn und deren Regierungen könnten überhaupt nicht gut noch mehr befestigt werden, da sie so fest wie möglich seien und auch für die Zukunft in derselben Weise erhalten werden müßten.[4])

---

[1]) Schweinitz, 5. und 27. Januar 1876.

[2]) Ibidem.

[3]) Schweinitz an Kaiser Wilhelm I., Wien, 31. Januar 1876.

[4]) Graf Stolberg an Kaiser Wilhelm, Wien, 4. März 1876.

Schon der Wechsel in der Person des Botschafters, wie er soeben vor sich ging, bedeutete eine Vertiefung der Intimität zwischen den Höfen von Wien und Berlin. Bei längerem Verweilen des General Schweinitz hätte sie leicht einen verhängnisvollen Stoß erleiden können. Denn wie sehr auch Schweinitz bestrebt gewesen, die politische Verschmelzung zwischen den beiden Reichen zustande zu bringen, so fehlte es ihm doch an der dazu gehörigen natürlichen Geschmeidigkeit, um das begonnene schwierige Werk über alle Fährnisse hinweg zu einem gedeihlichen Ende zu führen. In seinem ganzen Wesen zugeknöpft,[1] mehr stramm als anziehend, gleichsam mit allem hinter dem Berge haltend, und anstatt irrige Auffassungen sofort an Ort und Stelle durch eine offene Aussprache zu berichtigen,[2] gab er oft Anlaß zu Mißverständnissen, die den persönlichen Verkehr zwischen ihm und Graf Andrássy erschwerten. Hierzu kam, daß es Schweinitz an der Fähigkeit mangelte, die Zustände in der Monarchie mit großem, vorurteilslosem Blicke zu beobachten. Anstatt dessen unterwarf er sie einer „mikroskopischen Untersuchung“,[3] die als Resultat oft ein falsches oder ganz schiefes Bild der inneren Verhältnisse Oesterreich-Ungarns ergab. Die aus der Verschiedenheit der Nationalitäten und ähnlicher Umstände resultierenden Eigentümlichkeiten war der General nur zu geneigt, als „Symptome der Schwäche“[4] zu deuten, und seine Gewohnheit, alle Vorfälle durch eine stark gefärbte russische Brille zu sehen, half gewiß nicht dazu, ihn gegenüber inneren Vorgängen in der Monarchie milder zu stimmen. Andrássy konnte daher die Besorgnis nicht unterdrücken, daß Bismarck durch seinen Wiener Vertreter leicht zu irrtümlichen Voraussetzungen verleitet werden könnte, was, wie er bemerkt, „im deutschen Interesse sowenig als in dem unseren läge“.[5] Der deutsche Kanzler kannte seinen

---

[1]) Andrássy an Graf Károlyi, Wien, 31. März 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern. „Bei der zugeknöpften, ja fast von einem gewissen Mißtrauen Zeugnis gebenden (die Worte von: „ja fast“ bis „gebenden“ sind im Konzepte wieder gestrichen worden) Art und Weise, in welcher sich der Kaiserliche deutsche Herr Botschafter mir gegenüber seiner Aufträge zu entledigen pflegt, bin ich auch der Korrektheit seiner Berichterstattung nicht völlig sicher.“

[2]) Idem ad eundem, Wien, 17. Dezember 1875. Ibidem. Ueber Schweinitz siehe Bettelheims „Biographisches Jahrbuch“, 7. Bd.

[3]) Andrássy an Károlyi, Wien, 16. Juni 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Ibidem.

[5]) Ibidem.

Botschafter zu gut, um gegen dessen Fehler blind zu sein.[1]) Ohne daß Andrássy noch eine direkte Klage gegen den Botschafter in Berlin erhoben hätte, hielt es Bismarck für nötig, seinen Wiener Kollegen zur Geduld gegenüber Herrn von Schweinitz zu mahnen. Andrássy mied es absichtlich, den Schein zu erwecken, als würde er ungeduldig und dränge auf die Abberufung. Nur wenn sich eine passende Gelegenheit dazu böte, sollte Graf Károlyi diesen Gegenstand berühren und Keudell als eine in Wien genehme Persönlichkeit empfehlen, der — nach den Worten Andrássys — „einen freieren und weiteren Blick für die politischen Verhältnisse besitzt".[2]) Als die Versetzung des Generals Schweinitz nach Petersburg, wo dieser aus früherer Zeit das beste Andenken hinterlassen hatte,[3]) spruchreif geworden, kam Andrássy wieder auf Keudell zurück,[4]) den er Gelegenheit gehabt, näher kennen zu lernen. Kaum hatte er jedoch vernommen, daß es Bismarck schwerfallen dürfte, Keudell, wegen dessen burschikoser und eckiger Manieren bei dem auf äußerst würdevolles Auftreten der Botschafter ungemein viel haltenden Kaiser Wilhelm durchzusetzen,[5]) meinte Andrássy, jeder andere Bewerber könne auf freundliche Aufnahme bei ihm rechnen. Doch, wie er hinzufügte, nur unter der Bedingung, daß er ein wirklicher Vertrauensmann des Fürsten Bismarck und nicht „zugeknöpft" sei.[6]) Trotz dieser Versicherung äußerte er Bedenken gegen die beabsichtigte Wahl des Prinzen Reuß, die er im Gegensatz zu Károlyi,[7]) keine glückliche nennen könne.[8])

---

[1]) Andrássy an Károlyi, Wien, 17. Dezember 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Hier bemerkt Andrássy, daß ihn Bismarcks Schilderung von Schweinitz „durch die Treue und Naturwahrheit ihrer Charakteristik geradezu frappiert" habe. Leider lag mir das Schreiben Károlyis vom 4. Juni, in dem er über diese Schilderung berichtet, nicht vor. Károlyi scheint im Gespräch mit dem Kanzler auf die Schwäche des Botschafters hingewiesen zu haben.

[2]) Ibidem.

[3]) Schweinitz war 1865 preußischer Militärbevollmächtigter in Petersburg.

[4]) Andrássy an Károlyi, Wien, 17. Dezember 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[5]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 11. Dezember 1875. Ibidem.

[6]) Andrássy an Károlyi, Wien, 17. Dezember 1875. Ibidem.

[7]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 11. Dezember 1875. Ibidem. „Reuß genießt allerwärts des besten Rufes; er ist offen und durch und durch loyal, und ich erlaube mir hinzuzufügen, daß ich keine glücklichere Wahl für Wien wüßte."

[8]) Andrássy an Károlyi, Wien, 17. Dezember 1875.

Prinz Reuß hatte bisher den Posten eines Botschafters in Petersburg bekleidet, wo er, in die geheimsten Absichten der deutschen Politik eingeweiht, sich einer ganz besonders bevorzugten Stellung erfreute. Infolge seiner bevorstehenden Vermählung mit Prinzessin Marie, Tochter des Großherzogs von Sachsen-Weimar, sah er sich genötigt, seine Entlassung zu nehmen. Wie man behauptete, auf speziellen Wunsch Alexanders II., der es mit den Anforderungen der Etikette nicht vereinbar fand, eine so nahe Verwandte des russischen Hofes, wie es Prinzessin Marie war,[1]) in der Position einer Botschafterin in Petersburg zu sehen. Die aus der Etikette entspringenden Verlegenheiten fürchtete auch Andrássy, da ja die Prinzessin als Tochter eines souveränen Fürsten den Anspruch erheben konnte, bei Festlichkeiten den Vorrang vor den ältesten Botschafterinnen zu erhalten, was zu vielen unliebsamen Streitigkeiten Anlaß gegeben hätte. Doch wäre auch diese Frage noch immerhin leicht durch einen Machtspruch des Berliner Hofes zu regeln gewesen. Es brauchte ja nur verfügt zu werden, daß der Prinzessin bloß der Rang einer Botschafterin zukomme und sie auch als solche zu behandeln sei.[2]) Die Ablehnung des Prinzen Reuß von seiten Andrássys hatte einen tieferen Grund als die einfache Feststellung der Rangordnung. Der österreichisch-ungarische Minister besorgte, daß auch Reuß, gleich den meisten seiner deutschen Kollegen, die längere Zeit in Petersburg geweilt, allzusehr durchdrungen von der Allmacht Rußlands, unfähig sein würden zu einer unbefangenen Auffassung der Verhältnisse der Monarchie.

Diese Wahrnehmung hinderte ihn nicht, zu erklären, daß wenn Kaiser Wilhelm und Bismarck den Prinzen Reuß als ihren Vertrauensmann nach Wien senden wollten, er gewiß dagegen nichts einzuwenden hätte.[3]) Unter solchen Umständen gab es Fürst Bismarck auf, den Prinzen Reuß zum Botschafter für den Wiener Posten in Vorschlag zu bringen. Nunmehr fiel seine Wahl auf Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode, den bisherigen Präsidenten des preußischen Herrenhauses. Am 16. Februar 1876 machte

---

[1]) Botschaftsrat Baron Seiller, Berlin, 16. Oktober 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Prinzessin Marie war eine Nichte der Kaiserin von Rußland, die die Heirat mit Prinz Reuß als Mesalliance ansah. Hohenlohe, Bd. II, S. 172.

[2]) Andrássy an Károlyi, Wien, 10. Februar 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Ibidem, 17. Dezember 1875. Ibidem. Ueber Reuß siehe: Lord Loftus a. a. O. 150.

Bismarck dem Grafen Károlyi die amtliche Mitteilung hiervon.[1]) Bei dieser Gelegenheit erwähnte der Kanzler, daß keiner in so hohem Maße die verschiedenen nötigen Eigenschaften für den Wiener Botschafterposten besitze als Stolberg. Wenn er — fügte Bismarck hinzu — heute sein Buch schließen müßte, wüßte er niemand anderen als diesen Mann dem Kaiser zu seinem Nachfolger anzuraten.[2]) Graf Stolberg — 30. Oktober 1837 geboren — stand in den besten Mannesjahren. Schon sehr früh — 1867 — hatte er Bismarcks Blicke auf sich gezogen, der ihn zum Oberpräsidenten der neuerworbenen Provinz Hannover erkor. Der Kanzler wollte absichtlich an diese wichtige Stelle keinen Bureaukraten, sondern nur ein Mitglied der Aristokratie setzen, das fähig wäre, die höchsten Schichten der hannoverischen Gesellschaft für die neuen Zustände zu gewinnen. Stolberg gehörte der freikonservativen Partei an, die den Namen der „Botschafterfraktion" führte. Mit vollendeten aristokratischen Formen verband er einen wohlwollenden, versöhnlichen Geist. Im äußeren Auftreten war er von geradezu seltener Anspruchslosigkeit. Gleichwie Bismarck seine Geradheit, Offenheit und vornehme Einfachheit rühmte,[3]) äußerte auch Graf Károlyi von Stolberg, daß er ein „ernster, intelligenter und bescheidener Grandseigneur" sei.[4]) Nicht zum geringen Vorteil gereichte es ihm, daß er über einen großen Reichtum verfügte — sein jährliches Einkommen ward auf anderthalb Millionen Mark geschätzt — der es ihm ermöglichte, in Wien ein großes Haus zu führen. Das war von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Noch ehe Stolbergs Ernennung erfolgte, hatte Andrássy auf die Wichtigkeit hingewiesen, nur einen solchen Diplomaten nach Wien zu senden, der in der Lage wäre, es mit dem sehr beliebten und durch seine Pracht glänzenden französischen Botschafter de Vogüe aufzunehmen.[5]) Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern wünschte im Kaiserlich deutschen Botschafter ein Gegengewicht gegen die Anziehungskraft des französischen Vertreters zu sehen, der, im Vereine mit der geistvollen Fürstin Pauline Metternich-Sándor, das Hauptquartier der deutschfeind-

---

[1]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 16. Februar 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Idem, 17. Februar 1876.

[3]) Ibidem.

[4]) Ibidem.

[5]) Andrássy an Károlyi, Wien, 10. Februar 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

lichen Wiener hohen Gesellschaft bildete.[1]) Schon der Stolberg vorangehende Ruf, er werde seine reichen Mittel zur Schaffung eines geselligen Lebens in seinem Hause benützen, soll genügt haben, einen Umschlag zu bewirken. Aus verschiedenen Anzeichen wollte man deutlich ablesen, wie selbst Deutschland nicht wohlgesinnte Kreise das Bestreben zeigten, sich aus der Ernennung Stolbergs eine „goldene Brücke“ zu bauen, von der aus ein Weg zur Anknüpfung sozialer Beziehungen zur deutschen Botschaft führe.[2])

Bismarck hatte in der Tat eine glückliche Hand bewiesen, als er den bisherigen Präsidenten des preußischen Herrenhauses auf den Posten eines Wiener Botschafters berief. Graf Stolberg, zu dessen Familientraditionen warme Sympathien für Oesterreich-Ungarn gehörten, war selbst von dem im edlen Sinne des Wortes zu nehmenden politischen Ehrgeiz erfüllt, ein ehrlicher und aufrichtiger Vermittler zwischen der Monarchie und Deutschland zu sein.[3]) „Sie haben das große Los gezogen,“ äußerte der königliche Hausminister Freiherr von Schleinitz zu unserem Botschafter, als auf dem Balle des Kriegsministers Stolbergs Sendung nach Wien bekannt wurde.[4]) Lord Odo Russel und Baron Nothomb, beide gewiegte Kenner des Berliner Terrains, erblickten sofort in dieser Ernennung ein bedeutsames Symptom der guten Absichten und vortrefflichen Gefühle des deutschen Kabinettes für Oesterreich-Ungarn.[5]) Hierin hatten sie sich auch nicht getäuscht. Denn Bismarck selbst sagte zu Graf Károlyi, er habe Stolberg, der nie die Hand zu irgendeiner politischen Intrige bieten werde, zu seinem Vertrauensmann für Wien erkoren, um zu beweisen, welch hohen Wert er auf die aufrichtige Erhaltung und Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn lege.[6]) Man hatte sich, wie Graf Károlyi bemerkt, in Berlin sichtlich Mühe gegeben, durch die Wahl Stolbergs dem Wiener Botschafterposten ein „besonderes Relief“ zu verleihen.[7]) Leicht begreiflich, daß unter solchen Umständen die Mission des Grafen Stolberg dem

---

[1]) Graf Dönhoff an Bismarck, Wien, 28. Februar 1876.

[2]) Ibidem.

[3]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 17. Februar 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Idem ad eundem, Berlin, 19. Februar 1876. Ibidem.

[5]) Ibidem.

[6]) Idem, Berlin, 17. Februar 1876. Ibidem.

[7]) Ibidem.

Kaiser Franz Josef I. nur „sehr angenehm"[1]) sein konnte. Der neue deutsche Botschafter war, wie Graf Dönhoff dem Fürsten Bismarck versicherte, allgemeiner sympathischer Aufnahme sicher.[2]) Einen solchen Mann als Vertreter des Deutschen Reiches in Wien zu haben, gerade zu einer Zeit, als die drei leitenden Minister des Aeußern zu gemeinsamen Beratungen über das nächste Schicksal Europas zusammentraten, war von höchster Bedeutung und gewiß eine erfreuliche Bürgschaft für die künftigen Beziehungen zwischen unserer Monarchie und Deutschland.

---

[1]) Andrássy an Károlyi, Wien, 18. Februar 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Graf Dönhoff, 28. Februar 1876.

## Zwölftes Kapitel

# Entrevue von Reichstadt

Früher als Alexander II. und Gorčakov, schon am 9. Mai 1876, begab sich Graf Andrássy nach Berlin. Fürst Bismarck hatte den Wunsch geäußert, mit ihm noch vor Ankunft der russischen Gäste zusammenzutreffen.[1]) Leider sind wir über den Verlauf des „ungenierten“ Gespräches zwischen den beiden Staatsmännern nicht unterrichtet. Aber der damals in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erschienene Artikel, der man intime Beziehungen zu dem deutschen Kanzler nachsagte, läßt ahnen, was den Gegenstand der Unterredung unter vier Augen gebildet haben mag. Das Berliner Blatt machte sich ganz offen zum Herold der Okkupation Bosniens und der Hercegovina durch Oesterreich-Ungarn. Es lieferte einen Beweis dafür, wie wenig diejenigen im Recht waren, die die Berliner Zusammenkunft der drei Staatsmänner im Licht einer gewöhnlichen „Diplomatentagfahrt“ erscheinen lassen wollten. Die öffentliche Meinung traf das Richtige, als sie nicht an einen nur akademischen Gedankenaustausch glauben wollte, sondern voll Unruhe dem Eintritt schwerer Komplikationen entgegensah. Die politische Lage rechtfertigte die Besorgnisse. Den Türken war es bisher nicht gelungen, den Insurgentenaufstand gewaltsam niederzuringen. Aber auch die Diplomaten konnten sich nicht rühmen, daß ihnen die unblutige Beruhigung der insurgierten Provinzen geglückt wäre. Die Situation drängte zu einer Beendigung des Aufstandes, der den Keim zu einer Zerreißung des Drei-Kaiser-Bündnisses in sich bergen konnte. Oesterreich-Ungarn hatte ein wohlbegründetes Interesse daran, den Statusquo in der Türkei erhalten zu sehen. Im Gegensatz hierzu gehörte es zur traditionellen Politik Rußlands, die Liquidation des Osmanenreiches so rasch als möglich zu fördern. Die große Frage war nun, ob das Friedensbedürfnis so stark sein werde, die Differenzen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland zu überbrücken, und

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 4. Mai 1876.

ob es gelingen könne, der Türkei gegenüber einen Weg einzuschlagen, der jede territoriale Neugestaltung ausschloß. Das Verlangen Alexanders II. und Gorčakovs, mit Andrássy in Berlin zusammenzutreffen, weissagte jedenfalls nichts Gutes.

Die russischen Pläne sollten Andrássy bald enthüllt werden. In Berlin warf Gorčakov die Maske ab, die er sich so lange vorgehalten. Hatte er sich bisher den Anschein gegeben, als wollte er ernstlich und redlich an der Beruhigung des Osmanenreiches und an der Erhaltung des „Status quo amélioré" mitarbeiten, so trat er nun mit Vorschlägen hervor, die auf eine „curée" der Türkei hinzielten. Nichts Geringeres verlangte Gorčakov von Andrássy, als schon jetzt eine Verständigung über das Los der Türkei für den Fall, wenn sie der Auflösung nicht mehr entgehen könnte.[1]) Ins russische Idiom übertragen hieß dies so viel, als bereits derzeit den Modus für die Aufteilung des Osmanenreiches festsetzen, wobei selbstverständlich der Zar den Löwenanteil hätte einheimsen müssen. Von seiten Gorčakovs war es doch eine starke Zumutung, daß gerade Andrássy, der Urheber der Reformnote vom 30. Dezember 1875, seine Zustimmung zur Vernichtung der Türkei geben sollte, solange noch Hoffnung vorhanden war, daß sie sich doch aus eigener Kraft werde erhalten können. Wir dürfen es somit aufs Wort glauben, daß Gorčakovs Ansinnen den österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern im ersten Augenblick höchst unangenehm berührte.[2]) Andrássy war jedoch sofort entschlossen, um keinen Preis auf dasselbe einzugehen.[3]) Er bewunderte wohl das von Gorčakov mitgebrachte fertige Memorandum über die Aufteilung der Türkei in seiner Gänze als höchsten Gipfel diplomatischer Kunst, bekämpfte es aber in Form von Amendements in allen seinen Hauptteilen. Schließlich ward es derart umgestaltet, daß Gorčakov ausrief: „Mais ce n'est plus mon œuvre."[4]) Mit sachlichen Gründen und geschickter Benutzung der grenzenlosen Eitelkeit Gorčakovs hatte der österreichisch-ungarische Staatsmann den alten russischen Staatskanzler zum Rückzuge gedrängt.

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 19. Mai und 6. Juli 1876.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 19. Mai 1876, und desselben Tagebuch vom gleichen Datum. „Ueber seine Berliner Erlebnisse sagte mir Andrássy, daß der erste Eindruck auf ihn ein sehr unangenehmer war, da Gorčakov die Aufteilung der Türkei als politisches Ziel angenommen wünschte." (Ung.)

[3]) Tagebuch Baron Orczys, 19. Mai 1876. „Das hat Julius (Andrássy) einfach verweigert." (Ung.)

[4]) Dóczi: „Andrássy und Bismarck" in „Neue Freie Presse", 23. Dezember 1906. Nach persönlichen Mitteilungen Andrássys.

Bismarck, als Zeuge der sonderbaren Szene, konnte sich vor Staunen gar nicht fassen über die Unmenge von Schmeicheleien, die der russische Kanzler vertragen konnte.[1]) Sie verfehlten auch nicht ihre Wirkung. Allmählich wurde Gorčakov immer zahmer, bis er schließlich jeden weiteren Widerstand aufgab, um, wie er später sagte, die absolute Freundschaft zwischen den drei Kaiserhöfen aufrechtzuerhalten.[2]) Nun erst, nachdem es ihm gelungen, den russischen Standpunkt von Grund aus zu unterwühlen, atmete Andrássy erleichtert auf und fing er an, sich in Berlin wohl zu fühlen.[3])

Etwas mußte jedoch geschehen, um die Pforte zur Durchführung der von ihr geforderten und von ihr bereits zugesagten Reformen zu nötigen. Hierin wurden die drei Minister des Aeußern durch die am 6. Mai 1876 in Salonichi erfolgte Ermordung des deutschen und französischen Konsuls bestärkt.[4]) Diese blutige Tat der fanatischen mohammedanischen Bevölkerung von Salonichi lenkte in erhöhtem Maße die Aufmerksamkeit auf die traurigen inneren Zustände im Osmanenreiche. Aus diesen Erwägungen entsprang das Berliner Memorandum vom 12. Mai 1876, durch das in erster Linie allen ähnlichen Vorfällen, wie dem von Salonichi, vorgebeugt werden sollte. Die Hauptsache jedoch, die angestrebt wurde, war die Pazifikation Bosniens und der Hercegovina, um auf diese Weise den Ausgangsherd aller Unruhen auf dem Balkan zu ersticken. Zu diesem Zwecke heischten, im Bewußtsein der ungeteilten Zustimmung Europas, die verbündeten drei Kaisermächte vom Sultan einen zweimonatigen Waffenstillstand mit den In-

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 19. Mai 1876, und desselben Tagebuch (ung.) vom 19. Mai 1876.

[2]) Gorčakov an Novikov, Jugenheim, 1. Juli/19. Juni 1876.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 19. Mai 1876, und dessen Tagebuch vom gleichen Datum.

[4]) Ein christliches graeco-bulgarisches Mädchen wurde aus dem Innern Mazedoniens nach Salonichi gebracht, um vor dem Provinzialverwaltungsmedschlis die Erklärung abzugeben, daß sie einen Mohammedaner heirate und zum Islam übertrete. Nach ihrer Ankunft wurde sie jedoch von den Griechen und Bulgaren, die dies nicht zulassen wollten, entführt, zuerst in das Haus des amerikanischen und dann in jenes des deutschen Honorarkonsuls gebracht, die beide griechischer Konfession waren. Ulemas hielten aufrührerische Reden, infolgedessen Mohammedaner den amerikanischen Konsul bedrohten. Während das Mädchen den Türken ausgeliefert wurde, wollten die miteinander verschwägerten Konsuln von Frankreich und Deutschland den Gouverneur aufsuchen, um ihn zu bewegen, der fanatisierten Menge Ruhe zu gebieten. Sie wurden jedoch in einen Moscheehof hineingedrängt und in der dortigen Theologieschule (Medresse) am 6. Mai 1876 erschlagen.

surgenten. Er sollte, wie es im Memorandum heißt, zweierlei Zielen dienen. Einerseits wollte man die Zeit der Ruhe benutzen, um die Aufständischen zur Niederlegung der Waffen und die Flüchtlinge zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen. Andererseits hoffte man, der Waffenstillstand werde die Gelegenheit zur Anbahnung einer direkten Verständigung zwischen der Pforte und den Vertretern der Insurgenten bieten. Die Ueberwachung der Durchführung der Reformen selbst sollte den Konsuln der Mächte anvertraut werden.[1])

In all dem lag nichts, was das Selbstbewußtsein der Türkei hätte verletzen können. Nur der Schluß des Memorandums enthielt eine scharfe Wendung, die in eine Drohung ausklang. Hier hieß es: „Sollte aber die Frist des Waffenstillstandes verlaufen, ohne daß ein solches Ergebnis (Ruhe und Friede) erzielt worden wäre, so würden die drei kaiserlichen Höfe nach gemeinsamer Verständigung ihrem diplomatischen Vorgehen wirksamere Maßregeln hinzuzufügen haben, wie sie im Interesse des allgemeinen Friedens und zur Vermeidung des Weitergreifens der Empörung geboten erscheinen.“ Der Passus des Berliner Memorandums dürfte vermutlich auf Gorčakov zurückzuführen sein. Hatte er schon sein Programm, das die Zerstückelung des von ihm gehaßten Reiches bezweckte, aufgeben müssen, so sollte es doch wissen, daß die verbündeten Mächte jederzeit bereit seien, ihm ihre starke Faust aufs Auge zu legen. Das war eine Genugtuung, die Andrássy für das Preisgeben viel wichtigerer Dinge der Eitelkeit des Staatskanzlers gerne gewährte. Aus all dem für den österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern das bedrückende Gefühl der Niederlage ableiten zu wollen,[2]) ist ganz unstichhaltig. Im Gegenteil. Nicht als ein Unterlegener, sondern als ein mit dem Ergebnis der Beratungen vollkommen Zufriedener schied Andrássy aus Berlin.[3]) Es zeugt auch von einer Verkennung der wahren Lage, wenn behauptet wurde, seit dem Berliner Memorandum mußte Andrássy bescheiden in die zweite Reihe zurücktreten.[4]) Nicht etwa gezwungen, sondern freiwillig,[5]) im vollen

---

[1]) Berliner Memorandum, abgedruckt im „Rotbuch“, 9. Bd., S. 221—222.

[2]) Beer, „Orientalische Politik Oesterreichs“, S. 645.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 19. Mai 1876.

[4]) Beer, a. a. O., S. 644.

[5]) Baron Orczys Tagebuch, 13. Mai 1876. „Andrássy telegraphiert, daß sie (die drei Kaisermächte) betreffs des Modus procedendi sich geeinigt, daß Rußland jetzt den Versuch der Pazifikation in seine Hand nehmen wird.“ (Ung.)

Einverständnis mit den zwei anderen Unterzeichnern des Berliner Memorandums, überließ er Rußland die Rolle des Pazifikators. Da die Besprechungen auf den besonderen Wunsch Alexanders stattfanden und Gorčakov mit einem formellen Programm nach Berlin kam, das dann auf die bloße Betonung von Garantien für die Durchführung der Reformen zusammenschrumpfte, war es ja ganz natürlich, daß man nunmehr auf den russischen Kanzler die Führerrolle übertrug. Vielleicht auch wollte Andrássy ihn nur an die Spitze der Friedensmission gestellt sehen, um seinen Gelüsten nach dem Besitztum der Türkei einen Hemmschuh anzulegen und ihn öffentlich zwingen, wirklich ernstlich an die Versöhnung der herrschenden Gegensätze zu schreiten. Für Andrássy gab es aber noch einen anderen Grund, der ihn bewog, den Russen den Vorrang als Friedensstifter zu gönnen. Sollte er nicht bereits damals manchmal selbst an die Unmöglichkeit der Erhaltung des Friedens im Orient gedacht haben? Wollte er nicht schon um diese Zeit durch Gorčakov vor Oesterreich-Ungarn den Beweis erbringen lassen, daß auch diesem seine Mission mißlungen und man in nicht allzu ferner Zukunft doch genötigt sein könnte, zu den im Memorandum angekündigten wirksamen Maßregeln zu greifen?

Vorläufig, noch ehe die Erfolglosigkeit aller Schritte dargetan war, hielt es Andrássy für seine Aufgabe, in den Delegationen die seinem Wollen und seiner Ueberzeugung vollkommen entsprechende Versicherung zu erteilen: der europäische Friede sei gesichert, soweit, wie er vorsichtig hinzufügte, „menschliche Voraussicht reichte“.[1])

Hierzu bedurfte es in erster Reihe der von Andrássy in der Delegationssitzung nachdrücklichst betonten Einigung der Mächte. Als wichtigste Voraussetzung dieser Verständigung galt der Beitritt aller Kabinette zum Berliner Memorandum. Erst hierdurch konnte dieses seine wirksame Unterstützung bei der Pforte erhalten. Frankreich und Italien schlossen sich in der Tat den drei Kaiserhöfen an. Die große Frage war nur, ob England werde mittun wollen, die Pforte zu zwingen, sich den im Berliner Memorandum enthaltenen Forderungen zu fügen? In der ungarischen Hauptstadt erzählte man sich damals, Andrássy soll Gorčakov jede Wette angeboten haben, daß England ablehnen werde, worauf der russische Staatskanzler entgegnet hätte: Die Wette eingehen hieße so viel, als wollte er Andrássy das Geld aus der Tasche ziehen.[2])

---

[1]) Rede Andrássys im Ausschusse der Reichsratsdelegation vom 18. Mai 1876.

[2]) „Neue Freie Presse“, 28. Mai 1876.

Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern konnte sich gewiß nicht in dem Sinne geäußert haben, da er ja selbst in der österreichischen Delegation die Erklärung abgab: Er glaube natürlich, ohne ein Prophet sein zu wollen, seine private Ueberzeugung dahin aussprechen zu sollen, daß England mit seiner Zustimmung nicht zögern dürfte.[1]) Viel eher spiegelt die Anekdote die Denkungsart Gorčakovs wider, der mit voller Zuversicht auf den Beitritt des Londoner Kabinettes zum Berliner Memorandum rechnete. Bald sollte er jedoch aus seiner Illusion gerissen werden und erfahren, daß er sich einer großen Täuschung hingegeben. Zu seiner nicht geringen Ueberraschung lehnte es das von Disraeli geleitete Toryministerium am 19. Mai ab, gemeinsam mit den fünf Mächten die Annahme des Berliner Memorandums in Konstantinopel zu erwirken, das es als einen Eingriff in die Autorität des Sultans betrachtete. Seinen Entschluß begründete das englische Ministerium ostensibel damit, daß dadurch die Aufständischen noch anmaßender werden und der Friede noch weniger zu erhoffen sein würde. Tatsächlich aber war von Einfluß auf die Haltung des Londoner Kabinetts dessen Eifersucht auf unsere Entente mit Rußland, die es jetzt durch sein Vorgehen zu sprengen trachtete. Gladstone, der leidenschaftliche Gegner der Türken im englischen Parlamente, war über diese Politik des englischen Premiers sehr entrüstet. Er wollte in Disraeli nicht so sehr den Türkenfreund als vielmehr den Feind christlicher Freiheit und christlicher Wiedergeburt sehen und unterschob ihm die Absicht, die Wirren im Orient zu fördern, um im geeigneten Moment Aegypten für England zu erwerben und selbst einmal als Herzog von Memphis sein Leben zu beschließen.[2]) Mag sein, daß Disraeli an eine solche Aneignung gedacht — für den Fall, als die Türkei in Trümmer gehen sollte. Trotzdem ist es ganz unwahrscheinlich, daß er um solch eines Planes willen sich der Annahme des Berliner Memorandums widersetzt hätte. In erster Linie leitete gewiß das englische Ministerium die Besorgnis, durch Unterstützung des Berliner Memorandums den Einfluß Rußlands in Stambul zu stärken und die Macht der Pforte gegenüber den christlichen Untertanen zu schwächen. Aber war

---

[1]) „Pester Lloyd", 21. Mai 1876. Hahn, a. a. O., Bd. III, S. 14, läßt Andrássy den Ausdruck gebrauchen: „Er glaube mit aller Entschiedenheit an die Zustimmung Englands." Der „Pester Lloyd" ist in diesem Falle verläßlicher.

[2]) Morley, „Life of Gladstone", Bd. II, S. 551.

es auch richtig von seiten des englischen Kabinettes, durch eine derartige Haltung den Widerstand der Türkei gegen die Forderungen der Mächte zu ermutigen? In gewissem Sinne gab England damit Gorčakov recht, daß mit der Pforte zu keinem Resultat zu gelangen sei. Andrássy schien diese Wendung der Dinge nicht zu erfreuen. Sein Bestreben ging nun dahin, wenigstens für alle Möglichkeiten das Einvernehmen der drei Kaisermächte aufrechtzuerhalten. Rußland sollte dadurch an der Verfolgung selbstsüchtiger Zwecke, Serbien und Montenegro aber daran verhindert werden, sich an der Erhebung gegen die Türken zu beteiligen. In dem Bestreben der beiden türkischen Vasallen, den Christen Bosniens und der Hercegovina zu Hilfe zu eilen und einen allgemeinen Brand in der Türkei zu entzünden, lag das Gefährliche der Situation. Kam es zu einem Zusammenstoß mit der Türkei, in dem Serbien und Montenegro die Sieger blieben, dann war ein solcher Erfolg das Signal zur völligen Auflösung des Reiches der Osmanen. Unterlagen dagegen Serbien und Montenegro und ging der Sultan daran, seine Rechte als Sieger zu gebrauchen, so war es unvermeidlich, daß Rußland zur Rettung seiner Schützlinge mit bewaffneter Hand eingreifen werde. Die Engländer freilich scheinen sich dem Glauben hingegeben zu haben, die Türken seien noch immer kräftig genug, um jeden Angriff der Vasallenstaaten zurückzuschlagen.[1])

Gorčakov konnte es inzwischen kaum verwinden, daß ihm England durch seine Weigerung einen Strich durch die Rechnung gemacht. Das Ansehen Rußlands und seine eigene Autorität dünkten ihn gefährdet, wenn es dem Einspruche des britischen Kabinettes gelingen sollte, jede Aktion Europas zu hemmen. Er machte daher den Vorschlag, auf die Mitwirkung Englands gänzlich zu verzichten und auf Grundlage des Berliner Memorandums in Konstantinopel eine Kollektivnote zu überreichen.[2]) Wenn Staatssekretär von Bülow auch versicherte, man wäre nicht abgeneigt, zu fünfen zu marschieren, da man es nicht zu sechsen könnte,[3]) so ist es doch gewiß, daß wenigstens Oesterreich-Ungarn für einen solchen Schritt nicht zu haben war.[4]) Deswegen trachtete man

---

[1]) „Das war insbesondere die Ansicht Šuvalovs", berichtet von Orczy an seine Mutter, 23. Juni 1876.

[2]) Orczy an seine Mutter, 23. Juni 1876.

[3]) Dreux, „L'ambassade", S. 207.

[4]) Vortrag Andrássys.

wieder, England für den Gang zu sechsen zu gewinnen. Infolge Aufforderung Rußlands und Oesterreich-Ungarns übernahm der französische Minister des Aeußern, Herzog Decazes, die Vermittlung. Mit beiden Händen griff der französische Staatsmann nach dieser Rolle. Er verfolgte damit einen doppelten Zweck. Einerseits sollte das Prestige Frankreichs erhöht und dessen Allianz für Rußland verlockender gemacht, andererseits jedoch vermieden werden, daß Bismarck Gelegenheit erhalte, inmitten europäischer Unruhen einen Schlag gegen die französische Nation zu führen. „Ich will," sagte Decazes, „den Krieg hindern. Alles andere ist mir gleichgültig."[1])

Mittlerweile kam es in der türkischen Hauptstadt zu Ereignissen, die eine Uebergabe des Berliner Memorandums oder einer in diesem Sinne gehaltenen Note der fünf Mächte unmöglich machten. Schon seit langem waren die muselmännischen Fanatiker in hohem Grade unzufrieden mit dem Sultan Abdul Aziz, der weder genug Verstand und Kenntnisse besaß, um selbst regieren zu können, noch über die Einsicht verfügte, anstatt seiner die Staatsgeschäfte von hervorragenden Ministern leiten zu lassen. Er dachte nur daran, für den Fall seiner Entthronung große Reichtümer aufzuspeichern, unbekümmert darum, daß Beamte und Soldaten darbten. Die Erhebung in Bosnien, der Hercegovina und in Bulgarien lösten den Wunsch aus, sich des Herrschers zu entledigen, der in voller Abhängigkeit von dem russophilen Großwesir Mahmud Nedim Pascha lebte. Am 10. Mai 1876 forderte eine Massendemonstration der Softas[2]) den Sturz des Ministeriums. Der eingeschüchterte Sultan wagte keinen Widerspruch. Der Großwesir, der Scheich ul Islam Hassan Fehmi Effendi und der Kriegsminister wurden abgesetzt. Zum Großwesir wurde der jungtürkisch gesinnte Mehmed Ruschdy Pascha, zum Scheich ul Islam der liberale Ulema und Geschichtsschreiber Hairullah Efendi und zum Kriegsminister der von einem unbändigen Willen beseelte Alttürke Hussein Avni Pascha ernannt. Von größter Bedeutung aber war es, daß auch Midhat Pascha, der geistig hervorragendste Mann seines Landes, auf dessen Geschick er bald den tiefsten Einfluß ausüben sollte, in das neue Kabinett eintrat, dem er jedoch nur als Minister ohne Portefeuille angehörte. Allgemein glaubte man,

---

[1]) Dreux, „L'ambassade", S. 205 und 207.

[2]) Studierende des Scheriatgesetzes, der mohammedanischen Religions- und Rechtswissenschaft.

daß Midhat, der schon 1873 Großwesir gewesen und mit aller Lebhaftigkeit für Reformen eintrat, die Seele der neuen Regierung sein werde.[1]) In Petersburg, wo man keine Stärkung der Türkei und am wenigsten eine solche auf konstitutioneller Grundlage wünschte, machte der Sturz des von Rußland gekauften Mahmud Nedim Pascha einen sehr unangenehmen Eindruck. Ignatjev soll damals dem Sultan gesagt haben, der Zar wolle ihn mit 40000 Mann gegen seine rebellischen Untertanen schützen. Besorgnis vor einem solchen Eingriff der Russen und vor einem möglichen Racheakt des Sultans veranlaßten Midhat Pascha und den Kriegsminister, zwei Männer, die einander sonst in allen anderen Dingen als erbitterte Gegner gegenüberstanden, sich zu einigen und die Absetzung des ottomanischen Herrschers ins Auge zu fassen. Sie zogen vornehme Unzufriedene ins Vertrauen. Midhat Pascha ging sogar so weit, den Ministern mehrerer Großmächte eine geheime Denkschrift zukommen zu lassen, in der er die Notwendigkeit und Gesetzlichkeit eines Thronwechsels auseinandersetzte. In diesem Memoire bezeichnete er den Sultan als einen „elenden Narren", dessen größte Narrheit vielleicht darin bestehe, zu glauben, mitten im neunzehnten Jahrhundert noch als unbeschränkter Monarch gelten zu können.

Noch ehe Abdul Aziz, der eine Warnung erhalten haben soll, handeln konnte, schritten die Verschworenen, deren Haupt der Kriegsminister Hussein Avni Pascha war, an die Ausführung ihres Planes. Im Auftrag der Verschworenen brach sich Suleiman Pascha, der Vertrauensmann des Kriegsministers, Bahn zu den Gemächern des Sultans, um ihm Kenntnis von seiner Absetzung zu geben. Abdul Aziz wollte nichts davon hören. Auf die flehentlichen Bitten seiner Mutter, er möge sich fügen, um sein Leben zu retten, entsagte er am 30. Mai 1876 dem Thron, auf den sein Neffe als Sultan Murad V. erhoben wurde. Noch in der Haft des Palastes Top Kapu dünkte die Verschwörer der gefallene Abdul Aziz ein gefährlicher Mann. Am 4. Juni fand man ihn tot in seinem Schlafzimmer. Damals hieß es, er habe sich selbst mit einer Schere, die er zum Schneiden seiner Nägel verlangte, die Pulsader geöffnet.[2]) Viel glaubwürdiger war die gleichzeitig auf-

---

[1]) „Midhat Pascha, Sa vie, son œuvre", par son fils Ali Haydar Midhat Bey.

[2]) So wird es auch jetzt wieder von Midhats Sohn, Ali Haydar Midhat Bey, in der von ihm verfaßten Biographie seines Vaters (S. 54) erzählt. Lord Loftus a. a. O. 167.

getauchte Version, daß man ihm das Leben genommen, um ihn für alle Zeiten unschädlich zu machen.[1])

Der Thronwechsel brachte naturgemäß eine Stockung in die Angelegenheit der von Rußland urgierten Kollektivnote. Wem sollte sie übergeben werden, wenn Murad V. seine Thronbesteigung den Mächten noch gar nicht angezeigt hatte und er von diesen auch noch nicht als Sultan anerkannt worden war? Andrássy meinte, daß der formellen Anerkennung die offizielle und formelle Notifikation vorhergehen müsse. In dieser Beziehung hielt er ein übereinstimmendes Vorgehen aller Mächte für wünschenswert.[2]) Nachdem dies geschehen, erhob Andrássy keinen weiteren Einspruch, worin auch der inzwischen bekannt gewordene Tod des entthronten Sultans keine Aenderung bewirken sollte. Es ist interessant, daß gerade Gorčakov auf rasche Anerkennung drängte, obwohl es ihm gar nicht recht war, daß Frankreich in dieser Hinsicht, ohne vorherige Verständigung mit den übrigen Mächten, auf eigene Faust gehandelt hatte. Dem russischen Staatskanzler scheint es nicht eilig genug gegangen zu sein, weil er so schnell als nur möglich dem neuen türkischen Herrscher die im Namen der fünf Mächte zu erlassenden identischen Noten übergeben lassen wollte. Aber gerade diese Angelegenheit erzeugte eine Spannung zwischen Gorčakov und Andrássy, der jetzt von der identischen Note nichts wissen und erst abwarten wollte, wie sich der neue Sultan zu der auf der Tagesordnung befindlichen Reformfrage verhalten werde. Da Rußland jedoch, wie Novikov am 6. Juni eröffnete, auf seinem Verlangen beharrte, ließ Andrássy durch Károlyi, der damals gleichzeitig mit dem Zaren in Ems weilte, bei Alexander II. dringliche Vorstellung dagegen erheben. Károlyi hatte den Auftrag, zu versichern, seine Regierung sei fest entschlossen, sich von seinen zwei Verbündeten in keinem Falle zu trennen; doch sei es nur recht und billig, dem neuen Sultan Zeit

---

[1]) Karl Ritter von Sachs, „Geschichte des Machtverfalles der Türkei", S. 541—543, der zu beweisen trachtet, daß nicht die Ermordung, sondern nur der Zeitpunkt zweifelhaft sei, wann sie erfolgte: ob sofort am 30. Mai oder erst am 4. Juni. Im Juni 1881 wurde in Konstantinopel der Prozeß wegen der Ermordung des Sultans angestrengt und noch im selben Monat, 29. Juni, erfolgte das Urteil auf Mord. Midhat Pascha wurde da beschuldigt, den Befehl zur Ermordung erteilt zu haben. Siehe Felix Bamberg, „Geschichte der orientalischen Angelegenheit", S. 462.

[2]) Andrássy an Károlyi, Budapest, 1. Juni 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

zur Entwicklung seiner Absichten zu gönnen. Der Botschafter hatte ferner geltend zu machen, die Verzögerung werde keinesfalls Schaden verursachen, wenn es mittlerweile gelänge, mit England eine Verständigung herbeizuführen, das ja gegen die Reformnote vom 30. Dezember keinen Einspruch erhoben habe.[1]) Andrássy fand Rückhalt an Bismarck, der zum russischen Botschafter Oubril sagte: Er sei wohl bereit, sofort dem Wunsch Rußlands zu willfahren, doch nur unter der Bedingung, daß Oesterreich-Ungarn zustimme.[2])

Graf Károlyi ward auch durch den französischen Botschafter Gontaut-Biron unterstützt, der sich zur selben Zeit in Ems aufhielt. Er machte die Mitteilung, Frankreich sei von der Pforte ermächtigt worden, die bündigsten Zusicherungen zu geben, daß der Sultan die redlichste Absicht habe, Reformen durchzuführen. Als Beweis dafür berief sich Gontaut-Biron auf den Umstand, daß Murad V. den Insurgenten einen sechswöchigen Waffenstillstand angeboten habe, welcher Zeitraum zur Inangriffnahme von Reformen benutzt werden sollte. Der Appell übte seine Wirkung auf den Zaren, der wirklich friedliebend war und dem es ungemein schmeichelte, auch dafür gehalten zu werden. Er fügte sich den vereinten Bemühungen Oesterreich-Ungarns, Deutschlands und Frankreichs. Am 7. Juni erhielt Andrássy vom Grafen Károlyi ein Telegramm, das ihn benachrichtigte, der Zar bestehe nicht auf der Uebergabe der identischen Noten in Konstantinopel und werde die Wiederaufnahme der in Berlin geplanten Aktion erst dann fordern, wenn die Friedensversuche der Pforte resultatlos verlaufen sollten.[3])

Gorčakov hatte sich fügen müssen, doch mit Ingrimm und Zorn im Herzen, da er hierin eine empfindliche Niederlage seiner Politik erblickte. Wohl mit Recht. Die identische Note war abgetan und verschwand von der Bildfläche. Nun aber trat der Staatskanzler mit einem neuen Vorschlag hervor. In Konstantinopel sollte erklärt

---

[1]) Dies beruht auf einem Artikel, der unter der Aufschrift „Neuestes" im Abendblatt der Wiener „Tagespresse" vom 8. Juni 1876 erschien. Bülow selbst bemerkt, daß diese Publikation wenig bekannte Tatsachen enthalte und aus wohlinformierten Kreisen stamme, in denen der Wunsch vorwalte, das Einvernehmen zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn oder doch wenigstens zwischen Andrássy und Gorčakov zu stören. Bülow an Graf Stolberg, Berlin, 10. Juni 1876.

[2]) Károlyi an Andrássy, Ems, 8. Juni 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) „Neuestes" im Abendblatt der Wiener „Tagespresse" vom 8. Juni 1876.

werden, das Einverständnis der Mächte bleibe auch weiterhin in Kraft; allein mit Rücksicht auf die bekannt gegebene Absicht der Pforte, selbst die Durchführung der Reformen in die Hand nehmen zu wollen, sei der Entschluß gefaßt worden, vorläufig von jedem weiteren Schritt abzusehen in der Hoffnung, die Türkei werde ihre Versprechungen betreffs der Insurgenten erfüllen. Ist es aber nach der bisherigen Haltung des russischen Staatskanzlers gegenüber der Türkei vorauszusetzen, daß er aufrichtig sprach, als er der Hoffnung auf Erfüllung der türkischen Zusagen Ausdruck lieh? Wünschte er denn überhaupt, daß die Pforte in die Lage käme, ihre Versprechungen einzulösen? Der ganze Vorschlag sollte Gorčakov nur dazu dienen, seinen Groll, den er über die eben erlittene Niederlage empfand, zu verhüllen. Bismarck hätte gewünscht, in der Deklaration sei die Erwartung auszusprechen, der Sultan werde das Versprechen wegen der Reform anders beobachten als sein Vorgänger. Demgegenüber warf Gorčakov ein, man müßte den Vertretern der Mächte in Konstantinopel die Sorge für die endgültige Fassung der Erklärung überlassen. Damit scheint auch der deutsche Kanzler einverstanden gewesen zu sein, der den russischen Vorschlag als eine „sehr geschickte politische Evolution“ bezeichnete.[1])

Noch einmal war der tiefe Gegensatz der Anschauungen in Behandlung der orientalischen Frage, wie er sich immer deutlicher zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn fühlbar machte, überbrückt worden. Der freudige Ausruf Graf Károlyis: „Ich bin sehr zufrieden! Das ist gut!“, als er vom russischen Antrag hörte, zeigte klar, daß die Eintracht der Mächte auf dem Spiele stand, wenn Gorčakov nicht nachgegeben hätte. Sagte es doch der österreichisch-ungarische Botschafter ganz direkt heraus, daß das ursprüngliche Projekt Rußlands nie die Zustimmung der Höfe hätte erlangen können.[2])

Trotz dem Zurückweichen des Staatskanzlers stand es um die Einigkeit zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn ziemlich schlecht. Das war auch der allgemeine Eindruck, wie er sich in den Zeitungen widerspiegelte. Am 8. Juni 1876 berichtete Graf Károlyi aus Ems, Fürst Bismarck habe die Ausfälle der österreichischen Presse gegen Rußland heftig getadelt, da hierdurch die

---

[1]) Károlyi an Andrássy, Ems, 8. Juni 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Dreux, „L'ambassade“, S. 220.

öffentliche Meinung der Monarchie im Sinne der Feindschaft gegenüber dem russischen Reiche bearbeitet werde, was seine Mission als Vermittler zwischen den beiden Deutschland befreundeten Staaten sehr schwierig mache.[1]) Zu den Grundprinzipien der Bismarckschen Politik gehörte die Verhütung jedes Konfliktes zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn, als schädlich im Interesse Deutschlands. „Ob Bosniaken oder Hercegoviner ein wenig besser oder schlechter regiert werden," hatte Radowitz, der Vertraute Bismarcks, bereits im April 1876 zum Grafen Károlyi geäußert, „ob die Türken dies oder jenes tun, ist uns im Grunde genommen ziemlich gleichgültig, wir können uns nicht dafür echauffieren, diese Strohdächer zu löschen. Dagegen haben wir ein wesentliches Interesse, daß die daran und auch an uns stoßenden großen Gebäude nicht vom Brande erfaßt werden." [2]) Damit aber erntete Bismarck keinen Dank von seiten Gorčakovs, der sowohl dem deutschen als auch dem österreichisch-ungarischen Staatsmanne zürnte, indem er sich nicht nur durch England, sondern auch durch das Wiener und Berliner Kabinett in der Verfolgung seiner Pläne gehindert wähnte. Der russische Staatskanzler suchte gleichzeitig zwei Eisen im Feuer zu haben. Mittels der identischen Note hatte er die Pforte in die Enge treiben und von ihr Dinge erlangen wollen, deren Erfüllung ihr schon in finanzieller Hinsicht ganz unmöglich gewesen wäre. Unter dem Scheine der Friedfertigkeit sollte jede Widerstandskraft der Türkei lahmgelegt werden. Gleichzeitig aber hetzte er im geheimen Serbien und Montenegro auf die Pforte, um auf diese Weise ihren völligen Zusammenbruch zu beschleunigen.

Unter solchen Umständen verrichtete Andrássy eine Sisyphusarbeit, als er sich abmühte, die Einigkeit zwischen den drei Kaiserhöfen, als das beste Bollwerk gegen den Zerbröckelungsprozeß der Türkei, aufrechtzuerhalten. Die Minierarbeit Gorčakovs in Serbien und Montenegro war ihm nicht unbekannt geblieben. Er hatte die Beweise dafür in Händen, wie intensiv von den Russen in den beiden Vasallenstaaten geschürt wurde. Man dürfte darüber viel Merkwürdiges vom ehemaligen k. k. General Stratimirović vernommen haben, der nach Belgrad gekommen war, Dienste in der serbischen Armee zu nehmen und dort die Rolle eines begeisterten Serben zu spielen. Er zog jedoch den Verdacht der Doppelzüngigkeit auf sich, weshalb er eiligst das Land verlassen mußte. Die

---

[1]) Károlyi an Andrássy, 29. April 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.
[2]) Ibidem.

ungarische Polizei, die ihn für einen serbischen Spion hielt und verhaftete, sah sich genötigt, ihn rasch mit den unentbehrlichsten Kleidungsstücken zu versehen, so entblößt war er von allem.[1])

* * *

Für die Ruhe der Monarchie im Innern konnte wirklich nichts Bedrohlicheres erfolgen, als wenn es zu einer kriegerischen Unternehmung Serbiens und Montenegros gegen die Türkei kam. Leicht war vorauszusehen, daß die Grenzbevölkerung Oesterreich-Ungarns durch eine Erhebung der beiden Vasallenstaaten nicht unberührt bleiben, sondern ihrer Sympathie für dieselben lauten und werktätigen Ausdruck geben würde. In den südlichen Gegenden der Monarchie zeigte sich bereits hochgradige Erregung, die natürlich im Falle des Vorrückens der serbischen oder montenegrinischen Truppen zu heftigen, leidenschaftlichen Ausbrüchen führen mußte. Andrássy erblickte seine vornehmste Sorge darin, den Beginn der Feindseligkeiten zu verhüten. Er trachtete daher Italien, Frankreich und England zu bewegen, ihren Einfluß in Belgrad im friedlichen Sinne geltend zu machen, was diese Mächte in Aussicht stellten. Andrássy wandte sich auch an Gorčakov mit dem Ersuchen, auf Serbiens „Aktionstendenzen" möglichst beschwichtigend einzuwirken. Der Staatskanzler erteilte ein zustimmendes Versprechen.[2]) Er war aber weit davon entfernt, damit Ernst zu machen. Kaiser Wilhelm hatte recht, als er damals zu einer ihm vertrauten Persönlichkeit sagte: Kaiser Alexander will den Frieden, aber Gorčakov den Krieg. Schlecht stimmte es auch zu den sonstigen Friedensbeteuerungen des russischen Kanzlers, wenn er, statt dem Fürsten Milan Halt zu gebieten, General Ignatjev den Auftrag erteilte, die türkische Regierung zu warnen, Serbien anzugreifen, da er sonst im Namen seiner Regierung dagegen Protest erheben müßte. Das stand im entschiedensten Widerspruch zur Absicht Andrássys, der das gerade Gegenteil von dem wollte, womit Gorčakov den General Ignatjev beauftragte. Nicht die Türkei, die ja gar nicht daran dachte, über Serbien herzufallen, wenn es sich ruhig verhielt, sondern die serbische Regierung hätte gewarnt werden müssen. Andrássy wünschte, daß, wenn Serbien sich durchaus gegen den Willen der Mächte in den Krieg stürze, ihm mit einer

---

[1]) Tisza an Andrássy, Budapest, 2. August 1876.

[2]) Andrássy an den Geschäftsträger Freiherrn von Trauttenberg in Berlin; Wien, 7. Juni 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

bewaffneten Intervention gedroht werde, wogegen sich aber Rußland sträubte.[1] Vielmehr äußerte Kaiser Alexander gegenüber dem damals zu Besuch in Jugenheim weilenden Erzherzog Albrecht: Er gedenke nicht zu intervenieren, wenn die Serben angreifen, und er gebe sich dem Glauben hin, auch Kaiser Franz Josef werde keine Lust zu einer Einmengung haben.[2] In dieser Hinsicht boten die Mächte kein einheitliches Bild der zu befolgenden Politik. Lord Derby, der englische Minister des Aeußern, ließ den Serben sagen, daß sie bei einem Angriff der ihnen durch den Pariser Frieden von 1856 gewährten Garantien verlustig gingen und kein Staat dann das Recht habe, sich dem türkischen Einmarsch in ihr Land zu widersetzen. Wer aber sollte entscheiden, von wessen Seite der erste Schuß gefallen? Nichts war dort unten an der serbisch-türkischen Grenze leichter zu behaupten, als daß der Gegner die Feindseligkeiten begonnen habe. Eines war jedoch gewiß, daß zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn eine tiefgehende Verschiedenheit in der Auffassung der Lage herrschte. Gorčakov, der gleißnerisch genug das Verdienst für sich in Anspruch nahm, alles für eine friedliche Lösung versucht zu haben,[3] forderte von Andrássy, er möge im bevorstehenden Kampfe zwischen der Türkei und den Vasallenstaaten den Grundsatz der Nichtintervention anerkennen.[4] Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern wollte diesem Verlangen nur unter einer Bedingung beipflichten. Er war wohl bereit, sich der Nichtintervention anzuschließen, wenn der betreffende Beschluß geheim gehalten würde, wahrscheinlich in der Voraussetzung, daß er damit etwas Unannehmbares fordere, wie es ja tatsächlich auch eintraf. Eine solche Zumutung bezeichnete Gorčakov als gegen die Würde der Mächte, besonders gegen die des Zaren verstoßend. „Die Anstrengungen," sagte er, „die wir gemacht haben, um die orientalischen Angelegenheiten zu begrenzen, sind ganz Europa bekannt. Es weiß auch, daß wir in diesem Bemühen scheiterten. Und da der Kampf auszubrechen droht, verlangt man von uns, das Publikum in Unwissenheit zu lassen darüber, was die großen Mächte

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 25. und 27. Juni 1876.

[2]) Idem ad eandem, 27. Juni 1876.

[3]) Gorčakov an den Wiener russischen Botschafter Novikov, Jugenheim, 19. Juni/1. Juli 1876. „Nous avons poursuivi constamment le but d'arriver à une solution pacifique des difficultés actuelles qui ne compromettrait pas l'existence de l'empire Ottoman."

[4]) Idem ad eundem, 19. Juni/1. Juli 1876. „Il faudra y répondre par l'adoption du principe de la non-intervention."

tun werden. Das hieße unsererseits einen Beglaubigungsschein der Unentschlossenheit und des Mangels an gutem Willen annehmen, den wir nicht zu unterfertigen wüßten.“ [1])

Gorčakov, der bisher, was ja ein öffentliches Geheimnis war, ungeachtet aller seiner gegenteiligen Versicherungen, nichts getan, um Serbien und Montenegro von ihrem aggressiven Vorhaben abzuhalten, wollte nun eine diesen Ländern feindselige Handlung der Mächte verhindern. Der russische Staatsmann wußte sehr wohl, daß er in den schärfsten Gegensatz zu der von ihm beschützten slawischen Propaganda gerate, wenn er nicht offen für die Nichtintervention eintreten würde, die den Serben und Montenegrinern freien Spielraum lasse. Eben deshalb widersetzte sich Andrássy der Verlautbarung der Nichtintervention, die gewissermaßen eine Ermutigungsprämie zum Losschlagen für die beiden Vasallenstaaten in sich schloß, was eben bis zum letzten Momente verhütet werden sollte. Der österreichisch-ungarische Minister konnte nicht übersehen, daß der erste Schuß das Losungswort zur Entfesselung der ganzen orientalischen Frage geben und somit auch die Frage zur Entscheidung stellen würde, wer der Herr auf dem Balkan sein solle, die Türken oder die Slawen, hinter denen sich Rußland verberge. Schon deshalb allein durfte sich Andrássy nicht die Hände binden lassen. Denn der vornehmste Grund, der Gorčakov zur Aufstellung des Prinzips der Nichtintervention trieb, lag in der geheimen Absicht, Oesterreich-Ungarn dadurch von jedem selbständigen Eingreifen in Bosnien und der Hercegovina abzuhalten,[2]) die Serbien und Montenegro als Kriegslohn zufallen sollten. In der Tat richtete Serbien Juni 1876 an die Pforte eine Art von Ultimatum, in welchem es unter Anerkennung der türkischen Oberherrschaft die Abtretung Bosniens forderte.[3]) Dementsprechend proklamierten die Insurgenten Bosniens den Fürsten Milan, die der Hercegovina aber den Fürsten von Montenegro zu ihren Herrschern. Oesterreich-Ungarn hätte sich selbst den Todesstreich versetzt, wenn es stillschweigend, ohne jede Intervention, diese gegen seine eigene Existenz geplante Vergrößerung der beiden Vasallenstaaten zugelassen hätte. Andrássy verdiente fürwahr nicht den Namen eines Staatsmannes, hätte er, ohne sich zu wehren, wie ein ganz unbeteiligter Zuschauer die Neubildung großer slawischer Reiche an den Grenzen der Monarchie geduldet. Vielmehr bildete die

---

[1]) Gorčakov an Novikov, 19. Juni/1. Juli 1876.

[2]) Denkschrift über die Okkupation Bosniens. Ungedruckt.

[3]) „Aus dem Leben König Karls von Rumänien“, Bd. III, S. 42.

Hintanhaltung derartiger Gestaltungen die Achse, um die sich seine ganze orientalische Politik drehte.

In dem Moment jedoch, als die Türkei selbst nicht mehr an einem Angriff der Serben und Montenegriner zweifeln konnte, trat sie an Andrássy mit dem Ansinnen gemeinsam durchzuführender militärischer Operationen heran, sowohl zur Herstellung der Ordnung als zum Schutz der gegenseitig gefährdeten Interessen. Die österreichisch-ungarischen Truppen sollten provisorisch einige strategische Punkte von Bosnien und der Hercegovina besetzen, immer unter dem Vorbehalt, daß hierdurch in keiner Weise den Rechten des Sultans Eintrag geschehe.[1]) Wir wissen nicht, welche Antwort der Minister hierauf erteilte. Keinesfalls konnte er auf den Antrag eingehen, da dies der erste Schritt zu einer Allianz mit der Türkei gewesen wäre, die der Monarchie bei deren christlichen Untertanen nur geschadet, dafür aber die Ziele Rußlands gefördert hätte. Mochte Andrássy auch nichts von einem Bündnis mit der Türkei wissen, so begeisterte er sich auch nicht für den Gorčakovschen Antrag, nicht zu intervenieren. Dazu war er, gleich England, auch schon zu sehr von Mißtrauen gegen den russischen Kanzler erfüllt, zu dessen Lieblingsaxiomen es gehörte, unter dem Schilde der Drei-Kaiser-Entente seinen Schutzbefohlenen allen möglichen Vorschub zu leisten. Sehr unangenehm war daher Gorčakov berührt, als er hören mußte, Lord Derby habe es dem russischen Botschafter Grafen Šuvalov geradezu ins Gesicht gesagt: Das Einvernehmen der drei Kaiserhöfe bestünde bei weitem nicht mehr so fest, als es Rußland zu verkünden bestrebt sei.[2])

Diese Ueberzeugung war in England vor allem dadurch hervorgerufen worden, daß sowohl Gorčakov als auch Andrássy, ganz unabhängig voneinander, mit dem englischen Kabinette über einen Modus verhandelten, wie noch immer der Zusammenstoß zwischen den Vasallenstaaten und der Pforte hintangehalten werden könnte.[3]) Gorčakov beauftragte den Grafen Šuvalov, Lord Derby den Vorschlag zu machen, Bosnien und der Hercegovina eine Autonomie zu verleihen, die etwa dem Verhältnis Rumäniens und Serbiens zur Pforte entspräche.[4]) Der englische Minister befaßte sich zur

---

[1]) Kopie eines undatierten türkischen Dokumentes. Nach einer in demselben vorkommenden Stelle muß es jedenfalls in die Zeit vor dem Ausbruch des Serbisch-Türkischen Krieges gehören.

[2]) Gorčakov an Novikov, Jugenheim, 19. Juni/1. Juli 1876.

[3]) Graf Münster an Bismarck, 25. Juni 1876.

[4]) Idem an Kaiser Wilhelm, 25. Juni 1876.

selben Zeit mit einem ähnlichen Plane. Nur gedachte er die Autonomisierung von den Eventualitäten des Krieges abhängig zu machen, während Gorčakov sie ohne Rücksicht hierauf sofort, und zwar mittels diplomatischer Intervention Europas durchgeführt sehen wollte.[1]) Als Lord Derby an den Grafen Šuvalov die Frage richtete, ob Bosnien und die Hercegovina auch einen eigenen Fürsten und ein eigenes Heer erhalten sollten, ließ Gorčakov erwidern: Nein, so weit wolle man nicht gehen, nur von voller Selbstverwaltung sei die Rede. Außerdem wünschte er noch die Zustimmung Englands zu Gebietsabtretungen an Montenegro und Serbien. Diesem sollte Klein-Zwornik, ersterem dagegen ein Landstrich nach der Küste hin mit einem Hafen einverleibt werden.[2]) Die Zeit der halben, in Berlin verabredeten Maßregeln, meinte der russische Kanzler, sei vorüber; sie böten keine Aussicht mehr, ein praktisches Resultat zu erzielen. Darum habe er sich für die Autonomisierung entschieden.[3])

Gleich Gorčakov hatte auch Andrássy den Weg von Unterhandlungen mit dem englischen Kabinett betreten. Er bekämpfte, wie in Berlin, die Bewilligung der Autonomie für Bosnien und die Hercegovina. Die von Gorčakov aufgestellte Parallele der insurgierten Provinzen mit Serbien und Rumänien fand er völlig unzulässig. Er legte dar, daß die zwei Vasallenstaaten von einer homogenen Nationalität bevölkert seien, während in Bosnien und der Hercegovina Christen und Mohammedaner zu gleichen Teilen ortschafts- und häuserweise miteinander vermengt zusammenwohnen. Der Minister wollte mit Gewißheit den durch die Verleihung der Autonomie entfesselten Vernichtungskampf zwischen Christen und Mohammedanern voraussehen und zweifelte keinen Augenblick daran, daß dann, im Falle ihrer Ueberwältigung, die mohammedanischen Glaubensgenossen ebenso nach Oesterreich-Ungarn flüchten würden, wie es bisher die Anhänger des Christentums getan. „Im großen aber," lauten seine Worte, „müßte das Ergebnis einer derartigen Autonomie in seinen Konsequenzen der Geschichte von den beiden Löwen entsprechen, von denen nach der Beendigung ihres Kampfes nichts als die beiden Wedel übriggeblieben sind."[4]) Andrássy sträubte sich gegen die Autonomie nicht nur wegen der

---

[1]) „Rotbuch", S. 319.

[2]) Graf Münster an Kaiser Wilhelm, London, 25. Juni 1876.

[3]) Gorčakov an Novikov, Jugenheim, 19. Juni/1. Juli 1876.

[4]) „Rotbuch", S. 319. Daselbst auch seine Weisung an Beust vom gleichen Tage.

von ihm befürchteten Folgen, sondern auch deswegen, weil das gegebene Beispiel unbedingt sofort Bulgarien und andere Provinzen der Türkei zu ähnlichen Forderungen reizen müßte. Anstatt also den Streit zu lokalisieren, würde er auf das ganze Türkische Reich ausgedehnt und die Gefahren der Friedensstörung keineswegs zum Stillstand bringen, vielmehr die gänzliche Auflösung der Türkei bewirken. Dagegen befürwortete Graf Andrássy Gebietsabtretungen an Montenegro, als einziges Mittel, dieses Land von der aktiven Teilnahme an der Insurrektion zurückzuhalten. Lord Derby zeigte sich nicht abgeneigt, diese Forderung in Konstantinopel zu unterstützen.[1]) Ueberhaupt wäre man in der Schlichtung der orientalischen Krise am liebsten gemeinschaftlich mit Oesterreich-Ungarn vorgegangen. Man würde sich einer Intervention von dessen Seite, wie auch der eventuellen Besitznahme Bosniens und der Hercegovina durch die Monarchie nicht widersetzt haben. Nur gegen einen Eingriff Rußlands und gegen alles, was wie eine Bedrohung Konstantinopels durch diese Macht aussah, lehnte man sich aufs entschiedenste auf und zeigte sich entschlossen, um dessentwillen zu den Waffen zu greifen. Für die Integrität der Türkei führen wir keinen Krieg, wohl aber für den Besitz von Konstantinopel, sagte ein englischer Staatsmann zum deutschen Botschafter Grafen Münster.[2]) Gerade aber solch einen Ueberfall auf die Hauptstadt des türkischen Reiches besorgte man von Rußland, weshalb ja auch eine englische Flotte nach der Besikabai gesandt wurde, um für alle Fälle sofort zur Hand zu sein. Ueberall sprach man von der Möglichkeit eines Kampfes mit dem Zaren, worüber der seinem Neffen so ungemein zugetane Kaiser Wilhelm bemerkte: Er würde ebenso ungerechtfertigt sein wie Rußlands Kriegserklärung von 1853, wie die Frankreichs im Jahre 1870 und Oesterreichs 1859.[3]) Disraeli und Salisbury predigten jedoch geradezu den heftigsten Russenhaß und gebärdeten sich als die enragiertesten Vertreter des englischen Chauvinismus. Wer anfangs voriger Woche, so erzählt Graf Münster, Mr. Disraeli, seine Privatsekretäre und die Rothschilds, die doch die intimsten Freunde des Premiers sind, sprechen hörte, hätte glauben müssen, der Krieg mit Rußland sei unvermeidlich und die englische Flotte werde Konstantinopel nächstens besetzen.[4])

---

[1]) Graf Münster an Kaiser Wilhelm, 25. Juni 1876.
[2]) Idem ad eundem, 25. Juni 1876.
[3]) Randbemerkung Kaiser Wilhelms.
[4]) Graf Münster an Kaiser Wilhelm, 25. Juni 1876.

Vergebens trachtete Gladstone durch glühende Schilderungen der von den Baschi-Bosuks an den Christen in Bulgarien verübten Grausamkeiten das englische Volk zu einem Protest gegen die türkenfeindliche Politik Disraelis mit sich fortzureißen. Einen wie tiefen Eindruck auch seine Broschüre: „The Bulgarien horrors and the question of the East“ hervorrief, die sofort in 40000 Exemplaren abgesetzt wurde,[1]) so wagten trotzdem selbst seine wärmsten Anhänger nicht, ihm auf seinen Wegen zu folgen, sondern halfen vielmehr mit, seine gegen die Türkei gerichteten Anträge niederzustimmen. Man hörte mehr auf Lord Derby, der einen ruhigeren Standpunkt vertrat, noch auf eine Verständigung hoffte, obgleich auch er den Krieg ins Auge faßte, falls es nicht gelingen sollte, die Serben von einem Kriegszug gegen das Reich der Osmanen abzubringen. Er bemühte sich, Disraeli zu beschwichtigen.[2]) Wie Erzherzog Albrecht aus Jugenheim telegraphierte, wo er es aus dem Munde Alexanders II. selbst erfuhr, vereinigte Königin Viktoria ihre Schritte mit denen Derbys, um den englischen Premier im friedlichen Sinne zu beeinflussen.[3]) Diesen Einwirkungen war es zuzuschreiben, daß Disraeli in der Parlamentssitzung vom 9. Juni einen versöhnlicheren Ton anschlug, allerdings unter der Voraussetzung, daß das Berliner Memorandum für alle Zeiten eingesargt bleibe und auf den Sultan kein ungehöriger Druck ausgeübt werde.[4])

Ein wirklicher Erfolg nach dieser Richtung wäre aber wahrscheinlich nur durch ein einträchtiges Zusammengehen mit Oesterreich-Ungarn zu erreichen gewesen. Verfolgten doch im Grunde beide Mächte gleiche Ziele im Orient. Nur hätte sich England nicht auf den Standpunkt stellen dürfen, daß man den Ereignissen auf dem Balkan freien Lauf lassen, sich um den Streit zwischen den Insurgenten und der Pforte nicht zu kümmern habe, sondern sich einzig und allein auf den Schutz Konstantinopels beschränken solle. Oesterreich-Ungarn dagegen, von den Unruhen näher berührt als England, hatte schon auf mehr als die bloße Rettung der türkischen Metropole vor Angriffsgelüsten bedacht zu sein. Sein Interesse forderte die rascheste Dämpfung des Brandes, der so leicht über seine Grenzen übergreifen konnte. Deshalb war es ein

---

[1]) Morley, „Gladstone“, Bd. II, S. 552.

[2]) Münster an Kaiser Wilhelm, 25. Juni 1876.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 25. Juni 1876.

[4]) Rede Disraelis vom 9. Juni 1876. Derby sagte hierüber zu Graf Münster: „The answer was safer and more reasonable than many expected.“ Münster an Kaiser Wilhelm, 25. Juni 1876.

Fehler der englischen Politik, daß sie durch ihre Haltung der Abneigung der Türken gegen alle Reformen im geheimen Nahrung bot.

Aber noch ein anderer sehr bedeutender Umstand fiel hier ins Gewicht, der jede Verständigung zwischen Oesterreich-Ungarn und England ausschloß. Lord Beaconsfield, der später, als er Graf Andrássy näher kennen lernte, eine ganz andere Meinung von dessen Fähigkeiten faßte, äußerte sich damals noch geringschätzig über ihn und sagte zu Graf Münster, daß er zu diesem Staatsmann nie Vertrauen hegen könne. Er warf ihm vor, den Kaiser zur Reise nach Dalmatien 1875 veranlaßt zu haben, wodurch er den Sturm im Orient heraufbeschworen[1]) — eine Behauptung, die allerdings auf völliger Unkenntnis der Tatsachen beruhte, indem gerade Andrássy, aber vergeblich, den Monarchen von dieser verhängnisvollen Fahrt abzubringen trachtete.[2]) Seit dieser Zeit, fuhr Lord Beaconsfield fort, habe der Graf Fehler auf Fehler gehäuft, er sei nur ein eitler Ungar, der die wahren Interessen der Monarchie nicht zu erfassen verstehe.[3]) Mit solchen Ansichten über Andrássy stand Lord Beaconsfield nicht allein. Auch Lord Derby und Salisbury hatten keine besonders hohe Meinung von seinen staatsmännischen Fähigkeiten. Sie warfen ihm vor, daß er durch seine Politik die Slawen Oesterreich entfremde und sie in die Arme Rußlands treibe. Gleich Disraeli äußerten auch sie, daß er die Geschäfte der Monarchie mehr vom ungarischen Gesichtspunkte aus führe.[4])

Sollte auf diese wenig schmeichelhafte Beurteilung nicht persönliche Verstimmung der englischen Minister darüber von Einfluß gewesen sein, daß Andrássy allen ihren Versuchen widerstand, ihn von Petersburg abzuziehen? Sie scheinen es ihm sehr verübelt zu haben, daß er auf ihre Lockung nicht einging, und zwar aus Mißtrauen, da er mutmaßte, daß die Engländer jedes Entgegenkommen Oesterreich-Ungarns sofort den Russen bekanntgeben würden, um diese den Wünschen Englands gefügiger zu machen.[5])

---

[1]) Graf Münster an Kaiser Wilhelm, 25. Juni 1876.

[2]) Graf Keller, deutscher Militärattaché in Wien, 5. Juli 1876.

[3]) Graf Münster an Kaiser Wilhelm, 25. Juni 1876.

[4]) Graf Károlyi an Andrássy, Berlin, 22. Juli 1876. „Er (Lord Odo Russel) sagte mir ganz im Vertrauen, daß er bei den leitenden englischen Staatsmännern nicht ganz die gleiche Stimmung (wie bei Bismarck) in bezug auf Eure Exzellenz vorgefunden habe. Er wies hierbei lächelnd auf Beust und Hübner hin, welche an unserer Orientpolitik manches auszusetzen hätten. Gutta cavat lapidem.“ Orczys Tagebuch, 11. Juli 1876 (ung.). Graf Stolberg, Wien, 4. August 1876.

[5]) Mitteilungen eines gut unterrichteten Zeitgenossen.

Andrássy empfand es natürlich höchst unangenehm, daß er beim englischen Ministerium fortwährenden Schwierigkeiten und Mißverständnissen begegnete.

Andrássy suchte diese auffallende Erscheinung nicht bloß aus der persönlichen Verstimmung der englischen Minister und daraus zu erklären, daß der Wiener englische Botschafter, Sir Buchanan, ein Mann war, der schwer hörte und oft in einer dem Zuhörer ganz unverständlichen Art lispelte, so daß man zuweilen nicht recht wußte, welcher Sprache er sich eigentlich bediene.[1]) Andrássy ließ es nicht ruhen, der näheren Veranlassung nachzuforschen, und da mußte er entdecken, daß zur übelwollenden Beurteilung seiner Persönlichkeit wesentlich Graf Beust, der österreichisch-ungarische Botschafter in London, beigetragen hatte. Wenn Lord Beaconsfield auch nicht sehr günstig von Beust dachte und einmal zu Andrássy sagte: „War Beust bei mir, lasse ich die Fenster öffnen, damit all die Lügen hinauswehen, die er vorbrachte,"[2]) so blieb trotzdem von den seinem Chef feindseligen Aeußerungen doch immer etwas im Ohre des englischen Premiers und dessen Kollegen haften. Der ehemalige Reichskanzler grollte noch immer Andrássy, dem er es als seinem glücklicheren Rivalen nicht vergeben konnte, daß er sein Nachfolger geworden. Er suchte sich nun in England damit zu rächen, daß er seinen Vorgesetzten bei den Engländern zu diskreditieren trachtete und von ihm das möglichst ungünstigste Bild entwarf. Beust soll sich auch nicht gescheut haben, den Aufträgen Andrássys entgegenzuwirken,[3]) und er wird direkt beschuldigt, die englischen Minister aufgefordert zu haben, sich dem Berliner Memorandum nicht anzuschließen.[4]) Im Unmute gegen seinen Vorgesetzten verschmähte er auch die Bundesgenossenschaft des ehemaligen Botschafters und späteren Polizeiministers Grafen Hübner nicht, der, freilich aus ganz anderen Gründen als Beust, seinen Ehrgeiz darein setzte, gleichfalls in London eine Andrássy schädliche Tätigkeit zu entfalten.[5])

---

[1]) Stolberg, Wien, 4. August 1876.

[2]) Diese Aeußerung fiel während des Berliner Kongresses. Mitteilung eines damals in Berlin anwesenden Zeitgenossen, der von Andrássy den Ausspruch Beaconsfields erfuhr.

[3]) Stolberg, Wien, 4. August 1876.

[4]) Baron Orczy an seine Mutter, 30. Juni 1876.

[5]) Stolberg, Wien, 4. August 1876.

*  *  *

War man in England wirklich so schlecht über Andrássys Politik unterrichtet, um sie vollkommen zu unterschätzen und nicht zu begreifen, daß alles, was er bisher getan, nur darauf hinzielte, die Türkei zu retten und allen Absichten Rußlands auf deren Zerstückelung entgegenzuarbeiten? Die englische Regierung brachte den Bestrebungen Andrássys kein richtiges Verständnis entgegen. Aus Uebelwollen, daß er nicht gänzlich in ihr Fahrwasser einlenkte, nörgelte sie an allem, was von ihm ausging. Sie merkte nicht, daß er sich weder vom Drei-Kaiser-Bündnis lossagen noch auch sich durchaus an England binden wollte, zu dem es ihn innerlich viel mehr als zu Rußland zog. Seine Sympathien für England hatte er ja gleich bei Uebernahme des Ministeriums des Aeußern erwiesen. Erblickte er doch in diesem Lande eine Zuflucht für den Fall eines Verrates von seiten des Zarenreiches, worauf er stets gefaßt war. Da aber das britische Kabinett, wie es scheint, die Motive seines Vorgehens nicht zu ergründen vermochte, trat es jetzt zum Nachteil der Monarchie in Gegensatz zur Politik Andrássys. Disraeli hatte nicht recht, zu sagen, Andrássys Reformnote sei ein Schlag ins Wasser gewesen, und daß das Berliner Memorandum gleichfalls zu nichts als allenfalls zu Verwicklungen führen müsse.[1]) Hätten die Engländer, anstatt allen Schritten Andrássys mißtrauisch zu begegnen, ihn unterstützt und sich dem Berliner Memorandum angeschlossen, so würden sich die Türken nicht in dem Glauben haben wiegen können, das britische Ministerium schütze sie gegen alle Zumutungen. So glaubten sie, sich ruhig ihrem Fatalismus überlassen zu können, nichts tun zu müssen, und doch hätten nur noch rechtzeitige Reformen allein die Türkei vor den Erschütterungen zu bewahren vermocht, die sie von allen Seiten bedrohten. Ohne England hinter sich zu wissen, würde sich Reschid, der türkische Minister des Aeußern, wohl gehütet haben, den Botschaftern zu erklären, die Pforte werde niemals mit den Insurgenten verhandeln, die sie nicht als kriegführende Macht anerkenne. Die türkischen Staatsmänner täuschten sich über den Ernst der Lage in dem Glauben, an England einen unter allen Umständen sicheren Bundesgenossen gegen die panslawistische Propaganda zu besitzen.[2]) Es war jedoch ein Fehler des britischen Kabinettes, diesen Wahn erzeugt zu haben. Viel richtiger wäre es gewesen, im Bunde mit den

[1]) Graf Münster an Kaiser Wilhelm, 25. Juni 1876.

[2]) „Aus dem Leben König Karls von Rumänien“, Bd. III, S. 32.

fünf anderen Mächten Andrássy Gorčakov gegenüber eine mächtige Stütze zu gewähren. Oesterreich-Ungarn erfreute sich wohl an Bismarck einer guten Rückendeckung, der gerade in diesen Tagen äußerte: Man wisse ja, wie hoch er die Rücksichten auf die Lebensinteressen Oesterreich-Ungarns bei Beurteilung der orientalischen Verwicklungen veranschlage.[1]) Doch der deutsche Kanzler mußte immer Bedacht auf die tiefe und warme Freundschaft seines kaiserlichen Herrn für dessen Neffen Alexander II. nehmen, aber auch auf Rußland selbst. Glaubte er doch damals, noch nicht ganz sicher auf Oesterreich-Ungarn rechnen zu können, und sann er ja immer darauf, zwischen uns und dem Zarenreiche die Rolle eines Vermittlers zu spielen.

Man wollte allerdings damals wissen, daß sich dies sofort mit dem Regierungsantritt des deutschen Kronprinzen Friedrich ändern würde, dessen Sympathien ihn mehr zu Oesterreich-Ungarn als zu Rußland zogen. Man schrieb ihm die Absicht zu, daß er vereint mit seiner Frau nichts inniger wünsche, als einst den Kronprinzen Rudolf, Sohn des Kaisers und Königs Franz Josef I., mit einer seiner Töchter vermählt zu sehen, um auf diese Weise den staatlichen Bund zwischen den beiden Reichen auch durch einen Familienbund zwischen den beiden regierenden Dynastien zu stärken und zu festigen.[2]) Solange jedoch Kaiser Wilhelm das Zepter führte, mußte mit seiner ausgesprochen russenfreundlichen Haltung gerechnet werden, die eine allzu starke Parteinahme für Oesterreich gegenüber dem Zaren nicht gestattete. Es war vorauszusehen, daß der deutsche Kaiser mit allen Mitteln trachten werde, nicht nur die Auflösung der Drei-Kaiser-Entente zu verhindern, sondern auch die bestehende Spannung zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn zu beseitigen. Dies schien gerade jetzt, wo Serbien und Montenegro in die Aktion eintreten wollten und die Gefahr eines allgemeinen Krieges von Stunde zu Stunde wuchs, von der größten Bedeutung. In dieser Hinsicht durfte Bismarck mit seinem Kaiser übereingestimmt haben. Diese Gemeinschaft der Anschauungsweise dürfte auch aus der Besorgnis des deutschen Kanzlers vor einem Konflikt zwischen uns und Rußland entsprungen sein, in dem er für den einen oder anderen Teil Partei ergreifen hätte müssen. Das aber wußte Bismarck mit aller Bestimmtheit, daß Kaiser Wilhelm, in dem das Gefühl des Dankes

---

[1]) Bismarck an Graf Münster in London. Berlin, 15. Juni 1876.

[2]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 10. Juni 1876. Nach einer vertraulichen Mitteilung des Berliner englischen Botschafters Odo Russel, der zum intimen Kreise der deutschen Kronprinzessin gehörte.

für die 1870 geleisteten Dienste noch sehr lebhaft pulsierte, jetzt wenigstens kaum für eine Stellungnahme gegen Alexander II. zu haben gewesen wäre. Deshalb ist es mehr als wahrscheinlich, daß aus deutschen Kreisen die Anregung zu einer Begegnung zwischen Kaiser Franz Josef I. und dem Zaren erfolgte, um in gegenseitiger persönlicher Berührung die bestehenden Differenzen beizulegen. Alexander II., der aufrichtig den Frieden wünschte und von der Aussicht auf tiefere Meinungsverschiedenheiten mit Oesterreich-Ungarn peinlich berührt war,[1]) wird gewiß freudig den Gedanken aufgegriffen haben, um aller Welt seine Friedensliebe zu bezeigen. In Ems, wo der Zar Juni 1876 mit Gorčakov weilte und wohin sich damals auch Kaiser Wilhelm begab, mag der endgültige Entschluß zu einer Zusammenkunft gefaßt worden sein. Von Einfluß dürfte hierauf auch der Besuch Erzherzog Albrechts im Juni bei Alexander in Ems und Jugenheim gewesen sein. Von diesem Orte aus telegraphierte der Erzherzog nach Wien, wie sehr sich der Zar darauf freue, mit dem Kaiser in Reichstadt zusammenzutreffen, um dort mit ihm über die „großen Fragen" Rücksprache pflegen zu können.[2]) Sollte da nicht ein klein wenig auch die im geheimen gehegte Absicht als Triebfeder mitgewirkt haben, auf Kaiser Franz Josef I. und dessen Minister des Aeußern im Sinne der türkenfeindlichen Pläne Rußlands eine Pression auszuüben? Sicher ist jedenfalls, daß sowohl Alexander II. als auch Wilhelm I. voll Hoffnung den größten Wert auf einen „gründlichen Gedankenaustausch" in Reichstadt legten.[3]) Ursprünglich sollten die beiden Monarchen, während der Zar von Jugenheim aus seine Heimreise antrat, sich unterwegs treffen und gemeinsam ein Stück Weges reisen, um im Waggon die politische Lage einer Erörterung zu unterziehen. Kaiser Alexander aber ließ den Wunsch ausdrücken, er möchte den Kaiser auf österreichischem Boden besuchen, mit ihm lieber ruhig einige Stunden in dem böhmischen Schlosse Reichstadt verbringen, als ihm bloß fahrend begegnen.[4]) Am 8. Juli erwartete der Kaiser den Zaren in Bodenbach, um ihn nach Böhmisch Leipa, der Eisenbahnstation zu geleiten, die nach Reichstadt führt, wo am selben Tage in Gegenwart der beiden Minister des Aeußern die denkwürdige Zusammen-

[1]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 4. Juli 1876.

[2]) Tagebuch des Baron Orczy, 16./25. Juni 1876 (ung.).

[3]) Károlyi an Andrássy, 4. Juli 1876.

[4]) Baron Bechtolsheim, österreichisch-ungarischer Militärbevollmächtigter in Rußland, an Graf Andrássy. Bad Soden bei Frankfurt am Main, 15. Juni 1876.

kunft stattfand, in der schwerwiegende Entschlüsse über das Schicksal der Türkei gefaßt wurden und die den Ausgangspunkt zur Okkupation von Bosnien und der Hercegovina durch Oesterreich-Ungarn bildete. Es wird als glaubwürdig erzählt, daß es noch während der Fahrt von Bodenbach bis Reichstadt zwischen den beiden Ministern des Aeußern, die sich in einem Coupé allein befanden, zu einem politischen Zwiegespräch kam. Kaum hatte sich der Zug in Bewegung gesetzt, als Gorčakov nach seiner Ledertasche griff und zu Andrássys nicht geringem Schrecken ein Memoire herauszog, um es ihm vorzulesen. Plötzlich, er wußte selbst nicht, wie er dazu kam, legte der Graf, noch bevor die Lektüre begonnen hatte, seine Hand aufs Manuskript und sagte: „Pardon, mein Fürst, ehe Sie sich die Mühe geben, zu lesen, lassen Sie mich einige Fragen stellen, welche die Angelegenheit vielleicht kürzer erledigen. Wollen Sie Konstantinopel?“ wobei er dem russischen Kanzler scharf in die Augen blickte. Gorčakov, ganz verblüfft über diese vom Zaun gebrochene Apostrophierung, auf die er nicht vorbereitet war, entgegnete: „Aber nein!“ Worauf Andrássy rasch entgegnete: „Gottlob, denn sonst hätten wir einen Krieg gehabt.“ [1]) Das war die eine Frage, die zweite bezog sich auf Bessarabien. Schon vor einem Jahre hatte unser damaliger Gesandter im Haag, Graf Mülinen, an Andrássy berichtet, Gorčakov hätte zu ihm bei einem gemeinsamen Spaziergang in einem Kurorte gesagt, die Wiedererlangung Bessarabiens bilde für Rußland eine Ehrensache und einen Herzenswunsch. [2]) In Kenntnis dieser Aeußerung fragte nun Andrássy während der Fahrt den russischen Staatskanzler: „Wollen Sie bei günstiger Gelegenheit Bessarabien?“ — „Ganz gewiß, denn man hat es uns weggenommen.“ Nach dieser Antwort, wobei Gorčakov ganz rot vor Vergnügen wurde, drückte ihm der Graf die Hand. Die beiden Staatsmänner unterhielten sich weiter bis zur Ankunft in Reichstadt, aber von dem Gorčakovschen Memoire war nicht mehr die Rede. [3]) Es gehörte bereits der Vergangenheit an.

Das Gespräch im Eisenbahncoupé diente also gleichsam nur als Präludium der eigentlichen Verhandlungen, die erst in Reich-

---

[1]) Gustav Steinbach: „Graf Julius Andrássy“ in: „Nord und Süd“ 1890, Bd. 53, S. 313, und Ludwig Dóczi, „Die Fahrt nach Reichstadt“ im „Neuen Pester Journal“, 3. Januar 1909. Dóczi erwähnt, daß ihm Andrássy selbst einige Tage nach der Zusammenkunft bei der Heimkehr diese Szene geschildert habe.

[2]) Mitteilung eines Zeitgenossen.

[3]) Dóczi, „Die Fahrt nach Reichstadt“.

stadt selbst begonnen wurden. Sie führten jedoch zu keinem förmlichen Vertrag, was auch gar nicht beabsichtigt war. Man setzte nur ein sogenanntes „Résumé des pourparlers secrets de Reichstadt du 8 juillet 1876“ auf, das Punkt für Punkt die Gegenstände aufzählt, über die eine Verständigung erzielt worden. Unmittelbar nach der Entrevue, noch in Reichstadt selbst, wurde das „Résumé“, das in einem späteren Dokumente auch die Bezeichnung „Aide-mémoire“ führt,[1]) dem Wiener russischen Botschafter Novikov von Andrássy in die Feder diktiert und in dieser Form dem russischen Kabinette mitgeteilt.[2]) Nach der uns vorliegenden, von Andrássy selbst beglaubigten Kopie[3]) des „Résumé“ können die im Novemberheft der „Fortnightly Review“ von 1908 veröffentlichten Mitteilungen über die Reichstadter Zusammenkunft einfach als dreiste Erfindung bezeichnet werden. Aber auch die Angaben Gorjainovs[4]) und Tatičevs sind lückenhaft. In dem „Résumé“, das wir hier zum erstenmal in seiner authentischen Form benützen können, ist weder Batum[5]) noch Bessarabien ausdrücklich erwähnt.[6]) Auch sonst ist der Inhalt nicht getreu dem Original gemäß wiedergegeben worden, daher es sich bei seiner Wichtigkeit wohl lohnt, auf denselben hier näher einzugehen.

Unter ganz eigentümlichen Verhältnissen verlief die Begegnung der zwei mächtigen Herrscher in Reichstadt. Als Alexander im böhmischen Schloß eintraf, zogen gerade russische Offiziere nach Belgrad, was Andrássy eigentlich nicht einmal ungern sah. Sagte er doch damals: „Die Russen und Serben sollen sich nur kennen lernen; sie werden einander nicht liebgewinnen.“[7]) Parallel damit ging eine fanatische Aktion des Panslawismus, gegen die sich

---

[1]) Andrássy an Novikov, Budapest, 19. Dezember 1876.

[2]) Am Ende der mir vorliegenden Kopie des Resumés, das die Bezeichnung führt „Vom Original“, findet sich folgende Bleistiftbemerkung: „Niedergeschrieben gleich nach Reichstadt nach meinem Dictée durch Novikov und dem russischen Kabinette mitgeteilt“ mit der eigenhändigen Unterschrift Andrássys.

[3]) Was aus der in Anmerkung 2 mitgeteilten Notiz hervorgeht.

[4]) Gorjainov a. a. O., S. 318.

[5]) Gorjainov a. a. O., S. 318. Es muß ihm jedenfalls nach den von ihm im Texte angeführten Worten ein Exemplar des „Résumé“ vorgelegen haben, doch wohl kein vollständiges, denn sonst ist doch nicht anzunehmen, daß er derart dem Original widersprechende Angaben über dessen Inhalt gemacht hätte.

[6]) Fournier hat dies richtig vermutet. Siehe dessen Schrift „Wie wir zu Bosnien kamen“, S. 22, Anm. 2.

[7]) Mitteilung eines Zeitgenossen.

sowohl in Oesterreich wie in Ungarn ein nachdrücklicher Widerstand erhob. Seinen beredten Dolmetsch fand er in den Zeitungen und sonstigen Aeußerungen der Oeffentlichkeit. Sie waren nicht geeignet, Andrássy, selbst wenn er es hätte wollen, für weit ausgreifende Umsturzpläne Rußlands empfänglich zu machen.

In Reichstadt ging man von zwei Annahmen aus: entweder siegen oder unterliegen die Türken. Im ersteren Falle sollten wir versprechen, unsere Kräfte mit Rußland zu vereinen, damit der Krieg in keinen Vernichtungskampf der christlichen Slawen ausarte. Man gab sich das Wort, Serbien und Montenegro, ungeachtet ihrer Niederlagen, in ihrem Besitzstand vor dem Feldzuge zu erhalten und nicht zu dulden, daß in Serbien wieder türkische Festungen errichtet würden. Keineswegs sollte Serbien der Charakter eines unabhängigen Staates zuerkannt werden, was man im Gegenteil, ohne Rücksicht auf etwaige Einsprache anderer Mächte, Montenegro bewilligen wollte. Infolge der geplanten Unabhängigkeitserklärung Montenegros zeigte sich Oesterreich-Ungarn bereit, die Häfen von Klek und Cattaro für beide kriegführende Teile zu schließen, obwohl von seiten der Türkei wegen der Sperrung des Hafens von Klek sehr schwerwiegende Vorstellungen beim Wiener Kabinett vorausgesehen wurden. Rücksichtlich der Insurgenten in Bosnien und der Hercegovina traf man das Abkommen, gemeinschaftliche Anstrengungen zu machen, damit sie selbst im Falle eines türkischen Sieges die von ihnen verlangten und von der Pforte versprochenen Reformen erhalten. Ganz anders stellte sich die Lage dar, wenn man es mit der Türkei als mit einer unterlegenen Macht zu tun hätte. Für diesen Fall mußte man, um einem künftigen Konflikt zwischen unserer Monarchie und dem Zarenreich vorzubeugen, der Aufteilung einzelner Gebiete des Osmanenreiches schon jetzt nähertreten. Zunächst kamen Rußland und Oesterreich-Ungarn darin überein, daß Serbien von der Eroberung der Enklave zwischen Dalmatien, Kroatien und Slawonien ausgeschlossen sein solle. Diese Bestimmung ward auf speziellen Wunsch Andrássys getroffen, der erklärte, daß eine derartige Besitznahme, insbesondere für unser dalmatinisches Littorale, bedrohend wäre und einer solchen Gefahr unsererseits nur durch die Annexion Serbiens selbst vorgebeugt werden könnte, was jedoch nicht in unserer Absicht läge. Dagegen sollte dies Land eine Gebietserweiterung an der Drina in Bosnien und gleichzeitig bei Novi-Bazar in der Richtung des Lim erhalten. Montenegro jedoch wäre durch einen angrenzenden Gebietsteil der Hercegovina zu vergrößern, erhielte

außerdem den Hafen von Spizza und einen Gebietszuwachs bis an den Lim.

Aber auch die österreichisch-ungarische Monarchie sollte nicht leer ausgehen, und so heißt es im „Résumé“: „Der Rest von Bosnien und der Hercegovina würde von Oesterreich-Ungarn annektiert.“ [1]) Der Sandjak von Novi-Bazar war wohl nicht besonders genannt, aber doch von Andrássy als inbegriffen gedacht, da er ihn als zu Bosnien und der Hercegovina gehörig wähnte.

Leicht begreiflich, daß Rußland nicht auf sich vergaß und bestrebt war, sich durch das „Résumé“ der Wiederherstellung seiner Grenzen, wie sie vor dem Pariser Frieden von 1856 bestanden hatten, zu vergewissern, worunter natürlich Bessarabien zu verstehen war. Auch sollte es sich nach dem Schwarzen Meere und der asiatischen Türkei ausdehnen in einem Maaße, das als Aequivalent für die Oesterreich-Ungarn zuerkannte Gebietserweiterung gelten könnte. Bulgarien, Rumelien und Albanien sollten das Recht haben, sich als autonome Staaten zu konstituieren. Thessalien und die Insel Kreta würden zu Griechenland geschlagen.

Konstantinopel selbst sollte mit einer noch näher zu bestimmenden Bannmeile als freie Stadt erklärt werden.

Rußland wie Oesterreich-Ungarn gelobten sich feierlichst gegenseitig völlige Geheimhaltung aller dieser Abmachungen vor allen Mächten. Auch Serbien und Montenegro sollten so lange über die sie betreffenden Bestimmungen in Ungewißheit bleiben, bis der Moment zu ihrer Verwirklichung gekommen. [2]) Rußland war es, das die strengste Geheimhaltung forderte, und selbst Bismarck hat erst einige Zeit später von dem Inhalt des „Résumé“ eingehendere Kenntnis erhalten. [3]) Außer den beiden Monarchen, den zwei Ministern des Aeußern, dem russischen Botschafter Novikov und Graf Károlyi gehörte nur noch der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg, Freiherr von Langenau, zu den Eingeweihten. Graf Franz Zichy, der österreichisch-ungarische Botschafter in Konstantinopel, hatte keine Ahnung von dem, was sich in Reichstadt abgespielt. Erst durch General Ignatjev erhielt er Kenntnis von dem Inhalt der Reichstadter Verabredungen. Als Zichy kurze

---

[1]) Résumé: „Le reste de la Bosnie et de l'Hercegovine serait annecté à l'Autriche-Hongrie.“

[2]) Ibidem.

[3]) Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen“, Bd. II.

Zeit hierauf, bei seiner Anwesenheit in Wien, Andrássy gegenüber das Résumé zur Sprache brachte, fragte der Minister ganz verwundert den Botschafter: „Wie, also Du weißt das?“ [1])

* * *

Wie kam es aber, daß Andrássy seine Mitwirkung zum Zustandekommen des „Résumé“ von Reichstadt lieh? Gerade jener Minister, der die orientalischen Wirren nur mit Hilfe von Reformen zu schlichten trachtete? Ausschließlich dem Zwange der Verhältnisse fügte er sich, als er in Reichstadt für den Fall der Auflösung der Türkei die Annexion von Bosnien und der Hercegovina ins Auge faßte. Immer war es sein Ziel gewesen, sie zu vermeiden, aber sie doch durchzusetzen, wenn die Türkei nicht mehr imstande sein sollte, die beiden Provinzen in ihrer Machtsphäre zu erhalten. Mittels der Reformnote vom 30. Dezember 1875 hatte er Beruhigung in Bosnien und der Hercegovina schaffen wollen, die aber mißlingen mußte, da Rußland, das ihm den Ruhm der Friedensstiftung mißgönnte, [2]) ihr im geheimen entgegenarbeitete. Noch in Berlin, wo Gorčakov bereits offen die Zerstückelung des Osmanenreiches forderte, widerstand Andrássy, nötigte vielmehr den russischen Kanzler, die Teilungsfrage von der Tagesordnung abzusetzen. Er blieb seinem vom Interesse der Monarchie diktierten Vorsatze treu, womöglich auf friedlichem Wege die Ruhe herzustellen. Doch fand er weder bei Rußland noch bei dem englischen Kabinett die zum Gelingen des Werkes unerläßliche Unterstützung. Vor allem trifft England, das ihn mit dem größten Mißtrauen verfolgte, die Schuld, dass die Dinge so weit kamen. Die verkehrte Politik der englischen Minister förderte gerade das, was Rußland früher indirekt angestrebt hatte: die Teilung der Türkei. Das britische Ministerium übersah, daß es, indem es Andrássys Reformbestrebungen nicht die nötige Hilfe angedeihen ließ, Wasser auf die Mühle Rußlands trieb, das die beiden insurgierten türkischen Provinzen als Keil gegen Oesterreich-Ungarn seinen Schützlingen Serbien und Montenegro zuwenden wollte. Wie unrichtig und wenig der Wahrheit entsprechend ist es doch, wenn von russischer Seite die Behauptung aufgestellt wird, Andrássy habe die Zersetzung der Türkei herbeigesehnt, um Bosnien und

---

[1]) Nach mündlichen Mitteilungen eines hochgestellten Zeitgenossen.

[2]) „Aus dem Leben König Karls von Rumänien“, Bd. III, S. 4.

die Hercegovina der Monarchie einverleiben zu können.[1]) Im Gegensatz zur militärischen Partei war er gerade von Anfang an ein Widersacher der Okkupation der zwei insurgierten türkischen Provinzen gewesen, die solange nur möglich unter der Oberhoheit des Sultans verbleiben sollten. Andrássy wollte nicht die Hand zur gewaltsamen frühzeitigen Auflösung der Türkei bieten, aber auch nichts für ihre Erhaltung riskieren, am wenigsten für deren Sicherheit einen Krieg wagen. Die Verwendung der Kräfte der Monarchie zur Stütze der Türkei setzte den Minister der Gefahr aus, für einen eventuell bereits verlorenen Posten in die Bresche zu treten und aller Wahrscheinlichkeit nach deswegen mit Rußland in eine für unsere Interessen verhängnisvolle Fehde zu geraten. Andrássy mußte sich den Fall vor Augen halten, daß das von Rußland zum Kriege angestachelte Serbien über die Türkei siege, die sich zu jener Zeit in einem viel übleren Zustand als selbst in den Tagen des Fürsten Kaunitz und Katharina II. befand. Da war es doch viel richtiger, die Folgen des voraussichtlich unvermeidlichen Zusammenbruches des Ottomanischen Reiches zu unseren Gunsten zu regeln, als sich hartnäckig, ohne Berücksichtigung der Wirklichkeit, an die Rettung eines bereits dem Untergange geweihten Staatswesens zu klammern.

Hätte Andrássy im Falle der Niederlage der Türkei auf der Aufrechterhaltung des Status quo ante beharren wollen, würde er ganz gewiß den verheerenden Angriff des gesamten Panslawismus gegen uns heraufbeschworen haben, und anstatt der Osmanen hätten wir mit diesem unserem ärgsten Feind den Kampf ausfechten haben müssen. Wahnwitz wäre es gewesen, unter solchen Umständen Krieg für die Integrität der Türkei und gegen das sehnsüchtige Verlangen der Christen nach Befreiung vom türkischen Joche zu führen. Andrássy durfte die Monarchie nur gegen einen solchen Zustand die Waffen ergreifen lassen, der unsere Lebensinteressen an der Wurzel traf. Nimmer konnte und durfte er die Politik Oesterreich-Ungarns bloß auf die Möglichkeit der Erhaltung der Türkei gründen. Beide Eventualitäten waren zu ungewiß, zu unberechenbar. Mit dieser Auffassung stand allerdings Andrássy nach dem Ausdruck eines seiner geistvollsten Mitarbeiter allein, wie ein Turm in den Wogen der öffentlichen Meinung. Ein Teil derselben verlangte Kampf und Widerstand für die Türkei gegen Rußland, ein anderer wieder Zusammengehen mit dieser Macht. Da war es wohl das klügste, sich nicht mit der Türkei

[1]) Gorjainov, „Le Bosphore", 333.

zu verbinden, sondern die Konsequenzen der gegebenen Situation zu ziehen. Nicht länger konnte Andrássy neuen Abmachungen über das künftige Schicksal des Ottomanischen Reiches aus dem Wege gehen. Er war Zeuge dessen, wie Rußland Serbien und Montenegro in den Krieg trieb, um die Liquidation der Türkei zu erzwingen. Sollte etwa Andrássy mit der Reformnote in der Hand so lange warten, bis sich die beiden türkischen Vasallen Bosniens und der Hercegovina bemächtigt und an der Grenze der Monarchie große slawische Staaten gebildet hätten? Gegenüber solch drohender Gefahr durfte der Minister des Aeußern die Hände nicht beschaulich in den Schoß legen und ruhig zusehen, wie sich die Ereignisse zum Nachteile der Monarchie vollzogen. Wollte er kein Doktrinär sein, der die Augen vor den Weltbegebenheiten verschließt, so mußte er die unausweichlichen Folgen aus ihnen ableiten. Er mußte, sollte sein Ruf als Staatsmann nicht gefährdet werden, sein in der österreichischen Delegation vom 20. Mai 1876 verpfändetes Versprechen einlösen, wonach er die Verantwortung dafür übernahm, daß aus der politischen Lage absolut keine Schädigung für die Interessen der Monarchie hervorgehen werde. Diese wären gefährdet gewesen, wenn er die Bildung neuer großer slawischer Staaten an der Grenze nicht hintangehalten hätte. Wie sehr Andrássy die Verhinderung der Inkorporation der beiden türkischen Provinzen in Serbien oder Montenegro am Herzen lag, beweist am besten seine Sorge, es könnte zwischen Serbien und der Pforte eine direkte Verständigung zustande kommen, die eine Abtretung Bosniens an den Vasallenstaat zur Folge gehabt hätte. Andrássy beruhigte sich aber rasch über eine derartige Eventualität. Eine solche Gefahr wäre nach ihm immerhin denkbar gewesen, wenn Oesterreich-Ungarn sich dem ersten russischen Vorschlag einer formellen Kollektivmediation mit Bürgschaft für die Durchführung der Ausgleichsbedingungen angeschlossen haben würde. „In diesem Falle," sagte er, „hätte die Pforte es möglicherweise vorgezogen, sich mit Serbien abzufinden, als durch ein solches Eingreifen der Mächte ihr Ansehen völlig einzubüßen. Nun aber, wo die Bewältigung des Aufstandes als interne Angelegenheit der Türkei, der Schritt der Mächte als Bons offices hingestellt wird, ist ein solcher Pakt der Pforte mit Serbien wohl nichts mehr als eine Illusion des Herrn Ristić, deren Realisierung ich für absolut ausgeschlossen halte." [1])

---

[1]) Entwurf eines Vortrages Andrássys an den Kaiser. Undatiert.

Andrássy war es klar, daß, wenn es einmal zur Teilung kam, nur Oesterreich-Ungarn allein in den Besitz der beiden türkischen Provinzen gelangen durfte. Jedenfalls war es klüger und vorteilhafter, die eventuelle Annexion mit Zustimmung Rußlands als gegen dessen Willen durchzuführen. Auch glaubte Andrássy ihren ungestörten Verlauf am besten dadurch zu sichern, daß er nunmehr in Reichstadt, nachdem er die allenfallsige Okkupation durch die Monarchie gebilligt, selbst den Gegenvorschlag eines Bosnien und die Hercegovina entsprechenden Gebietszuwachses für Rußland machte. Ausdrücklich bemerkt Andrássy, daß er dadurch die Entente von Reichstadt auf eine feste Basis stellen wollte. Ihn leitete hierbei die Erwägung, daß die öffentliche Meinung Rußlands ohnehin für die Annexion Kompensationen fordern würde, und da dünkte es Andrássy ein Gebot der Klugheit, einem solchen Drängen freiwillig, als Beweis guter Freundschaft, zuvorzukommen.[1]) Damit erfüllte er einen Herzenswunsch des Zaren sowie überhaupt aller Russen, die sich nach nichts mehr als dem Wiederbesitz des durch den Frieden von 1856 verlorenen Gebietes sehnten.

In Reichstadt hatte Andrássy der Monarchie für die Zukunft die Annexion — nur von einer solchen und nicht von Okkupation war da die Rede — Bosniens und der Hercegovina gegenüber den Bestrebungen Serbiens und Montenegros gesichert. Ferner wurde Rußland hier vorläufig Halt geboten. Der Zar durfte, soferne er den getroffenen Verabredungen getreu bleiben wollte, nicht mehr selbständig in das Schicksal des Reiches der Osmanen eingreifen. In seinem ganzen Vorgehen war er an die Zustimmung Oesterreich-Ungarns gebunden, und Rußland konnte nicht mehr einseitig über den Zeitpunkt urteilen und entscheiden, wann die Auflösung der Türkei eingetreten sei.

Die von Andrássy zu Reichstadt befolgte Politik war jedenfalls die Tat eines großen Staatsmannes, der damit die Zukunft der von ihm geleiteten Monarchie über alle Fährlichkeiten hinaus sicherstellen wollte. Es ist bezeichnend, daß der kluge ungarische Ministerpräsident, Koloman von Tisza, der verfassungsmäßig in das Geheimnis der Verabredung eingeweiht wurde, sie billigte.[2])

---

[1]) Andrássy an Novikov, Budapest, 19. Dezember 1876.

[2]) Tagebuch des Baron Orczy, 20. Juli 1876. „Tisza gab sich mit dem, was in Reichstadt verabredet wurde, zufrieden." (Ung.) Idem an seine Mutter, 18. Juli 1876. „Im übrigen war Tisza mit dem, was in und nach Reichstadt geschah, vollkommen einverstanden." Orczy reiste am 17. Juli im Auftrag des Kaisers und Andrássys in geheimer Mission nach Budapest zu Tisza. Bei dieser Gelegenheit dürfte er vom ungarischen Ministerpräsidenten dessen Aeußerung über Reichstadt vernommen haben.

Auch Franz Josef I. konnte wohl von Reichstadt befriedigt heimkehren. Stellte es ihm doch die Möglichkeit der Erfüllung seines Wunsches in Aussicht, einst, unter hierfür günstigen Verhältnissen, der Monarchie zwei neue Provinzen einverleiben zu können. Zufriedengestellt trat auch Alexander II. die Rückfahrt nach Petersburg an. In Peterhof angelangt, fand er gegenüber dem Militärbevollmächtigten Baron Bechtolsheim nicht genug Worte der Anerkennung über den ihm vom Kaiser zuteil gewordenen herzlichen Empfang und wie beglückt er sei, ihn gesehen zu haben.[1])

Die Mächte, denen nicht mehr mitgeteilt wurde, als daß man übereingekommen sei, an dem Prinzip der Nichtintervention festzuhalten, und daß erst, wenn die Umstände es erfordern, ein weiteres vertrauliches Einvernehmen zwischen allen christlichen Großmächten eingeleitet werden solle,[2]) zeigten sich vom Ausgange der Reichstadter Entrevue befriedigt.[3]) Hätte sie doch auch mit einer schrillen Dissonanz zwischen den beiden Höfen von Wien und Petersburg enden können! Lord Derby drückte die allgemeine Stimmung aus, als er damals zu Graf Beust sagte: „Jetzt erst kann ich erklären, daß kein allgemeiner Krieg zu befürchten ist, was hier (London) so sehr beunruhigt hat.“[4]) Obgleich Bismarck noch keine nähere Kenntnis von den Reichstadter Abmachungen besaß, freute auch er sich des erzielten Einverständnisses zwischen Franz Josef I. und dem Zaren, wie er ausdrücklich hinzufügte, im Sinne der Wahrung der österreichisch-ungarischen Interessensphäre. Deutschland, sagte er bei dieser Gelegenheit dem englischen Botschafter Lord Odo Russell, hat selbst kein Interesse im Orient; trotzdem drohen ihm von dort zwei Gefahren: die eine bestehe in der Möglichkeit eines Konfliktes zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland, und die zweite in einer derartigen Verständigung der beiden Staaten, die eine Umwälzung der von Andrássy vertretenen äußeren und der damit verknüpften inneren Politik zu bewirken vermöchte. Daher sei es, schloß der Kanzler, der Wunsch und das Interesse Deutschlands, eine Schädigung der österreichisch-ungarischen Monarchie im Orient hintanzuhalten und seinen ganzen Einfluß dahin aufzubieten, damit zwischen ihr und Rußland Einigung bestehe.[5])

[1]) Tagebuch Orczys, 11. Juli 1876. Idem an seine Mutter vom selben Tag.

[2]) Hahn, „Fürst Bismarck“, Bd. III, S. 16. Siehe, wie sich Gorčakov zu Lord Loftus äußerte, in dessen: „Diplomatic reminiscences“, II. 174.

[3]) Siehe die verschiedenen Berichte hierüber im Rotbuch.

[4]) Hahn, a. a. O., S. 16. Rotbuch, 9. Bd., S. 344.

[5]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 22. Juli 1876. Lord Odo Russell, der in Kissingen mit Bismarck eine Unterredung gehabt, teilte den Inhalt derselben Károlyi mit.

In gewissem Sinne durfte auch Gorčakov mit dem Endergebnis der Reichstadter Zusammenkunft zufrieden sein, wie er es gewiß auch war, nach seiner Art alles gut zu finden, was er selbst gemacht oder selbst gemacht zu haben glaubte. Freilich mußte er dem Plane entsagen, Serbien und Montenegro zu zwei mächtigen Vorstaaten Rußlands zu machen, dafür aber sicherte sie diesem die Hoffnung, unter eventuell vorteilhaften Umständen das im Krimkriege verlorene Bessarabien wieder zurückgewinnen zu können. Doch nicht nur das im böhmischen Schlosse zustandegekommene „Résumé“ blieb ihm als Erinnerung an Reichstadt, auch die wertvollen Gobelins, die er während des Diners im Speisesaale bewunderte und von denen er noch später schwärmte. Nachdem Gorčakov dem Grafen Mülinen seinen Enthusiasmus für diese Kostbarkeiten sehr nachdrücklichst verdolmetscht hatte,[1]) fand man es in Wien angezeigt, dem genügend deutlich ausgesprochenen Verlangen des Staatskanzlers zu entsprechen und ihm anstatt eines Ordens die prachtvollen Gobelins als Angebinde an die Entrevue zu senden.[2])

Würde sich Gorčakov getreu an die Verabredung von Reichstadt gehalten haben, so hätte der wenn auch nur kurze Aufenthalt im dortigen Schlosse für ihn stets zu den freundlichsten Erinnerungen zählen können. Aber er wurde für ihn zum Ausgangspunkt bitterer Stunden, die seinen ganzen Haß gegen Andrássy und Bismarck erregten. Man darf wohl sagen, daß die Entrevue mit Rücksicht auf ihre Folgen epochemachende Bedeutung besitzt. Sie bezeichnet eine neue Etappe in der Entwicklung der orientalischen Frage. Die Entrevue von Reichstadt hat wohl nicht den Krieg zwischen Rußland und der Türkei, aber den zwischen uns und dem Zarenreiche verhindert. Von höchster Wichtigkeit ist es, daß in Reichstadt der Grund gelegt wurde, auf dem unsere Monarchie zum hervorragendsten Faktor im Osten Europas emporwuchs. So oft Rußland seitdem den Versuch unternahm, die ausschließliche Herrschaft im Orient an sich zu reißen, zerschellte er an unserer dort gewonnenen Machtstellung. Das bildet das unsterbliche Verdienst Andrássys.

---

[1]) Mitteilung eines Zeitgenossen.

[2]) Ludwig Dóczi, „Die Fahrt nach Reichstadt“. „Neues Pester Journal“, 3. Januar 1909.

## Dreizehntes Kapitel

# Die Mission des Grafen Sumarokov-Elston

Kurz nach der Reichstadter Entrevue trafen sich, am 20. Juli, Franz Josef I. und Kaiser Wilhelm I. in Salzburg. Das Wiedersehen der beiden mächtigen Herrscher nach Reichstadt wurde als ein neuerliches erfreuliches Zeichen für die friedliche Entwicklung der Zukunft begrüßt.

Entgegen der allgemeinen Erwartung brachte jedoch die Fürstenbegegnung im böhmischen Schlosse keine Beruhigung auf dem Balkan. Am 2. Juli hatte Milan dem Sultan die Fehde erklärt. Der serbische Fürst, der seine 110000 Soldaten nach vier Seiten hin verzettelte, anstatt sie auf einem Punkt zu einem kräftigen, entscheidenden Angriff zu vereinen, erlitt Niederlage auf Niederlage. Nun übertrug er dem nach Serbien geeilten russischen General Černajev den Oberbefehl über seine geschlagene Truppe. In Rußland stellte man sich, als mißbilligte man es, daß ein russischer General das Kommando über die serbischen Soldaten übernommen habe. Der Vertreter Gorčakovs, Herr von Giers, sagte zu Schweinitz, das sei Alexander und dessen Kanzler sehr unangenehm, da aber Černajev in keinem dienstlichen Verhältnis mehr stehe, wäre es unmöglich gewesen, ihn an seiner Abreise nach Belgrad zu hindern.[1]) Und an Andrássy erging die Mitteilung, man werde den General verleugnen und aus den Listen der russischen Armee streichen.[2]) Das waren Verlegenheitsäußerungen; denn nicht schwer hätte es der russischen Regierung fallen können, sowohl dem General als auch den zahlreichen russischen Freiwilligen, die zu den serbischen Fahnen stießen, das Verlassen Rußlands zu verbieten. Glück hatte Černajev seinen slawischen Brüdern keineswegs gebracht. Am 1. September wurde er von Abdul Kerim in der zwölfstündigen Schlacht bei Aleksinac aufs Haupt geschlagen und auf Deligrad zurückgeworfen. Graf

---

[1]) Schweinitz, Petersburg, 24. Mai 1876.
[2]) Stolberg, Budapest, 28. Mai 1876.

Andrássy hatte gleich von allem Anfang an Zweifel in die siegreiche Führung Černajevs gesetzt. Gelänge sie dennoch — sagte er damals — so werden sich die Russen den Erfolg zuschreiben und den Serben nicht die Glorie der Befreiung ihrer Brüder lassen — was keinesfalls zur Stärkung der beiderseitigen Freundschaft beitragen würde. Unterliegen aber die Serben, so werden sie dem russischen General und seinen Offizieren, die Russen aber der Untüchtigkeit der serbischen Armee die Schuld an der Niederlage beimessen [1]) — eine Prophezeiung, die buchstäblich eingetroffen, indem der Zar tatsächlich am 10. November 1876 in der Moskauer Kathedrale die serbische Armee der Feigheit zieh.

Den Sieg bei Aleksinac erstritt der türkische Seraskier gerade einen Tag nachdem in Konstantinopel ein Thronwechsel vor sich gegangen war, der für den weiteren Verlauf der Ereignisse von größter Bedeutung wurde. Seit der Absetzung Abdul Aziz' gab es in der Türkei keinen wirklichen Herrscher mehr. Wer im Ministerrate sich zur Geltung zu bringen wußte, war im eigentlichen Sinne des Wortes Kaiser. Heute Midhat Pascha, der eifrige Reformator, morgen dessen Gegner, die den tollsten Religionskrieg und den strammsten Absolutismus auf ihre Fahne schrieben. Ein solcher Zustand war eben nur unter dem geisteskranken Murad V. möglich gewesen, der niemand sehen und von niemand gesehen sein wollte. Von Hause aus gleich allen Söhnen Abdul Medjids mit einer schwächlichen Konstitution bedacht, hatte er diese überdies durch sinnliche Ausschweifungen und übermäßigen Alkoholgenuß noch mehr heruntergebracht. Die dramatischen Umstände, unter denen er auf den Thron gelangt war, der mysteriöse Tod Abdul Aziz' wie die Ermordung des Kriegsministers Hussein Avni hatten geradezu lähmend auf sein Gehirn gewirkt und ihn vollkommen der Fähigkeit beraubt, sich mit Staatsgeschäften zu befassen.[2]) Das Ministerium erkannte die Notwendigkeit, seinen jüngeren Bruder, den Prinzen Abdul Hamid, auf den Thron zu erheben. Dem Großwesir, der ihn deswegen sondierte, antwortete dieser, nur in dem Falle dem Rufe zu folgen, wenn eine aus einheimischen und europäischen Aerzten gebildete Kommission die Geisteskrankheit Murads bestätigen würde. Ob dies wirklich geschehen, wissen wir nicht.

---

[1]) Mitteilung einer Persönlichkeit, zu der sich Andrássy in diesem Sinne äußerte.

[2]) „Das Staatsarchiv", Bd. 31, S. 83.

Tatsache ist, daß der Großwesir am 1. September den Sultan infolge andauernder Geistesstörung für abgesetzt erklärte und seinen Bruder als Abdul Hamid II. zum Nachfolger proklamierte.[1])

Unverzüglich anerkannten die Mächte den neuen Sultan, dem einerseits der Ruf voranging, er wäre ein fanatischer Anhänger alter Traditionen und Gegner von Reformen,[2]) während wieder andere ihn für einen Freund des Fortschrittes hielten.[3]) Der deutsche Botschafter, Freiherr von Werther, hörte nur Vorteilhaftes über ihn, wie er sich in eigener Person um die Staatsangelegenheiten bekümmere, Verständnis für diese an den Tag lege und ganz besonders Wohlwollen für seine christlichen Untertanen bekunde.[4]) Als Werther vor Abdul Hamid II. zum erstenmal in Audienz erschien, vermißte er an ihm die würdevolle Haltung Abdul Aziz', vielleicht noch eine Folge der Unvertrautheit mit seiner neuen Stellung. Werther fand ihn schwächlich, von abgelebtem Aussehen und kleiner Statur, in der Haltung so schüchtern und ängstlich, daß der Sultan vor Verlegenheit die Ansprache des Botschafters nur lispelnd beantwortete.[5]) Abdul Hamid war feig, aber gleichzeitig, wie ähnlich geartete Naturen überhaupt, grausam und schlau. Er vermochte sich schüchtern zu stellen, konnte aber, wenn es seine Ziele förderte, ungemein gewinnend in seinem Benehmen sein. Unleugbar war es jetzt, daß auf dem Thron der Kalifen wieder ein Mann saß, der sich vor seinen Ministern nicht mehr verborgen hielt und vom Willen erfüllt war, auch mitbestimmend in die Geschicke des Landes einzugreifen.

Seine führende Haltung offenbarte sich sofort, als die Großmächte infolge Ersuchens des Fürsten Milan[6]) die Pforte zum Abschluß eines Waffenstillstandes für mindestens einen Monat mit Serbien und Montenegro zu bewegen trachteten. Gehoben durch das Bewußtsein der im Felde über die Gegner errungenen Erfolge, fand der von Midhat Pascha beratene Sultan den Mut zur Ablehnung des

---

[1]) Rotbuch 1873—1877, S. 388.

[2]) „Das Staatsarchiv", Bd. 31, S. 307.

[3]) Bericht Nevlinskys, 28. Juli 1876.

[4]) Abdul Hamid war der Sohn einer tscherkessischen Mutter, was in Konstantinopel nicht wenig dazu beitrug, ihn unpopulär zu machen und ihm von seiten türkischer Staaatswürdenträger das Epitheton „Tscherkessenbalg" eintrug.

[5]) Freiherr von Werther an Bismarck, Pera, 16. November 1876.

[6]) „Rotbuch" 1873—1877, S. 379.

Waffenstillstandes, der in der Tat mehr im Interesse Serbiens und Montenegros als in dem der Türkei lag. Es war begreiflich, daß sich die Pforte den durch ihren Sieg erkämpften Vorteil nicht entgehen lassen wollte. Einen für sie günstigen Frieden zu schließen, war sie sofort bereit; aber sie mochte keine Waffenruhe gewähren, die die Lage nur zu ihrem Nachteile verschlimmern konnte. Ließ sie den begehrten Waffenstillstand eintreten bis zu einer Zeit, wo der Winter hereinbrach, so geriet sie in eine Situation, die für die Fortsetzung der militärischen Operationen sehr schädlich gewesen wäre. Gerade das aber lag im Interesse der Russen, denen es eine schmerzliche Enttäuschung bereitete, daß Serbien und Montenegro nicht die Kraft gehabt hatten, die für schwächlich gehaltenen Türken aus Europa zu verjagen. Rußland brauchte jedoch zur Stütze seines Prestiges im Orient die Genugtuung, die Befreiung der Südslawen vom türkischen Joche durchgesetzt zu haben, während das Gegenteil eine tiefe Demütigung für das Zarenreich in sich schloß. Der Friede hätte aber auch gegenüber Gorčakov Andrássys Politik gerechtfertigt, wonach es ja doch möglich sei, die Integrität der Türkei zu erhalten und daß diese selbst noch die Stärke zu ihrem Schutze besitze. Aus all diesen Gründen trachtete Rußland, den Krieg über den Winter hinauszuschleppen. Dann konnte den russischen Heeren Gelegenheit geboten werden, selbst in die Reihe der Kriegführenden einzutreten. Alles, was aus Livadia, wo sich damals Alexander II. aufhielt, herüberklang, schien den Eindruck zu erzeugen, daß man dort nicht abgeneigt wäre, aus der Verweigerung des Waffenstillstandes einen Kriegsfall zu machen.[1]) Andrássy wollte trotzdem nicht an den ernsten Willen hierzu glauben. Er hielt den Zaren weder für entschlossen noch für beschränkt genug zu einem so folgenschweren Schritt. Außerdem rechnete er auf Gorčakov, bei dem er, trotz seines hohen Alters und seiner Eitelkeit, so viel Klugheit und Erfahrung voraussetzte, daß er sich nicht für die kleinen Balkanländer in einen gewaltigen Krieg stürzen werde, dessen schließlicher Ausgang auch verhängnisvoll enden konnte.[2]) Die Sprache des russischen Staatskanzlers schien freilich diese Hoffnung nicht zu rechtfertigen. Am 12. September ließ sich Novikov, der Wiener russische Botschafter, bei Graf Andrássy melden, um ihm zu sagen, daß Gorčakov unbedingt auf der bereits am 2. September kund-

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 14. September 1876.
[2]) Mündliche Mitteilung eines damaligen Zeitgenossen.

gegebenen Forderung der Gewährung eines mehrmonatigen Waffenstillstandes beharren müsse. Rußland — fügte er hinzu — könne natürlich keine Gewähr einer besseren Zukunft der Christen in der Türkei erblicken, wenn diese den Mächten die gewünschte Satisfaktion, nämlich den Waffenstillstand, verweigere.[1])

Das Auftreten Gorčakovs fand aber keineswegs den Beifall des Grafen Andrássy. Mit Berufung auf den vom russischen Kanzler gegenüber Baron Langenau gebrauchten Ausspruch: man bedürfe jetzt vor allem der Klarheit, hielt es unser Minister des Aeußern für seine Pflicht, nicht nur vollkommen klar, sondern auch ohne alle Umschweife aufrichtig zu sein. Er nahm sich kein Blatt vor den Mund und sagte es Gorčakov geradezu heraus, daß die Aufrechterhaltung des Status quo belli während der langen Zeit von zwei bis drei Monaten weder für die Vasallenstaaten und die Insurgenten noch für die Pforte selbst von Vorteil wäre. Andrássy und die türkische Regierung begegneten sich in dem Wunsche, so rasch als möglich zum Frieden zu gelangen. Trotzdem wollte Andrássy nichts davon wissen, daß, gemäß dem Verlangen Gorčakovs, die Schaffung eines Modus vivendi zwischen den Kriegführenden einer Konferenz der leitenden Minister anvertraut werde. Nach ihm war eine Konferenz nur dort am Platze, wo es sich darum handle, die Kriegsergebnisse für die Schaffung dauernder Zustände zu verwerten. Der Ausgang des Krieges hatte aber kein Resultat zutage gefördert, das die Grundlage einer definitiven Regelung zu bilden vermochte. Wieder war man bei derselben Ungewißheit angelangt, in der man sich zu Beginn des Krieges befunden, als Andrássy die Durchführung von Reformen als Heilmittel empfohlen hatte. Damit bewies er noch einmal, daß ihm, ungeachtet der Abmachungen von Reichstadt, jeder Gedanke an Erwerbungen sowie überhaupt an gewaltsame Umwälzungen in der Türkei fernliege, die unfehlbar den ganzen Orient in Brand stecken müßten. Seine politische Gedankenrichtung drückte nach wie vor die Note vom 30. Dezember 1875 aus. Unangenehm war es ihm daher, als das „Fremdenblatt" am 20. Juli 1876 in einem Artikel die Notwendigkeit der Okkupation Bosniens und der Hercegovina durch Oesterreich-Ungarn betonte. Aufs peinlichste berührte ihn diese Aeußerung der Zeitung, da man ihr offiziöse Beziehungen zum Ministerium des Aeußern nachsagte. Es konnte dadurch leicht der Glaube erweckt werden, daß

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 13. September 1876.

Andrássy selbst die öffentliche Diskussion der Besetzung der beiden türkischen Provinzen veranlaßt habe. Er bestritt dies dem deutschen Botschafter gegenüber aufs entschiedenste. Andrássy versicherte, das „Fremdenblatt" veröffentliche wohl jeden ihm aus dem Ministerium zukommenden Artikel, sei aber von demselben in allem übrigen vollkommen unabhängig. Als der deutsche Botschafter Graf Stolberg dies aus dem Munde Andrássys vernahm, war er der Meinung, daß aller Wahrscheinlichkeit nach in diesem Falle die dii minores des Ministeriums absichtlich die Abwesenheit ihres Chefs benutzt hätten, um ihm durch Aufwerfung dieser heiklen Frage Ungelegenheiten zu bereiten. Gern hätte Stolberg bei dieser Gelegenheit zu erfahren getrachtet, wie eigentlich Andrássy über die Okkupation Bosniens und der Hercegovina denke, ob er sie nicht doch in der Zukunft, als vom österreichisch-ungarischen Interesse diktiert, für möglich und nötig erachte. Ungeachtet aller Bemühungen konnte er den Minister nicht zum Reden bringen, der sich in tiefes Schweigen hüllte.[1])

Bei dieser Abneigung Andrássys, selbst eine Situation zu schaffen, die ihn zwingen könnte, sich für die Annexion die Hände zu binden, sprach er sich aufs energischste gegen einen mehrmonatigen Waffenstillstand aus. Er besorgte, daß dadurch der Friedensschluß nur noch länger hinausgeschoben würde, den er zur Verhütung weiterer und größerer Verwicklungen so angelegentlich herbeisehnte. Andrássy wollte sich nicht, wie er sagte, an den grünen Tisch ohne ein festumgrenztes Programm setzen, denn das hieße vor ganz Europa das Verlassen der Drei-Kaiser-Entente einbekennen und fremden Einflüssen Tür und Tor erschließen. Die Reformnote vom 30. Dezember 1875 wie die Ergebnisse der Beratungen in Berlin und Reichstadt schienen ihm eine genügende Basis für die Einleitung von Unterhandlungen zu bieten.[2])

Da jedoch Andrássy einsah, daß zu solchen ohne Waffenstillstand nicht zu gelangen wäre, drängte er in Konstantinopel, denselben ohne Zögern zu bewilligen, damit während dessen Dauer an der Herstellung des Friedens gearbeitet werden könne. Die Waffenruhe selbst sollte von nicht längerer als einmonatiger Dauer sein.[3]) Nach vielfachen Beratungen entschloß sich die türkische Regierung am 14. September zur Bekanntgabe ihrer Bedingungen.

---

[1]) Stolberg, Wien, 4. August 1876.

[2]) „Rotbuch" 1873—1877, S. 397.

[3]) Ibidem, S. 400.

Sie waren äußerst hart und im höchsten Grade demütigend für Serbien. Fürst Milan wurde zugemutet, nach Konstantinopel zu kommen und dem Sultan von neuem zu huldigen. Das stehende Heer sollte aus nicht mehr als 10000 Mann und zwei Batterien bestehen. Die Institution der Milizen wird aufgehoben. Außerdem beanspruchte die Türkei die Wiederbesetzung der serbischen Festungen mit ihren Truppen und die Demolierung der in neuester Zeit errichteten Fortifikationen. Zum Schlusse forderte die Pforte als Kriegsentschädigung eine Erhöhung des Tributes um 500000 Gulden jährlich. Weit nachsichtiger als gegen Serbien zeigte sich die Türkei gegenüber Montenegro, für das man den Status quo ante bellum gelten zu lassen bereit war.[1])

Den Mächten konnte das von Kraftgefühl eingegebene Diktat der türkischen Staatsmänner, das eine Versöhnung der Gegensätze ausschloß, gar nicht behagen. England, das jetzt gern, wie ein Zeitgenosse sich ausdrückt, durch ein Schlüsselloch gekrochen wäre, um den Frieden zu beschleunigen,[2]) fand die Bedingungen der Pforte unannehmbar. Um zu dem ersehnten Ziele der Ruhe im Orient zu gelangen, hatte sich das britische Kabinett schon vorher von Rußland ins Schlepptau nehmen lassen. In Uebereinstimmung mit demselben machte es sich zum Vertreter solcher Punktationen, die wohl Gorčakov, aber nimmer Andrássy genehm sein konnten. Außer dem Statusquo für Serbien und Montenegro verlangte das britische Ministerium Autonomie für Bosnien und die Hercegovina sowie Garantien gegen Mißbräuche in der Verwaltung Bulgariens.[3]) Die englischen Minister hatten nicht mit dem Widerstand Andrássys gerechnet, der, wie schon bei früherer Gelegenheit, auch jetzt nichts von Autonomie hören mochte — einem Ausdrucke, dessen Bedeutung in Stambul etwas so völlig Unbekanntes war, daß man sich dort erst aus einem englischen Wörterbuch Belehrung hierüber zu verschaffen suchte.[4]) Andrássy wünschte zwar, der vagen Proposition eine greifbarere Gestalt zu geben, fürchtete aber, daß die Pforte nie auf die vorgeschlagene Autonomie eingehen werde. Als Bismarck von den Bedenken des Ministers des Aeußern hörte, meinte er, Andrássy könnte um so ruhiger seine Zustimmung erteilen, als ja aus dem

[1]) „Rotbuch" 1873—1877.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 17. September 1876.

[3]) Rotbuch 1873—1877, S. 140.

[4]) Ibidem, S. 469.

Ganzen doch nichts herauskommen werde.[1]) Andrássys Einwürfe hatten aber den Erfolg, daß England sich zu einer Erläuterung dessen herbeiließ, was es unter Autonomie verstehe. Das englische Kabinett erklärte, daß es dabei nicht im entferntesten an eine politisch autonome Konstituierung der betreffenden Länder, sondern nur an administrative Reformen lokaler Natur gedacht habe.[2]) Nun erst trat auch Andrássy den englischen Friedensbedingungen bei, denen sich schon die anderen Großmächte angeschlossen hatten.

Damit schien ein Schritt nach vorwärts getan. Ihm ging ein anderer vorher, der gleichfalls als günstig für die Förderung der Verständigung angesehen werden konnte. Mitte September war es dem gemeinschaftlichen Drängen der sechs Großmächte gelungen, der Pforte wenigstens das mündliche Versprechen — zu einem schriftlichen wollte sie sich um keinen Preis herbeilassen — zu entreißen, daß die türkischen Truppen sich bis zum 25. September jeder Offensive enthalten werden — wofern sie von den Gegnern nicht angegriffen würden.[3])

* * *

Während dieses Meinungsaustausches faßte Gorčakov einen Entschluß, der seine innersten Gedanken enthüllte, wieder alle Hoffnungen auf einen friedlichen Ausgang zerstörte und das bestätigte, was Novikov zum Sektionschef Baron Orczy in einem redseligen Momente gesagt hatte: „Il ne sert à rien de reformer, il faut réparer.“ [4]) Dieser Ausspruch des russischen Botschafters schien wirklich jenen recht zu geben, die keinen Augenblick der friedfertigen Sprache Rußlands Glauben geschenkt, sondern hinter ihr stets feindselige Absichten gegen die Türkei witterten.

Es ist in der Tat mehr als wahrscheinlich, daß die russische Regierung nicht aus Interesse für das Wohl der Türkei der Reformnote vom 30. Dezember zugestimmt und sie in Konstantinopel unterstützt hatte. Vielmehr rechnete sie im stillen damit, daß die Türken, ohnehin langsam in allen ihren Handlungen, aus Geldmangel die Reformen in die Länge ziehen und sich allmählich verbluten würden.

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 21. September 1876.
[2]) „Rotbuch“ 1873—1877, S. 422.
[3]) Ibidem, S. 411.
[4]) Baron Orczys, Tagebuch, 27. Juni 1876 (ung.).

Gorčakov schwebte nur die Auflösung des Osmanischen Reiches vor Augen. Wollte er doch schon 1876, als es ihm damit nicht rasch genug vorwärts ging, in den Berliner Besprechungen, unter dem Vorwande von Garantien für die Durchführung der Reformen, den Fall der Auflösung festgesetzt sehen. Auf allen Wegen sollte die Voraussetzung für diese Eventualität geschaffen werden. Der serbisch-montenegrinische Angriff war ein geeignetes Mittel, den in Reichstadt vorgesehenen Zerfall der Türkei herbeizuführen. Seitdem hatte Gorčakov nichts unterlassen, seine der Pforte feindliche Gesinnung zu bekunden. Selbst Alexander II., der fort und fort von Friedensliebe überfloß und an ihr festzuhalten versicherte, sagte bereits anfangs 1876 zum deutschen Botschafter Prinzen Reuß: wiewohl er alles getan, um den Niederbruch der Türkei zu verhindern und hinauszuschieben, so sei doch bereits der Stein dermaßen ins Rollen geraten, daß keine Macht mehr die Kraft besitzen werde, seinen Lauf zu hemmen. So sicher glaubte er ans Ende des Osmanischen Reiches, daß er sich schon mit dem künftigen Schicksal Konstantinopels beschäftigte, das keiner einzigen Großmacht zufallen dürfe.[1])

Die zur Schau getragene friedliche Haltung des Zaren hinderte jedoch die höchsten Kreise Rußlands nicht, als Förderer der panslawistischen Richtung und als rührige Protektoren der christlichen Untertanen des Sultans aufzutreten. Vor allem war die Kaiserin[2]) als Konvertitin bedacht, ihren Glaubenseifer vor aller Welt zu betätigen. Ununterbrochen bestürmte sie den Kaiser mit der Klage, daß die orthodoxen Christen in Serbien, Bosnien und Bulgarien hingeschlachtet und die orthodoxe Religion unterdrückt würde.[3]) Sie stellte sich an die Spitze des Komitees des Roten Kreuzes, das Verbandmaterial nach Serbien beförderte.[4]) Jeden Versuch einer Beschränkung ihrer diesbezüglichen Tätigkeit faßte sie als persönliche Verletzung auf.[5]) Das Beispiel der Kaiserin wirkte ermunternd auf immer weitere Schichten. Auf alle Weise trachtete man das Mitleid der Massen für die „leidenden Brüder“ zu entzünden. Es ward Mode, daß die Damen der Aristokratie, begleitet von hohen Würdenträgern, mit Sammelbüchsen in Kirchen, Bahnhöfen, Promenaden und in belebten Straßen erschienen, um Geld

---

[1]) Prinz Reuß, Petersburg, 14. Januar 1876.

[2]) Marie von Hessen-Darmstadt.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 13. November 1876.

[4]) „Aus dem Leben König Karls“, Bd. III, S. 63.

[5]) Berchem an Bismarck, St. Petersburg, 30. August 1876.

für die im Felde stehenden christlichen Krieger zu sammeln. Die slawischen Komitees, die schon seit Jahren die Hetzarbeit im Orient besorgten, stellten sich den höheren Gesellschaftskreisen aufs bereitwilligste zur Verfügung.[1]) Nicht nur mit barer Münze, auch durch Anwerbung zahlreicher Freiwilligen sollten die „leidenden Brüder“ und die „verfolgte orthodoxe Religion“ im Kampfe gegen die Ungläubigen unterstützt werden.

In hohem Maße beteiligten sich die russischen Zeitungen an dem Schüren der Leidenschaften, die es zustande brachten, dem ursprünglich menschlichen Mitgefühl für die christlichen Untertanen des Sultans einen ausgeprägt politischen Charakter aufzudrücken.[2]) Mit Hilfe der Presse wurde die Meinung verbreitet, die Großmächte hätten Gorčakovs Vorschläge zur Verbesserung des Loses der Slawen auf dem Balkan zurückgewiesen,[3]) was einen Sturm der Entrüstung hervorrief.

Gorčakov war es gar nicht recht, als er vernahm, sein Gehilfe Giers habe dem allzu wilden Treiben der Zeitungen Einhalt getan.[4]) Der russische Kanzler sah in den russischen Blättern sehr geschickte Werkzeuge seines ihm stets vorschwebenden Programmes: den Pariser Vertrag zu annullieren und für Rußland das „ausschließliche“ Protektorat über die gesamten Christen des Orientes zu erwerben. Hand in Hand damit ging sein Bemühen, Alexanders II. Friedensliebe zu erschüttern. Durch die Aufstellung unannehmbarer Bedingungen für die Türkei sollte nach und nach dem Zaren die Ueberzeugung beigebracht werden, daß es ja doch unmöglich sein werde, mit dem Osmanenreich zu einem dauerhaften Vergleich zu kommen.[5]) Das war um so leichter, als das im russischen Volk erwachte Mitgefühl für die geschlagenen Serben ein sehr schmerzliches Echo im Herzen des Zaren fand. Noch widerstand er freilich jeder kriegerischen Versuchung und sagte am 27. August bei einem Diner zu den an demselben teilnehmenden Offizieren: „Ich hoffe, es wird nicht nötig sein, Ihr Blut zu fordern.“[6]) Allmählich kam Alexanders Friedenszuversicht doch ins Wanken; er hörte auf Gorčakovs Mahnungen, der mächtige Bundesgenossen in der hochschäumenden öffentlichen Meinung Rußlands

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 13. November 1876.
[2]) Berchem, Petersburg, 15. August 1876.
[3]) Idem, 3. September 1876.
[4]) Ibidem.
[5]) Baron Orczy an seine Mutter, 21. September 1876.
[6]) Berchem an Bismarck, Petersburg, 30. August 1876.

wie in den durch Gladstone angeregten englischen Manifestationen zugunsten der Bulgaren gewann. Der Boden war geebnet, auf dem man den Kaiser zu einer entscheidenden Tat mit sich fortreißen konnte. Aber noch gab es eine große Schwierigkeit zu überwinden, ohne deren Beseitigung der Erfolg zweifelhaft war. Man mußte trachten, auch Oesterreich-Ungarn an die Pläne Rußlands zu schmieden, was ein Mitglied der Wiener russischen Botschaft, Tatičev, etwas allzufrüh verriet, indem er äußerte: „Wenn Oesterreich-Ungarn sich jetzt zu unserer Politik gesellt, kann die Lösung der Krisis in seinem Interesse erfolgen, wenn nicht, werden wir die Frage etwas später ohne und gegen Oesterreich erledigen."[1])

Aus dieser Sphäre heraus erfolgte gegen Ende September 1876 die Sendung des russischen Generaladjutanten Grafen Felix Sumarokov-Elston nach Wien. Wieder stand man vor einer Ueberraschung. War es doch einleuchtend, daß Gorčakov nicht ohne Grund einen Generaladjutanten mit besonderen Aufträgen nach Wien senden werde, von dessen Mission selbst der russische Botschafter Novikov keine Ahnung hatte und dem sie, wie ein Zeitgenosse sich ausdrückt, stark auf die Nerven schlug.[2]) Aber auch Andrássy versprach sich nichts Gutes von ihr,[3]) als sie ihm zur Kenntnis gebracht und Novikov von ihm eine Audienz beim Kaiser für den russischen Spezialgesandten zur Uebergabe eines eigenhändigen Schreibens des Zaren erbat.[4]) Graf Sumarokov traf genau in dem Momente ein, als man in Wien das Bedürfnis empfand, sich Rußland gegenüber in nähere Erklärungen einzulassen.[5]) Denn, wie Andrássy kurz vor der Ankunft des Russen sich ausdrückte, wir saßen ja „bei dem wenig erquicklichen Schauspiele der orientalischen Wirren in den vordersten Logen" und mußten trachten, daß zum mindesten in Bosnien und der Hercegovina unsere vitalsten Interessen zur Geltung gelangen.[6]) In einem vom 23. September datierten Briefe empfahl Gorčakov den mit einer „Vertrauensmission" an den Kaiser betrauten Grafen Sumarokov

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 26. September 1876.

[2]) Ibidem.

[3]) Ibidem.

[4]) Novikov an Andrássy, 26. September 1876. Gräflich Andrássysches Archiv.

[5]) Franz Josef I. an Kaiser Alexander II. Wien, 3. Oktober 1876. Ungedruckt.

[6]) „Rotbuch" 1873—1877. S. 418.

der besonderen Aufmerksamkeit Andrássys. Mit Berufung auf ihr beiderseitiges Werk: die Begründung der Freundschaft zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn, schreibt der Kanzler an unseren Minister des Aeußern: „Der Moment ist gekommen, dieser Tat die Sanktion zu verleihen. Man kann den Ereignissen nicht mehr ihren freien Lauf lassen. Sie rühren an unsere Interessen, an unsere Gefühle als Menschen und Christen.“ [1])

Die nähere Erläuterung dessen, was russischerseits unter „Verleihung der Weihe“ verstanden wurde, gab der Zar selbst in seinem eigenhändigen Schreiben an den Kaiser. Wenn Europa einig wäre, meinte Alexander II., könnte es leicht zu einer Lösung der orientalischen Frage kommen. Wo ist aber ein einiges Europa? Während die Mächte beraten, überstürzen sich die Ereignisse und der allgemeine Friede wird gefährdet. Aus dieser Sackgasse muß ein Ausweg gefunden werden. Der Zar erblickte ihn ausschließlich in einer Verständigung zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn, um sowohl das Anwachsen der Krise als auch fernere Christenmassakers zu hindern. Rasch und energisch müßte von beiden Staaten die Entwirrung der herrschenden Verwicklungen in Angriff genommen werden. Als das geeignetste Mittel hierzu schlug Alexander II. den gleichzeitigen Einmarsch der österreichisch-ungarischen Truppen in Bosnien und den der russischen in Bulgarien vor, sei es auf dem Seewege, wenn er offen ist, oder über Rumänien. Wenn zu gleicher Zeit — bemerkte der Zar — erreicht werden könnte, daß die Flotten der Großmächte zum Schutze des Lebens der Christen in den Bosporus einlaufen, so würde eine solche Demonstration wahrscheinlich genügen, die Anmaßung der Türken zu meistern und sie nötigen, sich vor den Beschlüssen Europas zu beugen.[2])

Das Merkwürdigste an dem Briefe Alexanders war nicht dessen Inhalt, sondern daß Gorčakov denselben telegraphisch allen Kabinetten mitteilte, noch ehe die Antwort des Kaisers hierauf erfolgte. Ein bei eigenhändigen Schreiben von Souveränen noch nicht beobachteter, höchst undelikater Vorgang. Novikov wurde ganz rot, als ihm Baron Orczy am 29. September ins Gesicht sagte: „Unser Geheimnis ist das Geheimnis des Polichinell, alle Botschafter sind schon davon durch ihre Kabinette verständigt.“[3]) Graf Andrássy

---

[1]) Gorčakov an Andrássy, Livadia, 11./23. September 1876.

[2]) Kaiser Alexander II. an Franz Josef I. Ungedruckt.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 29. September 1876.

aber meinte: „Um so besser, denn auf diese Weise wird der absurde Vorschlag sich selbst richten.“ [1]) Leicht begreiflich, daß die ganze diplomatische Welt Wiens sich in fieberhafter Aufregung befand. Alle wollten sie wissen, welche Entschlüsse der Minister des Aeußern fassen werde, da doch von ihnen Krieg oder Frieden abhängen konnte. Graf Andrássy, sich vollkommen bewußt der schwierigen Situation, in die die Monarchie durch Rußlands Anträge gebracht worden, suchte vollkommen Herr seiner Gedanken zu bleiben.[2]) Mehrere Tage bedurfte es zur Abfassung der Antwort, der auch vom Monarchen selbst mit größter Ungeduld entgegengesehen wurde.[3]) Am 3. Oktober[4]) endlich konnte Graf Sumarokov mit dem kaiserlichen Schreiben und einem Begleitbrief Andrássys an Gorčakov in der Tasche sich wieder auf den Weg nach Petersburg zurückbegeben.

Andrássy nannte es ein des russischen Kanzlers würdiges Werk, den traditionellen Irrtum vom krassen Gegensatz der Interessen Rußlands und Oesterreich-Ungarns auszumerzen.[5]) Ebenso legte auch Kaiser Franz Josef in seiner Antwort das Schwergewicht auf die Betonung der Erhaltung der noch inniger zu gestaltenden Entente. Dies Bekenntnis hinderte nicht die unumwundene Erklärung, daß Oesterreich-Ungarn die Gewährung politischer Autonomie für Bosnien und die Hercegovina, ähnlich der für Rumänien und Serbien, nie dulden könnte. Hieße dies doch die Anarchie fast in der Mitte von Provinzen der Monarchie verewigen, der dadurch von dem Momente an keine andere Aufgabe zufiele, als einen soeben gesetzmäßig begründeten Staat wieder zu zerstören, um nur zu einer Dauerhaftigkeit der Verhältnisse zu gelangen. Und sei es nicht höchst wahrscheinlich, daß man die Türkei nur mit Waffengewalt zur Bewilligung der politischen Selbständigkeit für ihre Provinzen zwingen könnte? Wenn aber — meinte der Kaiser — die öffentliche Meinung Oesterreich-Ungarns nur schwer einem Minister, er sei, wer er wolle, die Idee verziehe, zwischen Dalmatien, Kroatien und Slawonien die Entstehung autonomer slawischer Staaten zuzulassen, so hätte sie ein noch viel größeres Recht zur Verdammung der Absicht, daß die

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 29. September 1876.
[2]) Ibidem, 30. September 1876.
[3]) Ibidem.
[4]) Idem ad eandem, 3. Oktober 1876.
[5]) Andrássy an Gorčakov, 2. Oktober 1876.

Türkei zur Schaffung eines Zustandes genötigt werde, der in absolutem Gegensatz zu den Interessen der Monarchie stünde.

Ebenso nachdrücklich wie eine isolierte Intervention Rußlands mißbilligte der Monarch eine Einmengung zu zweien in die inneren Angelegenheiten der Türkei. Nach dem Kaiser dürfe das Ziel einer Aktion nur in dem Verhüten von Christenmassakers und in der Auffindung eines sichern Modus vivendi bestehen, der jedoch keinesfalls mit Hilfe einer dauernden Besetzung anzustreben wäre. Wird — fragte der Kaiser in seiner Erwiderung — dies Resultat mittels einer vorübergehenden Okkupation zu erlangen sein? Wird es, wenn die russisch-österreichisch-ungarischen Armeen einmal die Grenzen überschritten haben, noch vom guten Willen der Monarchen abhängen, sie nach ihrem Belieben zurückzurufen? Von einer zeitweiligen Besetzung sei schon gar kein Nutzen zu erwarten, da die Türkei, wenn sie weiß, daß die Okkupation nur von vorübergehender Dauer sein soll, gewiß allen Reformen passiven Widerstand entgegensetzt. Viel Blut wird fließen, große Verwicklungen für ein nur ephemeres Werk entstehen, das in nicht zu ferner Zukunft von neuem zu beginnen wäre. Denn der Einmarsch der Truppen gäbe nur das Signal zum Ausbruch der Anarchie, und wie rasch diese auch auf den Schauplatz eilten, könnten sie doch nicht das Niedermetzeln der Christen verhüten, wenigstens nicht in den unbesetzt gebliebenen Gebieten. Ueberhaupt aber würde die temporäre Okkupation von keinem Werte für die christlichen Untertanen der Pforte sein. Den Provinzen mangelte nicht nur die Freiheit, es fehlten auch die unerläßlichsten materiellen Vorbedingungen zum Dasein. Alles war verbrannt und verwüstet. Der Kaiser bezweifelte es, daß man sich ihnen als Befreier nahen könne, um sie bald hernach wieder auf Gnade und Ungnade ihrem früheren Elende zu überlassen. Auch der Umstand, meinte der Monarch, sei zu erwägen, daß beim Erscheinen der gemeinschaftlichen Armeen Bulgarien, Bosnien und die Hercegovina sofort ihre Unabhängigkeit proklamieren würden. Dürfte man sie dann nach Abmarsch der Truppen von neuem der türkischen Herrschaft ausliefern? Da dies nicht die Absicht Alexanders sein kann, vermöchte auch er seine Soldaten nicht mehr abzuberufen. Aus einer zeitweiligen entstünde auf diese Weise eine dauernde Besetzung. Aber — heißt es in der Antwort weiter — eine permanente Okkupation Bulgariens entspricht weder dem Interesse Rußlands noch den Intentionen Alexanders. Europa würde wahrscheinlich Protest dagegen erheben und es läge auch nicht in der Macht

des Monarchen, die öffentliche Meinung seines Reiches zu hindern, sich diesem Einspruch anzuschließen. Das müsse dem Zaren mit dem freimütigen Vertrauen gesagt werden, welches die Freundschaft gebiete. Das einzige Zwangsmittel, um heilsam auf die Türkei einzuwirken, würde der kaiserliche Briefschreiber in einer allgemeinen Flottendemonstration erblicken. Mit Recht besorgte er jedoch, daß die außerhalb der Drei-Kaiser-Entente stehenden Großmächte sich ihr nur unter der Bedingung des Verzichtes auf die Okkupation anschließen würden. Aufs bestimmteste sei es zu erwarten, daß ihr die Höfe, ohne Kenntnis des Programmes Rußlands und Oesterreich-Ungarns mit dem größten Mißtrauen begegnen würden.

In voller Würdigung all dieser politischen Momente glaubte der Monarch seinem russischen Verbündeten folgende Vorschläge machen zu sollen: Beharren auf der Forderung eines formellen Waffenstillstandes; ernsteste Unterstützung der in bezug auf die Autonomie geänderten englischen Friedenspropositionen; nach deren grundsätzlicher Annahme Einsetzung einer Kommission zum Zwecke der Ausarbeitung der Details; als Gewähr der Durchführung der angenommenen Friedensbedingungen die Flottendemonstration der Mächte im Bosporus mit voller Außerachtlassung jeder isolierten Intervention oder einer solchen zu zweien. Genügt dieser Druck, heißt es in dem Schreiben weiter, dann ist wenigstens für den Moment die friedliche Lösung erreicht. Weigert sich dagegen die Pforte, so ist damit vor der ganzen Welt die Unmöglichkeit der dauernden Erhaltung des Ottomanischen Reiches dargetan. Der Widerstand der Türkei wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach in neuen Massakers offenbaren. In diesem Augenblick würde die Intervention Oesterreich-Ungarns und Rußlands, welche heute gewisse Mächte perhorreszieren, von ganz Europa angenommen, ja selbst gewünscht werden. Nur in diesem Falle wollte der Monarch die Verpflichtung zur Ausführung der in der Reichstadter Entrevue vorgesehenen Voraussetzungen erfüllen.[1])

Wie man sieht, gab es für Oesterreich-Ungarn keinen Augenblick ein Schwanken, nur allein beim wirklichen Eintritt der Auflösung der Türkei den in Reichstadt bestimmten Anteil für sich in Anspruch zu nehmen. Trotzdem vermochte man sich in den maßgebenden Kreisen nicht der Erwägung zu entziehen, daß für

---

[1]) Franz Josef I. an Kaiser Alexander, 3. Oktober 1876. Ungedruckt.

den Zaren rücksichtlich seiner Handlungsweise doch auch noch andere Gesichtspunkte als die in Oesterreich-Ungarn vorwiegenden bestimmend sein könnten. In erster Reihe durfte nicht die panslawistische Strömung übersehen werden, die Alexander II. dazu drängte, die Waffen für die christlichen Glaubensgenossen im Osten zu ergreifen. Hatte nun der Herrscher von Oesterreich-Ungarn in voller Kenntnis dieser Tatsache nicht die Absicht, sich dem Zaren entgegenzuwerfen, so wollte er ihm noch weniger auf dieser gefahrvollen Bahn Gefolgschaft leisten. Er konnte es einfach nicht, mit Rücksicht auf die in der Monarchie herrschenden Stimmungen. Während der Zar unabhängiger Herrscher geblieben, der bloß nach seinem Willen die Aeußerungen der Oeffentlichkeit zu beachten habe, war die Lage eine ganz andere in Oesterreich-Ungarn, wo, im Gegensatz zu Rußland, die Krone an die Zustimmung der beiden Parlamente gebunden sei. Nichts aber wäre dem Kaiser ungelegener gewesen, als wenn Alexander II. seine Ablehnung der bewaffneten Kooperation mit Rußland als Zeichen der Gegnerschaft aufgefaßt hätte. Oesterreich-Ungarn werde es daher — versichert der Kaiser — in dem Falle, als die russischen Truppen in die Türkei einmarschieren sollten, es wie eine Pflicht betrachten, den Schwierigkeiten der besonderen Situation des Zaren Rechnung zu tragen und ihr demgemäß keine Hindernisse in den Weg legen. Diese Haltung würde auch ungeachtet der Abneigung beobachtet werden, die dadurch bei der öffentlichen Meinung hervorgerufen werden könnte. Allerdings vermöchte dies Entgegenkommen nicht so weit zu gehen, um dem russischen Unternehmen gegenüber müßiger Zuschauer zu bleiben, denn das hieße gleichsam als Großmacht abdanken. Erteilte Rußland den Befehl zum Einmarsch seiner Truppen, so war auch Oesterreich-Ungarn zur Mobilisierung eines Teiles seiner Armee entschlossen; in jedem Moment sollten sie zur Wahrung der Interessen der Monarchie bereit stehen. All diese Zusicherungen hatten auf der Grundlage der Reichstadter Verabredungen zu beruhen. Sie waren hinfällig, wenn sie bei definitiver Regelung des Zustandes der europäischen Türkei verletzt wurden. Gleich dem Zaren hatte auch Kaiser Franz Josef das Gefühl, daß jetzt die Stunde geschlagen habe, in der die Entscheidung über das Schicksal und die Ruhe von vielleicht mehr als einer Generation falle. Der Monarch schmeichelte sich außerdem noch mit der Hoffnung, es werde gelingen, daß Oesterreich-Ungarn und Rußland gemeinsam und verbunden miteinander vorgehen. Sollte dies doch nicht möglich sein, so tröstete sich der

Kaiser mit der Aussicht, der gegenseitige Austausch der Ideen verbürge wenigstens das eine, daß Oesterreich-Ungarn und Rußland nicht in entgegengesetzter Richtung marschieren werden.[1])

* * *

Erzherzog Albrecht, dem sehr russenfreundliche Gesinnungen nachgesagt wurden, der aber das Interesse der Monarchie doch noch höher veranschlagte als seine Sympathien für den Nachbarstaat, zeigte sich ganz entzückt von dem von Andrássy verfaßten Antwortschreiben des Kaisers. Es galt ihm als ein „wahres Meisterstück, weil es so wahr, klar und aufrichtig ist". Der Erzherzog hoffte, daß das kaiserliche Schreiben jedes Mißverständnis zur Unmöglichkeit machen und infolgedessen auch einen großen Eindruck und günstige Wirkungen erzeugen werde. Wenn der Erzherzog, der sich Andrássys „aufrichtiger Freund" nennt, dem Minister Ruhe zur Erholung und Sammlung für die demnächst wieder beginnende „diplomatische Kampagne" wünschte,[2]) so blieb das ein frommer, unerfüllter Wunsch. Die diplomatische Kampagne setzte sofort ein.

Dem Beispiele Rußlands folgend, gab auch Andrássy sogleich allen beim Wiener Hofe beglaubigten Botschaftern Kenntnis von der Antwort des Kaisers an Alexander II., mit welcher Aufgabe er den Sektionschef Baron Orczy betraute.[3]) Mit welchen Gefühlen mochte Orczy diesen Schritt getan haben! Hatte er es doch aus dem

---

[1]) Kaiser Franz Josef I. an Alexander II., Wien, 3. Oktober 1876. Ungedruckt. Gorjainov, „Le Bosphore et les Dardanelles", S. 324, dem der Brief vorgelegen, gibt daraus einen auf nur wenige Zeilen beschränkten, sehr dürftigen Auszug, der keine richtige Vorstellung gewährt.

[2]) Erzherzog Albrecht an Andrássy, Wien, 6. Oktober 1876. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 3. Oktober 1876. Diese Angabe Orczys wird bestätigt durch den im „Das Staatsarchiv", Bd. 31, S. 155, veröffentlichten Bericht Buchanans, des Wiener englischen Botschafters, vom 4. Oktober 1876 an den englischen Minister des Aeußern. Buchanan sagt hier ausdrücklich, daß ihm Orczy im Auftrage Andrássys Mitteilung von seiner Ablehnung der russischen Propositionen macht, die genau angegeben werden. Buchanan erwähnt auch, daß eine gleiche Eröffnung an den türkischen Botschafter erging. Verschwiegen wurde nur den Wiener Vertretern der fremden Höfe die Reichstadter Abmachung, von der Gorčakovs Anträge ausgingen, ein Vorgang, den ja auch der russische Staatskanzler bei seiner Mitteilung des Inhaltes des Briefes Alexanders II. beobachtet haben wird. Darüber wollte man nichts verlautbaren lassen.

Munde Novikovs selbst vernehmen müssen, daß von der zu erteilenden Antwort die Zukunft der Beziehungen der Monarchie zu Rußland abhänge.[1]) Und nun war sie in einem Sinne ausgefallen, der die Grundlage, auf welcher die Entente beruhte, vor den Augen der ganzen Welt bloßstellte. War Andrássy der Vorwurf gemacht worden, daß er die Lage zu optimistisch ansehe, sich zu sehr an den Frieden klammere und sich von Gorčakov aus einer Position in die andere drängen lasse, so strafte er jetzt alle Lügen, die ähnliche Beschuldigungen gegen ihn erhoben hatten. Nicht aus Mangel an Mut und Selbstbewußtsein trachtete er den Frieden zu erhalten, sondern einzig aus dem Grunde, weil dies das Interesse der Monarchie gebot. Er, der das Bestehende zu schützen hatte, durfte sich nicht von dem Aktionsgelüste einer Eroberungspolitik treiben lassen, wie es Gorčakov beseelte. Für Andrássy waren somit alle glänzenden, überraschenden Coups ausgeschlossen, worin er sich eins mit dem Kaiser wußte, der oft zu sagen pflegte: „Oesterreich-Ungarn kann nie einen Aggressivkrieg führen, es muß stets abwarten, angegriffen zu werden." [2])

Als aber Gorčakov nicht mehr zu zügeln war, verließ Andrássy endlich seine zuwartende Haltung. Energisch steckte er die Grenzen ab, die von Rußland, ohne Schädigung der Monarchie, nicht überschritten werden dürften. Nun zeigte es sich, wie sehr bereits die Ziele, die Andrássy und Gorčakov verfolgten, voneinander abwichen. Vorläufig bestand noch immer, wenigstens auf seiten Andrássys, das Bestreben, einen offenen Konflikt zu vermeiden. Ja, er war sogar bereit, für den Fall, als die Türkei sich noch länger gegen die Bewilligung eines Waffenstillstandes steifen sollte, gleich Rußland den österreichisch-ungarischen Botschafter aus Konstantinopel abzuberufen. Dagegen lehnte er es aber schon ab, dies auch dann zu tun, wenn die Pforte auf den Vorschlag einer in Stambul abzuhaltenden Konferenz, von der die Türkei auszuschließen wäre, nicht eingehen wollte. Es schien ihm unmöglich, nur deswegen den Abbruch des diplomatischen Verkehres mit der Pforte vor den Delegationen zu rechtfertigen.[3])

Noch immer schwebten die Verhandlungen wegen der Waffenruhe. Am 8. Oktober hatten die Mächte eine solche für einen

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 7. Oktober 1876.

[2]) (Erzherzog Albrecht), „Aphoristische Betrachtungen." Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Andrássy an Gorčakov (als Antwort auf dessen Telegramm an Novikov vom 8. Oktober), 10. Oktober 1876.

Monat gefordert. Aus leicht begreiflichen Gründen, da sie keinen Winterfeldzug wünschen konnte, beantragte die Pforte einen Waffenstillstand für sechs Monate bis Ende März 1877, was wieder die serbische Regierung zurückwies, indem sie es nicht dulden durfte, das Land für so lange Zeit von feindlichen Truppen besetzt zu sehen. Auch Rußland, das auf Einstellung der Feindseligkeiten für sechs Wochen beharrte, wollte nichts davon hören. Černajev, der trotz der Niederlage seine Rolle noch nicht ausgespielt glaubte und Milan zum Könige hatte ausrufen lassen, beschwor jetzt Alexander, keinem so langen Waffenstillstand die Zustimmung zu erteilen. Er verbürgte sich dafür, daß die türkische Armee in einer Winterkampagne unfehlbar vernichtet werden würde.[1])

Inmitten dieses „diplomatischen Wirrwarrs“ (gâchis diplomatique) — das Wort stammt von Novikov[2]) —, während man noch zu keiner Einigung hatte kommen können, traf in Wien die Antwort Alexanders II. auf den Brief des Kaisers ein. Der Zar beharrte unbedingt auf der Autonomie oder einem auf breiter Grundlage beruhenden und ernstlich garantierten Self-government für die Balkanländer, das kein toter Buchstabe bleiben dürfe. Er wollte voraussehen, daß die Türkei ein Gegner jedes klaren Programmes sein werde, in welchem Falle er entschlossen wäre, seinen Vertreter aus Konstantinopel abzuberufen, wodurch Rußland wieder seine Aktionsfreiheit erlange. Alexander II. machte kein Hehl daraus, daß aus diesem Vorgang als letztes Resultat die Verwirklichung der Verabredungen von Reichstadt hervorgehen werde. Beruhte es auf einem Mißverständnis der Aeußerungen Franz Josefs I. oder legte man sie sich absichtlich in Petersburg zugunsten einer definitiven Lösung im Sinne der Besprechungen in Reichstadt zurecht?[3]) In seiner Antwort zeigte sich der Zar so sehr durchdrungen davon, in Wien strebe man unverrückten Auges der Auflösung der Türkei zu, daß er bereits für den nächsten Frühling den Beginn eines österreichisch-ungarisch-russischen Krieges mit der Türkei anregte. Er sei bereit — sagte er dem Kaiser —, sofort durch einen zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn abzuschließenden Vertrag die Detailfragen zu regeln. Gleichzeitig bat er für alle Fälle um absolute Geheimhaltung, die

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 19. Oktober 1876.

[2]) Ibidem.

[3]) Alexander II. an Franz Josef I., 22. September/10. Oktober 1876. Ungedruckt.

auch er von seiner Seite beobachten werde.[1]) Diese Versicherung war wirklich dringend nötig. Hatte man doch russischerseits, entgegen der Verabredung in Reichstadt, unmittelbar nach der Entrevue Milan wissen lassen, daß Serbien, selbst wenn es im Kampfe gegen die Türken eine Niederlage erleiden sollte, keinen Gebietsverlust zu besorgen haben werde.[2]) Und war etwa das Hinausposaunen des Inhaltes des Briefes Alexanders an den Kaiser in die Welt so verlockend, um der vollen Verschwiegenheit des russischen Kabinetts trauen zu können? Der Zar muß dies wohl gefühlt haben, als er sein Wort für „absolute Geheimhaltung" verbürgte.

Alexander II. hatte sich jedoch in einer tiefen Täuschung befunden, als er Franz Josef I. schon so weit glaubte, um mit ihm gemeinsam im Frühling 1877 das Schwert zur Befehdung der Türkei zu ziehen. Mit aller Bestimmtheit ging das für den Zaren aus dem Briefe hervor, den der Kaiser am 23. Oktober an ihn richtete. Ausdrücklich sagte ihm der Monarch, daß dies nicht sein Gedanke gewesen, weder entspreche es seinen Absichten noch den Interessen der Monarchie, den Moment der Auflösung zu beschleunigen. Eine militärische Aktion zur Teilung der Türkei läge nicht in seinen Plänen. Nach der Ansicht des Kaisers dürfte sie in einer wenig fernen Zukunft, durch die Gewalt der Ereignisse hervorgerufen, von selbst erfolgen müssen. Wie verschieden aber auch die Stellung Rußlands und diejenige Oesterreich-Ungarns gegenüber dieser Frage war, so wünschte der Kaiser doch die Eintracht zwischen beiden Staaten erhalten zu sehen. Daher zeigte er sich dem Abschlusse eines geheimen Vertrages nicht abgeneigt, als dessen Unterhändler ihm der „verläßliche und gewissenhafte" Novikov sehr angenehm war.[3])

Rußland hatte sich jedoch schon zu weit vorgewagt, um noch auf die mahnende Stimme des Kaisers und Andrássys zu hören. Gewiß würde ein Sturm der Entrüstung im panslawistischen Lager ausgebrochen sein, wenn der Zar auf dem einmal betretenen Pfade stehengeblieben wäre. Schon im August 1876 zeigten sich in Serbien Spuren des Mißvergnügens über Rußland. Diese Stimmung würde sich direkt in Haß verwandelt haben, hätte es der Zar

---

[1]) Alexander II. an Franz Josef I., Livadia, 22. September/10. Oktober 1876. Ungedruckt.

[2]) Kállay an Andrássy, 1. August 1876. Kállay schrieb den Brief unterwegs, während er auf einer Reise begriffen war. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Franz Joseph I. an Alexander II. Ungedruckt.

unterlassen, den Serben bei einer neuen Niederlage zu Hilfe zu eilen.[1]) Dazu bot sich nun Gelegenheit, als die Türken Ende Oktober in heißem Kampfe Aleksinac eroberten, Djunis erstürmten und nunmehr der Weg nach Belgrad offen vor ihnen lag. Jetzt wandte sich der verzweifelte Milan nach Petersburg, wo er dringend um russische Vermittlung bat. Zu Ende war der stolze Traum der Serben, sich in Bosnien festzusetzen und von dort aus die slawische Propaganda auf unsere südlichen Provinzen zu übertragen. Als Geschlagener mußte man nun den Beistand Rußlands gegenüber den für schwach und kraftlos gehaltenen Türken erflehen. Gedrängt von der Oeffentlichkeit Rußlands, durfte der Zar keinen ruhigen Zuschauer mehr abgeben. Am 31. Oktober wollte er in Konstantinopel mit Krieg für den Fall drohen, als der Sultan nicht binnen 48 Stunden einen sechswöchigen Waffenstillstand bewillige. Wahrscheinlich von England gewarnt, trachtete die Pforte, der russischen Forderung zuvorzukommen und beeilte sich, Milan am 1. November eine zweimonatige Waffenruhe zu gewähren.

Allein trotz der zugestandenen Einstellung der Feindseligkeiten glaubte niemand mehr an die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens, am wenigsten der Zar selbst, so sehr es ihm auch innerlich widerstreben mochte, in den Krieg zu ziehen. Der Mann, der sich 1875 von den Franzosen als Friedensfürst, als Retter der Ruhe Europas hatte feiern lassen, sollte nunmehr eine kriegerische Sprache führen, die bisher an ihm gänzlich unbekannt war. Man begreift, daß die Aufregungen und der fortwährende Seelenkampf, den ihm die Wahl zwischen Krieg und Frieden bereitete, seine Gesundheit erschütterten und er sich sehr leidend fühlte.[2]) Absichtlich hatte man die russische Begeisterung für die christlichen Brüder auf der Balkanhalbinsel geschürt, bis sie dem Zaren über den Kopf wuchs. Von Ignatjev gedrängt, hat Alexander dem Treiben der slawischen Komitees so lange ungehindert die Zügel schießen lassen, bis er selbst deren Gefangener wurde und sich nicht mehr von ihnen befreien konnte. Nun mußte auch er sagen, die Ehre Rußlands sei engagiert. Im Briefwechsel mit dem Kaiser Franz Josef hatte er stets das Wort: Ma dignité im Munde und wurde immer mehr der Geschobene, der zu schieben glaubte.

---

[1]) Kállay an Andrássy, 1. August 1876. Gräflich Andrássysches Archiv (ung.). Kállay schrieb, eben auf einer Reise begriffen, den Brief unterwegs, ohne ihm eine Ortsbenennung beizufügen.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 7. Oktober 1876. Nach Mitteilungen Novikovs.

Anfangs November erklärte Alexander II. dem Kaiser Franz Josef I., daß er nicht mehr den Mut habe, geduldig, wie es Andrássy wünschte und wie es in Wien anläßlich der Mission Sumarokovs aufs loyalste und nachdrücklichste angeraten worden war, die Auflösung der Türkei abzuwarten; er müsse schon jetzt, beteuerte er, deren christlichen Untertanen zu Hilfe eilen. Ihm fehlte es am Vertrauen, daß sich Europa von der Unhaltbarkeit der Zustände im Orient überzeugen und dagegen eine gemeinsame Aktion entfalten werde. Vielmehr seien die Verträge unter den Großmächten nur dazu da, sagte er, um der Türkei durch den Mangel aller Einigkeit Europas Straflosigkeit zu sichern und einen Zustand zu schaffen, der immer unerträglicher werde. Für seinen Teil — schrieb Alexander — sei er entschlossen, dem ein Ende zu machen und allein zu vollführen, was alle Welt im Prinzip als gerecht, menschlich und nötig anerkannt habe; er bedaure, daß der befreundete Monarch nicht offen in Gemeinschaft mit ihm vorgehen wolle.[1]) Doch rechnete der Zar noch immer auf die indirekte Unterstützung Oesterreich-Ungarns, um zu dem von beiden Mächten in Reichstadt verabredeten Ziele zu gelangen. Nun erachtete es der russische Kaiser auch für unerläßlich, zum erstenmal vor Kaiser Wilhelm den Schleier zu lüften und das Berliner Kabinett in die Kenntnis seiner Abmachungen mit uns zu setzen.[2]) Hatte Alexander früher strenge Geheimhaltung vor dem deutschen Hofe gefordert, so erinnerte er sich jetzt plötzlich, daß der intime Charakter, der zwischen den drei Kaiserhöfen bestehe, das Brechen des beobachteten Schweigens über die Vorgänge in Reichstadt gegenüber Kaiser Wilhelm zu einem Gebote der Notwendigkeit mache.[3])

---

[1]) Alexander II. an Franz Josef I., 22. Oktober/3. November 1876. Ungedruckt.

[2]) Man könnte hier entgegnen: Wenn der Brief Alexanders II. allen Höfen sofort mitgeteilt wurde, muß ihnen doch auch von der Reichstadter Abmachung Kenntnis gegeben worden sein. Demgegenüber verweise ich auf meine frühere Bemerkung S. 272, 3. Anmerkung, daß man wohl über die russischen Propositionen Eröffnungen machte, aber über Reichstadt schwieg.

[3]) Alexander II. an Franz Josef I., 22. Oktober/3. November 1876. Ungedruckt. Gorjainov teilt diesen Passus des Briefes nicht mit. Dagegen zitiert er in seinem Werke: „Le Bosphore et les Dardanelles“, S. 331, eine Stelle aus dem Briefe Alexanders II. an Kaiser Wilhelm, wonach er kein Geheimnis vor ihm habe. In seiner Polemik gegen Bismarck ist jedoch Gorjainov nicht glücklich. Als Beweis gegen Bismarcks Behauptung, daß er nichts von der noch zu erwähnenden geheimen Konvention vom 15. Januar 1877 gewußt, beruft sich Gorjainov auf den Brief Alexanders II. an Kaiser Wilhelm vom 21. Oktober/2. November 1876, der sich auf Reichstadt, nicht aber auf die spätere Konvention von 1877 bezieht.

Es ist vielleicht nicht unbillig, in diesem einseitigen, willkürlichen Vorgehen die bewußte Tendenz zu erblicken, Oesterreich-Ungarn in Berlin in ein schiefes Licht zu setzen. Welchen Eindruck mußte es dort erzeugen, daß, während von Rußland die ersten Mitteilungen hierüber einlangten, gerade unsere Monarchie nichts über Reichstadt verlauten ließ. Weder Kaiser Wilhelm noch Bismarck konnten ahnen, daß Alexander II. und Gorčakov es waren, die in Reichstadt tiefstes Stillschweigen vor jeder anderen Macht gefordert hatten. Die ganze Haltung Rußlands in dieser Sache wird noch unverantwortlicher dadurch, daß es, ohne Oesterreich-Ungarns Zustimmung einzuholen, das deutsche Kabinett zum Mitwisser des Reichstadter Geheimnisses gemacht hatte; die nächste Folge konnte nur Mißtrauen gegen die Politik Andrássys sein, dem Gorčakov jeden Rückhalt bei Bismarck auf diese Weise zu nehmen gedachte.[1]) Rußland wollte sich eben nach allen Seiten freie Bewegung schaffen, deshalb trachtete es sich auch Oesterreich-Ungarns wohlwollender Neutralität für den Kriegsfall zu versichern und suchte in Wien den Abschluß des Vertrages zu beschleunigen, der ihm diese verbürgte.

Man könnte nun fragen: War es unbedingt nötig, daß Andrássy auf einen solchen Vergleich einging, der Rußland freie Hand gegenüber der Türkei sicherte? Die Antwort hierauf kann nur bejahend lauten. Er hatte nicht nur dem Krieg Rußlands gegen die Türkei freien Lauf gelassen, sondern nach dessen Beendigung uns bei der Festsetzung der Friedensbedingungen die volle Mitsprache ausbedungen. Hätte Andrássy, nachdem er seine Mitwirkung beim Zerstörungswerk versagte, Miene gemacht, sich dem Unternehmen Rußlands feindlich entgegenzustellen, so würden der Zar und Gorčakov sofort einen Frontwechsel vorgenommen haben. Anstatt gegen die Türkei loszuziehen, hätte sich Rußland vorläufig zurückgezogen, gegen uns mittlerweile gerüstet, um dann unter der Parole: der Weg nach Konstantinopel führe über Wien, mit seiner ganzen Kraft auf uns loszustürzen. Um daher nicht in den Verdacht feindseliger Absichten gegen das Zarenreich zu kommen, entschloß sich Andrássy, im Fall eines russisch-türkischen Krieges Garantien für die Neutralität Oesterreich-Ungarns in Aussicht zu

---

[1]) Sollte Andrássy vielleicht das Prävenire gespielt und den Fürsten Bismarck a limine vertraulich eingeweiht haben? Daraufhin könnte seine Bemerkung gedeutet werden: „Preußen wußte von der Sache und versprach Geheimhaltung."

stellen.[1]) Die damalige europäische Lage gestattete Andrássy keine andere als diese Politik, welche nicht der Entschlossenheit entbehrte. Bei welcher Macht hätte er auf tatkräftige Hilfe bei einem Zweikampf mit Rußland rechnen sollen? Andrássy sagte damals: Bei einem direkten Refüs wäre uns auch die Türkei in einem Kriege mit Rußland nicht beigestanden. Oesterreich-Ungarn unterhielt wohl sehr gute Beziehungen zu Berlin, trotzdem wußte man nicht, welche Last man bereits dem Tragbalken deutscher Freundschaft für die Monarchie aufbürden dürfe und welchen Preis Deutschland von uns für seine Unterstützung gegen Rußland beanspruchen würde. Wenn diese jetzt überhaupt zu erlangen war! Hieß es doch, Bismarck hätte nichts lieber gesehen, als wenn wir, der Aufforderung Gorčakovs folgend, gemeinsame Arbeit mit dem russischen Staatskanzler machen würden. War denn aber schon damals zu erwarten, daß Kaiser Wilhelm seinen kaiserlichen Neffen im Stiche lassen werde? Mußte nicht vielmehr vermutet werden, Bismarck werde, als Dank für die 1870 geleisteten Dienste, nunmehr Rußland die nötige Rückendeckung gegen jede Aktion Oesterreich-Ungarns bieten? „Solange Kaiser Wilhelm lebt" — meinte zu jener Zeit Erzherzog Albrecht — „oder Bismarck am Ruder, ist Preußen für ein aktives Vorgehen gegen Rußland, darüber herrscht wohl kein Zweifel, nicht zu gewinnen." [2]) Diese Haltung Deutschlands würde wieder die passive Rolle Frankreichs verbürgt haben, das ja ohnehin kein eifrigeres Streben als Allianz mit dem Zarenreich kannte und gewiß nichts unterlassen hätte, um in Beweisen der Freundschaft für Alexander mit Berlin zu wetteifern. Von Italien war es in Wien bekannt, daß es mit größter Ungeduld den Moment herbeisehne, in dem es sich in den Besitz des Trentino setzen könnte.[3]) Kein Zweifel, daß es sich gerne zum Schleppträger Rußlands machen werde, wenn ihm dieses bei Verwirklichung seiner Wünsche behilflich sein wollte.

Nur noch eine Macht blieb, auf die man berechtigt gewesen wäre, in der Stunde der Gefahr mit einiger Zuversicht blicken zu

---

[1]) „Denkschrift über die bosnische Okkupation." Ungedruckt.

[2]) „Aphoristische Bemerkungen zur augenblicklichen Lage", November 1876. Gräflich Andrássysches Archiv. Nach einer Mitteilung des Feldzeugmeisters Grafen Beck schrieb er diese „Aphoristischen Bemerkungen" im Auftrage des Erzherzogs unter dessen Mitwirkung und teilweisem Diktat nieder.

[3]) Andrássy an Freiherrn von Seiller, Wien, 9. Oktober 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

dürfen. Diese Macht war England, das sich ja der Türkei zuliebe von dem sogenannten europäischen Konzert getrennt und Politik auf eigene Faust betrieb. Aber der Minister des Aeußern von Oesterreich-Ungarn, der seine Kombinationen auf Englands sichere Mitwirkung gegründet hätte, würde jedenfalls auf Sand gebaut haben. In Großbritannien konnte man wohl das dort gangbare Schlagwort vernehmen: England sei stets der bewährteste und treueste Bundesgenosse Oesterreichs gewesen. Aber was lehrte in Wirklichkeit die Geschichte? Das gerade Gegenteil davon. Sie liefert starke Beweise dafür, daß das jeweilige britische Ministerium immer mehr von Egoismus als von Wohlwollen für uns geleitet wurde. Im Spanischen Erbfolgekriege ließ England, nachdem es seine Absichten erreicht, die Monarchie im Stich und zog Heer und Flotte zurück. Im Siebenjährigen Kriege war es Oesterreichs Feind. In der Zeit von 1805 bis 1809, als Großbritannien vor einer Landung Napoleons I. zitterte, mußte die Monarchie unter den ungünstigsten Verhältnissen losschlagen. Seit 1820 war England der konsequente Gegner der österreichischen Politik in Italien, und gerade als Oesterreichs Finanzmisere von 1816 bis 1820 wieder einen hohen Grad erreichte, wurde es von den englischen Staatsmännern gezwungen, 30 Millionen Gulden für gegen Napoleon I. geleistete Subsidien zurückzuzahlen. Wie England sich bei dem ersten Annäherungsversuch Andrássys im Jahre 1871 ziemlich kühl verhalten,[1]) so bekümmerte sich das britische Kabinett auch jetzt weniger um das künftige Schicksal Oesterreich-Ungarns als um die Rettung Konstantinopels. War für diese Stadt nichts mehr zu befürchten, wiegten sich die Engländer wieder in Sorglosigkeit, und alles andere war ihnen gleichgültig. Hatte sich das englische Ministerium nicht äußerst indifferent in der Frage der Autonomie für Bosnien und der Hercegovina benommen? Es war ja sogar bereit gewesen, dieser eigentlich russischen Idee seine ganze Unterstützung zu leihen, die auch ohne den Einspruch Andrássys zum Verderben der Türkei und zum Schaden Oesterreich-Ungarns durchgeführt worden wäre. Nach der früheren drohenden Haltung führte England plötzlich gegenüber den Russen eine versöhnliche Sprache. Ihrem Verlangen gemäß befürwortete es eifrigst in Konstantinopel den Waffenstillstand, kurz, „sie (die Engländer) schauen“ — wie es in einem diplomatischen Berichte

---

[1]) Siehe das erste Kapitel über die Unterredung Andrássys mit Lytton Bulwer.

heißt — „den Russen den Wunsch von den Augen ab“.[1]) Nach all dem konnte mit Leichtigkeit vorausgesehen werden, daß die Staatsmänner Albions ruhig dem Krieg zuschauen und aus der für Oesterreich-Ungarn so bedenklichen Besetzung Bulgariens keinen Kriegsfall machen werden. Ohne die Sicherheit europäischer Allianzen durfte und konnte es daher Andrássy nicht zu einem Rußland feindlichen Verhältnis kommen lassen. Er stand somit auf der Höhe seiner Aufgabe, als er dem Rufe Rußlands keine Folge leistete, aber gleichzeitig eine wohlwollende Neutralität versprach, wobei er die Garantie dafür schuf, daß bei eventueller Vertreibung der Türken aus Europa an die Stelle des Ottomanischen Reiches keine neuen slawischen Staaten, lauter kleine slawische Piemonts, an der südlichen Grenze der Monarchie treten dürfen.

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 26. September 1876 (ung.).

## Vierzehntes Kapitel

# Bismarck und die orientalische Frage

Wohl war es Andrássy gelungen, den künftigen Anteil der Monarchie an der eventuell in Auflösung geratenden Türkei durch Rußland verbürgen zu lassen. Wie aber, wenn die russische Regierung ihr Wort nicht hielt und es darüber mit uns zu einem Konflikt kam? Für einen solchen immerhin möglichen Fall mußte Andrássy Klarheit über die Stellung besitzen, die das deutsche Kabinett gegenüber einem Zerwürfnisse der beiden Nachbarstaaten einnehmen würde. Die Sendung Manteuffels im September an Kaiser Alexander II. sowie daß sich der preußische General-Feldmarschall unmittelbar nach seiner Ankunft aus Livadia sofort zu Kaiser Wilhelm und von da zum deutschen Kanzler nach Varzin begeben hatte,[1]) mußte in Wien sehr ernste Beachtung finden. Es hieß wohl, Graf Stolberg sei beauftragt, Andrássy die nötigen Aufklärungen über Manteuffels Mission zu erteilen. Es scheint dies jedoch nicht geschehen zu sein. In Berlin selbst suchte der Staatssekretär von Bülow im Verkehr mit dem österreichisch-ungarischen Geschäftsträger Freiherrn von Seiller, gleichwie allen anderen Diplomaten gegenüber, jeder Erörterung aus dem Wege zu gehen.[2])

Anstatt dessen erfuhr der österreichisch-ungarische Militärattaché, wie er behauptete, aus bester Quelle, Manteuffel sei beauftragt gewesen, dem Kaiser Alexander zu erklären, Rußland könne „unter allen Umständen" auf die Unterstützung Deutschlands zählen.[3]) Es liegt aber nahe, daß Kaiser Wilhelm, wenn er sie überhaupt sprach, sich der Worte „unter allen Umständen" bloß aus persönlicher Neigung für seinen kaiserlichen Neffen in Petersburg bediente und sie für Bismarck nur eine der Gelegenheit angepaßte Phrase bleiben werden.[4]) Möglicherweise verstand

---

[1]) Freiherr von Seiller an Andrássy, Berlin, 16. September 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Idem, Berlin, 18. September 1876. Ibidem.

[3]) Ibidem.

[4]) Idem, Berlin, 14. Oktober 1876. Ibidem.

der Kanzler auch darunter, daß dem Besiegten nichts geschehen würde. Die Berichte über dessen Haltung lauteten im ganzen sehr schwankend. Nach Károlyi verweile der Kanzler absichtlich länger als angenommen worden in Varzin, um den in letzter Zeit allzu stark hervorgetretenen Symptomen russenfreundlicher Gesinnungen Kaiser Wilhelms und der militärischen Kreise aus dem Wege zu gehen. Auf diese Weise scheint er getrachtet zu haben, auch weiterhin seine Reserve gegenüber der orientalischen Frage beobachten zu können. Hoffte jedoch der englische Botschafter, es werde noch zu einer Einigung zwischen Deutschland, England und Oesterreich-Ungarn kommen, so dünkte Károlyi eine derartige, mit der Spitze gegen Rußland gerichtete Allianz vollkommen ausgeschlossen. „Ich halte vielmehr daran fest," — schrieb damals der Botschafter an seinen Chef — „daß die Befriedigung der österreichisch-ungarischen wie der russischen Interessen bei der Lösung des vorliegenden Problems die konstante Präokkupation des Reichskanzlers bildet." [1])

Andrássy fühlte es lebhaft, daß er sich über die Denkungsart des deutschen Reichskanzlers volle Gewißheit verschaffen müsse, und daß mehr oder minder entschiedene Andeutungen nicht länger genügten. Konnte doch Rußland, das bisher noch keinen Augenblick aufrichtig vorgegangen war und dem er mißtraute, in jedem Moment einen der Monarchie nachteiligen Schritt vollführen! Er mußte daher wissen, wessen er sich von Deutschland zu versehen habe. Ein solcher Anlaß trat ein, als Alexander II. bei Gelegenheit der Unterhandlung wegen Abschlusses einer Konvention mit neuen Forderungen hervortrat. Diesen Entschluß hatte Graf Andrássy in einer für ihn traurigen Lebensstunde zu fassen. Gerade damals war seine sechsundsiebzigjährige Mutter schwer erkrankt. Bei seinem Besuche auf ihrem in der Nähe von Terebes gelegenen Gute Szöllöske fand er sie wohl gefährlich, aber nicht hoffnungslos krank. Kaum jedoch wieder in Wien eingetroffen, erhielt er die Nachricht von ihrem Tode. Der Schmerz, den ihm der Verlust bereitete, machte ihn ganz unfähig zur Erledigung wichtigerer Staatsgeschäfte.[2]) Der Kaiser, der ihn nach seiner Ankunft nur einen Moment gesehen, ließ ihm durch Baron Orczy sagen, er wolle ihn jetzt in seinem natürlichen Schmerze nicht mit Geschäften plagen und überlasse es ihm, zu kommen, wann er wolle. „Er ist

---

[1]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 28. Oktober 1876. Ibidem.

[2]) Graf Dönhoff, Wien, 10. November 1876.

sehr ergriffen," fügte der Monarch hinzu, „und ich wünsche, daß er sich erhole." [1]) Der um die Gesundheit des Ministers besorgte Monarch trug Orczy wiederholt und eindringlich auf, Andrássy möge sich nur sehr warm für den Aufenthalt in der Kirche kleiden.[2]) Allein auf der Rückfahrt nach Szöllöske war er in Budapest an einer schweren Grippe erkrankt, mußte sich zu Bett legen und konnte daher dem Leichenbegängnis seiner Mutter nicht beiwohnen. Andrássy wußte, daß er sich in seiner verantwortungsvollen Stellung nicht lange wenn auch noch so berechtigten schmerzlichen Empfindungen hingeben dürfe. Das schärfte ihm auch ein ungemein warm gehaltenes Trostschreiben der Kaiserin und Königin Elisabeth ein, das folgende Worte enthielt: „Eine Bitte habe ich: Trauern Sie nicht übermäßig, denken Sie an Ihre Gesundheit, deren jetzt nicht nur unser Land, sondern die ganze Welt so sehr benötigt." [3]) Nachdem er sich einigermaßen erholt hatte, machte er sich sofort an die schwierige Aufgabe, die Lage gegenüber Deutschland zu klären.

In noch etwas leidendem Zustand empfing Andrássy den deutschen Botschafter, den er allsogleich in Kenntnis eines neueingelangten Schreibens des Zaren an Franz Josef I.[4]) setzte. Mit Rücksicht auf die in Aussicht gestellte Neutralität Oesterreich-Ungarns verlangte Alexander: Gestattung des Verkehres russischer Humanitätsanstalten auf den österreichisch-ungarischen Bahnen, die auch den russischen Truppen zur freien Verfügung stehen sollten. Ferner hätte die Monarchie zu erklären, daß sie sich durch den zwischen ihr und den Westmächten bestehenden Garantievertrag vom 15. April 1856 zu keinem bewaffneten Einschreiten zugunsten der Türkei verpflichtet fühle. Außerdem wünschte Alexander die Zusicherung, daß Oesterreich-Ungarn beim kriegerischen Vorgehen Rußlands nicht mehr auf den Art. 8 des Pariser Friedens vom 30. März 1856 werde zurückkommen wollen.

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 12. November 1876.

[2]) Idem ad eandem, 13. November 1876.

[3]) Kaiserin und Königin Elisabeth an Andrássy, Gödöllö, 10. November 1876. Gräfl. Andrássysches Archiv. Hier heißt es noch: „Niemand weiß es besser zu erfassen als ich, was Sie leiden werden. Trost spenden in solchen Augenblicken ist unmöglich, aber daß ein wirklich treues Freundesherz mit Ihnen fühlt, davon können Sie überzeugt sein." (Ung.)

[4]) Der Text dieses Schreibens Alexanders liegt nicht vor — auch nicht in Abschrift. Ich kenne den Inhalt desselben nur aus dem Berichte Stolbergs an Bismarck vom 24. November 1876. Auch Gorjainov weiß nichts von diesem Briefe, wenigstens erwähnt er ihn nicht.

Andrássy war geneigt, wie er Graf Stolberg sagte, im Interesse des Einvernehmens sich auf den Standpunkt zu stellen: der Pariser Friede sei schon so oft durchlöchert worden, daß es unhaltbar sei, sich noch länger für ein Festhalten an demselben auszusprechen. Aber aufs entschiedenste lehnte es der Minister des Aeußern ab, die österreichisch-ungarischen Bahnen von russischen Truppen benutzen zu lassen; ebenso widersetzte er sich dem mündlich von Novikov vorgebrachten Vorschlage, doch wenigstens den Transport von unbewaffneten Mannschaften zu gestatten. Andrássy war im Rechte, die Erfüllung derartiger Forderungen abzuweisen, da sie in direktem Widerspruch zur Natur der Neutralität, selbst einer freundlichen Neutralität, stünden.

Der Brief Kaiser Alexanders bot Andrássy Gelegenheit, vor dem deutschen Botschafter die Schwierigkeit einer Vereinigung der russischen Ansprüche mit den Interessen anderer Mächte darzulegen. Gleichzeitig gab er seinem Wunsche lebhaften Ausdruck, Deutschland möge bestimmte Stellung gegenüber der brennenden Frage nehmen. Nur das Deutsche Reich allein — schloß der Minister seine Unterredung mit Graf Stolberg — könnte infolge seines Verhältnisses zu den beteiligten Staaten eine die verschiedenen Bestrebungen befriedigende Lösung herbeiführen.[1])

Das war ein zu starker Appell an Bismarck, um sich noch länger hinter der bisher beobachteten Zurückhaltung zu verschanzen. Rußland gegenüber hatte sie übrigens schon einen starken Stoß erlitten, als der Kanzler auf die im Herbst 1876 an ihn im Auftrage Alexanders durch den deutschen Militärbevollmächtigten General von Werder gerichtete Anfrage: ob Deutschland im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn neutral bliebe, eine Antwort geben mußte. Zuerst versuchte Bismarck der Erledigung der sogenannten „Doktorfrage" auszuweichen. Da jedoch der Zar auf eine entschiedene Aeußerung drang, beauftragte er den nach Rußland rückkehrenden Botschafter General Schweinitz, sich nach Livadia zu begeben. Dort sollte er dem Kaiser Alexander folgenden Bescheid erteilen: Deutschlands erstes Bedürfnis sei es, die Freundschaft zwischen den großen Monarchien zu erhalten, welche der Revolution gegenüber mehr zu verlieren, als im Kampfe untereinander zu gewinnen hätten. Wenn dies jedoch zu des Kanzlers großem Schmerze zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn nicht möglich wäre,

---

[1]) Graf Stolberg an Bismarck, Wien, 24. November 1876.

dann könnte Deutschland zwar ertragen, daß seine Freunde gegeneinander Schlachten verlören oder gewönnen, aber nicht, daß einer von beiden so schwer verwundet und geschädigt werde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde.[1])

Wie Bismarck damals gegenüber Graf Károlyi äußerte, hätte er diesen von ihm „rundweg abgewiesenen Sondierungsversuch" nicht als ernsten Schritt, sondern vielmehr als „gemeines Intrigenspiel" Gorčakovs angesehen, der nur darauf ausgehe, zwischen den beiden Regierungen von Deutschland und Oesterreich-Ungarn Mißtrauen zu säen. In Berlin ließe er durchblicken, als bestünden geheime Verträge zwischen seinem Herrn und Kaiser Franz Josef I., während er sich in Wien bemühe, Deutschland in den Augen Oesterreich-Ungarns zu verdächtigen. Gorčakov — so erzählte Bismarck dem Grafen Károlyi — scheue kein Mittel, um Zwietracht zu erregen. So habe ihm der russische Kanzler in einem nach Varzin gerichteten Privatbrief den Wunsch ausgedrückt, daß sich Deutschland jetzt offen für Rußland erkläre. Obgleich nun Fürst Bismarck das Schreiben nur mit Phrasen beantwortete, ohne auch nur die Politik zu streifen, ließ der russische Kanzler trotzdem in London das Gerücht verbreiten, er habe aus Berlin einen für Rußland sehr befriedigenden politischen Bericht erhalten — und dies einzig in der Absicht, das englische und deutsche Kabinett zu verfeinden.[2]) In dieser nicht sehr freundlichen Stimmung für Gorčakov, nachdem er ihm in „zweifelsfreier Deutlichkeit" [3]) seine Auffassung zu erkennen gegeben, empfing Bismarck den Bericht Stolbergs über dessen Unterredung mit Graf Andrássy.

Obwohl Bismarck, wie es dem großen Staatsmanne geziemte, den Gang der Ereignisse stets mit der nötigen Aufmerksamkeit verfolgte, faßte er doch ungern lange vorher bestimmte Entschlüsse.[4]) Feind jedes Doktrinarismus, machte er seine Entscheidungen von der jeweiligen Entwicklung der Begebenheiten abhängig. Jetzt aber, wo er merkte, daß sich die Lage immer mehr zuspitze und er den österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern nicht weiter über seine eigentlichen Absichten im Dunkeln lassen dürfe, zögerte

---

[1]) Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen", Bd. II, S. 211—214.

[2]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 28. November 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen", Bd. II, S. 214.

[4]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 18. November 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

er nicht, diesem gegenüber eine offene, rückhaltlose Sprache zu führen. Dies tat er zu einer Zeit, als Lord Beaconsfield auf dem Lordmayorbankett vom 9. November bereits drohende Worte an die Adresse Rußlands gerichtet und diese ihr Echo in der kriegerischen Ansprache Alexanders II. vom 10. November an die Vertreter des Moskauer Adels gefunden hatten. Es war gerade keine allzufreundliche Begrüßung der mittlerweile von den Mächten angenommenen europäischen Konferenz in Konstantinopel, von der, entgegen dem ursprünglichen Verlangen des Petersburger Kabinetts, auch die Türkei nicht ausgeschlossen sein sollte.

Am 27. November ließ Bismarck, unmittelbar nach Empfang des Berichtes Stolbergs, den Grafen Károlyi für den nächsten Tag zu sich bitten. Der Begegnung kam eine um so größere Bedeutung zu, als ihr eine Unterredung mit Salisbury, nach Beaconsfield dem zweithervorragendsten Mitglied des englischen Kabinetts, vorausgegangen war. Salisbury hatte auf dem Wege nach Konstantinopel, wohin er sich als zweiter Vertreter der englischen Regierung bei der Botschafterkonferenz begab, in Berlin haltgemacht, um mit Bismarck über die politischen Verhältnisse des Augenblicks Rücksprache zu pflegen.

Im Leben Bismarcks war das ein großer Moment. In seiner Hand lag jetzt, man kann es wohl behaupten, das Schicksal der Welt. Nicht nur Rußland und Oesterreich-Ungarn suchten ihn je für sich zu gewinnen; auch England drängte durch den Mund Salisburys auf ihn ein, gegen Alexander eine verschärfte Stellung einzunehmen und einen Druck auf dessen Entschließungen auszuüben.[1]) Trat Bismarck entschieden auf die Seite der österreichisch-ungarischen Monarchie, so machte er sich Rußland für immer zum Todfeind. Das lag jedoch nicht in seinem politischen System. Das eigentliche Ziel der deutschen Politik sei — hatte er Salisbury auseinandergesetzt —, die gegenwärtige Krisis zu überstehen, ohne mit unseren Freunden in ein weniger gutes Verhältnis zu geraten als bisher. In erster Linie war es daher Bismarck um die Erhaltung des Friedens zu tun, weshalb er auch dringend wünschte, daß es auf der Botschafterkonferenz in Konstantinopel zu einer Verständigung käme. Sollte eine solche nicht erzielt werden und es zu einem Konflikte zwischen Rußland und der Türkei kommen, so müßte vor allem getrachtet werden,

---

[1]) Károlyi an Andrássy, 28. November 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

den Krieg zu lokalisieren. Bismarck sprach es gegenüber Salisbury als seine feste Ueberzeugung aus, daß ein Scheitern der Konferenz noch zu keinem Zusammenstoß zwischen den europäischen Großmächten führen müsse. Er appellierte an die Einsicht Salisburys, daß England das Seinige dazu beitragen müsse, Europa vor dem Unglück der weiteren Ausdehnung des Krieges zu bewahren. Großbritannien, meinte er, habe keinen Grund, zu den Waffen zu greifen, wenn russische Truppen die Donau überschreiten und in die Türkei einrücken sollten. Da sei noch immer Zeit, auf einen anderen Ausweg Bedacht zu nehmen. Seiner Ansicht nach könnten in diesem Fall die interessierten Mächte gleichfalls „pfandweise" türkische Gebietsteile besetzen und dann mit um so größerer Aussicht auf Erfolg Verhandlungen untereinander einleiten. Sollte der deutsche Kanzler vielleicht nur in diesem Sinne gesprochen haben, weil er innerlich den Krieg wünschte, in den sich Rußland stürzen würde, damit dieses dann, falls es schief ginge, von der Gnade Deutschlands abhänge?

Salisbury, der die Ausführungen Bismarcks mit großer Aufmerksamkeit anhörte, ließ dessen Darlegungen ohne jede Bemerkung von seiner Seite. Dagegen konnte er seine Besorgnis um das Schicksal Konstantinopels nicht unterdrücken. Wenn die Russen — sagte er — den Balkan überschritten haben, werden sie auch nach der türkischen Hauptstadt kommen. Einmal da eingenistet, dürften sie von dort auch nicht mehr herauszubringen sein. Bismarck berief sich demgegenüber auf das Wort Alexanders, daß er gar nicht daran denke, Konstantinopel zu besetzen; zu diesem kaiserlichen Wort aber müsse man unbedingt Vertrauen haben. Der deutsche Kanzler wies im Gespräch auch noch darauf hin, wie vielleicht gerade der Ernst der russischen Rüstungen schon genügen werde, um die Türken zur Annahme des Programmes der Großmächte zu veranlassen; noch tieferen Eindruck dürfte das Einrücken der Russen in türkisches Gebiet bewirken. Er führte all diese Umstände ins Gefecht, um den Spielraum für eine Verständigung zu zeigen und England von übereilten, den Frieden gefährdenden Schritten zurückzuhalten. Zur Unterstützung seiner Absicht deutete er an, daß möglicherweise die russische Armee bei ihrem Vorrücken einem größeren Widerstand begegnen könnte, als sie jetzt erwarte; da täte England gewiß besser, anstatt sich Rußland feindlich entgegenzustellen, diesem mit versöhnlichen Vorschlägen entgegenzukommen, um eine Ausgleichung der Gegensätze herbeizuführen. In keinem Falle, betonte Bismarck

sehr entschieden am Schlusse der Unterredung, werde er die Hand zu einer Politik bieten, die eine Ausbreitung des russisch-türkischen Krieges in Europa zu erleichtern vermöchte.[1])

Von Fürst Bismarck wurde Graf Stolberg ermächtigt, sein Gespräch mit Lord Salisbury zur Kenntnis Andrássys zu bringen. Er legte besonderes Gewicht darauf, seine dem englischen Staatsmann mitgeteilten Ansichten von dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern gewürdigt zu sehen. Stolberg hatte noch überdies den Auftrag, Andrássy zu sagen, daß er, Bismarck, es nicht für ersprießlich halte, schon jetzt Rußland gegenüber bezüglich des möglichen Zerwürfnisses mit Oesterreich-Ungarn eine bestimmtere Sprache zu gebrauchen. Es könnte ja sein, daß sie Eindruck machen würde, aber damit wäre die Angelegenheit noch nicht erledigt. Stellte sich Deutschland ins Vordertreffen, so müßte es die freundschaftliche Fühlung mit Rußland einbüßen, deren Erhaltung für alle Teile nötig ist. Das eine aber könne er versichern, daß die deutsche Regierung bisher dem russischen Kabinette keine bindenden Versprechungen gegeben habe und auch nicht geben werde. Noch könne er, fuhr Bismarck fort, zu seiner Genugtuung und Beruhigung den Punkt nicht sehen, an dem die Wege von Rußland und Oesterreich-Ungarn auseinanderzugehen drohen; sollte er jedoch einen solchen wahrnehmen, würde er sich gewiß bemühen, ihn außer Sicht zu bringen. Wie immer es auch sei, nie vermöchte er sich zu entschließen, für Deutschland jene präpotente Stellung in Europa in Anspruch zu nehmen wie seinerzeit Kaiser Nikolaus I., die diesen Zaren dahin führte, sich schließlich mit beiden Nachbarn mehr oder minder zu verfeinden. Deutschland will mit Rußland und Oesterreich-Ungarn auf gutem Fuße bleiben und dadurch den Frieden sichern. Fürst Bismarck nahm keinen Augenblick Anstand, klipp und klar zu erklären, wie ihn die ganze europäische Lage im Interesse des Deutschen Reiches zu einer solchen Haltung bestimme. Würde er jetzt — führte er aus — einseitig gegen Rußland vorgehen, so hätte das nicht nur die Störung des friedlichen Verhältnisses zwischen dem Zarenreiche und Deutschland zur Folge. Aller Wahrscheinlichkeit nach könnte es Rußland veranlassen, sich mit England zu verständigen, für einige Zeit seine orientalischen Pläne beiseite zu setzen, um vorerst gegen die nächsten Nachbarn eine Koalition mit Frankreich und Italien einzugehen. Auch das, versicherte Bismarck voll Selbstbewußtsein,

---

[1]) Bismarck an Stolberg, Berlin, 30. November 1876.

müßte, wenn nötig, überstanden werden. Schwerlich aber würde sich jemand die Verantwortung aufhalsen wollen, einen solchen Zustand eigens heraufzubeschwören.[1])

Bismarck schien es nicht genügend, bloß durch seinen Vertreter in Wien Beruhigung über die Politik des Deutschen Reiches gegenüber Oesterreich-Ungarn zu gewähren. In der für den 28. November anberaumten Unterredung mit Graf Károlyi wollte er auch durch dessen Vermittlung Andrássy volle Klarheit über die Ziele der deutschen Politik zuteil werden lassen. Auch dem österreichisch-ungarischen Botschafter gab er die Versicherung, daß für Oesterreich-Ungarn absolut kein Grund zu Besorgnissen über die Haltung Deutschlands vorliege. Dazu fehle es schon deshalb an jedem Anlasse, als Rußland gar keine feindlichen Tendenzen gegen die Monarchie verfolge. Die Berichte über bedeutende russische Truppenkonzentrierungen an der galizischen Grenze bezeichnete er als „Münchener Bierhausgerüchte“, die wie in Berlin so auch in Wien aus bayerischen Quellen stammen. Allerdings unterließ Bismarck nicht, seine Rede beschränkend, sofort zu bemerken: Sollten derartige, die Sicherheit Oesterreich-Ungarns gefährdende Bewegungen an der polnischen Grenze zutage treten, dann würde sich daraus freilich eine neue Situation ergeben, in deren Erörterung er gar nicht eingehen wolle, da er sie für vollkommen ausgeschlossen halte. Ist es denn denkbar, fragte er den Botschafter, daß Rußland, dem ohnehin ein harter Kampf mit der Türkei bevorsteht, gleichzeitig England und Oesterreich-Ungarn angreifen sollte? Von diesem Standpunkt ausgehend, sagte er Graf Károlyi, könnte er unmöglich, wie es Graf Andrássy zu wünschen scheine, die Rolle des „Schiedsrichters“ zwischen den beiden Kaiserhöfen auf sich nehmen.

Aus der ganzen Unterredung mit Fürst Bismarck schöpfte Graf Károlyi die Ueberzeugung, der Kanzler werde vorläufig zu nicht mehr zu bewegen sein, als was er Baron Münch in Varzin gesagt[2]) und zum Teil auch ihm selbst, dem Botschafter, wiederholt habe. Es war Graf Károlyi klar, daß Bismarck keinen Angriff Rußlands auf Oesterreich-Ungarn dulden werde, durch eine prononcierte Haltung aber auch diese Macht nicht in die Arme Frankreichs treiben wolle. Ganz besonders fiel dem Botschafter

---

[1]) Bismarck an Stolberg, Berlin, 30. November 1876.

[2]) Der Bericht Baron Münchs über dieses Gespräch mit Bismarck lag mir nicht vor.

das Machtgefühl auf, das Bismarck zur Schau trug, als er davon sprach, Deutschland brauche sich auch vor einem vereinten Angriff Rußlands und Frankreichs nicht zu fürchten. Der deutsche Kanzler bezifferte die deutsche Wehrmacht auf 2 Millionen Krieger; nach jeder Seite hin könnte eine aktive Armee von 500000 Mann aufgestellt werden, wo dann noch als Reserve im Zentrum eine gleiche Anzahl von Truppen übrigbliebe.[1])

Bismarck wollte es jedoch nicht allein bei diesen von Kabinett zu Kabinett gewechselten Erklärungen bewenden lassen. Nachdem er es nicht für angemessen gehalten, in diplomatischer Form die eventuelle Gefahr eines Krieges zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn zu beschwören, ergriff er die erste passende Gelegenheit, um wenigstens in anderer Weise dem Verlangen Andrássys zu entsprechen. Eine ernste, nachdrückliche Warnung sollte aus seinem Munde an die Adresse Rußlands ergehen. Hierzu wählte er den breiten Weg der Oeffentlichkeit.[2]) Dies schien ihm auch schon deshalb nötig, weil sich Salisbury ihm gegenüber in sehr geringschätziger Weise über die Widerstandskraft Oesterreich-Ungarns ausgesprochen hatte und er das Bedürfnis empfand, gerade der von England aus verbreiteten irrigen Auffassung von der Schwäche der Monarchie und der geringen Beständigkeit ihrer politischen Zustände im Innern ein weithin vernehmbares, entschiedenes Dementi entgegenzusetzen.[3]) Bei einem parlamentarischen Diner am 1. Dezember, zu dem er absichtlich Mitglieder aller Parteischattierungen des Deutschen Reichstages geladen hatte,[4]) gab Bismarck seine Erklärungen über die auswärtige Politik ab. In der eine halbe Stunde dauernden Rede sagte er: Deutschland sei so mächtig, daß es die Ereignisse ruhig an sich herankommen lassen könne; da dessen Allianz von allen Seiten gesucht werde, komme es ihm vor, als wäre es die Bleigarnitur an dem Stehaufmännchen von Europa. Das Deutsche Reich habe keine Wünsche im Orient und sei so recht in der Lage, seine Uneigennützigkeit zu dokumentieren. Wenn man ihn fragte, was Deutschland jetzt anstrebe, müßte er die Antwort geben, die er seiner Frau auf die

---

[1]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 28. November 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Idem ad eundem, Berlin, 4. Dezember 1876. Ibidem.

[3]) Bülow an Stolberg, Berlin, 8. Dezember 1876.

[4]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 4. Dezember 1876. Ibidem.

Frage geben würde, was sie ihm zu Weihnachten schenken solle: „Es fiele ihm nichts ein.“ Hierauf erwähnte der Kanzler der Botschafterkonferenz in Konstantinopel, von der er sich wenig Erfolg verspreche, und bezeichnete als erstes Stadium der orientalischen Frage den Ausbruch des russisch-türkischen Krieges, worüber er schon früher, mit Rücksicht auf die russischen Rüstungen, die Aeußerung getan hatte: Rußland käme ihm wie ein Mann vor, der sich ein Kotelett bestellte, zu dem ihm, bis es aufgetragen worden, der Appetit verging, es aber nunmehr, da es doch bezahlt werden muß, in Gottes Namen aufißt.

Als zweites Stadium stellte Bismarck das Eingreifen Englands hin, was aber noch immer nicht den Krieg mit dieser Macht nach sich ziehen müsse. Er könne sich leicht vorstellen, daß England vorerst nur zur Sicherung seiner Interessen gewisse Gebietsteile der Türkei — was von den Anwesenden als auf Aegypten gemünzt, aufgefaßt wurde — militärisch besetze. Auch wenn dies geschähe, habe Deutschland noch immer keine Veranlassung, aus seiner Reserve herauszutreten, und er, Bismarck, wundere sich nur, wie die öffentliche Meinung jenen Passus der kaiserlichen Thronrede, wo von den „Deutschland geschichtlich näherstehenden Mächten“ gesprochen wird, falsch auslegte und nicht auch auf England bezog.

Als drittes und für das Deutsche Reich entscheidende Stadium in der Entwicklung der orientalischen Frage erschien Bismarck der Moment, in welchem auch Oesterreich-Ungarn genötigt sein sollte, in Aktion zu treten. Bei den bestehenden guten Beziehungen der drei Kaisermächte zueinander sei das wohl nicht zu erwarten. Immerhin aber müßte diese Eventualität doch auch ins Auge gefaßt werden. Wenn jedoch die Integrität Oesterreich-Ungarns gefährdet würde, ergebe sich für Deutschland die Zwangslage, für die Monarchie einzutreten, deren lebensgefährliche Verwundung es nicht dulden könnte.[1] Die Integrität und der Bestand Oesterreich-Ungarns, sagte Bismarck, sei eine Notwendigkeit nicht bloß vom Gesichtspunkte des europäischen Gleichgewichtes aus, sondern sie entspreche auch den Sympathien und historischen Traditionen der deutschen Nation. Ungarn allein könne der historischen notwendigen Stellung, welche die Monarchie in der europäischen Staatenfamilie einnimmt, nicht genügen.

---

[1] In der Weisung an Stolberg, Berlin, 12. Dezember 1876, heißt es ausdrücklich: lebensgefährliche Verwundung.

Bismarck wünschte aber nicht nur eine Warnung an Rußland zu richten. Er wollte auch vor allem mit Rücksicht auf die damals obschwebende Ausgleichskrise zwischen Oesterreich und Ungarn recht anschaulich die ganze Kraft der dynastischen Gefühle der verschiedenen Völker und Stämme der Monarchie dartun, als des stärksten Kittes gegen alle von außen kommende Stürme. Als ihm bei dieser Gelegenheit ein anwesendes Mitglied des Reichstages die Frage einwarf: „Auch Ungarn?“ entgegnete er rasch, daß gerade in Ungarn dieses Gefühl am mächtigsten sei, und daß bei der feurigen, eindrucks- und gefühlvollen Eigenart des ungarischen Volkes ein ritterlicher König als Husar zu Pferde im Augenblick der Gefahr sicher ein neues „Moriamur pro rege nostro“ auslösen würde.[1]) Bismarck war fest davon überzeugt, und lieh dem auch vor seinen Gästen Ausdruck, daß wenn Franz Josef I. sich direkt an die einzelnen Völker wenden würde, in Ungarn in der Husarenuniform, in Tirol Gemsen jagend, in Prag tschechisch redend, in Wien mit dem Appell an den alten österreichischen Patriotismus, jeder Teil der Monarchie fest zu ihm stünde und ihm die Mittel zur Verfügung stellte, die jedem Angriff gewachsen wären.[2]) Wie Bismarck es allen mit seinen Worten in Erinnerung brachte, welch große Macht dem Träger der Kronen von Oesterreich und Ungarn innewohne, hatte er zugleich nicht ohne tiefere Absicht das persönliche Verhältnis Franz Josefs I. zu seinen Völkern betonen wollen, das durch keine Regierung beeinträchtigt werden könnte. Damit sollte dargetan werden, daß Franz Josef I. im Moment der Gefahr, wo er sich genötigt sehen müßte, über den Widerspruch seiner Ratgeber hinweg, an seine Untertanen zu appellieren, bei diesen auch die Unterstützung fände, das durchzuführen, was er im Interesse der Monarchie für wünschenswert und nützlich erachte.[3])

Zum erstenmal wieder seit Jahren hatte der Reichskanzler vor einer großen Anzahl nicht berufsmäßig an der Politik beteiligter Personen in einer auf alle Anwesenden den tiefsten Eindruck machenden Tischrede seine Ansichten über einen Komplex großer

---

[1]) Károlyi an Andrássy, 12. Dezember 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Bismarck teilte dies selbst Károlyi als die richtige Version seiner Tischrede mit.

[2]) Bülow an Stolberg, Berlin, 8. Dezember 1876. Hier wird der richtige Text dieses Teiles des Tischgespräches wiedergegeben.

[3]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 9. Dezember 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

wichtiger Fragen der Tagespolitik eingehend erörtert. Diese Auslassungen gewannen an Wert dadurch, daß Bismarck auf Befragen selbst den Wunsch zu erkennen gegeben, sie mögen weiter verbreitet werden. Er sagte wohl, daß er schon in den nächsten Tagen im Reichstage über seine auswärtige Politik zu sprechen gedenke, allein dort könne er aus Rücksicht auf die fremden Mächte dies nicht in der unumwundenen Weise tun als in seinem Hause beim weißen Tische.[1])

Allein seine Aeußerungen kamen in einigen Zeitungen, besonders in den der ultramontanen Richtung angehörigen polnischen Zeitungen in einer Fassung vor die Oeffentlichkeit,[2]) die absichtlich die Tendenz verfolgten, die Worte Bismarcks zur Verfeindung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zu mißbrauchen. In diesen Blättern war zu lesen, des Kanzlers Tischrede habe in Wien in den höchsten Kreisen Verstimmung und Mißtrauen erregt und es sei für die Monarchie geradezu beschämend und demütigend, sich in dieser Art, wie es Bismarck getan, von ihm in Schutz genommen zu sehen.[3]) Das entsprach absolut nicht der Wahrheit. Der Kaiser und Andrássy waren vielmehr vom ersten Augenblick an, als ihnen die Bemerkungen Bismarcks bekannt wurden, über dieselben hocherfreut. Ja, Andrássy äußerte seine Empörung über die mißgünstige Beurteilung der Rede des deutschen Kanzlers.[4]) Seine Entrüstung sollte sich noch mehr steigern, als ihm vom Berliner Auswärtigen Amte die vertrauliche Eröffnung gemacht wurde, daß es ein höherer Beamter seines eigenen Ministeriums, der Ministerialrat Ludwig Ritter von Przibram,[5]) sei, der als ständiger Korrespondent Berliner telegraphischer Bureaus diese mit den falschen Nachrichten von der angeblichen „Verstimmung" und dem „peinlichen Eindrucke in Hofkreisen" versorge.[6]) Andrássy vermochte sich das Verhalten des ihm untergebenen Beamten gar nicht zu erklären. War dieser doch kurz vorher in Berücksichtigung seiner ihm gerühmten Leistungen auf Andrássys Vorschlag

---

[1]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 4. Dezember 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Bismarck an Stolberg, Berlin, 12. Dezember 1876.

[3]) Die „Neue Freie Presse" vom 5. Dezember 1876 äußerte ihre Verwunderung über diese Auffassung der Zeitungen.

[4]) Stolberg an Bismarck, Budapest, 8. Dezember 1876.

[5]) Es ist derselbe, der 1910 „Erinnerungen eines alten Oesterreichers" veröffentlichte.

[6]) Bülow an Stolberg, Berlin, 8. Dezember 1876.

zum Ministerialrat ernannt worden. Der Minister ordnete sofort eine Untersuchung an, die die Richtigkeit der Angaben Bismarcks auch bestätigte. Sie ergab, wie Andrássy den Grafen Károlyi benachrichtigte, daß ein höherer Beamter des Ministeriums — Przibram — „sich in schwerverzeihlichem Leichtsinn" in der Tat „einer groben Taktlosigkeit" schuldig gemacht habe.[1]) Przibram wurde infolgedessen nach Konstantinopel versetzt.[2]) Die tendenziöse Auslegung seiner Worte veranlaßte jedoch Bismarck, die wahre Lesart derselben in Wien bekanntzugeben. Dazu bewog ihn vor allem der Umstand, daß, seiner Meinung nach, kein Blatt seine Aeußerungen richtig veröffentlicht und er auch nichts gesagt habe, was den in den Wiener Zeitungen „widergespiegelten" ungünstigen Eindruck zu rechtfertigen vermöchte.[3]) Graf Károlyi gegenüber bemerkte Bismarck, daß er oft besser täte, seine Liebe für Oesterreich-Ungarn in sein Inneres zu verschließen, da sie ihm von mancher Seite so schlecht gedeutet und gelohnt werde.[4]) Graf Stolberg hatte in Wien zu erklären, Bismarck habe nur von der politischen Bedeutung der Monarchie und dem Gewicht gesprochen, das er deren guten Beziehungen zum Deutschen Reiche beimesse.[5]) Aufs entschiedenste bestritt er, daß er sich des Ausdruckes „Honvéduniform" des Königs von Ungarn bediente, wie es ihm überhaupt nicht eingefallen wäre, „Honvédpolitik oder ähnlichen Unsinn zu treiben".[6])

Schon einige Zeit vorher hatte der deutsche Kanzler den Grafen Andrássy ersucht, Verdächtigungen kein Gehör zu schenken, die kein anderes Ziel verfolgen, als sein Vertrauen zu Deutschland zu erschüttern. Er hoffe zuversichtlich, sagte der

---

[1]) Andrássy an Károlyi, 25. Dezember 1876. Noch heute ist es nicht aufgeklärt, was eigentlich Przibram bewog, sich in den Dienst der Gegner seines Chefs zu stellen. In dem jüngst erschienenen II. Bande seiner „Erinnerungen eines alten Oesterreichers", 2. Kapitel: „Persönliches" sucht Przibram die ganze Angelegenheit als ziemlich harmlos und sich selbst als schuldlos hinzustellen. Das im Text angeführte Ergebnis der Untersuchung zeugt für das Gegenteil.

[2]) Przibram a. a. O. Bd. II, S. 25.

[3]) Stolberg an Andrássy, Budapest, 7. Dezember 1876. Gräflich Andrássysches Archiv.

[4]) Graf Károlyi an Andrássy, Berlin, 12. Dezember 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[5]) Graf Stolberg an Andrássy, Budapest, 7. Dezember 1876. Gräflich Andrássysches Archiv.

[6]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 12. Dezember 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

Kanzler, daß es den Hetzereien von so durchsichtiger Tendenz nicht gelingen werde, auf Andrássy auch nur einen vorübergehenden Eindruck zu machen. Auch an ihn, teilte Bismarck mit, treten mit dem gleichen Spiele und dem gleichen Zwecke die Versucher heran, um dem deutschen Kabinett Mißtrauen gegen die jetzige Politik Oesterreich-Ungarns einzuflößen.

Aber auch von Osten und Westen, aus Rußland und England, drangen Stimmen nach Berlin, die die ausgesprochene Absicht bekundeten, einen Mißton in das freundschaftliche Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland zu bringen. Bismarck schien nicht zu zweifeln, daß wenigstens in London die üble Einwirkung des Grafen Beust auf die Stimmung der englischen Staatsmänner gegenüber den beiden befreundeten Staaten deutlich zu erkennen sei.[1])

Wiederholt hatte man sowohl in Wien wie in Berlin die Wahrnehmung machen müssen, daß Beust noch immer voll Groll und Verbitterung im Herzen über seine Verabschiedung aus dem Ministerpalais auf dem Wiener Ballplatz, seinen Botschafterposten in London dazu benütze, um gegen die von Bismarck und Andrássy gepflegte Freundschaft zwischen der Monarchie und Deutschland zu schüren und zu hetzen. So sehr mutete man Beust in Berlin die bösesten Anschläge gegen das neue Deutsche Reich zu, daß es dort im höchsten Grade peinlich empfunden wurde, als Beust Versuche machte, von London in der gleichen Eigenschaft eines Botschafters nach Paris versetzt zu werden. Kaiser Wilhelm selbst wünschte, daß Bismarck Andrássy zu erkennen gebe, wie wenig es erwünscht sein könnte, Deutschlands persönlichen Erzfeind zu dessen nationalem Erzfeind hingesendet zu sehen.[2]) Beust, der sich in London keine angenehme Position hatte schaffen können, setzte Himmel und Erde in Bewegung, um den durch den bevorstehenden Rücktritt Graf Apponyis freiwerdenden Pariser Botschafterposten zu erhalten. Er hielt es nicht für unangemessen, sich durch Thiers bei Gorčakov, und durch den deutschen Botschafter in London, Grafen Münster, bei Bismarck aufs wärmste empfehlen zu lassen. Auf diese Weise hoffte er deren etwaigen Widerspruch gegen seine Versetzung nach Paris zu entwaffnen. Beust ging sogar so weit, daß er gegen den Grafen Wimpffen, seinen Rivalen für die Botschafterstelle in Paris, ein wahres Feuer von Verdächtigungen

---

[1]) Bismarck an Stolberg, Berlin, 30. November 1876.

[2]) Kaiser Wilhelm (an Bülow), 15. April 1876.

in den französischen Regierungskreisen eröffnen ließ. Gleichzeitig trachtete er durch seine Freundin, Baronin Löwenthal, geborene von Wilczynska, Gemahlin des ehemaligen Pariser österreichisch-ungarischen Militärattachés, für sich den Boden ebnen zu lassen. Baronin Löwenthal, die Schwiegermutter des Herzogs von Decazes, des damaligen französischen Ministers des Aeußern, nahm es auf sich, diesen Staatsmann für ihren Freund zu gewinnen. Ihr scheint auch die Aufgabe zugefallen zu sein, in einem Atem Wimpffen aus dem Felde zu schlagen. Man sagte dem Präsidenten der französischen Republik, Marschall Mac Mahon, daß die Gemahlin Wimpffens eine Preußin, eine Schwester des Fürsten Manderup Alexander Lynar sei, der während des Deutsch-Französischen Krieges preußischer Botschaftssekretär in Paris gewesen. Alle diese Intrigen blieben erfolglos. Es stellte sich heraus, daß die Gräfin Wimpffen nichts weniger als preußisch gesinnt sei, womit das schwerste Bedenken gegen ihren Mann wegfiel und nichts mehr seiner Ernennung nach Paris im Wege stand. Beust war hierüber in höchster Verzweiflung, denn überall hatte er bereits seine sichere Uebersiedlung nach der französischen Hauptstadt verbreitet, und nun mußte er zu seinem tiefen Leidwesen wieder sein endgültiges Verbleiben in London verkünden. Nachdem er kein Hehl daraus gemacht, daß er sich in England unglücklich fühle, begegnete er jetzt nur Zeichen der Schadenfreude über seine Niederlage. Anstatt jedoch in seiner eigenen Person die Schuld des Mißgeschickes zu suchen, überhäufte er in einem sehr unzart gehaltenen Briefe Andrássy mit Vorwürfen. Doch wie hätte der Minister gerade jetzt, wo Bismarck ihn auf die Wühlereien Beusts aufmerksam gemacht, diesen stets unruhigen Botschafter nach Paris versetzen sollen, wo man seine schädliche Tätigkeit noch mehr als in London fürchtete? Es ist interessant, daß nicht nur Kaiser Wilhelm, sondern auch der Zar Alexander II. unverhüllt Freude äußerte, als er hörte, Beusts Wunsch sei nicht in Erfüllung gegangen.[1]) Mit Recht würde es sowohl den Deutschen Kaiser als auch dessen ersten Ratgeber sehr peinlich berührt haben, wenn Andrássy gerade jetzt, gleichsam als Antwort auf die Tischrede vom 1. Dezember, den „persönlichen Erzfeind" des Deutschen Reiches nach Paris als Botschafter beordert hätte. Bismarck würde

---

[1]) Siehe über diese ganze Affaire Näheres in meinem Artikel: „Graf Andrássy und Graf Beust 1871—1878. Nach ungedruckten Aufzeichnungen," veröffentlicht in der „Neuen Freien Presse" vom 23. und 24. Dezember 1910.

sich in diesem Falle wohl gehütet haben, in der Reichstagsrede vom 5. Dezember 1876 neuerdings, als förmliche Ergänzung des letzten intimen Tischgespräches,[1]) in kräftiger Weise für Oesterreich-Ungarn einzutreten.

Nach dem ersten Eindruck seiner Ausführungen im Reichstage wäre man allerdings leicht versucht gewesen, in Bismarck den „Advokaten Rußlands“ zu sehen.[2]) In Wirklichkeit war dies nur aus Opposition gegen den Abgeordneten Richter geschehen, der ihn mit seiner eine unverkennbare Spitze gegen Rußland und die deutsche Politik verratenden Interpellation über russische Zollpolitik zum Widerspruch reizte und ihn gegen seine innere Ueberzeugung eine ausgesprochen freundliche Haltung für das Zarenreich einnehmen ließ.[3]) Mochte aber auch Bismarck noch so sehr in der Rede vom 5. Dezember sich bemühen, die russische Regierung vom Vorwurf der Eroberungssucht zu entlasten, so konnte das bei näherer Prüfung doch niemand täuschen, wie er in Wahrheit darüber denke. Nach der vorausgegangenen Tischrede vom 1. Dezember war es klar, auf wen sich die Worte der Reichstagsrede bezogen: Sein Bestreben, gute Beziehungen zu Rußland, Oesterreich-Ungarn und England zu erhalten, könnte nur dadurch gestört werden, „wenn irgendeiner unserer Freunde von uns verlangte, unsere stärkere Freundschaft zu ihm dadurch zu betätigen, daß wir den andern Freund, der uns ebenfalls nichts getan hat, der im Gegenteil unser Freund bleiben will, feindlich zu behandeln, und unsere stärkere Liebe zu dem einen zu beweisen durch Haß gegen den andern.“[4])

Graf Károlyi hatte recht zu sagen, Oesterreich-Ungarn habe alle Ursache, die Reichstagsrede vom 5. Dezember mit Befriedigung aufzunehmen.[5]) In dieser Hinsicht war Graf Andrássy einer Meinung mit dem Berliner Botschafter. Der Minister drückte denn auch dem Grafen Károlyi in einem Briefe, der zur Mitteilung an Bismarck bestimmt war, seine volle Uebereinstimmung mit allen wesentlichen Punkten der Aeußerungen des Kanzlers „ohne Vor-

---

[1]) Dies die Auffassung Károlyis in seinem Bericht vom 9. Dezember 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Ibidem.

[3]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 9. Dezember 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Horst Kohl, „Politische Reden Bismarcks“, Bd. VI, S. 462.

[5]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 9. Dezember 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

behalt“ aus. „Die Basis unseres Verhältnisses zu Deutschland“ — schrieb er an den Botschafter — „ist gegenseitiges Vertrauen, und dieses Vertrauen, das ich Seiner Durchlaucht persönlich wie sachlich stets entgegengebracht habe, konnte durch seine jüngste Kundgebung sicherlich nur gekräftigt werden.“ Eben deshalb hielt es Andrássy für nötig, es Bismarck nahezulegen, daß er sich durch die „taktlosen Urteile“ einiger Wiener Blätter nicht beirren lasse und diesen nicht mehr Gewicht beilege, als ihnen in Wirklichkeit zukomme. „Die wahre öffentliche Meinung“ — fährt er fort — „hat sich in Ungarn sowohl als in den deutschen Provinzen der Monarchie daneben sehr energisch Bahn gebrochen, und es bedarf keines künstlichen Nachweises, daß diese Meinung des weitaus überwiegenden Teiles der Presse und der Bevölkerung mit der Auffassung der Regierung vollkommen übereinstimmt.“ Andrássy ermächtigte noch überdies den Grafen Károlyi, jeder Deutung, als bestünde irgendein Zusammenhang zwischen den gerügten publizistischen Auslassungen und der Auffassung der Regierung, aufs bestimmteste entgegenzutreten und schloß sein Schreiben mit den Worten: „Sie wollen dabei andeuten, daß mir nichts willkommener sein kann, als Seiner Durchlaucht auch bei diesem Anlasse zu versichern, daß seine staatsmännische Beurteilung der Situation unsererseits nur auf ein volles Verständnis und auf aufrichtige Sympathien rechnen kann.“[1])

Wir kennen nicht den Wortlaut der Aeußerungen, mit denen Bismarck die Mitteilung des Andrássyschen Briefes an Graf Károlyi beantwortete.[2]) Aber aus seinen Gesprächen mit dem Botschafter geht es deutlich genug hervor, daß er sich von denselben aufs angenehmste berührt fühlte.

---

[1]) Andrássy an Károlyi, 8. Dezember 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Das dürfte der Brief sein, dessen der k. u. k. Botschafter von Hengelmüller in seiner Unterredung mit Dr. S. Münz („Neue Freie Presse“, 6. Dezember 1906) gedenkt. Hengelmüller verlegt jedoch das Schreiben Andrássys in das Jahr 1875. Zur Zeit des Kriegslärms von 1875 gab es aber keinen Anlaß zur Abfassung eines solchen Briefes, wie ihn Andrássy am 8. Dezember 1876 an Károlyi richtete.

[2]) Wie Hengelmüller in der Unterredung mit Dr. Münz erwähnt, sei auf den Brief Andrássys an Károlyi bereits nach drei Tagen eine schriftliche Antwort Bismarcks erfolgt. In dieser erklärte der Kanzler, daß er ebenso von der Loyalität Andrássys wie den guten Absichten der Monarchie überzeugt sei und Oesterreich-Ungarn die Freundeshand entgegenstrecke. Das paßt alles eher ins Jahr 1876 als 1875. Leider habe ich das Schreiben Bismarcks nicht gesehen. Es dürfte eine eingehende, ungeschminkte Darlegung seiner Beziehungen zu Rußland enthalten.

Alle Darlegungen Bismarcks im Verkehr mit Károlyi machten den Eindruck, daß Deutschland in der Stunde der Gefahr aller Wahrscheinlichkeit nach auf seiten der Monarchie stehen werde. Gleich dem Kanzler nahm auch Kaiser Wilhelm den Inhalt des Andrássyschen Briefes vom 8. Dezember mit großer Befriedigung zur Kenntnis. Er bemerkte dazu: Sehr erfreut gelesen.[1]) Der Wert der Erklärungen Andrássys wurde noch dadurch erhöht, daß jetzt — einer Anregung Stolbergs entsprechend[2]) — die offizielle „Wiener Abendpost", die sich bisher stillschweigend verhalten, in außerordentlich sympathischer Weise der Tischrede Bismarcks gedachte und besonders nachdrücklich hervorhob, wie sie, von hohem staatsmännischem Geiste durchweht, eine friedliche Ausgleichung der bestehenden Gegensätze versuche, und daß sie dazu beitrug, „Richtungen der öffentlichen Meinung zu kräftigen, die, ohne dem Selbstgefühle der Völker Oesterreich-Ungarns etwas zu vergeben, in der Pflege unseres Verhältnisses zu Deutschland die gewichtigste Bürgschaft für die Wohlfahrt beider Reiche und für die friedliche Entwicklung Europas erblicken."[3])

Nun durfte Andrássy mit der Beruhigung der Zukunft entgegenblicken, daß Oesterreich-Ungarn nicht vereinsamt dastehen werde, falls man sich in St. Petersburg aus Groll über die Ablehnung der Sumarokovschen Anträge zu einem Angriffe auf die Monarchie hinreißen lassen sollte. Nicht nur der Minister des Aeußern hatte diese Ueberzeugung, auch die Oeffentlichkeit konnte sie jetzt aus dem Munde Bismarcks selbst schöpfen. Die Früchte der Freundschaft zwischen den beiden aufeinander angewiesenen Staaten fingen an zu reifen.

---

[1]) Staatssekretär von Bülow unterbreitete am 13. Dezember 1876 den Brief Andrássys dem Kaiser Wilhelm, worauf er die im Text angeführte Aeußerung machte.

[2]) Stolberg an Adrássy, Budapest, 7. Dezember 1876. Gräflich Andrássysches Archiv.

[3]) 10. Dezember 1876.

## Fünfzehntes Kapitel

# Die geheime Konvention vom 15. Januar 1877

Von ganz unschätzbarer Bedeutung war die Gewißheit, daß Deutschland es nie dulden könnte, die Monarchie durch Rußland vernichten zu lassen. Noch deutlicher wie eben jetzt in seiner Tischrede und von der Tribüne des Deutschen Reichstages herab äußerte sich später, März 1878, Bismarck in mehreren Unterredungen auch zum Kronprinzen Rudolf bei dessen Anwesenheit in Berlin. Er sagte ihm: Wir sollten noch vor dem Kongresse rüsten, uns vorteilhafter Positionen bemächtigen und bei dem geringsten Widerstande Rußlands selbst an die Waffen appellieren. Der Kanzler versicherte, er würde in einem Kriege gegen Rußland nie eine Wendung zum Nachteile Oesterreich-Ungarns dulden und in einem solchen Falle mit dem moralischen Gewichte Deutschlands und wenn nötig, selbst mit Waffengewalt dazwischentreten.[1])

Ungeachtet dieser und ähnlicher für alle Eventualitäten höchst wichtigen Zusagen durfte und wollte Graf Andrássy die Hände nicht in den Schoß legen. Solange noch eine Möglichkeit vorhanden war, den Frieden zu retten, trachtete er zur Erreichung dieses Zieles mitzuwirken. Deshalb gab er seine Zustimmung zum Zusammentritt der „Botschafterkonferenz" in Konstantinopel, obgleich er von vornherein überzeugt war, daß sie ergebnislos endigen würde.[2])

Gorčakov hatte gewünscht, daß die Türkei an den Beratungen der von England angeregten Konferenz nicht teilnehme. Aller Wahrscheinlichkeit nach war es seine Absicht, ohne Anhören der türkischen Staatsmänner dem Osmanenreich ein durch ganz Europa diktiertes Ultimatum auferlegen zu lassen. Davon aber wollte Andrássy nichts wissen, und so mußte Rußland seinen Einspruch

---

[1]) Mitteilungen des Feldzeugmeisters Grafen Beck. Ludwig Dóczi in seinem Artikel „Andrássy und Bismarck", „Neue Freie Presse", 23. Dezember 1906, erwähnt gleichfalls, daß Bismarck dem Kronprinzen Rudolf gesagt habe, Oesterreich-Ungarn könne sicher sein, daß es in einem Kriegsfall gegen Rußland keine Einbuße an Gebiet erleiden würde.

[2]) „Rotbuch" 1873—1877, S. 481.

fallen lassen. Dafür ward eine Vorkonferenz der Botschafter der sechs Großmächte angenommen, bei der allerdings die Pforte nicht mitzureden hatte. Man gestattete ihr, nur bei der eigentlichen Konferenz anwesend zu sein, auf der jede Großmacht sich durch ihren ständigen Botschafter und überdies durch einen außerordentlichen Gesandten vertreten ließ. Zu den hervorragendsten Persönlichkeiten unter ihnen gehörten General Ignatjev und Lord Salisbury, der außerordentliche Abgesandte Englands. Die große Frage war, ob es zwischen den beiden Staatsmännern zu einer Verständigung über die der Türkei vorzulegenden Friedenspropositionen kommen würde.

Nachdem sich Lord Salisbury in Berlin aufgehalten, war er nach Wien gereist, um gleichwie mit Bismarck auch mit Graf Andrássy die politische Lage eingehend zu besprechen. Robert Cecil Marquis von Salisbury, Staatssekretär für Ostindien, ein direkter Nachkomme des berühmten Lord-Schatzmeisters der großen Königin Elisabeth, war das Haupt einer der reichsten und angesehensten Toryfamilien Englands. Erst einige vierzig Jahre alt, erfreute er sich schon eines bedeutenden Namens in der literarischen Welt und galt als einer der hervorragendsten Köpfe Großbritanniens. Man erblickte bereits in ihm den Nachfolger Disraelis. Mit seinem langen schwarzen Vollbart, der vorgeneigten Kopfhaltung und den stets gefalteten Händen schien er mehr den Eindruck eines orientalischen Geistlichen oder eines Rabbi als den eines englischen Gentleman zu machen.[1]) Andere wieder wollten in seinem ganzen Auftreten sofort den in sich vertieften Denker erkennen, der es allerdings verstand, sich recht lordmäßig zu geben und durch eine imposante Haltung Ehrerbietung zu erregen.[2])

In Wien gab Salisbury keine bestimmte Erklärung über die politische Richtung seiner Regierung ab. Von ihm war nicht zu erfahren, ob sich das englische Ministerium einer eventuellen Besetzung Bulgariens durch russische Truppen widersetzen oder ob es sich nur auf Sicherung Konstantinopels beschränken werde. Im ganzen klang seine Sprache zuversichtlich, und er schlug einen der Erhaltung des Friedens zwischen Rußland und der Türkei günstigen Ton an. Das stand wohl im Widerspruch mit der Aeußerung Sir Buchanans, der zu Baron Orczy sagte, seine Regierung

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 28. November 1876, und Przibram, „Erinnerungen eines alten Oesterreichers", Bd. II, S. 36.

[2]) Mündliche Mitteilung eines Zeitgenossen.

werde den Einmarsch der Russen in die Türkei nicht dulden und jede gewaltsame Intervention als absolut unzulässig ansehen. Trotzdem empfing man aus den Reden Salisburys den Eindruck, als wenn die Engländer jeden plausibeln Vorwand ergreifen würden, um nur ja nicht zu einem Krieg mit Rußland gedrängt zu werden. Der russische Botschafter in Wien, der eine Verständigung zwischen Andrássy und Salisbury über die obschwebende orientalische Krise witterte, zeigte sich äußerst beunruhigt und hatte deswegen mit Graf Andrássy eine ziemlich unliebsame Auseinandersetzung.[1])

Novikov war jedenfalls in seiner Besorgnis zu weit gegangen, als er annahm, es wäre in Wien zwischen Andrássy und Salisbury ein Rußland nachteiliges Abkommen getroffen worden. Ausdrücklich versicherte der Minister, er habe Salisbury absolut keinen Rußland feindseligen Rat erteilt. Vielmehr hätte er dem Lord vorgestellt, welchen Wert er darauf lege, daß Rußland und England in freundschaftlichstem Verkehr stünden. Ebensowenig sei es begründet, daß er unter englischer Flagge bemüht gewesen, das russische Projekt einer Okkupation türkischen Gebietes zum Scheitern zu bringen. Andrássy hatte sich Salisbury gegenüber nur im allgemeinen gegen die Zulässigkeit einer solchen als Mittel zur Sicherung der Durchführung der Reformen oder der Beschlüsse der Botschafterkonferenz ausgesprochen. Da er nicht doppelzüngig zu sein vermöge, habe er, wie er sagte, dies offenherzig Salisbury auf dessen Frage erklärt, wozu er gewiß alle Berechtigung hatte, nachdem er auch dem russischen Kabinette nie seine diesbezügliche Meinung verheimlichte.[2])

Der Verlauf der Vorkonferenz der Botschafter in Konstantinopel bewies deutlich genug, daß viel mehr eine Verständigung zwischen Ignatjev und Salisbury als zwischen diesem und dem österreichisch-ungarischen Minister stattgefunden haben müsse. Andrássy besorgte damals wirklich, daß Ignatjev über den mit den Details wenig vertrauten Salisbury leicht größeren Einfluß erlangen und

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 28. November 1876.

[2]) Andrássy an Langenau, 22. Februar 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv. Das Mißtrauen von russischer Seite war durch eine im englischen Blaubuch veröffentlichte Depesche Buchanans über ein Gespräch mit Andrássy entstanden, dessen Aeußerungen der englische Botschafter ganz falsch wiedergegeben hatte. In der Weisung an Langenau vom 22. Februar beklagt sich Andrássy auch über das Vorgehen der englischen Regierung, die Depeschen ihrer Vertreter über Gespräche mit dem Minister veröffentliche, ohne vorher die Zustimmung der betreffenden Regierung zur Publikation eingeholt zu haben.

ihn zu einer der Türkei unannehmbaren Einigung zwischen Rußland und England fortreißen könnte.[1]) Der russische Botschafter war schlau genug, durch die lammsfromme Maske, die er angelegt, den Engländer einzuschläfern[2]) und ihn zu Konzessionen an Rußland zu drängen, die natürlich der Pforte mißfallen mußten. Das wußte Ignatjev sehr wohl. Er rechnete daher mit Bestimmtheit darauf, daß die Türkei protestieren, sich nach dem Ausdruck Derbys ins Unrecht setzen und in diesem Fall von England einfach ihrem Schicksal überlassen werden würde — wonach ja Rußland strebte. Salisbury machte überdies kein Hehl daraus, daß die herrschende öffentliche Stimmung in England eine Kriegführung zugunsten der Pforte ganz unmöglich mache,[3]) wie er sich denn überhaupt über das ganze türkische Ministerium, insbesondere über den Großwesir Midhat Pascha, im Tone wegwerfender Verachtung äußerte.[4]) Von solcher Denkungsart des vornehmsten englischen Vertreters hatte die Pforte nichts Gutes zu erwarten. In der am 12. Dezember 1876 zu Konstantinopel eröffneten Vorkonferenz wurde denn auch, als Ergebnis des gemeinschaftlichen Zusammengehens zwischen Ignatjev und Salisbury, eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die der Türkei sehr nachteilig waren.[5]) Die Pfortenminister zeigten keine Neigung, sich unter das europäische Joch zu beugen. Der Großwesir Midhat Pascha hatte dem ihn von ganzer Seele hassenden Sultan die Ueberzeugung beizubringen verstanden, daß eine alle seine Untertanen, Mohammedaner, Christen und Juden, gleichstellende Verfassung das beste Mittel sein werde, um Europa sagen zu können, alle von dem-

---

[1]) Andrássy an Károlyi, Budapest, 14. Dezember 1876. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) „Aus dem Leben König Karls von Rumänien", Bd. 3, S. 86, wird auch berichtet, daß Salisbury sich ganz vor Ignatjev „effaciert".

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 16. Dezember 1876.

[4]) „Die Botschafterkonferenz in Konstantinopel." Aus dem literarischen Nachlaß des Unterstaatssekretärs Dr. Busch, herausgegeben von L. Raschdau in „Deutsche Rundschau", Bd. 141, S. 22.

[5]) Man wünschte für Serbien den Statusquo, Abtretungen an der Drina, für Montenegro Vergrößerung durch albanische und hercegovinische Grenzbezirke, für zwei autonome bulgarische Provinzen möglichst nationale Grenzen, für Bosnien und Hercegovina eine neue Organisation unter einem christlichen, durch den Einfluß der Mächte gewählten Gouverneur; ferner eine internationale Kommission zur Ueberwachung der Durchführung der Forderungen sowohl in den beiden türkischen Provinzen als auch in Bulgarien. — Die Konferenzprotokolle sind mitgeteilt im 31. und 32. Band des „Das Staatsarchiv".

selben gewünschten Reformen seien erfüllt, somit der verrotteten Wirtschaft ein Ende gemacht.

Am 23. Dezember, dem Eröffnungstag der ersten Botschafterkonferenz, zu deren Vorsitzenden der türkische Minister des Aeußern, Safvet Pascha, gewählt worden, ertönten plötzlich, zur nicht geringen Ueberraschung der fremden Diplomaten, Geschützsalven. Rasch befreite Safvet Pascha die verblüfften Botschafter aus der für sie jedenfalls peinlichen Lage, indem er die Erklärung abgab, der Padischah habe soeben seinen Völkern eine Verfassung verliehen, die in der Bewilligung vollkommenster Gleichheit für alle Bewohner des Ottomanischen Reiches bestünde. Was konnte jetzt noch nach Proklamierung einer in solchem Geiste gehaltenen Konstitution Europa von der Türkei fordern? Mit dem Hinweis auf die neue Verfassung glaubte Midhat jeder weiteren Einmischung der Botschafterkonferenz in die inneren Angelegenheiten seines Vaterlandes die Spitze zu bieten. Die Midhatsche Verfassung war ein nach den besten europäischen Mustern verfertigtes Werk; mit den schönen Worten jedoch, wie sie darin vorkamen, war ein Ignatjev nicht zu befriedigen, der einen bedeutenden Rückhalt an Salisbury besaß. Sie enthielt nichts über die von Rußland so angelegentlich betriebene Autonomie der türkischen Provinzen, und überdies herrschte die Besorgnis vor, daß in einem aus mohammedanischer Mehrheit bestehenden Zentralparlament das Los der Christen auch ein weiterhin gefährdetes sein werde. Die Botschafter setzten sich über die Verheißungen der Verfassung hinweg und wollten Garantien für die Reformarbeit in der Türkei geschaffen sehen. Hätte sie erfüllen wollen, was die Vertreter der sechs Großmächte von ihr im Ultimatum vom 15. Januar 1877 heischten, so würde sie sich selbst aus der Liste der unabhängigen Staaten gestrichen haben. Jetzt, wo die Geister im Osmanenreich erwacht waren, es da eine neue Verfassung gab und die revolutionäre Bewegung die mohammedanische Welt ergriffen hatte, mußte ein solcher Einmischungsversuch, wie ihn die Botschafter planten, ergebnislos verlaufen. Mit dem „Rosenwasser" der Konferenzprotokolle konnte der Orient nicht mehr beruhigt werden. Wie vorauszusehen, lehnte die Pforte das Ultimatum der Konferenz ab.

Nicht wenig trug dazu die Haltung des englischen Premiers Lord Beaconsfield bei, der hinter dem Rücken Salisburys durch Vermittlung eines gewissen Buttler Johnstone die Pfortenminister zum Widerstand gegen die Konferenzvorschläge aneiferte. Selbst der friedfertige Lord Derby hatte gefunden, daß der außerordent-

liche Vertreter Englands in seiner Pression auf die Türkei zu weit gegangen war; er zeigte sich nichts weniger als entzückt über die von Salisbury angeordnete Entfernung der englischen Flotte aus der Besikabay.[1]) Aber auch Deutschland fand keinen Anlaß, eine für Rußland allzu freundliche und eine der Türkei allzu feindliche Gesinnung an den Tag zu legen. Zu seiner nicht geringen Unzufriedenheit mußte Bismarck wahrnehmen, wie Frankreich auf der Konferenz mit Rußland durch dick und dünn ging, was sein ohnehin bereits gedämpftes Interesse für das Zarenreich im Orient noch mehr abzukühlen schien.[2]) Es kam hinzu, daß er auch von Andrássy Nachrichten über französische Intrigen in Petersburg erhalten hatte, die sein Mißtrauen gegen Frankreich noch reger gestalteten.[3])

Andrássy sah bald seine Voraussicht bestätigt, daß aus der Botschafterkonferenz der Friede nicht hervorgehen werde. Er konnte sich keinen Vorwurf machen, ihr hemmend in den Weg getreten zu sein. Selbst gegen seine Ueberzeugung, im vorhinein von der Undurchführbarkeit durchdrungen, hatte er Graf Franz Zichy, dem Konstantinopeler Botschafter, den Auftrag erteilt, dem von Ignatjev und Salisbury gestellten Antrag beizutreten, wonach Bosnien und die Hercegovina eine weitgreifende Autonomie mit einem unabsetzbaren türkischen Pascha erhalten sollten.[4]) Andrássy hatte ferner allen Beschlüssen der Botschafterkonferenz seine Genehmigung erteilt, die in folgendem bestanden: Bosnien, die Hercegovina und Bulgarien werden unter der Kontrolle der Mächte reorganisiert. Mit Zustimmung der Großmächte werden für diese Provinzen vom Sultan Gouverneure für wenigstens fünf Jahre ernannt. Die Zentralkommission hat ihren Sitz einerseits in Bosnien, andererseits in Bulgarien mit dem Beruf, die Ausführung der Reformen zu überwachen. Diese Maßregeln sollten die Okkupation sowohl Bosniens und der Hercegovina wie auch Bulgariens entbehrlich machen.

Allein in der letzten Sitzung der Konferenz, am 20. Januar 1877, verlas der Bevollmächtigte der Türkei eine Erklärung, mittels welcher die Pforte die beiden Hauptforderungen betreffs der Gouverneure und der Zentralkommission ablehnte. Damit verlor die Konferenz jede weitere Existenzberechtigung.

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 6. Januar 1877.

[2]) Ibidem.

[3]) Andrássy an Károlyi, 5. Januar 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Denkschrift über die bosnische Okkupation. Ungedruckt.

Obgleich Ignatjev in der Konferenz vom 20. Januar die Mitteilung gemacht hatte, die Botschafter seien angewiesen, Konstantinopel nunmehr zu verlassen, wollten die Türken bis zum letzten Augenblick nicht an den Ernst dieses Befehles glauben. Als sie aber die Vertreter der Mächte, die zur Führung der laufenden Angelegenheiten Geschäftsträger zurückließen, einen nach dem anderen sich aus der Hauptstadt entfernen sahen, fanden sie dies Vorgehen „beispiellos und ungerechtfertigt". Nunmehr suchten sie Lord Salisbury die Verantwortung für diesen Schritt aufzubürden. Sein eigener Mitkollege, der ständige englische Botschafter beim Goldenen Horn, der türkenfreundlich gesinnte Sir H. Elliot, scheute sich nicht zu äußern, daß die Abberufung ein ernster Leute wenig würdiger Vorgang sei.[1]) Nachdem der mit einem so großen Apparate unternommene Versuch der Friedensstiftung kläglich Schiffbruch erlitten, war natürlich alle Welt auf die weiteren Entschlüsse der Großmächte begierig. Italien hatte schon früher die Idee angeregt, daß, falls die Botschafter infolge des Widerstandes der Türken nicht länger in Konstantinopel bleiben könnten, sie sich zum Zwecke der Fortsetzung ihrer Beratungen wieder in Venedig versammeln sollten. Doch weder Oesterreich-Ungarn, noch Deutschland, noch England hatten Lust, diese „Rumpfkonferenz" zusammenzuhalten.[2]) Nur einig in der Negation, konnten die Mächte zu keiner Verständigung über ihr weiteres Verhalten gelangen. „Man scheint hier" — schrieb Károlyi aus Berlin — „ebenso ratlos wie an den meisten anderen Orten zu sein bezüglich des nächsten nach dem Scheitern der Konferenz vorzunehmenden Zuges." [3]) Lord Derby telegraphierte an den Berliner Botschafter Odo Russell: „Was sollen wir nun tun?" Bismarck, dem Russell die Frage des englischen Ministers des Aeußern vorgelegt hatte, beantwortete sie vertraulich dahin, man müsse vorerst abwarten, wie sich die Türken in ihrer Isolierung zurechtfinden und welche Haltung insbesondere Rußland ihnen gegenüber beobachten werde.[4])

Am meisten Grund zur Befriedigung hatte Ignatjev. In gewissem Sinne, in dem ihm eigentümlichen Sinne, hatte sich jetzt

---

[1]) Der erste Dolmetsch der österreichisch-ungarischen Botschaft in Konstantinopel, Ritter von Kosjek, an Andrássy, Konstantinopel, 23. Januar 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 5. Januar 1877.

[3]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 20. Jan. 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[4]) Ibidem.

sein auf Salisburys mit Frau und zwei Töchtern Kommen nach Konstantinopel gemünztes Scherzwort erfüllt: Salisbury bringe in den Röcken seiner Damen die Lösung der orientalischen Frage mit.[1]) Es war ihm gelungen, sowohl den momentanen Ausbruch des Krieges als auch das Zustandekommen des Friedens zu verhindern, wodurch er seiner Regierung Zeit verschaffte, die nötigen Rüstungen zu vollenden. Ueberhaupt sah er seine Arbeit von Erfolg gekrönt. Nun fehlte ihm nur noch der Triumph, daß die Mächte selbst Rußland zum Vollstrecker ihres Willens gegenüber dem unbotmäßigen Ottomanischen Reiche bestellen. Bereits vor Tagung der Konferenz hatte Gorčakov einen solchen Gedanken dem englischen Botschafter Lord Loftus nahegelegt.[2]) Mit Berufung auf die Konferenzakte drückte dies der russische Staatskanzler in seiner Zirkularnote vom 31. Januar 1877 noch deutlicher aus. Unverhüllt trat da die Absicht Rußlands hervor, als „Mandatar Europas“ die Waffen gegen die Türkei zu ergreifen.[3])

Für Rußlands Machtstellung im Orient wäre es vom größten Vorteil gewesen, wenn Europa es wirklich zu seinem „Mandatar“ bestimmt hätte — der Zar würde dann auf dem Balkan nach seinem Belieben geschaltet und gewaltet haben und als wirklicher Protektor der orthodoxen Christen im Osten erschienen sein. Geschah dies, so hatte die österreichisch-ungarische Monarchie im Orient ausgespielt. Andrássy wollte wohl den Frieden, aber es konnte ihm doch nie in den Sinn kommen, mit Hilfe Europas Rußland zum Herrn des Balkans zu machen. Sollte im Umfange desselben eine Umgestaltung erfolgen, so durfte sie nur im Sinne der Reichstadter Verabredung, im vollen Einklange mit der österreichisch-ungarischen Monarchie und unter ihrer Mitwirkung vor sich gehen. Das war es ja eben, was Ignatjev so gern durchkreuzt hätte und wozu sich als geeignetstes Mittel die Betrauung mit der Durchführung des Willens Europas darbot. Da aber, so sehr sich auch deswegen Gorčakov alle Mühe gab, wenig Aussicht vorhanden war, dies Ziel zu erreichen, trachtete Rußland immer wieder, sich für den Fall des Krieges mit der Türkei die Neutralität Oesterreich-Ungarns zu sichern.

* * *

---

[1]) „Aus dem Leben König Karls von Rumänien“, Bd. III, S. 76.

[2]) „Das Staatsarchiv“, Bd. XXXI, S. 221.

[3]) Gorčakovs Zirkular, abgedruckt in „Das Staatsarchiv“, Bd. XXXII, S. 86—87.

Schon seit längerer Zeit flossen, eigentlich seit dem Mißlingen der Sumarokovschen Mission, Unterhandlungen zwischen Wien und Petersburg über den Abschluß einer geheimen Konvention. Sie sollte dazu dienen, die Grenzen abzustecken, durch die jede Störung der gegenseitigen Interessen vermieden werden könne. Im Laufe der Verhandlungen erklärte Rußland, daß es im Bunde mit Oesterreich-Ungarn auf jede andere Unterstützung verzichtet hätte. Aber allein im eventuellen Kampf gegen die Türkei bedürfe es Serbiens und Montenegros als Basen der Operationen und als Mittel wirksamer Diversionen. Absolute Neutralität der beiden Fürstentümer sei unmöglich; ebensowenig könne zugelassen werden, daß österreichisch-ungarische Truppen in diese beiden Länder einmarschieren und daselbst den militärischen Einfluß der Monarchie ausbreiten. „Wollen Sie hierüber" — schrieb damals Gorčakov an Novikov — „nicht den geringsten Zweifel beim Grafen Andrássy bestehen lassen." Doch fügte der russische Staatskanzler, gleichsam beschwichtigend, hinzu, daß aus dieser Anteilnahme Serbiens und Montenegros am Kampfe keine wie immer geartete Aenderung an den Reichstadter Abmachungen hervorgehen solle, denn „wir bleiben ihnen treu".[1]) Das hat freilich den russischen Staatskanzler nicht gehindert, jetzt die Behauptung aufzustellen, daß in Reichstadt wohl von einem Teile Bosniens und dem türkischen Kroatien, nie aber von der Hercegovina als Anteil Oesterreich-Ungarns die Rede gewesen, worauf weder er, noch Alexander II. sich entsinnen könnten.[2]) Mit Recht durfte Andrássy entgegnen, daß die Hercegovina als Besitz Oesterreich-Ungarns im Falle der Auflösung der Türkei ausdrücklich in dem Novikov von ihm in die Feder diktierten „Aide-mémoire" erwähnt werde, daß der russische Botschafter dies Aktenstück nach Petersburg gesandt und von Gorčakov nie dagegen Einspruch erhoben wurde.[3]) Vollkommen unstichhaltig ist es daher, wenn jetzt von russischer Seite die Sache so dargestellt wird, als hätte sich Andrássy der Auffassung Gorčakovs gefügt und als wäre die Nichterwähnung der Hercegovina in dem „Aide-mémoire" von ihm auf einen Schreibfehler zurückgeführt worden.[4]) Das würde

---

[1]) Gorčakov an Novikov, 23. November/5. Dezember 1876.

[2]) Idem ad eundem, 23. November 1876. „Ni l'empereur ni moi nous ne nous souvenons que le mot même de l'Herzegovine ait été prononcé dans ce sens."

[3]) Andrássy an Novikov, Budapest, 19. Dezember 1876.

[4]) Gorjainov, „Le Bosphore et les Dardanelles", S. 329.

Andrássy um so weniger sagen haben können, als sich tatsächlich in dem unmittelbar nach der Entrevue von Reichstadt aufgesetzten, von Andrássy diktierten und von Novikov niedergeschriebenen Schriftstücke die Hercegovina als ein einst Oesterreich-Ungarn zufallendes Gebiet angeführt wird.[1])

Wie entgegenkommend sich aber auch immer Andrássy zeigen wollte, niemals konnte er Gorčakovs Verlangen erfüllen, Serbien und Montenegro als Basen eines russischen Feldzuges gegen die Türkei anzuerkennen. Nie, betonte der österreichisch-ungarische Minister, vermöchte er der Auffassung Gorčakovs zuzustimmen, wonach der militärische Einfluß Oesterreich-Ungarns sich nicht auf Rumänien, Serbien, Montenegro und die Hercegovina erstrecken dürfte, daß dagegen nur Bosnien aus dem Bereich der russischen Operationen auszuschließen wäre. Abgesehen davon, daß die Monarchie bei einer eventuellen Okkupation in keinem Falle geneigt war, auf die Hercegovina zu verzichten, litt der Gorčakovsche Vorschlag noch an einem besonderen Fehler. Er hätte wohl zu einer Abgrenzung, doch zu keiner neutralen Zone zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn geführt, was ja der Zweck der Konvention sein sollte. Andrássy sagte: Oesterreich-Ungarn übernimmt wohl die Verpflichtung, seine etwaigen Operationen nicht auf Rumänien, Serbien und Montenegro auszudehnen; dagegen muß seinerseits Rußland die Verbindlichkeit eingehen, nicht nur Bosnien und die Hercegovina, sondern auch Serbien und Montenegro aus dem Bereich seiner militärischen Aktion auszuschließen. Serbien und Montenegro hätten demnach die äußersten Enden einer wirklich neutralen, beiden Teilen gleich unnahbaren Zone zu bilden, die noch durch Neutralisierung des zwischen beiden Ländern befindlichen Teiles der Hercegovina (Novi-Bazar) vollständig geschlossen werden könnte.[2])

In dieser Beziehung befand sich Andrássy im vollsten Einklang mit den höchsten militärischen Autoritäten der Monarchie. „Daß wir die Russen verhindern," — schrieb damals Erzherzog Albrecht an Graf Andrássy — „in das serbische Moravatal zu gelangen oder mit ihren Truppen unsere Donau- und Savegrenze zu tangieren, ist Pflicht der eigenen Würde und der Selbsterhaltung." Dagegen wollte er den Russen beide Ufer des Timoks überlassen, um ihnen auf diese Weise die Möglichkeit eines sichern Ueber-

---

[1]) „Résumée" oder „Aide-mémoire" von Reichstadt.

[2]) Andrássy an Langenau, 26. Dezember 1876.

schreitens der Donau, wie die Umgehung der ungemein schwierigen Balkanübergänge Bulgariens zu sichern; für diese Begünstigung soll den auf Albanien gerichteten lüsternen Blicken Italiens[1]) ein Dämpfer aufgesetzt werden, weil sonst, wie er sagt, „unseren adriatischen Küsten und Häfen die Kehle zugeschnürt wird“. Die zwei maßgebensten militärischen Stellen suchten überhaupt das freundschaftliche Verhältnis mit Rußland auf viel weitergehende Ideen zu basieren, die Salonichi und das Aegeische Meer einbezogen. Solche Vorschläge scheiterten glücklicherweise an der klugen Besonnenheit des Monarchen und dem entschiedenen Widerspruch Andrássys.[2])

Der Minister des Aeußern teilte die Ansichten des Erzherzogs, so lange als möglich den Frieden mit dem Zarenreich aufrechtzuerhalten. Nur zu unbedachten, bloß in dessen Interesse gelegenen Handlungen wollte er sich nicht hinreißen lassen. Deswegen weigerte er sich, in der abzuschließenden Konvention über die Reichstadter Abmachnungen hinauszugehen. Gerade, um mit Rußland in keinen Konflikt zu geraten, bestand er auch auf der Forderung, kein russischer Soldat dürfe während des russisch-türkischen Krieges serbischen Boden betreten. Am wenigsten sollte es den Russen gestattet sein, sich mit den orthodox-slawischen Völkern zu verbinden. „In dem Augenblicke aber,“ — sagt Andrássy — „wo Rußland den Kampf gegen die Türkei an der Spitze dieser Völker unternimmt, gewinnt derselbe ein ganz anderes Aussehen. Die Kooperation mit Serbien und Montenegro macht aus der europäischen Aktion eine slawische Bewegung, aus der christlich-humanen Tendenz eine einseitig orthodoxe und aus dem Kriege eine Revolution.“ Andrássy verhehlte dem russischen Kabinett durchaus nicht, welch gefährlichen Rückschlag ein solches Vorgehen auf die Monarchie haben könnte. Nichts wäre leichter, als daß dessen slawische Elemente sich sagen könnten, was Rußland jetzt für die slawische Bevölkerung der Türkei getan, könnte es gegebenenfalles ja auch ebensogut für die Oesterreich-Ungarns tun. Er selbst, fügte Andrássy beschwichtigend hinzu, hege keine derartige Besorgnis, aber es sei doch nicht ausgeschlossen, daß die öffentliche Meinung von solcher Befürchtung ergriffen und

---

[1]) Wie der Erzherzog in seiner Denkschrift erwähnt, habe Italien bereits im Sommer 1876 Albanien nach allen Richtungen von Generalstabsoffizieren bereisen und dessen Küste von seinen Kriegsschiffen gründlich sondieren lassen.

[2]) Auf Grundlage ungedruckter Aufzeichnungen.

von Unruhe über die Ziele Petersburgs im Orient erfüllt werde. „Nimmt“ — sagte der Minister in warnendem Tone — „die russische Aktion alle bisher isolierten slawischen Bestrebungen in sich auf und gewinnt dieselbe so den Charakter einer alle orthodoxen Slawen umfassenden Propaganda, so sieht die öffentliche Meinung der mächtigsten Elemente unserer Bevölkerung, der Deutschen und der Ungarn, durch das Vorgehen Rußlands die Existenz der Monarchie bedroht und gestattet keiner Regierung, demselben untätig zuzusehen.“ Nach Andrássy würde es die schlimmsten Folgen haben, wenn Rußland als Bannerträger einer propagandistischen Idee auf dem Kampfplatze erschiene. Nur die volle Einigkeit der beiden Staaten bilde die Bürgschaft für den Frieden. Ohne ihr Zusammenhalten müßte die monarchische Idee in Europa die stärkste Stütze verlieren, die Völker einem blinden Rassentriebe und Europa leicht einem Kriege durch Generationen hindurch ausgesetzt werden.[1])

* * *

Diese Erläuterungen Andrássys waren natürlich gar nicht nach dem Geschmacke Gorčakovs, der in die Konvention, gleichsam mit Zustimmung Andrássys, gerne den Passus aufgenommen gesehen hätte, daß es Rußland nicht verwehrt sein könne, falls die Türkei nach Ablauf des Waffenstillstandes den Krieg nach Serbien verlege, den Gegner auf diesem Terrain zu bekämpfen.[2]) Sofort aber erhob der österreichisch-ungarische Minister Protest dagegen, und Novikov mußte zugeben, daß Andrássy vom ersten Augenblick an gegen eine solche Klausel in der Konvention Einspruch erhoben habe.[3]) Andrássy begründete ihn damit, daß jede Möglichkeit eines Interessenkonfliktes zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn vermieden werden müsse. Nur in einem Falle wollte er eine Ausnahme zulassen. Sollten unvorhergesehene Ereignisse oder ein nicht zu gewärtigender Unfall die russischen Truppen

---

[1]) „Aide-mémoire“ Andrássys als Beilage zu dessen Depesche an Langenau vom 26. Dezember 1876.

[2]) Gorčakov an Novikov, St. Petersburg, 15. Dezember 1876. „Ainsi il reste convenu que si, après l'armistice, la Turquie poursuivait la guerre en Serbie ou continuait à occuper le territoire de cette principauté, les troupes russes ne sauraient être empêchées de combattre l'ennemi sur ce territoire.“

[3]) Andrássy an Langenau, Budapest, 24. Januar 1877. Andrássy machte hierzu noch den eigenhändigen Vermerk: „Daß ich den Einmarsch in Serbien nicht zugegeben habe.“

zum zeitweiligen Ueberschreiten der durch Serbien und Oesterreich-Ungarn gebildeten neutralen Zone nötigen, so war der Minister geneigt, diesen Vorgang nicht unter dem Gesichtspunkt eines feindlichen Aktes von seiten Rußlands gegen die Monarchie aufzufassen. Selbst diese, wenn auch nur mündlich von ihm erteilte Zusicherung dürfe nie dahin ausgelegt werden, daß daraus eine kombinierte Bewegung zum Zwecke einer Okkupation Serbiens entstehe.[1])

Die Zumutung Gorčakovs, die Bestimmung über den Einmarsch russischer Soldaten, gleichsam wie eine von Andrássy gemachte Zusage, in die Konvention einzuschmuggeln, muß überraschen. Hatte Alexander II. es doch vollkommen begreiflich gefunden, daß die Konvention keine Bedingungen in sich schließe, die nicht auch vor den parlamentarischen Körperschaften Oesterreich-Ungarns vertreten werden könnten. In diesem Sinne sprach er sich in seinem Schreiben an den Kaiser aus[2]) und ebenso äußerte er zu Baron Bechtolsheim: „Es liegt mir ferne, mehr zu verlangen, und Gott bewahre mich davor, dem Kaiser oder Graf Andrássy Verlegenheiten zu bereiten.“ [3]) Alexander II. wollte, wie er noch bemerkte, in der Konvention nichts anderes als ein wertvolles Pfand guten Einvernehmens für die unabsehbare Zeit von Generationen geschaffen sehen.[4]) Gleichzeitig richtete er unter Betonung seiner Friedensliebe und wie er für dessen Erhaltung alle seine Kräfte einsetze, folgende Worte an den Kaiser: Wenn er nichtsdestoweniger darauf bedacht war, beide Regierungen durch einen schriftlichen Akt zu binden, so geschah dies in der Absicht, daß daraus eine Saat aufgehe, die Gegenwart und Zukunft verpflichtet und sich auf die Nachkommen vererben könne. Noch fügte Alexander hinzu, er glaube, daß beide Monarchen ein gutes und nützliches Werk gestiftet haben werden.[5])

So übereinstimmend, wie hier der Zar die Ziele Rußlands und Oesterreich-Ungarns kennzeichnete, waren sie doch nicht. Von Gorčakov wenigstens war es eine bewußte Selbsttäuschung,

---

[1]) Andrássy an Langenau, Budapest, 24. Januar 1877.

[2]) Alexander II. an Franz Josef I., Petersburg, 15./27. Dezember 1876. Ungedruckt.

[3]) Bechtolsheim an Andrássy, Petersburg, 16./28. Dezember 1876. Gräflich Andrássysches Archiv.

[4]) Ibidem.

[5]) Alexander II. an Franz Josef I., St. Petersburg, 15./27. Dezember 1876. Ungedruckt.

mit der er Andrássy irrezuführen trachtete, wenn er behauptete, der positive Aktionszweck, den jetzt Rußland plane, sei gemeinsam mit Oesterreich-Ungarn. Andrássy ließ den russischen Kanzler keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß er diese Auffassung nicht zu teilen vermöge. Er ward nicht müde, es in allen Variationen auszuführen, daß von einem gemeinsamen Ziele nur erst dann die Rede sein könne, wenn in aller Ruhe dem Moment entgegengesehen würde, in dem die Unhaltbarkeit der Türkei vor aller Augen klar sei und ganz Europa die bewaffnete Invasion beider Mächte willkommen hieße. Da aber Alexander den sicher bevorstehenden Eintritt des Zerfalls der Türkei nicht abwarten wolle, gebe es zwischen Rußland und Oesterreich kein positives gemeinschaftliches Ziel, sondern nur ein negatives, das darin bestehe, um jeden Preis eine Reibung zwischen den beiden Reichen hintanzuhalten. „Diese Rücksicht" — läßt sich Andrassy hierüber vernehmen — „ist die einzige, welche die Entschlüsse Seiner Majestät meines erhabenen Herrn in diesem Stadium bestimmt. Die Okkupation irgendeines Teiles des türkischen Reiches, solange dasselbe besteht, liegt nicht in den Interessen Oesterreich-Ungarns und daher auch nicht in den Intentionen meines erhabenen Herrn." Selbst beim besten Willen, meinte Andrássy, könnte Oesterreich-Ungarn bei einem aggressiven Vorgehen des Zaren keine solche Haltung einnehmen, die als „kooperatives oder als solidarisches Vorgehen mit Rußland gedeutet werden könnte." Es gäbe keinen maßgebenden Faktor in der Monarchie, der sich nicht gegen die Beschleunigung der Auflösung des Ottomanischen Reiches aussprechen würde. Vielmehr sehen alle in den bisherigen Maßregeln der russischen Regierung nichts als den Schein einer von ihr geförderten serbischen revolutionären Erhebung. Die öffentliche Meinung sei eher für ein Zusammengehen Oesterreich-Ungarns mit England gegen Rußland als für das Gegenteil gestimmt. Die Regierung, die es wagen würde, sich für einen gemeinschaftlichen Feldzug der russischen und österreichisch-ungarischen Heere gegen die Türkei einzusetzen, vermöchte dem Widerspruch der Parlamente keinen Augenblick standzuhalten. „Der Sturm der Leidenschaften," — heißt es in seiner Weisung an Langenau — „den eine solche Politik bei uns heraufbeschwören würde, wäre durch die uneigennützige Absicht Seiner Majestät des Zaren um nichts gemildert; ja, man würde der Regierung eine Kooperation mit Rußland leichter verzeihen, wenn letzteres auf eine Annexion ausginge. Denn in diesem Falle" — fährt Andrássy fort — „würde man

den russischen Einfluß nur bis zu den Grenzen des annektierten Gebietes anwachsen sehen, während eine zeitweilige Okkupation Bulgariens das ausschließliche Protektorat über die Balkanvölker zu bedeuten scheint, so daß die Regierung, die zu derselben mitwirkt, sich der Anklage aussetzt, die Rolle der Monarchie im Orient gänzlich aufgegeben zu haben.“ [1])

Am 15. Januar 1877 wurde endlich nach langen Verhandlungen in Budapest die militärische Konvention unterzeichnet,[2]) wonach also Serbien, Montenegro und der zwischen beiden Fürstentümern gelegene Streifen Landes, somit der Sandžak von Novi-Bazar, im Falle des Krieges Rußlands mit den Türken als neutrale Zone zu gelten haben. In Petersburg war man anfangs nicht damit einverstanden gewesen, wie denn Alexander bei der ersten Nachricht von dieser Bestimmung, zur Depesche des Wiener Botschafters, die sie enthielt, die Randbemerkung machte: „All das kann nicht angenommen werden, ich begreife nicht, wie Novikov solche Bedingungen zulassen konnte.“ [3]) Aber unter dem Drucke, sich um jeden Preis der Neutralität Oesterreich-Ungarns zu versichern und vermutlich unter dem Einflusse der Vorstellungen Novikovs, der für die von Andrássy bezeichnete neutrale Zone eintrat, fügte man sich.[4])

Die militärische Konvention sollte ihre Ergänzung in einer zweiten „Convention additionnelle“ über die eventuellen Gebietsveränderungen erhalten, die als Folge der vorauszusehenden Veränderungen im Orient in Aussicht genommen waren. Auf den speziellen Wunsch Gorčakovs hatte man noch vor der zweiten Konvention die erste erledigt. Auch sie sollte alsbald unter Dach und Fach gelangen und, obgleich später unterfertigt, mit dem gleichen Datum wie die militärische versehen werden.[5]) Doch bildeten beide Dokumente ein Ganzes. Das eine hatte so lange keine Gültigkeit, bis nicht auch das andere, die „Convention additionnelle“, in Kraft getreten war.[6])

---

[1]) Andrássy an Langenau, 26. Dezember 1876.

[2]) Idem ad eundem, Budapest, 24. Januar 1877.

[3]) Gorjainov, a. a. O. S. 332.

[4]) Ghika, „Botschafter von Novikov über den Panslawismus und die orientalische Frage“, 1907; Fournier, „Wie wir zu Bosnien kamen“, S. 40.

[5]) Andrássy an Langenau, Budapest, 24. Januar 1877. Zu berichtigen ist daher die Angabe Fourniers, der a. a. O., S. 43, Anm. 1, sagt, daß die „Convention additionnelle“ nicht besonders datiert wurde. Man datierte sie, obgleich später unterfertigt, einfach zurück.

[6]) Ibidem.

Von ganz besonderer Bedeutung war die zweite Konvention, als die eigentlich wichtige. Sie regelte die künftigen Gebietserwerbungen Oesterreich-Ungarns, Rußlands, Serbiens, besonders aber Montenegros, des Schoßkindes der russischen Regierung. Daher verzögerte sich auch der Abschluß der hierauf bezüglichen Verhandlungen. Im Verhältnis zur Vermehrung der österreichisch-ungarischen Bevölkerung um 1 200 000 Seelen durch die Neuerwerbungen fand es Gorčakov nicht allzu übertrieben, wenn Serbien und Montenegro jener Strich Landes zugesprochen würde, der bei den Bewohnern des Balkans den Namen „Alt-Serbien“ führte, im offiziellen türkischen Stil aber „Sandžak von Novi-Bazar“ hieß. Man müsse, sagte Gorčakov, Montenegro fruchtbareres Land gewähren und ihm vor allem den Zugang zum Meere eröffnen, womit der Hafen von Antivari gemeint war, da die Bucht von Spizza keinen genügenden und sicheren Ankergrund biete. Im allgemeinen legte der russische Minister den größten Wert auf Novi-Bazar als Gebietszuwachs für Serbien und Montenegro.[1]) Mit Bewilligung des Kaisers erteilte Andrássy seine zustimmende Antwort, da Oesterreich-Ungarn nie die Absicht hatte, sich den Sandžak von Novi-Bazar anzueignen. Dagegen müßte unbedingt Fürsorge getroffen werden dafür, daß durch besonderes Arrangement geeignete Sicherstellung in jenen Gegenden für die Freiheit des Handels der Monarchie gewährt werde, um nicht von dieser Seite her von den Märkten des Orients abgeschnitten zu werden.[2])

Vor dem Abschluß der Konvention schien Andrássy die nähere Bestimmung über den Eintritt der in Aussicht genommenen Gebietsänderungen von höchster Wichtigkeit. Die große Frage, die Andrássy in diesem Momente beschäftigte, war nun die, wie überhaupt der Begriff der Auflösung zu definieren sei. Sollte sie von dem Augenblicke des ausbrechenden Krieges oder erst von den durch ihn veranlaßten zerstörenden Wirkungen an datiert werden? „Es ist“ — äußerte sich Andrássy hierüber — „genau wie mit

---

[1]) Gorčakovs „Aide-mémoire confidentielle“ für Novikov. Nach einer Depesche Andrássys vom 28. Februar 1877 war das „Aide-mémoire“ ihm an diesem Tage von Novikov übergeben worden.

[2]) Andrássy an Langenau, Wien, 28. Februar 1877. „... et de nature à le (den Handel) prémunir dans l'hypothèse de la contiguité des Principautés serbe et monténégrine contre des entraves qui avec la configuration particulière du sol pourraient enfin de compte lui couper tous les débouchés de ce côté de l'Orient.“

der Kahlköpfigkeit. Wann beginnt sie? Wann ist sie vollendet? Auch ein Reich zerfällt nicht an einem Tage. Der eine wird die Auflösung schon beim ersten, der andere beim letzten Angriff auf den Statusquo als tatsächlich erfolgt ansehen.“ Der Minister des Aeußern war nicht geneigt, den Zerfall der Türkei schon mit der einfachen Kriegserklärung in Verbindung zu bringen, sondern ihr nur eine nachträgliche Wirkung zuzuschreiben. Erst von der Stunde der erfolgten Auflösung an sollte die „Convention additionelle“ praktische Geltung erlangen. „Das war“ — schreibt Andrássy an Freiherrn von Langenau — „unser Gesichtspunkt in Reichstadt, er ist es noch jetzt.“

Tritt aber infolge der Ereignisse der Zerfall der Türkei und für die Monarchie somit auch die politische Notwendigkeit ein, an die Besetzung Bosniens und der Hercegovina zu schreiten, dann sollte deren Einverleibung keine provisorische, sondern eine dauernde sein. In dieser Beziehung bestehe, wie Andrássy hervorhob, ein großer Unterschied zwischen Bulgarien und Bosnien und der Hercegovina. Leicht könne Rußland nach Erfüllung seiner Mission ohne Nachteile für sein eigenes Ansehen Bulgarien wieder räumen. Denn dieses Land besitze alle Bedingungen zu einer unabhängigen Existenz. Auch unter einer neuen Gestaltung bliebe es doch noch immer Bulgarien.

Anders verhalte es sich dagegen mit Bosnien und der Hercegovina, denen es an allen Mitteln zu einem eigenen, abgesonderten Dasein mangle. Sich selbst überlassen, würden sie einerseits zu einem Gegenstand der Begehrlichkeit, andererseits zum Objekt der Bewerbung und Rivalität für diejenigen werden, die daselbst die Bildung eines großen südslawischen Reiches beabsichtigen — kurz, ein ewiger Herd revolutionärer Intrigen. Oesterreich-Ungarn, als Grenzmacht in erster Linie an dem Schicksal der zwei türkischen Provinzen interessiert, würde daher einen großen Fehler begehen, wenn es unterließe, hier einen dauernden Zustand zu schaffen.

* * *

Gorčakov, der den Anspruch erhob, die Fehde mit der Türkei nur als Beschützer der unterdrückten Christen aufgenommen zu haben, war nicht selbstlos genug, sein eigenes Vaterland zu vergessen. Sollte das Osmanische Reich zerfallen, so wollte sich auch Rußland, wie dies schon in Reichstadt vorgesehen worden, einen Anteil aus den Trümmern retten. In der „Convention addi-

tionnelle“ dürfe, wie es der Staatskanzler verlangte, nur von den europäischen Erwerbungen Rußlands die Rede sein. Da es in Asien nur auf Batum mit dem zugehörigen nötigen Landgebiet reflektierte,[1]) wünschte Gorčakov, daß von Besitzveränderungen in jenen Weltteilen keine Erwähnung in der zweiten Konvention geschehe. Der russische Staatsmann begründete dies damit, daß Rußland und Oesterreich-Ungarn in Asien gar keine Berührungspunkte hätten, es daher ganz allein dem Ermessen des Zaren überlassen bleiben müsse, selbst die Bestimmungen über dort erforderliche Grenzberichtigungen zu treffen. Seiner Ansicht nach habe man sich nur an den Geist der Konventionen zu halten, um auch dort den Grundsatz gegenseitigen Wohlwollens in der Abschätzung der wechselseitigen Interessen zu betätigen, wo Oesterreich-Ungarn und Rußland nicht in direkte Berührung miteinander geraten. Und nun verlangte der überaus schlaue Gorčakov die Aufnahme eines Paragraphen in die „Convention additionnelle“, dessen Befürwortung er einst bitter zu bereuen haben sollte und der ihm später viel Kummer und Sorge bereitete. Er lautet: „Die hohen vertragschließenden Mächte gehen die Verpflichtung ein, sich gegenseitig auf diplomatischem Gebiete zu unterstützen für den Fall, daß die territorialen Aenderungen, als Ergebnisse eines die Teilung oder Auflösung des Ottomanischen Reiches bewirkenden Krieges, Anlaß zu einer Kollektivberatung der Mächte geben sollten.“ [2])

Nach Verständigung über alle Punkte telegraphierte Andrássy am 17. März an den Botschafter in St. Petersburg: „Da nun zwischen uns, wozu ich mich aufrichtig beglückwünsche, die Uebereinstimmung vollkommen hergestellt ist, so steht nichts mehr der Unterzeichnung der additionellen Konvention im Wege.“ [3]) In der Tat wurde sie am 18. März 1877 in Wien unterzeichnet, wovon Franz Josef I. selbst den Zar auf telegraphischem Wege benachrichtigte. Der Kaiser gab bei dieser Gelegenheit dem innigen Wunsche Ausdruck, daß dieser Vertrag nie praktische Anwendung finden und es ihren gegenseitigen Bemühungen gelingen möge, den Frieden zu erhalten,[4]) was Graf Andrássy zur Bemerkung ver-

---

[1]) Gorčakov an Novikov, St. Petersburg, 26. Januar 1877. „Nous n'avons pas en vue d'autre annexion que celle de Batoum et d'un territoire adjacent nécessaire à une bonne délimitation.“

[2]) Gorčakov an Novikov, St. Petersburg, 26. Januar 1877.

[3]) Andrássy an Langenau, 17. März 1877.

[4]) Franz Josef I. an Alexander II., Wien, 18. März 1877. Ungedruckt.

anlaßte: „Beweis, daß Seine Majestät immer in erster Linie den Frieden gewünscht habe und nicht von Ländergier geleitet war." [1])

Franz Josef I. fühlte hohe Befriedigung darüber, daß die in den Konventionen niedergelegten Bestimmungen jede Möglichkeit eines Zerwürfnisses für jetzt und die Zukunft zwischen Rußland und der Monarchie auszuschließen schienen. In unbezweifelbarer Weise erfüllte sich, was der Artikel IX der ersten Konvention vom 15. Januar 1877 in Aussicht gestellt hatte, daß Oesterreich-Ungarns Einflußnahme auf die Friedensverhandlungen unangetastet zu bleiben habe.[2])

Für Andrássys Politik bedeutet die „Convention additionelle" den Kernpunkt seiner diplomatischen Erfolge. Ohne Schwertstreich und mit Vermeidung der Kosten einer Mobilisierung erwarb er für die Monarchie das Recht, daß sie bei einem Friedensschluß Rußlands mit der Türkei allen für Oesterreich-Ungarn schädlichen Territorialveränderungen ihre Zustimmung verweigere.[3]) Rußland hätte nur ein Wortbruch von der Erfüllung seines feierlich gegebenen Versprechens entheben können. Andrássy zog auch diese Möglichkeit in Betracht. Er sagte damals: Wenn die Russen den Vertrag halten, dann geraten sie in einen Krieg, der ihnen im besten Falle Bessarabien und in Kleinasien ein Stückchen Land sichert, in Europa knüpft es sie aber in allem an unsere Zustimmung. Sie dürfen auf dem Balkan keine russische Sekundogenitur begründen, noch unmittelbar dort ein Gebiet erwerben. Wenn sie dagegen den Vertrag nicht halten und uns zum bewaffneten Widerstand zwingen, so befinden sie sich im Falle eines Feldzuges mit uns in der denkbar schlimmsten militärischen Lage. Dann steht Rußland mit dem Kern seiner geschwächten Armee auf dem Balkan, durch unseren Einmarsch in Rumänien können wir sie von der Basis ihrer Operationen abschneiden, während England ihr mit

---

[1]) Eigenhändige Marginalnote Andrássys zu dem Konzept des Briefes des Kaisers vom 18. März 1877.

[2]) Der Artikel IX lautet: „Les conséquences de la guerre et les remaniements territoriaux qui résulteraient d'une dissolution éventuelle de l'empire ottoman seront réglés par une convention spéciale et simultanée."

[3]) Nichts entspricht weniger der Wahrheit, als wenn Gorjainov („Le Bosphore et les Dardanelles", S. 333) behauptet, daß Andrássy nur gewartet habe, damit die Monarchie ohne Risiko ihr Gebiet vergrößern könne; deshalb wünschte er auch der Konstantinopeler Konferenz, die den Krieg zwischen Rußland und der Türkei hätte verhindern können, keinen Erfolg. Bei Gorjainov leuchtet eben die Tendenz durch, Rußland stets in günstigster Beleuchtung zu zeigen.

seiner Flotte bei Konstantinopel Halt gebietet. Andrássy fügte noch hinzu: Die Geschichte könnte mir wohl den Vorwurf machen, daß ich nicht eine für Oesterreich-Ungarn so günstige Lage geschaffen habe. Demgegenüber aber betonte er, daß man nie einen Krieg für unvermeidlich halten dürfe, solange er nicht begonnen habe.[1]) Aus diesem Grunde, vertrauend auf die Loyalität und Rechtlichkeit Alexanders II., wollte er keinen Vertragsbruch zwischen Mächten für möglich halten, die einander in Verträgen Freundschaft für jetzt und für die Zukunft zugesagt hatten. Daher vermochte Franz Josef I. getrost dem Zaren zu schreiben, daß nicht nur er und Alexander II., sondern auch ihre Kinder sich Glück wünschen können zu einem Erfolge, der so sehr den Gefühlen der Freundschaft entspricht, die sie miteinander verbinde.[2])

Ungeachtet der in der Konvention vom 15. Januar für die Kriegführung abgesteckten Grenzen würden es Alexander und Gorčakov am liebsten gesehen haben, wenn sie, befreit von allen Einschränkungen, als Mandatare Europas hätten auftreten können, wie dies Gorčakov in der Zirkularnote vom 31. Januar 1877 beanspruchte. Allein die ersehnte Zustimmung der Großmächte erfolgte nicht. Als Rußland bei Lord Derby auf eine Antwort drängte, entgegnete dieser, man müsse vorerst noch abwarten, welche Folgen der sich in soeben Konstantinopel vollziehende Ministerwechsel haben werde. Dort war am 5. Februar 1877 der bisherige Großwesir Midhat Pascha, der Schöpfer und die Seele der neuen Verfassung, gestürzt worden. Ignatjev behauptete, daß er noch von Konstantinopel aus den bevorstehenden Fall Midhats, den er als eine „Null“ bezeichnete, nach Petersburg mit den Worten gemeldet hätte, daß er in 8 bis 15 Tagen beseitigt sein werde.[3]) Der Sultan haßte und fürchtete Midhat, aber er hatte ihn gewähren lassen, da man ihm sagte, die bloße Verkündigung der Verfassung werde genügen, die in der Konferenz versammelten Botschafter zu bewegen, ihre Reformforderungen entweder ganz fallen zu lassen oder doch bedeutend herabzumindern. Als sich Abdul Hamid um diese Hoffnung betrogen sah, hörte er auf die Einflüsterungen der Gegner Midhats, die ihn als Verschwörer schilderten, der nichts anderes im Sinne habe, als ihn entweder

---

[1]) Ludwig Dóczi: „Andrássy über einen russischen Krieg“, Neues Pester Journal, 7. März 1909.

[2]) Franz Josef I. an Alexander II. Ungedruckt.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 7. Februar 1877. Das erzählte Ignatjev dem Orczy während seines Aufenthaltes in Wien.

seinem Willen zu unterwerfen oder ihn genau so, wie er es schon mit einem Sultan gemacht, gewaltsam aus dem Leben zu schaffen.[1]) Mehr bedurfte es nicht für den mißtrauischen, fast an Verfolgungswahn leidenden Sultan, der aus Furcht vor Ermordung in allen Räumen seines Palastes elektrische Klingeln hatte anbringen lassen, um sofortige Hilfe zur Hand zu haben.[2]) Den Ausschlag zur Beseitigung Midhats soll jedoch die Mitteilung an den Sultan gegeben haben, der Großwesir stehe in geheimer Verbindung mit dem entthronten Murad und dem präsumtiven Thronfolger Reschad Efendi. Ob Midhat tatsächlich die Ermordung Abdul Hamids plante, dürfte bezweifelt werden. Doch scheint es gewiß, wie ihn dessen Edhem Pascha und Safvet Pascha beschuldigten, daß er den Sultan zu einem Automaten machen wollte, sich demselben gegenüber einer unehrerbietigen Sprache bediente und mit revolutionären Elementen Verbindungen unterhielt, um die Rolle eines Majordomus spielen zu können.[3]) Allein nie hätte es der überaus schwache, ängstliche Sultan gewagt, gegen den mächtigen Midhat vorzugehen, wenn er nicht auf den über die Armee unbedingt verfügenden Kriegsminister Redif Pascha und auf seinen sich bei der alttürkischen Partei großen Einflusses erfreuenden Schwager, den Palastmarschall Mahumed Dschelaleddin Damad Pascha hätte zählen können. Ahnungslos, mit strahlender und zuversichtlicher Miene nach rechts und links grüßend, fuhr der Großwesir am 5. Februar nach dem Palaste des Padischah, wohin man ihn unter dem Vorwand der Besprechung wichtiger Geschäfte berufen hatte. Hier ward ihm seine Absetzung verkündet und ihm befohlen, sich ohne Verzug auf einer für ihn bereitstehenden Jacht ins Ausland zu verfügen.[4]) Vor seinem Abgang in die Verbannung äußerte Midhat noch: Er sei wohl dessen sicher, einst zurückgerufen zu werden, aber daran zweifle er doch, ob er bei seiner Rückkehr noch den Thron und das Land an der alten Stelle finden werde.[5])

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 7. Februar 1877.

[2]) Dr. Busch (der nachmalige Unterstaatssekretär, der zu dieser Zeit, der kaiserlich deutschen Botschaft zugeteilt, in Konstantinopel weilte) an Bismarck, Pera, 26. Februar 1877.

[3]) Busch, Pera, 8. Februar 1877.

[4]) Dr. Busch, Pera, 5. Februar 1877. Die von Busch hinterlassenen und von Raschdau in der „Deutschen Rundschau", Bd. 141, veröffentlichten Aufzeichnungen stimmen oft fast wörtlich mit seinen gleichzeitigen Berichten nach Berlin überein.

[5]) Busch, Pera, 8. Februar 1877. Ueber den Sturz Midhats äußert sich dessen Sohn in seinem Buche „Midhat Pascha" sehr kurz.

Obgleich Midhat weder auf Bismarck noch auf Andrássy, als sie mit ihm in persönlichen Verkehr traten, den Eindruck eines hervorragenden Mannes machte,[1]) so war sein Sturz doch ein Ereignis von großer politischer Bedeutung. Mit seinem Falle wurden auch die Ideen begraben, als deren Vertreter er galt und die bereits starke Verbreitung gefunden. In Konstantinopel hörte man viele sagen, nun sei alles aus für sie, auch der letzte Versuch einer Besserung habe fehlgeschlagen, und somit sei ihr Schicksal besiegelt worden.[2])

Jedenfalls waren jetzt von den neuen Männern in Konstantinopel keine Reformarbeit und keine Aenderungen im Sinne der Beschlüsse der Botschafterkonferenz zu erwarten. Sollte sich Rußland bei weiterer Entwicklung der Dinge in solcher Richtung Hoffnung machen dürfen, doch endlich mit dem Mandate Europas betraut zu werden? Konnte es darauf rechnen, durch Ignatjev, der sich damals auf einer Rundreise zu den vornehmsten Höfen befand, die Bevollmächtigung hierzu für sein Vaterland zu erlangen? Nicht als direkter Abgeordneter seiner Regierung sollte Ignatjev auftreten. Man gab sich vielmehr den Anschein, als reise er gerade jetzt zufällig nach Paris, um dort einen Arzt wegen seines Augenleidens zu konsultieren. Diese Gelegenheit, ließ Gorčakov verbreiten, wolle man nicht ungenützt vorübergehen lassen und habe deswegen den bisherigen Botschafter in Konstantinopel ermächtigt, solche Aufklärungen zu geben, die den Kabinetten ihre Antwort auf die Zirkularnote vom 31. Januar erleichtern würden.[3]) Gorčakov scheint, wahrscheinlich auf höheren Befehl, seine Abneigung gegen den gefürchteten Rivalen überwunden zu haben, was als Zeichen dafür gelten kann, daß dem Staatskanzler schon um diese Zeit die Zügel der Macht zu entgleiten begannen.

Ignatjev war eine Erscheinung, die auf den ersten Blick durch ihr Aeußeres frappierte, ein Kopf, der sich tief in die Erinnerung einprägte, um daraus nicht mehr zu verschwinden.[4]) Von breitem Gesicht, starkem Kinn, stechenden, mehr listigen als klugen Augen und mit einem von stetem Lächeln umspielten Munde, gewährte der muskulöse Mann das Bild eines ungemein kräftigen und gleichzeitig sehr liebenswürdigen Russen. Ihn erfüllte nur ein Streben, dem er alles andere unterordnete: er wollte sich in Szene setzen.

---

[1]) Stolberg.

[2]) „Deutsche Rundschau", Bd. 141, S. 26.

[3]) „Das Staatsarchiv", Bd. 32, S. 115.

[4]) Przibram, „Erinnerungen", Bd. II, S. 37. Horace Rumbold, „Recollections of a diplomatist", Bd. II, S. 312.

Ignatjev verstand es auch, sich mit großem Selbstbewußtsein zur Geltung zu bringen. In seiner grenzenlosen Eitelkeit hielt er sich sogar in Rußland für die einzige Persönlichkeit, die über die Mittel verfüge, zerfahrene Zustände wieder ins rechte Geleise zu bringen. „Wenn wir“ — sagte er einmal — „in der Patsche sind, nimmt man stets zu mir Zuflucht, damit ich aus der Verlegenheit helfe.“ [1]) In hohem Grade besaß er auch die Gabe, an sich glauben zu machen, womit er, der sich gern sprechen hörte, eine unübertreffliche Meisterschaft in der Kunst der Ueberredung verband. Mit einer gewissen von ihm zur Schau getragenen gutmütigen Offenherzigkeit fiel es ihm nicht schwer, Menschen, wie den Konstantinopler Botschafter Grafen Franz Zichy, von der Stichhaltigkeit dessen zu überzeugen, was er sagte. Das war um so merkwürdiger, als ihm der Ruf vorausging, er kümmere sich nie um die Wahrheit, weshalb man ihn in Konstantinopel „Vater der Lüge“ oder „Menteur Pacha“ nannte.[2]) Es kostete ihn keine Ueberwindung, jeder Person gegenüber, mit der er zu tun hatte, eine andere Sprache zu führen, unbekümmert darum, ob später seine Zweideutigkeit ans Tageslicht kommen werde. Man mußte daher vor seinen geistsprühenden, blendenden Einfällen auf der Hut sein, um nicht von ihnen gefangen genommen zu werden, wie Fürst Chlodwig Hohenlohe, auf den Ignatjev den Eindruck machte, er sei aus dem Holze geschnitzt, aus dem in der Regel Reichskanzler gemacht werden.[3]) Weniger günstig dachte Andrássy von ihm, den er während seines Wiener Aufenthaltes gleichfalls zu faszinieren trachtete.[4]) Der Minister nahm ihn, wie er war: weder für den „guten Teufel“, als den ihn Staatsrat Giers hinzustellen suchte,[5]) noch für den überragenden Kopf, für den ihn viele hielten, der mit seiner Schlauheit Wunder zu wirken vermöge. In Andrássys Augen war Ignatjev ein geistreicher, unruhiger Blagueur, der vor allem das Bestreben hatte, eine Rolle zu spielen, mag darüber auch die Welt in Trümmer gehen. Ignatjev war kein Staatsmann von großem Blick. Trotz seines langjährigen

---

[1]) Graf Károlyi an Andrássy, Berlin, 31. März 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Richard Graf von Pfeil, „Neun Jahre in russischen Diensten unter Kaiser Alexander II.“, Bd. II, S. 22.

[3]) „Denkwürdigkeiten“ Hohenlohes, Bd. II, S. 209.

[4]) Baron Orczy an seine Mutter, 9. März 1877.

[5]) Legationsrat von Okolicsányi an Andrássy, St. Petersburg, 18. März 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

Verweilens in Konstantinopel hatte er keine Ahnung von den in der Türkei schlummernden Kräften. Für ihn, der ihr als geschworener Feind jeden Augenblick den Untergang prophezeite, war sie ein bereits halb verwester Staat, mit dem es gar nicht der Mühe lohnte, weiter zu rechnen.[1]) Bei solcher Denkungsart erscheint es begreiflich, daß er seine Regierung in den Krieg mit der Türkei hineingehetzt hatte, als in ein Abenteuer, das unschwer und rasch zu beendigen sein werde. Ihn trifft mit die Schuld, seinen Herrscher irregeführt und in eine Situation gebracht zu haben, aus der man dann gern leichten Kaufes herausgekommen wäre. Wieder aber versuchte Ignatjev mit seiner Ruhmredigkeit überall über den wahren Zustand hinwegzutäuschen und bei den Höfen den Eindruck zu erwecken, als wolle Rußland den Krieg um jeden Preis,[2]) was jedoch mit seinen wirklichen Aufträgen in Widerspruch stand. Sowenig er sich bei Andrássy in Ansehen zu setzen vermochte, ebenso geringen Anklang fand er bei Bismarck, der dem intriganten Russen nicht über den Weg traute.

Der deutsche Kanzler, der Ignatjevs Doppelnatur durchschaute, besorgte, er werde sich anders in Paris geben, als er sich in Berlin gezeigt, wie er denn tatsächlich die französischen Staatsmänner mit dem Gaukelbild einer französisch-russischen Allianz auf die Seite Rußlands zu ziehen trachtete.[3]) Keinen Augenblick wollte er daran glauben, daß der „reisende russische Botschafter" nur aus Gesundheitsrücksichten nach Paris gefahren sei, um dort einen Spezialisten für Augenleiden zu konsultieren.[4]) Vielleicht infolge von Andeutungen aus Berlin oder aus eigener Initiative richtete Gorčakov noch während Ignatjevs Anwesenheit daselbst ein in überschwenglichem Freundschaftston gehaltenes Telegramm an Bismarck. In demselben verwahrte sich der russische Staatskanzler aufs entschiedenste gegen den Verdacht, als ob Rußland in einer Deutschland unerwünschten oder gar gefährlichen Weise sich an Frankreich anschließen wolle. Vielmehr zog er gegen dasselbe los und zeigte sich bereit, es preiszugeben, welche Versicherungen Bismarck mit der Bemerkung abtat: „Das sind eben bloß

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 7. Februar 1877.

[2]) Andrássy an Károlyi, Wien, 27. März 1877. „Allseitiger Eindruck, den er (Ignatjev) hier hervorbrachte, war, daß Rußland im Grunde den Krieg will." K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 9. März 1877.

[4]) Graf Károlyi an Graf Andrássy, Berlin, 9. März 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

Worte, die man hinnehmen muß."[1]) Der deutsche Staatsmann wußte nur zu gut, daß Ignatjev sich nicht ganz ohne Einverständnis seiner Auftraggeber in Paris feiern lasse, wo ihn die immer von der Einbildung eines Ueberfalls geängstigten Franzosen als Retter aus der Gefahr vor Deutschland priesen.[2]) Nicht minder gab es Bismarck zu denken, daß in Petersburg deutschfeindlichen Personen hohe Posten verliehen wurden, was den Kanzler zur Aeußerung bewog, es sei doch besorglich, wenn in den einflußreichsten Stellen Gewicht an Gewicht sich gegen uns hänge.[3])

Noch ehe der Krieg begann, wollte Rußland sich mit England verständigen, um mit dessen Hilfe einen Druck auf die Türkei auszuüben. In London sollte ein von den sechs Großmächten unterfertigtes Protokoll zustande kommen, das die Pforte anzuerkennen hätte. Die Vorschläge, die Ignatjev für die Abfassung dieses Dokumentes überbrachte, waren im Grunde nichts anderes als eine verwässerte Auflage der Beschlüsse der Konstantinopeler Botschafterkonferenz. Die beiden wichtigsten Forderungen derselben: Zustimmung der Mächte bezüglich der Ernennung der Gouverneure und betreffs der europäischen Ueberwachungskommission, wurden fallen gelassen, um dadurch jede Deutung einer direkten Einmischung in die inneren Angelegenheiten zu entkräften. Dagegen sollte betont werden, daß die Mächte, falls die Türkei die zugesagten Reformen nicht durchführe, auf andere Mittel oder auf eine Aktion bedacht sein würden, die sie zur Erreichung ihres Zieles für nötig hielten.[4])

Einen der verfänglichsten Punkte der Vorschläge Rußlands bildete die Zumutung, daß die Türkei ihre Truppen auf den Friedensfuß setze. Sie entbehrte der Gegenseitigkeit, denn der Abrüstung Rußlands wurde mit keiner Silbe gedacht. Erst später, wenn die Pforte Frieden mit Montenegro geschlossen, die Ratschläge der Mächte erfüllt und abgerüstet habe, sollte in Peters-

---

[1]) Károlyi an Andrássy, Wien, 9. März 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 11. März 1877.

[3]) Bismarck an Schweinitz, 4. Februar 1877.

[4]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 9. März 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Die ursprüngliche Fassung nach der Mitteilung Ignatjevs in Berlin sollte lauten: „Les Puissances aviseraient à des mesures ultérieures" oder: „A l'action qu'elles jugeraient nécessaires." Vergleiche damit den Text im Londoner Protokoll vom 31. März 1877, abgedruckt im „Rotbuch" 1873—1877, S. 585.

burg mit einem eigens dahin zu entsendenden türkischen Spezialgesandten über die russische Abrüstung unterhandelt werden. Dieser Streit um die Priorität der gegenseitigen Niederlegung der Waffen erinnerte an das Vorgehen Oesterreichs und Preußens im Jahre 1866, das mit dem Zusammenstoß beider Mächte endete.

Von der Türkei hieß es wirklich Unmögliches fordern, wenn man ihr sagte, sie solle sich ihrer Kriegsmacht entledigen, während Rußland bis zu den Zähnen gewappnet verblieb. War es denn ausgeschlossen, daß das gerüstete Rußland die Demobilisierung seiner Heerscharen von Bedingungen abhängig machen könnte, die den Frieden vereitelten? Dann war die unbewaffnete Pforte rettungslos ihrem Gegner preisgegeben. Derartige Bedingungen standen in jedem Moment zur Verfügung. Vor allem bot sich eine solche in dem geforderten Friedensschluß mit Montenegro, das überhaupt ohne Erfüllung seiner Wünsche von seiten der Türkei nichts vom Ende des Kampfes hören wollte. Es hieß dem Sultan wirklich das Messer an die Kehle setzen, wenn man ihm sagte: Kein Friede, bis er sich nicht mit Montenegro auseinandergesetzt habe. Für dieses aber war die russische Bedingung ein Freibrief zur Durchsetzung all dessen, was es in seinem Interesse für gut und ersprießlich hielt.

Während Montenegro die größten Schwierigkeiten bereitete, hatte Serbien sich beeilt, in die ihm von Konstantinopel dargebotene Friedenshand[1]) bereitwilligst einzuschlagen. Auf eine bisher unaufgeklärte Weise war die serbische Regierung zur Kenntnis der geheimen Konvention vom 15. Januar gekommen, die, wie Andrássy vermutete, von Einfluß auf die Entschlüsse des Fürsten Milan gewesen.[2])

Es scheint, daß man in Belgrad fürchtete, ein Opfer der Verständigung zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn zu werden. Aus Vorsicht wurde doch noch vorerst nach Petersburg die Anfrage gerichtet, ob man dort für den Fall eines Krieges auf die Mitwirkung Serbiens rechne und ob Subsidien von seiten Rußlands zu gewärtigen seien. Als Gorčakov seine Antwort erst für einige Tage später in Aussicht stellte,[3]) erbat sich Milan die Ansicht

---

[1]) „Rotbuch“ 1873—1877, S. 541.

[2]) Graf Andrássy an Freiherrn von Langenau, Budapest, 24. Januar 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern. „Jedenfalls scheint mir die erwähnte Supposition mit dazu beizutragen, wenn, wie uns berichtet wird, Serbien zu direkten Friedensverhandlungen mit der Türkei hinneigt.“

[3]) Andrássy an Károlyi, Wien, 28. Januar 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

Andrássys, ob Oesterreich-Ungarn etwas gegen direkte Verhandlungen einzuwenden hätte. Der Minister erklärte, dagegen keinen Einspruch zu erheben. Ihn leitete hierbei die Erwägung, worin ihm auch Deutschland zustimmte,[1]) daß ein serbisch-türkischer Friede Milan doch nicht hindern würde, dem ersten Rufe Rußlands zu den Fahnen zu folgen. „Für die weitere Entwicklung" — sagt Andrássy — „erscheint mir demnach die Frage des Zustandekommens oder Nichtzustandekommens des Separatfriedens wesentlich bedeutungslos." [2]) Als nun auch Gorčakov ausweichend antwortete und es der eigenen Einsicht Milans anheimstellte, auf die türkischen Vorschläge einzugehen oder nicht,[3]) entschloß man sich in Belgrad, wo man ohnehin längst des Krieges überdrüssig war, mit Konstantinopel am 28. Februar seinen Frieden auf der Grundlage des Status quo ante bellum zu machen.[4])

Nachdem so ein Stein des Anstoßes beseitigt war, bemühte sich Andrássy, auch auf Montenegro einzuwirken, daß es dem Beispiel Serbiens folge. Wahrscheinlich rieten Weisungen aus St. Petersburg dem montenegrinischen Fürsten, auf die türkischen Friedenspropositionen nicht einzugehen. Fürst Nikita legte das Hauptgewicht auf die Erwerbung von Niksić-Duga und des rechten Ufers der Morača,[5]) während die Türken behaupteten, daß sie damit einen Stützpunkt der jetzigen Verteidigungslinie gegen Montenegro verlören.[6])

Andrássy, der es von allem Anfang an als einen schweren Fehler betrachtete, die ganze Abrüstungsfrage vom Verhalten Montenegros abhängig zu machen,[7]) bot alles auf, um Nikita zur Nachgiebigkeit zu bewegen, konnte er doch jetzt außer Niksić alles erreichen, was er verlangte. Unter den kriegführenden Teilen war er der einzige, der aus der zweijährigen Krise mit Gewinn hervorzugehen vermochte. Alles Zureden erwies sich als vergeblich, und so schwebte das Protokoll in der Luft, das zum Zwecke der Friedensstiftung zwischen Lord Derby und dem Grafen Šuvalov am 31. März in London zustande gekommen war.

---

[1]) „Rotbuch" 1873—1877, S. 541.

[2]) Andrássy an Károlyi, Wien, 28. Januar 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) „Rotbuch" 1873—1877, S. 544.

[4]) Ibidem, S. 564 und 567.

[5]) Ibidem, S. 567.

[6]) Ibidem, S. 569.

[7]) Ibidem, S. 585.

Graf Andrássy war eifrig an der Arbeit gewesen, um eine Verständigung zwischen den zwei Großmächten herbeizuführen, von deren Annäherung allein ein Druck in versöhnendem Sinne auf die Pforte erwartet werden konnte. Er hatte Ignatjev seine Dienste zu einer Vermittlung in London angeboten.[1]) Denn Andrássy war überzeugt, daß man in Petersburg, wenn eine goldene Brücke zu einem nicht demütigenden Rückzuge geboten werde, gerne das Schwert in der Scheide lassen möchte.[2]) Nachrichten, die ihm von verschiedenen Seiten über die in Petersburg herrschende Stimmung zukamen, bestärkten ihn in seiner Auffassung. Großfürst Wladimir hatte in Berlin kein Hehl daraus gemacht, daß das Petersburger Kabinett zwischen Krieg und Frieden schwanke. Als Militär, sagte er, teile er das Gefühl der Armee, die den Krieg so bald als möglich begonnen sehen möchte. Andererseits müßte er auch bekennen, daß innere politische und finanzielle Schwierigkeiten wie auch eine starke friedliche Stimmung im Volke von einem Feldzuge abmahnen.[3]) Die sozialen Verhältnisse boten in der Tat ein erschreckendes Bild. Sie konnten zu einer Umwälzung alles Bestehenden führen, wenn der Zar aus einem Kriege nicht als Sieger heimkehrte. „Es ist unglaublich," — heißt es in einem Briefe aus Petersburg an Andrássy —, „in welchem Umfange der Nihilismus in jeder Schichte der Gesellschaft verbreitet ist. Keiner glaubt, hofft und liebt hier, jeder fürchtet, haßt oder ist vielmehr neidisch auf den anderen. Selbst das nationale Gefühl ist nur negativ stark im Moskoviten — Vaterlandsliebe, Pflichtgefühl, Aufopferungsbereitwilligkeit eifern niemand an. Der weitestgehende Sozialismus — — — findet hier reiche Nahrung in dem großen Heere der bureaukratischen und plutokratischen Parvenüs, die jeden Fehler der Aristokraten übertreiben, ohne auch nur eine einzige Tugend derselben zu besitzen oder eine ihrer Pflichten zu erfüllen."[4]) Andrássy wußte ferner, daß Alexander II., wie ihm Freiherr von Langenau telegraphierte, sein möglichstes tue, um den Frieden zu erhalten, freilich immer unter der Bedingung, daß er in einer für seine Ehre nicht abträglichen Weise abrüsten könne. Auch Gorčakov ward nicht müde, seine Friedensliebe zu beteuern. Dazu schien ihn vor allem die heikle Situation zu drängen, in der

---

[1]) Andrássy an Károlyi, 27. März 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.
[2]) Ibidem.
[3]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 29. Januar 1877. Ibidem.
[4]) Okolicsányi an Andrássy, Petersburg, 18. März 1877. Gräfl. Andrássysches Archiv.

er sich befand. Ihm schrieben seine Gegner die herrschende Verwicklung zu und trachteten ihn um jeden Preis aus seiner Stellung zu verdrängen. Der russische Staatskanzler sprach wohl davon, daß er seine Demission geben wolle, was Freiherr von Langenau mit Recht für „Komödie" erklärte. Andererseits suchte er wieder seine Feinde mit der flehentlich vorgebrachten Bitte zu entwaffnen, sie mögen ihm nur gestatten, die Krise zu schlichten, damit er nicht jetzt wie ein Schiffbrüchiger vom Schauplatz verschwinde — immer von dem Gedanken beseelt, nach Herstellung der Ordnung erst recht nicht zu gehen.[1]) Traute ihm Andrássy auch nicht, so war er doch der Meinung, daß, Gorčakov inbegriffen, die Russen froh wären, wenn sie ohne Krieg aus der Klemme herauskommen könnten.[2]) Diese Ueberzeugung schien er auch aus der politischen Lage zu schöpfen, die für Rußland nichts weniger als ermunternd war. Ohne Vertrauen zu Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reich, fürchtete man in Petersburg die Engländer. Aus Angst vor Deutschland wagte die russische Regierung kein eigentliches Freundschaftsbündnis mit Frankreich einzugehen, es blieb ihr höchstens noch Italien, das sie gegen uns als Hilfsgenossen verwenden konnte.[3])

Im Gegensatze zu Andrássy enthielt sich Bismarck jeden Schrittes, der als Vermittlung zwischen Rußland und England gedeutet werden konnte. Er sagte, daß hierdurch die Gegensätze nur verschärft werden könnten.[4]) Andrássy bezweifelte das.[5]) Der wahre Grund von Bismarcks Zurückhaltung lag auch nicht in dieser Besorgnis. Der Reichskanzler wollte gar nicht den Ausbruch des Krieges verhindern. Er befürchtete vielmehr immer, daß das „eiternde nationale Gift", wie er sich ausdrückte, wenn es keinen Abfluß nach der Türkei hin fände, auf Oesterreich-Ungarn, d. h. auf Deutschland übertragen werden könnte.[6]) Bis-

---

[1]) Okolicsányi an Andrássy, Petersburg, 18. März 1877. Gräflich Andrássysches Archiv.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 27. März 1877.

[3]) Okolicsányi an Andrássy, Petersburg, 5. April 1877. Gräflich Andrássysches Archiv.

[4]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 29. März 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[5]) Ibidem. Andrássy versah die Mitteilung Károlyis mit einem Fragezeichen.

[6]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 17. Februar 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Siehe auch: L. Raschdau, „Die Botschafterkonferenz", „Deutsche Rundschau", Bd. 141, S. 207—208.

marcks innerem Gefühle widerstrebte es daher, zur Verhütung des Krieges mitzuhelfen. Er sollte zwischen Rußland und der Türkei lokalisiert werden, um den Russen jede Gelegenheit zu nehmen, späterhin ihre Waffen gegen Deutschland zu kehren. Ein orientalischer Krieg, kalkulierte Bismarck, müßte notwendigerweise Rußland für lange Zeit von einer französischen Allianz ablenken.[1]) All das, meinte er, lasse sich nicht öffentlich aussprechen.[2])

Hatte Bismarck noch vor einigen Monaten dem Berliner russischen Botschafter Oubril gegenüber die Aeußerung getan: Rußland solle, falls dem Kriege nicht auszuweichen wäre, denselben so rasch wie möglich beginnen,[3]) so wollte er nunmehr den Ereignissen gegenüber volle Objektivität beobachten. Jetzt vermied er es, einen Druck auszuüben oder einen Rat zu erteilen, um nicht als für oder gegen Rußland eingenommen zu erscheinen.[4]) Bismarck war nur bereit, dem Londoner Protokoll beizutreten, weit mehr „zur Beruhigung des Gewissens" als in der Absicht, sein Scherflein zu einem friedlichen Erfolge beizutragen.[5])

Das Londoner Protokoll, das von vornherein an inneren Widersprüchen krankte, mußte ohne jede Wirkung auf die friedliche Lösung bleiben. Wie Rußland seine Unterschrift an haltlose Bedingungen geknüpft, so unterzeichnete auch Lord Derby nur unter dem Vorbehalte, daß das Protokoll, wofern es nicht zu gegenseitiger Verständigung zwischen Rußland und der Türkei käme, für null und nichtig anzusehen sei.[6]) Andrássy hatte ja sofort, gleich Bismarck, den wunden Punkt des Protokolles erkannt. Allein, nachdem England und Rußland sich auf dieser Basis geeinigt, blieb ihm nichts anderes übrig, als zuzustimmen und Graf Beust zum Beitritt zu ermächtigen. „Unter solchen Verhält-

---

[1]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 3. Februar 1877. Gräflich Andrássysches Archiv. Hier bezieht sich Károlyi auf sein Schreiben vom 5. Januar 1877, das mir nicht vorliegt.

[2]) Idem ad eundem, 9. März 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Idem ad eundem. Berlin, 3. Februar 1877. Gräflich Andrássysches Archiv. Hier wiederholt Károlyi diesen Ausspruch, den er bereits am 5. Januar übermittelt hatte.

[4]) Idem ad eundem, Berlin, 9. März 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[5]) Ibidem.

[6]) „Rotbuch" 1873—1877.

nissen“ — telegraphierte er an Graf Károlyi nach Berlin — „haben wir jede Aktion unsererseits als gegenstandslos bezeichnet und dies mit dem Ausdruck unserer Befriedigung über das erzielte Einverständnis in Petersburg aussprechen lassen.“[1]) Er hielt es auch für nötig, der Pforte sagen zu lassen, daß durch das Londoner Protokoll weder ihrer Würde noch ihrer Unabhängigkeit Eintrag geschehe. Oesterreich-Ungarn, fügte er hinzu, lege das größte Gewicht darauf, daß das „friedliche Ziel der nach so vielen Schwierigkeiten zustande gekommenen Einigung“ nicht durch das Verhalten der Türkei vereitelt werde.[2]) Andrássy war nicht wenig erstaunt, zu vernehmen, daß sowohl der Minister des Aeußern, Safvet Pascha, wie auch der türkische Ministerrat das Londoner Protokoll wie eine ihnen angetane Erniedrigung empfanden. „Wenn die Pforte bedenkt,“ — telegraphierte er an den in Konstantinopel zurückgebliebenen Geschäftsträger, Freiherrn von Herbert — „daß sie die Wünsche der europäischen Konferenz zurückwies, und daß nach diesem Refüs Europa sich begnügt, dasjenige zu verlangen, was sie selbst zugestanden hat, so muß sie einsehen, daß hierin nichts liegt, was ihrer Würde und Unabhängigkeit im geringsten naheträte.“[3]) Vergeblich warnte der österreichisch-ungarische Minister die Pforte, daß sie allein bei einer etwaigen Ablehnung die Verantwortung für die Gefährdung des europäischen Friedens zu tragen haben werde.[4]) Safvet Pascha betrachtete das Protokoll als ein in contumaciam gefälltes Urteil, mit dessen Annahme die Türkei für immer ihrer Unabhängigkeit entsagt hätte.[5]) Der türkischen Regierung wollte es nicht einleuchten, warum man eigentlich von ihr, die nicht den Streit gesucht, verlange, daß sie als erste die Demobilisierung anordne. Die Unterwerfung unter eine solche Bedingung würde sie ganz gewiß nicht nur in den Augen des türkischen Volkes, sondern ganz Europas ins Unrecht setzen; mit Grund könnte dann auch behauptet werden, die Türkei sei der provozierende Teil gewesen. Es war somit nicht so sehr das Protokoll als die demselben von Rußland hinzugefügte Er-

---

[1]) Andrássy an Károlyi, 29. März 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) „Rotbuch“ 1873—1877, S. 587.

[3]) Ibidem, S. 589.

[4]) Ibidem, S. 590.

[5]) Memoiren des Said Pascha, 1911. Herr Custos-Adjunkt der k. k. Hofbibliothek Dr. Friedrich von Kraelitz hatte die Freundlichkeit, mir diese Stelle aus den türkisch geschriebenen Memoiren Said Paschas zu übersetzen.

läuterung, die die Gemüter in Konsatntinopel erregte. Insbesondere reizte zum Widerspruch die Vorbedingung des Friedensschlusses mit Montenegro und die Reserve, für den Fall der Wiederholung von Massakern, russischerseits die begonnene Abrüstung sofort einstellen zu dürfen. Nach türkischer Auffassung müßte eine solche Klausel als Prämie für die Insurgenten gelten. „Wie könnten wir" — meinte Safvet Pascha — „bei aller Voraussicht es verhindern, daß nicht etwa in irgendeinem Teile des Reiches Unruhen ausbrechen, zu deren Bewältigung wir Gewaltmaßregeln anwenden müßten? Da wäre gleich der Anlaß geboten, uns Massaker vorzuwerfen, den Russen aber der Vorwand, ihre Abrüstungen einzustellen." [1]) Nach diesen Aeußerungen konnte kein Zweifel mehr über die Entschlüsse der türkischen Regierung herrschen. In einem Zirkulare vom 10. April an die Großmächte erklärte sie denn auch, daß sie das Londoner Protokoll vom 31. März mit seinem die Hoheit des türkischen Staates beleidigenden Inhalt als nicht existierend betrachte.[2]) Andrássy bezeichnete die türkische Antwort als äußerst unvernünftig und ungeschickt.[3])

Die Hauptfrage war nun: Welchen Eindruck wird das Zirkular vom 10. April in Petersburg hervorrufen? Novikov ließ durchblicken, seine Regierung werde dasselbe mit der Kriegserklärung beantworten.[4]) Bechtolsheim, Werder, Schweinitz, kurz alle fremden Persönlichkeiten, die mit Alexander II. in Berührung kamen, waren schon seit der Unterfertigung des Londoner Protokolls überzeugt davon, daß der Krieg unvermeidlich sei.[5]) Von Mißtrauen gegeneinander erfüllt, hatten Šuvalov und Derby es vereinbart. Die englischen Minister hegten gerade infolge der russischen Klauseln schwere Bedenken gegen die Aufrichtigkeit der von russischer Seite an den Tag gelegten friedlichen Gesinnungen.[6]) In Petersburg dagegen zürnte man auf das englische Kabinett, weil es die Frage der gegenseitigen Abrüstung zu einer der vornehmsten Bedingungen der Verständigung gemacht hatte. Empört hierüber,

---

[1]) „Rotbuch" 1873—1877, S. 591.

[2]) Das Zirkular vom 10. April ist abgedruckt im „Rotbuch" 1873—1877, S. 599—603.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 12. April 1877, und „Rotbuch" 1873—1877, S. 605.

[4]) Ibidem.

[5]) Okolicsányi an Andrássy, Petersburg, 5. April 1877. Gräflich Andrássysches Archiv.

[6]) Baron Orczy an seine Mutter, 22. März 1877.

sagte Alexander II. voll tiefer Erregung: „Man behandelt uns ja in London wie die Türken.“ [1]) Langenau wußte aus der russischen Hauptstadt zu berichten, daß dort, noch ehe das türkische Rundschreiben vom 10. April erlassen worden, plötzlich ein Umschlag zugunsten des Krieges stattgefunden und selbst der Zar den Frieden nicht mehr zu wünschen scheine.[2]) Nicht zum geringsten Teile fachte Ignatjev die Kriegslust an. Verdrossen darüber, daß man ihn gar nicht in London hatte sehen wollen und er von seiner europäischen Rundreise ohne jeden Erfolg heimkehren mußte,[3]) trachtete er auf alle Weise den Triumph Šuvalovs zu gefährden. Sich vergnügt die Hände reibend und voll Befriedigung darüber, daß es ihm gelungen, den Zaren von der Unmöglichkeit der Erhaltung des Friedens zu überzeugen, sah man Ignatjev durch die Straßen Petersburgs eilen, Freunden und Bekannten zurufend: „Endlich sind wir so weit, eine Umkehr ist unmöglich.“ [4]) Gorčakov, der immer zwischen Krieg und Frieden schwankte und dem die neue Wendung nicht behagte, zeigte sich, wie ein Zeitgenosse bemerkt, aller Welt gegenüber „grandig“.[5])

In diese, einem Waffengang sehr günstige Stimmung fiel die Nachricht von der Ablehnung des Londoner Protokolles durch die Pforte. Trotzdem schien es, als ob noch im letzten Augenblicke erneuerte Versuche zur Verhütung der Feindseligkeiten erfolgen sollten. Mancherlei Anzeichen sprachen dafür, daß der russische Staatskanzler noch einmal die Großmächte zu einem Kollektivschritte bei der Pforte als allerletzte Warnung veranlassen und bei diesem Vorgang die Rolle des Vermittlers dem Grafen Andrássy zumuten wolle.[6]) Auch die Türkei wünschte eine förmliche Mediation der Großmächte auf Grundlage des VIII. Artikels des Pariser Vertrages. Der französische Minister des Aeußern, Herzog Decazes, wäre gleichfalls bereit gewesen, dieser Anregung Folge zu leisten. Graf Andrássy hingegen verspürte keine Lust, die Rolle eines Vermittlers zu spielen. Er besorgte, daß ein solches

---

[1]) Okolicsányi an Andrássy, Petersburg, 5. April 1877. Gräflich Andrássysches Archiv.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 8. April 1877.

[3]) Idem ad eundem, 7. November 1877.

[4]) Okolicsányi an Andrássy, Petersburg, 5. April 1877. Gräflich Andrássysches Archiv.

[5]) Ibidem.

[6]) Baron Orczy an seine Mutter, 12. April 1877.

Vorgehen nach der Ablehnung des Londoner Protokolles nicht nur kein erfreuliches Resultat ergeben werde, sondern eher Meinungsverschiedenheiten erzeugen könnte, die die Lokalisierung des Krieges erschweren würden.[1]) In dieser Ansicht, die auch Fürst Bismarck teilte,[2]) bestärkte ihn sein letzthin in vertraulicher Form unternommener Mediationsvorschlag in Petersburg. Er hatte den Antrag gestellt, die Mächte sollten der Pforte die Entsendung eines mit Vollmachten zu Verhandlungen über die Abrüstungen versehenen türkischen Würdenträgers an den Zaren anraten, der diesen während seines Aufenthaltes in Kišenev nach alter Gepflogenheit im Namen des Sultans zu begrüßen hätte.[3]) Allein gleichwie ein zur selben Zeit von Italien in Konstantinopel angestrebter Ausgleichsversuch im Sand verlaufen war,[4]) erntete auch Graf Andrássy keinen Erfolg. Gorčakov antwortete, es sei zu spät zu einem solchen Ratschlage, der zu nichts mehr führen könnte.[5])

Es war in der Tat zu spät. Die Diplomatie hatte sich vergebens bemüht, den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhüten. Sie sprach ihr letztes Wort, als Gorčakov am 24. April in Konstantinopel den Kriegszustand zwischen Rußland und der Türkei ankündigen ließ.[6]) Von nun an blieb die Lösung des Streites den Kanonen überantwortet.

Noch ehe jedoch russische Truppen den Befehl zum Vormarsch erhielten, suchte Alexander noch einmal Oesterreich-Ungarn in feierlicher Weise an die Verständigung mit Rußland zu erinnern. Am 19. April richtete er an Franz Josef I. folgende Worte: Für die ganze Welt ist es von Interesse, daß der Krieg kurz sei; er hoffe, daß sich nichts von außen her ereignen werde, um seine Aktion zu hemmen; die Abmachungen mit dem Kaiser bürgen ihm dafür. Alexander sagte weiter, er rechne auf die Freundschaft Franz Josefs, um durch Taten ihr gutes Einvernehmen zu beweisen, das sowohl für die Gegenwart wie für die Zukunft noch enger zu knüpfen und zu konsolidieren

---

[1]) „Rotbuch" 1873—1877, S. 606.

[2]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 15. April 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Andrássy an Langenau, 18. April 1877. Gräflich Andrássysches Archiv.

[4]) Baron Orczy an seine Mutter, 22. April 1877.

[5]) Graf Andrássy an Károlyi, 23. April 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Dieses Schreiben enthält noch den Passus, daß der Ratschlag zu nichts führen könnte. Rotbuch 1873—1877, S. 606.

[6]) „Rotbuch" 1873—1887, S. 607.

ihm am Herzen liege.[1]) Hierauf erwiderte der Kaiser, daß es mit Rücksicht auf die herrschenden Verhältnisse keine leichte Sache sei, eine Uebereinstimmung zwischen den Interessen Oesterreich-Ungarns und Rußlands zu erzielen. Doch sei es gelungen, die Grundlagen für die Zukunft zu legen, und das gegenseitige Vertrauen, das beide Herrscher bei ihren Abmachungen beseelte, bürge für deren glückliche Ausführung.[2]) Alexander II. bereitete der Brief Franz Josefs I., in dem dieser nochmals die Versicherung erteilte, sich nicht nur an den Buchstaben, sondern auch an den Geist der Konvention vom 15. Januar zu halten,[3]) eine, wie er sagte, „wahrhafte Befriedigung". Der Kaiser könne — heißt es noch in der Antwort — ebenso auf seine Freundschaft zählen wie er auf die Franz Josefs zähle.[4])

* * *

Gerade inmitten der Sorgen, die die orientalischen Wirren Andrássy bereiteten, kam eine das größte Aufsehen erregende Nachricht aus Berlin, die den Minister des Aeußern sehr bestürzt machte. Aus der deutschen Hauptstadt wurde gemeldet, Fürst Bismarck habe um seine Entlassung oder wenigstens um Enthebung von der Leitung der Geschäfte für längere Zeit gebeten. Oft schon angekündigt und ebenso oft ungläubig aufgenommen, schien es damit jetzt wirklich ernst werden zu wollen.[5]) Die am politischen Horizont sich zeigende Möglichkeit einer Aenderung in der Führung der äußeren Angelegenheiten Deutschlands dünkte Andrássy von solcher Wichtigkeit, daß er seine zum Zwecke der Erholung beschlossene Abreise von Wien für einige Tage verzögerte und im Palais am Ballplatze die Entwicklung der ministeriellen Krise im Reichskanzleramt abwarten wollte.[6])

Für Andrássy, der bisher mit Bismarck in allen bedeutenderen politischen Fragen einverständlich vorgegangen war und sich mit dem Reichskanzler in vollster Harmonie befand, konnte es nicht gleichgültig sein, wer der Nachfolger Bismarcks sein werde,

---

[1]) Alexander II. an Franz Josef I. Petersburg, 7./19. April 1877. Ungedruckt.

[2]) Franz Josef I. an Alexander II. Wien, 29. April 1877. Ungedruckt.

[3]) Ibidem.

[4]) Ibidem.

[5]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 3. April 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[6]) Baron Orczy an seine Mutter, 3. April 1877.

wenn dieser wirklich auf seinem Rücktritte beharren sollte. Mit begreiflicher Spannung horchte er auf die Mitteilungen, die ihm Graf Károlyi aus Berlin zukommen ließ. Seit langem schon bekümmerte ihn der nervöse Zustand Bismarcks, der in jüngster Zeit sich derart verschlimmert hatte, daß er erst in den frühesten Morgenstunden, und auch dann ohne körperliche Kräftigung, Schlaf fand. Die Nacht verbrachte er in großer Unruhe und Aufregung. In den schlaflosen Nächten mußte er immer jemand um sich haben, und wie man sich erzählte, soll eben deshalb, um ihm zu dieser Zeit Gesellschaft zu leisten, sein Sohn Graf Herbert von der Wiener deutschen Botschaft nach Berlin berufen worden sein.[1]) Graf Károlyi wollte erfahren haben, daß über Bismarcks Zustand ein zwölf Seiten langes offizielles ärztliches Gutachten erstattet wordeh sei, das zu dem Schlusse gelangte: Bei weiterer Andauer der durch sein jetziges Geschäftsleben hervorgerufenen überaus nervösen und reizbaren Stimmung sei der Reichskanzler der Gefahr ausgesetzt, entweder verrückt zu werden oder bald sterben zu müssen.[2])

Doch war es nicht bloß die Angst, wie Bismarck zum Grafen Károlyi sagte, seinem mindestens täglich zehn Stunden in Anspruch nehmenden Amte nicht mehr körperlich genügen zu können, was ihn bewog, aus dem Dienste scheiden zu wollen.[3]) Einen ebenso großen Anteil daran hatten die Reibungen mit höchstgestellten Persönlichkeiten des Hofes, insbesondere mit der Kaiserin Augusta. Sein durch Ueberbürdung gereiztes Gemüt scheint ihn die Vorgänge in der unmittelbaren Umgebung des Kaisers in schwärzerem Lichte haben sehen lassen, als sie es in Wirklichkeit waren. Was andere wahrscheinlich höchstens als Unannehmlichkeit empfunden hätten, galt ihm als ernste und unerträgliche Widerwärtigkeit.[4]) Zumal der Kulturkampf, der ihn überall Feinde wittern ließ, brachte ihn in eine schiefe Stellung zur Kaiserin, die aus ästhetischer Neigung und Vorliebe für die Pracht des Katholizismus mit des Reichskanzlers Härte gegen die katholische Kirche nicht einverstanden war und sich daher bemühte, ihren kaiserlichen Gemahl gegen Bismarcks Pläne einzunehmen.[5]) Das war dem

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 3. April 1877.

[2]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 15. April 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[3]) Idem ad eundem, 3. April 1877. Ibidem.

[4]) Károlyi an Andrássy, 3. April 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[5]) Ueber Bismarcks Verhältnis zur Kaiserin Augusta dessen „Gedanken und Erinnerungen", Bd. II, Kap. 26 und 32.

Reichskanzler, der solche Machtbefugnisse für sich wünschte, die ihn zum unbestrittenen Herrscher des politischen Terrains hätten erheben sollen, höchst widerwärtig. Er war daher entschlossen, sich in Zukunft gegen die Einflüsse der Kaiserin zu schützen, zumal er doch, wie er sagte, vom Kaiser nicht verlangen könne, daß er sich von seiner Frau scheiden lasse.[1]) Unter „Sichschützen" verstand Bismarck die Entfernung aller jener Persönlichkeiten vom Hofe, von denen er annahm, daß die Kaiserin sie als Hebel gegen seine Stellung benutze.[2]) Es war noch immer zweifelhaft, ob er selbst nach Erlangung genügender Bürgschaften gegen das von ihm vermutete Intrigenspiel auf seinem Posten werde verharren wollen. In seiner „morosen und verbissenen" Stimmung[3]) zeigte der „müde Jäger", wie er sich selbst nannte,[4]) keine Neigung, die schwere Verantwortung, die auf seinen Schultern lastete, noch weiter zu tragen. Kaiser Wilhelm befolgte seinem Reichskanzler gegenüber die Taktik, den ersten Ansturm von dessen Verstimmung und Verbitterung vorübergehen zu lassen, um ihn durch „passive Resistenz" zu einer Aenderung seines Vorhabens zu bewegen. Der Deutsche Kaiser ließ sich hierbei von der ihn gewiß in hohem Grade adelnden Ueberzeugung leiten, daß er Bismarck weder entbehren wolle noch könne.[5]) Dieser Entschluß fällt um so schwerer ins Gewicht, als der Kaiser ihn gegen wahrscheinlichst von der Kaiserin Augusta angeregte Einflüsse geltend zu machen hatte, die ihn um jeden Preis zur Annahme des Entlassungsgesuches Bismarcks bestimmen wollten.[6]) Der Kaiser blieb unerschüttert und setzte dem Fürsten seinen Standpunkt auseinander. Wie man sich in eingeweihten Kreisen erzählte, soll es infolge dieser Darlegung, in deren Verlauf selbst das Wort „Abdankung" ausgesprochen wurde, zwischen Kaiser und Kanzler zu ergreifenden und rührenden Szenen gekommen sein.[7]) Noch ehe jedoch über das Verbleiben Bismarcks an der Spitze der auswärtigen Geschäfte Gewißheit herrschte, mußte Andrássy immer mit der Möglichkeit eines Nachfolgers für den

---

[1]) Károlyi an Andrássy, 15. April 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.
[2]) Ibidem.
[3]) Ibidem.
[4]) Hahn, „Fürst Bismarck", Bd. 3, S. 320. Tiedemann, a. a. O., Bd. II, S. 108.
[5]) Károlyi an Andrássy, 15. April 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.
[6]) Ibidem.
[7]) Ibidem.

Reichskanzler rechnen. Große Beruhigung gewährte es ihm schon jetzt, als Károlyi aus Berlin zu melden wußte, daß man an den Wiener Botschafter Grafen Stolberg als Ersatzmann für Bismarck denke, und überdies Bülow, der Staatssekretär im Auswärtigen Amte, erklärt habe, in der Leitung der äußeren Politik werde, wofür schon er bürge, auch weiterhin derselbe Geist der herrschende sein wie bisher.[1]) Schon die Worte Bülows, über den er äußerte, daß er ihm bei einer persönlichen Berührung in kritischer Situation so viel Vertrauen als Sympathie eingeflößt habe,[2]) erfüllten Andrássy mit großer Befriedigung. Unverhohlenen Ausdruck aber gab er seiner Freude über die Botschaft, daß die ganze Krise ihre Lösung in einer zeitlichen Beurlaubung Bismarcks gefunden habe. „Ich kann mir nur," schrieb er jetzt an Graf Károlyi, „Glück wünschen, daß die ursprüngliche Absicht des Fürsten, von seinem Posten zu scheiden, sich nicht verwirklicht hat und die Angelegenheit in so günstiger Weise geordnet wurde. Nicht nur ich," fügte er hinzu, „sondern auch Seine Majestät, unser allergnädigster Herr, waren davon aufs freudigste berührt."[3])

Im Anblicke des bevorstehenden Kampfes zwischen Rußland und der Türkei, der leicht in einen europäischen Krieg ausarten konnte, war es in der Tat von entscheidender Bedeutung, daß in Berlin an der Spitze der auswärtigen Geschäfte der Mann verblieb, zu dessen politischen Grundsätzen die Freundschaft mit Oesterreich-Ungarn gehörte und dem nichts mehr am Herzen lag, als nur Hand in Hand mit Graf Andrássy die Leitung der auswärtigen Politik zu führen. Solange Bismarck Reichskanzler war, konnte man sicher sein, daß es Rußland nie möglich sein werde, der Monarchie einen tödlichen Stoß zu versetzen. Es bildete nur ein Echo der von Berlin nach Wien gelangten Versicherungen, wenn jetzt Andrássy den Grafen Károlyi mit der Mission betraute, dem deutschen Kabinette zu sagen, daß er die von diesem bekundete Offenheit ehrlich erwidere und alles aufbieten werde, um die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland zu erhalten und zu pflegen.[4])

---

[1]) Károlyi an Andrássy, 15. April 1877. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Andrássy an Károlyi, Terebes, 14. Mai 1877. Ibidem. Die Begegnung Andrássys mit Bülow dürfte im Mai 1876, als das Berliner Memorandum zustande kam, stattgefunden haben.

[3]) Ibidem.

[4]) Ibidem.

Andrássy hatte den politischen Schatz Oesterreich-Ungarns um ein kostbares Gut vermehrt, als er ihn in einer der gefährlichsten Krisen für die Monarchie mit der Freundschaft Deutschlands bereicherte. Gorčakov freilich vermochte nur mit scheelen Augen auf diese enge Verbindung der beiden Nachbarstaaten zu blicken, von deren leitenden Ministern er vergeblich wünschte, daß sie ihm bei allen seinen Plänen Gefolgschaft leisten sollten, was den russischen Staatsmann Valujev zur Aeußerung veranlaßte: „Glaubt man denn, daß Fürst Bismarck und Graf Andrássy russische Staatsräte sind?“ [1])

Für die Monarchie bedeutete es ein Glück, daß der eine sich als deutscher Reichskanzler und der andere als österreichisch-ungarischer Minister fühlte.

---

[1]) Schweinitz, Februar 1877. Valujev wurde damals als Nachfolger Gorčakovs genannt.

# Personenregister

# GRAF JULIUS ANDRÁSSY

## SEIN LEBEN UND SEINE ZEIT

NACH NEUEN QUELLEN VON
EDUARD VON WERTHEIMER



ZWEITER BAND
BIS ZUR GEHEIMEN KONVENTION
VOM 15. JANUAR 1877

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART

